

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal im Zeitalter der
Dekolonisation (1960 – 1974)

Dissertation zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie des Fachbereichs Geschichte der
Universität Hamburg

vorgelegt von

Bastian Hallbauer

Aus Hamburg

Hamburg 2015

Hauptgutachter: Prof. Dr. Ulrich Mücke

Nebengutachter: Prof. Dr. Jürgen Zimmerer

Datum der Disputation: 12.12.2012

Danksagung

Als ich im September 2007 mit meinen Recherchen in Portugal begann, hatte ich weder eine Vorstellung, bei wem ich die hier vorliegende Doktorarbeit schreiben soll, noch wie sie später mal aussehen würde. Alles, was ich damals hatte, war eine Idee im Kopf und die Lust auf neue Erfahrungen in einem mir fremden Land. Das ist letztlich auch das, was diese Arbeit auszeichnet, ein Forscherdrang, ein unbedingter Wille auch bei stärkstem Gegenwind das Projekt zu starten und zu Ende zu bringen mit dem Wissen, tatsächlich etwas Neues bisher eben noch nicht allgemein Bekanntes zutage gefördert zu haben. Dabei haben mir unzählige Menschen geholfen, an die ich hier meinen Dank richten möchte.

Zuerst möchte ich meinem Mentor und Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Ulrich Mücke danken, ohne dessen Aufmunterung und Fürsprache ich den steinigen Weg, eine solche Doktorarbeit neben dem Beruf zu schreiben, nicht auf mich genommen hätte. Er war es, der mich in seinen Oberseminaren immer und immer wieder meine Arbeit hat vorstellen lassen und der mir überhaupt die Chance gegeben hat, das Projekt so zu verfolgen, wie ich es getan habe. Ohne seine Bemühungen gäbe es diese Arbeit nicht.

Gleich danach möchte ich auch meinem Zweitbetreuer, Herrn Prof. Dr. Jürgen Zimmerer danken, der sich trotz des bereits sehr weit fortgeschrittenen Stadiums der Arbeit dazu bereit erklärt hat, diese zu bewerten. Genauso wie Herrn Prof. Dr. Mücke verdanke ich ihm wertvolle Tipps und Anregungen, die sich in der Arbeit wiederfinden.

In Portugal möchte ich Dr. Ana Monica Fonseca und Dr. João Moreira Tavares danken, die mir bei der Archivarbeit in Portugal geholfen und mich mit ihren Arbeiten auch beeinflusst haben. Den Austausch mit beiden habe ich sehr genossen, vor allem mit Dr. Tavares, der zugleich Leiter des Militärarchivs in Lissabon ist und mir sehr bei der Recherche nach Material zu den militärischen Aspekten der deutsch-portugiesischen Beziehungen geholfen hat. Besonders in den Archiven und Bibliotheken bin ich immer wieder auf hilfsbereite Angestellte und Historikerkollegen und -Kolleginnen gestoßen, die mir auch Material zugänglich machten, dass ich ohne ihre Hilfe sicherlich nicht hätte erforschen können. Dazu zählen Dr. Isabel Coutinho, Ilda Pinto, Albertina Rodrigues, Nazare Oliveira, Maria da Conceição Lino de Almeida und viele andere, die ich hier vergessen habe.

Weiteren Forscherkollegen möchte ich für den zeitweisen Austausch danken, dazu zählen Candice Sobers, Francesca Zilio, Fátima Rodrigues, Maximilian Graf, Antonio Munoz Sanchez, Robin Kiera, Christa Wetzel, Felix Pritschow und Dr. Jan Schlürmann. Besonderer Dank gilt darüber hinaus Torben Gühlstorff, der mich von Anfang an bis zum Schluss mit Rat und Tat begleitet hat.

Zuletzt möchte ich meinen Eltern Holger und Irmgard danken, deren finanzielle Unterstützung mir zunächst meine Reisen nach Portugal ermöglichten und deren moralische Unterstützung mir während der gesamten Bearbeitungszeit sehr geholfen hat. Nur durch sie war es mir möglich, neben meiner beruflichen Tätigkeit die Arbeit abzuschließen und zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Ohne sie, gäbe es diese Arbeit nicht.

Ganz besonderen Dank möchte ich zuletzt an meine Verlobte Sarah Beutler richten, die mit großer Geduld und größtem Verständnis mir stets zur Seite stand und meine Zweifel zerstreute. Vor allem dank ihr, gibt es diese Arbeit.

Einleitung.....	5
Fragestellung und Zielsetzung	7
Analyse der wichtigsten Akteure	11
Forschungsstand	12
Quellen und Quellenkritik	22
Gliederung	26
1 Die politischen Beziehungen zu Portugal in Europa.....	34
1.1 Zweiter Weltkrieg und Intervallzeit	34
1.1.1 Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen	38
1.1.2 Wiederaufnahme der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen	49
1.2 Die sechziger Jahre bis zum Ende Salazars.....	63
1.2.1 Das Ende des Weltreiches	64
1.2.2 Wirtschaftliche Beziehungen im Zeichen des Kolonialkrieges.....	73
1.3 Von Salazar zu Marcello Caetano	76
1.3.1 Der Besuch Kiesingers 1968	78
1.3.2 Deutsche Wirtschaft und portugiesischer Liberalismus	80
1.3.3 Die SPD und die portugiesische Opposition	81
1.3.4 Die Nelkenrevolution und die Folgen	86
1.4 Zusammenfassung	91
2 Militärische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal	94
2.1 Anfänge der militärischen Beziehungen.....	95
2.1.1 Militärische Zusammenarbeit während des Zweiten Weltkrieges	95
2.1.2 Strategische Rolle Portugals innerhalb der NATO.....	97
2.2 Erneuerung der portugiesischen Militärindustrie und die deutsche Ausrüstungshilfe	99
2.2.1 Munitionsaufträge und Aufbau der portugiesischen Militärindustrie	101
2.2.2 Produktion des G3-Gewehres	108
2.2.3 Güteprüfstelle der Bundeswehr in Lissabon.....	111
2.3 Der Luftwaffenstützpunkt Beja	112
2.3.1 Militärstrategie und Hintergründe	113
2.3.2 Verträge und Abkommen mit Portugal	119
2.3.3 Baustopp und Neuorientierung.....	131
2.4 Weitere Anlagen und Basen der Bundeswehr in Portugal	138
2.4.1 Das Projekt „Tourist“	139
2.4.2 Das Depot von Castelões.....	140
2.4.3 Die ZDVP (SCLAP).....	141
2.4.4 Das Projekt „Triton“	144
2.4.5 Das Lazarett- und Krankenhausnetz.....	147
2.4.6 Das Fernmeldezentrum bei Evora	149
2.5 Die portugiesische Armee und die deutsche Militärhilfe	149
2.5.1 „Mutual Security Act“ und Marshallhilfe	150
2.5.2 Die Endverbleibsklausel	153
2.5.3 NATO-Hilfe für die portugiesische Marine	164
2.5.4 NATO-Hilfe für die portugiesische Luftwaffe.....	173
2.5.5 NATO-Hilfe für das portugiesische Heer.....	199
2.5.4 Besuche und Offizierslehrgänge.....	213
2.5.5 Portugiesische Verwundete in Hamburg	214
2.6 Zusammenfassung	215
3 Deutsch-Portugiesische Beziehungen in Afrika.....	219
3.1 Grundlagen der deutschen Afrikapolitik	219
3.1.1 Hallsteindoktrin und Afrikapolitik	221
3.1.2 Die westdeutsche Afrikakonferenz von Addis Abeba.....	226
3.1.3 Aufbau der Konsulate und Errichtung von Botschaften.....	227

3.1.4 Die Freiheitsbewegungen, Portugal und die deutsche Afrikapolitik.....	232
3.2 Deutsch-Portugiesische Beziehungen in Angola.....	243
3.2.1 Deutsche in Angola	246
3.2.2 Angola und die Bundesrepublik Deutschland	251
3.2.3 Krupp und Angola	253
3.2.4 Evakuierung und Ausblick	264
3.3 Deutsch-Portugiesische Beziehungen in Mosambik	273
3.3.1 Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Mosambik ..	275
3.3.2 Deutsche in Mosambik	277
3.3.3 Die FRELIMO, die COREMO und die SPD.....	280
3.3.4 Die DDR und die FRELIMO.....	289
3.3.5 Cabora Bassa	291
3.3.6 Wiryamu	294
3.4 Die Deutsch-Portugiesischen Beziehungen in Portugiesisch-Guinea	297
3.4.1 Die SPD und die PAIGC	299
3.4.2 Deutsch-portugiesische Beziehungen und Guinea	303
3.4.3 Die Operation Mar Verde	306
3.5 Internationale Kritik	313
3.6 Zusammenfassung	320
4. Schlussbetrachtung	322
5 Quellenverzeichnis	336
5.1. Ungedruckte Quellen.....	336
5.2. Gedruckte Quellen.....	337
6 Literaturverzeichnis	339
7 Anhang.....	358

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Botschafter und Gesandte der Bundesrepublik Deutschland (Quelle: Eigene Darstellung)	41
Tabelle 2: Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal 1952-1954 (Quelle: PAAA B 26 Bd. 109. Portugal 1958 – 1961).....	50
Tabelle 3: Import und Export zwischen der BRD und Portugal 1954 (Quelle: PAAA B 26 Bd. 24)	56
Tabelle 4: Die deutsch-portugiesische Wareneinfuhr 1960-1970 (Quelle: PA AA, B 26, Bd. 444)	73
Tabelle 5: Deutscher Anteil an der internationalen Zahlungsbilanzhilfe in Portugal 1975 bis 1977 (Quelle: PA AA Zwischenarchiv 110255).....	90
Tabelle 6: Finanz- und Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland für Portugal 1962 – 1977 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 110255)	90
Tabelle 7: Hilfen der USA an Portugal von 1950-1960. Angaben in Mio. US-Dollar. (Quelle: Minter 1972, S. 45).....	101
Tabelle 8: Munitions- und Waffenaufträge der Bundeswehr 1959-1963 (Quelle: BArch BW 1/373995)	111
Tabelle 9: Personalplanung in Kriegs- und Friedenszeiten (Quelle: BArch BW 2/3225)	123
Tabelle 10: Verträge und Abkommen seit 1960 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 110255).....	125
Tabelle 11: Laufende Kosten während eines möglichen Kriegsfallles 1971 (Quelle: BArch BW 2/8455).....	136
Tabelle 12: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in Beja 1970.....	137
Tabelle 13: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in Beja 1971.....	138
Tabelle 14: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in der SCLAP 1970	143

Tabelle 15: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in der SCLAP 1971	143
Tabelle 16: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr bei der OGMA 1970.....	146
Tabelle 17: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr bei der OGMA 1971	146
Tabelle 18: Fehlenden Beträge für die Vollendung 1971 (Quelle: BArch BW 2/8455)	147
Tabelle 19: Gesamtkosten der deutschen Basen 1960 bis 1968 (Quelle: BArch BW 1/373998).....	148
Tabelle 20: Bis 1971 in Portugal entstandene Kosten (Quelle: BArch BW 2/8455) ...	149
Tabelle 21: US-Militärhilfe und Wirtschaftshilfe 1953-1957 in Mio. US-Dollar (Quelle: Crollen 1973, S. 93).....	151
Tabelle 22: Zurückgestellte Anträge auf Rüstungsausfuhren nach Portugal April 1972 (Quelle: PAAA B14 Bd. 1890).....	162
Tabelle 23: Schiffe für die portugiesische Marine 1946 – 1973 (Quelle: Bosgra, van Krimpen 1973, S. 41-46)	167
Tabelle 24: Flugzeuge der Força Aérea Portuguesa (FAP) (Quelle: Bosgra, Van Krimpen 1973, S. 16-26)	187
Tabelle 25: Zurückgestellte Anträge auf Rüstungsausfuhren nach Portugal 1970 (Quelle: PAAA B14 Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972).....	194
Tabelle 26: Hubschrauber nach Herkunftsländern in der portugiesischen Luftwaffe 1950-1974 (Quelle: Bosgra, Van Krimpen 1973, S. 26-27, Antunes 1992, S. 210)	199
Tabelle 27: Infanteriewaffen und Munition in der portugiesischen Armee 1961 – 1974 (Quelle: PAAA B14 Bd. 1890 Aufstellung durch die PAIGC).....	204
Tabelle 28: Nachweisbare Lieferungen von UNIMOG an die portugiesische Armee 1960-1974 (Quelle: ADN SGDN 00 0304 Cx. 0018. Peça 6-10, ADN SGDN 00 1090 Cx. 0144. PAE 69, ADN SGDN 00 1090 Cx. 0144. PAE 70).....	209
Tabelle 29: Fahrzeuge und Panzer nach Herkunftsland 1970 in Mosambik (Quelle: ADN SGDN 07 10606 Cx. 7709).....	211
Tabelle 30: Fahrzeuge und Panzer nach Herkunftsland in Angola 1950-1974 (Quelle: Resenha –Histórico-Militar das Campanhas de África 1961-1974. 6° Volume.)	212
Tabelle 31: Deutsche Ausfuhr nach Angola 1961 und 1962 (Quelle: PAAA B 34 Bd. 517) 252	
Tabelle 32: Angolanische Ausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland 1961 und 1962 (Quelle: PAAA PA B 34 Bd. 517)	252
Tabelle 33: Handelsvolumen verschiedener Länder mit Angola 1961 und 1962 (Quelle: PAAA PA B 34 Bd. 517)	253
Tabelle 34: Ausgaben von Krupp, die durch die Hermes Kredite bezahlt werden sollten (Quelle: PAAA PA B 26 Bd. 192).....	255
Tabelle 35: Hermes – Garantien für Lieferungen nach Angola 1973 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 102570)	262
Tabelle 36: Die wichtigsten deutschen Unternehmen in Angola 1973 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 102570)	263
Tabelle 37: Anzahl und Wert der in Angola von der deutschen katholischen Kirche Projekte (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 102574).....	267
Tabelle 38: Anzahl und Wert der in Mosambik von der deutschen katholischen Kirche Projekte (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 102574).....	268
Tabelle 39: Einfuhr nach Mosambik nach Ländern 1961-1962 (Quelle: PAAA B 34 Bd. 517)	276
Tabelle 40: Ausfuhr aus Mosambik nach Ländern 1961-1962 (Quelle: PAAA B 34 Bd. 517)	276

Tabelle 41: Hermes – Garantien für Lieferungen nach Portugiesisch Guinea 1973 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 102570)	299
Abbildungsverzeichnis	
Abbildung 1: Vertrag über den Verkauf von Funkgeräten (Quelle: ADN SGDN 025356 Cx. 2823 Peça 3).....	358
Abbildung 2: Vertrag über den Verkauf von Gewehrmunition 1971 (Quelle: ADN SGDN 02 6209 Cx. 2985 Peça 2).....	359
Abbildung 3: Vertrag über die Produktion von 4,5 Mio. Handgranaten (Quelle: ADN SGDN 01 1468 Cx. 1115 Peça 1).....	361
Abbildung 4: Vertrag über den Kauf von sechs Wachbooten (Quelle: ADN SGDN 01 1468 Cx. 1115 Peça 3).....	366
Abbildung 5: Vertrag über die Lieferung von drei Do 27 und Ersatzteilen (Quelle: ADN SGDN 02 4920 Cx. 2671 Peça 17).....	371
Abbildung 6: Vertragsentwurf vom 20. Oktober 1961 Instandsetzungswerke OGMA (Quelle: ADN SGDN 02 5350 Cx. 2822 Peça 6).....	372
Abbildung 7: Vertrag über die Lieferung von Gewehren der Bundeswehr (Quelle: ADN SGDN 02 5378 Cx. 2827 Peça 8).....	374
Abbildung 8: Verwaltungsabkommen vom 11. Januar 1960 (Quelle: ADN SGDN 01 1703 Cx. 1151 Peça 2).....	375
Abbildung 9: Vertrag über die Lieferung von MGs der Bundeswehr (Quelle: ADN SGDN 02 5378 Cx. 2827 Peça 8).....	377
Abbildung 10: Vertrag über den Nothafen Troia (Quelle: ADN SGDN 02 5488 Cx. 2854 Peça 1)	380
Abbildung 11: Zusatzvertrag Instandsetzungswerke OGMA (Quelle: ADN SGDN 02 5553 Cx. 2867 Peça 2).....	387
Abbildung 12: Hauptvertrag über die Basis Beja (Quelle: ADN SGDN 02 5673 Cx. 2890 Peça 1)	389
Abbildung 13: Vertrag über die Fertigung des G 3 Gewehres in Portugal (Quelle: BArch BW 1/2460)	390
Abbildung 14: Vorvertrag zum Verkauf von 65 F 86 Sabre-VI an Interarmco (Quelle: BArch BW 1/2462).....	392
Abbildung 15: Zusatzvereinbarung zum Hauptvertrag über die Basis Beja (Quelle: BArch BW 1/373997).....	393
Abbildung 16: Vereinbarung im Kriegsfall (Quelle: ADN SGDN 5488 Cx. 2854 Peça 5)	402
Abbildung 17: Benutzung Santa Margaridas durch die Bundeswehr (Quelle: AHM FO 007 A 57 83 4).....	403
Abbildung 18: Brief der Firma C. Santos an das portugiesische Verteidigungsministerium zur Lieferung von Mercedes Benz Fahrzeugen (Quelle: ADN SGDN 00 1090 Cx. 0144 PAE 70)	404
Abbildung 19: Bundesbürgschaft für das Lobito-Projekt der Firma Krupp in Angola 1961 (Quelle: PAAA B 26 Bd. 192)	405
Abbildung 20: Vertrag über die Abgabe von 70 T-6 und 60 Do-27 Flugzeugen (Quelle: BArch BW 1 Band 2088)	406

Einleitung

„Kurzfristig wird die portugiesische Ultramar-Politik das Hauptproblem unserer Afrikapolitik bleiben, da wir wegen der NATO-Partnerschaft weiterhin auf Portugal Rücksicht nehmen müssen (Beja). Die Vorwürfe der Afrikaner gegen die NATO-Mitglieder, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, sie unterstützen Portugal unmittelbar durch Waffenlieferungen oder zumindest indirekt und ermöglichten dem armen Land, auf diese Weise die Fortsetzung des Kolonialkriegs, sind in den Augen der Afrikaner nicht entscheidend zu entkräften.“¹

(Abteilungsleiter van Well, Auswärtiges Amt (AA), 25. Januar 1973.)

Als der Beginn des Kolonialkriegs 1961 in Angola das Ende des portugiesischen Weltreiches einläutete, gab das AA weder eine Meldung heraus, die den Angriff der *União das Populações do Norte de Angola (UPNA)*² kritisierte, noch eine Meldung, welche die portugiesische Reaktion darauf verurteilte.³ Stattdessen bereitete das Amt alle Maßnahmen vor, um die in Angola lebenden Deutschen, die sogenannten Angola-Deutschen, zu evakuieren.

In der Folge begann die DDR eine Propaganda-Offensive mit Veröffentlichungen darüber, dass die Bundesrepublik Deutschland gebrauchte Waffen an die portugiesische Armee weiterverkauft hätte und damit maßgeblich den portugiesischen Kolonialkrieg unterstütze.⁴ Der Vorwurf einer der Hauptunterstützer des Kolonialismus zu sein, vernahm die Bundesrepublik auch aus Afrika.⁵ Unter anderem berichtete die westdeutsche Botschaft im Kongo-Brazzaville im Jahr 1967 von den Anschuldigungen der angolischen Befreiungsbewegung *Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA)*, die Bundesrepublik Deutschland habe israelische Uzi-Maschinenpistolen an

¹ PA AA, B 1, Bd. 507. Abteilung 3 am 25. Januar 1973. Neue Leitlinien zur Afrikapolitik – Anpassung der Leitlinien der Afrikakonferenz 1968 an veränderte politische Daten.

² Daraus entwickelte sich später die Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA).

³ Relativ schnell entwickelte sich daraus eine Kampagne der Befreiungsbewegungen, unterstützt durch die Staaten des Ostblocks und der Sowjetunion, die Stimmung gegen die NATO-Staaten im Allgemeinen und gegen die Bundesrepublik im Besonderen machte. Sie erschwerte in der Folge die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland, die eine positive Wahrnehmung der eigenen Außenpolitik zu fördern suchte, um eine mögliche Abstimmung vor der UNO zur Deutschland- und Berlin-Frage zu den eigenen Gunsten zu sichern.

⁴ PA AA, B 34, Bd. 517. Zeitungsartikel aus Neues Deutschland (DDR) vom 11. Dezember 1963.

⁵ APAA Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. Band III. Dok. 474 S. 1765-1769. Bei einer Reise in die Bundesrepublik nach Bonn, kritisierte der damalige Präsident der Organisation der Afrikanischen Union (OAU) und zugleich Präsident Sambias, Kenneth Kaunda, im Gespräch mit Bundeskanzler Willy Brandt unter anderem die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem portugiesischen Staudammprojekt Cabora Bassa in Mosambik. Im Besonderen kritisierte er die bilaterale und multilaterale militärische Unterstützung des portugiesischen Kolonialkriegs durch das Bundesverteidigungsministerium.

Portugal weiterverkauft.⁶ Die Bundesrepublik Deutschland war bereits in die Krise verstrickt, noch bevor das AA ermesen konnte, welche Konsequenzen die Angolakrise auf die Beziehungen zum NATO-Partner Portugal und die deutsche Afrikapolitik haben würde.

Politiker der afrikanischen Befreiungsbewegungen und Politiker der unabhängigen afrikanischen Staaten griffen die Argumentation der DDR auf und klagten die Bundesrepublik wiederholt der Unterstützung Portugals an.⁷ Erschwerend trat hinzu, dass sich die Bundesregierung nicht an den UNO-Sanktionen gegen Portugal beteiligte.⁸ Die Bundesrepublik Deutschland wurde in einen Konflikt hineingezogen, der das AA und die anderen beteiligten Ministerien in große Erklärungsnot brachte und der zu gleich mehreren Krisen ihrer Afrikapolitik führte. Die unabhängigen Staaten Afrikas waren nach 1960 in der UNO zu einem wichtigen Faktor geworden. Mit ihren Stimmen hätten sie bei einer Abstimmung die Deutschland- oder Berlinfrage zugunsten oder auch zuungunsten der Bundesrepublik Deutschland entscheiden können.⁹

Abteilung I A 7 vermerkte am 17. Mai 1972 dazu: „Die Stellung der Bundesrepublik in internationaler Politik wird in Zukunft nicht einfacher. DDR tritt in der Dritten Welt zunehmend als Anwalt afrikanischer Interessen auf. Sollte die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen akut werden, sind wir stärker als andere Länder, die schon VN-Mitglieder sind und keine Probleme (wie wir – Deutschlandfrage) haben, auf die Weltmeinung angewiesen. Die Staaten Afrikas verfügen über ein Drittel der Stimmen in den Vereinten Nationen.“¹⁰

Diese prekäre Lage entspannte sich auch nicht, als beide deutschen Staaten am 18. September 1973 als Mitglieder in die UNO aufgenommen wurden und viele Staaten offizielle Beziehungen mit der DDR aufnahmen.¹¹ Der portugiesische Kolonialkrieg

⁶ PA AA, B 34, Bd. 714. Botschaft Brazzaville am 30. Juni 1967. Bericht über das MPLA-Organ Victoria ou Morte.

⁷ PA AA, Zwischenarchiv B 14 II A 7 Band 1182. 81.04 Beobachtung der Verteidigungspolitik und der militärischen Verhältnisse in den Ländern der Welt 1966 – 1968 Band 4. Botschaft Accra Januar 1966. Die Regierung Ghana's konfrontierte unter anderem den westdeutschen Botschafter mit den Waffenlieferungen der Bundeswehr an Portugal.

⁸ Ebenso wie bei Rhodesien argumentierte das AA, dass die Sanktionen der UNO nur für Mitglieder der UNO galten und sich die Bundesrepublik, die bis 1973 lediglich Beobachtungsstatus genoss, nicht daran halten müsse.

⁹ PA AA, B 26, Bd. 400. Botschaft Lissabon im Februar 1969. Die Rolle der Deutschlandfrage in der deutschen Afrikapolitik. „In nahezu allen afrikanischen Hauptstädten sind wir durch Botschaften vertreten, wie umgekehrt heute Bonn neben Washington die größte Zahl afrikanischer Botschaften beherbergt. Wir können feststellen, dass sich unsere Position in den jungen Ländern Afrikas erfreulich entwickelt hat. Das ist für uns sehr wichtig, denn wir sind angesichts der andauernden kommunistischen Versuche, unsere Position in der Deutschlandfrage zu schwächen, auf eine Zusammenarbeit und Freundschaft mit den 42 souveränen Staaten Afrika angewiesen.“

¹⁰ PA AA, B 26, Bd. 445. Bonn am 17. Mai 1972 Abteilung I A 7.

¹¹ Teilweise hatten afrikanische Staaten der Entwicklung vorgegriffen und nahmen bereits vor der Aufnahme beider Staaten offizielle Beziehungen mit der DDR auf, darunter Ghana 13. Dez. 1972,

blieb eines der großen Hauptprobleme¹² in der deutschen Afrikapolitik.¹³ Mit dem Ende des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika 1974 und der Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien endete keineswegs die internationale Kritik an der Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem südlichen Afrika. Der Bürgerkrieg in Angola und die Apartheidpolitik der Republik Südafrika brachten weitere Herausforderungen für die Bonner Regierung und ihre Ministerien. Die insgesamt positive Wahrnehmung der Bundesrepublik Deutschland, die sich laut der Doktorin des AA als natürlicher Vermittler¹⁴ zwischen ehemaligen Kolonialmächten und unabhängigen Staaten in Afrika südlich der Sahara verstand, geriet so durch den portugiesischen Kolonialkrieg in Gefahr. Diese Rolle, die das AA zu gern auch im südlichen Afrika bekleiden wollte, sah ebenfalls vor, zwischen der Kolonialmacht Portugal, seinen Kolonien Angola, Mosambik und Portugiesisch-Guinea und deren Nachbarstaaten Guinea, Kongo-Léopoldville, Kongo-Brazzaville, Sambia, Senegal, Rhodesien, Tansania und der Republik Südafrika neutral zu bleiben, was jedoch gründlich misslang. Hier stellt sich die Frage, welche Beweggründe die Bundesrepublik Deutschland hatte, um sich überhaupt erst in diese Lage zu bringen?

Fragestellung und Zielsetzung

Mit der vorliegenden Arbeit wird der These nachgegangen, dass nur mit der militärischen Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland die portugiesische Regierung den Kolonialkrieg von 1961 bis 1974 in seinen afrikanischen Kolonien aufrechterhalten konnte. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass diese Unterstützung im Vergleich mit den anderen NATO-Partnerstaaten Großbritannien, Frankreich und vor allem den USA aus Sicht der portugiesischen Regierung die Wichtigste war.¹⁵ Daran schließt sich die Frage an, warum die Bundesrepublik Deutschland zum wichtigsten Partner der Portugiesen wurde?

Gambia 15. Jan. 1973, Burundi 7. Dez. 1972, Burkina Faso 13. April 1973, Benin 14. Sept. 1973, 1. Feb. 1973, Kamerun 21. Juli 1973, Libyen 11. Juni 1973, Mali 19. April 1973 und Marokko 29. Dez. 1972.

¹² Die Apartheidpolitik der Republik Südafrika nahm im späteren Verlauf der siebziger Jahre eine noch größere Rolle ein. Unter anderem durch die nukleare Zusammenarbeit der beiden Staaten. Vgl. Der Spiegel 27/1978, vom 3.7.1978 Afrika: Der Kanzler in der Defensive.

¹³ PA AA, Zwischenarchiv, Bd. 101436. Portugals Ultramarpolitik in der Bewertung des AA 1973.

¹⁴ Der Begriff wird in Anlehnung an die Definition von Ulf Engel in Engel, Ulf (2000): Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1949 - 1999; Rollen und Identitäten. Hamburg verwendet.

¹⁵ Ein Vergleich der militärischen Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland mit der der anderen NATO-Staaten Großbritannien, Frankreich und USA für die portugiesische Kolonialpolitik gestaltet sich aufgrund der bislang wenigen vergleichbaren Fakten schwierig. Die Analyse beschränkt sich daher auf die in der Arbeit erforschten Aspekte.

Einen wichtigen Teilaspekt klärt außerdem die Frage, ob sich diese Politik der Unterstützung nahtlos in das außenpolitische Konzept der Westbindung der Bundesrepublik Deutschland einordnen lässt.¹⁶ Darüber hinaus ist zu klären, ob es Parallelen zu dieser politischen Haltung, einer auf dem ersten Blick pro-europäischen, auf dem zweiten pro-kolonialistischen, gibt.

Eine weitere Frage betrifft die Lieferung von Waffen und militärischem Gerät in Spannungsgebiete. Im Jahr 1965 hatte das AA aufgrund verschiedener außenpolitischer Krisen beschlossen, keine Auslieferungsgenehmigungen mehr für Krisenregionen zu erteilen. Dies war notwendig geworden, da sich Meldungen häuften, die vom Einsatz von Waffen aus bundesrepublikanischer Produktion berichteten.¹⁷

Ziel der Arbeit ist die Einordnung der deutsch-portugiesischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der militärischen Beziehungen in die Außenpolitik der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland. Dabei leistet die Arbeit auch einen Beitrag zum besseren Verständnis der Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Unter dem Gesichtspunkt der Unterstützung der Kolonialmächte in Afrika nimmt die Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik seitens der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Rolle ein. Während des Algerienkrieges galt die Unterstützung der französischen Kolonialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bereits innenpolitisch als umstritten. Dies sollte sich noch erheblich zuspitzen, denn die Bundesregierung gelangte während des portugiesischen Kolonialkrieges und später bei der Unterstützung des Apartheidregimes in Südafrika - wegen seiner militärischen Unterstützung - an einen Scheideweg ihrer Afrikapolitik. Vor allem der außenpolitische Druck durch die Staaten des Ostblocks führte zu deutlichen Reputationsverlusten der Bundesrepublik Deutschland in Afrika. Das hatte wiederum Konsequenzen für die Verhandlung der Deutschland- und Berlin-Frage. Durch die, wie es schien, bedingungslose militärische Unterstützung für Portugal wurde in Afrika und in den Blockfreien Staaten die Reputation der DDR wiederum deutlich erhöht.

Aus diesen Gründen richtet die Dissertation den Fokus auf die militärischen und politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der zweiten Portugiesischen Republik während der Auflösung des portugiesischen Kolonialreiches in Afrika 1960 bis 1974.

¹⁶ Lappenküper, Ulrich (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München, S. 48.

¹⁷ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456.

Die vorliegende Arbeit leistet damit einen Beitrag zur besseren Bewertung der Deutsch-Portugiesischen Geschichte in der Zeit zwischen 1960 und 1974. Sie erlaubt Rückschlüsse auf die Geschichte der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber NATO-Staaten wie Großbritannien, Frankreich und Belgien, die in Afrika als ehemalige Kolonialmächte agierten. Darüber hinaus erweitert sie das Bild um die Außenpolitik der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland auf den Fall Portugal im behandelten Zeitraum. Sie ermöglicht interessante Einblicke in die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber unabhängigen afrikanischen Staaten unter dem Aspekt des direkten Einflusses eines NATO-Partners. Ähnliche Tendenzen lassen sich außerdem für die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den afrikanischen Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien und der portugiesischen Opposition ableiten.

Nichtbetrachtete Fragestellungen

Durch die Verknappung konnten eine Reihe von Themen nicht behandelt werden. Nicht betrachtet werden in der Arbeit Fragen zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal. Außerdem werden die außenpolitischen Konzepte und militärischen Beziehungen der anderen wichtigen NATO-Partner Großbritannien, Frankreich und der USA gegenüber Portugal nicht erforscht. Eine Untersuchung der politisch-militärischen Beziehungen der beiden Staaten innerhalb der NATO wurde genauso wenig durchgeführt, wie eine Gesamtbetrachtung und Einordnung der militärischen Unterstützung seitens der Bundeswehr im Kontext einer Geschichte der NATO. Die Arbeit soll auch keinen Beitrag zur Geschichte der UNO leisten, so dass auch dieses Kapitel der Deutsch-Portugiesischen Beziehungen ausgespart wurde. Die Arbeit enthält keine Darstellung des portugiesischen Kolonialkrieges und seiner Ereignisse im behandelten Zeitraum. Sie beschäftigt sich auch nicht mit der Frage nach der westdeutschen Unterstützung für einen Beitritt Portugals zur EWG beziehungsweise zur Vorgeschichte des späteren Beitritts Portugals zur EG 1986. Ihr Hauptaugenmerk liegt auch nicht auf der Nelkenrevolution 1974 und deren Folgen in Portugal und der Beteiligung der Bundesregierung bei der Demokratisierung des iberischen Staates, auch wenn diesem zentralen Ereignis ein kleiner Ausblick gewidmet ist und einen Kulminationspunkt darstellt. Die Beziehungen der DDR zu Portugal werden ebenfalls nicht thematisiert. Der geografische Raum Asien und die Implikationen der Ereignisse dort auf die deutsch-portugiesischen Beziehungen

werden im Weiteren ausgespart.¹⁸ Die Arbeit leistet auch keine dezidierte Betrachtung der deutschen Afrikapolitik gegenüber den an die portugiesischen Kolonien angrenzenden afrikanischen Staaten Kongo-Léopoldville, Kongo-Brazzaville, Sambia, der Republik Südafrika, Tansania, Süd-Rhodesien und Malawi.

Der innenpolitische und gesellschaftliche Diskurs in der Bundesrepublik Deutschland über den portugiesischen Kolonialkrieg im Besonderen und über die portugiesische Diktatur im Allgemeinen wurde ebenfalls nicht erforscht. Gesellschaftliche Phänomene wie die Entwicklung des Tourismus oder gesellschaftliche Fragen zu den portugiesischen Gastarbeitern und deren politisches Wirken in der Bundesrepublik Deutschland werden ebenfalls nicht betrachtet.

Untersuchungsgegenstand

Methodisch werden in der Arbeit die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal auf der Ebene der militärischen Zusammenarbeit und der Außenpolitik untersucht. Dabei konzentriert sich die Arbeit auf die beiden geografischen Räume Europa und Afrika. Als Analysezeitraum wurden die Jahre 1960 bis 1974 ausgewählt. Der Zeitabschnitt ab 1960 wurde für die Bearbeitung der Fragestellung gewählt, weil aufgrund der Literatur- und Quellenanalyse in diesem Jahr die wichtigsten politischen Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Die Arbeit schließt mit dem Jahr 1974. Mit der Nelkenrevolution und der Auflösung des portugiesischen Kolonialreichs in Afrika fand sowohl die politische als auch die militärische Kooperation zwischen beiden Staaten ein vorläufiges Ende und wurde neu ausgerichtet. Um der Frage nachgehen zu können, aus welchen Gründen die Bundesrepublik Deutschland den *Estado Novo* militärisch unterstützte, werden vor allem die militärischen Beziehungen untersucht. Im Rückschluss lassen sich außerdem außenpolitische Konsequenzen dieser Unterstützung im Hinblick auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den unabhängigen afrikanischen Staaten im Kontext der Deutschland- und Berlin-Frage ableiten. Im internationalen Kontext erlaubt die Arbeit außerdem Rückschlüsse auf die außenpolitische Haltung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Dekolonisationsprozess in Afrika.

Aus diesem Grund beschäftigt sich die Arbeit vor allem mit der militärischen Zusammenarbeit ab 1960, zeigt aber für eine bessere Bewertung auch die vorherige

¹⁸ Die portugiesische Dekolonisation des *Estado da India* wird explizit nicht untersucht, da dies den Fokus der Arbeit von Afrika auf Asien aus- und damit auch überdehnen würde. Einen minimalen Ausblick leistet: Fonseca, Ana Monica (2007): *A Força das Armas: o Apoio da Republica Federal da Alemanha ao Estado Novo (1958-1968)*. Lisboa.

Kooperation in der Zeit des Nationalsozialismus auf. Abgerundet wird die Arbeit durch die punktuelle Einbindung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zu den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien in Afrika und den unabhängigen afrikanischen Staaten im Kontext der Fragestellung der Arbeit.

Eine weitere Frage stellt sich im Hinblick darauf, ob diese Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die portugiesische Kolonialpolitik vergleichbar mit der Unterstützung der französischen Algerienpolitik durch die Bundesrepublik im Zeitraum 1954 bis 1962 ist. Änderte sich mit den unterschiedlichen Regierungen der CDU und der SPD ab 1968 Aspekte der Außenpolitik, wie zum Beispiel durch die neue Ostpolitik? Wurde die Unterstützung der Portugiesischen Republik seitens der Bundesrepublik Deutschland während des gesamten Kolonialkriegs 1961 bis 1974, in den Zeiten der Revolutionswirren 1974 bis 1976 und in der Zeit bis zur Aufnahme Portugals in die EG 1986 fortgesetzt? Lässt sich hier vielleicht sogar eine gerade Linie, ein roter Faden erkennen?

Nicht betrachtete Untersuchungsgegenstände

In der vorliegenden Arbeit werden weder die politischen Beziehungen der anderen NATO-Staaten mit Portugal untersucht, noch werden parteipolitischen Beziehungen in einem europäischen Rahmen betrachtet. Die wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen den beiden NATO-Partnern werden ebenfalls nicht in die Untersuchung mit einbezogen. Innenpolitische Ereignisse wie Wahlen, die Aktivitäten der Geheimpolizei in Portugal oder das Wirken von politisch aktiven Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland wurden ebenfalls nicht untersucht. Die Arbeit enthält auch keine Betrachtung des Ost-West-Konflikts in Afrika. Der Zeitraum vor 1960 wird nur unter den bereits formulierten Einschränkungen für die Untersuchung hinzugezogen. Mit dem Revolutionsjahr 1974 endet der Betrachtungszeitraum, eine Analyse der militärischen und politischen Beziehungen darüber hinaus, findet nicht statt. Wie bereits ausgeführt, konzentriert sich die Arbeit auch auf den afrikanischen Raum des südlichen Afrikas und lässt dabei die Maghreb-Region genauso aus, wie West- oder Ostafrika oder gar den asiatischen Kontinent.

Analyse der wichtigsten Akteure

Zur Verifizierung der These wurde eine Untersuchung der wichtigsten involvierten Akteure vorgenommen, ohne dabei zu sehr eine Akteur-zentrierte Perspektive

einzunehmen. Dabei konnte festgestellt werden, dass für eine Bewertung der militärischen Beziehungen zu aller Anfang das Bundesverteidigungsministerium und das Auswärtige Amt aufseiten der Bundesrepublik Deutschland sowie das Außenministerium und das Verteidigungsministerium aufseiten Portugals die wichtigsten Akteure stellen. Diese wurden auch in den vorherigen Werken zu den Beziehungen beider Staaten zueinander in den Fokus gerückt.¹⁹ Bei der näheren Analyse zeigte sich jedoch, dass die Ministerebene in allen vier beteiligten Dienststellen nur bedingt zur Untersuchung der Fragestellung beigetragen hätte. Aus diesem Grund wurden weitere Akteure hinzugezogen, darunter Staatssekretäre, Militärattachés, Botschafter, Konsuln sowie die Leiter der beiden Verbindungsstellen der Verteidigungsministerien, die im Wesentlichen die militärische Zusammenarbeit während des untersuchten Zeitraums verhandelt haben. Militärische Befehlshaber auf beiden Seiten werden ebenfalls zu den Akteuren hinzugerechnet und erlauben eine bessere Einordnung der militärischen Kooperation. Neben diesen offiziellen Akteuren kommen noch weitere inoffizielle hinzu, dazu zählen aufseiten der Bundesrepublik Deutschland auch Waffenhändler, die im Auftrag der portugiesischen Regierung gehandelt haben oder aber als Dritte involviert waren. Eine Betrachtung einiger Kontakte der Bundesregierung und der SPD sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zur portugiesischen Opposition sowie zu den afrikanischen Befreiungsbewegungen lässt außerdem eine bessere Bewertung der militärischen Unterstützung zu.

Forschungsstand

Der Forschungsstand wird in vier Teile gegliedert, um die Fragestellung der Arbeit in dem jeweiligen Forschungsstand zu verorten. Im ersten Teil werden dazu ausgewählte Werke zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland betrachtet. Im zweiten Teil wird diese Untersuchung auf den Forschungsstand zu den deutsch-französischen Beziehungen und im dritten Teil auf den Forschungsstand zu den deutsch-portugiesischen Beziehungen ausgeweitet. Die Betrachtung der wissenschaftlichen Literatur zur deutschen Afrikapolitik erfolgt im vierten Teil. Aus dem Studium dieser

¹⁹ Siehe unter anderem: Moreira Tavares, João (2005): *Indústria Militar Portuguesa. No Tempo da Guerra 1961-1974*. Casal de Cama. Schroers, Thomas (1998): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Portugiesischen Republik (1949-1976)*. Hamburg. Über die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal vor dem behandelten Zeitraum siehe u. a.: Guevara, Gisela (2006): *As Relações entre Portugal e a Alemanha em torno da África – Finais do Século XIX e Inícios do Século XX*. Lisboa.

vier thematischen Bereiche entstanden sowohl der eingangs erwähnte Untersuchungsgegenstand als auch die These der Arbeit.

Die deutsche Außenpolitik

Darstellungen und Forschungsliteratur zur deutschen Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg sind zahlreich vorhanden. Literatur liegt von Zeitzeugen und ehemaligen Politikern²⁰, Journalisten²¹, Politikwissenschaftlern²² und Historikern²³ vor und erlaubt Lesern, sich ein umfassendes Bild von der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland im untersuchten Zeitraum zu machen. Aufgrund dieser Vielzahl an Werken kann die Thematik als gut bis sehr gut erforscht gewertet werden, zumal inzwischen auch zahlreiche gedruckte Quelleneditionen vorliegen. Dazu zählen die Kabinettsprotokolle der deutschen Bundesregierung, die sogar digital vorliegen.²⁴ Neben diesen Protokollen liegt eine Reihe von Akten-Editionen vor, die sich mit der Außenpolitik des Auswärtigen Amtes beschäftigen.²⁵ Eine weitere Edition wurde zum 125. Jubiläum des Auswärtigen Amtes im Jahr 1995 herausgegeben, hier wurden wichtige Dokumente zur deutschen Außenpolitik dokumentiert, die einen schnellen Einstieg in die Thematik erleichtern.²⁶ Sie alle wurden zur Erarbeitung der Fragestellung herangezogen.

Zur Einordnung der Fragestellung in den historischen Kontext wurden darüber hinaus auch zahlreiche Standardwerke ausgewertet, darunter das Handbuch zur deutschen Außenpolitik von den Autoren Hellmann, Schmidt und Wolf aus dem Jahr 2007.²⁷ Die Einführung stellt einen der Nachfolger des bisher bekanntesten Werkes von Hans-Peter

²⁰ Vgl. Osterheld, Horst (1992): Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963 – 1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt. Düsseldorf, S. 12. Osterheld war Leiter des Außenpolitischen Büros des Kanzleramts von 1960 und 1969. Er selbst bewertet sein Werk, dass das zweite in einer Reihe ist so: „Was ich einseitig gesehen habe – ich habe natürlich meine Idiosynkrasie -, werden die Historiker durch Heranziehen anderer Quellen ausgleichen.“

²¹ Vgl. Beispielsweise Bender, Peter (1986): Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag. München. Dr. Peter Bender arbeitet seit 1954 als Journalist unter anderem bei der ARD.

²² Vgl. Beispielsweise Hacke, Christian (2003): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Frankfurt am Main, Berlin. Der Politikwissenschaftler Prof. Christian Hacke fasst die gesamte Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland unter den Regierungen zusammen und betrachtet die Außenpolitik aus der Perspektive der Bundeskanzler und Außenminister.

²³ Vgl. Creuzberger, Stefan (2009): Westintegration und neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik. Berlin. Zurückblickend von der deutschen Einigung zieht Creuzberger die Linien nach, die nach dem Zweiten Weltkrieg zur Wiedervereinigung 1990 geführt haben.

²⁴ Sie sind unter <http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/index.html> einsehbar.

²⁵ Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPA). Bislang erschienen sind die Jahrgänge 1949/50 bis 1953 und 1962 bis 1981. Für die vorliegende Arbeit wurden alle erschienenen Jahrgänge bis 1976 eingesehen.

²⁶ Auswärtiges Amt (1995): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes. Bonn.

²⁷ Vgl. Schmidt, Siegmund; Hellmann, Gunther; Wolf, Reinhard (Hsg.) (2007): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Wiesbaden.

Schwarz²⁸ dar und zeigt in mehreren kurzen Abhandlungen auf, in welche Richtung sich die deutsche Außenpolitik im untersuchten Zeitraum entwickelte. In der Dissertation wird der theoretische Ansatz von Hellmann & Co. zur Kenntnis genommen. Interessant sind die Thesen von Hellmann zur Außenwirtschaftspolitik, die in die Erarbeitung der Fragestellung einbezogen wurden. In der Einführung von 2006 legen die Autoren dar, dass die Bonner Republik vor allem eine wirtschaftlich motivierte Politik verfolgte.²⁹

Das Selbstverständnis eines Handelsstaates³⁰ zwischen den Supermächten und die Abhängigkeit von deren Außenpolitik ließe sich als Auslöser einer ökonomisch getriebenen Außenpolitik in den unabhängigen afrikanischen Staaten festmachen.

Weitere Werke zur Außenpolitik vereint im Kern die Verortung der politischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der Deutschlandfrage. Einen hohen Stellenwert in der Außenpolitik, unter dem Eindruck des geteilten Deutschlands, nahm die Europapolitik also die Politik der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland ein. Die hier genannten Handbücher, Einführungen und Übersichtswerke behandeln jedoch in der Regel nur die Politik der Bundesregierung gegenüber den größeren westeuropäischen Staaten mit demokratischen Regierungen, wie Großbritannien, Italien und vor allem Frankreich. Autoren wie Henning Türk zeigen diese Verknappung auf, ohne sie inhaltlich zu begründen.

„Da es in dieser Konzeption um die Rückwirkung machtpolitischen Einflusses für die Bundesrepublik mit Hilfe der europäischen Einigung ging, war man dort sehr stark auf die großen westeuropäischen Länder Frankreich, Italien und Großbritannien fixiert. Für die Belange der kleineren westeuropäischen Länder interessierte man sich nur am Rande und brachte für deren Positionen teilweise kein Verständnis auf.“³¹

Entgegen diesen eingeschränkten Betrachtungen wird die Herangehensweise an den Forschungsgegenstand vielmehr klassisch verstanden. Die deutsch-portugiesischen Beziehungen werden in den großen Standardwerken nicht dezidiert behandelt, sondern unter die Politik der Westintegration der Bundesregierung aufsummiert. Wie in der Arbeit aufgezeigt wird, entspricht dies der logischen Schlussfolgerung der Ziele, die von den einzelnen Bundesregierungen mit der Portugalpolitik verfolgt wurden. Eine genauere Analyse dieser Ziele in Bezug auf Portugal oder auch Afrika unter den Eindrücken des Algerienkrieges und des portugiesischen Kolonialkrieges lassen sowohl

²⁸ Vgl. Schwarz, Hans-Peter (1975): Handbuch der deutschen Außenpolitik. München. Siehe auch die aktualisierte Fassung von Schwarz, Hans-Peter (2008): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. München. Vgl. außerdem Schwarz, Hans-Peter (2005): Republik ohne Kompaß. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik. Berlin.

²⁹ Hellmann, Gunther (2006): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden, S. 86.

³⁰ Ebd., S. 79.

³¹ Türk, Henning (2006): Die Europapolitik der Großen Koalition 1966 – 1969. München, S. 239.

Handbücher als auch Einführungen gänzlich vermissen.³² Ulrich Lappenküper bezeichnet die bisherigen Auseinandersetzungen mit der Bonner Afrikapolitik sowie der Asien- und Lateinamerikapolitik nicht umsonst als ungenügend und als die „letzten Desiderate“ der zeithistorischen Forschung zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.³³ Die vorliegende Arbeit hat den Anspruch einen dieser letzten dunklen Flecken aus der Sicht der deutsch-portugiesischen Beziehungen vor dem Hintergrund des portugiesischen Kolonialkrieges in Afrika zu beleuchten.

Da in der Arbeit vor allem die militärischen Beziehungen behandelt werden, soll hier an dieser Stelle erwähnt werden, dass es kaum Literatur zur Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr in diesem Zeitraum gibt.³⁴ Die durchaus wichtige Frage nach der zeithistorischen Diskussion um Auslandseinsätze der Bundeswehr wurde bislang von keiner Arbeit während dieses frühen Zeitraums untersucht. Ein zumindest rechtswissenschaftliches Werk sei hier trotzdem erwähnt, um den Notstand zu verdeutlichen.³⁵ Verkleinert hat ihn Alexander Hendrik Hartig im Jahr 2009 durch die Erforschung der humanitären Einsätze der Bundeswehr.³⁶ Vor allem zu den Stützpunkten der Bundeswehr in Portugal liegen bis dato keinerlei Arbeiten vor. Nicht einmal zu den Stützpunkten der Bundeswehr im Ausland gibt es bislang zeithistorische Untersuchungen. Letztgenannter Umstand erschwert die Bewertung der Basen in Portugal. Ein Vergleich und eine kritische Einordnung müssen vorerst ausbleiben, weil

³² Stellvertretend können hier genannt werden: Bellers, Jürgen (2009): Einführung in die internationale Politik. Methodenlehre und Überblick über Geschichte und Gegenwart zwischenstaatlicher und überstaatlicher Beziehungen. Heilbronn. Bredow, Wilfried (2006): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden. Hartmann, Jürgen (2009): Internationale Beziehungen. Wiesbaden. Lemke, Christiane (2008): Internationale Beziehungen. Grundkonzepte Theorien und Problemfelder. München, Wien.

³³ Lappenküper; Ulrich (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München, S. 115.

³⁴ An dieser Stelle seien die im weiteren Verlauf noch öfter zitierten Werke genannt. Tönnies, Norbert; Strauß, Franz Josef (1961): Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949 - 1961. Mit einem Vorw. von Franz Josef Strauß. Rastatt. Albrecht, Ulrich (1980): Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln. Kruger, Dieter (2008): Schlachtfeld Bundesrepublik? Europa, die deutsche Luftwaffe und der Strategiewechsel der NATO 1958 bis 1968. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56, H. 2, S. 171–227. Herausgehoben werden außerdem die Arbeiten von: Thoß, Bruno (1995): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. München (Eine Publikation des Militärgeschichtliche Forschungsamtes). Thoß, Bruno (2006): NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952 bis 1960. München. Thoß, Bruno; Ambrose, Stephen E. (1988): Zwischen kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953 – 1956. Mit Beitr. von Stephen E. Ambrose. Boppard am Rhein (Militärgeschichte seit 1945, 9).

³⁵ Brunner, Stefan (1993): Deutsche Soldaten im Ausland. Forsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln? München, S. 88. Bei der Beschreibung einiger Auslandseinsätze greift Brunner lediglich auf jene während der 90er Jahr, beispielsweise während des Bürgerkrieges in Jugoslawien, zurück.

³⁶ Hartig, Hendrik Alexander (2009): Humanitäre Einsätze der Bundeswehr 1960 bis 1976. Universität Mannheim. Staatsexamen.

keine Untersuchung über die Aufwendungen und die strategische Bedeutung der Einrichtungen der Bundeswehr im Ausland vorliegt.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich unter besonderer Berücksichtigung des Algerienkrieges 1954 bis 1962

Die deutsch-französischen Beziehungen können im Vergleich zu den deutsch-portugiesischen Beziehungen als gut erforscht bezeichnet werden. Für einen Vergleich der deutsch-portugiesischen Beziehungen während der Auflösung des portugiesischen Kolonialreichs mit der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Frankreich während des Algerienkrieges wurden im Folgenden die wichtigsten vorliegenden Werke analysiert.

In den letzten Jahren wurde eine ganze Reihe von Standardwerken verfasst und auch viele umfassende Editionen herausgegeben. Damit wird die detailliertere Erforschung dieser Beziehungen mehr und mehr ermöglicht. Bereits seit mehreren Jahren sind zahlreiche Arbeiten aus den verschiedenen Blickwinkeln entstanden, die eine gute und fundierte Einführung erlauben. Zu den immer noch wichtigsten Autoren zählen Lappenküper³⁷, Schwarz³⁸ und Ziebura³⁹. Auch wenn alle Autoren unterschiedliche Ansätze verfolgen, betrachten sie zumeist die Beziehungen aus der Sicht des Bundeskanzlers und des Außenministers.

Erst mit der Ausweitung der Betrachtung auf den Algerienkrieg werden auch vermehrt Akten aus dem AA und von Parteien, dem Bundeskabinett und anderer Ministerien zur Untersuchung herangezogen. Die wichtigste Arbeit zum Algerienkrieg aus der Perspektive der deutsch-französischen Beziehungen stellt das Gemeinschaftswerk von Cahn und Müller dar.⁴⁰ Die Arbeit und der hier zitierte frühere Zeitschriftenaufsatz wurden mit Hilfe von umfassendem Archivmaterial aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes erstellt.⁴¹ Müller beschreibt anhand des Algerienkrieges, die Rolle

³⁷ Vgl. Lappenküper, Ulrich (1998): Die deutsch-französischen Beziehungen 1949 - 1963. Von der "Erbfeindschaft" zur "Entente élémentaire". München. Derselbe (Hg.) (1996): Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. München. Derselbe (1997): Ein besonderes Verhältnis Konrad Adenauer und Frankreich. (1949 - 1963). Bad Honnef.

³⁸ Vgl. Schwarz, Hans-Peter (1985) (Hrsg.): Adenauer und Frankreich. Die deutsch-französischen Beziehungen 1958 bis 1969. Bonn.

³⁹ Vgl. Ziebura, Gilbert (1970): Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Stuttgart.

⁴⁰ Cahn, Jean-Paul; Müller, Klaus-Jürgen (2003): La République fédérale d'Allemagne et la Guerre d'Algérie 1954- 1962. Perception, implication et retombées diplomatiques. Paris, S. 9. Das Werk ist das Resultat eines Kolloquiums, dass von Klaus-Jürgen Müller und Jean Paul Cahn im März 1999 organisiert wurde.

⁴¹ Müller, Klaus Jürgen (1990): Die Bundesrepublik Deutschland und der Algerienkrieg. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 38. Jg., 4 Heft, Oktober 1990, S. 609. Die Gemeinschaftsarbeit von Müller und Cahn besticht darüber hinaus durch die Verwendung aus dem Archiv des französischen Außenministeriums.

der Bundesrepublik Deutschland vor der UNO und insgesamt während des Kalten Krieges. Die pro-französische Haltung der Bundesregierung zum Algerienkrieg lässt sich seiner Ansicht nach eindeutig durch die gemeinsame antikommunistische Haltung der westlichen Staaten insgesamt erklären. „*Die Politik der deutschen Westorientierung und das Bemühen um die Stärkung des westlichen Lagers hatten angesichts des alles dominierenden Bewusstseins der kommunistischen Bedrohung absoluten Vorrang.*“⁴² Dabei muss konstatiert werden, dass mit der Unabhängigkeit Algeriens sich Frankreich endgültig von seinem französischen Kolonialreich trennen musste und sich dadurch auch interessierter an der Strategie der Westbindung der Bundesregierung unter Adenauer zeigte.⁴³

In seiner Rezension merkt von Münchhausen an, dass es den beiden Autoren gelungen sei, die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im französischen Algerienkrieg aus deutscher und französischer Sicht darzustellen. „*Die Bundesrepublik mußte diese Erwartungen berücksichtigen, ohne dabei ihre zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Interessen in der arabischen Welt aufs Spiel zu setzen. So ergab sich ein Verhalten, das die Analysten nicht als „Schaukelpolitik“, doch als ein vorsichtiges Abwarten und Austarieren beschreiben.*“⁴⁴ Einen ebenso wichtigen, aber bislang wenig berücksichtigten Aspekt beleuchtet Bouhsini in ihrer Arbeit über die Rolle Nordafrikas in den deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1950 und 1962. Die Untersuchung stellt den Algerienkonflikt als zentral belastendes Element in diesen Beziehungen dar. Ihrer These nach hatte die ambivalente Haltung der Bundesrepublik Deutschland zum Algerienkrieg unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten Algeriens. Sie spricht von wirtschaftlichen Spannungen mit Marokko und Tunesien, die über den Maghreb hinaus auf die gesamte arabische Welt ausstrahlten.⁴⁵

Von Münchhausen spricht in Anlehnung an Cahn und Müller mit Blick auf die Aktivitäten der SPD und allen voran von Wischnewski von einer „informellen Arbeitsteilung“ zwischen der FES und dem AA. Die ambivalente Rolle der Bundesrepublik Deutschland in diesem Konflikt brachte auch erstmals eine Betrachtung

⁴² Ebd. (1990): Die Bundesrepublik Deutschland und der Algerienkrieg, S. 613.

⁴³ Cahn, Jean-Paul; Müller, Klaus-Jürgen (2003): La République fédérale d'Allemagne et la Guerre d'Algérie 1954- 1962. Paris, S. 52.

⁴⁴ Von Münchhausen, Thankmar: Hoffen und Bangen. Der Algerienkrieg in den deutsch-französischen Beziehungen. In: FAZ (2003) Nr. 271, S. 8. <http://www.faz.net/artikel/C30525/hoffen-und-bangen-30202621.html> aufgerufen am 02.06.2011.

⁴⁵ Vgl. Bouhsini, Sabah (2000): Die Rolle Nordafrikas in den deutsch-französischen Beziehungen von 1950-1962. Aachen.

der deutsch-französischen Beziehungen aus dem Blickwinkel der SPD hervor. Über die Politik der SPD, vor allem der angeschlossenen FES, als Vertreterin der Interessen der Befreiungsbewegungen in Algerien berichtet unter anderem Scheffler.⁴⁶ Ein wichtiger Aspekt bei der Betrachtung ist der Versuch der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas eine gemeinsame europäisch-westliche Politik zu vertreten, mit der sich die jungen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt identifizieren konnten. Diese Parteien versuchten eine Alternative zum Kommunismus und zu der konservativ-christlichen sowie liberalen Politik anzubieten und profitierten in Deutschland seit den fünfziger Jahren von der Unterstützung der aufkommenden Linksbewegung.⁴⁷ Eben diese Ergebnisse beeinflussten den in der vorliegenden Arbeit untersuchten Forschungsstand, da sich im späteren Verlauf viele Parallelen aufzeigen lassen, die für die Analyse wertvolle Hinweise lieferten.

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal

Für die Erarbeitung der These wird zunächst der Forschungsstand zu den anderen wichtigen NATO-Staaten betrachtet. Eine der ersten Arbeiten in Portugal, die sich mit den Beziehungen der Portugiesischen Republik unter Salazar zu einem anderen NATO-Staat im behandelten Zeitraum beschäftigten, war *Os Americanos e Portugal* (die Amerikaner und Portugal) von Antunes aus dem Jahr 1986.⁴⁸ Ihm folgten weitere portugiesische Historiker, die sich mit anderen NATO-Partnerstaaten und ihren Beziehungen zu Portugal und mit den Beziehungen Portugals zu diesen Staaten befassten.⁴⁹ Pedro Aires Oliveira legte 2007 ein Werk zu den portugiesisch-britischen Beziehungen vor. Wichtig für die Fragestellung der Arbeit ist der Umstand, dass er ähnlich wie Antunes die Azoreninseln und die dortigen Stützpunkte von Briten und

⁴⁶ Vgl. Scheffler, Thomas (1995): *Die SPD und der Algerienkrieg (1954 - 1962)*. Berlin. Vgl. dazu auch: Leggewie, Claus (1984): *Kofferträger. Das Algerienprojekt der Linken im Adenauer-Deutschland*. Berlin.

⁴⁷ Rezension bei HSozKult von Marcel Streng: *Trauma Algerienkrieg*.

<http://hsozkult.geschichte.Algerienkrieg> aufgerufen am 14.10.2011. Vgl. Kohser-Spohn, Christiane (Hrsg.) (2005): *Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts*. Frankfurt am Main.

⁴⁸ Antunes, José Freire (1986): *Os Americanos e Portugal*. Lisboa. Autor José Freire Antunes fertigte in der Folge eine ganze Reihe von Werken zu den portugiesisch-amerikanischen Beziehungen an, er stützte sich dabei vor allem auf Material aus amerikanischen Archiven und unzähligen Zeitzeugeninterviews. Weitere Werke sind: Antunes, José Freire (1991): *Os Americanos e Portugal 1969-1974. Nixon e Caetano promessas e abandonado*. Lisboa. Antunes, José Freire (1992): *Kennedy e Salazar. O leão e a raposa*. Lisboa. Dazu kommen noch biographische Werke. Antunes, José Freire (1997): *Jorge Jardim - agente secreto. [1919 - 1982]*. Venda Nova Portugal. Antunes, José Freire (1997): *Champalimaud*. Lisboa. Antunes, José F. (c1990): *O factor africano, 1890 - 1990*. Venda Nova Portugal. Antunes, José Freire (1996): *A guerra de Africa (1961-1974)*. Lisboa (Temas de história). Seine Bücher spiegeln die Ambivalenz der US-amerikanischen Regierungen zu Salazar und seinem Regime wider.

⁴⁹ Vgl. für einen Überblick über zeitgenössische Literatur in Portugal: *Biblioteca Museu Republica e Resistencia* (1996): *Colonialismo e Guerra Colonial*. Bibliografia. Lisboa.

Amerikanern erwähnt und in seiner Analyse herausstellt.⁵⁰ Die portugiesische Perspektive wurde durch den Historiker Daniel da Silva Costa Marcos im selben Jahr auf Frankreich erweitert.⁵¹ Er stellte in Anlehnung an die noch zu besprechende Arbeit von Ana Monica Fonseca die viel beachtete These auf, dass Frankreich neben der Bundesrepublik Deutschland der größte Unterstützer des Salazar-Regimes war und den portugiesischen Kolonialkrieg damit künstlich verlängerte. All diesen Werken gemein ist die Ausrichtung auf die politischen Beziehungen unter Betrachtung der militärischen Zusammenarbeit.

Zu den deutsch-portugiesischen Beziehungen, die sich mit dem betrachteten Zeitraum von 1960 bis 1974 befassen, gibt es drei wichtige Arbeiten.⁵² Die Dissertation Schroers⁵³ aus dem Jahr 1998 behandelt die deutsch-portugiesischen Beziehungen aus deutscher Sicht und stellt die politischen Beziehungen von 1949 bis 1976 in den Mittelpunkt. Schroers betrachtet dabei auch die militärpolitischen Verflechtungen und die Reaktion auf die bundesdeutsche Unterstützung exemplarisch.⁵⁴ Seine Fragestellung nimmt die Relevanz der deutsch-portugiesischen Beziehungen für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Fokus und kommt zu dem Schluss, dass diese nur eine Nebenrolle spielte.

Eine weitere wichtige Grundlage bildet die Dissertation von João Moreira Tavares.⁵⁵ Moreira Tavares legte mit seiner Dissertation über die portugiesische Militärindustrie in der Vorzeit des Kolonialkrieges einen Grundstein für die Beschäftigung mit der staatlich geförderten Militärindustrie in Portugal. Durch sein Aktenstudium konnte

⁵⁰ Oliveira, Pedro Aires (2007): Os despojos da aliança. A Gra-Bretanha e a questao colonial portuguesa 1945-1975. Lisboa.

⁵¹ Marcos, Daniel da Silva Costa (2007): Salazar e de Gaulle. A Franca e a questão colonial portuguesa 1958-1968. Lisboa.

⁵² Nicht betrachtet werden die zahlreichen Arbeiten zu den Beziehungen der Portugiesischen Republik und dem Dritten Reich. Stellvertretend seien hier angeführt: Louçã, António (2000): Hitler e Salazar. Comércio em tempos de guerra, 1940 - 1944. Lisboa. Derselbe (2002): Nazigold für Portugal. Hitler und Salazar. Wien. Derselbe (2005): Conspiradores e traficantes. Portugal no tráfico de armas e de divisas nos anos do nazismo, (1933 - 1945). Derselbe (2005): Portugal visto pelos Nazis. Documentos 1933 - 1945. Lisboa. Derselbe (c1997): Negócios com os Nazis. Ouro e outras pilhagens, 1933 - 1945. Lisboa.

⁵³ Schroers, Thomas (1998): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Portugiesischen Republik (1949-1976). Hamburg. Über die Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal vor dem behandelten Zeitraum siehe u. a.: Guevara, Gisela (2006): As Relações entre Portugal e a Alemanha em torno da África – Finais do Século XIX e Inícios do Século XX. Lisboa.

⁵⁴ Schroers, Thomas (1998): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Portugiesischen Republik (1949-1976). Hamburg, S. 14.

⁵⁵ Moreira Tavares, João (2005): Indústria Militar Portuguesa. No Tempo da Guerra 1961-1974. Casal de Cama.

Moreira Tavares auch das Engagement der Bundesrepublik zutage fördern, dass sich bereits vor dem Kolonialkrieg in der portugiesischen Militärindustrie entfaltete.⁵⁶

Die letzte der drei wichtigsten Vorarbeiten ist die Masterarbeit von Ana Monica Fonseca.⁵⁷ Sie fokussiert ebenfalls auf die politischen Beziehungen, betrachtet die militärischen Beziehungen jedoch nur am Rande, dabei führt sie auch in die deutsche Afrikapolitik ein und nutzt unter anderem die Arbeit zur deutschen Afrikapolitik von Ulf Engel⁵⁸ als Grundlage ihrer Ausführungen. Sie kommt zusammen mit Marques Guedes zu dem Schluss, dass sich die politischen Beziehungen zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland durch die Bildung der Großen Koalition in ihrer Intensität verschoben. Der Beginn der Ostpolitik unter Außenminister Willy Brandt hätte demnach Portugal in seiner Bedeutung für die Außenpolitik herabgestuft und die Beziehungen im Vergleich zu anderen Staaten hätten nur noch eine sekundäre Rolle gespielt.⁵⁹ Ihre Untersuchung endet mit dem Jahr 1968. Mit den Beziehungen zwischen den beiden Staaten während der Nelkenrevolution beschäftigen sich inzwischen mehrere Arbeiten. Sie ermöglichen eine Ausweitung der Betrachtung nach dem Fall der Diktatur und sorgen für ein differenziertes Bild über das Engagement der Bundesrepublik Deutschland in Portugal.⁶⁰ Der hier zusammengefasste Forschungsstand wird aufgegriffen und in der Arbeit untersucht, dafür ist auch eine Betrachtung der Forschung zur westdeutschen Afrikapolitik unerlässlich.

Die deutsche Afrikapolitik und die deutschen Aktivitäten in Portugiesisch-Afrika

Der westdeutschen Afrikapolitik mangelt es derzeit noch an einer breiten Grundlagenforschung. Die wenigen Werke, die sich mit der Thematik beschäftigen, werden im Folgenden mit ihren wichtigsten Thesen aufgeführt.

Das umfassendste Werk zur deutschen Afrikapolitik legte Engel zur Jahrtausendwende vor.⁶¹ Die wichtigsten Thesen sind die Einnahme der Rolle des natürlichen Vermittlers seitens der Bundesrepublik Deutschland in Afrika und die Hervorhebung der Bedeutung

⁵⁶ Ebd., S. 43.

⁵⁷ Fonseca (2007): *A Força das Armas*.

⁵⁸ Engel, Ulf (2000): *Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1949 - 1999; Rollen und Identitäten*. Hamburg, Münster.

⁵⁹ Ebd., S. 13.

⁶⁰ Dazu siehe unter anderem: Golder, Marko (Hg.) (1998): *Studien zur Zeitgeschichte Portugals. Militär und Parteien während der Nelkenrevolution 1974/75*. Unter Mitarbeit von Manuel von Rahden. Hamburg. Aber auch die neuen Werke von: Fonseca, Ana Monica (2011): *É preciso regar os Cravos! A Social Democracia Alemã e a transição portuguesa para a democracia (1974-1976)*. Unveröffentlicht.

Außerdem: Stenger, Matthias (2011): *Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974 bis 1992)*. Tübingen. Die DDR und die Nelkenrevolution behandelt: Wagner, Tilo (2006): *Portugal e a RDA durante a Revolução dos Cravos*. In: *Relacoes Internacionais*, H. 11, S. 79–90.

⁶¹ Engel, Ulf (2000): *Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1949 - 1999; Rollen und Identitäten*. Hamburg.

der Hallsteindoktrin, unter die sich die Beziehungen zu einzelnen Staaten unterordnen mussten. Beide Thesen werden in der Arbeit untersucht, um die Ergebnisse in den größeren Kontext der Forschung einordnen zu können. Am Beispiel Togo zeigt der Autor auf, dass die Bundesrepublik Deutschland durchaus ihre eigenen Interessen in Afrika verfolgte, auch wenn sie sich in ihrer Politik mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich abstimmte.⁶²

Die Werke von Bley⁶³, Splett, Ansprenger und Schatten⁶⁴ bilden weitere Grundlagen für eine Auseinandersetzung mit den politischen Aktivitäten der Bundesrepublik Deutschland in Afrika südlich der Sahara, wenn sie auch keine Erkenntnisse bezüglich des Untersuchungsgegenstands zutage fördern. Eine Besonderheit nimmt die Arbeit von Dirk van Laak ein.⁶⁵ In der Habilitationsschrift werden keine Nationalstaaten oder gesellschaftlichen Theorien, sondern die Infrastruktur und wirtschaftliche Planungen betrachtet. Er kann mit seiner Arbeit aufzeigen, dass einige interessierte Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland die Entwicklungshilfe als eine Fortführung des Imperialismus und des Kolonialismus unter anderen Vorzeichen ansahen.⁶⁶ Die von van Laak aufgezeigten Ideen dieser Gruppen zur Ausbeutung Afrikas im großen Stil, zur Einbindung Afrikas als „kontinentalen Großwirtschaftsraum“ für Europa, bildet eine interessante Ausgangsfragestellung für eine Betrachtung in der Zeit nach der Auflösung der Kolonialreiche.⁶⁷ Für die Fragestellung bietet dieser Ansatz der vorliegenden Arbeit jedoch keine weiteren Anhaltspunkte. Erwähnenswert, aber weniger von Belang, ist die Arbeit von Kum'a Ndumbe⁶⁸, die sich nicht aus einer, wie Lappenküper feststellt, „*demagogisch beschränkten Sicht auf das Leitmotiv der Abhängigkeitsbewahrung und Abhängigkeitsschaffung*“⁶⁹ befreien kann.

Zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den portugiesischen Kolonien gibt es bislang nur wenig Forschungsliteratur mit einem Schwerpunkt zu Mosambik. Zumeist werden darin die Beziehungen der DDR zur

⁶² Engel, Ulf (2000): Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1949 - 1999; Rollen und Identitäten. Hamburg, S. 241 ff.

⁶³ Bley, Helmut (Hg.) (1978): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge der deutschen Afrika-Politik. Reinbek bei Hamburg.

⁶⁴ Splett, Oskar; Ansprenger, Franz; Schatten, Fritz (1964): Das Afrika der Gegenwart. Bonn.

⁶⁵ Van Laak, Dirk (2004): Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für die Erschließung Afrikas 1880-1960. Paderborn.

⁶⁶ Ebd., S. 366.

⁶⁷ Rezension bei HSozKult von Falk-Thoralf, Günther 2006. <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=5987&type=rezbuecher&sort=datum&order=down&search=Dirk+van+Laak>

⁶⁸ Kum'a Ndumbe III, Alexandre (1992): Was will Bonn in Afrika? Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Pfaffenweiler.

⁶⁹ Lappenküper; Ulrich (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. München, S. 55.

mosambikanischen Freiheitsbewegung *Frente de Libertação de Moçambique (FRELIMO)* behandelt.⁷⁰ Zu den anderen portugiesischen Kolonien wie Angola und Portugiesisch-Guinea sieht die Forschungslage sogar noch schlechter aus.

Schlussfolgerung aus dem Forschungsstand

Aus diesem Forschungsstand lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen. Alle Arbeiten zu den Deutsch-Portugiesischen Beziehungen untersuchen primär die politischen Beziehungen, behandeln die militärischen Aspekte zwar auch, betrachten diese jedoch nur am Rande.⁷¹ Eine dezidierte Untersuchung fehlt bislang, ebenso ein Vergleich der Militärhilfe verschiedener NATO-Staaten. Noch weniger gehen sie auf die Ereignisse in Afrika selbst ein, beispielsweise spielen die Deutschen in Angola und Mosambik überhaupt keine Rolle.⁷² Die Betrachtung der Hallsteindoktrin⁷³ fehlt ebenso. Aus dem Forschungsstand lässt sich daher ableiten, dass eine dezidierte Untersuchung der Deutsch-Portugiesischen Beziehungen im Hinblick auf die militärischen Beziehungen auch unter dem Eindruck der Ereignisse in Afrika den Forschungsstand deutlich verbessern würde. Der dadurch gewonnene Erkenntnisgewinn wird für weitere Untersuchungen, die sich mit der Thematik im Hinblick auf die Rolle der Bundesrepublik Deutschland während der Auflösung der Kolonialreiche in Afrika beschäftigen, die Grundlage verbreitern.

Quellen und Quellenkritik

Die Arbeit stellt sich in die Tradition der Untersuchung der Beziehungen zwischen zwei Staaten anhand von Archivmaterial, da dieses bezüglich des Untersuchungsgegenstandes bislang nur wenig erforscht wurde. Eine Untersuchung mit der Methodik der Oral History wurde hingegen unterlassen, da dies den Bearbeitungszeitraum überspannt hätte und für die Fragestellung keine wesentlichen Erkenntnisse über die Erforschung des Aktenmaterials hinaus gebracht hätte. Als Quellenbasis für die Arbeit wurde daher vor allem ungedrucktes Aktenmaterial

⁷⁰ Döring, Hans Joachim (2005): *Freundschaftsbande und Beziehungskisten : die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik.* Frankfurt am Main. Voß, Matthias (2005): *Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik: Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten.* Münster.

⁷¹ Vgl. Schroers, Thomas (1998): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Portugiesischen Republik (1949-1976).* Hamburg.

⁷² Fonseca (2007): *A Força das Armas.*

⁷³ Die Hallsteindoktrin entstand 1955 nach der Moskaureise Adenauers. Sie geht zurück auf den Ministerialdirektor des AA Wilhelm Grewe (1911-2000).

www.bundesarchiv.de/bestaende_findmittel/editionen/dzd/01307/ aufgerufen am: 16.04.2010.

verwendet. In Deutschland wurden Bestände des *Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PAAA)* und des *Bundesarchivs Freiburg (BArch)* eingesehen. In Portugal wurden außerdem Bestände des *Arquivo Salazar (AS)* im *Arquivo Nacional do Torre do Tombo (ANTT)*, des *Arquivo Historico Diplomatico do Ministerio dos Negocios Estrangeiros (AMNE)*, des *Arquivo Historico Militar (AHM)*, des *Arquivo Mario Soares (AMS)* und des *Arquivo Historico do Ministerio da Defesa Nacional (ADN)* ausgewertet.

Im PA AA bildeten vor allem die Bestände B 26, B 34, B 60, B 62 und das Zwischenarchiv eine breite Quellenbasis. Der Bestand B 26 behandelt die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Portugal aus Sicht der deutschen Botschaft in Lissabon in den Jahren 1950 bis 1972. In dem Bestand B 60 und B 62 werden die wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Portugal im gleichen Zeitraum von den Beamten der Botschaft Lissabon wiedergegeben.

Der Bestand B 34 gibt Einblicke in die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit den portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik aus Sicht der Beamten in den deutschen Generalkonsulaten in Luanda und Lourenço Marques. In diesem Aktenbestand sind ebenso die Bewertungen der politischen Entwicklung in Portugiesisch-Guinea enthalten, welche die Beamten des AA in den Botschaften der Bundesrepublik in Dakar (Senegal) und Conakry (Guinea) im Zeitraum 1960 bis 1974 und 1958 bis 1972 festhielten. Die Berichterstattung über Portugiesisch-Guinea war jedoch gering, das Aktenmaterial zum Senegal und zu Guinea für den untersuchten Zeitraum aber in einem sehr großen Umfang vorhanden, so dass nur Archivmaterial zur Thematik untersucht wurde. Aufgrund der vielen Botschafteraufzeichnungen aus den an die portugiesischen Kolonien angrenzenden Staaten war eine umfassende Erforschung dieser Akten nicht möglich. Durch die Fokussierung auf die deutsche Afrikapolitik unter dem Gesichtspunkt des portugiesischen Kolonialkrieges ist diese umfassende Untersuchung auch nicht nötig, um grundlegende Strategien und Linien aufzuzeigen. Für den Blick auf die Tätigkeiten der afrikanischen Befreiungsbewegungen in diesen Staaten genügte eine Untersuchung der Akten der portugiesischen Kolonien, da die Tätigkeiten der Befreiungsbewegungen von den dortigen deutschen Botschaften umgehend auch an die Vertretungen nach Angola und Mosambik geleitet wurden.

Die wirtschaftliche und entwicklungspolitische Perspektive, die die Beamten in den Generalkonsulaten und Botschaften einnahmen, wird ebenfalls in diesem Aktenbestand aufgezeigt. In allen Beständen werden auch der portugiesische Kolonialkrieg und die

Verwicklung der Bundesrepublik Deutschland darin thematisiert. Der Bestand stellt auch das zentrale Archivmaterial für die Untersuchung der deutschen Afrikapolitik in den portugiesischen Kolonien dar. Die Entwicklungen in Portugal und den portugiesischen Kolonien, aber auch die Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Guinea im Zeitraum 1972 bis 1978 wurden in dem Bestand „Zwischenarchiv“ erforscht.

Zusätzlich zu den angesprochenen Beständen der Bundesrepublik wurden zudem Akten des *Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)* der DDR analysiert. Diese Akten sind nicht in verschiedene Bestände eingeordnet, zudem sind sie fast ausschließlich auf Mikrofiche erhalten.

Im Bundesarchiv Freiburg wurden die Bestände BW 1 und BW 2 herangezogen. Betrachtet wurden die militärischen Beziehungen der Bundesrepublik zu Portugal 1950 bis 1978 und zu Guinea im Zeitraum 1958 bis 1970.

In Portugal wurden im ANTT Akten des Bestands AS eingesehen, die eine militärische Zusammenarbeit zwischen der deutschen Privatwirtschaft und der staatlichen Militärindustrie Portugals bereits in den fünfziger Jahren belegen.

Im AMNE wurden die Akten der portugiesischen Botschaft in Bad Godesberg für den Zeitraum 1960 bis 1965 durchgesehen. Die Archive AHM und ADN sind erst seit kurzer Zeit für die Forschung frei zugänglich geworden. Aus den Aktenbeständen dort konnten die militärischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Portugal aus portugiesischer Perspektive ergänzt werden. Besondere Erkenntnisse boten die Aufzeichnungen der Zentralen Deutschen Verbindungsstelle Portugal (ZDVP), portugiesisch *Serviço Centrais de Ligação Alemães (SCLAP)*, im ADN über den gesamten zu betrachtenden Zeitraum. Mit diesen Akten konnte die militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Portugal im gesamten untersuchten Zeitraum aus der Perspektive der deutschen und portugiesischen Beamten in Portugal rekonstruiert werden. Das Privatarchiv des Politikers Mario Soares AMS, bot darüber hinaus Einblicke in die frühen Kontakte der portugiesischen Opposition zur SPD über die FES. Seine Korrespondenz mit der FES und die Korrespondenz mit politischen Freunden und Gleichgesinnten werden dort digital bereitgestellt. Nicht ausgewertet wurden Bestände aus dem Archiv des portugiesischen Überseeministeriums, da hier nur wenige Akten eingesehen werden konnten. Die Bestände dieses Archivs für die betrachtete Zeit in Angola, Mosambik und Guinea-Bissau, aber auch die Berichte des portugiesischen Geheimdienstes aus den

angrenzenden afrikanischen Staaten sind bislang nur ansatzweise verzeichnet worden. Die Archivare werden für die Verzeichnung und Sichtung dieser Akten ihrer Meinung nach noch mehrere Jahre brauchen. Neue Erkenntnisse aus diesen Akten könnten Aufschluss über das Schicksal der deutschen Pflanzler und Kaufleute in Angola und Mosambik sowie den Einsatz und die Bewertung von weiterem Bundeswehrmaterial aus portugiesischer Sicht vor Ort geben. Von besonderem Interesse sind die Akten dieses Archivs, weil hier auch ein Teil der Korrespondenz des portugiesischen Überseeministeriums und des portugiesischen Geheimdienstes *Policia Internacional e de Defesa do Estado (PIDE)* erhalten ist. Akten über die Tätigkeiten der PIDE sind in Portugal relativ schwierig zugänglich. Es muss davon ausgegangen werden, dass viele der Akten aus dem Archiv des portugiesischen Geheimdienstes nach der Nelkenrevolution entweder entwendet oder vernichtet wurden.⁷⁴

Durch die Sichtung des Aktenmaterials aus den erwähnten Archiven konnte nicht nur ein Blick auf die politischen und vor allem militärischen Vorgänge zwischen den beiden Staaten in Europa, sondern auch auf die Vorgänge in den portugiesischen Gebieten Afrikas geworfen werden. Bei der Untersuchung der Auswirkungen der Beziehungen zwischen der Bundesregierung und der portugiesischen Opposition sowie den afrikanischen Befreiungsbewegungen wurde auch auf Aktenmaterial aus dem MfAA der DDR zurückgegriffen. Damit konnte die deutsch-portugiesische Perspektive auf diese Ereignisse um eine deutsch-deutsche Perspektive erweitert werden.

Neben dem ungedruckten Aktenmaterial wurden auch gedruckte Akten genutzt, wie die Reihe *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (AAPA)* herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte in München. Ebenso wurden zeitgenössische Artikel aus politischen Zeitschriften und Zeitungen sowie zeitgenössische Schriften von politischen Akteuren und Organisationen genutzt.

Die Arbeit verbindet sowohl eine qualitative als auch eine quantitative Analyse. Für die qualitative Analyse wurden Aktenmaterialien und weitere nicht aus Archiven stammende Quellen ausgewählt, der historischen Quellenkritik unterzogen und analysiert. Besonderes Gewicht wurde der Ausgewogenheit der Quellen beigemessen, um beide Seiten zu betrachten. Ergänzt wurden die Akten durch ausgewählte Zeitungsartikel und Zeitschriftenreihen, die einen Überblick über die internationale Reaktion auf bestimmte Ereignisse geben.

⁷⁴ Vgl. Fleschenberg, Andrea (2004): *Vergangenheitsaufklärung durch Aktenöffnung in Deutschland und Portugal?* Münster.

Für die quantitative Analyse wurde auch statistisches Quellenmaterial in die Betrachtung mit einbezogen, um zum Beispiel die Intensität der Handelsbeziehungen im behandelten Zeitraum betrachten zu können. Besonders bei dem Versuch die militärische Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die portugiesische Armee zu bewerten, wurde statistisches Zahlenmaterial verwendet. Um die Unterstützung analysieren zu können, musste ein Vergleich mit der Unterstützung anderer Staaten durchgeführt werden. Dieser Vergleich wurde im ersten Schritt quantitativ, im zweiten Schritt durch die Verknüpfung von weiterem Aktenmaterial sowie ergänzendem Material wie zeitgenössischer Literatur auch qualitativ vorgenommen. Erschwerend trat hinzu, dass bislang noch kein solches Zahlenmaterial vorhanden war und dieses erst aus den Akten und zeitgenössischen Quellen erhoben und verglichen werden musste. Zur Unterstützung der Beweisführung werden wichtige Verträge im Anhang aufgelistet.

Gliederung

Die Arbeit gliedert sich in drei Kapitel. Die Zeit des Zweiten Weltkriegs wird in einem Einstieg kurz zusammengefasst, um die besondere Bedeutung der Beziehungen beider Staaten zueinander aufzuzeigen. Bereits kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland begann, beispielsweise die Handelstätigkeit wieder deutlich zuzunehmen. Doch vor allem in militärischer Hinsicht lohnt sich ein Blick auf die Vorgeschichte. Damit soll deutlich gemacht werden, dass die militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal nicht nur während des portugiesischen Kolonialkrieges besonders eng und wichtig aus portugiesischer Sicht war. Vielmehr lässt sich hier eine Kontinuität ableiten.

In einem ersten Schwerpunkt konzentriert sich die Analyse auf die Bedeutung der diplomatischen Beziehungen beider Staaten innerhalb Europas. Dabei werden die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal in die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland verortet. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und vor dem Beginn des portugiesischen Kolonialkriegs 1961 wird in der Arbeit als „Intervallzeit“ bezeichnet⁷⁵. Schwerpunkte in diesem Zeitraum sind die

⁷⁵ Der Zeitraum zwischen 1949 und des Ausbruchs des portugiesischen Kolonialkriegs wird als Intervallzeit bezeichnet, weil die alten und neuen Kontakte zwischen Regierungen, Wirtschaft und Militär sich erst noch etablieren mussten. Nach 1961 kann eine deutliche Zunahme der Berichterstattung und der Intensität der deutsch-portugiesischen Beziehungen nachgewiesen werden.

Aufnahme der Beziehungen, die Lösung der Frage der deutschen Vermögen in Portugal und die Wiederbelebung der Handelsbeziehungen. Da viele der für den Zeitabschnitt 1961 bis 1974 wichtigen Grundsteine während dieser Intervallzeit gelegt wurden, vertieft sich die Betrachtung in diesem Abschnitt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Die zweite Phase der Beziehungen ist durch den Kolonialkrieg geprägt und dauert an bis zum Tod des portugiesischen Ministerpräsidenten Salazar. Dies ist der portugiesischen Periodisierung geschuldet, die, obgleich die Diktatur fortbestand, die Regierungszeit Salazars und Marcello Caetanos getrennt betrachtet.⁷⁶ Der Zeitabschnitt von 1961 bis 1968 der hier im Mittelpunkt steht, wird durch die Intensivierung der Beziehungen unter Erhard und Kiesinger geprägt. Die Wirtschaftshilfe zum Bau von Staudämmen in Alentejo, die Kredite zur Sanierung und zum Ausbau der Infrastruktur und die zunehmende Zusammenarbeit im Rahmen der NATO sind besondere Schlaglichter dieser Zeit.

Während der Regierungszeit des portugiesischen Ministerpräsidenten Caetano auf der einen, und Willy Brandts auf der anderen Seite, hinterfragte die neue Bundesregierung ihre Beziehungen zu Portugal. Allerdings fiel diese Neuausrichtung deutlich geringer aus, als dies zum Beispiel von Fonseca vermutet wurde.⁷⁷ In diesen Abschnitt fällt auch der Tod des Botschafterehepaares Schmidt-Horix. Der Vorfall ist von besonderer Bedeutung, da die Bundesregierung keine Not sah, den vakanten Posten des Botschafters in Lissabon umgehend wieder zu besetzen.⁷⁸ Das Kapitel behandelt zudem die besonderen Beziehungen der wichtigsten demokratischen Oppositionspartei in Portugal, der *Partido Socialista de Portugal (PSP)*, zur SPD, die sich Anfang der siebziger Jahre intensivierten und darüber hinaus zu dem wohl wichtigsten Faktor in der langfristigen Integration Portugals in die EG entwickelten.

Teil des ersten Kapitels ist auch eine kurze Darstellung der Handelsbeziehungen. Bei allen zeithistorischen Untersuchungen zu den Handelsbeziehungen zwischen einem dritten Staat und einer Kolonialmacht ergibt sich das Problem, dass sich das Handelsvolumen zwischen diesen beiden Staaten nicht ohne die Kolonien beziffern

⁷⁶ Diese Phase wird deshalb getrennt, weil Caetano erstmals Zugeständnisse an die Opposition machte und sie zu den Wahlen zuließ und außerdem Reformen versprach, die aber nur zögerlich umgesetzt wurden.

⁷⁷ Fonseca 2007, 234 ff.

⁷⁸ Zwischen dem Selbstmord von Botschafter Hans Schmidt-Horix und seiner Frau und dem Antrittsbesuch seines Nachfolgers Ehrenfried von Holleben lagen ein paar Monate. Dies mag aber auch mit der Entführung von von Holleben während seiner Tätigkeit als Botschafter in Brasilien zusammenhängen.

lässt. Die historischen Handelsdaten müssten daher an sich nicht getrennt zwischen Mutterland und Kolonie, sondern als Ganzes betrachtet werden.⁷⁹ Die beschriebene Datenproblematik kann auch in der vorliegenden Arbeit nicht aufgelöst wird.

Ein zweiter Schwerpunkt wird auf die deutsch-portugiesische Militärkooperation gelegt. Diese lässt sich hinsichtlich des Aufbaus einer eigenen Militärindustrie in Portugal mit direkter bilateraler Militärhilfe messen und mit der Unterstützung anderer NATO-Staaten vergleichen. Hierbei erfolgt eine tief greifende Analyse der militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten unter Einbeziehung der verfügbaren Angaben zur militärischen Stärke der portugiesischen Armee in den afrikanischen Kolonien.⁸⁰ Der zweite Teil stellt den Hauptteil der Arbeit dar. Dieses Kapitel ist thematisch gegliedert und enthält eine detaillierte Aufstellung der militärischen Zusammenarbeit beider Staaten. Im Fokus steht der Aufbau der Militärindustrie des portugiesischen Staates, die Ausrüstung der portugiesischen Armee mithilfe der Bundeswehr und der deutschen Industrie.

Ein dritter Schwerpunkt wird auf die Afrikapolitik der Bundesrepublik und auf die Auswirkungen der westdeutschen Unterstützung in militärischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht der portugiesischen Kolonialpolitik gelegt. Hierbei werden die besondere Rolle der SPD und die internationale Kritik an der Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland untersucht. In diesem Kapitel wird die Perspektive um die Ereignisse in Afrika selbst und die Auswirkungen der deutsch-portugiesischen Beziehungen auf politischer und militärischer Ebene in die Afrikapolitik der Bundesrepublik erweitert. Die Behandlung erfolgt wiederum thematisch und in den Themenbereichen selbst chronologisch. Besonders herausgehoben werden die Implikationen der drei Ereignisse portugiesische Invasion in Guinea, Staudambau von Cabora Bassa und Massaker von Wiriyamu in Mosambik.

⁷⁹ Analysen ergeben in der Regel, dass die Statistiken durchmischt waren. Die Rohstoffe aus den Kolonien wurden im Mutterland in Fertigwaren umgewandelt und danach in die Bundesrepublik Deutschland weiterverkauft. Nach dem Ende der Kolonialreiche änderte sich das nur unwesentlich. Erster Abnehmer aller Rohstoffe blieben in der Regel die Mutterländer. Erst nach den siebziger Jahren änderten sich diese Praktiken im Falle Portugals durch die Auflösung des Kolonialreichs. Aus diesem Grund fällt eine Bewertung unter besonderer Berücksichtigung dieser Handelsdaten schwer. Für die Forschung ist dieser Aspekt jedoch nicht unbedeutend, so dass dieses Problem in der Arbeit mit einer nur skizzenhaften Darstellung gelöst wird. Die Wirtschaftsdaten werden nur zur Unterstützung für die Einordnung der deutsch-portugiesischen Beziehungen in den Gesamtkontext aus politischer Sicht hinzugezogen.

⁸⁰ Ein Weißbuch über die militärische Gesamtstärke und den Ausrüstungsstand der portugiesischen Armee im betrachteten Zeitraum gibt es nicht. Die vorliegende Arbeit leistet hier Pionierarbeit und trägt erstmals größere Datenmengen zusammen.

Grundlagen der deutsch-portugiesischen Beziehungen

Im Folgenden werden die Grundlagen der deutsch-portugiesischen Beziehungen zusammengefasst. Diese konzentrieren sich aufgrund der Fragestellung der Arbeit auf die Aspekte Außenpolitik und NATO-Strategie.

Die strategische Bedeutung Portugals und seines afrikanischen Kolonialbesitzes aus Sicht der NATO begründet sich im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg und der nach und nach offensiveren Außenpolitik der Sowjetunion in Afrika.⁸¹ Portugal selbst befand sich wie die ganze iberische Halbinsel zeitweise außerhalb der Reichweite der sowjetischen Mittelstreckenraketen. Das Land bot dank seiner Nähe zu Brasilien und Nordafrika die Möglichkeit, Nachschub und Waren im Falle eines sowjetischen Angriffs aus den USA nach Europa über den Seeweg einführen zu können.

Die Azoreninseln im Atlantik wurden bereits während des Zweiten Weltkrieges als Basis für Versorgungslieferungen der alliierten Streitkräfte genutzt und behielten ihre strategische Bedeutung als Kontrollstützpunkt am Eingang zum Mittelmeer bei. Die Alliierten kontrollierten mit dem Stützpunkt in Gibraltar den Schiffsverkehr zum Mittelmeer und zum Südatlantik durch den Stützpunkt auf den Azoreninseln.

Die portugiesischen Besitzungen in Afrika waren für die NATO von geringer strategischer Bedeutung, solange sie im portugiesischen Besitz blieben. Die damalige Hypothese, dass bei einer Unabhängigkeit und einer antiwestlich orientierten Regierung die Sowjetunion Einfluss gewinnen und ihrerseits militärische Stützpunkte errichten könnte, verschaffte allen portugiesischen Gebieten in Europa und Afrika eine erhöhte strategische Bedeutung. Innerhalb der NATO vertraten die westeuropäischen Regierungen die Auffassung, dass der Status quo in dem portugiesischen Kolonialreich möglichst aufrechterhalten werden sollte. Bereits während des Algerienkrieges war die NATO nicht befugt, sich in die inneren Angelegenheiten seiner Mitgliedsstaaten einzumischen. Die Bundeswehr und die französische Armee hatten zur Zeit des Algerienkrieges nach dem Scheitern des Pleven-Plans⁸² nur noch innerhalb der NATO Berührungspunkte.⁸³

Guinea-Bissau, das damalige Portugiesisch-Guinea, war weder von strategischer noch von wirtschaftlicher Bedeutung für die NATO. Von erheblicher strategischer Bedeutung waren jedoch die Kapverdischen Inseln, die Guinea-Bissau vorgelagert sind.

⁸¹ Vgl. Krause, Joachim (1985): Sowjetische Militärhilfepolitik gegenüber Entwicklungsländern. Baden-Baden.

⁸² Benannt nach dem französischen Politiker René Pleven (1901 - 1993). Von 1950 bis 1952 hatte er das Amt des Ministerpräsidenten inne.

⁸³ Dem Pleven-Plan wurde zwar vom Bundestag 1950 zugestimmt, jedoch versagte ihm die französische Nationalversammlung 1954 die Unterstützung.

Ebenso militärisch interessant war São Tomé e Príncipe. Die Inselgruppe, die vor Angola liegt und auf der ein portugiesischer Militärstützpunkt eingerichtet worden war.⁸⁴ Auf diesen Inseln unterhielten die portugiesischen Streitkräfte unter anderem einen Luftwaffenstützpunkt, der auch von US-Streitkräften genutzt wurde.⁸⁵

Angola selbst war reich an strategischen Rohstoffen wie Erdöl, Diamanten und Eisenerz. Die abgebauten Bodenschätze wurden über die Umschlaghäfen Luanda und Benguela⁸⁶ nach Europa gebracht. Neben diesen Bodenschätzen aus Angola und Mosambik kamen noch weitere aus dem Landesinneren aus den Staaten Kongo und Sambia hinzu. Die strategische Bedeutung des Landes leitet sich aus diesen Vorkommen im Landesinneren ab.⁸⁷

Mosambik schlussendlich bot mit den Häfen Lourenço Marques und Beira den Zugang zum Indischen Ozean.⁸⁸ Wichtiger als dieser Rohstoff war jedoch die Sicherheit der Transportrouten um das Kap der Guten Hoffnung herum. Die Kap-Route war für Westeuropa eine der wichtigsten Lebensadern, denn der Suezkanal war seit der Suezkrise 1956 nicht immer für Schiffe passierbar. Auch nach der Wiedereröffnung des künstlichen Kanals 1957 war an eine geregelte und ungefährdete Durchquerung für westliche Transportschiffe nicht zu denken.⁸⁹ Aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland waren außerdem mit dem Besuch Ulbrichts 1965 in Ägypten, die Haltung der Vereinigten Arabischen Republik unter Gamal Abdal Nasser, aber auch später Ägyptens unter Anwar-as-Sadat bedenklich. Die ägyptische Politik wurde während des Sechstageskrieges 1967 sowie des Yom Kippurkrieges 1973 für die westlichen Staaten insgesamt unberechenbar.⁹⁰ In dieser Zeit sperrte die ägyptische Regierung immer wieder die Durchfahrt oder sie wurde durch versenkte Schiffe blockiert.⁹¹

⁸⁴ PA AA, B 26, Bd. 113. Das Referat 206 berichtet über den Stopp einer Lieferung von Pistolen und Munition nach São Tomé e Príncipe. Hinweise auf eine Nutzung dieses Militärstützpunktes im Biafrakonflikt 1965 finden sich in einer anderen Akte. PA AA, B 34, Bd. 752. Berichterstattung des Generalkonsulats Luanda vom 27. Februar 1970.

⁸⁵ PA AA, B 34, Bd. 752 In einem Bericht des Generalkonsulats Luanda bereiste der damalige Generalkonsul Terfloth die Inseln und fand dort unter anderem Material und Kriegswesen aus Biafra. Material und Flugzeuge waren eindeutig den US-Streitkräften zugehörig.

⁸⁶ Hier führte auch die Eisenbahnlinie vom Nordosten Angolas an den Diamanten- und Eisenerzminen vorbei bis zum Südatlantik.

⁸⁷ Dies wird im Folgenden noch ausgeführt werden, wichtigste Bodenschätze sind Erdöl, Eisenerz und Diamanten.

⁸⁸ PA AA, B 34, Bd. 274. Botschaft Rabat am 18. Mai 1961. Bericht des Botschafters Müller-Roschach von der 1. Konferenz der „Nationalen Organisation der portugiesischen Kolonien“.

⁸⁹ Eine weitere Krise dauerte bis 1975 an und machte in diesem Zeitraum die Durchfahrt des Suezkanals für die westliche Schifffahrt gefährlich.

⁹⁰ Schröter 2009, S. 526ff. Zumal die NATO während des gesamten Zeitraums ganz erheblich zur Aufrüstung Israels beigetragen hatte.

⁹¹ Schröter 2009, S. 518.

Die Kapverdischen Inseln wurden von den portugiesischen Streitkräften bereits in den sechziger Jahren als Militärbasen genutzt. Bei einer Unabhängigkeit hätte die Sowjetunion U-Bootstützpunkte im Südatlantik errichten können. Durch eine solche Basis wäre es für die sowjetische Marine möglich gewesen die westeuropäischen Tankschiffe und Frachter zu bedrohen, die den Südatlantik durchqueren mussten. Diese sowjetischen U-Bootstützpunkte im südlichen Afrika in unmittelbarer Nähe Südeuropas hätten sich massiv auf die Sicherheit der Transportrouten ausgewirkt. Aus diesem Grund hatte die NATO-Führung und allen voran die US-Regierung ein strategisches Interesse daran, das portugiesische Regime zu stützen und die portugiesische Hegemonie in seinen afrikanischen Gebieten aufrecht zu halten.⁹²

Grundlagen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und Aufbau der Bundeswehr

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 wurde die politische Verantwortung für die Innen- und Außenpolitik Schritt für Schritt zurück in deutsche Hände gelegt. Wichtige Zäsuren auf diesem Weg markieren die Ergebnisse der Pariser Dreimächtekonferenz und die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO 1955. Bundeskanzler Adenauer selbst kümmerte sich um die Außenpolitik der jungen Bundesrepublik gegenüber der Alliierten Hohen Kommission.⁹³ Er gab die Verantwortung erst 1951 an Außenminister Heinrich von Brentano ab. Allerdings tat er dies nur widerwillig und setzte seine „Kanzleraußenpolitik“ fort. Diese Politik lies wenig Spielraum für von Brentano und dessen Nachfolger. Adenauer beschäftigte zur Bewältigung seiner Außenpolitik einen ganzen Stab von Mitarbeitern. Da er dem AA und seinen Mitarbeitern aufgrund ihrer braunen Vergangenheit wenig vertraute, integrierte er ein eigenes Presse- und Informationsamt in das Kanzlerbüro.⁹⁴ Die Außenpolitik, die Beziehungen mit den Besatzungsmächten und der Sowjetunion waren Kanzlersache. Der Artikel 65 des Grundgesetzes legt eindeutig fest, dass die Richtlinien der Außenpolitik in der Verantwortung des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin liegen.⁹⁵

⁹² Diese These bestärkt, dass die USA Portugal vor Ausbruch des Kolonialkrieges vor allem mit Schiffen ausrüsteten, die dann nicht nur vor der Küste Guinea-Bissaus, sondern auch vor Angola und Mosambik eingesetzt wurden.

⁹³ Dies wird vor allem beim Studium der Literatur von Zeitgenossen wie Felix von Eckardt deutlich. Vgl. von Eckardt, Felix (1967): Ein unordentliches Leben. Düsseldorf. Vgl. außerdem Lappenküper (2008): Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. S. 6. Bundeskanzler der Alliierten.

⁹⁴ Vgl. Döscher, Hans-Jürgen (1995): Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität. Berlin.

⁹⁵ Schöllgen, Gregor (1999): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. München, S. 11.

Jene Beziehungen, die nicht direkt die Deutschland- oder Berlinfrage berührten, fielen in den Aufgabenbereich des AA. Aus der Rückschau stellen viele Analysten fest, dass die Position des Außenministers erst mit dem Nachfolger von v. Brentano, mit Dr. Gerhard Schröder wirklich ausgefüllt wurde. Schröder und Brandt sind im untersuchten Zeitraum diejenigen Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, die am meisten Profil bewiesen und Anerkennung für ihre Außenpolitik erwerben konnten.⁹⁶ Die Profilierung des Außenministers war jedoch eng mit der Persönlichkeit des Bundeskanzlers und der Relevanz innen- und außenpolitischer Themen im jeweiligen Zeitraum verknüpft.

Wie gering das Vertrauen Adenauers in die Beamten des AA war, zeigt der Umstand, dass er die für ihn wichtigen Posten im Ausland nur mit persönlichen Vertrauten besetzte. Als Beispiele hierfür gelten Walter Hallstein, der in Brüssel bei der EGKS Botschafter wurde, Felix von Eckart, der kurze Zeit von Braun in New York bei der UNO unterstützte und Herbert Blankenhorn in Paris, der die Interessen der Bundesregierung vor der NATO und Frankreich vertrat.⁹⁷

Nach dem Mauerbau 1961 und der Kubakrise 1962 setzten sich zeitweise die Gaullisten gegen die Atlantiker⁹⁸ in der Adenauerregierung durch und die Bundesrepublik Deutschland richtete sich in ihrer Außenpolitik mehr an Westeuropa aus, als an dem anglo-amerikanischen Bündnis. Jedoch ließ sich die Adenauerregierung nicht vollends auf die Seite Frankreichs ziehen und übernahm dessen politische Haltung gegenüber den USA nicht. Das konnte sie sich aufgrund der Deutschland- und Berlin-Frage nicht leisten.⁹⁹ Die Gaullisten, zu denen auch Adenauer gehörte, wollten die westdeutsche Außenpolitik mehr an der Außenpolitik Frankreichs ausrichten und damit eine Integration der Bundesrepublik Deutschland in das demokratische Westeuropa vorantreiben. Dem entgegen wollten die Atlantiker, wie der spätere Außenminister Gerhard Schröder, die westdeutsche Außenpolitik an der Außenpolitik der USA und Großbritanniens ausrichten, um die Bundesrepublik stärker an die NATO zu binden.¹⁰⁰

⁹⁶ Schröder, weil er entgegen Adenauers Politik ganz offen auf die USA und Kennedy setzte und Willy Brandt natürlich wegen seiner Ostpolitik.

⁹⁷ Vgl. Döscher, Hans-Jürgen (1995): *Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität.* Berlin.

⁹⁸ Siehe dazu auch die Erinnerungen von Osterheld, Horst (1992): *Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963 – 1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt.* Düsseldorf, S. 225 – 227.

⁹⁹ Bredow von, Wilfried (2006): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung.* Wiesbaden, S. 117.

¹⁰⁰ Manfred Steinkühler (2002): *Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969.* Berlin, S. 74.

Adenauer wandte sich durch die Krisen in Berlin 1953 und durch den Mauerbau und die noch immer ungelöste Berlinfrage enttäuscht von den USA ab und suchte die Bundesrepublik Deutschland zunächst in der EGKS und danach der EWG in ein europäisches Bündnis einzubinden.¹⁰¹ Grundstein für den Erfolg dieser Politik war die Annäherung an Frankreich. Die Bundesregierung hatte ausgehend von der Erbfeindschaft die Beziehungen zur Grande Nation in eine Freundschaft gewandelt.¹⁰² An der Weiterverfolgung dieses eingeschlagenen Weges änderte auch die Präambel des 1963 geschlossenen deutsch-französischen Freundschaftsvertrages (Elysée-Vertrag) nichts.¹⁰³ Diese Ausrichtung wurde von den Politikern der SPD nach 1960 beibehalten, obwohl Willy Brandt später mit der Ostpolitik diesen Kurs modifizierte.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Portugal wurde nicht von Kanzler Adenauer persönlich, sondern vom AA gestaltet. Das AA richtete die westdeutsche Außenpolitik gegenüber der Portugiesischen Republik 1949 bis 1974 an drei Determinanten aus:

Die erste Determinante ist geprägt durch die Phase der Selbstfindung der Bundesrepublik Deutschland, die der junge Staat nach dem Zweiten Weltkrieg durchlief. Sie musste lange Zeit sehr vorsichtig auf dem internationalen Parkett auftreten. Der Staat war erst im Entstehen begriffen und die damaligen Politiker waren sich durch das Beispiel der Weimarer Republik bewusst, wie lang der Weg zu einer Demokratie sein würde.

Die zweite Determinante war die Ausrichtung der eigenen Außenpolitik auf die Deutschlandfrage und den zweiten deutschen Staat DDR. Die Abhängigkeit des eigenen politischen Handelns von dem der DDR bestimmte unter anderem die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Die dritte Determinante in der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland war die Abhängigkeit von der NATO und den westlichen Interessen. Ausgerichtet auf die Interessen der ehemaligen Kolonialmächte Großbritannien, Frankreich und Portugal aber auch auf die Außen- und Wirtschaftspolitik der USA in Afrika musste die Bundesrepublik Deutschland vielfältige Rücksicht in ihrer Außenpolitik nehmen.

¹⁰¹ Lappenküper (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990. S. 10.

¹⁰² Ebd., S. 17. Lappenküper schreibt: „Beide Staatsmännner (de Gaulle und Adenauer) glaubten, die Einigung Europas von diesem Kraftzentrum aus völlig neu gestalten zu können, unterschätzten aber die Widerstandspotenziale gegen das ratifizierungsbedürftige Abkommen.“

¹⁰³ Dem Vertrag war eine Präambel vorausgestellt, in der sich die Bundesregierung eindeutig für eine Bevorzugung der anglo-amerikanischen Politik aussprach. Vgl. Steinkühler, Manfred (2002): Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Berlin, S. 60-69.

1 Die politischen Beziehungen zu Portugal in Europa

Im Folgenden werden die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal in Europa von der Gründung der Bundesrepublik 1949 bis zur Nelkenrevolution vom 25. April 1974 in Portugal mit den aus der eingangs vorgestellten Fragestellung und wichtigsten Entwicklungen untersucht. Dabei werden auch die wirtschaftlichen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal betrachtet.

Die Untersuchung ist jedoch keine Abhandlung über die Wirtschaftsbeziehungen der beiden Länder zueinander, sondern erweitert lediglich die Perspektive auf die Gesamtfragestellung. Ziel ist es, die wichtigsten Tendenzen der politischen Beziehungen aufzuzeigen und in den Kontext der Arbeit einzuordnen. Dabei werden die politischen Beziehungen mit ihren Auswirkungen auf den afrikanischen Kontinent bewusst ausgeklammert, um im dritten Kapitel gesondert beleuchtet zu werden.

1.1 Zweiter Weltkrieg und Intervallzeit

Die Beziehungen zwischen Hitler und Salazar hatten eine ähnliche Ausgangsbasis wie die zwischen dem Dritten Reich und Francos faschistischer Diktatur in Spanien gehabt. Salazar herrschte nicht nur autoritär, sondern blieb auch bis zu seinem Tod von der Idee des Faschismus und des Antikommunismus inspiriert. Portugal war ebenso wie Spanien und die Türkei alles andere als neutral im Zweiten Weltkrieg geblieben. Bis 1942 standen sowohl Franco-Spanien als auch Salazar-Portugal eher treu als neutral zu der vermeintlichen Achse „Berlin – Madrid – Lissabon“. Erst nach 1942, als sich der Sieg der Alliierten nach den deutschen Niederlagen von El-Alamein und Stalingrad sowie nach der Landung der Alliierten auf Sizilien 1943 sich zunehmend abzeichnete, schwenkte Salazar um. Sogar 1945 blieb der portugiesische Diktator seinem Vorbild im Geiste verbunden und ließ anlässlich des Selbstmordes Adolf Hitlers in Lissabon die Staatsfahne auf halbmast setzen.¹⁰⁴

Die Wirtschaftsbeziehungen Portugals und des Dritten Reiches basierten auf dem Handelsvertrag von 1935.¹⁰⁵ Diese wirtschaftliche Scheinneutralität spielte für das Hitlerregime eine wichtige Rolle, weil Portugal wie die Türkei über große Vorräte an

¹⁰⁴ Schroers 1998, S. 19.

¹⁰⁵ Louçã, António (2000): Hitler e Salazar. Comércio em tempos de guerra, 1940 - 1944. 1. ed. Lisboa, S. 41.

Wolfram verfügte. Die gleichen Verträge, die die Beauftragten des Dritten Reiches über die Lieferung von Wolfram mit Portugal abschlossen, schlossen sie auch mit der Türkei ab.¹⁰⁶ Wolfram ist bis heute ein wichtiger Rohstoff, um zum Beispiel Granaten herzustellen, die Panzerungen aus Stahl durchschlagen können.¹⁰⁷ Dieser Rohstoff war aus diesem Grund eines der wichtigsten Spezialmetalle für die deutsche Rüstungsindustrie. Die größten Vorkommen lagen und liegen bis heute in China, Portugal, Spanien, Österreich, Frankreich und Schweden.¹⁰⁸ Insgesamt wurden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs mehr als zweitausend Tonnen Wolfram von Portugal nach Deutschland geliefert.¹⁰⁹

Diese Rohstoff-Lieferungen wurden mit dem Gold bezahlt, das die Nationalsozialisten während des Blitzkrieges in Europa erbeutet hatten.¹¹⁰ Von diesem Gold wurden 61 Prozent von der Reichsbank zwischen 1941 und 1945 an die *Banco de Portugal* verkauft.¹¹¹ Die Goldtransferschäfte zwischen Portugal und Deutschland liefen über die Schweiz. Die Reichsbank Berlin überwies die Beträge an die Schweizer Nationalbank in Bern und diese das Gold weiter zur *Banco de Portugal* in Lissabon.¹¹² Dieses Gold kam vor allem aus den geraubten Reserven der besetzten Länder. Von den besetzten Ländern konnten nur Dänemark und Norwegen ihre Goldreserven rechtzeitig nach Großbritannien evakuieren. Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Frankreich und das dorthin evakuierte polnische Gold fielen komplett in die Hände der Reichsbank.¹¹³ Mit diesen Devisen war es Salazar möglich, während des Zweiten Weltkrieges seine Goldreserven weiter aufzubauen und die Staatsfinanzen Portugals zu stabilisieren.¹¹⁴ Dazu trugen auch die Alliierten bei. Die strategische Bedeutung der Azoren führte 1943 zur Einrichtung der britisch-amerikanischen Luftwaffenbasis *Lajes* auf der Azoreninsel *Terceira*. Die ersten Gespräche zwischen Großbritannien und den USA über die Besetzung der Azoren während des Zweiten Weltkrieges fanden in Washington

¹⁰⁶ Vgl. Louçã, António (2005): *Conspiradores e traficantes. Portugal no tráfico de armas e de divisas nos anos do nazismo, (1933 - 1945)*. Cruz Quebrada. Louçã, António (2005): *Hitler e Salazar. Comércio em tempos de guerra, 1940 - 1944*. Lisboa. Louçã, António (1997): *Negócios com os Nazis. Ouro e outras pilhagens, 1933 - 1945*. Lisboa. Und die Quellensammlung in: Louçã, António (2005): *Portugal visto pelos Nazis. Documentos 1933 - 1945*. Lisboa.

¹⁰⁷ Wolfram wird auch weiterhin für Projektile eingesetzt, um Panzerungen zu durchschlagen. Noch heute wird Wolfram abgebaut, doch nicht nur in Europa, sondern auch in Bolivien, Birma und Korea gibt es Vorkommen.

¹⁰⁸ Louçã 2000, S. 37.

¹⁰⁹ Ebd., S. 67.

¹¹⁰ Louçã, António (2002): *Nazigold für Portugal. Hitler und Salazar*. Wien: Holzhausen.

¹¹¹ Louçã 2000, S. 246.

¹¹² Ebd., S. 83.

¹¹³ Ebd., S. 105.

¹¹⁴ Diese Goldreserven wurden später für die Finanzierung des Kolonialkrieges in Afrika benutzt.

zwischen dem 22. Dezember 1941 und dem 7. Januar 1942 statt.¹¹⁵ Die Basis wurde zur Überwachung des Südatlantiks und der Zufahrt zum Mittelmeer nach Gibraltar genutzt, um die deutschen U-Boote in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken.¹¹⁶ Der britische Botschafter in Portugal, Sir Ronald H. Campbell, schrieb am 16. Juni 1943 an Salazar, dass die Bedrohung des alliierten Sieges durch den deutschen U-Boot-Krieg zugenommen hatte. Aus diesem Grund und aufgrund der strategischen Bedeutung der Azoren brauchte die britische Regierung die Zustimmung Salazars. Auf den Inseln *S. Miguel* und *Terceira* sollten Luftstützpunkte und auf *S. Miguel* oder *Fayal* eine logistische Basis zum Auftanken von Flugzeugen und Schiffen errichtet werden. Im gleichen Anschreiben wies der britische Botschafter darauf hin, dass seine Regierung Verständnis für die portugiesische Neutralität gegenüber den Achsenmächten hatte. Er formulierte aber ebenso klar, dass dies von den Alliierten nur bei Zugeständnissen weiterhin toleriert würde.¹¹⁷ Am 17. August 1943 wurde der erste Vertrag über die Nutzung der Basis auf den Azoreninseln zwischen Portugal und Großbritannien geschlossen.¹¹⁸ Im gleichen Jahr noch wurden die Azoren von den USA und Großbritannien besetzt.¹¹⁹ Die USA hatten bis dahin auch auf Island und Brasilien Stützpunkte errichtet und spannten ihr Netz nun auch auf *Terceira* mit der Errichtung eines Luftwaffenstützpunktes sowie eines großen unterirdischen Kerosinlagers weiter.¹²⁰

Die seit 1943 in unmittelbarer Nachbarschaft vorhandene Militärpräsenz und der politische Druck der Alliierten führten dazu, dass Salazar Portugals Wolframlieferungen an das Dritte Reich einstellte. Churchill hatte sogar gedroht, dass Portugal bei den Friedensverhandlungen nicht als Alliiertes zugelassen und anerkannt werden würde, sollten die Lieferungen nicht eingestellt werden.¹²¹ Die Entscheidung, die Unterstützung

¹¹⁵ Telo, António José (1993): *Os Acores e o Controlo do Atlantico 1898/1948*. Lisboa, S. 353.

¹¹⁶ Die Azoreninseln bildeten mit der Basis auf Island und Gibraltar ein Netz, das den gesamten europäischen Atlantik umfasste.

¹¹⁷ Ministerio dos Negocios Estrangeiros: *Documentos Relativos aos Acordos entre Portugal, Inglaterra e Estados Unidos da América para a Concessao de Facilidades nos Acores durante a Guerra de 1939-1945*. Lisboa 1946, S. 1 – 5.

¹¹⁸ Der Vertragstext ist abgedruckt in den gesammelten Dokumenten des Ministerio dos Negocios Estrangeiros: *Documentos Relativos aos Acordos entre Portugal, Inglaterra e Estados Unidos da América para a Concessao de Facilidades nos Acores durante a Guerra de 1939-1945*. Lisboa 1946, S. 19 – 23.

¹¹⁹ Bereits während des Ersten Weltkrieges waren die Azoreninseln von den USA besetzt worden. Im Kriegsjahr 1917/18 war es notwendig geworden, die 58 deutschen U-Boote aufspüren, die von der kaiserlichen Kriegsmarine im Atlantik eingesetzt wurden. Sofort nach dem Kriegseintritt der USA wurde damals die Insel *Terceira* besetzt.¹¹⁹ Die Besatzung blieb jedoch zunächst klein.

¹²⁰ Telo 1993, S. 469.

¹²¹ AMNE 2 Piso M 51 A 50.

an das Dritte Reich einzustellen, sollte dazu führen, dass Portugal sowohl in die UNO als auch in die NATO als Gründungsmitglied aufgenommen wurde.

Die Beziehungen des *Estado Novo* mit der Bundesrepublik Deutschland, die im Gegensatz zur DDR die Altlasten des Dritten Reiches übernahm, waren dadurch mehr als nur vorbelastet. Es kann aus diesem Grund auch nicht verwundern, dass Salazar, als 1953 der erste Gesandte Adenauers in Portugal eintreffen sollte, sich einen alten Vertrauten zurück wünschte. Dieser alte Bekannte war der ehemalige Gesandte des Dritten Reiches, Baron Oswald von Hoyningen-Huene.¹²² Eben jener schrieb 1950 an Bonn über die Wünsche der portugiesischen Regierung nach einer Etablierung diplomatischer Beziehungen.

„Mit der deutschen Gegenleistung durch Entsendung eines deutschen Vertreters nach Portugal wird es anscheinend noch etwas dauern. Hoffentlich wird es aber dann wenigstens eine glückliche Wahl; nur, bitte, möglichst keinen Parteimann; dafür hätten die Portugiesen gar kein Verständnis.“¹²³

Der Baron betonte dies, weil er wusste, dass Adenauer dem AA und seinen Beamten misstraute und zur Etablierung und Pflege von Beziehungen zu wichtigen Staaten seine eigenen Vertrauten, anstelle der vorbelasteten Ribbentrop-Beamten entsandte. Er selbst war sich bereits sicher, in Zukunft nicht mehr Teil des diplomatischen Dienstes zu sein. Ein anderer Grund für die Bedenken des Barons war, dass das AA sich nach dem Krieg erst wieder konstituieren musste und vielfach fähiges Personal fehlte. Er befürchtete, dass eben kein ausgebildeter Diplomat, sondern ein altgedienter Parteisoldat nach Lissabon entsandt würde.¹²⁴ Auf portugiesischer Seite waren noch immer viele alte Politiker und Militärs in Amt und Würden, die während des Zweiten Weltkrieges mit dem Dritten Reich zusammengearbeitet hatten. Auch hier gab es große Bedenken, dass die Kader nicht mit dem neuen Gesandten zusammenarbeiten würden. Einer der wichtigsten Politiker und Salazar-Vertrauten wurde im Juli 1955 abgelöst. Salazar bildete nach den Gemeinderatswahlen aber auch aufgrund des Todes von Präsident Carmona und der Neuwahl von General Craveiro Lopes zum Präsidenten Portugals sein Kabinett um. Unter anderem wurde der deutschfreundliche Präsidialminister Dr. João Pinto da Costa Leite (Lumbralles) abberufen und durch Marcello Caetano ersetzt.¹²⁵

¹²² Der Spiegel 52/1953. Intervention vom 23. Dezember 1953.

¹²³ PA AA, B 26, Bd. 24. Baron von von Hoyningen-Huene an das AA in Bonn am 12.12.1950.

¹²⁴ Wilhelm Haas: Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1969, S. 21.

¹²⁵ Die Gesandtschaft der Bundesrepublik Deutschland bemerkte dazu: „Während des Krieges hat Lumbralles viel mit der deutschen Seite zusammengearbeitet. Wie verlautet, soll er nunmehr einen hohen Posten in der Wirtschaft (in der SACOR = der Sociedade Anonima Concessionária da Refinação de Petrosos em Portugal) übernehmen.“ PA AA, B 26, Bd. 21. Bericht der Gesandtschaft Lissabon am 11. Juli 1955.

Lumbralles war sicherlich einer der Bedeutendsten von gleich mehreren Angehörigen der alten Garde, die der jüngeren Generation Platz machten und aufgrund ihrer Vergangenheit nicht mehr tragbar waren. Die Jungen bekamen nun schneller eine Chance, unter anderem auch deshalb, weil diese bislang noch nicht durch ihre persönlichen Beziehungen zu hochrangigen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern belastet waren. Bereits damals war der westdeutschen Gesandtschaft bewusst, dass die Berufung Marcello Caetanos in die Position des Präsidents ein Zeichen Salazars war, dass er Prof. Dr. Marcello Caetano als seinen Nachfolger heranziehen wollte. Auffällig ist auch, dass bereits in den fünfziger Jahren immer wieder der schlechte Gesundheitszustand Salazars angemerkt wurde.¹²⁶ Das AA rechnete bereits zu Beginn der Beziehungen damit, dass der mächtigste Mann in Portugal sehr bald seine Macht abtreten oder begrenzen könnte und auf Dauer liberalen Kräften den Vortritt lassen müsste. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt noch nicht von einer demokratischeren Politik die Rede.

1.1.1 Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen

Adenauer tat Salazar nicht den Gefallen, den alten Baron wieder in Amt und Würden einzusetzen. Stattdessen nutzte der ehemalige Bürgermeister Kölns Portugal als Exil für einen unbequemen politischen Gegner, den CDU-Abgeordneten Prof. Dr. Leo Wohleb. Wohleb war 1947 zum ersten und zugleich auch letzten Staatspräsidenten Badens gewählt worden. Sein Ziel war es, Baden als neutralen Staat von der Bundesrepublik abzugrenzen. Damit sollte die Besetzung durch die Alliierten verhindert und seine Landsleute aus der Deutschlandfrage und dem sich abzeichnenden Ost-Westkonflikt herausgehalten werden.¹²⁷ Stattdessen überlegten badische Politiker, ob sie den Staat an die Schweiz anschließen sollten. Um den Altphilologen loszuwerden, machte Adenauer Wohleb die Rolle als Gesandter in Lissabon schmackhaft. Der CDU-Abgeordnete nahm die Ehre an und wurde der erste Gesandte der Bundesrepublik Deutschland in Portugal im Jahr 1952. Wohlebs Mission stand in der deutschen Presse unter keinem guten Stern: Der Autor W. Meh schrieb in dem SPD-Organ *Neuer Vorwärts* am 29. August 1952 bereits kurz nach Beginn über das Wirken des Gesandten in Portugal:

„Nachdem nun aber im Rahmen der Versorgungsaktion der Bonner Koalition für abservierte Politiker Herr Wohleb zum deutschen Botschafter in Portugal ernannt wurde und vor seinem Abgang dorthin unmißverständlich erklärte, daß er von Lissabon aus alles zur Wiederherstellung Altbadens tun werde, sieht

¹²⁶ PA AA, B 26, B 21. Bericht der Gesandtschaft Lissabon am 11. Juli 1956.

¹²⁷ In der Zeit der Weimarer Republik war Baden eine eigenständige Republik gewesen, Wohleb wollte eine Einbindung Badens in den neu zu schaffenden Staat Baden-Württemberg 1952 verhindern.

damit nicht nur die interessante Dienstauffassung eines westdeutschen Botschafter auf seinem Auslandposten, sondern auch der Tatbestand einer sich in alle Ewigkeit fortsetzenden Wühlarbeit dieses hohen Beamten von außen her fest.“¹²⁸

Kaum da Wohleb in Lissabon zum Gesandten ernannt war und seine Akkreditierung von Ministerpräsident Salazar erhalten hatte, ersuchte er das AA die Gesandtschaft Lissabon zu einer Botschaft zu erheben, weil seiner Ansicht nach nur eine Botschaft die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bundesrepublik in Portugal vertreten könnte.

„Für die Arbeit der Gesandtschaft wäre außerdem die Erhebung zur Botschaft deshalb von höchster Bedeutung, als der in Portugal letzten Endes allein entscheidende Mann, Dr. Salazar, zwar die Botschafter, aber nur in ganz seltenen Fällen Gesandte zu empfangen bereit ist. Ich befinde mich hierdurch im Nachteil zu meinen Botschafter-Kollegen von Frankreich, England und Amerika, deren Länder bekanntlich in einem scharfen Konkurrenzkampf mit der Bundesrepublik um den wirtschaftlichen Einfluss in Portugal und in seinen sich im Ausbau befindlichen überseeischen Besitzungen liegen.“¹²⁹

Im AA wurde die Frage in den Fachabteilungen rege diskutiert, die wirtschaftlichen Gründe allein wurden jedoch nicht als ausschlaggebend gewertet. In einer Stellungnahme von Abteilung 1 durch Dr. van Scherpenberg wurde vermerkt:

„Die Bundesrepublik steht im portugiesischen Außenhandel an dritter Stelle (nach Großbritannien und USA). Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Beziehungen zwischen den Ländern besonders eng, so dass inwieweit die Voraussetzungen für eine Erhebung der Gesandtschaft zur Botschaft gegeben wären. Hinzu kommt die – sicherlich nicht unzutreffende – Überlegung der Gesandtschaft, dass eine Rangerhöhung eine Stärkung der gesellschaftlichen Position und eine Erleichterung des Zutritts zum Regierungschef mit sich bringt – Umstände, die in einem Land wie Portugal jedenfalls auf wirtschaftlichem Gebiet nicht unterschätzt werden sollten -. Hierbei wird jedoch für die wirtschaftlichen Überlegungen nicht der Vorrang gefordert.“¹³⁰

Die diplomatische Mission Wohlebs dauerte nicht lange, bereits am 12. März 1955 verstarb er in Frankfurt am Main während seines Urlaubes in Deutschland.

Der Neubeginn der deutsch-portugiesischen Beziehungen hätte nach dem Zweiten Weltkrieg gewiss günstiger ausfallen können, jedoch war der Regierung Adenauer die Aufnahme von Beziehungen zum europäischen Randstaat Portugal nicht wichtig genug gewesen. Die Adenauerischen Prioritäten der Außenpolitik lagen in Washington, Paris, London und Moskau, jedoch nicht in Lissabon. Die junge Bundesrepublik musste zunächst noch um ihre Souveränität in den Pariser Verträgen kämpfen. Den Vertretern der Bundesregierung gelang es am 5. Mai 1955, die Souveränität nach Abschluss der

¹²⁸ AMNE PEA 422. Relações Políticas com a Alemanha 1954-57.

¹²⁹ PA AA, B 26, Bd. 23. Aufzeichnungen des Gesandten Wohleb aus Lissabon am 7. August 1954.

¹³⁰ PA AA, B 26, Bd. 23. Stellungnahme Abteilung 1 Dr. van Scherpenberg.

Pariser Verträge wiederherzustellen. Erst danach konnten im großen Stil Botschaften eingerichtet werden und die Beziehungen zu anderen Staaten intensiviert werden.

Ungewöhnlich erscheint diese Geringschätzung Portugals, weil Portugal einer der Staaten war, die bei einem eventuellen Schiedsspruch über die Deutschland- oder die Berlinfrage innerhalb der UNO ein gewichtiges Wort mitzureden hatte.¹³¹ Zumal die Bundesrepublik Deutschland in Südafrika bereits vor der Erlangung der Souveränität am 15. April 1954 eine Botschaft eröffnet hatte.¹³² Die Prioritäten im AA scheinen damals noch anders gelagert gewesen zu sein. Adenauer, um einiges älter als sein portugiesisches Pendant, trat eher reserviert gegenüber Salazar auf. Er überließ dem AA die Beziehungen zum NATO-Partner Portugal. Ein persönlicher Besuch mag weniger an der Relevanz des iberischen Staates, als an der engen Verbindung zwischen Berlin und Lissabon während des Zweiten Weltkrieges gescheitert sein. Das Amt erteilte die Anweisung, dass zunächst Portugal den ersten Schritt für die Einrichtung von Gesandtschaften unternehmen sollte. Später bei der Erhebung der Gesandtschaften zu Botschaften musste wiederum der erste Schritt aus Lissabon erfolgen. Ebenso bei der Entsendung eines Militärattachés: Es musste zuerst ein portugiesischer Beamter des Verteidigungsministeriums entsandt werden, bevor auch von der Hardthöhe ein Offizier auf eine Mission nach Portugal geschickt wurde. Daraus lässt sich für die Frühphase ein klares Bild ableiten. Der Staat auf der Iberischen Halbinsel suchte sofort nach der Konstituierung der jungen Bundesrepublik eine partnerschaftliche Beziehung mit allen Facetten aufzubauen. Der Wunsch nach einer Entwicklung der diplomatischen Beziehungen ging vielmehr von Portugal aus. Der Bundesregierung schien dieses Werben jedoch schon fast peinlich.

Salazar selbst war es, der innerhalb der NATO für die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland warb. In einem Interview mit dem Journalisten Serge Groussard der Zeitschrift *Le Figaro*, erklärte er am 13. September 1958:

„Die westlichen Alliierten - es muss wohl gesagt sein – tragen gleichfalls ihren Teil der Verantwortung an dieser unheilvollen Lage. Zunächst, weil sie die bedingungslose Kapitulation des III. Reiches forderten und ferner, weil sie nach dem Sieg die Zweiteilung eines bereits geteilten Deutschlands akzeptierten. Ein geeintes Deutschland wäre ein fast unüberwindbarer Wall. Wenn Deutschland nicht existiere, müsste man es erfinden. Der Germane ist seit jeher der Schild Europas gegen den slawischen Druck.“¹³³

¹³¹ APAA Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1952. Dok. 329, S. 987.

¹³² Engel 1998, S. 31.

¹³³ PA AA, B 26, Bd. 107. Portugal 1957 – 1961.

Aus diesem Zitat klingt nicht nur der Antikommunist und Faschist Salazar, sondern auch ein Bewunderer des deutschen Wiederaufbaus. Dem Gründer des *Estado Novo* war weniger die außenpolitische Stellung der Bundesrepublik als vielmehr deren wirtschaftliche Bedeutung willkommen. Salazar brauchte Mittel um die Wirtschaft Portugals zu entwickeln und die Sechsjahrespläne umzusetzen. Diese Mittel erhoffte er sich auch von privaten Geldgebern in der Bundesrepublik. Der Gesandte Wohleb hielt am 17. April 1953 dazu fest: „*Daß durch die Intensivierung der Wirtschaft in den überseeischen Provinzen im Rahmen des sog. Sechsjahresplans auch die wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Portugal wachsen, ist dringend zu hoffen.*“¹³⁴ Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt signalisierte die deutsche Botschaft das große Interesse der portugiesischen Wirtschaft nach deutschen Investitionen auch in den afrikanischen Besitzungen. In jener Frühphase dürften bereits die Grundsteine für eine Vielzahl von Unternehmungen vor allem in Angola und Mosambik gelegt worden sein.¹³⁵

Die wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland nahmen im weiteren Verlauf noch zu. Daran änderte auch der Tod des Gesandten Wohlebs nichts. Als Nachfolger wurde Dr. Gebhardt Seelos am 27. April 1955 nach Portugal entsandt (Eine Übersicht bietet Tabelle 1).¹³⁶

Tabelle 1: Botschafter und Gesandte der Bundesrepublik Deutschland (Quelle: Eigene Darstellung)

Gesandte und Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Portugal 1952-1974	
Prof. Leo Wohleb	1952-1955
Dr. Gebhardt Seelos	1955-1958
Dr. Herbert Schaffarczyk	1958-1966
Dr. Herbert Müller-Roschach	1966-1969
Dr. Hans Schmidt-Horix	1969-1970
Ehrenfried von Holleben	1971-1974

Am 9. Mai 1955 anlässlich der Übergabe seines Beglaubigungsschreibens, berichtete er über sein Gespräch mit Salazar und war von dessen Herzlichkeit überrascht.

¹³⁴ PA AA, B 26, Bd. 22. Staat, Innenpolitik und allgemeine politische Angelegenheiten Portugals Bd. 2.

¹³⁵ Einen Überblick gibt die Tabelle 36.

¹³⁶ Dr. Seelos war seit 1925 im AA tätig gewesen, seine wichtigsten Stationen im diplomatischen Dienst waren die eines Legationssekretärs an der Botschaft Madrid 1927 bis 1931 und eines Gesandtschaftsrats in Kopenhagen 1940 bis 1942. Nach 1944 war er als Dolmetscher tätig.

<https://www.munzinger.de/search/document?coll=mol-00&id=0000001465&type=text/html&qid=query-simple&qnr=2&template=/templates/publikationen/document.jsp&preview>. Internationales Biographisches Archiv 12/1985 vom 11. März 1985.

„Salazar begrüßte mich mit herzlicher Liebenswürdigkeit und stellte von Anfang an eine Atmosphäre her, die eine völlig ungezwungene Unterhaltung ermöglichte. Ich betone, dass ich es als günstigen Auftakt meiner hiesigen Tätigkeit betrachte, zu diesem historischen Zeitpunkt, in dem die Bundesrepublik ihre Souveränität erlangt habe, das Beglaubigungsschreiben überreichen zu können.“¹³⁷

Mit den Grüßen des Bundeskanzlers überbrachte Dr. Seelos auch die Bestätigung, dass die Bundesrepublik das Engagement und die politische Unterstützung Portugals für die Bundesrepublik anerkannte.

„Gleichzeitig entledigte ich mich des Auftrags des Herrn Bundeskanzler, seine persönlichen Grüße an Salazar zu übermitteln. Der Bundeskanzler habe seine besondere Hochschätzung für Salazar zum Ausdruck gebracht, der als erster Staatsmann in Europa erkannt habe, dass ohne eine sinnvolle und gerechte Lösung für Deutschland und seinen Beitritt zu der westlichen Verteidigungsgemeinschaft Europa nie zur Ruhe und Frieden kommen könnte. Es war unvermeidbar, dass diese Botschaft bei dem portugiesischen Regierungschef lebhaftere Freude und Genugtuung auslöste.“¹³⁸

Nach der Entsendung Dr. Seelos nach Lissabon und dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO 1955, unternahm Portugal einen Vorstoß, um die Erhebung des bisherigen Konsulats in Bonn zu einer Botschaft mit dem AA abzustimmen. Am 12. Oktober 1956 wurde auch das bisherige Konsulat in Lissabon zu einer Botschaft aufgewertet.¹³⁹ Portugal war der letzte NATO-Partner, in dem die Bundesrepublik eine Botschaft errichtete. Ein deutliches Zeichen für das Desinteresse Bonns an einer Bindung.

Zu den Aufgaben des Dr. Seelos gehörte auch die Frage der deutschen Vermögen in Portugal, sich um die kleine deutsche Gemeinde zu kümmern, vor allem aber die politischen und noch bedeutender die wirtschaftlichen Beziehungen zu festigen. Wichtig schien es dem AA, dafür zu sorgen, dass die zeitweise antideutsche Stimmung in der Bevölkerung Portugals, geschürt durch französische und britische Journalisten und Pressedienste, sich legte. Dazu trug auch die Beilegung der Frage nach den deutschen Vermögen in Portugal bei, die abschließend erst nach langen und harten Verhandlungen mit den westlichen Alliierten im Jahr 1958 geklärt werden konnte.¹⁴⁰ Diese Verhandlungen kamen durch die massive Unterstützung der portugiesischen Regierung zu einem positiven Ende. Salazar hatte sich geäußert, die Marshallhilfe anzunehmen und damit den US-Konzernen nicht nur im portugiesischen Mutterland, sondern auch in

¹³⁷ PA AA, B 26, Bd. 23. Gespräch anlässlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens am 13. Juni 1955.

¹³⁸ Ebd. Gespräch anlässlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens am 13. Juni 1955.

¹³⁹ PA AA, B 26, Bd. 23. Politische Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Portugal Band 3.

¹⁴⁰ Fonseca 2007, S. 17.

den Kolonien¹⁴¹ Tür und Tor zu öffnen. Damit verloren die alliierten Siegermächte auch ihr wichtigstes Druckmittel, um aus den deutschen Vermögen in Portugal Reparationsleistungen ziehen zu können. Ganz anders war seine Einstellung zu den deutschen Investitionen, diese waren ihm sehr willkommen und natürlich auch eine Art Rekompensation für die Verteidigung des deutschen Anliegens.

Die bilateralen Verträge, die in der Folgezeit abgeschlossen werden konnten, zeugen von einer deutlich deutschfreundlichen Politik. Die Bundesrepublik Deutschland zeigte auf diese Schritte aus Lissabon hin wenig Reaktion. Die Liebe war einseitig und sie blieb es auch. Allerdings muss festgehalten werden, dass in der außenpolitischen Konzeption Salazars die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle spielte. Unter den fünf Säulen der Außenpolitik Salazars befinden sich weder gute Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland noch der Beitritt zur NATO oder zur EWG. Stattdessen waren für Salazar das Bündnis mit Spanien, das traditionelle Bündnis mit Großbritannien, die Errichtung einer Luso-Brasilianischen Gemeinschaft und die Verwirklichung des Afrikaprogramms in Angola und Mosambik wichtiger.¹⁴²

Bereits während des ersten Aufeinandertreffens zwischen dem Gesandten Seelos und Salazar, sprach dieser von seiner Furcht vor dem Kommunismus und dem portugiesischen Wunsch Afrika mit Europa zu verbinden.

„Insbesondere kam er auf die Bedeutung zu sprechen, die eine Erhaltung Afrikas für Europa besitze, wenn nicht durch Herrschaft der Farbigen der Kommunismus auch in Afrika die Vorherrschaft gewinnen und damit Europa politisch und wirtschaftlich in eine hoffnungslose Situation gebracht werden solle.“¹⁴³

Der gemeinsame Nenner, auf den Salazars Portugal und die Bundesrepublik Deutschland unter Adenauer kamen, war der Kampf gegen den Kommunismus und die eindeutige Pro-Westdeutsche Haltung Salazars in der Deutschlandfrage. Dieses Thema bestimmte nicht nur die fünfziger Jahre, sondern verband Portugal mit der NATO und mit der Bundesrepublik Deutschland.

Signifikant jedoch ist, dass es einen Unterschied zwischen der offiziellen portugiesischen Regierungshaltung und der Haltung der von ihr kontrollierten Presse gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gab. Besonders im Hinblick auf die Wirkungsmacht der portugiesischen Diktatur lässt dies durchaus einen Interpretationsspielraum zu. Bis zu den ersten ausgedehnten Journalistenreisen nach

¹⁴¹ Die portugiesischen Kolonien wurden kurz vor dem Kolonialkrieg in Angola in Überseeprovinzen umgetauft, die deutsche Botschaft wechselt aber zwischen beiden Begriffen hin und her und spricht auch nach 1961 immer noch von Kolonien.

¹⁴² PA AA, B 26, Bd. 22. Bericht vom Juli 1957.

¹⁴³ PA AA, B 26, Bd. 23. Gespräch anlässlich der Übergabe des Beglaubigungsschreibens am 13. Juni 1955.

Westdeutschland berichtete die Presse überwiegend negativ über die Bundesrepublik. Im Mittelpunkt des Interesses standen die *alten Eliten* und deren Kontinuität in Wirtschaft und Verwaltung.¹⁴⁴ Ein Beispiel für den Einfluss und das Prestige alter deutscher Eliten in Portugal ist die Reise des Reichsministers A.D. für Landwirtschaft und Ernährung, Dr. Andreas Hermes.¹⁴⁵ Er hielt während einer Reise als Delegationsmitglied des internationalen Land- und Wirtschaftsverbandes 1955 einen Vortrag in Portugal und konnte dabei alle Regimegrößen der Salazar-Regierung und Salazar persönlich als Hörer gewinnen.¹⁴⁶ Nach den ersten Reisen und der Arbeitsaufnahme der Botschaft und vor allem der Presse Attachés veränderte sich das Bild völlig. Die negative Berichterstattung hörte auf und kehrte sich komplett um.¹⁴⁷ Das lag allerdings auch daran, dass die Journalisten nicht nur von Aufsichtspersonen in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch von Vertretern des portugiesischen Außenministeriums und des Informationsministeriums begleitet wurden.¹⁴⁸ Bevor die portugiesischen Journalisten ihre Artikel veröffentlichten, erstatteten sie dem Presseattaché von Reichert Bericht, in welcher Tonlage und über welche Themen sie schreiben würden. Es handelte sich dabei um einige informelle Treffen in Hotels.¹⁴⁹ Einzig die oppositionelle *Republica* verhielt sich weiterhin negativ, während alle regierungsgebundenen Zeitungen und Zeitschriften durchweg positiv über Wiederaufbau und NATO-Treue berichteten. Als Folge der negativen Berichterstattung der *Republica* wurden die Redakteure nicht mehr in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen. Diese Presseoffensive, die von beiden Regierungen gefördert und unterstützt wurde, findet sich in der Frühphase der Bundesregierung auch bei anderen Staaten. Dies kann als Versuch gewertet werden, die Bevölkerung der westeuropäischen und anderen Staaten auf eine Pro-westdeutsche Haltung einzuschwören. Die Hoffnung dieser Maßnahmen war verknüpft mit der Vorstellung, dass das Schicksal der beiden geteilten deutschen Staaten vor den Vereinten Nationen in New York entschieden würde. Die Bevölkerung und vor allem die Medien sollten aus westdeutscher Sicht Druck auf ihre Regierungen ausüben, um eine für die Bundesregierung positive Entscheidung herbeizuführen.

¹⁴⁴ PA AA, B 26, Bd. 22. Bericht der Diario de Noticias über das Massaker bei Ouradur sur Glane.

¹⁴⁵ Nach ihm wurden die Kredite benannt, die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an deutsche Unternehmen vergeben wurden.

¹⁴⁶ PA AA, B 26, Bd. 24. Bericht der Botschaft Lissabon am 15. Juni 1955.

¹⁴⁷ PA AA, B 26, Bd. 22. Journalisten der Zeitungen Diario de Manha, Diario de Noticias, Diario de Lisboa, Diario Popular, Novidades, Jornal de Comercio, Jornal de Noticias und Jornal do Norte etc.

¹⁴⁸ PA AA, B 26, Bd. 22. Bericht vom 4. Januar 1955.

¹⁴⁹ PA AA, B 26, Bd. 22. Bericht über ein Treffen mit den wichtigsten Journalisten in einem Hotel im Mai 1955.

In einem Artikel der Bonner Rundschau 1956 wurde ein bemerkenswertes Interview mit dem portugiesischen Außenminister Dr. Paulo Cunha geführt. Darin stellte der Außenminister fest, dass die portugiesisch-deutschen Beziehungen nicht besser sein konnten.

„Diese Feststellung, hinter der das Wissen um den erfreulich aufblühenden portugiesisch-deutschen Handel stand, wurde durch zwei Wünsche weniger eingeschränkt als ergänzt. In der Frage des deutschen Eigentums in Portugal ließ Professor Cunha durchblicken, dass man auf portugiesischer Seite nach weit gediehenen Vorarbeiten eine baldige, endgültige Regelung erwartet. [...] Professor Cunha empfahl außerdem eine Steigerung der deutschen Einfuhren aus Portugal, die der Zunahme der Ausfuhren dort entsprechen würde.“¹⁵⁰

Dadurch, dass diese Presseberichte von den beiden Regierungen eingeleitet und auch begleitet wurden sowie aufgrund der Anzahl der Journalisten und vertretenden Zeitungen, muss hier von einer staatlich gelenkten Pressekampagne gesprochen werden. Interessant ist auch, dass eine solche Initiative in dieser Intensität nach 1960 im untersuchten Zeitraum nicht mehr stattfand. Nach der Presseoffensive im April 1955, in der 16 Journalisten in die Bundesrepublik Deutschland geschickt wurden, gab es lediglich drei weitere Reisen. Im November 1957 reisten sechs und im April 1959 vier portugiesische Journalisten in die Bundesrepublik Deutschland. Die letzte größere Reise vor 1960 fand im Oktober 1959 statt, als sechs portugiesische Journalisten die Bundesrepublik Deutschland besuchten, um über das Wirtschaftswunder und die deutsche Teilung zu berichten.¹⁵¹ Eine ähnliche Pressereise von mehreren deutschen Journalisten nach Portugal lässt sich aus den Akten nicht erschließen. Jedoch gab es immer wieder Reisen von westdeutschen Journalisten nach Angola und Mosambik.¹⁵²

Die politischen Beziehungen waren zwar freundschaftlich, aber noch nicht so intensiv, um auch die Medien für die Geschehnisse des jeweilig anderen Landes einzuspannen. Aus diesem Grund wurden die portugiesischen Journalisten entsandt und ihre Reisen

¹⁵⁰ PA AA, B 26, B 22. Bonner Rundschau Nr. 26 1956, Artikel von Dr. Dieterich.

¹⁵¹ PA AA, B 26, Bd. 112. Portugal 1958 – 1961.

¹⁵² PA AA B 26, Bd. 270. Botschaft Lissabon am 1. September 1964 an Bonn. In diesem Jahr wurden 24 Journalisten eingeladen. Darunter: Ignaz Appel, Westfalen Blatt, Bielefeld; Martin Barth, Berliner Morgenpost, Berlin; Hans Blume, Badische Neueste Nachrichten, Karlsruhe; Wilhelm Crombach, Kölner Stadtanzeiger, Köln; Fritz Feder, Rheinpfalz, Ludwigshafen; Wolfgang von Gropper, Mannheimer Morgen, Mannheim; Rolf Gossarth, Offenbach Post, Offenbach; Dr. Heinrich Heinen, Kölnische Rundschau, Köln; Georg Kohlrausch, Südwestpresse, Tübingen; Karl Köhler, Wiesbadener Kurier, Wiesbaden; Günther Kutter, Münchner Merkur, München; Karl Lankau, Lübecker Nachrichten, Lübeck; Dr. Herbert Leicher, Rheinzeitung, Koblenz; Günther Leicher, Allgemeine Zeitung, Mainz; Günther Meierling, Ruhr-Nachrichten, Dortmund; Dr. Fritz Michael, Westfälische Rundschau, Dortmund; Heinz Mörsberger, Stuttgarter Nachrichten, Stuttgart; Karl Pflugmacher, Augsburgische Allgemeine, Augsburg; Jürgen Plinke, Hannoversche Allgemeine Zeitung, Hannover; Dr. Robert Rapp, Südkurier, Konstanz; Hans Schulte, Düsseldorfer Nachrichten, Düsseldorf; Dr. H. Simon, Badische Zeitung, Freiburg; Dr. Konrad Simons, Aachener Volkszeitung; Karl-Anton Speck, Main-Post, Würzburg; Bernd Abetz, Büro Dr. Manfred Zapp, Düsseldorf PR-Agentur.

bezahlt. Doch auch hier waren der Aufwand und die Initiative auf portugiesischer Seite eindeutig größer.

Der Gesandte Seelos berichtete wesentlicher kritischer von den Vorgängen in Portugal als sein Vorgänger Wohleb. Bei den Wahlen aus dem Jahr 1957 berichtete er, dass die Partei des herrschenden Regimes auch weiterhin die Geschicke des Landes bestimmen würde und dass dies nicht zum Vorteil der Demokratie und des Großteils der portugiesischen Bevölkerung geschah.

„Die Wahl vom 3.11. wird trotz des grossen Wahlrummels der „Uniao Nacional“ nur sanktionieren, was schon vorher entschieden ist. Der politische Monolog wird also vorerst weitergehen, die politische Malaise aber wachsen. Solange Salazar am Ruder bleibt, wird das die innere Ordnung und politische Stabilität nicht gefährden. Die Frage jedoch, was nach Salazar geschieht, wird immer beängstigender und man kann die Möglichkeit, dass die politische Malaise nach Salazars Abgang von der politischen Bühne zu explosiven Situationen führt, nicht mehr ganz ausschließen.“¹⁵³

Nach dem Ausgang der Wahlen und dem überwältigenden Sieg der *União Nacional*, der Partei des Ministerpräsidenten Salazar, die ihm im Amt bestätigte und die Diktatur nach außen hin demokratisch legitimierte, schrieb Dr. Seelos seine Einschätzung an Bonn. „*Der Ausgang der keineswegs als frei zu bezeichnenden Wahlen entspricht nicht der wirklichen Einstellung der Gesamtbevölkerung, gibt aber der Regierung Salazar eine Art demokratischer Legitimation über die Fortsetzung ihrer Politik.*“¹⁵⁴

Die kritischen Töne überraschen nicht, sondern unterstreichen, dass im Jahr 1960 und auch über die Zeit hinaus die Bundesregierung die Situation in Portugal durchaus realistisch einschätzte und nicht die Augen vor dem Wirken des undemokratischen Regimes verschloss.

Bis ins Jahr 1960 blieben die Beziehungen zwischen beiden Seiten auf einer eher informellen Ebene. Es fanden kaum Ministerbesuche statt. Salazar selbst verließ niemals Portugal und Staatspräsident General Craveiro Lopes, der den verstorbenen General Carmona ersetzt hatte, kümmerte sich verstärkt um die traditionellen Beziehungen zu Brasilien und Spanien. Versuche Salazars, Bundeskanzler Adenauer einzuladen, scheiterten allesamt.¹⁵⁵

¹⁵³ PA AA, B 26, Bd. 21. Staat, Innenpolitik und allgemeine politische Angelegenheiten Portugals.

¹⁵⁴ PA AA, B 26, Bd. 21. Staat, Innenpolitik und allgemeine politische Angelegenheiten Portugals. Die Unterstreichungen stammen von einem Beamten des Referates 309.

¹⁵⁵ PA AA, B 26, Bd. 106. Portugal 1958-1961. Und dies obwohl die Gründungsjahre der Bundesrepublik Deutschland klar im Zeichen der konservativen Politik der CDU-Regierung und einer gewissen Kontinuität in den Ministerien und Ämtern standen. Alle Ministerien wurden von Abgeordneten dieser Partei besetzt und besonders in Portugal war die konservative Kontinuität in der Bundesrepublik Deutschland willkommen. Die politische Elite Portugals sah sich auf Augenhöhe, denn innerhalb der NATO galt es, dem gemeinsamen Feind, der Sowjetunion, Einhalt zu gebieten. Salazar war als Faschist

Die Beziehungen zwischen einigen Politikern beider Länder waren jedoch eng. Justizminister und CSU-Abgeordneter Dr. Richard Jäger¹⁵⁶ war nur einer von vielen CSU/CDU-Abgeordneten, der mit zahlreichen Reisen und freundschaftlichen Kontakten das Bündnis zwischen beiden NATO-Partnern zu festigen suchte.¹⁵⁷ In seiner Rolle als Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. (DAG) war er in dieser Hinsicht ebenfalls aktiv. Er besuchte Portugal mehrmals im untersuchten Zeitraum in seiner Rolle als Präsident der DAG, dessen Amt er von 1956 bis 1989 innehatte.¹⁵⁸

Die Wertschätzung Portugals war in der Bundesrepublik Deutschland ähnlich gelagert wie im Falle Spaniens, das jedoch aufgrund seiner Größe in Europa stets vor Portugal kam. Jeder Besuch und jede Einladung nach Portugal stimmte die Bundesrepublik Deutschland mit Spanien ab, um frühzeitig Animositäten zu verhindern. Das Referat für die Iberische Halbinsel räumte vor allem Spanien Priorität ein, so verwundert es nicht, dass die überwiegende Zahl der entsandten Mitarbeiter an die deutsche Botschaft Lissabon kein Portugiesisch, dafür aber Spanisch beherrschten. Diplomatiesprache war Französisch und daher wurden alle Unterredungen in dieser Sprache geführt. Noch nicht einmal einen Dolmetscher schien die Bundesrepublik Deutschland für nötig zu halten. Die Beispiele verdeutlichen einmal mehr, dass die Gegenliebe der Bundesrepublik Deutschland für die portugiesische Wertschätzung außerhalb einiger politischer Kreise noch immer gering war und es auch lange Zeit blieb. Für Portugal lässt sich das Gegenteil feststellen. Die Bewunderung für den Wiederaufbau und die Schritt für Schritt zurückerlangte Souveränität war in den Dienststellen der Diktatur hoch. Botschafter Dr. Seelos bezeichnete die deutsch-portugiesischen Beziehungen im Vergleich zu den Beziehungen zu den anderen wichtigen NATO-Partnern sogar als Herzensangelegenheit.

„Der 600-jährige Freundschaftsvertrag mit England wird zwar viel zitiert und sogar gefeiert, das Herz der Portugiesen ist nicht dabei. Portugal bemüht sich sehr um Freundschaftsbeziehungen zu USA, das Herz ist daran noch viel weniger beteiligt. Frankreichs kulturelle Bestrebungen finden stärkste Resonanz im äusseren Leben und im Verstand der Portugiesen, nicht aber in seinem Gefühl. Mit seinem Nachbarn Spanien ist es vor wenigen Jahren iberische Verbindungen eingegangen, die aber das stets schwelende Misstrauen gegen den Nachbarn nicht beseitigt haben.“

und Hitlerbewunderer ein eingefleischter Antikommunist, der aus diesem Grund voll auf die Unterstützung der westlichen Alliierten für seinen Kurs der Kontinuität und Stabilität zählen konnte.

¹⁵⁶ Er war zugleich Vorsitzender der Atlantischen Gesellschaft.

¹⁵⁷ AHM PEA 337 B.

¹⁵⁸ Duppler, Jörg; Lay, Johannes (2006): 50 Jahre Deutsche Atlantische Gesellschaft. 50 Jahre europäisch-transatlantische Partnerschaft 1956-2006. Bonn.

Dr. Seelos schloss aus dieser Feststellung, dass, „wenn also vor allem *Utilitätsgründe die Beziehungen Portugals zu anderen Staaten bestimmen, so gilt das fast am wenigsten im Verkehr mit Deutschland, dem gegenüber eine echte innere Verbundenheit und Freundschaft und eine starke Hochachtung besteht.*“ Er war der Ansicht, dass die Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland für Portugal die wichtigsten waren, weil Portugal den deutsch-portugiesischen Beziehungen am meisten Aufmerksamkeit schenkte. „*Portugal hat sich in der Tat in den letzten Jahrzehnten unter Salazars Führung als aufrichtiger Freund Deutschlands erwiesen. Es lohnt sich, diese Freundschaft zu erhalten und zu vertiefen.*“¹⁵⁹

Darüber konnte auch nicht die Episode zwischen 1948 und 1950 um die Auslieferung einer Handvoll Spione des Dritten Reiches hinwegtäuschen. Portugal und vor allem die Hauptstadt Lissabon war während des Krieges einer der Treffpunkte für Spione aller Parteien gewesen, die Informationen austauschten und zu bekommen suchten. Die Spionageabteilung Canaris hatte die *Highland-Monarch-Gruppe* in Portugal eingeschleust, die mehrere portugiesische Mitarbeiter angeworben hatte und deren Mitglieder nun nach dem Krieg von der Central Intelligence Agency (CIA) gesucht wurden.¹⁶⁰ Rudolf Blaum hatte von 1942 an ein Spionagenetzwerk im Auftrag von Admiral Canaris in Lissabon und Umgebung aufgebaut. Er hatte mit Mario Pacheco einen Meteorologen angeworben, der wiederum Joaquim Simões, einen Angestellten vom Militärradio des Flughafens *Portela*, und mit João Almeida einen Angestellten vom Militärradio des Stützpunktes *Bom Sucesso* angeworben hatte. Mithilfe dieser Männer konnte Blaum Informationen über Flugzeuge und Wetterdaten sammeln und an die Zentrale nach Berlin schicken. Pacheco organisierte außerdem ab 1944 eine Wetterstation mit drei Angestellten, die wesentlich zuverlässigere Daten nach Berlin sandte, als der portugiesische Wetterdienst.

Einige der Spione waren in Portugal untergetaucht und versuchten nach Kriegsende wieder in ihre Heimat einzureisen. Die Agentin Gertrud Klein wollte wieder in ihre Heimat Österreich zurückkehren, doch die portugiesischen Behörden hatten keine Möglichkeit einen österreichischen Pass auszustellen. Sie musste daher zunächst in die Bundesrepublik Deutschland zurückreisen. Ob sie dort von den zuständigen Behörden an den CIA überstellt wurde, ist nicht bekannt. In einem zweiten Fall wurde der Agent Theodor Vollmer enttarnt. Er arbeitete ebenfalls in der *Highland-Monarch-Gruppe* in

¹⁵⁹ PA AA, B 26, Bd. 25. Politische Beziehungen Portugals zu dritten Staaten Bd. 5 vom 19.04.1952 – 31.12.1957.

¹⁶⁰ Hierzu vergleiche Aschmann, 1999.

Lissabon, allerdings im Bereich des maritimen Handels. In den Ausführungen des Innenministeriums wurde festgestellt, dass der Name den Alliierten bisher noch unbekannt und er ein Zufallstreffer in den Auflistungen der portugiesischen Behörden war. Er lebte seit 1921 in Portugal und gehörte dem Netzwerk an, konnte jedoch nicht mehr ausfindig gemacht werden. Im Juli 1948 versuchte ein Ex-Agent über Portugal nach Angola zu gelangen, jedoch wurde ihm die Einreise nicht gestattet.

Im November 1950 wurde Wilhelm Ernst Stuve aufgedeckt. Er lebte in Sintra und hatte eine kleine Tochter, die bei Volljährigkeit die portugiesische Staatsbürgerschaft erhalten sollte. Er war von 1941 bis 1945 als Spion tätig, tauchte dann aber unter. Stuve war inzwischen portugiesischer Staatsbürger geworden, der somit nicht ausgeliefert werden konnte, weil er unter die Gerichtsbarkeit Portugals fiel. Stuve war außerdem Konsul im Auftrag des Dritten Reiches in Porto und genoss dadurch auch noch diplomatische Immunität.

Die portugiesischen Beamten unternahmen nicht sonderlich viel, um die alten Spione ausfindig zu machen, sondern verschleppten die Suche nach ihnen. Die alliierten Kommissare mussten immer wieder bei den portugiesischen Behörden nachhaken und immer wieder neue Gesuche nach einzelnen Personen stellen.¹⁶¹

Diese Episode zeigt ein weiteres Mal auf, dass vor allem Portugal an guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal ein reges Interesse entwickelt. Der Estado Novo kümmerte sich nur wenig um die Interessen der Alliierten, wenn es zum Schaden der Bundesrepublik gereichte.

1.1.2 Wiederaufnahme der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen

Die politischen Beziehungen wurden nach und nach implementiert und entwickelten sich zu einem engen freundschaftlichen Verhältnis. Im Vergleich zu den politischen waren die handelspolitischen Beziehungen bereits in den fünfziger Jahren weit fortgeschritten. Als Problem stellte sich die Unklarheit über die Alliierten Forderungen nach Schadensersatz und der Frage der deutschen Vermögen in Portugal, deren Lösung sich noch bis 1960 hinzog, heraus. Erst nach der Klärung dieser wichtigen Frage konnte

¹⁶¹ AMNE 2º piso M 637 A 7. Bens Alemães. Reclamações apresentadas por inversos funcionarios por prejuizos sofridos na ultima guerra. Von der CIA wurden in Portugal gesucht: Rolf Frederici, Aloys Schreiber, Annalise Krebs, Rudolf Morgener, Arno von Angern, Hans von Scheven, Susanne Seering, Franz Koschnick, Ruth Stephan, Otto Merckel, Ursula Klein, Edmund Amman, Renate Kolde, Helmuth Bleil, Rudolf Larenz, Helmuth Hoppe, Fritz Besgen, Alois Jene, Fritz Issel, Hilde Wachtel, Fritz Cramer, Alfred Deeg, Barbara Arenz, Jutta Hartmeyer, Siegfried Philipp und Carlo Franz. Von den genannten Personen befanden sich in den fünfziger Jahren immer noch sieben in Portugal: Rolf Frederici, Ursula Klein, Renate Kolde, Fritz Issel, Hilde Wachtel, Barbara Arenz und Carlo Franz. Die portugiesischen Behörden halfen dem CIA nur halbherzig bei der Suche. In der Regel hatten die Spione noch genügend Zeit aus Portugal auszureisen.

ein Investitionsklima geschaffen werden, das für genügend Anreize sorgte, um den Handel zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland erneut aufblühen zu lassen.

Die Handelstätigkeit vor allem privater Unternehmer begann bereits vor der Einrichtung des Konsulats 1952. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen beider Länder basierten auf zwei grundlegenden Verträgen, dem Schifffahrts- und Handelsabkommen vom 24. August 1950 und dem Zahlungsabkommen vom 29. April 1952. Die gleichen Schifffahrtslinien, hervorzuheben ist hier die Schifffahrtslinie *Wörmann*, die bereits vor und während des Zweiten Weltkrieges portugiesische und portugiesisch-afrikanische Häfen angesteuert hatten, nahmen ihre Geschäfte nach der Unterzeichnung des Abkommens wieder auf. Sie steuerten dabei auch die Insel Madeira an. Auf Madeira lebten zu dieser Zeit 48 Deutsche, die vor allem im Handel tätig waren.¹⁶²

Von einem Abbruch und einem vollkommenen Neubeginn in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland lässt sich nicht sprechen, da die alten Kontinuitäten fortbestanden und dieselben Personen involviert blieben. Wie zum Beispiel die in Angola tätigen Firmen *Klöckner*, *Lanz*, *Günther-Wagner*, *Beiersdorf*, *Riedel*, *Henckell*.¹⁶³

Die Handelsbilanz zwischen beiden Ländern war in den fünfziger Jahren fast ausgeglichen, doch bereits ab 1954 importierte die portugiesische Wirtschaft Waren im Wert von 293,5 Millionen DM aus der Bundesrepublik. Das entspricht fast dem doppelten Warenwert, im Vergleich zu den Waren (178,4 Millionen DM), die es in die Bundesrepublik exportierte (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal 1952-1954 (Quelle: PAAA B 26 Bd. 109. Portugal 1958 – 1961)

Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal 1952-1954 Wert in 1.000 DM		
Jahr	Einfuhr aus Portugal	Ausfuhr nach Portugal
1952	130.884	152.046
1953	183.592	208.591
1954	178.449	293.504

Die deutsche Gesandtschaft in Lissabon sah in dieser Entwicklung aber wenig Positives. Die Beamten befürchteten, dass das portugiesische Wirtschaftsministerium die

¹⁶² PA AA, B 26, Bd. 109. Portugal 1958 – 1961.

¹⁶³ PA AA, B 34, Bd. 18. Portugiesische Besitzungen in Afrika 1955-1957. Konsulat Pretoria am 17. Juli 1952, Bericht des Konsuls Holzhausen.

staatlichen Aufträge aufgrund der negativen Handelsbilanz nicht an deutsche Firmen vergeben würde. In den Instruktionen für den Gesandten Dr. Seelos wurde dazu festgehalten:

„Portugal dürfte für 1954 gegenüber der BRD den stärksten Passivsaldo aufweisen. Obzwar Portugal im Rahmen der EZU¹⁶⁴ seit Jahren Gläubiger ist, wobei die gewährte Marge nie voll ausgenützt wurde, so ist gleichwohl zu vermuten, dass die portugiesische Regierung in Zukunft vermehrt auf eine tendenzielle Angleichung der portugiesischen Ausfuhren nach der Bundesrepublik an die im starken Wachstum befindlichen deutschen Ausfuhren nach Portugal drängen wird. Diese Tendenz wird deutscherseits vor allem deshalb zu beachten sein, weil die portugiesische Regierung neuerdings angeblich die Zuteilung öffentlicher Aufträge (Sechsjahresplan und sonstige Investitionen von Staat und Gemeinden) an ausländische Firmen von dem Grad der Ausgeglichenheit der jeweiligen bilateralen Handelsbilanz abhängig macht.“

Die Handelsbilanz mit den portugiesischen Kolonien in Afrika war aus deutscher Sicht ebenfalls positiv. Auch dort hoffte die westdeutsche Wirtschaft auf Aufträge durch die portugiesischen Kolonialverwaltungen.

„Die Struktur der deutschen Ausfuhr nach dem Mutterland, Angola und Mozambique weist gemeinsame Züge auf. Investitionsgüter und gewerbliche Konsumgüter haben den Hauptanteil an der deutschen Ausfuhr. Aufgrund des Sechsjahresplans und seiner Sekundärwirkungen ist anzunehmen, dass der Anteil der Investitionsgüter bei der portugiesischen Gesamteinfuhr in den nächsten Jahren zunehmen wird. Dies dürfte der BRD die Möglichkeit bieten, ihren Export-Drive nach Portugal und dessen Überseeprovinzen verstärkt fortzusetzen.“¹⁶⁵

In einem Gespräch zwischen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und seinem portugiesischen Pendant Dr. Ulisses Cortes stellten beide Seiten fest, dass trotz der für Portugal negativen Handelsbilanz, die Bundesrepublik bei der Einfuhr von Roh- und Verarbeitungsprodukten gemessen an den anderen Ländern noch nicht ausreichend beteiligt war. Den wichtigsten Teil der bisherigen Importe aus der Bundesrepublik machten Maschinen und Ausrüstungen aus, weil Portugal für die Modernisierung des Landes und den Aufbau neuer Industrien vor allem diese Güter benötigte.

„Es wurde festgestellt, dass zur Zeit ein wesentlicher Teil der portugiesischen Einfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland aus Maschinen und Ausrüstungen besteht und dass Portugal auch in Zukunft noch umfangreiche Einfuhren für die Durchführung der augenblicklich laufenden großen Industrievorhaben benötigt, insbesondere für die Eisenerzeugung, Elektrochemie, chemische Industrie, Stromerzeugung und seine Verteilung, sowie das Verkehrswesen und weitere Gebiete.“¹⁶⁶

¹⁶⁴ Europäische Zahlungsunion von 1950 bis 1958. Löste sich nach Erklärung von 14 europäischen Staaten auf, dass die Währungen gegeneinander getauscht werden konnten.

¹⁶⁵ PA AA, B 26, Bd. 23. Allgemeine Instruktionen für den Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon am 28. März 1955.

¹⁶⁶ PA AA, B 26, Bd. 23. Allgemeine Instruktionen für den Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon am 28. März 1955. Aufzeichnung des Gespräches zwischen Erhard und Dr. Ulisses Cortes.

Das AA sah es als Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, die Industrialisierung in Portugal und seinen afrikanischen Gebieten zu unterstützen. Eine Aufgabe sollte dabei auch die Ausbildung von portugiesischen Arbeitskräften sein.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, alle möglichen Erleichterungen für den Aufenthalt von portugiesischen Technikern und Kaufleuten zur fachlichen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren. Dem portugiesischen Wunsche entsprechend wurde zugesagt, umgehend die Möglichkeit einer Ausweitung der deutschen Käufe in Portugal durch die in Frage kommenden Stellen zu prüfen.“¹⁶⁷

Da die Bundesrepublik Portugal zunächst weniger eine politische, als eine wirtschaftliche Bedeutung beimaß, wurde dem Gesandten Dr. Seelos der Auftrag erteilt, die wirtschaftlichen Beziehungen zu forcieren. Dazu sollte die Gesandtschaft eng mit der deutsch-portugiesischen Handelskammer in Lissabon zusammenarbeiten.

„Die Gesandtschaft wird mit Hilfe der Handelskammer in Lissabon in Zukunft für eine möglichst enge Verbindung zwischen den Firmen und leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft beider Länder Sorgen tragen können. Hierin liegt ein wesentliches Mittel für die Steigerung des deutsch-portugiesischen Handelsverkehrs. Ein weiteres Mittel hierzu ist die verstärkte Werbung für deutsche Produkte in Portugal durch Messen und Ausstellungen, wie auch umgekehrt die Beteiligung Portugals an entsprechenden Veranstaltungen in der BRD.“¹⁶⁸

Dr. Seelos nahm sich dieser Aufgabe während seiner Wirkungszeit besonders an, er korrespondierte nachweislich vermehrt mit den Deutschen in Portugal, um die bestehende Lage zu erörtern und auch die wirtschaftlichen Verbindungen wiederzubeleben. 1955 versuchte er einen Vorstoß, indem er dem AA vorschlug, auf Madeira wieder ein Wahlkonsulat zu errichten, nicht nur, um die dort lebenden Deutschen zu betreuen, sondern auch um die bestehenden Handelsbeziehungen zu vertiefen und zu erweitern. Der vormalige Wahlkonsul Emil Gesche stand im Alter von 79 Jahren für diese Aufgabe bereit und war wie Dr. Seelos ausdrücklich schrieb, nicht vorbelastet, da er zu keiner Zeit NSDAP-Mitglied gewesen war.¹⁶⁹ Das AA richtete in kürzester Zeit ein Konsulat in Porto, Konsulate in Luanda in Angola und in Lourenço Marques in Mosambik¹⁷⁰, Wahlkonsulate in Faro, auf den Azoren und in Funchal auf Madeira ein.¹⁷¹

¹⁶⁷ PA AA, B 26, Bd. 23. Allgemeine Instruktionen für den Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon am 28. März 1955. Aufzeichnung des Gespräches zwischen Erhard und Dr. Ulisses Cortes.

¹⁶⁸ PA AA, B 26, Bd. 23. Allgemeine Instruktionen für den Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon am 28. März 1955. Aufzeichnung des Gespräches zwischen Erhard und Dr. Ulisses Cortes.

¹⁶⁹ PA AA, B 26, Bd. 23. Politische Beziehungen der BRD zu Portugal Band 3.

¹⁷⁰ Heute Maputo.

¹⁷¹ PA AA, B 26, Bd. 23. Botschaft Lissabon am 22. Februar 1957.

Wie sehr sich Privatpersonen engagierten und sich über die hinhaltende Außenpolitik der Regierung in Bonn ärgerten, geht aus einem zeitgenössischen Zeitungsartikel aus der *Süddeutschen Zeitung* hervor. Der Autor Hans Seligo beklagt sich unter dem Titel *Bonn zeigt wenig Interesse* vehement über den fehlenden Willen der Bundesregierung, die Beziehungen zu Portugal zu vertiefen und die Frage der deutschen Vermögen in Portugal zu klären.

„Man hält in Bonn Portugal für zu klein und unwichtig, um sich besonders Mühe mit diesem Lande zu geben, in falscher Einschätzung der bewegendem Kräfte. Wenn trotzdem die wirtschaftlichen Verbindungen beachtlich erweitert wurden, so ist es alten und erfahrenen Kaufleuten hien und drüben zu danken, die unbeirrt und seitens der unvoreingenommenen portugiesischen Regierung begünstigt, mit größtem Eifer und Geschick das niemals unterbrochene gute Verhältnis von Volk zu Volk zu nutzen verstanden haben. Auch auf kulturellem Gebiet ist vieles der privaten Initiative zu verdanken, und außerdem haben Begegnungen in Lissabon zu manchem vernünftigen politischen Gespräch privater Natur geführt, das in den Nachkriegsjahren wesentlich dazu beigetragen hat, Deutschland aus der politischen Quarantäne zu befreien, lange ehe Bonn sich entschloß, einen Gesandten nach Lissabon zu schicken.“ [...] ¹⁷²

Über die deutschen Vermögen in Portugal schrieb er, dass das Handels- und Schifffahrtsabkommen noch immer nicht geschlossen werden konnte, weil die Frage der deutschen Vermögen ungeklärt war.

„Seit dem Herbst 1951 werden Verhandlungen über den längst überfälligen grundlegend neuen Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Portugal geführt, die im Mai 1952 zur Unterzeichnung führen sollten. Auch in zwei weiteren Jahren ist dies nützliche Ziel nicht erreicht worden. Verantwortlich dafür wird gemacht, dass die Regelung des deutschen Eigentums in Portugal noch immer ungeklärt ist.“ ¹⁷³

Seligo machte in seiner Unzufriedenheit deutlich, dass die Bonner Regierung die Chance nicht genutzt hatte, dieses Problem zu lösen, obwohl die portugiesische Regierung sich bis zu diesem Zeitpunkt äußerst kulant gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verhalten hatte. Die Alliierten konnten ihre Forderungen nach Reparationen aus den deutschen Vermögen in Portugal nicht durchsetzen. Dennoch betonte er deutlich, dass die deutschen Händler und Unternehmer sich so lange nicht sicher fühlten, wie diese Abkommen nicht unterzeichnet waren. „*Kein deutscher Unternehmer auf portugiesischem Boden, der wertvolle Maschinen oder Kapital in ein hiesiges Unternehmen einbringen will, kann sicher sein, ob es ihm nicht morgen als Pfand für deutsche Schulden an Portugal oder für Ansprüche der ehemaligen Feindesländer beschlagnahmt wird.*“ ¹⁷⁴

¹⁷² AMNE PEA 422. N° 332.30. Relações Políticas com a Alemanha 1954-57.

¹⁷³ AMNE PEA 422. N° 332.30. Relações Políticas com a Alemanha 1954-57.

¹⁷⁴ AMNE PEA 422. N° 332.30. Relações Políticas com a Alemanha 1954-57.

Der Besuch des portugiesischen Wirtschaftsministers Ulisses Cortês in der Bundesrepublik bei Ludwig Erhard im März 1955 unterstrich die portugiesischen Anstrengungen, gute und umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu etablieren. Salazar selbst hatte die Zustimmung zur Reise Cortes gegeben und so den Weg für Gespräche freigemacht.¹⁷⁵

Das größte Problem von Anfang an war die negative portugiesische Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und dass sich diese Bilanz immer weiter zu Ungunsten der portugiesischen Wirtschaft verschob. Die portugiesische Regierung versuchte die negative Handelsbilanz durch verstärkte Ausfuhren von Wein zu kompensieren, jedoch war Wein eine Ware, die auf dem deutschen Markt schon aufgrund der Einfuhren aus Frankreich und Italien und zudem aus der eigenen Landwirtschaft reichlich vorhanden war. Die Verhandlungen im Herbst 1955 kamen aufgrund des Vetos des deutschen Landwirtschaftsministers zu einem Abbruch. Dieser führte zu einer ersten Krise in den deutsch-portugiesischen Handelsbeziehungen, täuschte aber nicht über das sonst gute Einvernehmen hinweg.

„Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stellt grundsätzlich fest, daß sein Ministerium bei allen Handelsvertragsverhandlungen weitestgehende Zugeständnisse gemacht habe. Was die deutsch-portugiesischen Wirtschaftsverhandlungen anbelange, so habe man nur Bedenken gegen den übermäßigen Import von billigen weißen Trinkweinen. Dieser sei gegenüber dem deutschen Weißwein unverhältnismäßig billig. Hierdurch würden sich für den deutschen Weißwein Absatzschwierigkeiten ergeben. Wenn man den portugiesischen Forderungen entgegenkomme, würde dies zu entsprechenden Berufungen Frankreichs, Italiens, Spaniens, Griechenlands führen.“¹⁷⁶

Heinrich Lübke in seiner Funktion als Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (ab 1959 Bundespräsident), schaltete sich persönlich in die Verhandlungen ein, um einen Kompromiss zu erreichen. Die Bundesrepublik Deutschland musste bei den Verhandlungen vom Herbst 1955 schließlich begeben und ab Dezember 1955 mehr portugiesischen Wein einführen, als ursprünglich vorgesehen. Die Verhandlungen hatten sich bis November hinzogen und gedroht, sich zu einer größeren Krise auszuweiten.¹⁷⁷

Die brachliegenden Verhandlungen hatten negative Auswirkungen auf die Vergabe mehrerer portugiesischer Großprojekte an deutschen Unternehmen. Ein wichtiges Projekt war beispielsweise der Bau eines Eisenhüttenwerks, das insgesamt 80 Millionen DM kosten sollte. Die Vergabe dieses Projektes an eine deutsche Firma war von

¹⁷⁵ PA AA, B 26, Bd. 23. Politische Beziehungen der BRD zu Portugal Band 3.

¹⁷⁶ BArch Kabinettsprotokolle A 104 Sitzung vom 2. November 1955.

¹⁷⁷ BArch Kabinettsprotokolle A 104 Sitzung vom 2. November 1955.

portugiesischer Seite aus vom positiven Ausgang der Verhandlungen abhängig gemacht worden.¹⁷⁸

Die bereits aufgeführten Branchen und der Bau des Hüttenwerks spielten später eine wichtige Rolle für die portugiesische Militärindustrie, weil sie wichtige Rohstoffe und Fertigprodukte für die Produktion von Waffen und Gerät lieferten. Auffällig und bedeutend waren diese für nachfolgende Verhandlungen in der militärischen Zusammenarbeit beider Staaten. Da die portugiesische Regierung Verhandlungen mit anderen koppelte und abhängig machte, wurde sie zu einem unangenehmen Verhandlungspartner für die Bundesrepublik Deutschland. Neue Verhandlungen fanden vor dem Hintergrund statt, dass das 6. Zusatzprotokoll vom 20. Dezember 1956 zum deutsch-portugiesischen Handels- und Schifffahrtsabkommen vom 24. August 1950 bis zum 31. Dezember 1957 befristet war, danach zunächst um drei Monate verlängert wurde. Im Jahr 1958 erfolgten neue Verhandlungen. Wiederum wurde mehr portugiesischer Wein eingeführt, außerdem Schmalz. Wichtigste Entscheidung war jedoch, das BMVg damit zu beauftragen, erstmals Rüstungsaufträge an die portugiesische Militärindustrie zu vergeben.

„Ferner wurde eine Bereitschaftserklärung der Bundesregierung vorgeschlagen, an Portugal in den nächsten fünf Jahren Rüstungsaufträge im Umfang von 50 Millionen DM zu vergeben.“

Nach den erfolgreichen Verhandlungen konnte das 7. Zusatzprotokoll zum Handels- und Schifffahrtsabkommen am 14. Mai 1958 zwischen der Bundesregierung der portugiesischen Regierung abgeschlossen werden.¹⁷⁹ Die Bundesrepublik Deutschland war ein bevorzugter Handelspartner der portugiesischen Wirtschaft, weil der Technologievorsprung sehr hoch war und gewisse Kreise in Portugal diesen Nachteil unter dem Deckmantel der NATO auszugleichen hofften.¹⁸⁰

Das wirtschaftliche Wachstum der Bundesrepublik Deutschland verschob auch die bisherigen Kräfteverhältnisse im portugiesischen Handel. Lag bislang immer Großbritannien an erster Stelle bei den Im- und Exporten, schob sich die Bundesrepublik Deutschland bei den Importen an dem ältesten Verbündeten Portugals vorbei. Wichtigste Exporte der Bundesrepublik Deutschland nach Portugal waren PKW, LKW, Elektronik, Maschinen, chemische Produkte und Wolle (Vgl. Tabelle 3).

¹⁷⁸ PA AA, B 26, Bd. 24. Bericht über den Abbruch der Verhandlungen vom 18. Oktober 1955.

¹⁷⁹ BArch Kabinettsprotokolle A 9 Sitzung am 15. Januar 1958. Billigung der Kabinettsvorlage des Bundeswirtschaftsministers.

¹⁸⁰ Allen voran vor allem Antonio de Oliveira Salazar, jedoch auch sein Nachfolger Marcello Caetano und hohe Militärs des Landes.

Tabelle 3: Import und Export zwischen der BRD und Portugal 1954 (Quelle: PAAA B 26 Bd. 24)

Wichtige Positionen der Ein- und Ausfuhr 1954 in 1.000 DM			
Einfuhr aus Portugal		Ausfuhr nach Portugal	
Fisch- und Fischzubereitungen	18.780	Zellwolle und synthetische Fasern	7.850
Südfrüchte	2.358	Steinkohle	2.616
Wein	2.820	Roheisen	1.634
Felle und Häute	4.137	Koks	1.706
Schwefelkies	3.791	Stickstoffdünger	9.777
Techn. Fette und Öle	2.901	Chemische Kunststoffe	2.874
Chemische Halbwaren	6.791	Teerfarbstoffe	2.257
Holzwaren (Kork)	8.893	Chem. Vorerzeugnisse	3.455
		Stab- und Formeisen	6.721
		Eisendraht	3.267
		Kupfer und Kupferlegierungen	4.426
		Sonst. Eisenwaren	5.568
		Werkzeugmaschinen	2.882
		Maschinen für Spinnstoff- und Lederindustrie	7.300
		Kraftmaschinen	4.869
		Kraftfahrzeuge	36.630
		Elektrotechnische Erzeugnisse	15.316
		Feinmechanische und optische Erzeugnisse	4.586
		Pharmazeutische Erzeugnisse	3.111
Gesamt	49,571	Gesamt	90,785

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik waren dadurch geprägt, dass stets eine Lösung gefunden werden musste, die eine Verbesserung der portugiesischen Handelsbilanz erbrachte. Das Bundeswirtschaftsministerium (BMW) musste aber in allen Verhandlungen den Interessen der deutschen Wirtschaft und insbesondere denen der Landwirtschaft gerecht werden. Die Reallöhne waren die niedrigsten in Europa. Sogar in dem vom Bürgerkrieg geplagten Griechenland, oder in der Türkei verdienten die Arbeiter und Angestellten im Durchschnitt mehr. Ein wichtiger Grund für die Situation war, dass mehr als 40 Prozent der Portugiesen nach Einschätzung der deutschen Botschaft Analphabeten waren und auch nicht die Rechengrundarten beherrschten. Vielen fehlte damit die Grundlage, überhaupt eine Ausbildung zu beginnen. Die meisten von ihnen arbeiteten als Hilfskräfte auf dem Land. Durch die schleppend anlaufende Industrialisierung, die sich

aber nach und nach dynamisierte, wurden diese Arbeitskräfte nun frei und zogen zunehmend in die Industrieregionen. Der Prozess der Verstädterung hielt mit etwas Verzögerung auch in Portugal Einzug und schaffte aus Sicht der Beamten des AA erst die Grundlage für eine kritischere Auseinandersetzung der portugiesischen Gesellschaft mit dem Regime.¹⁸¹

Gerade der Umstand niedriger Löhne und vieler ungelernter Arbeitskräfte führte über die Jahre hinweg zu einer Einwanderung von portugiesischen Arbeitskräften vor allem nach Frankreich und in die Bundesrepublik. Frankreich war aufgrund der engeren kulturellen und sprachlichen Verwandtschaft beliebter. Viele Portugiesen sträubten sich davor, Deutsch zu lernen. Dieser von portugiesischen Regimekritikern als Sklavenhandel bezeichnete Prozess führte zu erheblichen Investitionen der deutschen Privatwirtschaft in die portugiesische Wirtschaft. Für die deutsche Exportindustrie wiederum stand eine große Zahl billiger und ungelernter Arbeitskräfte zur Verfügung.¹⁸²

In Portugal konnten diese sich nur in staatlichen Kooperativen aber nicht in Gewerkschaften als solche organisieren. Zusammen mit den Kolonialwaren aus und den Absatzmärkten in Afrika (São Tomé e Príncipe, Kapverdische Inseln, Portugiesisch-Guinea, Angola und Mosambik), Indien (Goa, Damão und Diu) und Südostasien (Macao, Osttimor) war Portugal ein sehr interessantes Tätigkeitsfeld für viele deutsche Unternehmer, zumal der portugiesische Staat nach und nach auch Hürden abbaute und mehr fremdes Kapital zuließ.

Salazar wollte seine Wirtschaft entwickeln, zwar nach wie vor mit möglichst geringen Kosten für den portugiesischen Staatshaushalt und möglichst wenig Marshallhilfe, dennoch mit allen anderen Mitteln. Insgesamt vier Entwicklungsprogramme wurden von Salazar aufgelegt.¹⁸³ Portugal erhoffte sich für seine Entwicklungsprogramme von Anfang an Hilfe aus der Bundesrepublik Deutschland. Die deutsche Wirtschaft sollte Hilfe beim Aufbau der Stahlindustrie, der elektrochemischen Industrie und des Elektrizitätsnetzes leisten.¹⁸⁴ Salazar bewertete vor allem die US-amerikanische Wirtschaftspolitik kritisch. Er fürchtete den Einfluss der Firmen aus den USA, wie der

¹⁸¹ PA AA, B 26, Bd. 107. Lissabon 21. Mai 1958.

¹⁸² Zur Thematik portugiesische Gastarbeiter in der Bundesrepublik siehe beispielsweise: Fagundes, Francisco Cota (2011): *Narrating the Portuguese diaspora. Piecing things together*. New York. Knortz, Heike (2008): *Diplomatische Tauschgeschäfte. Gastarbeiter in der westdeutschen Demokratie und Beschäftigungspolitik 1953 – 1973*. Böhlau.

¹⁸³ Entwicklungsprogramme für den nationale Fortschritt, 1. Entwicklungsprogramm 1953-1958, 2. Entwicklungsprogramm 1959-1964, 3. Entwicklungsprogramm 1965-1967, 4. Entwicklungsprogramm 1968-1973.

¹⁸⁴ Fonseca 2007, S. 30.

IBM World Trade Corporation, der *Pan American World Airways*, der *Chase Manhattan Bank*, das *ITT* und die *Coca-Cola Export Corporation*.¹⁸⁵ Im Gegensatz zur kritischen Beurteilung des US-amerikanischen Kapitals sah Salazar das deutsche Kapital unkritischer. Investitionen aus der Bundesrepublik Deutschland waren der portugiesischen Regierung willkommen sowohl im Mutterland als auch in den afrikanischen Kolonien.

Ein großes und wichtiges Projekt, das durch den portugiesischen Industriellen und späteren Wirtschaftsminister Antonio de Sommer Champalimaud vorangetrieben wurde, war die *Siderúrgia Nacional*. Für seinen Traum einer staatlichen Stahlindustrie in Portugal benötigte er jedoch ausländisches Kapital und Know-how. Sommer Champalimaud war, wie bereits seine Eltern, Zementfabrikant und genoss das volle Vertrauen Salazars für seine Projekte.¹⁸⁶ Sein Mittelname Sommer leitete sich von seinen Großeltern ab, die einem deutschen Adelsgeschlecht entstammten. Er hatte bereits während des Zweiten Weltkrieges in Portugal, Angola und Mosambik mehrere Zementfabriken errichtet.¹⁸⁷

Das ehrgeizige Projekt war das erste seiner Art in Portugal. Erste Ideen zur Gründung einer Stahlindustrie gab es bereits seit 1850, als einheimische Unternehmen damit begannen, die im Land vorhandenen Eisenminen auszubeuten.¹⁸⁸ Am 23. Dezember 1954 wurde die *Siderúrgia Nacional* als Aktiengesellschaft gegründet, blieb jedoch noch lange Zeit in staatlicher Hand. 1960 wurde eine jährliche Produktion von 200.000 Tonnen Stahl geplant. Insgesamt 1,7 Milliarden Contos wurden von verschiedenen Unternehmern und Organisationen in die Stahlindustrie investiert. Das Ziel war, dass sich die Investitionen innerhalb von zehn Jahren amortisieren sollten.¹⁸⁹ Auffällig ist vor allem der geringe Anteil an Aktionären außerhalb der Gründungsgruppe. Dies ist ein Beleg für die Politik Salazars, dass mindestens 51 Prozent der Anteile an portugiesischen Wirtschaftsbetrieben in portugiesischer Hand bleiben mussten. Seine Furcht davor, dass Portugal in die Abhängigkeit ausländischer Wirtschaftsinteressen geriet, spiegelt sich in diesen Investitionsvorschriften wider.

¹⁸⁵ Antunes, José Freire (1997): Champalimaud. Lisboa, S. 99.

¹⁸⁶ Rollo 2005, S. 187.

¹⁸⁷ Antunes 1997, S. 72–73.

¹⁸⁸ Rollo, Maria Fernanda (2005): Memórias da Siderurgia. Contribuicoes para a História da Indústria Siderúrgia em Portugal. Lisboa, S. 182.

¹⁸⁹ Rollo 2005, S. 72.

Portugal war bis zur Einweihung der *Siderúrgia Nacional* in Seixal am 24. August 1961 noch immer auf ausländische Stahlimporte angewiesen.¹⁹⁰ Champalimaud, ein Abenteurer und Industrieller, wollte Portugal zu einem modernen Industriestaat entwickeln. Herzstück des Fortschritts sollte eine portugiesische Autoindustrie werden. Er schloss aus dem raschen Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland als führende Industrienation Westeuropas, dass dies vor allem durch die hohe Qualität der Automobilindustrie erreicht wurde. Außerdem orientierte er sich wie die deutsche Wirtschaft auch an der US-Industrie und den dortigen Produktionserfahrungen.¹⁹¹

Bei den Planungen zur Errichtung einer staatlichen Stahlindustrie halfen die NATO-Partner mit, denn die Stahlindustrie war nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein strategisches Projekt. Im Jahr 1957 wurde zwischen der *Siderúrgia Nacional* und einem belgisch-deutschen Firmenkonsortium bestehend aus *DEMAG*, *Rheinmetall*, *Still* und *Sybeta* ein Vertrag für den Aufbau der Anlagen und die technische Betreuung und Beratung bei der Stahlproduktion geschlossen. Mit der Schweizer Firma *Bressert Oxygen Technik* wurde ein Vertrag über den Abbau von Eisenerz in Portugal vereinbart. Im Süden Portugals gab es ein kleines Eisenerzvorkommen, das für die Industrie als Rohstoff genutzt werden konnte. Durch den Verkauf der Aktien der Bank an private Aktionäre verdoppelte sich die Anzahl der Aktionäre und stieg auf 6.000 an.¹⁹² Mit dem in der Stahlindustrie in Seixal hergestellten Rohstoffen Eisen und Stahl wurden Autos, Waffen, Schiffe und Maschinen hergestellt. Die Stahlindustrie verschaffte Portugal ein bisschen mehr Freiheit in seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Industrieländern Westeuropas und von den USA.¹⁹³ Wie in allen größeren Projekten Portugals zu dieser Zeit waren die NATO-Staaten von Anfang an bei der Finanzierung, der Planung und dem Bau beteiligt.

Die Bundesrepublik Deutschland lieferte nicht nur für dieses, sondern auch für andere Industrieprojekte Material und Know-how. Außerdem stellte die westdeutsche Wirtschaft in Aussicht, portugiesische Facharbeiter und Spezialisten auszubilden. Aus den Instruktionen des AA für den Gesandten Dr. Seelos wurde 1955 die Lage der deutsch-portugiesischen Handelsbeziehungen zusammengefasst.

„Es wurde festgestellt, dass zur Zeit ein wesentlicher Teil der portugiesischen Einfuhren aus der Bundesrepublik Deutschland aus Maschinen und Ausrüstungen besteht und dass Portugal auch in Zukunft noch umfangreiche

¹⁹⁰ Ebd., S. 9.

¹⁹¹ PA AA, B 62, Bd. 296. Portugal Band 36 1958 – 1962.

¹⁹² Rollo 2005, S. 74.

¹⁹³ Ebd., S. 126.

Einfuhren für die Durchführung der augenblicklich laufenden großen Industrievorhaben benötigt, insbesondere für die Eisenerzeugung, Elektrochemie, chemische Industrie, Stromerzeugung und seine Verteilung, sowie das Verkehrswesen und weitere Gebiete. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, alle möglichen Erleichterungen für den Aufenthalt von portugiesischen Technikern und Kaufleuten zur fachlichen Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland zu gewähren. Dem portugiesischen Wunsche entsprechend wurde zugesagt, umgehend die Möglichkeit einer Ausweitung der deutschen Käufe in Portugal durch die in Frage kommenden Stellen zu prüfen.“¹⁹⁴

Die Kontakte zwischen deutschen und portugiesischen Firmen wurden vornehmlich über die deutsch-portugiesische Handelskammer Lissabon hergestellt, die von äußerst deutsch-freundlichen Persönlichkeiten des Landes wie Dr. Ing. Tavares d’Arriaga¹⁹⁵ geleitet wurde. Über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg gelang durch diese Institution eine intensive Zusammenarbeit im Bereich Handel und Wirtschaft.

„Die Gesandtschaft wird mit Hilfe der Handelskammer in Lissabon in Zukunft für eine möglichst enge Verbindung zwischen den Firmen und leitenden Persönlichkeiten der Wirtschaft beider Länder Sorgen tragen können. Hierin liegt ein wesentliches Mittel für die Steigerung des deutsch-portugiesischen Handelsverkehrs.“¹⁹⁶

Um die Aufgabe zu erfüllen, möglichst viele deutsche Firmen in Portugal bekannt zu machen und die Wirtschaftsbeziehungen zu intensivieren, sollte die Handelskammer Werbung betreiben und Messen veranstalten. Damit wollte sie Aufträge für deutsche Unternehmen gewinnen.

Denn bei einer ganzen Reihe von Projekten zur Modernisierung der Infrastruktur, angefangen bei der Metro, dem Straßenbahnnetz, der Vergrößerung von Flughäfen und beim Bau der zweiten Tejo-Brücke *Ponte Salazar*, überall waren auch deutsche Firmen als Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer beteiligt. Dabei erstreckte sich die Tätigkeit nicht nur auf den Süden des Landes. Auch im Norden Portugals waren deutsche Firmen tätig, so errichtete die Firma *Krupp* 1956 dort gleich sechs Eisenbahnbrücken für die schnelle Verbindung zwischen Nord und Süd.¹⁹⁷

Wie der Vergabeprozesse ablief, macht ein Beispiel deutlich: Der Wirtschaftsminister Ferreira Dias hatte den deutschen Botschafter Dr. Schaffarczyk persönlich darüber informiert, dass eine neue Brücke, eine kombinierte Eisenbahn- und Straßenbrücke über den Tejo gebaut werden sollte. Der Botschafter hielt damals fest, dass der Auftrag sehr wahrscheinlich an deutsche Firmen vergeben würde. Besonders lukrativ sollte sich

¹⁹⁴ PA AA, B 26, Bd. 23. Instruktionen für den Gesandten Dr. Seelos.

¹⁹⁵ Entstammte einer Adelsfamilie, Sohn des Staatspräsidenten von 1911-1915, Manuel de Arriaga Brum da Silveira.

¹⁹⁶ PA AA, B 26, Bd. 23. Instruktionen für den Gesandten Dr. Seelos.

¹⁹⁷ PA AA, B 26, Bd. 24. Konsulat Porto an Bonn am 16. April 1956.

erweisen, dass auf der Brücke eine Mautgebühr eingetrieben werden durfte, um die Finanzierungskosten der Erbauer Gruppe zu decken. Eine deutsch-französische Gruppe bestehend aus *Krupp* und *Schneider-Creuzot* war eine der Firmenkonsortien, die sich zusammen mit der dänischen Firma *Tiefbau* für den Bau bewarb. Eine andere Gruppe bestand aus *MAN*, *Philip Holzmann AG* und *Grün & Bilfinger AG*. Außer diesen beiden waren auch zwei englische Gruppen an der Ausschreibung beteiligt. Der Auftrag wurde jedoch nicht an die Gruppe um *Krupp* vergeben, weil die Gruppe keine Aufträge an portugiesische Unterauftragnehmer vergeben wollte. Die Brücke wurde 1966 fertiggestellt, allerdings von einer amerikanisch-portugiesischen Gruppe.¹⁹⁸

Das Beispiel zeigt, dass der portugiesischen Regierung früh daran gelegen war, auch einheimische Firmen in den Genuss der staatlichen Förderungen kommen zu lassen und sich ausländische Firmen stets Partner suchen mussten. Die portugiesische Regierung warb nach allen Seiten für eine Modernisierung des Landes. Gerade von der Bundesrepublik Deutschland versprach sich die portugiesische Regierung wirtschaftliche Unterstützung zur Modernisierung des Landes und zum Aufbau wichtiger Schlüsselindustrien. Sogar ein Teil der heutigen Lissabonner U-Bahn wurde mithilfe deutscher Unternehmen aufgebaut. Außerdem wurden Straßen erneuert. Wirtschaftlich gesehen, markierte das Jahr 1958 noch nicht die Wende zu einer Industrialisierung Portugals, jedoch stellte es die Weichen dafür. Modernisiert wurde neben dem Mutterland vor allem die Infrastruktur auf den Azoreninseln und besonders auf der Insel Madeira. Die Kolonialgebiete spielten in den Planungen Salazars und seines Wirtschaftsministeriums zunächst nur eine untergeordnete Rolle.

Wenn ein ausländisches Unternehmen in Portugal investieren wollte, musste es nach der Protektionpolitik Salazars ein portugiesisches Unternehmen, eine portugiesische Bank oder zumindest private portugiesische Kapitaleigner mit 51 Prozent beteiligen.¹⁹⁹

Direkte ausländische Firmenniederlassungen konnten so nicht entstehen, auch nicht in der Automobilindustrie. Beispiele für gelungene deutsch-portugiesische Unternehmenskooperationen waren die portugiesischen Unternehmen *Inilisa Portuguesa Quimico Farmaceutica Lda.* (chemische, pharmazeutische und kosmetische Industrie), die *Messa – Maquinas de Escrever Lda.* (Schreib- und Rechenmaschinen) und die *Adreta Plasticos Lda.* (Kunststoffindustrie, diese sogar allein mit deutschem Kapital).

¹⁹⁸ PA AA, B 62, Bd. 296. Portugal Band 36 1958 – 1962.

¹⁹⁹ Siehe dazu auch Groß, Gerhard: Die Unterstützung der portugiesischen Afrika-Politik durch die Bundesregierung. In: Bley, Helmuth, Tetzlaff, Rainer: Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Reinbeck bei Hamburg 1978, S. 70 – 87.

Sie alle wurden 1959 gegründet und mit deutschem Kapital, Know-how und Maschinen ausgestattet.²⁰⁰

Eine Automobilindustrie war in Portugal vor der Gründung der Stahlindustrie nicht vorhanden. Portugal führte für viel Geld Autos und LKWs ins Mutterland, aber auch in die afrikanischen Kolonien ein. Um einen Wettbewerb aufrechtzuerhalten und die Außenhandelsbilanz nicht noch weiter zu belasten, wurden Einfuhrquoten beschlossen. Nach diesen Gesetzen, die vor allem für teure Produkte wie Maschinen und Autos galten, durften besonders die Autohersteller *Ford*, *Fiat*, *Renault*, *Peugeot*, *VW* oder *Daimler Benz* usw. nur bestimmte Mengen einführen. *Daimler Benz* durfte beispielsweise 1958 nur für 400.000 Escudos Fahrzeuge nach Angola einführen.²⁰¹

Nach der Gründung der Stahlindustrie in Portugal wurden die großen Automobilkonzerne Europas von der portugiesischen Regierung angehalten, nun auch in Portugal zumindest die Endfertigung in Erwägung zu ziehen. Champalimaud war der Ansicht gewesen, dass zu einer Industrialisierung Portugals nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland der Aufbau einer eigenen Automobilindustrie nach dem Aufbau einer eigenen Stahlindustrie der nächste richtige Schritt war. Das Regime wollte den Aufbau dieser Industrie von Anfang an dezentralisieren, um möglichst viele Regionen mit einzubeziehen. Aus diesem Grunde wurden die Einfuhrquoten für LKWs und PKWs von den Konzernen beschnitten, die keine Fertigung in portugiesischen Fabriken zulassen wollten. Noch 1958 verlegten deshalb *Peugeot*, *Fiat* und *Renault* einen Teil ihrer Produktion nach Portugal. Erst 1960 zog auch *Daimler Benz* nach. Die Automobilkonzerne zögerten, weil sich die Fertigung in Portugal nach ihren Berechnungen betriebswirtschaftlich nicht lohnte. Die Transportkosten und die Zollgebühren der Einzelteile nach und aus Portugal waren unwirtschaftlich für den geringen Gewinn, der in dem kleinen Absatzgebiet Portugal und seiner Kolonien zu erzielen war. Die langfristige Strategie musste scheitern.²⁰²

Der Aufbau der Stahl- und Automobilindustrie war für die portugiesische Wirtschaft bedeutsam, weil diese Industrien der Schlüssel für die Ausrüstung der portugiesischen Armee mit in Portugal gefertigten Waffen und Fahrzeugen wurden. Die Beispiele sollen belegen, dass hier von Anfang an im Zeichen der Westintegration der Bundesrepublik die westdeutsche Wirtschaft von der Regierung Adenauer dazu angehalten wurde, in

²⁰⁰ PA AA, B 26, Bd. 112. Bericht über die deutsch-portugiesischen Wirtschaftsverhandlungen vom 5. Juni 1959.

²⁰¹ PA AA, B 62, Bd. 296. Konsulat Luanda vom 30. Juli 1958.

²⁰² PA AA, B 62, Bd. 296. Botschaft Lissabon an Bonn am 28. Oktober 1958.

Portugal zu investieren. Die westdeutsche Wirtschaft sollte der portugiesischen Regierung vor allem beim Auf- und Ausbau der Infrastruktur helfen und auch wirtschaftlich davon profitieren. Diese Win-win-Strategie der westdeutschen Industrie wurde jedoch nicht nur in Portugal, sondern auch in anderen südeuropäischen Staaten angewandt. Sie sollte den kleinen europäischen Randstaaten wie Portugal, Griechenland, Spanien oder der Türkei zeigen, dass die Bundesregierung zu allen europäischen Staaten und denen die es werden wollten, auch gute Wirtschaftsbeziehungen unterhalten wollte. Natürlich sollten auch neue Absatzmärkte erschlossen werden, um den Wohlstand in Westdeutschland gegenüber der sogenannten SBZ zu erhöhen.²⁰³

1.2 Die sechziger Jahre bis zum Ende Salazars

Als Portugal im Dezember 1955 in die UNO aufgenommen wurde, markierte das nach dem Historiker Oliveira den Anfang vom Ende des portugiesischen Kolonialreiches.²⁰⁴ Das Jahr 1960 wird in der interkulturellen Geschichtsschreibung als das Jahr Afrikas bezeichnet, weil in diesem Jahr sehr viele afrikanische Staaten, vor allem ehemalige britische und französische Kolonien, unabhängig wurden. Die Auflösung der Kolonialreiche band die beiden europäischen Staaten Großbritannien und Frankreich enger an Europa. Die Zukunft aller ehemaligen europäischen Kolonialmächte war der Europäische Wirtschaftsraum und letztlich auch die NATO, auch wenn Frankreich noch lange eine eigene Politik betreiben sollte.²⁰⁵ Die Bundesrepublik Deutschland intensivierte ab 1960 vor allem ihre militärischen Beziehungen zu Portugal. Auf der politischen Ebene, also innerhalb der NATO hielt sie zu Portugal.

²⁰³ Vgl. die Dissertationen von Apostolopoulos, Dimitrios K. (2004): Die griechisch-deutschen Nachkriegsbeziehungen. Historische Hypothek und moralischer Kredit ; die bilateralen politischen und ökonomischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums 1958 - 1967. Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 2004. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Lang (Europäische Hochschulschriften, 997). Außerdem siehe auch Yfantis, Monika (1999): Die deutsch-griechischen Beziehungen 1949 - 1955. Wiederannäherung im Zeichen alter Traditionen und neuer Gemeinsamkeiten. Düsseldorf, Univ., Diss., 1999. Für Spanien siehe: Aschmann, Birgit (1999): Treue Freunde...? Westdeutschland und Spanien 1945 - 1963. Zur Türkei siehe Özren, Can (1999): Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei (1945/49 - 1963). Politische und ökonomische Interessen im Zeichen der deutschen Teilung. Zugl.: Hamburg, Univ., veränd. Diss., 1998. Münster, Hamburg, London: Lit (Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas, 5).

²⁰⁴ Oliveira, Pedro Aires (2007): Os despojos da aliança. A Gra-Bretanha e a questao colonial portuguesa 1945-1975. Lisboa, S. 177.

²⁰⁵ Die Auflösung beider Kolonialreiche war durch ihre Niederlagen in Nordafrika besiegelt worden. Großbritannien und Frankreich scheiterten in der Suezkrise und Frankreich in Algerien. Für die Arbeit ist lediglich das afrikanische Kolonialreich Portugals wichtig, daher wird der Begriff unabhängig vom asiatischen Kolonialreich Portugals verwendet.

1.2.1 Das Ende des Weltreiches

Als der *Wind of Change*²⁰⁶ den afrikanischen Kontinent politisch veränderte, nahmen Portugal und die Bundesrepublik Deutschland zunächst nur wenig Anteil. Die Bundesrepublik Deutschland suchte von Anfang an und mit der Zustimmung der ehemaligen Kolonialmächte nach Freunden in Afrika, die ihre Freundschaft dadurch beweisen mussten, dass sie die Politik der *Hallsteindoktrin*²⁰⁷ akzeptierten und die DDR politisch nicht anerkannten.²⁰⁸

Die portugiesische Regierung, die nach eigenem Empfinden kein Entwicklungsland war, sondern ein Weltreich verwaltete, hatte 1956 Handelsbeziehungen mit der DDR aufgenommen. Zwischen der portugiesischen Nationalbank *Banco de Portugal* und der *deutschen Notenbank* war in diesem Jahr ein Abkommen geschlossen worden, um den Handel zwischen beiden Staaten zu ermöglichen. Die Beamten der Botschaft Lissabon bemerkten dazu 1963, dass die Handelsbeziehungen sich in einem kleinen nicht erwähnenswerten Rahmen für beide Seiten bewegen würden.²⁰⁹

„Zusammenfassend ist zu bemerken, dass die Sowjetzone in Portugal keinerlei Einfluss ausübt, wenn man von dem äusserst bescheidenen Handelsverkehr im Rahmen des Bankenabkommens absieht. Das Bestreben der portugiesischen Regierung, jede Einflussnahme von dieser Seite in ihrem Hoheitsbereich abzuwehren, dürfte sich auch in Zukunft unter der Regierung Salazar oder eine in seinem Geiste wirkende Nachfolgeregelung nicht ändern.“²¹⁰

Die Kolonialverwaltungen in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik hatten keine Kontakte zu den Staaten des Ostblocks.

Die politischen Beziehungen zwischen Lissabon und Bonn traten nach 1960 in eine neue, intensivere Phase. Die unabhängigen Staaten in Afrika und Asien vergrößerten den Anteil der Blockfreien Staaten in der UNO, die sich zu einem Weg zwischen Ost- und Westblock entschlossen hatten. Portugal musste sich nach 1960 immer wieder der Anklage erwehren, dass es seine Kolonien nicht zivilisiert hatte, wie es stets betonte, sondern in Armut verharren ließ und sich nicht genug um die Bildung der Bevölkerung in den Kolonien kümmerte. In einem Artikel des SPD-Pressedienstes 1960 wurde die Analphabetenquote in Angola nach Angaben der UNESCO mit 97 Prozent beziffert und

²⁰⁶ Der Begriff stammt von Harold MacMillan, britischer Premierminister von 1957 bis 1963, der am 3. Februar 1960 in einer Rede vor dem südafrikanischen Parlament zum ersten Mal benutzt wurde, um die Unabhängigkeit des afrikanischen Kontinents und die damit einhergehende Auflösung der europäischen Kolonialreiche in Afrika und Asien zu beschreiben.

²⁰⁷ Der Begriff stammt nicht von Walther Hallstein, sondern von Wilhelm Grewe, einem Referatsleiter aus dem AA.

²⁰⁸ Engel 2000, S. 240. Engel erwähnt die deutsch-französischen Konsultationen über die jeweilige Entwicklungshilfe.

²⁰⁹ Wie gekennzeichnet handelt es sich hierbei um die Einschätzung der Beamten des AA. Wie bereits ausgeführt, entwickelten beide Seiten durchaus umfassende Handelstätigkeiten.

²¹⁰ PA AA, B 26, Bd. 197. Botschaft Lissabon am 25. Januar 1963 über die SBZ und Portugal.

die portugiesische Herrschaft mit Begriffen wie „Zwangsrekrutierungen“ und „Ausbeutung“ beschrieben.²¹¹

In Kontinentaleuropa und in der NATO war für Portugal trotz des Jahres 1960 weiterhin nichts von einem neuen Wind zu spüren. Die Bundesregierung intensivierte aufgrund der militärischen Beziehungen ihre Kontakte zum Regime, äußerte sich aber nicht zur Überseefrage.²¹²

Nachfolger des deutschen Botschafters Dr. Seelos wurde der frühere Richter und Justizbeamte des AA in den Jahren 1936 bis 1938 und 1939 bis 1943, Dr. Herbert Schaffarczyk. Er verfügte im Vergleich zu seinen beiden Vorgängern über die größere Erfahrung im diplomatischen Dienst auch auf der Iberischen Halbinsel. Von 1953 bis 1959 war er bereits als Generalkonsul im spanischen Barcelona tätig.²¹³

In seine Dienstzeit fiel der Höhepunkt der internationalen Kritik an der portugiesischen Kolonialpolitik, die *Santa Maria Affäre*. Der ehemalige portugiesische Hauptmann Henrique Galvão und eine Schar Exil-Portugiesen hatten das Kreuzfahrtschiff *Santa Maria* geentert und wollten es in die Hauptstadt Angolas nach Luanda bringen. Dort wollten sie zusammen mit Anhängern des *Movimento Popular para a Libertação de Angola (MPLA)*²¹⁴ eine Revolution gegen die portugiesische Regierung unter Salazar im Mutterland zu entfachen. Die Affäre führte zu einer weltweiten Medienaufmerksamkeit für die Kolonialherrschaft der Portugiesen in Afrika. Sie war deshalb von besonderer Bedeutung, weil Hauptmann Galvão früher im portugiesischen Staatsdienst beschäftigt war. In dieser Funktion hatte er dem portugiesischen Parlament 1947 einen Bericht über die Situation in den afrikanischen Kolonien vorgetragen, fiel in Ungnade und musste kurze Zeit später ins Exil nach Südamerika auswandern.²¹⁵

Aus dieser Affäre hielt sich die Bundesrepublik Deutschland von Anfang an heraus. Weder hatte sie Kontakte zu den Entführern um Hauptmann Galvão und General Humberto Delgado, noch griff sie politisch ein. General Humberto Delgado hatte 1958 die Präsidentschaftswahlen gegen den Kandidaten Salazars, General Craveiro Lopez nur knapp verloren. Die Wahl war von Salazar und seinen Anhängern nicht nur streng und zum Nachteil der Opposition um Delgado reglementiert, sondern auch manipuliert

²¹¹ SPD Pressedienst P/XV/177 vom 6. August 1960, Angola – Bastion des Kolonialismus S. 3.

²¹² PA AA, B 26, Bd. 23. Von Welck an Lissabon. Die Botschafter und das AA wussten um den Stolz der Portugiesen und rieten jedem Reisenden davon ab diese Themen anzusprechen.

²¹³ <http://www.munzinger.de/search/portrait/Herbert+Schaffarczyk/0/8961.html>. Aufgerufen am 06.03.2012. Quelle: Internationales Biographisches Archiv 16/1966 vom 11. April 1966.

²¹⁴ Damals noch nicht unter der Führung von Agostinho Neto. Die Bewegung war zu diesem Zeitpunkt noch Teil einer größeren Bewegung und noch keine rein afrikanische Bewegung.

²¹⁵ PA AA, B 26, Bd. 108. Bonner General Anzeiger am 2. Februar 1961.

worden.²¹⁶ Nach der Wahl suchte General Humberto Delgado in Brasilien und Venezuela Exil und versammelte Kritiker des Salazar-Regimes aus allen Fraktionen und Strömungen um sich. Sein Ansehen und Einfluss auf die Opposition und das portugiesische Militär war groß und er war bis 1965 durchgehend Ansprechpartner und wichtigster Vertreter der portugiesischen Opposition im Ausland. Sogar der Anwalt und spätere Führer der *Partido Socialista Portugal* Mario Soares hatte Kontakt zu General Humberto Delgado. Der General versuchte im Jahr 1959 in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen, um sich dort mit Journalisten und Politikern zu treffen und um Unterstützung für die portugiesische Opposition zu werben. Zuvor war er bereits in Großbritannien gewesen und hatte auf einer Veranstaltung der *Labour Party* einen Vortrag vor Politikern und britischen Medien über die Situation in Portugal gehalten.

„Wie verlautet, beabsichtigt er [General Delgado, Anmerkung des Verfassers], seinen Besuch auf die Bundesrepublik Deutschland, Holland und Schweden auszudehnen, um sich auch dort über dasselbe Thema zu äußern.“²¹⁷ Um diese Reise zu verhindern, schrieb der neu eingesetzte Botschafter Dr. Herbert Schaffarczyk im September 1959 an das AA.

„Ich wäre dankbar, wenn das Auswärtige Amt in geeigneter Weise seinen Einfluss dahingehend geltend machen könnte, dass ein solcher Vortrag nach Möglichkeit unterbleibt. Es sollte jedenfalls auch nur der Anschein vermieden werden, dass Delgado etwa mit Billigung der Bundesrepublik an den derzeitigen politischen Verhältnissen in Portugal öffentlich Kritik übt. Es wäre dies angesichts der ausgesprochenen Empfindlichkeit der portugiesischen Regierung dazu geeignet, das deutsch-portugiesische Verhältnis zu belasten.“²¹⁸

Die Bundesregierung und das AA verhinderten in der Folge tatsächlich eine Einreise des Generals in die Bundesrepublik Deutschland. Jedoch konnte Humberto Delgado nach Großbritannien noch Frankreich, Belgien und die Niederlande besuchen und dort Vorträge halten, ehe er nach Brasilien zurückkehrte. Es blieb nicht der einzige Versuch General Humberto Delgados sich in der Bundesrepublik Deutschland Gehör zu verschaffen. Im August 1961 beabsichtige er erneut in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen, um mit Journalisten und Politikern zu sprechen.²¹⁹ Das Referat 206, zuständig für Portugal und Spanien, traf auf Warnung der portugiesischen Botschaft in Bad Godesberg Vorbereitungen, um die Einreise zu verhindern.

„Nach Ansicht des Auswärtigen Amtes sollte jeder Anschein vermieden werden, dass Delgado etwa mit Billigung der Bundesrepublik an den derzeitigen

²¹⁶ PA AA, B 26, Bd. 107. Bericht der Botschaft Lissabon vom 4. Juni 1958.

²¹⁷ PA AA, B 26, Bd. 108. Botschaft Rio de Janeiro am 17. August 1959.

²¹⁸ PA AA, B 26, Bd. 108. Botschaft Lissabon am 25. September 1959.

²¹⁹ PA AA, B 26, Bd. 108. Referat 206 am 25. August 1961.

politischen Verhältnissen in Portugal Kritik übt. Angesichts der ausgesprochenen Empfindlichkeit der portugiesischen Regierung wäre dies geeignet, unser gutes Verhältnis zu unserem Bündnispartner Portugal, an welchem uns heute mehr denn je gelegen ist, zu belasten. Aus diesen Gründen, bittet das Auswärtige Amt das Bundesministerium des Inneren, umgehend geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit die Grenzkontrollstellen die Einreise Delgados in das Bundesgebiet verhindern können. Nach Meinung der Portugiesischen Botschaft reist Delgado möglicherweise mit einem brasilianischen Paß.²²⁰

Das Referat wurde in seinen Anweisungen an das Innenministerium in einem weiteren Schreiben noch konkreter, denn wäre es General Humberto Delgado gelungen in das Bundesgebiet einzureisen, so hätte das Bundesinnenministerium ihn beobachten lassen.

„[Das Innenministerium] - wird gebeten, umgehend geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um

- a) den Aufenthalt des Reisenden, von dem im Bezugsschnellbrief die Rede ist, im Bundesgebiet ausfindig zu machen,
- b) dessen Identität festzustellen und im Falle seiner Identität mit dem portugiesischen Exilpolitiker seine unauffällige Beobachtung anzuordnen.“²²¹

Auch diese Reise des wichtigsten portugiesischen Oppositionellen konnte erfolgreich verhindert werden. Im September 1961 warnte die portugiesische Botschaft erneut vor einer Einreise des Generals Humberto Delgado, diesmal über Frankfurt mit einem brasilianischen Pass. Die portugiesische Botschaft deklarierte den General sogar als Terroristen, der Sprengstoff mit sich führen würde. Das AA verhinderte bereits in der Schweiz, dass er in die Bundesrepublik Deutschland einreiste, und die portugiesische Botschaft konnte nach Lissabon vermelden, dass die Bundesrepublik Deutschland alles gegen die Opposition getan hatte, was Portugal verlangte. Salazar konnte mit seinem NATO-Verbündeten zufrieden sein.²²² Die Bundesregierung schwieg nicht nur zur internationalen Kritik an der portugiesischen Diktatur, sondern verwehrte sogar im Gegensatz zu den Regierungen in Großbritannien und Frankreich der Opposition ein Gespräch mit Journalisten oder Oppositionspolitikern, um so jegliche Kritik an der Salazar-Regierung frühzeitig zu unterbinden. Die rechte Hand General Humberto Delgados war Hauptmann Galvão, der Entführer des Kreuzfahrtschiffes *Santa Maria*. Auch ihm wurde nach der Affäre eine Einreise aus „gesundheitlichen Gründen“ verweigert. Das Referat I A 4 des AA sorgte dafür, dass Galvão bereits in den deutschen Botschaften in Lateinamerika keine Aus- und Einreisegenehmigung erhielt.²²³

²²⁰ PA AA, B 26, Bd. 108. Referat 206 am 25. August 1961.

²²¹ PA AA, B 26, Bd. 108. Von Schmoller an Ministerialrat Breul am 29. August 1961.

²²² PA AA, B 26, Bd. 108. Das der General Sprengstoff mit sich geführt hätte, wurde im AA nicht ernst genommen.

²²³ PA AA, B 26, Bd. 269. Aufzeichnung des Referates I A 4 am 27. August 1964.

Die Zeitungen berichteten in der Bundesrepublik Deutschland genauso wie in aller Welt in aller Ausführlichkeit über die Kaperung des Kreuzfahrtschiffes ohne Einschränkung und ohne, dass das AA in die Berichterstattung eingriff. Zum ersten Mal wurde die deutsche Öffentlichkeit über die Realität in den portugiesischen Kolonien in Afrika und auch im Mutterland Portugal selbst informiert.²²⁴ Auch in eher konservativen Zeitungen wurde äußerst kritisch über die Verhältnisse berichtet und es wurde nicht die Kaperung des Schiffes, sondern es wurden die Verhältnisse unter der Salazar-Regierung angeprangert.

Wie sich herausstellte, war die Entführung des Kreuzfahrtschiffes *Santa Maria* nur der Auftakt zu einer bewaffneten Auseinandersetzung in Angola, die von der MPLA²²⁵ zusammen mit der im Exil agierenden portugiesischen Opposition um General Humberto Delgado geplant wurde.

Der Krieg in den portugiesischen Kolonien Afrikas war zwar zeitweise ein Thema in der deutschen Presse, jedoch weniger in den deutschen Ministerien. Das Interesse der deutschen Presse an dem Krieg in den portugiesischen Kolonien Afrikas nahm nach 1961 und dem Ende der *Santa Maria Affäre* zunächst jedoch wieder ab.²²⁶ Herausgehoben werden muss der Besuch des Journalisten Peter Scholl-Latour in Angola im ersten Kriegsjahr 1961.²²⁷ Die Vermutung liegt nahe, dass der fast gleichzeitig stattfindende Vietnamkrieg die Öffentlichkeit mehr in ihren Bann zog. Die Beziehungen zum Mutterland Portugal blieben aus der Sicht des AA unverändert eng und gut.

Aus den Instruktionen des Referates 206 für Wirtschaftsminister Ludwig Erhard 1959 ist zu entnehmen, dass die Bundesregierung und als ausführendes Organ das AA zu den Konflikten Portugals, die nicht die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder der NATO berührten, eine abwartende Haltung einzunehmen gedachte.

„Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Portugal können die Bundesrepublik nicht dazu veranlassen, die Politik Lissabons bei

²²⁴ PA AA, B 26, Bd. 108. Bonner General Anzeiger 10. Februar 1961.

²²⁵ Der Angriff, der die Erstürmung von Gefängnissen und Polizeistellen vorsah, scheiterte und beraubte der MPLA einen Grossteil seiner intellektuellen sowohl weißen als auch farbigen Führung.

²²⁶ PA AA, B 34, Bd. 273. Danach war unter anderem ein Reporter des Stern, Herr Karl Breyer, in Luanda. Er hielt sich jedoch nur in der Hauptstadt auf und wurde durch die PIDE überwacht. Herr Dr. Weber von der FAZ weilte in Mosambik und berichtete von dort ebenso eingeschränkt wie sein Kollege in Luanda über den portugiesischen Kolonialkrieg. PA AA, B 34, Bd. 364. Bericht des Generalkonsulats Lourenço Marques vom 24. Januar 1962.

²²⁷ Das deutsche Generalkonsulat in Luanda musste ihn nach der unerlaubten Verlängerung seines Aufenthalts sogar aus dem portugiesischen Gefängnis holen. Scholl-Latour hatte sich durch seine guten Kontakte zum portugiesischen Militär mitten ins Kampfgebiet im Norden Angolas bringen lassen und saß dort während der Kampfaktivitäten mehrere Tage fest. PA AA, B 34, Bd. 272. Bericht des Generalkonsulats Luanda vom 14. Juni 1961.

zwischenstaatlichen Konflikten zu unterstützen, an denen Deutschland in keiner Weise beteiligt ist. In solchen Fällen werden wir grundsätzlich stets völlige Enthaltung üben, soweit nicht vertragliche Verpflichtungen oder eigene Interessen eine Stellungnahme der Bundesregierung erfordern. Dieser Grundsatz gilt insbesondere bei Streitigkeiten zwischen Ländern, mit denen wir gleichermaßen freundschaftliche Beziehungen pflegen wollen.“

Diese Einschätzung wurde besonders für Afrika betont. Aus diesem Grund wurden an gleicher Stelle die Grundsätze der deutschen Afrikapolitik erläutert. Diese Grundsätze waren vor allem geprägt von der *Hallsteindoktrin*.

„Die Bundesregierung betrachtet die Afrika-Politik als Funktion ihrer Europa-Politik und versucht, ihr Ansehen als vom Kolonialismus unbelastetes, bedeutendes Industrieland zum Nutzen ganz Europas bzw. des ganzen Westens einzusetzen, indem sie den jungen Staaten enge und freundschaftliche Zusammenarbeit anbietet. Die Teilung Deutschlands verleiht der Bundesrepublik innerhalb des Westens eine Sonderstellung im Verhältnis zu Afrika, die ihr umso mehr Veranlassung gibt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker unmissverständlich zu bejahen.“²²⁸

Wichtig war weiterhin die Partizipation Portugals in der NATO und die Rolle Portugals als Handelspartner, vor allem aber die langfristige Partizipation Portugals an der EWG, die von der Bundesregierung als ein wichtiges Instrument angesehen wurde, um die Bundesrepublik Deutschland in das westliche Europa zu integrieren. Die Partizipation Portugals an der EWG war jedoch durch die Situation in den portugiesischen Kolonien in Afrika vorerst nicht möglich. Einige Stimmen in der Bundesregierung waren sogar der Ansicht, dass eine Partizipation erst nach der Auflösung des Weltreiches nach dem Vorbild Frankreichs, Belgiens oder der Niederlande gelingen könnte.

Der Besuch des Wirtschaftsministers Erhard in Lissabon im Mai 1961 und die Gespräche mit Salazar über eine Kapitalhilfe von rund 150 Millionen DM für den Ausbau von vier Flughäfen (Lissabon, Porto, Faro und Funchal) im Mutterland und den Bau eines Staudamms in der ländlich geprägten Region Alentejo unterstrich die Bedeutung Portugals für die Bundesrepublik Deutschland und die Entwicklung der deutsch-portugiesischen Beziehungen in den sechziger Jahren.²²⁹

Die *Fränkische Presse* schrieb, dass Portugal trotz seiner Verurteilung durch die UNO und obwohl selbst die USA in der UNO gegen Portugal gestimmt hatten, für Erhard „eines der vertrauenswürdigsten Länder“ der Welt war. Negative Folgen für die auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland sah er nicht. „Und beruhigend fügt er hinzu, die portugiesische Regierung hätte mit keinem Wort zu erkennen gegeben,

²²⁸ PA AA, B 26, Bd. 111. Portugal 1958 – 1961.

²²⁹ PA AA, B 26, Bd. 111. Bericht der Botschaft Lissabon vom 15. Mai 1961.

dass die deutsche Unterstützung für Portugal irgendwie mit Angola in Verbindung gebracht werde. Naiver geht's nicht mehr.“

Über die internationale Stimmung gegenüber Portugal kommentierte die Zeitung, dass *„weder die USA noch England oder Frankreich [...] es im Augenblick wagen, Portugal im Zeichen des Angola-Aufstandes finanziell oder moralisch beizuspringen.“* [...]

Die Bundesrepublik Deutschland dagegen würde sich im Gegensatz zu den drei großen NATO-Mächten nicht zurückhalten. *„Doch Bonn findet nichts dabei, Erhard mit Finanzgeschenken bei den beiden letzten Diktatoren Westeuropas Besuch machen zu lassen. Welch ein gedankenloses und gefährliches Schauspiel!“*²³⁰

Die Bundesrepublik Deutschland gehörte zwar der NATO seit 1955 an, jedoch nicht der UNO. Aus diesem Grund konnte sie die verschiedenen Resolutionen,²³¹ in denen mögliche Sanktionen gegen die portugiesische Regierung angedroht wurden, missachten.²³² Von einer vorbehaltlosen politischen Unterstützung kann dennoch nicht gesprochen werden, da sowohl die Ministerien als auch die Parteien in ihrer Haltung gegenüber dem portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika gespalten waren. Die Regierung ließ in der Haltung zur Portugal-Politik in Afrika beide Positionen zu: sowohl Unterstützung als auch Verurteilung. Besonders zwischen den beiden großen Parteien SPD und CDU spiegelt sich dieser Zwiespalt wieder. Die CDU-geführte Regierung unter Kanzler Konrad Adenauer unterstützte die Salazar-Regierung ebenso, wie es seine Nachfolger Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger taten. Die SPD-geführte Regierung unter Führung von Willy Brandt und Helmut Schmidt dagegen verurteilten die Kolonialpolitik Portugals in Afrika. Jedoch lässt sich keine Änderung in der Vergabe von Krediten und der Lieferung von Rüstungsgütern feststellen.

Die Berichterstattung der deutschen Botschaft Lissabon blieb auch nach 1960 und besonders nach dem für Portugal international krisenreichen Jahr 1961 kritisch. Über den Putschversuch eines Teils des Militärs in einer Kaserne im portugiesischen Beja und Studentenunruhen in Coimbra sowie Lissabon 1962 wurde kritisch berichtet und die Gewalt der Salazar-Regierung beschrieben, die einen Zusammenhalt des Staates nur durch Repression gewährleisten konnte.²³³ Betont wurde jedoch immer wieder die

²³⁰ AMNE PEA 422. N° 332.30. Visita da Adenauer e a Chanceler Ludwig Erhard na Lisboa 1960.

²³¹ Beispielsweise in der 20. Sitzung des 4. Komitees des UNO-Sicherheitsrates wurden am 14. Dezember 1965 eine Resolution beschlossen, Sanktionen gegen Portugal und Rhodesien sowie Südafrika zu erheben. PA AA, B 34, Bd. 602. Konsulat Luanda am 26. November 1965.

²³² UNO-Sicherheitsrat Resolution 180. Unter Punkt 6 wurde beschlossen, dass kein UNO-Mitglied die portugiesische Regierung mit Waffen oder militärischen Gütern unterstützen sollte. In der Resolution 218 am 23. November 1965 wurden die Sanktionen, wie bereits aus der Akte zitiert, wiederholt.

²³³ PA AA, B 26, Bd. 192. Portugal 1959 – 1963.

Stabilität, die Portugal unter der Diktatur erreicht hatte. Diese Stabilität war es, die in Portugal für die deutsche Wirtschaft ein interessantes Betätigungsfeld bot. Solange ein Abgleiten in Richtung Moskau ausblieb, sah die Bundesregierung bis 1968 keine Veranlassung, sich verstärkt für eine Demokratisierung Portugals zu engagieren. Der Höhepunkt der politischen Beziehungen in diesem Zeitraum war die Unterzeichnung des Gastarbeiterabkommens am 17. März 1964 und die Eröffnung von Anwerberbüros in Portugal. Portugiesische Arbeitskräfte, zumeist junge Männer, aber auch junge Frauen, wanderten in die Bundesrepublik Deutschland als Arbeitskräfte aus.²³⁴ Bis 1971 waren dies nach Angaben der deutschen Botschaft in Lissabon 400.000 Menschen.²³⁵ Dieser „Menschenhandel“ löste aus portugiesischer Sicht gleich zwei Probleme des Regimes. Zum einen führten die Überweisungen der Arbeiter nach Portugal zu einer Erhöhung der Auslandsdevisen und half die negative Handelsbilanz zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland auszugleichen, zum anderen konnten subversive Elemente aus Portugal entfernt werden.²³⁶ Dies führte jedoch auch dazu, dass viele der im Ausland beschäftigten Portugiesen oppositionelle Gruppen bildeten oder sich bereits bestehenden anschlossen. Einige kamen sogar mit dem Ostblock oder sozialistischen Kräften in Berührung. Um dieser Tendenz vorzubeugen, wollte Portugal Arbeitskräfte vorzugsweise in die Bundesrepublik Deutschland entsenden und weniger nach Frankreich, wo sie dem Einfluss der französischen Kommunistischen Partei ausgeliefert waren.²³⁷

Die politischen Beziehungen in den sechziger Jahren waren überschattet von dem portugiesischen Kolonialkrieg und der internationalen Kritik an der portugiesischen Kolonialpolitik. Der Jahresbericht der Botschaft Lissabon 1966 spiegelt jedoch die nach wie vor freundschaftlichen und guten Beziehungen zwischen beiden NATO-Partnern wieder. Denn die Bundesregierung hielt sich nicht an der internationalen Kritik auf.

*„In den guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Portugal und Deutschland hat sich im Jahre 1966 nichts verändert.“*²³⁸ Im gleichen Jahr weilten Außenminister Gerhard Schröder zu einem Kurzbesuch in Lissabon und der portugiesische Außenminister Dr. Franco Nogueira zu einem Gegenbesuch in Bonn. Beide Besuche

²³⁴ Schroers 1998, S. 85.

²³⁵ In Frankreich sollen zur gleichen Zeit 607.000 portugiesische Arbeitskräfte tätig gewesen sein. PA AA, B 26, Bd. 444. Bericht der Botschaft Lissabon im Juli 1971.

²³⁶ Die Lebensgeschichte des portugiesischen Politikers Mario Soares ist ein Beispiel für die gelungene Abschiebung von Oppositionellen Kräften aus Portugal nach Frankreich und zeitweise in die Bundesrepublik Deutschland.

²³⁷ PA AA, B 26, Bd. 316. Portugal 1965. Jahresbericht 1964.

²³⁸ PA AA, B 26, Bd. 410. Abteilung I A 4 am 21. April 1967. Auszüge aus dem Jahresbericht der Botschaft Lissabon.

stehen stellvertretend für die sich vertiefenden Beziehungen zwischen beiden Staaten. „Dieses auf allen Gebieten bestehende gute Verhältnis beruht auf portugiesischer Seite zweifellos auf dem sehr positiven Deutschlandbild des Ministerpräsidenten Salazar und seinem mitfühlenden Verständnis für die Teilung unseres Landes.“ Die Botschaft stellt fest, dass Portugal, auch wenn sein außenpolitischer Einfluss schwand, noch immer treu in der Wiedervereinigungsfrage zur Bundesrepublik Deutschland stand.

Entgegen ihrer eigenen außenpolitischen Konzeption unterstützte die Bundesrepublik Deutschland die portugiesische Regierung außenpolitisch und brachte die Politik der *Hallsteindoktrin* in Gefahr.

„Unsere Nichtmitgliedschaft in der UNO wirkt sich in unseren Verhältnis zu Portugal positiv aus, weil wir sonst in Verfolgung unserer nationalen Anliegen und unserem Interesse an den Stimmen der dritten Welt in der UNO wohl häufiger in Konflikt mit den Interessen Portugals geraten könnten. Das Verständnis für unsere Situation im Vorfeld der Ost-Westspannungen geht hier so weit, dass die portugiesische Regierung trotz manchen versteckten Vorwurfs eines zu geringen deutschen Souveränitätsbewusstseins nicht erwartet, dass wir den portugiesischen Standpunkt mit Bezug auf seine Überseeprovinzen offen unterstützen.“²³⁹

Die Botschaft Lissabon schätzte die bilateralen Beziehungen zusammenfassend gut ein und sah, trotz der politischen Lage des Landes sowie der außenpolitischen Verflechtungen, keine Probleme auf die Bundesrepublik Deutschland zu kommen.

„Zusammenfassend darf festgestellt werden, dass dank des uns von der Regierung Salazar entgegengebrachten Vertrauens und der in der breiten Masse des Volkes bestehenden Sympathien für Deutschland gegenwärtig die besten Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass das gute Verhältnis zwischen den beiden Ländern durch eine weitere Intensivierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen vertieft wird. Gefahren hierfür können lediglich entstehen, wenn deutsche Entscheidungen auf dem Gebiet der bisherigen militärischen Zusammenarbeit getroffen werden, welche berechtigte, im Vertrauen auf die Dauer unseres bisherigen Verhaltens gegründete Interessen und Erwartungen ernsthaft verletzen würden.“²⁴⁰

Die Beziehungen sollten ausgeweitet werden, um eine noch bessere militärische Zusammenarbeit zu erreichen. Auch wirtschaftspolitisch sollten die Beziehungen weiter vertieft werden. Bis zum Tode des Diktators Salazar blieben die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal zwar eng, jedoch noch immer zwiespältig.

Durch die Bundestagswahlen 1966 gelang der SPD zwar eine Beteiligung an der Regierung, jedoch hatte sie auf das Verhältnis zu Portugal zunächst keine

²³⁹ PA AA, B 26, Bd. 410. Abteilung I A 4 am 21. April 1967. Auszüge aus dem Jahresbericht der Botschaft Lissabon.

²⁴⁰ PA AA, B 26, Bd. 410. Abteilung I A 4 am 21. April 1967. Auszüge aus dem Jahresbericht der Botschaft Lissabon.

Auswirkungen. Im Gegenteil: Nach dem Schlaganfall Salazars und der Ernennung Marcello Caetano zum Ministerpräsidenten in Portugal 1968 sollte Bundeskanzler Kiesinger mit seiner Reise nach Lissabon - der ersten eines Bundeskanzlers nach Portugal im untersuchten Zeitraum - die politischen Beziehungen auf ein neues Niveau heben. Erst mit Willy Brandts außenpolitischer Vision, vor allem seiner Ostpolitik wandelte sich das Verhältnis.²⁴¹

1.2.2 Wirtschaftliche Beziehungen im Zeichen des Kolonialkrieges

Die wirtschaftlichen Beziehungen waren durch die portugiesische Kolonialpolitik nicht beeinflusst. Die Bundesrepublik Deutschland verhängte keine Sanktionen, wie von der UNO gefordert, und unterhielt nach wie vor enge wirtschaftliche Beziehungen mit Portugal. Die Bundesrepublik Deutschland nahm weiterhin vor Großbritannien den ersten Platz bei den Importen ein und den dritten Platz bei den Exporten und war damit ein für Portugal unverzichtbarer Handels- und Wirtschaftspartner.

Ein Blick auf die Handelsbilanz (Vgl. Tabelle 4) macht deutlich, dass die westdeutsche Wirtschaft ihre Bilanz sogar noch ausbauen und deutlich verbessern konnte, obwohl auch die portugiesische Wirtschaft ihre Ausfuhr steigerte. Von 1960 bis 1970 vergrößerte sich der Export von 449,5 Millionen DM auf 973,9 Millionen DM. Entgegengesetzt konnte Portugal im gleichen Zeitraum seine Ausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland von 155,2 Millionen DM auf 370,2 Millionen DM auf mehr als das Doppelte steigern.²⁴² Das Außenhandelsdefizit Portugals gegenüber der Bundesrepublik Deutschland wuchs 1960 von 294,3 Millionen DM auf 603,7 Millionen DM 1970 und erhöhte sich dadurch ebenfalls um mehr als das Doppelte innerhalb von zehn Jahren, trotz der nach wie vor restriktiven Zollpolitik der Salazar-Regierung.

Tabelle 4: Die deutsch-portugiesische Wareneinfuhr 1960-1970 (Quelle: PA AA, B 26, Bd. 444)²⁴³

Entwicklung des deutsch-portugiesischen Warenverkehrs 1960-1970 in Mio. DM			
Jahr	Deutsche Einfuhr	Deutsche Ausfuhr	Saldo
1960	155,2	449,5	+ 294,3
1961	134,5	436,0	+ 301,5
1962	154,8	381,3	+ 226,5
1963	189,9	424,7	+ 234,8
1964	199,4	501,2	+ 301,8
1965	236,2	616,5	+ 380,3
1966	208,1	663,3	+ 455,2
1967	187,0	623,8	+ 436,8

²⁴¹ Fonseca (2007): A Força das Armas. Lisboa, S. 13.

²⁴² PA AA, B 26, Bd. 444. Portugal Januar 1969 – Dezember 1972 Abteilung I A 4.

²⁴³ In der Tabelle werden ausdrücklich nicht die portugiesisch-afrikanischen Gebiete betrachtet. Es handelt sich dabei explizit nur um das Mutterland und die Inseln.

1968	198,0	736,7	+ 538,7
1969	363,5	840,1	+ 476,6
1970	370,2	973,9	+ 603,7

Bereits 1961 hatte sich Salazar dazu entschieden, die Bundesrepublik Deutschland um Entwicklungshilfe für verschiedene Projekte zu bitten. Die Kosten für das Staudammprojekt in Alentejo mit allen Ausbaustufen zusammen beliefen sich auf insgesamt 250 Millionen DM. Portugal konnte dieses Projekt nicht allein finanzieren und suchte nach Geldgebern.²⁴⁴

Die deutsche Kapitalhilfe von 150 Millionen DM war ein Beitrag der Bundesrepublik Deutschland das portugiesische Defizit auszugleichen. Doch die Hilfe war in der Bundesrepublik Deutschland sehr umstritten. Jedoch nicht wegen des portugiesischen Kolonialkrieges, sondern weil Portugal sich selbst als Geberland einstuft und nicht als Empfänger von Entwicklungshilfe. Nach den Bestimmungen für die deutsche Entwicklungshilfe konnte deshalb Portugal eigentlich nicht für eine Hilfe infrage kommen. Sogar im Bundesgesetzblatt wurde Portugal eindeutig als Entwicklungsland eingestuft.²⁴⁵

Die Portugal-freundliche Lobby in der CDU machte die Hilfe möglich. Die Mittel für die Kapitalhilfe wurden von der *Deutschen Bank*, der *Dresdner Bank*, der *Commerzbank* und der *Bayerischen Vereinsbank* bereitgestellt.²⁴⁶

Die Kapitalhilfe für Portugal, die dort für die Infrastruktur eingesetzt wurde, um den Tourismus zu fördern und die Landwirtschaft im Süden des Landes in der Provinz Alentejo mithilfe einiger Staudämme zu verbessern, wurde international verurteilt. Im Jahr 1966 wurde zum zweiten und letzten Mal eine Kapitalhilfe für die Bauprojekte gewährt. Die 25 Millionen DM nutzte die portugiesische Regierung für eine weitere Bauphase. Diese Hilfe war in den zuständigen Ministerien der Bundesrepublik Deutschland umstritten. Der Beamte des AA, Dr. Harkort notierte im Mai 1966, als das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) die Kapitalhilfe für Portugal ersatzlos streichen wollte. „Die Förderung des Alentejo-Projektes würde außer zur wirtschaftlichen Entwicklung auch zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse Portugals beitragen.“²⁴⁷

²⁴⁴ PA AA, B 60, Bd. 427. Botschaft Lissabon am 23. März 1961.

²⁴⁵ PA AA, B 60, Bd. 537. Bundesgesetzblatt Nr. 318 1964. Neben Portugal wurden auch die NATO-Partner Spanien, Griechenland und die Türkei als Entwicklungsländer eingestuft.

²⁴⁶ PA AA, B 60, Bd. 427. Dr. Haas vom AA am 5. April 1961 an das Wirtschaftsministerium.

²⁴⁷ PA AA, B 26, Bd. 537. Abteilung 3 am 10. Mai 1966.

Am 2. Februar 1967 schrieb der portugiesische Botschafter Manuel Homem de Mello in einem Fernschreiben an das portugiesische Verteidigungsministerium, dass das AA eine Lösung für das Problem der Finanzierung des Alentejo-Projektes unbedingt finden wollte. Die Finanzierung sollte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)²⁴⁸ mit 25 Millionen DM übernehmen.²⁴⁹

Zu den auch in der Folge anhaltenden Streitigkeiten über Entwicklungshilfemaßnahmen für Portugal zwischen dem überwiegend konservativen AA und dem BMWi auf der einen, und dem liberalen BMZ auf der anderen Seite, vermerkte ein Beamter des AA im Jahr 1970.

„Hinter den Einwänden des BMZ steht erkennbar die Ablehnung der portugiesischen Regierungsform und Kolonialpolitik. Ein „gemüthliches Interesse“ daran, daß es in allen Ländern „nach Recht und Billigkeit hergehe“, ist jedoch nicht Gegenstand unserer Außenpolitik (Erlaß Bismarcks an das Generalkonsulat Sofia vom 16.10.1886).“²⁵⁰

Das Zitat versinnbildlicht den Konflikt zwischen den alten, überwiegend von Parteimitgliedern der CDU bestehenden Ministerien und dem neu geschaffenen BMZ, dass zu Anfang von der FDP und später von der SPD geführt wurde.

Die Bundesregierung blieb in beiden Fällen bei ihrer Entscheidung. Die Kapitalhilfe und die engen Wirtschaftsbeziehungen sollten nach Aussage der Pressesprecher der Bundesrepublik Deutschland langfristig dafür sorgen, dass Portugal sich in den Europäischen Wirtschaftsraum integrierte und seine afrikanischen Kolonien aufgab.

„Eine solche Wirtschaftshilfe würde zwar zur Stärkung Portugals und damit auch zur Stärkung der portugiesischen Position in Ultramar beitragen. Jedoch dürfte es einem wirtschaftlich und politisch gesundem Portugal leichter fallen, die Ultramar-Gebiete freizugeben: - Portugal hat in der Vergangenheit in seinen afrikanischen Besitzungen einen Rückhalt für seine Position in Europa gesehen; heute besteht portugiesische Besorgnis, eigene Identität bei engerer Verbindung mit Europa zu verlieren. Während die früheren Kolonialmächte England und Frankreich aufgrund vielfältiger Verbindungen auch nach der Gewährung der Unabhängigkeit in ihren früheren afrikanischen Gebieten Einfluß ausüben konnten, muß Portugal befürchten, bei Entlassung in die politische Unabhängigkeit alles zu verlieren.“²⁵¹

Kurzfristig sorgte dies aber für frei werdende Mittel, die der portugiesische Staat für seinen Verteidigungshaushalt dringend benötigte. Schroers sieht dies bereits als Beitrag zur Entlastung der portugiesischen Kriegsanstrengungen, obwohl die Kredite schon vor

²⁴⁸ Die KfW war 1948 als Körperschaft öffentlichen Rechts in Frankfurt am Main durch Bund und Länder gegründet worden und erweiterte ihr Aufgabenfeld seit dem 16. August 1961 auch auf Entwicklungsländer.

²⁴⁹ PEA M 606.

²⁵⁰ PA AA, B 60, Bd. 929. Vermerk des Beamten Humes im AA am 29. Juli 1970.

²⁵¹ PA AA, B 26, Bd. 444. Abteilung I B 3 am 19. Juli 1972. Informationsreise des Herrn VLR Maier-Oswald nach Angola und Mosambik.

Ausbruch des Kolonialkrieges in Angola zugesagt wurden. Da die Vergabe nicht gestoppt wurde, kann ihm in diesem Punkt zugestimmt werden.²⁵²

Die Argumentation des AA wurde allerdings dadurch aufgeweicht, dass die Bundesregierung einen Beitritt Portugals zur EWG ablehnte, eben wegen dessen Überseepolitik und des Kolonialkrieges. Während des Besuchs von Wirtschaftsminister Pinto in der Bundesrepublik Deutschland als Antwort auf den Besuch Erhards 1963 erklärte Staatssekretär (StSkr) Rolf Lahr, dass Portugal aus genau diesen Gründen kein Beitrittskandidat war.

„Der Fall Portugals ist namentlich deshalb nicht sonderlich geeignet, forciert zu werden, weil das ungeklärte Verhältnis Portugals zu seinen überseeischen Gebieten sowohl für Portugal selbst als für die Gemeinschaft einer Assoziierung erhebliche Schwierigkeiten in den Weg stellen wird.“²⁵³

Da die Bundesregierung keine Sanktionen erhob und selbst auch keine Veranlassung sah, ihre Beziehungen zu Portugal zu begrenzen, ja nicht mal zu überdenken, hatten deutsche Unternehmen nach wie vor freie Hand und konnten in Portugal und den Überseegebieten Gewinne erwirtschaften. In Portugal und seinen Überseegebieten zu investieren, war für deutsche Unternehmen immer noch attraktiv aufgrund der geringen Löhne²⁵⁴, der Stabilität und vor allem aufgrund der fehlenden Gewerkschaften und der unterdrückten Opposition.

Schroers berichtet von 34 privaten deutschen Unternehmen in Portugal bis 1969 darunter befanden sich *Siemens, AEG-Telefunken, Agfa-Gevaert, BASF, Bayer, Beiersdorf, C.H. Boehringer, Demag, Schering, Seidensticker, Mannesman, Klöckner-Deutz, Grundig, Hoechst, Kali-Chemie* und *VW*. Die privaten Investitionen kletterten von 1961 acht Millionen DM bis 1969 auf 68 Millionen DM und bis 1973 auf 198 Millionen DM.²⁵⁵

1.3 Von Salazar zu Marcello Caetano

Mit Marcello Caetano wurde 1968 ein enger Vertrauter Salazars als Ministerpräsident gewählt. Seine zunächst liberale Innenpolitik schien auch der Bundesregierung ein positives Signal für eine Veränderung in Portugal zu sein, jedoch blieben die Reformen aufgrund des Einflusses der Ultras in der Einheitspartei schon bald darauf auf der

²⁵² Schroers 1998, S. 84.

²⁵³ APAA Akten zur Auswärtigen Politik 1963. Bd. 1. Dok. 161. S. 517-518. 06.05.1963. Staatssekretär Rolf Lahr beim Besuch von Wirtschaftsminister Pinto 1963.

²⁵⁴ In Afrika wurden die Schwarzen als Kontraktarbeiter verpflichtet oder an Nachbarstaaten verliehen. Zeitgenössische Berichte prangerten die Verhältnisse sogar als Sklaverei an. Siehe beispielsweise Ferreira, Eduardo Sousa de (1975): *Estruturas de Dependencia. As Relacoes Economicas de Angola e Mocambique com a RFA*. Lisboa.

²⁵⁵ Schroers 1998, S. 85.

Strecke. Marcello Caetano hielt an dem Kurs Salazars, Portugal zwischen Skylla (Kapitalismus) und Charypdis (Kommunismus) hindurch zu schiffen, fest. Er erließ zwar einige Überseereformen, aber änderte de facto nichts an der außenpolitischen Konzeption. Der Kolonialkrieg in Afrika ging auch nach seinem Machtantritt weiter. In der Folge benannte das Marcello Caetano Regime den alten Sicherheitsdienst *Policia International e de Defesa do Estado (PIDE)*²⁵⁶ in *Direção-Geral de Segurança (DGS)*²⁵⁷ um. Diese Episode zeigt, dass Marcello Caetano das alte Regime lediglich mit einem neuen Anstrich versah und nicht von Grund auf veränderte. Da sich die UNO, aber auch die NATO-Partner darin getäuscht sahen, dass Portugal trotz des Regierungswechsels – nicht wie de Gaulle in Algerien zuvor - den Kolonialkrieg nicht beenden würde, nahm die Kritik an der portugiesischen Regierung zu.

Marcello Caetano wusste, dass er sich auf seinen NATO-Partner, anderes als auf die skandinavischen Staaten und die Niederlande verlassen konnte. Diese hatten in der UNO gegen Portugal votiert und Sanktionen erlassen, unterhielten Kontakte zu den Befreiungsbewegungen und unterstützten sie mit Geldern und ziviler Ausrüstung. Doch auch diese Beziehungen waren nicht frei von Widersprüchen, denn keine andere europäische Wirtschaft investierte so viel Geld in Portugal, wie die schwedische.²⁵⁸

Nicht nur wirtschaftlich, auch politisch blieb die Bundesregierung in der schweren Zeit ein treuer Freund Marcello Caetanos. Sie übte nicht einmal im Rahmen der regelmäßigen NATO-Treffen und -Besprechungen Kritik an der portugiesischen Kolonialpolitik.²⁵⁹ Die SPD jedoch begann getrennt von der offiziellen Regierungspolitik Kontakte zur portugiesischen Opposition aber auch zu den Befreiungsorganisationen in Afrika aufzubauen und im Hintergrund übten einzelne Minister erhebliche Kritik, auch in den Medien.²⁶⁰ Diese inoffiziellen Parteikontakte wurden auch nicht zur offiziellen Politik, als Willy Brandt 1969 zum Bundeskanzler gewählt wurde und mit der FDP allein regieren konnte. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil sich bis dahin die SPD mit ihrer Kritik an der Diktatur in Portugal nicht

²⁵⁶ Die PIDE wurde 1946 gegründet und löste die mit italienischer und deutscher Hilfe geschaffene PVDE (Polícia de Vigilância e Defesa do Estado) ab. Der Auftrag des Geheimdienstes war die Opposition zu unterdrücken und die Sicherheit des Regimes zu garantieren.

²⁵⁷ Im Jahr 1969 wurde die PIDE in den DGS umbenannt, außer der Namensgebung änderte sich an dem Auftrag der DGS jedoch nichts.

²⁵⁸ PA AA, Zwischenarchiv, 110243. Portugal Band 34 1975 – 1976.

²⁵⁹ Jedenfalls lässt sich dies in dem untersuchten Aktenmaterial nicht feststellen.

²⁶⁰ Dabei fällt besonders das Interview Erhard Epplers, Entwicklungsminister in der Süddeutschen Zeitung im Jahr 1973 anlässlich der Bekanntwerdung des Wirjamu Massakers ins Auge. PA AA Zwischenarchiv 102574. Den Portugiesen war Eppler bereits zuvor negativ aufgefallen. In einem Interview mit der Zeitschrift Christ und Welt hatte Eppler bereits im Dezember 1970 teils erheblich die Überseepolitik und den Kolonialkrieg Portugals kritisiert. PA AA B 26, Bd. 446.

zurückgehalten hatte und eine andere Afrikapolitik wollte, als die CDU sie bislang betrieben hatte.²⁶¹

1.3.1 Der Besuch Kiesingers 1968

Der Besuch Bundeskanzler Kiesingers 1968 muss unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, dass die Bundesregierung den Reformkurs Marcello Caetano stützen wollte. Schon Salazar hatte sich um einen Besuch Adenauers bemüht. Er war jedoch aufgrund der Notwendigkeit, einen Besuch in Portugal mit einem Besuch in Spanien zu verbinden, gescheitert. Nach den Wahlen 1969 und der Enttäuschung, dass der innenpolitische Reformkurs auf der Strecke blieb, wurde die vor den Wahlen zugelassene portugiesische Opposition wieder verboten. Die Hoffnung der Bundesregierung und der Weltöffentlichkeit, dass durch den Regierungswechsel von Salazar zu Marcello Caetano auch eine liberalere Politik gegenüber den portugiesischen Kolonien in Afrika möglich wäre, erfüllte sich in der Folge jedoch nicht.

Die Politik gegenüber Portugal veränderte sich nicht, die neue Bundesregierung legte sich lediglich eine gewisse Zurückhaltung auf und die bislang engen freundschaftlichen Kontakte zwischen portugiesischen Regimepolitikern und der Bundesregierung versandeten durch die Oppositionsrolle der CDU. Als ein erster Wendepunkt kann die politische Entscheidung des AA ab 1965 gewertet werden, keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete zu genehmigen und ganz Afrika südlich der Sahara zum Spannungsgebiet zu erklären.²⁶² Das AA war gegen eine Lieferung von Waffen und Munition jeglicher Art nach Afrika, weil alle afrikanischen Staaten südlich der Sahara als potenzielle Spannungsgebiete angesehen wurden. Anderes Material konnte aber bedenkenlos geliefert werden.²⁶³

Willy Brandt selbst widmete sich vor allem seiner Ostpolitik und der Deutschlandfrage. Für das kleine Portugal am Rande Europas blieb keine Zeit. Erschwert wurden die politischen Beziehungen durch die Enthüllungen des Spiegels 1968²⁶⁴, nach denen der seit 1966 in Portugal tätige Botschafter Dr. Herbert Müller-Roschach seinen Posten

²⁶¹ Vgl. Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 27 1.2.1961 Bauer, Helmut: Angola klopft an das Tor zur Freiheit - Aufschlussreicher Prozess in der portugiesischen Kolonie. Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 145 2.8.1963 Wischniewski, Jürgen: Afrikanisches Tagebuch (IV) : Die Situation in Portugiesisch-Guinea. Amilcar Cabral - zukünftiger Ministerpräsident? Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 209 30.10.1964 Simonitsch, Pierre: Am Kern vorbei: Portugal beantragt Untersuchung seiner Rassenpolitik durch das Internationale Arbeitsamt. Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 98 27.5.1969 Portugal steuert wieder harten Kurs: Die Ewiggestrigen formieren sich wieder.

²⁶² APAA 1965 Bd. I. Dok. 34 Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten Pauls vom 25.01.1965 S. 178-181 dt. Ausrüstungshilfe für Entwicklungsländer.

²⁶³ APAA 1972 Bd. I. Dok. 143. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden. S. 598.

²⁶⁴ Der Spiegel Nr. 30/1968. Aus der Erinnerung. Außerdem der Spiegel Nr. 51/1968 Böser Schein.

aufgeben musste. Dr. Müller-Roschach war im AA unter Ribbentrop mitverantwortlich für die Deportation von Juden gewesen und hatte an der Wannenseekonferenz teilgenommen. Er hatte 1955 in der Bundesrepublik Deutschland seine Identität und seinen Namen verändert, um so den Posten beim AA behalten zu können.²⁶⁵ Müller-Roschach ließ sich unfreiwillig in den Ruhestand versetzen, das Ermittlungsverfahren gegen ihn musste jedoch 1972 mangels Beweisen eingestellt werden.²⁶⁶

Die portugiesische Regierung setzte sich in der Folge für ihn ein, aber ohne Erfolg. Die braune Vergangenheit des Botschafters störte das Regime nicht, im Gegenteil, die Kommunikation fiel leichter, beide Seiten kannten sich schließlich von früher und teilten ähnliche ideologische Vorstellungen. Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Portugal standen - während der Regierung Marcello Caetano allgemein - unter keinem guten Stern.

Nachfolger wurde Dr. Hans Schmidt-Horix, der ebenfalls vorbelastet war, da auch er ein ehemaliges NSDAP-Mitglied und ein ehemaliger Ribbentrop-Beamter war.²⁶⁷ Der neue Botschafter traf mit seiner Frau 1970 erst verspätet in Portugal ein. Kaum in Portugal angekommen, beging er aus persönlichen Gründen mit seiner Frau im November Selbstmord. Beide Vorgänge legten die Tätigkeit der deutschen Botschaft in Lissabon Anfang der siebziger Jahre still. Die Entsendung von Botschafter Ehrenfried von Holleben ließ wegen dessen Entführung in Brasilien auf sich warten und erfolgte erst spät im Jahr 1971.²⁶⁸

Auch die politische Haltung der Bundesrepublik Deutschland, die neutral blieb, wurde immer wieder aus dem Ostblock und der blockfreien Welt angegriffen. Kritisiert wurde sie wegen der wirtschaftlichen Beziehungen zu Portugal. Vor allem an der Ausbeutung der Eisenmine Krupps²⁶⁹ in Angola und an dem Bau des Cabora Bassa Staudamms²⁷⁰ in Mosambik wurde international, aber auch im eigenen Land Kritik geübt. Sogar an der

²⁶⁵ AMNE PEA M 337. N° 332.30 Relacoes Politicas de Portugal com a Alemanha. Referencias ao Passado do Embaixador Alemão Müller-Roschach. Dr. Müller hatte den Nachnahmen seiner Ehefrau angenommen. Siehe auch Conze, Eckart; Frei, Norbert; Hayes, Peter, u.a. (2010): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im dritten Reich und in der Bundesrepublik. München, S. 665 und S. 672ff.

²⁶⁶ Ebd., S. 678.

²⁶⁷ Er hatte seine ersten Missionstätigkeiten in Afghanistan und im Irak hinter sich gebracht und sich in den Augen seiner Vorgesetzten rehabilitiert. Beide Länder sind ein Indiz dafür, dass seine Vergangenheit als NSDAP-Mitglied eine Verwendung auf einem wichtigen Posten von vornherein ausgeschlossen hatte.

²⁶⁸ Der Spiegel 17/1971 Gefahr von Rechts. S. 24. Seine späte Berufung auf den Posten des Botschafters erfolgte, weil er im Juni 1970 während seiner Tätigkeit als Botschafter in Rio de Janeiro für fünf Tage entführt wurde.

²⁶⁹ De Sousa Ferreira (1972): Estruturas de Dependencia. As Relacoes Economicas de Angola e Mocambique com a RFA. Lisboa, S. 34 – 35. Basierend auf Amilcar Cabral's Buch: Die Theorie als Waffe. Berlin 1968, S. 5.

²⁷⁰ Ebd., S. 33.

Universität Hamburg in persona Prof. Franz Ansprenger, Prof. Helmut Bley und Prof. Rainer Tetzlaff wurde Kritik an der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Portugal mit einem 1978 erschienenen Sammelband geübt.²⁷¹

Botschafter von Holleben notierte in seinem Jahresbericht 1971 zur Einstellung der portugiesischen Regierung gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. *„Dankbar hat man bisher unsere Zurückhaltung in allen Ultramar-Fragen bei öffentlichen Äusserungen begrüsst, obwohl man durchaus weiss, dass wir viele Aspekte der Afrikapolitik anders sehen als Portugal.“*²⁷²

Besuche von westdeutschen Ministern und politischen Persönlichkeiten fanden in Portugal nach 1968 kaum noch statt, es lässt sich daher durchaus von einer Verschlechterung des deutsch-portugiesischen Verhältnisses in dieser Zeit sprechen. Auch wenn die Bundesregierung sich weiterhin scheute, die von der UNO beschlossenen Sanktionen gegen Portugal durchzusetzen oder aber ihre Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu beschränken. Die einzig nennenswerte negative Folge für Portugal war die Streichung aus dem Förderkatalog der deutschen Gesellschaft für Entwicklungshilfe 1971.²⁷³ Damit war die Diskussion, ob Portugal für Entwicklungshilfemaßnahmen infrage kam, beendet. Willy Brandt - obwohl ein Gegner der Diktatur in Portugal - war der Ansicht, dass wirtschaftliche Sanktionen keinen Sinn hätten.²⁷⁴ Vor 1974 war Brandt nur ein einziges Mal 1969 für sechs Stunden während einer Reise nach Washington zu einem Gespräch mit Außenminister Franco Nogueira über die EWG und die EFTA in Portugal gewesen.²⁷⁵

1.3.2 Deutsche Wirtschaft und portugiesischer Liberalismus

Für die deutsche Wirtschaft war der Reformkurs Marcello Caetano ein Segen. Die bisherige Protektion der portugiesischen Regierung für die portugiesische Wirtschaft endete und sie öffnete sich mehr denn je für ausländische Unternehmen. Die Neuauslegung, Liberalisierung des portugiesischen Korporatismus ließ nun mehr ausländische Investitionen in Portugal und auf seinen Inseln sowie den Überseegebieten

²⁷¹ Bley, Helmut (1978): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik; [Memorandum deutscher Afrika-Wissenschaftler]. Reinbek bei Hamburg.

²⁷² PA AA, B 60, Bd. 785. Jahresbericht der Botschaft Lissabon 1971.

²⁷³ PA AA, B 60, Bd. 785. Jahresbericht der Botschaft Lissabon 1971.

²⁷⁴ Rother, Bernd; Schmidt, Wolfgang (2006): Über Europa hinaus Dritte Welt und Sozialistische Internationale. In: Grebing, Helga; Schöllgen, Gregor; Winkler, Heinrich August (Hg.): Willy Brandt. Berlin, Bd. 8.

²⁷⁵ Schroers 1998, S. 80–81.

zu. Auch politisch änderte sich zumindest in Portugal etwas. Marcello Caetano ließ sogar die Opposition zu den Wahlen zu.²⁷⁶

Bis 1965 waren lediglich die LKW-Hersteller *Klöckner-Deutz* und *Büssing* in Portugal tätig gewesen. Nahezu alle deutschen Automobilhersteller nutzten nun die Gelegenheit, um Niederlassungen zu gründen und in Portugal selbst zu produzieren. *Opel*, *Daimler*, *MAN* und *Henschel* produzierten nun alle in Portugal, um den Wünschen der portugiesischen Regierung nachzukommen und sich den Absatzmarkt Portugal weiter zu erschließen.²⁷⁷ Nach wie vor war die Einfuhr von PKW's und LKW's nach Portugal begrenzt und die Produktion für den kleinen portugiesischen Markt aufgrund der mangelhaften Infrastruktur und Planung zu teuer. Dennoch waren all diese Unternehmen, auch aufgrund des politischen Willens der Bundesregierung dort tätig geworden.

Neben den Automobil- und LKW-Herstellern, begann auch *Siemens* in Portugal zu investieren. Peter von Siemens weihte die *Companhia de Electricade SARL* in der Stadt Evora am 30. November 1971 sogar persönlich ein.²⁷⁸ In dieser kleinen Fabrik wurden 450 portugiesische Arbeitskräfte beschäftigt.²⁷⁹

Der Handel zwischen beiden Staaten war bis zum Ende der Diktatur 1974 weiterhin unausgeglichen, die Handelsbilanz Portugals blieb auch weiterhin negativ. Die Bundesrepublik Deutschland belegte weiterhin den ersten Platz als größter Importeur vor Großbritannien und den USA und blieb der drittgrößte Abnehmer für portugiesische Produkte hinter denselben Staaten.²⁸⁰

1.3.3 Die SPD und die portugiesische Opposition

Wichtigste Oppositionspartei in Portugal war damals die verbotene *Kommunistische Partei Portugals (KPP)*. Die Bundesrepublik Deutschland und auch die SPD hatten keine Kontakte zur KPP während des untersuchten Zeitraums. Das Hauptquartier war nach Prag verlegt worden, als sie in Portugal 1926 verboten wurde.²⁸¹ Die Kontakte der KPP zur KPdSU wurden 1947 wieder aufgenommen, nachdem sie 1938 aus der KOMINTERN ausgeschlossen worden war. Wichtigster Führer der KPP war

²⁷⁶ PA AA, B 26, Bd. 444. Am 25. Mai 1972 Botschaft Lissabon.

²⁷⁷ PA AA, B 60, Bd. 400. Abteilung III A 5.

²⁷⁸ Peter von Siemens wurde für seine Investitionen von Staatspräsident Admiral Americo Tomas selbst mit einem Orden ausgezeichnet.

²⁷⁹ PA AA, B 60, Bd. 784 A. Botschaft Lissabon am 30. November 1971.

²⁸⁰ PA AA, Zwischenarchiv 101.437. Portugal 1973 – 1974 Band 17.

²⁸¹ Erst nach der Nelkenrevolution wurde sie in Portugal wieder zugelassen.

Generalsekretär Alvaro Cunhal²⁸², der in Prag sein Exil nach einigen längeren Haftstrafen in den berüchtigten Gefängnissen der Geheimpolizei PIDE verbracht hatte.²⁸³

Kontakte zwischen der SPD und der portugiesischen Opposition gab es schon sehr früh, doch wurden sie erst intensiviert, nachdem Mario Soares 1969 nach Paris ins Exil geflüchtet war. Die Kontakte zur nicht-kommunistischen Opposition Portugals wurden von der SPD durch die politische Einrichtung der *Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)* des Referates Ibero-Lateinamerika aufgenommen. Wichtigster SPD-Politiker für die Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt war Hans Jürgen Wischnewski. Er betrieb im Auftrag von SPD und FES sozialpolitische Außenpolitik und erwarb sich in vielen Staaten auf den Kontinenten der Dritten Welt einen Namen.

Der Aussichtsreichste und bei den westeuropäischen Staaten bekannteste portugiesische Oppositionelle war der Anwalt Mario Soares.²⁸⁴ Als Sohn eines Politikers, der als Revolutionär bereits in den Wirren der ersten Republik die Interessen der Opposition vertrat, stand er bereits von Geburt an in dieser Tradition. Er war nicht nur seit den sechziger Jahren Mitglied in der demokratischen Opposition und stellte sich bei den Wahlen 1958, 1965 und 1969 gegen das Regime, sondern vertrat auch angeklagte Oppositionelle und ihre Interessen vor Gericht. Bekannt wurde er vor allem durch seine Tätigkeit als Anwalt der Familie des von der PIDE 1965 ermordeten Generals Humberto Delgado.²⁸⁵ Mario Soares war nach seiner Entlassung aus dem Exilgefängnis in São Tomé e Príncipe 1968 nach Lissabon zurückgekehrt und hatte sich von einem Parteienbündnis bei den Wahlen zur portugiesischen Nationalversammlung 1969 aufstellen lassen. Danach musste er über Rom nach Paris ins Exil gehen.

Nach Munoz entstanden die ersten Kontakte zwischen der FES und Mario Soares bereits im September 1966, als Mario Soares zusammen mit Francisco Ramos da Costa als Repräsentant der *Acção Socialista Portuguesa (ASP)* auf Willy Brandt traf, um erste

²⁸² Alvaro Cunhal (1913 -2005) war 1961 bis 1992 Vorsitzender der Portugiesischen Kommunistischen Partei.

²⁸³ PA AA B 26 Bd. 109, Bericht Dr. Schaffarczyk aus der Botschaft Lissabon am 8. Juni 1961 über die kommunistische Partei Portugals.

²⁸⁴ Von Mario Soares liegen zahlreiche aufschlussreiche Schriften zur Lage Portugals in den 70er Jahren vor. Vgl. Soares, Mário (1973): Portugal, Rechtsdiktatur zwischen Europa und Kolonialismus. Reinbek (bei Hamburg). Soares, Mario (1974): Amordação. Depoimento sobre os anos do fascismo. Lisboa. Soares, Mario (1974): Portugal, Democracy, Decolonization and the Atlantic Alliance. Lisboa. Soares, Mario (1975): Democratizacão e Descolonizacão. Dez meses no Governo Provisorio. Lisboa. Soares, Mario (1975): Escritos do Exilio. Amadora. Soares, Mario (1976): Liberdade para Portugal. Amadora. Soares, Mario (1976): Portugal: Que Revolucao? Dialogo com Dominique Pouchin. Lisboa. Soares, Mario (1977): Crise e Clarificacao. Lisboa.

²⁸⁵ Soares, Mario: Escritos do Exilio. Amadora 1975. Vorwort.

Gespräche zu führen und um Mittel für den Aufbau einer kleinen Infrastruktur zu erhalten.²⁸⁶

Die ersten Briefe tauschten Elke Esters, Leiter der FES, und Mario Soares aus, als er sich im Exil in Paris befand. Die FES half ihm nicht nur seine Doktorarbeit über die Geschichte Portugals im 19. und 20. Jahrhundert²⁸⁷ zu finanzieren, sondern lud ihn auch zu Konferenzen und Kongressen in Lateinamerika ein. Er erhielt mehrmals 5.000 DM durch Kuriere oder aber direkt von der FES auf sein Konto überwiesen.²⁸⁸ Eine Anstellung an einer deutschen Universität an einem Lehrstuhl für Jura oder Geschichte hatte er sich von der Bundesrepublik vergeblich gewünscht, denn die FES konnte ihm das nicht anbieten.²⁸⁹

Die FES unterstützte nicht nur die Familie Soares²⁹⁰, sondern auf sein Anraten auch eine ganze Reihe von portugiesischen Studenten und Jugendlichen, die sich in der Bundesrepublik aufhielten, um nicht den Militärdienst in Portugiesisch-Afrika leisten zu müssen. In mehreren Schreiben aus dem Jahr 1970 erinnerte er die Mitarbeiter der FES daran, dass die Stipendien möglichst eine lange Laufzeit haben sollten, um eine Rückkehr möglichst lange hinauszuzögern, dies sei auch der Vorschlag von Müller-Osten, einem Mitarbeiter der FES. Mario Soares zeigte sich sehr erfreut über das Engagement der FES und berichtete: „*Unsere jungen Stipendiaten zeigen sich sehr zufrieden mit ihrem Aufenthalt in Deutschland.*“ [Übersetzung des Verfassers]²⁹¹

Außerdem schlug er vor sozialistische Büros in der Bundesrepublik in großen Städten zu eröffnen, damit die portugiesischen Arbeiter im Exil eine Anlaufstelle hätten und vor

²⁸⁶ Sanchez, Antonio Munoz: La Socialdemocracia alemana y el Estado Novo (1961-1974). In: PORTUGUESE STUDIES REVIEW, Jg. 13 (2005), S. 484.

²⁸⁷ Soares, Mario (1974): Amordacao. Depoimento sobre os anos do fascismo. Lisboa.

²⁸⁸ AMS Doc. 0665.002 2-14. Auf der Lateinamerikareise konnte er Kontakte zu vielen, auch spanischen Oppositionellen und Sozialisten knüpfen.

²⁸⁹ AMS 0665.002 40. Einen festen Lehrstuhl konnte ihm auch die französische Regierung nicht ermöglichen, jedoch hatte er Lehrvertretungen an den Universitäten in Rennes und Paris-Sorbonne IV. inne. AMS 0665.002 54.

²⁹⁰ AMS 0665.002 65-66. Sein Sohn, João Barroso Soares, wurde ebenfalls von der FES unterstützt, allerdings konnte dieser auf Anraten seines Vaters das sechs Monate andauernde Auslandsstudium 1971 in der Bundesrepublik nicht antreten, weil er zuerst sein Examen in der Rechtswissenschaft ablegen sollte.

²⁹¹ AMS 0665.002 37. „Os nossos jovens bolseiros têm-se manifestado muito contentes com a estadia na Alemanha. Recentemente recebi de um deles (por via do Ramos da Costa) um pequeno relatório situação em que se encontram por serem lembrar, quando tratámos da vinda deles, posição na altura era de que isso não tinha razões por que os jovens querem vir para que implicavam longas estadias é justamente o senhor Mueller-Osten lhes propôs fazer uma situação deles até ao termo das bolsas que diligência, embora não me parece que surta afigura fundamental é que continem aí e lhes seja dada toda a protecção, afastado de vez o espectro de com regresso a Portugal que é o que eles mais temem.“

allem Deutschkurse besuchen könnten. Außerdem sollten sie dort bei Gelegenheit auch eine Schulung in sozialistischer Theorie erhalten.²⁹²

Der Höhepunkt der Unterstützung der SPD für die portugiesische Opposition war, dass Mario Soares mit einigen wenigen Auserwählten 1973 in Münstereifel dem Hauptquartier der FES die *Partido Socialista Português (PSP)* gründen konnte. Aus der ASP war nach langer Zeit und langem Exil der meisten seiner Mitglieder eine Partei entstanden.

„Am 19. April 1973, auf dem Kongress der Portugiesischen Sozialistischen Aktion, versammelten sich aus Gründen der Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland die Vertretern aus Portugal und ausdrücklich die Genossen aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden und der Schweiz: zum Wohl des Vaterlandes wurde durch die Anzahl der Versammelten die konkrete Anforderung und die Notwendigkeit gesehen, die derzeitige Struktur für die großen Aufgaben der Zukunft zu straffen und beschlossen die ASP in die Partido Socialista Portugal umzubenennen. Diese Resolution wurde mit 20 Stimmen zu 7 angenommen, es gab nur Uneinigkeiten in der Frage des Datums. Während der Abstimmung, jubelten alle Kongressabgeordneten, standen auf und befürworteten diese historische Entscheidung, die in wenigen Minuten niedergeschrieben und von den Anwesenden unterzeichnet wurde. Es unterschrieben 18 Teilnehmer mit Namen. Bad Münstereifel am 19. April 1973.“²⁹³

Von Münstereifel war Mario Soares am Vorabend der Nelkenrevolution, wohl wissend was sich in Lissabon ereignen würde, nach Paris und von dort mit Freunden nach Lissabon aufgebrochen.²⁹⁴

Peter Merseburger, Biograph von Willy Brandt, schrieb zur Rolle Willy Brandts bei der Etablierung demokratischer Verhältnisse in Portugal, „[...] zu seinen [Willy Brandts, Anmerkung des Verfassers] großen Verdiensten zählt zweifellos die Stützungsaktion für die portugiesischen Sozialisten Mitte der siebziger Jahre, die Portugal für das westliche Lager gerettet hat [...]“²⁹⁵

²⁹² AMS 0665.002 40.

²⁹³ AMS Doc. F 0022. „No dia dezanove de Abril de mil novecentos e setenta e três, o congresso da Acção Socialista Portuguesa reunido, por motivo de segurança na República Federal da Alemanha e constituído por representantes vindos expressamente de Portugal e dos Núcleos militantes da República Fédéral da Alemanha Bélgica, França, Inglaterra, Itália, Suécia e Suíça ponderando: os superiores interesses da Pátria a actual estrutura e dimensão do movimento as exigências concretas do presente e a necessidade de dinamizar os militantes para as grandes tarefas do futuro deliberou transformar o ASP em Partido Socialista. Esta resolução foi tomada por 20 votos a favor e 7 contra, estes com a declaração de que, embora de acordo com o princípio, apenas discordavam da oportunidade da data. Finda a votação, todos os congressistas aplaudiram, de pé, esta decisão histórica e deliberaram que dela se lavrasse a presente acta, que vai ser assinada pelos presentes. Eram 18 horas. Em Bad Münstereifel, aos 19. de Abril de 1973.“

²⁹⁴ PA AA, Zwischenarchiv 101436. Telegramm aus Lissabon vom 29. April 1974.

²⁹⁵ Merseburger, Peter (2002): Willy Brandt Visionär und Realist 1913-1992. München, S. 748.

Merseburger schreibt auch, dass Brandt Soares unterstützte, obwohl dieser seine Partei nicht mit sozialdemokratischen, sondern sozialistischen Ideen verbunden sah.

„Dieser Mario Soares, ein nach Frankreich geflüchteter Gegner der portugiesischen Diktatur, hatte seine Partido Socialista im April 1973 in Bad Münstereifel gegründet – mit kräftiger Unterstützung der SPD und der ihr nahestehenden Friedrich-Ebert-Stiftung, und dies, obschon das Selbstverständnis seiner Partei bei der Gründung eher als linkssozialistisch gelten musste.“²⁹⁶[...]

Noch am Abend vor der Revolution hatte er sich mit Willy Brandt besprochen und der FES berichtet, dass sich in Lissabon etwas ereignen würde.²⁹⁷ Mario Soares hielt sich zwischen dem 23. und 25. April 1974 in Bonn auf und erklärte den bundesrepublikanischen Politikern, dass das portugiesische Militär und die katholische Kirche nicht mehr gewillt waren, die Politik des Ministerpräsidenten Marcello Caetano weiter zu unterstützen.²⁹⁸ In einem Interview mit dem französischen Journalisten Dominique Pouchin erinnerte er sich, dass er am Vorabend der Revolution die führenden Politiker der SPD in Münstereifel gewarnt hatte, in Portugal läge etwas in der Luft.²⁹⁹ Die SPD-Politiker hatten ihm aber zunächst keinen Glauben geschenkt und wurden von den Ereignissen ebenso überrascht, wie die Bundesregierung.

Mario Soares Ziele und Forderungen an die Militärs vor dem Putsch waren die Beendigung des Kolonialkrieges in Afrika, die Wiederherstellung der Demokratie und die Aufhebung des korporatistischen Systems in dem die Gewerkschaften verbunden waren. Schon damals hatte Soares der SPD gegenüber seine Probleme mit General Spínola erläutert. Jedoch waren die SPD-Politiker skeptisch, denn sie kannten die portugiesischen Offiziere nicht und Mario Soares schien zwar von der Revolution, jedoch nicht über die Details der Agenda der *Bewegung der Streitkräfte* informiert gewesen zu sein.

²⁹⁶ Ebd., S. 748.

²⁹⁷ PA AA, Zwischenarchiv 101437. Aufzeichnung von Veronika Isenberg am 26. April 1974.

²⁹⁸ Er kündigte auch an, dass bei freien Wahlen in Portugal die Katholiken und die Sozialisten gewinnen würden. Außerdem klärte er die SPD-Politiker bei seinem Besuch darüber auf, dass eine grundlegende Änderung der Politik in Portugal durch vier Möglichkeiten erreicht werden konnte: Über eine Revolution eines Teiles der Armee, über die Mobilisierung der Massen, durch Streiks, Demonstrationen usw., durch terroristische Aktionen, die es bereits in den letzten Monaten gegeben hat, durch den politischen Kampf in den Wahlen und über die Wahlen zu den Vorständen der derzeitigen Staatsgewerkschaften. Von diesen vier Möglichkeiten hielt er die Revolution der Armee am wahrscheinlichsten. Allerdings würde ein solcher nur mit der Zustimmung und der Beteiligung der demokratischen Kräfte in Portugal zum Erfolg führen. Seine Partei lehnte terroristische Aktionen ab und beteiligte sich nicht daran, daher musste ein Putsch auch möglichst unblutig ausgeführt werden. In Portugal war es seit dem Machtwechsel von Salazar zu Caetano zur Bildung von verschiedenen politischen Bewegungen gekommen, die ihre Ziele mit terroristischen Mitteln verfolgten. Von diesen war eine maoistische Gruppierung die Gefährlichste, da sie mehrere Anschläge auf portugiesische Militäreinrichtungen verübte und auch keine Rücksicht auf Menschenleben nahm. Die demokratischen Kräfte um Mario Soares verurteilten diese Anschläge und distanzierten sich von den Zielen dieser Bewegungen.

²⁹⁹ Soares, Mario (1976): Portugal: Que Revolucao? Dialogo com Dominique Pouchin. Lisboa, S. 19f.

1.3.4 Die Nelkenrevolution und die Folgen

Die Revolution in Portugal am 25. April 1974 änderte die Lage vollständig. Der Sturz der Diktatur wurde von der Bundesregierung und vor allem von der SPD begrüßt. Das Engagement der SPD, vor allem Willy Brandts und der anderen beiden großen deutschen Parteien CDU/CSU und FDP für die Demokratie in Portugal in der Folge der Revolution vertieften die politischen Beziehungen beider Staaten.³⁰⁰

Die Stärke der PSP lag darin, dass sie Kontakt zu einer Vielzahl von jüngeren Offizieren hergestellt und einige Ministerien mit jüngeren Leuten unterwandert hatte. Außerdem kontrollierte sie die einzige Oppositionszeitung *República*, die aufgrund ihrer breiten Leserschaft weder von Salazar noch von seinem Nachfolger Caetano verboten werden konnte. Das Problem der PSP waren die Gewerkschaften, denn von 400 zugelassenen Gewerkschaften wurden bis auf 32 alle von der KPP kontrolliert. Er warnte eindringlich vor dem Einfluss der Kommunisten in Portugal und bat bereits hier um Unterstützung bei deren Bekämpfung.

Auch nach der Nelkenrevolution wurde der Kontakt zwischen der SPD-Führung und Mario Soares intensiviert. Bereits am 3. Mai besuchte er Brandt in Bonn, nachdem er vorher in Brüssel und London für den Revolutionsrat und die Demokratie in Portugal geworben hatte. Soares informierte Brandt über seine Besprechungen mit Agostinho Neto, dem Führer der MPLA³⁰¹, den er aus der gemeinsamen Haftzeit auf der Insel São Tomé e Príncipe gut kannte. Ebenso hatte er Kontakt mit dem Präsidenten des Senegals, Léopold Sedar Senghor, hergestellt, der bei den Verhandlungen über die Unabhängigkeit Angolas vermitteln sollte. Was er vor allem von Willy Brandt wollte, war Geld und die internationale Unterstützung der Sozialdemokratie, besonders aus der Bundesrepublik. Von dieser erhoffte sich Portugal besonders Unterstützung, gerade weil der Kontakt zwischen Soares und Brandt sehr eng war. Mario Soares legte gegenüber der Bundesregierung die Lage in Portugal folgendermaßen dar:

„Er sei hier mit Kenntnis von General Spínola. Dieser hätte ihn gern als seinen Sonderbotschafter zu den anderen Ländern geschickt, er habe ihm aber gesagt, er könne nur als Vorsitzender der Sozialistischen Partei Portugals (PSP) reisen. Er und seine Partei unterstützen jedoch General Spínola. Im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche werde eine Zivilregierung eingesetzt.“

³⁰⁰ In Vorbereitung Dissertation von: Fonseca, Ana Monica: *É preciso regar os cravos! A Social-democracia alemã e a transição para a democracia em Portugal (1974-1976)*. Lisboa.

³⁰¹ Vgl. Barradas, Acácio (2005): *Agostinho Neto. Uma vida sem tréguas 1922-1979*; edição alusiva ao 25. aniversário da morte do fundador da nação angolana e ao 30. aniversário da independência de Angola. Lisboa. Siehe auch das eigene Werk von Neto, Agostinho (1974): *Qual e o Inimigo? Qual e o nosso objectivo?* Lisboa.

Mario Soares wurde nach eigener Einschätzung und der Einschätzung des AA von General Spinola zunehmend als Marionette benutzt, um die Kontakte zu den westeuropäischen Staaten herzustellen und vor allem Gelder für das durch den Krieg hoch verschuldete Land zu erwerben. Die Bundesregierung gewährte Mario Soares die von ihm gesuchte Unterstützung, weil sie wusste, dass bei demokratischen Wahlen seine Partei als führende Kraft hervortreten würde.

„In Portugal gebe es nur zwei organisierte Parteien, die Sozialisten und die KP. Von Anfang an habe seine Partei die Bedingung gestellt, dass die KP auch Regierungsverantwortung übernehmen müsse. Der Grund dafür sei, dass diese provisorische Regierung nicht aus demokratischen Wahlen hervorgehe, sondern von der Junta ernannt werde.“

Auch das AA sah diese Politik als richtig an und unterstützte Mario Soares bei der Herstellung von Kontakten in der Bundesrepublik Deutschland.

„Es solle eine Regierung der nationalen Rettung sein, keine Volksfrontregierung. Alle politischen Kräfte von den demokratischen Konservativen, Christdemokraten, Liberalen, Sozialisten und Kommunisten sollen darin vertreten sein. Wenn diese Regierung scheitere, sollen die Kommunisten für das Scheitern mit die Verantwortung tragen. Wenn sie Erfolg habe, sollen sie ihren Teil Erfolg haben. Es wäre jedoch für die PSP nicht tragbar, wenn sie von einer kommunistischen Partei, die außerhalb der Regierung stünde, angegriffen werden würde.“³⁰²

Die Unterstützung für die PSP hörte auch nach der Nelkenrevolution 1974 nicht auf. Im Gegenteil, Brandt setzte alles daran die PSP in ihrem Kampf um eine Demokratisierung des Landes nach Kräften zu unterstützen. Brandt war es, der US-Außenminister Henry Kissinger aufsuchte und für die Demokratie in Portugal warb. Merseburger schreibt aus den Memoiren Brandts, dass die US-Regierung unter Johnson bereits die Weichen gestellt hatte, um in Portugal notfalls auch militärisch einzugreifen. Und auch Kissinger war fest entschlossen, US-Marines in Marsch zu setzen, wenn sich die Lage in Portugal nicht stabilisieren sollte und die Machtergreifung der Kommunisten zu befürchten stand.

„Weil die sozialrevolutionären Offiziere der Militärjunta in Lissabon immer enger mit der gut organisierten Kommunistischen Partei Alvaro Cunhals zusammenarbeiteten, geisterte durch amerikanische Zeitungen bereits die düstere Vision von einer ersten Volksdemokratie in Westeuropa, welche die portugiesischen NATO Stützpunkte im Atlantik den Amerikanern aufkündigte und den Sowjets zur Verfügung stellte. Daß die portugiesischen Kommunisten ihre Einsatzbefehle direkt aus Moskau erhielten, daran zweifelten selbst Amerika-kritische Beobachter der damaligen Szene nicht. [...] Weder Kissinger

³⁰² PA AA, Zwischenarchiv 101437. Aufzeichnung vom 3. Mai 1974 Bonn Bundeskanzleramt VLR Dr. Schilling.

noch sein Präsident Gerald Ford dementierten deshalb Berichte, dass die USA eine bewaffnete Intervention ihrer marines in Portugal vorbereiteten.“ [...] ³⁰³
In der Folge blieb das Verhältnis zwischen den beiden Politikern freundschaftlich. Merseburger schreibt über das persönliche Verhältnis zwischen Brandt und Soares, dass „Soares der letzte ausländische Besucher [war], den Willy Brandt noch als Kanzler, am 3. Mai 1974, empfing.“ Von 1974 bis 1976 herrschte in Portugal durch die offensive Politik der KPP Chaos und Anarchie. Die PSP war der Rettungsanker der Demokratie in diesem Zeitraum und blieb es auch bis 1978 hinein, als die KPP aus der Regierungsverantwortung verschwand und ihren Einfluss unter den Arbeitern der portugiesischen Vorstädte verlor.

In den beiden chaotischen Jahren 1974 und 1976 war es immer wieder Willy Brandt, der sich für Portugal engagierte. Merseburger schreibt über das Engagement Brandts in dieser Zeit:

„Es ist Willy Brandt, der im Herbst 1974 zum ersten Kongreß der Partido Socialista nach Lissabon reist und ihr, mit dem ganzen Prestige, über das er im Ausland verfügt, in ihrer Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu Hilfe eilt. Es ist Willy Brandt, der bei einem Besuch in Mittelamerika im März 1975 die Präsidenten Pérez von Venezuela und Echeverría von Mexiko dazu bewegt, sich an Breschnew zu wenden, um ihn davon abzuhalten, auf der iberischen Halbinsel Fuß zu fassen. Es ist Willy Brandt, der im Frühsommer auf Einladung Breschnews nach Moskau reist, einen Brief von Mario Soares überbringt und den Kremlchef vor einer verhängnisvollen Fehleinschätzung der Lage im europäischen Süden warnt. Und es ist schließlich Brandt, auf dessen Anregung die Stockholmer Konferenz sozialdemokratischer Parteiführer und Regierungschefs im Sommer 1975 ein Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Portugal gründet – ein internationale Absicherung, ohne die der kommunistische Putschversuch im November 1975 nicht so leicht verpufft wäre.“ ³⁰⁴

Die SPD, aber auch die anderen großen Parteien der Bundesrepublik Deutschland CDU, CSU und FDP sorgten dafür, dass die ideologischen Schwesterparteien in Portugal umfassende Hilfe bekamen. ³⁰⁵ Sie erhielten jedoch nicht nur mit Auftritten im Ausland bekannter und anerkannter Politiker, sondern auch mit finanziellen Zuwendungen Unterstützung.

„Operation Polyp hieß jene Aktion, die nicht zuletzt auf seinen Vorschlag vom Bundesnachrichtendienst organisiert wurde und an der schließlich alle demokratischen Parteien beteiligt waren: Koffer voll Geld wurden aus Pullach ins Kanzleramt gebracht und dort verteilt. [...] Über camouflierte Konten oder

³⁰³ Merseburger 2002, S. 750.

³⁰⁴ Ebd., S. 750.

³⁰⁵ Siehe hierzu: Stenger, Matthias (2011): Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Maastricht (1974 bis 1992). Tübingen.

direkt, in dicken Couverts im Reisegepäck, wurden die Gelder dann an die jeweiligen Schwesterparteien in Portugal und Spanien weitergeleitet.³⁰⁶ Wie bereits während des Algerienkrieges, als Wischnewski noch persönlich Geldkoffer für die algerischen Freiheitskämpfer der *Front Nationale de Libération d'Algérie* (FNLA) von der Bundesrepublik Deutschland nach Frankreich und zurücktransportierte, wurde diese Art der Unterstützung über Jahre hin fortgesetzt.³⁰⁷ Merseburger bemerkte dazu: „*Er sei noch heute Stolz, so Brandt 1989, dass unter seiner Führung die SPD den iberischen Sozialdemokraten auf die Beine geholfen hat, denn an einem Überangebot an europäischer Solidarität habe das 20. Jahrhundert wahrhaftig nicht gelitten.*“³⁰⁸

Und auch Soares wusste diese Unterstützung zu würdigen, „*Soares [weiß], was er dem Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten verdankt, beider Verhältnis ist eng [...].*“³⁰⁹

Aufgrund der umfassenden Unterstützung der Parteien und vor allem der SPD, gelang es der PSP und der anderen demokratischen Parteien die Lage in Portugal zu stabilisieren. Unterstützung erhielt Portugal auch wirtschaftlich durch die Bundesregierung. Sie vergab ab 1974 Entwicklungshilfe³¹⁰ an Portugal, weil sich der NATO-Partner nun von seinen afrikanischen Kolonien getrennt hatte (Vgl. Tabelle 5).³¹¹

³⁰⁶ Ebd., S. 750.

³⁰⁷ Leggewie, Claus (1984): Kofferträger. Das Algerienprojekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin.

³⁰⁸ Ebd., S. 749.

³⁰⁹ Ebd., S. 750. Offen ist bis heute, ob die USA nicht auch ihre Gelder über die Konten der deutschen Parteien gelenkt hat.

³¹⁰ Dies muss hier als bilaterale Wirtschaftshilfe verstanden werden. Da Portugal sich nach der Nelkenrevolution von seinen Kolonien verabschiedete, konnte es als Empfänger für Entwicklungshilfe anerkannt werden. Denn Portugal war nach wie vor wirtschaftlich schwach und die Bundesregierung versuchte die demokratischen Kräfte zu unterstützen.

³¹¹ PA AA, Zwischenarchiv 110255. Deutsch-portugiesische Verträge auf dem Verteidigungssektor, Basis Beja, Verteidigungspolitik 1977-1978. Band 44. Referat 203 360 PTG.

Tabelle 5: Deutscher Anteil an der internationalen Zahlungsbilanzhilfe in Portugal 1975 bis 1977 (Quelle: PA AA Zwischenarchiv 110255)

Zahlungsbilanzhilfe	Gesamt	Deutscher Anteil
Kreditlinie der BIZ ³¹² vom Mai 1975 mit Ausfallhaftung von europäischen Notenbanken	250 Mio. \$	25 Mio. \$
Bilateraler goldgesicherter Kredit der Bundesbank Febr. 1976	250 Mio. \$	250 Mio. \$
Kreditlinie von 8 europäischen Notenbanken, 1976	250 Mio. \$	75 Mio. \$
Stand-by Kreditlinie der BIZ mit Ausfallhaftung von europäischen Notenbanken, März 1976	250 Mio. \$	25 Mio. \$
Stand-by Kreditlinie der BIZ mit Ausfallhaftung von europäischen Notenbanken, Febr. 77	100 Mio. \$	25 Mio. \$
Stand-by Kreditlinie der BIZ mit Ausfallhaftung von europäischen Notenbanken, Juli 77	100 Mio. \$	Unbekannt
	1,2 Mrd.	~ 400 Mio. \$

Die privaten Direktinvestitionen beliefen sich laut den Aufzeichnungen des AA bis Ende 1976 auf insgesamt 416,1 Millionen DM. Die Entwicklungshilfe gliederte sich in Kapitalhilfe und Technische Hilfe. Die Bundesregierung stellte seit 1962 für Portugal Kredite für Investitionen zur Verfügung, obwohl Portugal sich selbst in Europa bis 1974 als Geberland einstufte, weil es selbst Entwicklungshilfe in seinen Kolonien leistete (Vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Finanz- und Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland für Portugal 1962 – 1977 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 110255)

Finanz- und Entwicklungshilfe	Jahr	Kredit in DM
Kapitalhilfe	1962-1968	175 Mio. DM
Technische Hilfe	1962-1968	2,9 Mio. DM
Kapitalhilfe	1975-1976	140 Mio. DM
Technische Hilfe	1975-1976	1,5 Mio. DM
Kapitalhilfe	1977	70 Mio. DM
Technische Hilfe	1977	4 Mio. DM
Gesamt	1962-1977	393,4 Mio. DM

Aus der Tabelle lässt sich ablesen, dass zwischen 1968 und 1975 keine Hilfen an Portugal vergeben wurden. Durch Ausfuhrbürgschaften und Ausfuhrgarantien wurden zusätzlich Geschäfte bis zu fünf Millionen DM gedeckt. Aus den Gesamtoptionen der Bundesrepublik Deutschland ergeben sich bis zum März 1977 1,2 Milliarden DM. Außerdem wurden Kosten für Lieferungen zum Bau eines Kernkraftwerks im Wert von 570 Millionen DM abgedeckt. Ein multilateraler Zahlungsbilanzkredit sollte Portugal zunächst gewährt werden, die portugiesische Regierung erhielt dadurch 750 Millionen

³¹² Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

US-Dollar. Die Bundesrepublik übernahm davon einen Anteil von 200 Millionen US-Dollar.³¹³

1.4 Zusammenfassung

Die politischen und wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Portugal auf europäischer Ebene lassen sich in drei Phasen einteilen. Die erste Phase ist gekennzeichnet durch den Willen, vor allem Portugals von dem wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik zu profitieren und die alten Bindungen auch mit der neuen Regierung zu festigen. Die Bundesregierung leitete zunächst vor allem wirtschaftliche Interessen. Da die politische Bedeutung Portugals aus Sicht von Kanzleramt und AA nicht größer war, als die von Spanien, wurden die Beziehungen zu beiden Staaten stiefmütterlich behandelt.³¹⁴ Dennoch war die Westintegration der Bundesrepublik das wichtigste Argument für die Intensivierung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Portugal, obwohl ähnlich Spanien, ein autoritäres Minderheitsregime die Regierung stellte. Zunächst wurde die Tätigkeit der Botschaft auf die Etablierung von wirtschaftlichen Beziehungen ausgerichtet.

Die politischen Beziehungen bis 1960 gestalteten sich zwiespältig: Der Wunsch nach bilateralen Beziehungen sowohl politisch als auch wirtschaftlich ging von Portugal aus und nicht von der Bundesrepublik Deutschland. Sie wurden auf Verbindungen aufgebaut, die bis in die vierziger Jahre und weiter zurückreichten und ungebrochen fortbestanden. Dabei sollte sich zeigen, dass dies in der Wirtschaft von größerer Bedeutung war als in der Politik.

Die politischen und kulturellen Beziehungen Portugals zu anderen Staaten wie Spanien³¹⁵, Brasilien, Großbritannien³¹⁶ und Frankreich³¹⁷ waren zu diesem Zeitpunkt deutlich intensiver. Die Bundesrepublik Deutschland schloss nur wenige Abkommen und Verträge mit Portugal. Deren Bedeutung war vor allem für die Handelstätigkeiten privater Personen von entscheidender Bedeutung, nicht jedoch für die Bundesregierung und die Gesamtwirtschaft. Die wirtschaftliche Entwicklung Portugals war zu einem guten Teil politisch motiviert, fast schon planwirtschaftlich organisiert. Die Entscheidung eine eigene Stahlindustrie und eine Automobilindustrie zu errichten

³¹³ PA AA, Zwischenarchiv 110255. Deutsch-portugiesische Verträge auf dem Verteidigungssektor, Basis Beja, Verteidigungspolitik 1977-1978. Band 44. Referat 203 360 PTG.

³¹⁴ Aschman, 1999.

³¹⁵ Vgl. Miguel, Mário Firmino (1979): Portugal, a Espanha e a NATO. Lisboa.

³¹⁶ Vgl. Oliveira, 2007.

³¹⁷ Vgl. Marcos, Daniel da Silva Costa (2007): Salazar e de Gaulle. A Franca e a questão colonial portuguesa, (1958 - 1968). Coimbra.

waren von hoher politischer Bedeutung. Die europäischen Staaten halfen mit, den NATO-Partner wirtschaftlich zu entwickeln und das Land bei seinen Entwicklungsplänen zu unterstützen. An erster Stelle stand vor allem die Bundesrepublik Deutschland, deren Unternehmen ihre Erfahrungen und ihr Wissen den Portugiesen zur Verfügung stellten. Dadurch nahm auch die Beliebtheit von westdeutschen Produkten zu. Die westdeutsche Wirtschaft wurde in den 50er Jahren vom zweitwichtigsten zum wichtigsten Handelspartner Portugals. Mithilfe der westdeutschen Wirtschaft wurde die Infrastruktur modernisiert. In den Wirtschaftsbeziehungen kehrte sich das Interesse um. Die Organisation und die Initiative gingen mehr von der Bundesregierung und ihren Wirtschaftskreisen aus.

Die zweite Phase der politischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten stand mehr im Fokus der europäischen Zusammenarbeit. Die wirtschaftlichen Beziehungen waren etabliert, die Bundesrepublik Deutschland Handelspartner Nummer eins und politisch wurde die Unterstützung für das Regime größer. Vor allem nach dem Beginn des Kolonialkrieges in Angola 1961 wurden die politischen Beziehungen enger. Portugal drängte in die EWG, doch Belgien und andere wollten weder die Diktatur in Spanien noch die Diktatur in Portugal aufnehmen, auch wenn die Bundesrepublik in ihrer Strategie der Westintegration auf die Aufnahme der Iberischen Halbinsel setzte. Außerdem spielten starke wirtschaftliche Gründe eine Rolle. Die Volkswirtschaften der beiden Staaten sollten sich erst weiter entwickeln, bevor sie an den europäischen Wirtschaftsraum angeschlossen werden konnten.

Auf bilateraler Ebene begannen sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu intensivieren, der Besuch von Wirtschaftsminister Erhard ist hierfür ein erster, der Besuch von Außenminister Schröder ein zweiter Beleg. Die Bundesrepublik war nicht der einzige Staat und die deutsche Wirtschaft nicht der einzige Interessent, der sich für die sich langsam nach Fünfjahresplänen entwickelnde portugiesische Wirtschaft einsetzte und das Salazar-Regime am Leben erhielt. Doch kamen die Entwicklungshilfe und die Besuche gerade zur rechten Zeit. Der Kolonialkrieg in Angola schien demnach ein Auslöser dieser Unterstützung für den NATO-Partner durch die Bundesrepublik und ihre konservative politische Führung zu sein. Die Hilfe wurde gewährt, auch wenn die SPD sich stellvertretend für die politische Opposition und Portugalkritiker in der Bundesrepublik Deutschland dagegen aussprach.

Mit dem Regierungswechsel 1969 in beiden Staaten änderte sich an der Grundhaltung der Bundesrepublik offiziell nichts, doch trotzdem markieren sie die dritte Phase. Die

deutsche Wirtschaft war nach wie vor an guten Beziehungen zu Portugal interessiert und auch die Bundesregierung unter Willy Brandt hielt sich mit direkten Verurteilungen zurück. Die direkte Beteiligung der deutschen Wirtschaft an Projekten in Cassinga, Angola und Cabora Bassa, Mosambik schadete dem Ansehen der Bundesrepublik genauso, wie die nach dem Beitritt zur UNO 1973 verhaltene Politik gegenüber der portugiesischen Kolonialpolitik in Afrika. Wenn die SPD durch ihre politische Stiftung die portugiesische Opposition unterstützte, waren diese Kontakte doch spät ab 1966 hergestellt worden und bewegten sich auf einem schmalen Grad, ehe sie nach 1970 intensiviert wurden. Die Militärrevolution 1974 in Portugal nahm die Bundesrepublik international aus der Schusslinie, die sich nun mit dem zurückgetretenen Bundeskanzler Brandt auf der Ebene der Parteien in besonderem Maße in Portugal engagierte und die neu gewonnene Demokratie gegenüber dem aufkeimenden Kommunismus maßgeblich unterstützte.

2 Militärische Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal

Die militärischen Beziehungen nahmen in dem untersuchten Zeitraum den größten Raum in den bilateralen Beziehungen ein. Sie prägten nicht nur die deutsch-portugiesischen Beziehungen, sondern hatten auch weitreichende Auswirkungen. Eine wissenschaftliche Definition, was die Militärgeschichte ausmacht, leisteten 1998 Thomas Kühne und Benjamin Ziemann: „Militärgeschichte ist [...] die Geschichte der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Kriegen. Dies ist ein im Kern politischer Prozess, an den sich aber soziale Bedingungen und Folgen anlagern.“³¹⁸ Diese aufgreifend werden die militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal im folgenden Abschnitt auch nicht losgelöst von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen betrachtet.

Portugal war nur einer von mehreren NATO-Partnern und Staaten, mit denen die Bundesrepublik militärische Beziehungen pflegte. Aufgrund der Vergleichbarkeit und der Einordnung der militärischen Beziehungen im Vergleich zu anderen NATO-Staaten wie Griechenland, Spanien oder der Türkei sei hier auf eine Reihe von Sekundärliteraturen und eine kurze Einführung verwiesen.³¹⁹

Die Bundesrepublik Deutschland vergab die sogenannte Verteidigungshilfe im Rahmen der NATO an Griechenland. Erstmals wurde sie 1963 im Umfang von 32 Millionen DM gewährt. Die Bundeswehr lieferte das von der griechischen Regierung angeforderte Material nach Inkrafttreten des Vertrags 1964. Eine weitere Verteidigungshilfe im Umfang von 36 Millionen DM, davon 20 Millionen DM auf bilateraler Ebene, wurde im Jahr 1964 geleistet.³²⁰ Mit einer weiteren Verteidigungshilfe 1967 im Umfang von

³¹⁸ Kühne, Thomas; Ziemann, Benjamin (2000): Was ist Militärgeschichte? Paderborn, München, Wien und Zürich. Bd. 6, S. 36.

³¹⁹ Für Griechenland siehe Apostolopoulos, Dimitrios K. (2004): Die griechisch-deutschen Nachkriegsbeziehungen. Historische Hypothek und moralischer Kredit ; die bilateralen politischen und ökonomischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums 1958 - 1967. Zugl.: Berlin, Techn. Univ., Diss., 2004. Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Lang (Europäische Hochschulschriften, 997). Außerdem siehe auch Yfantis, Monika (1999): Die deutsch-griechischen Beziehungen 1949 - 1955. Wiederannäherung im Zeichen alter Traditionen und neuer Gemeinsamkeiten. Düsseldorf, Univ., Diss., 1999. Für Spanien siehe: Aschmann, Birgit (1999): Treue Freunde...? Westdeutschland und Spanien 1945 - 1963. Stuttgart. Dazu siehe auch Collado Seidel, Carlos (1991): Die deutsch-spanischen Beziehungen in der Nachkriegszeit. Das Projekt deutscher Militärstützpunkte in Spanien 1960. Stuttgart. (Historische Mitteilungen : Beiheft). Zur Türkei siehe Özren, Can (1999): Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei (1945-1963). Politische und ökonomische Interessen im Zeichen der deutschen Teilung. Zugl.: Hamburg, Univ., veränd. Diss., 1998. Münster, Hamburg, London: Lit (Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas, 5).

³²⁰ Apostolopoulos (2004), S. 310.

33 Millionen DM wurde auch erstmals veraltetes Bundeswehrmaterial an die griechische Armee geliefert. Insgesamt leistete die Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1963 bis 1968 eine Verteidigungshilfe im Umfang von 101 Millionen DM an Griechenland.³²¹ Für die Türkei lassen sich keine Lieferungen von Verteidigungshilfe in der Sekundärliteratur ausmachen.³²² Apostolopoulos gibt an, dass die Verteidigungshilfe, die die Türkei von der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1963 und 1968 erhielt, etwa im Verhältnis 3:1 im Vergleich zu Griechenland stand.³²³ Die Investitionen des BMVg waren vermutlich vergleichbar mit beispielsweise denen in Spanien³²⁴.

2.1 Anfänge der militärischen Beziehungen

Die Anfänge der militärischen Beziehungen beider Staaten lassen sich bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg verfolgen, als Salazar 1926 begann, seine Diktatur in Portugal zu errichten. Hatte Portugal während des Ersten Weltkrieges noch auf der Seite der Alliierten gekämpft, so war es während des Zweiten Weltkrieges neutral geblieben. In der Zwischenkriegszeit gab es keinerlei militärische Beziehungen zwischen der Weimarer und der Portugiesischen Republik.³²⁵ Die militärischen Beziehungen wurden dennoch während der gesamten Dauer des Bestandes des Dritten Reiches aufrechterhalten. Eine Darstellung zu den militärischen Beziehungen zwischen Portugal und dem Dritten Reich, die sich auf diese Kooperation konzentriert, gibt es bisher nicht. Sie werden in die politischen Beziehungen subsumiert, zu denen es einige gute portugiesische Darstellungen gibt.³²⁶

2.1.1 Militärische Zusammenarbeit während des Zweiten Weltkrieges

Portugal blieb während des Zweiten Weltkrieges zwar wie bereits festgestellt und von den portugiesischen Historikern betont neutral³²⁷, unterhielt aber dennoch beste

³²¹ Ebd., S. 311.

³²² Özren (1999), ein Kapitel über die Militärische Zusammenarbeit enthält die Arbeit nicht, die Untersuchung von Özren bezieht sich lediglich auf die politisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine Arbeit, die sich dezidiert mit der militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auseinandersetzt, gibt es bislang nicht.

³²³ Apostolopoulos (2004), S. 311.

³²⁴ Zu diesem Thema gibt es bislang nur die beiden bereits erwähnten Studien von Aschmann, Birgit (1999) und Collado Seidel, Carlos (1991). Vergleichbare Werke wie die zu den anderen beiden südeuropäischen Staaten vorgestellten Studien gibt es bislang nicht.

³²⁵ Eine Arbeit, die die Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und Portugal untersucht, liegt bislang nicht vor. Bisherige Untersuchungen zu späteren Zeiträumen lassen den Schluß zu, dass es keinerlei militärische Zusammenarbeit während dieser Zeit gab.

³²⁶ Die militärischen Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und Portugal sind bereits Bestandteil einiger bereits eingeführter Gesamtdarstellungen von Louça und Telo.

³²⁷ Louçã (2005): *Conspiradores e traficantes. Portugal no tráfico de armas e de divisas nos anos do nazismo, (1933 - 1945)*. 1. ed.

wirtschaftliche Beziehungen und politische Kontakte zum Dritten Reich. Ähnlich verhielt es sich auch auf der militärischen Ebene. Die Angst vor dem Kommunismus und die ständige Gefahr vielleicht doch noch in den Krieg hineingezogen zu werden, waren die Gründe, warum Portugal auch militärisch mit beiden Seiten zusammenarbeitete und mit Waffen beliefert wurde.³²⁸

Aufgrund des Vertrages von Versailles gründeten die deutsche Firma Krupp und die schwedische Firma Bofors in den zwanziger Jahren eine Tochterfirma in Schweden.³²⁹

Die Firma Krupp umging die Versailler Verträge, indem sie Waffen in Schweden produzieren und erproben lies.³³⁰ Neben der Firma Krupp war die Firma Rheinmetall vor allem an der Produktion von Infanteriewaffen beteiligt.³³¹ Beide Firmen exportierten während des Krieges laufend Infanteriewaffen für mehrere Millionen Reichsmark (RM) nach Portugal.

Für den Spanischen Bürgerkrieg, in den auch portugiesische Truppen aufseiten Francos involviert waren, bot der Gesandte Baron von Hoyningen-Huene 1936 der portugiesischen Regierung deutsche Waffen an.³³² Salazar ließ sich auf dieses Geschäft ein und Portugal kaufte von Deutschland 1936 zehn Flugzeuge vom Typ „Kamerun“.³³³ Außerdem wurden Flugabwehrkanonen vom Typ 8,8 cm und Panzerabwehrgeschütze erworben.³³⁴ Da die Stadt und das Umland von Lissabon zu dieser Zeit als Aufmarschgebiet für die deutsche Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg diente, bot sich das Waffengeschäft für beide Seiten an. Darüber hinaus waren die deutschen Truppen³³⁵ von Hamburg nach Lissabon verschifft worden.³³⁶

Die Bestellungen hielten sich jedoch bis 1939 in einem kleinen Rahmen. Die erste größere Anfrage für den Kauf von 100.000 Mauser Gewehren stellte die portugiesische Armee im Kriegsjahr 1939.³³⁷ Die bei der Besetzung der „Resttschechei“ 1938 erbeuteten 1.500 Flugzeuge und 600 Panzer der tschechischen Armee wurden danach

³²⁸ Die portugiesische Armee verfügte dank der Neutralität Portugals über Flakgeschütze von der deutschen Wehrmacht, amerikanische Panzer und Flugzeuge sowie über britische Panzer und Flugzeuge. Sie war nach dem Krieg modern ausgerüstet gewesen. Der Spiegel 21/1950. Lieber gleich sterben. S. 17.

³²⁹ Flugzeuge wurden auch in der Sowjetunion gebaut und Piloten geschult. Dies geschah in der Zeit der Gültigkeit des Rapallo-Vertrags 1922.

³³⁰ Louçã 2005, Conspiradores e traficantes. S. 19.

³³¹ Ebd., S. 20.

³³² Ebd., S. 28.

³³³ Ebd., S. 40.

³³⁴ Ebd., S. 54.

³³⁵ Die Legion Condor war jedoch nicht die einzige Armee in Portugal gewesen. Auch italienische und spanische Truppen, die Franco unterstützten, nutzten Portugal als Basis für Operationen im Nachbarland Spanien.

³³⁶ Louçã 2005, Conspiradores e traficantes, S. 37.

³³⁷ Ebd., S. 53.

Portugal zum Kauf angeboten.³³⁸ Die meisten Waffen wurden 1941 für 28,7 Millionen RM und 1943 für 36 Millionen RM nach Portugal exportiert.³³⁹ Exportiert wurden vor allem Infanteriewaffen, wie das Mauser-Gewehr und weniger schwere Waffen wie Panzer und Flugzeuge. Portugal bezahlte diese Lieferungen mit Fisch und anderen Konserven, die von der Wehrmacht dringend für die Versorgung der Soldaten gebraucht wurden.³⁴⁰ Die Waffen wurden allerdings nicht nur mit Lebensmittelkonserven, sondern auch mit Wolfram und Gold bezahlt.³⁴¹

Nicht nur die Wehrmacht, sondern auch die Alliierten lieferten im Gegenzug für die Nutzung der Azoreninsel Terceira eine große Menge Kriegsmaterial an Portugal.³⁴² Diese Lieferungen brachen auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges nicht ab, weil die Alliierten den Luftwaffenstützpunkt auf den Azoren weiter nutzten. Salazar ließ den Staat in vielen Bereichen sparen, jedoch nicht an den Ausgaben für das portugiesische Militär. Die Ausgaben für eine Modernisierung der portugiesischen Armee waren so groß, dass der Autor eines Artikels aus der Zeitschrift *der Spiegel* 1950 feststellte, dass Portugals Armee „*Europa-Rekord*“ Größe erreicht hatte.³⁴³

2.1.2 Strategische Rolle Portugals innerhalb der NATO

Als Portugal 1949 NATO-Gründungsmitglied wurde, warben die portugiesischen Gesandten in Paris von Anfang an für die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das Bündnis. Der Beitritt der Bundesrepublik 1955 zur NATO war allerdings weniger ein Ergebnis des Einflusses des Salazar-Regimes, sondern mehr ein Ergebnis der strategischen Überlegung der US-Regierung unter Eisenhower.³⁴⁴ Trotzdem erinnerten sich die Beamten des neu geschaffenen Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) und des AA in den folgenden Jahren immer wieder an diese Fürsprache von der Iberischen Halbinsel.

³³⁸ Ebd., S. 47.

³³⁹ Louçã (2000): *Hitler e Salazar. Comércio em tempos de guerra, 1940 - 1944*. 1. ed. Lisboa, S. 237.

³⁴⁰ Ebd., S. 47.

³⁴¹ Ebd., S. 57.

³⁴² Eine Gewichtung oder eine Aufschlüsselung, geschweige denn eine Aufstellung des Materials fehlt bislang.

³⁴³ *Der Spiegel* 21/1950. Lieber gleich sterben. S. 17. Natürlich ist diese Einschätzung eine Momentaufnahme und dem Kriegsende geschuldet, als zahlreiche Truppen aus allen Kriegführenden Nationen den Kontinent verlassen hatten und die Rüstungsausgaben in den europäischen Staaten rapide zurückgefahren wurden.

³⁴⁴ Vgl. Antunes, José F. (1991): *Kennedy e Salazar. O leão e a raposa*. Lisboa. Antunes, José Freire (1992): *Os americanos e Portugal 1969-1974. Nixon e Caetano promessas e abandono*. Lisboa. Schneidman, Witney W. (2005): *Confronto em África. Washington e a queda do império colonial português*. Lisboa.

Die militärische Rolle Portugals in der NATO war weniger wegen seiner Streitkräfte, sondern mehr durch seine geostrategische Lage am Rande Europas wichtig. Von den Azoren aus konnte und kann der Eingang in das Mittelmeer nach Gibraltar kontrolliert werden. Dafür ist die Stationierung von Luft- und Marineeinheiten notwendig. Diesen strategischen Vorteil erkannten die USA und errichteten gemeinsam mit Großbritannien 1942 den Luftwaffenstützpunkt *Lajes*. Dieser Stützpunkt wurde nach dem Zweiten Weltkrieg weiter ausgebaut, um während des Kalten Krieges den Südatlantik vor der Bedrohung durch sowjetische U-Boote schützen zu können. Portugal war zusammen mit den Azoreninseln, Madeira, Grönland, Island, Spitzbergen und den Färöer Inseln Teil der vorgeschobenen Verteidigungslinie der USA, die dort Luftstützpunkte und Seehäfen einrichteten, um die europäischen NATO-Streitkräfte im Ernstfall unterstützen zu können.³⁴⁵ Der Azorenstützpunkt sollte 1946 von den Briten und Amerikanern zurückgegeben werden, Flugzeuge beider Staaten sollten ihn aber weiterhin nutzen können. In einer Übergangszeit von 120 Tagen sollte der Stützpunkt ursprünglich geräumt werden.³⁴⁶ Aus diesem Grund wurde 1948 das Abkommen zwischen den USA und Portugal zur Nutzung des Luftwaffenstützpunktes verlängert. Dieses Mal allerdings wurde eine Stationierung von Einheiten auf der Insel ausdrücklich im Rahmen der NATO festgelegt und die Basis ab September 1951³⁴⁷ auch für eine langfristige Nutzung deklariert.³⁴⁸ In der Folge baute auch Frankreich 1964 einen Stützpunkt auf der Azoreninsel *Flores*. Die portugiesische Regierung versuchte diese strategischen Überlegungen wirtschaftlich auszunutzen. Ihr Plan sah vor, durch die Vermietung von militärischen Stützpunkten an NATO-Partnerstaaten die negative Handelsbilanz zu verbessern. Dafür sollten Devisen gewonnen werden und außerdem die eigene Armee mithilfe der abgeschlossenen Verträge über die Stützpunkte stetig modernisiert werden.³⁴⁹ Die NATO als Organisation hingegen war für das Salazar-Regime ganz nach seinem Vertragstext eine wirtschaftliche und politisch stabilisierende Hilfe für den europäischen Randstaat.³⁵⁰

³⁴⁵ Greiner; u. a. 2003, S. 54.

³⁴⁶ Ministerio dos Negocios Estrangeiros 1946, S. 54–56.

³⁴⁷ Der Vertragstext ist auf portugiesisch abgedruckt im *Diario do Governo: Acordo de Defesa entre Portugal e os Estados Unidos da América*, assinado em Lisboa em 6 de Setembro de 1951. In: *Diario do Governo* 1952, Jg. 1, H. 136, S. 1–12.

³⁴⁸ Greiner; u. a. 2003, S. 193.

³⁴⁹ Marcos 2007, S. 200.

³⁵⁰ Greiner; u. a. 2003, S. 2. In der Einleitung geht Bruno Thoß auf den Vertragstext ein, in dem es heißt, dass die NATO auch das Ziel der politisch-ökonomischen Stabilisierung Westeuropas verfolgte.

2.2 Erneuerung der portugiesischen Militärindustrie und die deutsche Ausrüstungshilfe

Die Militärindustrie in Portugal basierte auf mehreren Fabriken, die dem Verteidigungsministerium direkt unterstanden. Sie waren nach dem Zweiten Weltkrieg veraltet und mussten weitgehend modernisiert werden. Bereits während des Krieges war die portugiesische Armee darauf angewiesen, alle Waffen und Materialien aus dem Ausland teuer einzukaufen und auch nach Kriegsende änderte sich nichts an dieser Situation. Durch den Pakt mit der deutschen Wehrmacht und den alliierten Waffenlieferungen für den Azorenstützpunkt versorgten beide kriegführenden Parteien Portugal laufend mit dem aktuellsten Material. Der Aufbau einer eigenen Industrie, vergleichbar mit der in Schweden, war dadurch nicht notwendig und zu teuer. Über eine eigene Schwerindustrie mit elektro-chemischen Erzeugnissen, die für eine moderne Armee zum damaligen Zeitpunkt erforderlich war, verfügte Portugal, wie bereits dargestellt noch nicht, so dass die nötigen Ressourcen fehlten.

Aus diesem Grund war die Errichtung der *Siderurgia Nacional* von besonderer Bedeutung für die portugiesische Regierung. Mit dem Aufbau einer eigenen Stahlindustrie war es nun für die portugiesische Armee möglich, moderne Waffen selbst herstellen zu können. Was fehlte, waren Know-how und Erfahrung, hier sollten jedoch die NATO-Partner helfen. In den fünfziger Jahren wurden zahlreiche Fabriken modernisiert und neu gegründet, die teils direkt dem Verteidigungsministerium unterstanden, teils jedoch auch Privatunternehmen waren. Die wichtigsten Militärfabriken für die Produktion von Waffen und Munition des Heeres waren die *Fábrica Fundação e Construção de Oeiras* (FCMO), die *Fábrica Militar de Braço de Prato* (FMBP), die *Fábrica Militar de Santa Clara* (FMSC), die *Fábrica Militar de Munições de Armas Ligeiras* (FNMAL), das *Laboratório Militar de Produtos Químicos e Farmacêuticos* (LMPQF), die *Manutenção Militar* (MM), die *Oficinas Gerais de Fardamento* (OGF), die *Oficinas Gerais de Material de Engenharia* (OGME) und die *Sociedade Portuguesa de Explosivos* (SPEL).³⁵¹ Die wichtigste Fabrik für die Marine war das *Arsenal Alfeite* (ArAl), das dem *Ministério da Marinha* unterstand und für die Luftwaffe die *Oficinas Gerais de Material Aeronáutico* (OGMA), die dem *Subsecretario de Estado da Aeronáutica* unterstanden.³⁵² Eine Fabrik für die Herstellung von Schießpulver gab es erst seit 1951, die *Companhia de Pólvoras e*

³⁵¹ Moreira Tavares, João: *Indústria Militar Portuguesa. No Tempo da Guerra 1961-1974*. Casal de Cambra 2005, S. 2.

³⁵² Ebd., S. 22.

Munições de Barcarena (CPMB) wurde als Militärfabrik gegründet und unterstand dem Verteidigungsministerium.³⁵³

Die Modernisierung gelang vor allem, weil sich Portugal 1948 dafür entschied, nun doch von der Marshallhilfe zu profitieren.³⁵⁴ Portugal nahm bereits 1947 an der Konferenz über die Marshallhilfe in Paris teil. In der portugiesischen Ministerratsversammlung im Januar 1948 fiel die endgültige Entscheidung; die Marshallhilfe zu beantragen.³⁵⁵ Vorangegangen war eine Überprüfung der portugiesischen Wirtschaft durch die eigene Regierung.³⁵⁶ Gründe für die Inanspruchnahme der Marshallhilfe gab es viele, dafür war aber die Anzahl der Regimepolitiker, die eine Marshallhilfe in Portugal befürworteten, nicht besonders groß. Nicht wenige der Abgeordneten und Regierungsvertreter sowie Salazar persönlich fürchteten sich vor dem amerikanischen Imperialismus und der US-Demokratie, vor allem vor deren Einflussnahme auf die afrikanischen Kolonien Portugals. Dabei richteten sich die Befürchtungen nicht nur auf eine Liberalisierung der Gesellschaft, eine Revolte der portugiesischen Bevölkerung oder der Kolonialbevölkerung, sondern auch den Verlust der Kolonien und der portugiesischen Kultur sowie der katholischen Glaubensgemeinschaft.

Letztlich überwogen aber die Gründe zugunsten der Marshallhilfe, um die Entwicklung des Landes voranzutreiben und durch schrittweise Modernisierungen die Stabilität des Landes zu erhalten. Die portugiesische Regierung wollte damit dem Mangel an Investitionskapital und auch der Angst von anderen Staaten wirtschaftlich noch weiter abgehängt zu werden, begegnen.³⁵⁷

Auf der zweiten Konferenz im März 1948 in Paris votierte Portugal auch für die Aufnahme Spaniens in das Programm der 16 europäischen Staaten.³⁵⁸ Die Unterzeichnung eines bilateralen Wirtschaftsvertrages zwischen Portugal und den USA fand am 15. April 1948 statt. Es war der gleiche Vertrag, den die USA auch mit anderen, vergleichbaren Staaten West- und Südeuropas wie der Schweiz, Irland, Island, Schweden und der Türkei geschlossen hatten.³⁵⁹ Die Modernisierung der portugiesischen Militärindustrie konnte beginnen, jedoch deckte die Marshallhilfe nicht alle Kosten ab (vgl. Tabelle 7). Die Gesamtsumme, die zu Beginn in die portugiesische

³⁵³ Ebd., S. 31.

³⁵⁴ Ebd., S. 38.

³⁵⁵ Rollo 1994, S. 180.

³⁵⁶ Ebd., S. 140.

³⁵⁷ Ebd., S. 204.

³⁵⁸ Ebd., S. 182.

³⁵⁹ Ebd., S. 270.

Militärindustrie investiert wurde, belief sich auf 7,6 Millionen US-Dollar. Davon investierte der Estado Novo vier Millionen US-Dollar (51,5%), aus dem Fonds der Marshallhilfe wurden zwei Millionen US-Dollar (26,5%) zur Verfügung gestellt und die restlichen US-Dollar (22%) wurden von der portugiesischen Privatwirtschaft getragen.³⁶⁰

Tabelle 7: Hilfen der USA an Portugal von 1950-1960. Angaben in Mio. US-Dollar. (Quelle: Minter 1972, S. 45)³⁶¹

Jahr	Wirtschaftshilfe	Militärhilfe	Gesamt
1950	31,4	-	31,4
1951	19	0,4	19,4
1952	-	10,2	10,2
1953	- 0,7	71,5	70,8
1954	-	33,4	33,4
1955	-	53	53
1956	8,2	43,8	52
1957	4,6	27,1	31,7
1958	3,5	18,9	22,4
1959	2,6	16,7	19,3
1960	3,8	9,7	13,5
Gesamt	72,6	298	370,6

Die Einrichtung einer Stahlindustrie, die für die Militärindustrie eine tragende Rolle spielte, konnte erst ab dem Jahr 1957 von Champalimaud geplant und umgesetzt werden.³⁶² Dass die Stahlindustrie aufgrund einer schlechten Anfangsplanung nicht in dem geplanten Maße für die Produktion von Munition und Waffen eingesetzt werden konnte, sorgte in der Folge für finanzielle Schwierigkeiten bei der Abwicklung der Produktionsaufträge. Es wurden jedoch mithilfe der NATO-Partner Wege gefunden, diese Probleme zu überbrücken. Portugal konkurrierte innerhalb der NATO zunächst mit Frankreich, Belgien, den Niederlanden und der Türkei in der Herstellung von Waffen und Munition.

2.2.1 Munitionsaufträge und Aufbau der portugiesischen Militärindustrie

Für die Militärindustrie musste die portugiesische Armee Aufträge aus dem Ausland akquirieren, diese blieben jedoch zunächst aus, weil die Maschinen der portugiesischen Fabriken veraltet waren. Die erste Unterstützung kam nicht aus Portugal oder einem europäischen Staat, sondern durch das US-Department of Defense (DoD). Zwischen 1955 und 1957 erhielt beispielsweise die OGME verschiedene Maschinen vom *Mutual Defence Assistance Programm* (MDAP). Am 1. April 1953 wurde zwischen den

³⁶⁰ Moreira Tavares 2005, S. 40.

³⁶¹ Angaben nach William, Minter: Portuguese Africa and the West. New York 1972, S. 45.

³⁶² Ebd., S. 49.

Regierungen der USA und Portugal ein Abkommen geschlossen, wonach die Fabrik FMBP 10,5 cm Haubitzenmunition (350.000 Schuss) ab dem Jahr 1955 produzieren sollte. Die Fabrik FNMAL bekam ab dem Jahr 1953 Komponenten für 9 mm Pistolenmunition und 7,62 mm Gewehrmunition von der Schweizer Firma O.B. Knigge, die sie von 1958 an auch selbst produzierte. Die Munition verkaufte sie an die Schweizer Firma SIG, das *Dansk Industri Syndikat* und die *Servicio Comercial de la Industria Militar* (Spanien).³⁶³ Diese Aufträge waren der Grundstein für die Produktion von moderner Munition, die dem NATO-Standard entsprach und von allen westlichen Bündnisarmeen verwendet wurde. Sie wurde auch von der Bundeswehr benutzt und konnte daher in den portugiesischen Firmen produziert werden. Zuvor waren Baupläne und technische Zeichnungen geliefert worden. Berater von ausländischen Firmen überwachten die Produktion und passten den Produktionsprozess dem NATO-Standard an.

Beginn der westdeutschen Beteiligung und Hintergründe zur Ausfuhr von Waffen

Unter Franz Josef Strauß wurden nicht nur eine westdeutsche Armee auf das von der NATO geforderte Niveau aufgestellt, sondern auch die Grundlagen für die deutsche Rüstungsindustrie geschaffen. Maßgebend dafür sollten zwei Gesetze sein, die in der Zeit von Strauß eingeführt wurden und laut Friedensaktivist und Sachbuchautor Jürgen Grässlin die Verfassung „aushebelten“.³⁶⁴ Dabei handelt es sich um das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, kurz Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG bzw. KWKG) mit der ergänzenden Kriegswaffenliste (KWL) sowie dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) mit der ergänzenden Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes, kurz Außenwirtschaftsverordnung (AWV). Das KWKG trat am 1. Juni 1961 und das AWG am 1. September 1961 in Kraft. Mit beiden Gesetzen war es der westdeutschen Rüstungsindustrie möglich, fast ungezügelt Rüstungsgüter ins Ausland zu verschaffen und dort auch zu produzieren und wieder einzuführen.³⁶⁵

Der erste Auftrag zur Produktion von Munition für die Bundeswehr vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) erfolgte am 5. Juni 1959. Der Auftrag sah vor, dass bis 1966 450.000 Schuss 10,5 cm Haubitzenmunition von der FNMAL für die Bundeswehr gefertigt werden sollten.

³⁶³ Moreira Tavares 2005, S. 42.

³⁶⁴ Grässlin, Jürgen: Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient. München, 2013, S. 26.

³⁶⁵ Ebd., S. 27.

Der zweite Auftrag der Bundeswehr an die portugiesische Militärindustrie für 10,5 cm Haubitzenmunition war von einem externen Berater vermittelt worden. Der deutsche Dr. Aloys Brandenstein – der deutschen Presse auch bekannt als *Onkel Aloys* - hatte 1959 mit seiner Firma *Norte Importadora Lda.* den Haubitzenmunitionsauftrag als Mediator von der Bundeswehr für die portugiesische Militärindustrie akquiriert. Er erhielt jedoch nie eine Entschädigung für seine Aufwände. Als er 1968 verstarb, hatte er mehrere Jahre vergeblich gegen die portugiesische Regierung geklagt, um seine Ansprüche durchzusetzen. Der Fall wurde in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Skandal, weil nicht nur der Vorgesetzte der in Portugal eingerichteten *Zentralen Deutschen Verbindungsstelle Portugal* (ZDVP) General Becker in dieses Geschäft verwickelt war, sondern auch in andere Rüstungsgeschäfte, bei denen *Onkel Aloys* vermittelt hatte. Auch beim späteren Auftrag über die Fertigung von Gewehrmunition für das G3-Gewehr in Portugal hatte Onkel Aloys als Freund der Familie Strauß³⁶⁶ erfolgreich vermittelt. Er war in eine ganze Reihe von Rüstungsgeschäften der Bundeswehr involviert.³⁶⁷ Er zeichnete beispielsweise auch verantwortlich für den Verkauf von Funkgeräten der Firma Siemens an die portugiesische Armee (Vgl. Abbildung 1). Die portugiesische Regierung verweigerte ihm jedoch die Provision, weil der Auftrag nach Produktionsschwierigkeiten von der Bundeswehr gekündigt worden war.³⁶⁸ Die Firma FMBP war 1959 beauftragt worden und musste bereits zwei Jahre später Produktionsschwierigkeiten nach Bonn melden, weil sie für die Herstellung der 10,5 cm Haubitzenmunition auf 180 t *Trotyl*³⁶⁹ der schwedischen Firma Bofors angewiesen war. Die schwedische Firma konnte aber nicht mehr liefern, weil die schwedische Regierung aufgrund der Lage in Angola sich weigerte, die Lieferfreigabe zu erteilen. Daraufhin schrieb der in Portugal zuständige General Becker an den schwedischen Militärattaché in Bonn Oberst Sergel, dass die Freigabe erteilt werden sollte, weil die Munition für die Bundeswehr dringend benötigt wurde. Im BMVg beurteilten die Behörden die Situation anders und argumentierten auf Grundlage der eigenen Bedürfnisse. Ob die Munition auch in Afrika eingesetzt wurde, ist nicht bekannt.³⁷⁰

³⁶⁶ Strauß war zu diesem Zeitpunkt mit dem Aufbau der Bundeswehr als Verteidigungsminister beauftragt.

³⁶⁷ Der Siegel 39/1962 vom 26. September 1962. Onkel Aloys, S. 26.

³⁶⁸ ADN SGDN 02 6209 Cx. 2985. Peça 1.

³⁶⁹ Trotyl ist ein Sprengstoff und besteht aus TNT.

³⁷⁰ ADN SGDN 02 2395 Cx. 2148. Peça 4. Siehe auch Moreira Tavares 2005, S. 43.

Der dritte Munitionsauftrag erfolgte am 29. Dezember 1959 und sah die Produktion von 4,5 Millionen Handgranaten DM 41 vor (Abbildung 3). Sie sollten bis 1962 von der Firma FCMO gefertigt und ausgeliefert werden. Es war der drittgrößte Auftrag, den die portugiesische Militärindustrie bekommen sollte, und war insofern wichtig, als dass die Fabrik bislang keine Handgranaten hergestellt hatte. Baupläne, Prüfmuster etc. mussten nach Portugal geschickt werden und auch Maschinen von Portugal in der Bundesrepublik Deutschland gekauft werden, um die Produktion beginnen zu können. Die deutsche Firma Krumbach arbeitete für die Produktion der Handgranaten eng mit der CPMB zusammen, die ein Unterauftragnehmer der FCMO war.³⁷¹

Die Produktion verzögerte sich, weil die gelieferten Spezifikationen auf Deutsch, nicht jedoch in einer anderen Sprache beschrieben wurden und diese erst ins Portugiesische übersetzt werden mussten. Durch einige fehlerhafte Übersetzungen, die in der Folge erstellt wurden, erhöhten sich nicht nur der Produktionszeitraum, sondern auch die Produktionskosten. Zudem mussten die Spezifikationen vom metrischen System in das angloamerikanische Maßsystem umgesetzt werden. Da die Maschinen aus den USA kamen und die Normen und Werkseinstellungen sich an dem Anglo-Amerikanischen Maßsystem orientierten.³⁷² Zusätzlich verzögerte sich die Produktion, weil das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung einen anderen Zünder verwenden wollte und bei der Produktion vermehrt fehlerhafte Munition hergestellt wurde. Die ursprünglich vorgesehene Auslieferung der Handgranaten sollte bis 1962 erfolgen, die letzten wurden jedoch erst im Laufe des Jahres 1966 geliefert.³⁷³

Der vierte Auftrag wurde am 3. November 1961 erteilt. Die FCMO sollte 300.000 Übungspanzerfaustgranaten und 900.000 scharfe Panzerfaustgranaten produzieren. Auch hier verfügte die Fabrik über keine Erfahrungen und war auf die massive Mithilfe der westdeutschen Unternehmen und Fachkräfte angewiesen.

Der zweitgrößte und zugleich fünfte Auftrag zur Produktion von Munition wurde am 7. Juni 1962 erteilt. Die FNMAL erhielt die Aufgabe, 120 Millionen Patronen 7,62 mm für das G3-Gewehr zu produzieren. Dabei sollten drei verschiedene Typenmuster produziert werden. Ein großes Volumen hatte auch der Auftrag vom 28. April 1962. Die SPEL sollte 2,3 Millionen Sprengkörper in drei verschiedenen Typenmustern herstellen. Am 29. Juni 1962 sollten zudem noch je 200.000 Granaten Mörsermunition 81 mm und 120 mm für Mörser amerikanischen Typs, die in jeder NATO-Armee eingesetzt

³⁷¹ ADN SGDN 02 5378 Cx. 2827. Peça 10.

³⁷² ADN SGDN 01 1468 Cx. 1115. Peça 1.

³⁷³ ADN SGDN 02 5319 Cx. 2802. Peça 4.

wurden, von der FCMO produziert werden.³⁷⁴ Am 13. Dezember 1963 erfolgte der letzte und größte Auftrag über die Produktion von 210 Millionen Patronen 7,62 mm für das G3-Gewehr.³⁷⁵

Vor dem Dienstantritt des neuen portugiesischen Botschafters Homem de Mello in Bad Godesberg wurden 1964 im AA die vergebenen Munitionsaufträge an Portugal zusammengefasst. *„Zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem portugiesischen Verteidigungsministerium sind seit 1960 mehrere Abkommen geschlossen worden, die Munitionslieferungen [...] für die Bundeswehr zum Gegenstand haben.“*³⁷⁶

Der Gesamtwert dieser sieben Aufträge belief sich auf 268 Millionen DM (vgl. Tabelle 8). Jedoch ist aus der Tabelle 8 auch ersichtlich, dass die Verträge allesamt verlängert werden mussten und auch am Ende erheblich teurer wurden, als der ursprünglich ausgehandelte Auftragswert. Ein Beispiel sind die Handgranaten, die mit 25 Millionen DM Auftragswert veranschlagt wurden, deren Produktion aber insgesamt 32 Millionen DM kostete. Die staatlichen Munitionsfabriken in Portugal hatten bis Ende 1959 bereits für 122 Millionen DM Artilleriemunition und Handgranaten für die Bundeswehr gefertigt.³⁷⁷

Der Stahl und die Zünder für die Granaten wurden aus der Bundesrepublik Deutschland nach Portugal geliefert, ebenso Baupläne, technische Zeichnungen und Prüfpersonal. Der Stahl wurde von der gleichen Firma geliefert, die auch bereits bei der Errichtung der *Siderurgia Nacional* in Portugal erheblich geholfen hatte. Die DEMAG sorgte dafür, dass die Munitionsfabriken in Portugal während des gesamten Zeitraums mit hochwertigem Stahl versorgt wurden.³⁷⁸ Doch wurde Stahl nicht nur aus der Bundesrepublik Deutschland nach Portugal geliefert, sondern auch aus Norwegen und Belgien.³⁷⁹ Denn obwohl es in Portugal nun eine eigene Stahlindustrie gab, arbeitete diese ineffektiv. Durch die Dezentralisierung der Stahlindustrie im Norden und durch die mangelhafte Erschließung des Gebietes war der Transportweg zu lang und der Transportaufwand sowie die Transportkosten dadurch höher, als erwartet und berechnet. Der in Portugal produzierte Stahl von Seixal war zu teuer, da die Transportkosten die

³⁷⁴ Moreira Tavares 2005, S. 48. Fonseca, Ana Monica: S. 43. Moreira Tavares geht ebenso wie Fonseca davon aus, dass bereits 1957 Mörsergranaten für die Bundeswehr produziert wurden, ein Hinweis darauf fehlt jedoch in den Akten. Der Autor dieses Werks geht von einer Verwechslung mit bereits beschriebenen Aufträgen aus.

³⁷⁵ BArch BW 1/373995.

³⁷⁶ PA AA, B 26, Band 269.

³⁷⁷ PA AA, B 26, Band 111. Instruktionen für Botschafter Herbert Schaffarczyk.

³⁷⁸ AOS/CO/EC-8C.

³⁷⁹ ADN SGDN 02 2395 Cx. 2148. Peça 4.

Produktionskosten überstiegen. Er war dadurch noch teurer, als der in Deutschland hergestellte, obwohl dieser importiert werden musste. Das lag daran, wie sich ein ehemaliger Mitarbeiter erinnerte, dass Seixal nicht direkt an einem schiffbaren Fluss lag. Der Stahl musste also erst noch zu einem Hafen transportiert werden, wo er verschifft werden konnte. Diese Transportkosten machten die Stahlproduktion selbst für die portugiesische Militärindustrie unrentabel. Champalimaud wusste dies auch und wollte die Dezentralisierung verhindern, aber die Strategie des Estado Novo ließ Einwände anderer nicht zu.³⁸⁰

Munitionsaufträge bekam die portugiesische Militärindustrie nicht nur von der Bundeswehr, sondern auch aus Transjordanien, Indien und Pakistan. Aufträge in diese Staaten hatte ein anderer Deutscher, der Kaufmann Karl Balla vermittelt.³⁸¹ Zwar kamen die wenigsten der vermittelten Aufträge zur Ausführung, dennoch profitierte die portugiesische Militärindustrie vom Einsatz Ballas.³⁸²

Ein interessanter Nebenaspekt ist, dass die in Portugal produzierte Munition bevorzugt von deutschen Reedereien verschifft wurde, was auch in den Verträgen verankert wurde. Damit wollte die Bundesrepublik Deutschland möglichst vielen deutschen Unternehmen Unteraufträge verschaffen, damit diese von den Aufträgen an die portugiesische Militärindustrie indirekt profitieren konnten. Die portugiesische Regierung und vor allem die portugiesische Reederei-Konkurrenz beklagten sich gegenüber diesem Vorgehen. Nach verschiedenen Gesprächen auch zwischen den portugiesischen und deutschen Reedereien und Transportunternehmen konnte zumindest teilweise durchgesetzt werden, dass wenigstens die Hälfte der Transporte von portugiesischen Reedereien abgewickelt wurden.³⁸³ Aus diesem Exkurs lässt sich schließen, dass das BMVg auch keine Probleme darin sah, wenn sich westdeutsche Privatunternehmer als Vermittler für Waffengeschäfte anboten.

³⁸⁰ Rollo 2005, S. 151

³⁸¹ ADN SGDN 00 3138 Cx. 0999. Peça 1 und 2.

³⁸² Er bekam, wie bereits Onkel Aloys aber keine Entschädigung für seine Vermittlertätigkeit. Noch bis 1973 klagte er sein Honorar ein. Das Honorar wurde ihm aber von der portugiesischen Regierung verwehrt. Intern erkannten die zuständigen Behörden Balla das Honorar tatsächlich an, jedoch konnte es sich die portugiesische Regierung nicht leisten, die ausstehenden Zahlungen zu begleichen. Karl Balla war eigentlich Schriftsteller und hatte vor seiner Vermittlertätigkeit drei Häuser in Nizza verkauft, um von dem Geld eine Firma in Großbritannien aufzubauen. Diese Firma übernahm im Auftrag der portugiesischen Regierung die Vermittlungstätigkeit für Geschäfte mit dem Ausland. Laut der Anklage war er an allen Munitionsverkäufen der beiden Fabriken FMBP und FNMAL beteiligt auch in NATO-Staaten. Der Prozess wurde immer wieder vertagt und war am Ende äußerst verlustreich für beide Seiten. Ob Balla auch an den Geschäften mit der Bundeswehr beteiligt war, ist aus den Akten nicht zu erschließen.

³⁸³ Moreira Tavares 2005, S. 50.

Da der Bedarf der Bundeswehr an Munition aus portugiesischer Fertigung mit der Zeit schwand, sollten die portugiesischen Fabriken ihre Produktion verlangsamen, damit die Verträge über eine längere Laufzeit zum Erhalt der Produktivität beitragen konnten. Die Strategie zur Versorgung der Bundeswehr mit Waffen scheint auch vorgesehen zu haben, dass ausländische Fabriken in sicherer Entfernung Munition produzieren konnten, um die Bundeswehr im Kriegsfall laufend mit Nachschub zu versorgen. Die Auslagerung der Produktionskapazitäten in weniger bedrohte Gebiete sollte allerdings nicht allein für die Versorgung der NATO-Truppen sorgen. Den Hauptteil sollten aus den USA verschifft Waffen und Versorgungsgüter ausmachen. Aus diesem Grund sollte die portugiesische Militärindustrie möglichst viele unterschiedliche Varianten produzieren. Auf der einen Seite konnte die Bundeswehr auch auf in Portugal gefertigte Munition zurückgreifen. Auf der anderen Seite konnte das portugiesische Verteidigungsministerium sein Heer nach den NATO-Standards ausrüsten.

Mit der globalen Entspannungspolitik der USA und der bundesrepublikanischen Reaktion, der Ostpolitik Willy Brandts, wurde ein „heißer“ Krieg in Europa auch aus Sicht des Bundesverteidigungsministeriums immer unwahrscheinlicher.³⁸⁴ Die beiden Supermächte trugen außerdem ihre Stellvertreterkriege³⁸⁵ in Asien und im Nahen Osten und Afrika aus. Nicht zuletzt auch aus diesen Gründen wurden keine neuen Munitionsaufträge mehr nach Portugal vergeben. Munition für die Bundeswehr wurde außerhalb der Bundesrepublik Deutschland auch in Norwegen, Belgien, Großbritannien und der Türkei produziert, deshalb war es nicht mehr nötig, diese in Portugal zu produzieren.³⁸⁶ Ab 1967 teilte das BMVg dem portugiesischen Botschafter Homem de Mello mit, dass künftig die Munitionskäufe von portugiesischen Firmen reduziert werden mussten. Der Generaldirektor des portugiesischen Verteidigungsministeriums Goncalo Caldeira Coelho schrieb 1968, dass er in einem Gespräch mit den Herren Wirmer (Bundeswehr) und Staatssekretär von Hase (BMVg) erfahren hatte, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Drittel ihrer Munitionsbestände verkaufen wollte.³⁸⁷

³⁸⁴ Lappenküper, Ulrich 2008, S. 23.

³⁸⁵ Vgl. Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947 bis 1991. München 2011, S. 356ff.

³⁸⁶ BArch BW 1/373995. Notiz am 21. Februar 1967 von W I 2 BMVg. In den Akten werden als wesentliche Gründe die Haushaltskürzungen angeführt.

³⁸⁷ Die Beschaffung von Munition in dritten Ländern war für die Bundeswehr nicht mehr so wichtig. Die Entspannungspolitik, die nach Einrichtung des heißen Drahts zwischen den USA und der Sowjetunion einsetzte, führte zu einem verminderten Bedarf an Munition und Waffen seitens der Bundeswehr. Ein weiterer Grund war das Überangebot an Munitionsproduktionsstätten im In- und Ausland. Neben Portugal konnte die Bundeswehr auch Munition aus Griechenland, der Türkei und zu dieser Zeit auch schon über die Fritz Werner Waffenfabrik in Burma beziehen.

Durch den Kauf der Munition wurden die Verträge mit den portugiesischen Firmen erfüllt. Sie waren durch den damaligen Verteidigungsminister Strauß geschlossen worden und umfassten ein Volumen von 250 Millionen DM. Weitere Munitionsaufträge erfolgten nach 1968 nicht mehr.³⁸⁸

2.2.2 Produktion des G3-Gewehres

Zu Beginn des portugiesischen Kolonialkrieges 1961 war die portugiesische Armee noch mit Gewehren aus deutscher und südafrikanischer Produktion, dem Mauser ausgerüstet. Der Bedarf der portugiesischen Armee war bis 1961 recht gering, zwar wurden die Truppen modernisiert, doch die Umstellung verlief sehr langsam.³⁸⁹ Dies sollte sich nach den Plänen des portugiesischen Verteidigungsministeriums und der NATO ändern. Gewehre konnten in Portugal bis zur Produktion des G3-Gewehres mithilfe der Bundeswehr nicht produziert werden. Erst als die portugiesische Militärindustrie das G3-Gewehr in Lizenz produzieren durfte, war die portugiesische Armee nicht mehr auf Importe von Gewehren angewiesen. Die portugiesische Militärindustrie erwarb dafür eine Lizenz der deutschen Firma *Heckler & Koch (HK)*.³⁹⁰ Zur Aufstellung der angeforderten NATO-Division war es notwendig, eine einheitliche Bewaffnung durchzuführen, die dem NATO-Standard entsprach. Bei der Entscheidung, welches Gewehr das Standardgewehr der portugiesischen Armee werden sollte, testeten die Behörden 1954 ein Gewehr aus Spanien (das alte Mauser aus dem Zweiten Weltkrieg), das belgische *FN*, das Schweizer *SIG*, das niederländische *Armalite* und das deutsche G3, den Nachfolger des Mauser-Gewehrs. Das G3-Gewehr der Firma HK setzte sich schließlich durch aufgrund der besseren Leistungen in den Schießübungen und weil es auch in anderen NATO-Armeen bereits als Standardgewehr eingeführt wurde.³⁹¹

Bevor das G3-Gewehr jedoch eingeführt werden konnte, musste die Bundeswehr noch einen Urheberrechtsstreit klären. Das staatliche *Instituto Nacional de Industria* mit ihrer Abteilung *Centro de Estudos Tecnicos de Materiales Especiales (INI-Cetme)* in Spanien hatte 1949 einige Spezialisten aus dem Dritten Reich angeworben, die das alte

³⁸⁸ PEA M 337. N° 332.30 Relacoes Politicas com a Alemanha. Processo Geral.

³⁸⁹ Portugal hatte es nicht eilig, die von der NATO geforderte motorisierte Division aufzustellen. Ursprünglich sah der Plan vor, die Division auch in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren. Dieser Plan wurde jedoch nicht umgesetzt, auch weil die Aufstellung dieser Division zu viel Zeit in Anspruch nahm und der Kolonialkrieg in Angola in den sechziger und siebziger Jahren alle verfügbaren Kräfte band.

³⁹⁰ PA AA, B 26, Bd. 27. Deutsche Gesandtschaft Lissabon an Bonn 13. November 1953. Nach Angaben von Grässlin sind bis heute weitere 14 Lizenzen für das G-3 Gewehr. Grässlin, Jürgen 2013, S. 28.

³⁹¹ ADN SGDN 02 3057 Cx. 2203.

Mausergewehr weiterentwickelten und fortan *Cetme* Gewehr nannten. Die ersten Gewehre des Typs G3, die in der Bundeswehr verwendet wurden, kamen dementsprechend auch aus spanischer Produktion. Ein erster Auftrag wurde 1955 mit der Lieferung von 500 Gewehren ausgeführt.³⁹²

Die Bundeswehr hatte im Februar 1959 einen Lizenzvertrag mit dem *INI-Cetme* geschlossen, der es der Firma HK erlaubte das Gewehr nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland zu produzieren und weiterzuentwickeln, sondern auch in andere NATO-Staaten zu verkaufen.³⁹³ Die Entwicklung des *Cetme* zum G3 wurde von HK durch einen Vertrag 1958 abgesichert. Die Lizenzverträge reichten jedoch nicht mehr aus, als die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit HK das Gewehr auch in Norwegen, bei der Firma Kongsberg,³⁹⁴ und in Portugal, bei der FMBP, produzieren lassen wollte. Eine weitere deutsche Firma, die ebenfalls an dem Geschäft mit Portugal beteiligt war und sich die Produktion der Kleinwaffen mit HK aufteilte, war die Firma Rheinmetall. Damit in beiden Staaten das Gewehr auch für die eigenen Armeen produziert werden konnte, mussten beide Firmen mit dem *INI-Cetme* einen weiteren Lizenzvertrag 1962 abschließen. Außerdem mussten sie insgesamt 1,5 Millionen DM an die Einrichtung als Entwicklungsentschädigung überweisen.³⁹⁵ Nachdem diese Voraussetzungen erfüllt waren, konnten die FMBP die Produktion des G3 aufnehmen. Der Vertrag zur Fertigung des G3-Gewehres bei der FMBP in Portugal war schon am 30. Januar 1959 geschlossen worden.³⁹⁶ Im Jahr 1960 wurde das Mauser Gewehr offiziell durch das modernere G3 der Bundeswehr in der portugiesischen Armee ersetzt.³⁹⁷

Nach den Konditionen der Firma HK in Abstimmung mit dem BMVg sollte Portugal 50.000 Gewehre für die Bundeswehr anfertigen, durfte aber danach so viele G3 produzieren, wie es für seine eigenen Streitkräfte brauchte. Der Auftrag an die FMBP diese 50.000 G3-Gewehre für die Bundeswehr zu bauen, erfolgte am 29. Juni 1962 (Vgl. Tabelle 8 und Abbildung 13). Die Gewehre mussten in Lizenz selbst von Portugal hergestellt werden, genauso wie die Munition.

³⁹² Seidel 1991, S. 31.

³⁹³ Dazu Seidel 1991, S. 33. Ein Auftrag für die chilenische Armee an die CETME wurde von HK abgeworben, was zu Verstimmungen zwischen beiden Staaten führte.

³⁹⁴ Bei der Firma Kongsberg wurden sogar 100.000 G 3 Gewehre für die Bundeswehr in Auftrag gegeben. Sie lieferte das Gewehr nach Absprache mit den deutschen Firmen und der Bundeswehr auch an Dänemark und Schweden.

³⁹⁵ BArch BW 1/2460. Dazu auch Seidel 1991, S. 32.

³⁹⁶ ADN SGDN 02 5487 Cx. 2853. Peça 3.

³⁹⁷ Moreira Tavares 2005, S. 63. Insgesamt wurden 140.000 G-3 Gewehre für die portugiesische Armee produziert.

Die UN-Sanktionen aus den Resolutionen der Generalversammlung 1603³⁹⁸ und des Sicherheitsrates 163³⁹⁹ verboten den Waffenhandel mit Portugal. Doch durch die Produktion von Waffen und Munition in Portugal waren die NATO-Regierungen juristisch nicht angreifbar.⁴⁰⁰ Einige Fabriken passten sich dem Kolonialkrieg an, um Transportkosten zu sparen, verlegten sie einen Teil ihrer Produktion nach Portugiesisch-Afrika (darunter die MM, die LMPQF und die OGF).⁴⁰¹

Der portugiesische Historiker João Moreira Tavares ist der Ansicht, dass die Beauftragung der portugiesischen Militärindustrie Kleinwaffen und Munition für die Bundeswehr zu produzieren, von großer Bedeutung war.⁴⁰² Unstrittig ist, dass das schon erwähnte Ausbleiben von Nachfolgeaufträgen die portugiesische Militärindustrie in eine Krise führte und sich direkt auf die finanzielle Lage des portugiesischen Staates auswirkte. Die negative Handelsbilanz zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland verschlechterte sich dadurch erneut und die portugiesische Regierung lief Gefahr, ihre Validität zu verlieren. Es drohten aber auch massive Entlassungen und dadurch soziale Spannungen unter den Arbeitern.

In den beiden Staatsbetrieben in Moscavide und in Braço de Prata in denen 7,62 mm Gewehrmunition gefertigt wurde, war eine kritische Lage entstanden, denn es gab keine weiteren Aufträge mehr und dies führte zur Entlassung von portugiesischem Personal.⁴⁰³ Ebenso in den Anlagen und Fabrikgebäuden, in denen 10,5 cm Haubitzenmunition und das G3-Gewehr hergestellt wurden. Die Entlassung der Arbeiter wiederum brachte große soziale Probleme. Da sich die meisten Werke in der Nähe der Hauptstadt Lissabon befanden, fürchtete die portugiesische Regierung, dass die Kommunisten die Lage ausnützen könnten, um die Arbeiter für sich zu gewinnen und einen Streik in den Fabriken auszulösen. Beide Werke hatten aufgrund der deutschen Aufforderung ihre Kapazität zu erhöhen, weitere Arbeiter eingestellt und angelehrt, nun aber blieben die Aufträge aus, um diese Investitionen wieder zu erwirtschaften.

Die Offiziellen der portugiesischen Militärindustrie, aber auch die Botschafter und Regierungsbeamten der portugiesischen Regierung beschwerten sich bei der deutschen Botschaft in Lissabon und bei der Bundesregierung in Bonn. Die politischen Gespräche

³⁹⁸ NRO 19818 vom 20. April 1961.

³⁹⁹ NRO1770 vom 9. Juni 1961.

⁴⁰⁰ Moreira Tavares 2005, S. 56.

⁴⁰¹ Ebd., S. 58.

⁴⁰² Ebd., S. 55.

⁴⁰³ BArch BW 1/ 373725. Versorgungsartikel Waffen und Zubehör Munition und Explosivstoffe 1965 – 1968. Die Fundação de Oeiras war 1968 in Not geraten und hätte ohne einen Vorschuss der Bundeswehr Insolvenz einreichen müssen.

beider Parteien behandelten während der gesamten Zeit von 1968 bis 1974 vor allem dieses Thema. Die Bundeswehr hatte jedoch keinen Bedarf mehr an Munition und Waffen aus Portugal. Die wirtschaftliche Situation der Bundesregierung ließ die Erteilung weiterer Aufträge an die portugiesische Militärindustrie nicht zu.⁴⁰⁴

Tabelle 8: Munitions- und Waffenaufträge der Bundeswehr 1959-1963 (Quelle: BArch BW 1/373995)

Auftrag vom	Gegenstand	Menge	Auftragswert	Vorauszahlung	Ausgeliefert bis 31.3.1967	Gesamtzahlung bis 31.3.1967	Noch zu liefern	Geschätzte Auslieferungstermin
5.6.59 ⁴⁰⁵	105 mm Mörsermunition	450.000	53.627.500	15.477.750	323.802	40.716.775,48	126.198	Dez. 1966
29.12.59	Handgranaten DM 41	4,5 Mio.	25.800.723,81	10.452.285,92	3.807.090	22.283.937,53	692.910	Juni 1967
3.11.61 ⁴⁰⁶	Panzerfaustgranaten ÜM und SM	300.000 und 900.000	76.441.833,52	41.113.490	152.661	44.458.211,09	147.339 900.000	1967 1971
7.6.62 ⁴⁰⁷	Patronen 7,62 mm DM 41 DM 21 A1 DM 21 A2	100 Mio. 10 Mio. 10 Mio.	26.736.000	8.020.800	100 Mio. 10 Mio. 5 Mio.	23.932.550,60	5 Mio.	1968
28.4.62 ⁴⁰⁸	Sprengkörper DM 11 A1 DM 21 A1 DM 31	1 Mio. 1 Mio. 250.000	3.207.500	962.250	Ausgeliefert	-	-	-
29.6.62 ⁴⁰⁹	Gewehre G 3	50.000	15.995.000	7.910.000	28.000	12.339.600	22.000	Dez. 1969
29.6.62 ⁴¹⁰	Mörsermunition 81 mm 120 mm	200.000 200.000	35.972.649	20.634.990	- 39.960	23.515.148,80	200.000 185.040	- 1970
13.12.63 ⁴¹¹	Patronen 7,62 mm DM 41 DM 21 A1 Paletten	190 Mio. 20 Mio. 8.750 Stück	46.015.500	14.400.000	141.225.000 5.871	32.476.948,13	64.975.000 20.000.000 3.552	1968 1971 1968
	Mörsermunition 120 mm	50.000	7 Mio. DM	-	-	-	-	-

2.2.3 Güteprüfstelle der Bundeswehr in Lissabon

Um die in Portugal produzierten Waffen und Munition nach den Standards der Bundeswehr zu überprüfen, wurde in Lissabon eigens eine Güteprüfstelle (GPS) im Jahr 1962 eingerichtet. Das BMVg hielt in einem internen Bericht die Aufgaben der Stelle fest.

„Die GPS hat die Fertigungsbeobachtung und Güteprüfung bei allen portugiesischen Auftragnehmern vorzunehmen und alle mit der Fertigung und Güteprüfung zusammenhängenden Aufgaben zu klären und zu bearbeiten. [...] Sie hat ihren Sitz z.Zt. bei der Fábrica Militar de Braço de Prata. Es ist nicht möglich und würde den deutschen Bestimmungen widersprechen, wenn diese

⁴⁰⁴ Moreira Tavares 2005, S. 64.

⁴⁰⁵ FNMAL Fabrica de Municoes de Armas Ligeiras.

⁴⁰⁶ FCMO Fabrica Fundicao e Construcao de Oeiras.

⁴⁰⁷ FNMAL Fabrica de Municoes de Armas Ligeiras.

⁴⁰⁸ SPEL Sociedade Portuguesa de Explosivos.

⁴⁰⁹ FMBP Fabrica Militar Braco de Prata.

⁴¹⁰ FCMO Fabrica Fundicao e Construcao de Oeiras.

⁴¹¹ FNMAL Fabrica de Municoes de Armas Ligeiras.

Arbeiten auf die einzelnen deutschen Inspektoren bei den einzelnen Auftragnehmern aufgeteilt würden. In jeder militärischen und zivilen Fabrik ist ein deutscher Güteprüfer vorgesehen. [...] ⁴¹²

Der Sitz der deutschen GPS war bei der Firma FMBP, die auch Büros stellte. Da die Arbeitsintensität 1962 aufgrund der vielen Aufträge zunahm, waren weitere Kosten entstanden und es mussten neben weiteren Prüfern auch weitere Materialien und Räume bezahlt werden. Es sollten 1962 weitere Räume für den Dienststellenleiter, die Inspektoren und die Schreibkräfte geschaffen werden. Als Schreibkräfte hatten die Inspektoren einheimische Sekretärinnen angelernt. Diese Sekretärinnen waren in allen fabrizierenden Firmen tätig und wurden durch das BMVg bezahlt. Das portugiesische Personal arbeitete nur in den staatlichen Firmen. In den privaten Firmen, wie der OGMA mussten deutsche Prüfer allein eingesetzt werden. Portugiesisches Personal konnte nicht ergänzend angeworben werden, weil dafür keine Mittel zur Verfügung gestellt werden konnten. ⁴¹³ Die Inspektoren wurden über die gesamte Laufzeit der Fertigung bis 1968 in den Firmen in Lissabon eingesetzt. Sie beanstandeten hin und wieder Produktionen, die auf Kosten der portugiesischen Firmen nachgebessert wurden. Ob die deutschen Prüfer auch portugiesische Kollegen ausbildeten oder für die Prüfung der für die portugiesische Armee produzierten Waffen und Munition eingesetzt wurden, ist nicht bekannt. Aus den Akten lässt sich eine Tätigkeit über die Prüfung der Munition für die Bundeswehr hinaus nicht nachvollziehen. ⁴¹⁴

2.3 Der Luftwaffenstützpunkt Beja

Die Einrichtung von Bundeswehrstützpunkten in Portugal resultierte aus der NATO-Verteidigungsstrategie, die Änderungen dieser Strategie und die politischen Rahmenbedingungen des Kalten Krieges hatten direkte Auswirkungen auf die Verteidigungsstrategie der Bundeswehr zu der die Stützpunkte in Portugal gehörten. Die NATO war als eine Organisation gegründet worden, um die westeuropäischen Staaten vor einem Überfall der Sowjetunion zu schützen, zu einen und darauf vorzubereiten. Salazar unterstützte dieses Projekt von Anfang an mit dem Beitritt Portugals als Gründungsmitglied, vor allem auch wegen seiner Furcht vor einer Ausbreitung des Kommunismus auf der Iberischen Halbinsel.

⁴¹² ADN SGDN 02 5378 Cx. 2827. Peça 3.

⁴¹³ ADN SGDN 02 5378 Cx. 2827. Peça 3.

⁴¹⁴ Auch in der Forschungsliteratur gibt es leider nichts dazu.

2.3.1 Militärstrategie und Hintergründe

Das NATO-Bündnis hatte die Strategie entwickelt, dass die USA einen nuklearen, strategischen Luftkrieg (Schwert) gegen die UdSSR führte und die Europäer sich mit konventionellen Mitteln (Schild) verteidigten und damit ihren Beitrag des sogenannten *Burden Sharing* übernahmen.⁴¹⁵ Die vereinigten europäischen NATO-Divisionen sollten die UdSSR möglichst am Rhein aufhalten, bis die US-Luftwaffe die Kriegswirtschaft der Sowjetunion und Ostblockstaaten kriegsunfähig bombardiert hatten.⁴¹⁶

Großbritannien sollte seine Luftwaffe ausbauen, Frankreich dagegen seine konventionellen Landstreitkräfte als Verstärkung für die Alliierten Divisionen abstellen, die bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationiert waren. Jedoch konnte und wollte Großbritannien bereits 1952 nicht mehr am NATO-Plan zum Aufbau der Streitkräfte festhalten. Frankreichs konventionelle Landstreitkräfte befanden sich seit 1945 vor allem in Indochina und nach dem Ende des Indochinakrieges ab 1954 in Algerien, um dort die Loslösung vom Mutterland gewaltsam zu verhindern.⁴¹⁷ Da Großbritannien aufgrund seiner sich nur schleppend erholenden Wirtschaft die NATO-Aufrüstungspläne nicht erfüllen konnte und wollte, sollten „[...] die künftigen deutschen einen Teil der britischen taktischen Luftwaffe ersetzen.“⁴¹⁸

Großbritannien konzentrierte sich wie die anderen Siegermächte zunächst auf die Innenpolitik. Deshalb verabschiedete sich die Regierung nach und nach von seinem Empire und gab in Person von Premierminister Harold MacMillan dem *Wind of Change* nach, der das Ende der großen Kolonialreiche einläutete.⁴¹⁹ Neues Ziel der britischen Regierungen musste aufgrund des innenpolitischen Drucks sein, einen Wohlfahrtsstaat zu schaffen und dies war nur durch Einsparungen im Militärwesen erreichbar. Die Aufgabe der Kolonien und eine deutliche Reduzierung der Truppenstärke zählten dazu. Der kurze Exkurs zeigt, dass auch wenn dieser Prozess noch einen größeren Zeitraum einnehmen sollte, das Interesse Großbritanniens vor allem seinen eigenen Problemen und weniger den NATO-Verteidigungsplänen galt.

⁴¹⁵ Greiner; u.a. 2003, S. 5f.

⁴¹⁶ Ebd., S. 52ff.

⁴¹⁷ Siehe unter anderem Müller, Klaus-Jürgen (1999): *L'Allemagne et la décolonisation française: actes du colloque de l'université de Paris XII*. Strasbourg.

⁴¹⁸ Kruger 2008, S. 173.

⁴¹⁹ Siehe unter anderem Osterhammel, Jürgen (2003): *Kolonialismus*. München. Ansprenger, Franz (1966): *Auflösung der Kolonialreiche*, München. Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.) (1990): *Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte*, Frankfurt a. M. Speziell zu Portugal siehe MacQueen, Norrie (1997): *The Decolonization of Portuguese Africa. Metropolitan Revolution and the Dissolution of Empire*, London.

Frankreich stimmte der Aufrüstung der Bundeswehr zu, weil damit Gelder für die eigenen im Aufbau befindlichen Atomstreitkräfte zur Verfügung standen.⁴²⁰ Zur Beruhigung der Franzosen signalisierte außerdem Kanzler Adenauer, dass er die Bundeswehr in eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) integrieren wollte. Das Projekt der EVG scheiterte zwar an der Zustimmung durch das französische Parlament, jedoch war der französische Widerstand gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands, der von allen Alliierten NATO-Partnern am größten war, langfristig gesehen, sogar geringer geworden.⁴²¹

Die NATO-Strategie und die militärischen Beziehungen zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland

In dem NATO-Beschluss MC 14/1 vom Februar 1952 wurde eine Strategie beschlossen, die auch maßgeblichen Einfluss auf die militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal nahmen. In diesem strategischen Konzept trug die NATO der eigenen konventionellen Unterlegenheit Rechnung und nahm unter dem Begriff Massive Vergeltung (massive Retaliation) den Einsatz von Atomwaffen in das Programm auf. Diese strategische Änderung war aufgrund der Erfahrungen des Koreakrieges 1950 bis 1953 beschlossen worden.⁴²²

Nach dieser Strategie sollte die Bundeswehr in kürzester Zeit zwölf kampffähige Divisionen aufstellen, um eine wirksame konventionelle Verteidigung bis zum Rhein zu unterstützen.⁴²³ Von Anfang an hatten den NATO-Partnern zehn Divisionen in ihrem Verteidigungskonzept gefehlt.⁴²⁴ Erst im November 1955 wurden die ersten Soldaten für die Bundeswehr⁴²⁵ durch den damaligen Verteidigungsminister Theodor Blank vereidigt.⁴²⁶ Die erforderlichen Divisionen wurden nach 1955 mit erheblicher Verzögerung aufgestellt und mit amerikanischem Gerät des *Mutual Defense Assistance*

⁴²⁰ Kruger 2008, S. 174–175. Das französische Kernwaffenprogramm wurde in der französischen Armee bereits vor de Gaulle geplant, auch wenn es unter ihm erst zu seiner Ausführung kam.

⁴²¹ Vgl. Strauß, Franz Josef (1989): Die Erinnerungen. Berlin.

⁴²² Der kurze aber intensiv geführte Krieg zeigte durch die massive Unterstützung der nordkoreanischen Armee seitens der chinesischen Regierung auf, dass die NATO einen konventionellen Krieg gegen den Kommunismus nicht gewinnen konnte. Nicht zuletzt der Befehlshabende US-amerikanische General Douglas MacArthur (Oberbefehl über die NATO-Truppen in Korea 1950-1951) forderte deshalb den Einsatz der Atombombe auf chinesisches Gebiet. Vgl. Stöver, Bernd (2013): Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt. München.

⁴²³ Greiner; u.a. 2003, S. 100.

⁴²⁴ Ebd., S. 57.

⁴²⁵ Die Gründung der Bundeswehr hatte in der DDR wiederum die Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) zur Folge, die mit sowjetischen Waffen ausgerüstet und in den 1955 gegründeten Warschauer Pakt eingegliedert wurde. Beide deutschen Staaten hatten bereits frühzeitig unter der Mithilfe ihrer jeweiligen Besatzungsmächte damit begonnen inoffiziell Soldaten zu rekrutieren.

⁴²⁶ Tönnies, Norbert (1961): Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949-1961. Köln, S. 17.

Programs (MDAP) ausgerüstet.⁴²⁷ Nach den Plänen von 1952 sollte auch die Bundesluftwaffe ihren Beitrag mit nicht weniger als 1.158 Flugzeugen leisten.⁴²⁸

Die Stopplerdraht-Strategie (Tripwire-Doktrin), festgeschrieben in dem Dokument MC 14/2, trat 1957 in Kraft und erweiterte die vorangegangene. Der Kernwaffeneinsatz in der Bundesrepublik Deutschland war von der NATO vorgesehen, und zwar nicht als letztes, sondern zeitweise einziges und wichtigstes Verteidigungsmittel, da nach den Einschätzungen der NATO-Strategen die konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes den NATO-Streitkräften um ein Vielfaches überlegen waren.⁴²⁹ Verteidigungsminister Strauß versuchte 1957 diese Tatsache vor der deutschen Öffentlichkeit zu verbergen. Erschwerend trat hinzu, dass kurz vor Stalins Tod 1953 auch die Sowjetunion Atombomben in Serie produzieren konnte und nun das nukleare Patt zwischen den beiden Supermächten hergestellt worden war.⁴³⁰

Das strategische Konzept der NATO wurde 1968 mit MC 14/3 weiter modifiziert. Mit der *flexible Response* läutete auch die militärische Führung eine Entspannungsphase ein. Diese neue Strategie war von US-General Maxwell D. Taylor entwickelt und in dem Dokument MC 14/3 manifestiert worden.⁴³¹ Doch zunächst musste die politische Führung der Bundesrepublik Deutschland die für MC14/1 vorgesehenen Maßnahmen ergreifen. Diese waren von Anfang an innenpolitisch umstritten. Konventionelle Truppen, wie sie die NATO forderte, waren teuer und verschlangen Arbeitskräfte und Geldmittel, die zunächst für den Wiederaufbau und die Bekämpfung der aufkommenden Wirtschaftskrisen gebraucht wurden. Der Rhein war außerdem für die Bundesrepublik Deutschland eine nicht hinnehmbare Verteidigungslinie. Nach 1955 wurde sie aufgrund der westdeutschen Forderungen von der NATO näher an die Ostgrenze verschoben, um zumindest hinhaltend Widerstand mit den im Aufbau befindlichen Streitkräften leisten zu können.⁴³² Strauß und Adenauer verfolgten 1957 jedoch auch ein weiteres Projekt: Das einer nuklearen Aufrüstung der Bundeswehr. Damit sollte gewährleistet werden, dass im Ernstfall die Bundesregierung auch über eigene atomare Waffen verfügte.⁴³³ Zunächst wollten Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland zusammen an einer

⁴²⁷ Greiner; u.a. 2003, S. 138. 1967 konnte die letzte der 12 deutschen NATO-Divisionen erst aufgestellt werden. Aus haushaltstechnischen Gründen und weil die Bundeswehr Personalprobleme hatte, verzögerte sich die Aufstellung der Truppen.

⁴²⁸ Ebd., S. 93.

⁴²⁹ Ebd., S. 41.

⁴³⁰ Ebd., S. 45ff.

⁴³¹ Schröter, Lothar (2009): Die NATO im Kalten Krieg 1949-1975. Die Geschichte des Nordatlantikpaktes bis zur Auflösung des Warschauer Paktes. Bd. 1. Berlin, S. 398.

⁴³² Thoß 2006, S. 124ff.

⁴³³ Kruger 2008, S. 180.

Atombombe bauen. Aber mit der Machtergreifung von de Gaulle 1958 fand das gemeinsame Projekt ein jähes Ende.⁴³⁴

Ungeachtet der Tatsache im Ernstfall über keine eigenen Atomwaffen zu verfügen, trat der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Josef Kammhuber im Mai 1958 dafür ein, die konventionelle NATO-Strategieplanung von westdeutscher Seite her nicht mehr zu verfolgen. Im Sommer 1958 entschied sich unter der Federführung von Strauß deshalb die deutsche Luftwaffe für das Strahlenflugzeug F-104 G Starfighter und gegen den französischen Jagdbomber Mirage III. Dieses Flugzeug war kein Strahlenflugzeug und für den konventionellen Luftbodenkampf konzipiert.⁴³⁵ Durch den Mangel an konventionellen Streitkräften sollten die wenigen vorhandenen ebenfalls mit nuklearem Gerät ausgestattet werden und darüber hinaus alle europäischen Luftwaffen über eine kleine Anzahl von *Strike Force-Einheiten* verfügen.

Ab Herbst 1960 wollte das BMVg - durch neue NATO-Pläne instruiert - jedoch nur noch auf die konventionelle Verteidigungsstrategie setzen.⁴³⁶ Wie bereits ausgeführt, wurde aus der *massive Retaliation* die *flexible Response* Strategie entwickelt, die wieder von begrenzten, eben nicht mit nuklearen Waffen geführten Kriegen ausging.⁴³⁷ Die Bundesrepublik Deutschland sah sich in den beiden Jahren 1961 und 1962 dazu in der Lage, einen eigenen konventionellen Verteidigungskrieg mit der Unterstützung der NATO führen zu können. Aus diesem Grund wurden zunächst keine Mittelstreckenraketen in Europa stationiert.⁴³⁸ Doch musste sie bis in die sechziger Jahre hinein die Hauptlast der Aufstellung von konventionellen Truppen übernehmen, da sich Frankreich und Großbritannien erst nach und nach von ihren Kolonien trennten und beide danach ihr Heer stetig verkleinerten. Letztlich verhinderte der Algerienkrieg bis ins Jahr 1962 hinein eine Verstärkung der NATO-Truppen in Europa durch konventionelle französische Truppen.⁴³⁹

Da der Verteidigungsplan der NATO zunächst eine gemeinsame Verteidigungslinie am Rhein vorsah, bei der vor allem Bodestreitkräfte aus der Bundesrepublik Deutschland

⁴³⁴ Ebd., S. 181.

⁴³⁵ Ebd., S. 187. Zumal die US-amerikanische Herstellerfirma Lockheed der Bundesluftwaffe mit dem Lizenzmodell die Herstellung, Reparatur und den Weiterverkauf in Europa schmackhaft machen konnte.

⁴³⁶ Kruger 2008, S. 190.

⁴³⁷ Thoß 2006, S. 133.

⁴³⁸ Kruger, S. 193.

⁴³⁹ Schröter 2009, S. 296. Am 11. März beschließt die französische Regierung den Abzug von 2 der 5 der NATO unterstellten Divisionen aus Deutschland und die Verlegung dieser Truppen nach Algerien. Seit Dezember 1955 kämpften in Algerien mehr als 155.000 französische Soldaten. Im Sommer 1956 wurde die Militärpräsenz auf 500.000 Soldaten ausgebaut. 1960 sind es bereits 825.000 Soldaten. Der Algerienkrieg wird von allen NATO-Partnern mit militärischen Gütern und Krediten unterstützt.

eingesetzt werden sollten, überlegte sich das BMVg eine wirksame Strategie für den Einsatz von Luftwaffe und Marine. Diese sah vor, dass sich einige Stäbe aus der Bundesrepublik Deutschland in die NATO-Partnerstaaten zurückziehen sollten. Aufgrund der NATO-Strategie konnte die Bundesrepublik Deutschland im Kriegsfall die Häfen und Anlagen der Alliierten in den Nachbarländern als Rückfallbasen nutzen, doch hätte die unmittelbare Nachbarschaft die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland nicht vor einem Angriff der Sowjetunion mit Mittelstreckenraketen geschützt. Die Reichweite der Raketen war bis Mitte der sechziger Jahre auf Mitteleuropa beschränkt und bedrohte noch nicht die Iberische Halbinsel. Dass die Bundeswehr über logistische Stützpunkte über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland hinaus verfügen musste, hatte die NATO-Übung *Side-Step* deutlich aufgezeigt.⁴⁴⁰

Basis Beja, die Vorgeschichte

Aus diesem Grund wollte Verteidigungsminister Strauß in Spanien Stützpunkte der Bundeswehr errichten, um damit Düsenjägerpiloten auszubilden und neue Waffen zu erproben.⁴⁴¹ Die ersten Gespräche mit der spanischen Regierung wurden 1959 geführt. In Spanien sollten eine ganze Reihe von logistischen Versorgungseinrichtungen aufgebaut werden.⁴⁴² In einer ersten Regierungserklärung der Bundesrepublik Deutschland am 28. Februar 1960 wurden die Gründe benannt, die den Plänen für die Errichtung von Stützpunkten der Bundeswehr auf der Iberischen Halbinsel vorangestellt wurden.⁴⁴³

Die Bundeswehr brauchte Versorgungsbasen in Westeuropa, mit der die Einheiten bei Kriegsausbruch mit Waffen, Munition und Ausrüstungsgütern versorgt werden konnten, bis der Nachschub aus den USA eintraf. Dies war essenziell, weil nach den Einschätzungen des BMVg die Konsumgüterindustrie im Falle eines Verteidigungskrieges nicht schnell genug auf die Produktion von Kriegsgütern umgestellt werden konnte. Eine sowjetische Luft- und Bodenoffensive hätte die westdeutsche Industrie vernichtet, bevor diese Waffen und Munition hätte produzieren können. Daraus folgte auch, dass die einzurichtenden Stützpunkte über größere Lagerräume verfügen mussten, in die solche Güter eingelagert werden konnten. Diese Lagerstätten durften aber nicht geballt an nur einem Ort konzentriert werden, sondern

⁴⁴⁰ Seidel 1991, S. 78.

⁴⁴¹ Aschmann 1999, S. 361.

⁴⁴² Seidel 1991, S. 26.

⁴⁴³ Ebd., S. 27.

sollten möglichst weit auseinanderliegen. Eine Konzentration dieser Stützpunkte hätte die sowjetische Kriegsführung vereinfacht. Für diese Überlegungen bot Spanien mit seiner großen Anzahl an Häfen, die anders als französische und britische während eines heißen Krieges nicht zu stark frequentiert wurden, eine gute Ausgangsbasis.⁴⁴⁴

Neben der Errichtung von logistischen Basen für die Lösung des Nachschubproblems im Verteidigungsfall brauchte die Bundesluftwaffe einen Stützpunkt, auf dem sie Piloten für Kampfflugzeuge trainieren konnte. Auch dieser Stützpunkt sollte in Spanien gebaut werden.⁴⁴⁵ Franz-Josef Strauß bemerkte dazu in seinen Erinnerungen:

"Der Streit um deutsche Bundeswehrdepots in Spanien zum Beispiel würde heute niemanden mehr interessieren. Damals gab es um dieses Thema helle Aufregung. Ich vertrat die Ansicht, daß das politische System in Spanien - es war die Zeit Francos - und die strategische Situation der NATO zwei verschiedene Dinge seien."

Er war der Ansicht, dass nicht nur die USA, sondern eben auch die Bundesregierung die Iberische Halbinsel als Stützpunkte und Depotstandort nutzen sollte. Da die NATO-Strategie lange Zeit vorsah, dass die Bundeswehr sich eher hinter den Rhein zurückziehen und keine Versorgungsdepots auf dem Boden Westdeutschlands errichten sollte, sah er diese Überlegungen als legitim an. Und auch wegen der Franco-Diktatur oder des Salazar-Regimes hatte er keine Gewissensprobleme, weil auch die US-Regierung mit diesen Staaten Verträge abgeschlossen hatte.

„Die über jeden demokratischen Zweifel erhabenen Amerikaner hatten einen sehr engen Verteidigungspakt mit dem autoritären Franco-Regime. Warum sollten nicht auch wir, die wir östlich des Rheins keine Dauerdepots anlegen sollten, mit Spanien oder Portugal verhandeln? Diesen Weg hatte sogar das Auswärtige Amt empfohlen, um freilich in dem Augenblick, in dem die politischen Gegner aufmarschierten, sofort den Rückzug anzutreten.“⁴⁴⁶

Im Gegenzug für eine positive Haltung der spanischen Regierung zu den Plänen der Bundeswehr sollte die spanische Industrie mit Rüstungsaufträgen versorgt werden. Die spanische Regierung musste Waffen und Munition im Wert von mehreren Millionen DM in Spanien herstellen und an die Bundeswehr verkaufen. Bereits 1955 hatte die spanische Industrie Gewehre, Munition und Handgranaten an die Bundeswehr ausgeliefert. Die Aufträge waren bereits 1953 erteilt worden, kamen jedoch erst nach dem Aufbau einer Bundeswehr zur Auslieferung.⁴⁴⁷

Beide Seiten wollten so früh wie möglich die verbündeten Staaten Frankreich, Großbritannien und USA über die Gespräche zur Errichtung von

⁴⁴⁴ Ebd., S. 27.

⁴⁴⁵ Ebd., S. 28.

⁴⁴⁶ Strauß, Franz Josef (1989): Die Erinnerungen. Berlin, S. 292.

⁴⁴⁷ Seidel 1991, S. 31.

Bundeswehrstützpunkten in Spanien informieren. Nachdem eine technische Kommission der Bundeswehr nach Spanien entsandt worden war, wurden die Verbündeten über das Vorhaben informiert. Es scheiterte schlussendlich, weil der damalige Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) US-General Lauris Norstadt die Informationen an den Journalisten Cyrus L. Sulzberger weiterreichte und der öffentliche Sturm der Entrüstung das Vorhaben torpedierte. Norstadt wollte die Einrichtung von Stützpunkten der Bundeswehr in Spanien verhindern. Er fürchtete eine Pressekampagne des Ostblocks gegen das Vorhaben, zu einem Zeitpunkt an dem bereits viel Geld und Zeit verloren gegangen war.⁴⁴⁸ Die Achse Bonn-Madrid, die eine negative Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg hinterließ, wurde nach der Veröffentlichung Sulzbergers auch von der westlichen Presse aufgegriffen. Helmut Schmidt führte in der Kleinen Anfrage der SPD zum Vorhaben vor dem Bundestag die ehemaligen Verbindungen zwischen Franco und Hitler aus.⁴⁴⁹ Das Vorhaben scheiterte aber auch, weil Franco für die Einrichtung von Stützpunkten und einer Stationierung von Düsenjägern eine politische Unterstützung für die Rückgabe Gibraltars von Großbritannien an Spanien von der Bundesrepublik Deutschland forderte.⁴⁵⁰

Die Suche ging derweil weiter. In Südfrankreich hatten Spezialisten des BMVg, als Touristen getarnt, ebenfalls nach einem geeigneten Ort gesucht, waren jedoch nicht fündig geworden.⁴⁵¹ Die französische Regierung hatte der Bundesregierung angeboten, in Algerien Versorgungsstützpunkte zu errichten, dies jedoch in Frankreich selbst verweigert. Die Bundesregierung lehnte dieses Angebot angesichts der Lage in Algerien ab.⁴⁵²

2.3.2 Verträge und Abkommen mit Portugal

Portugal bot geradezu ideale Voraussetzungen für die Errichtung eines Luftwaffenstützpunkts. Natürlich half auch das Faktum, dass die USA bereits einen NATO-Stützpunkt auf den Azoren errichtet hatten und das Portugal bereit war, große infrastrukturelle Investitionen zu tätigen, um der Bundesluftwaffe einen neuen Stützpunkt zur Verfügung zu stellen. Am 11. Januar 1960 flog Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß mit einer Kommission des BMVg nach Lissabon, um mit seinem portugiesischen Kollegen General Botelho Moniz über die Errichtung des

⁴⁴⁸ Ebd., S. 46ff.

⁴⁴⁹ Ebd., S. 53ff.

⁴⁵⁰ BArch BW 1 Bd. 373995. Fernsehbericht der Sendung Monitor in der ARD am 5. Januar 1968.

⁴⁵¹ AMNE PEA M 337 B. Darüber berichtete die niederländische Zeitungen de Volkskrant aus der Rückschau am 15. Oktober 1962.

⁴⁵² Seidel 1991, S. 30.

Luftwaffenstützpunktes bei Beja in der Provinz Alentejo zu sprechen. Während dieser Gespräche wurde ein erstes Verwaltungsabkommen unterschrieben (Abbildung 8), auf das alle kommenden Verträge und Abkommen aufbauten.⁴⁵³ Das AA nahm von der Angelegenheit nur wenig Notiz, der einzige Vermerk spiegelt die Bedeutung des Abkommens nicht wieder. *„Im Januar stattete der Herr Bundesverteidigungsminister auf Einladung seines portugiesischen Kollegen einen Besuch in Lissabon ab. Dieser Besuch wurde durch den portugiesischen Verteidigungsminister Botelho Moniz im Juli erwidert.“*⁴⁵⁴

In dem Verwaltungsabkommen wurde nicht nur zwischen beiden Verteidigungsministerien die gemeinsame Nutzung von Basen im jeweils anderen Land vereinbart (Vgl. Abbildung 8 Artikel 1), sondern vor allem auch der Austausch und die gegenseitige Hilfe beim Kauf von Waffen gemeinsamen Interesses. Bereits vor dem 11. Januar 1960 wurde eine Vielzahl von Aufträgen zur Anfertigung von Munition und des G3-Gewehrs an die portugiesische Militärindustrie vergeben. Obwohl dies geschah, legitimierte dieses Abkommen alle weiteren Aufträge und auch den Verkauf von gebrauchten Waffen der Bundeswehr an die portugiesische Armee, Luftwaffe und Marine (Vgl. Abbildung 8 Artikel 3-5).⁴⁵⁵ In den Instruktionen für den nach Portugal entsandten Botschafter Herbert Schaffarczyk heißt es dazu vom AA am 20. Januar 1959:

„Ein logistisches Abkommen war schon anlässlich des Portugal-Besuchs des Herrn Bundesverteidigungsministers im Januar d. J. geschlossen worden. Das Abkommen sieht die Einrichtung insbesondere von Marinestützpunkten und Sanitätsbasen für die Bundeswehr vor. Gleichzeitig wurden Vereinbarungen über gegenseitige Beratung in militärischen Fragen getroffen.“⁴⁵⁶

Die *Irish Times* meldete am 12. Juli 1960, dass der portugiesische Verteidigungsminister General Botelho Moniz für zehn Tage die Bundesrepublik und den Freistaat Bayern besuchte. Dort führte er Besprechungen mit Strauß und anderen Mitarbeitern des BMVg. Die irische Zeitung schrieb, dass für die Nutzung des Stützpunkts bei Beja im Gegenzug von der Bundesrepublik Deutschland eine Waffen-, Munitions- und Ausrüstungslieferung im Wert und Umfang von etwa 20 Millionen DM

⁴⁵³ PA AA, Zwischenarchiv 110255 Deutsch-portugiesische Verträge auf dem Verteidigungssektor, Basis Beja, Verteidigungspolitik 1977-1978.

⁴⁵⁴ PA AA, B 26, Bd. 111. Nach Speidel 1991, S. 73 wurden erst im Juli Gespräch über die Einrichtung der Stützpunkte geführt. Dies ist nicht richtig. Allerdings wurde scheinbar auch weiterhin erwogen auch in anderen NATO-Mitgliedsstaaten wie Frankreich oder Griechenland Stützpunkte zu errichten.

⁴⁵⁵ Ob noch weitere Waffenlieferungen und Produktionsaufträge erfolgten, konnte aufgrund der nur noch fragmentarisch vorhandenen Aktenbestände in den Militärarchiven beider Länder nicht erforscht werden.

⁴⁵⁶ PA AA, B 26, Band 111. Instruktionen für Botschafter Herbert Schaffarczyk.

als erste Entschädigung erhalten hatte.⁴⁵⁷ Von Anfang an bekräftigte das BMVg in Abstimmung mit dem AA, dass dem Projekt zur Errichtung von Stützpunkten in Portugal die höchste Geheimhaltungsstufe zugesprochen werden sollte. Auch die portugiesischen Beamten sollten Stillschweigen vor der Öffentlichkeit bewahren, um eine negative Pressekampagne zu verhindern. Aus diesem Grund berichtete der portugiesische Botschafter Homem de Mello Mitte der sechziger Jahre Außenminister Franco Nogueira, dass das AA darauf bestand, den Stützpunkt lieber als portugiesischen, und nicht als deutschen, zu bezeichnen. Die internationale Öffentlichkeit sollte auf die deutsch-portugiesischen militärischen Beziehungen nicht noch aufmerksamer gemacht werden, als sie es bereits war.⁴⁵⁸

Neben dem Plan zur Errichtung des Stützpunkts Beja wurde auch über die Errichtung eines Nothafens bei Setubal auf der Halbinsel Troia, die Instandsetzung von Flugzeugen bei der Firma OGMA in Alverca sowie ein Netz aus Lazarettbasen in Portugal aber auch auf Madeira, den Azoren und sogar auf den Kapverdischen Inseln gesprochen. Diese Basen wurden auch eingerichtet, um gewisse Persönlichkeiten im Falle einer Krise an einen sicheren Ort bringen zu können, wie es im BMVg bei einer vorbereitenden Besprechung mit den Kollegen des portugiesischen Verteidigungsministeriums 1967 hieß. *„Ursprünglich war die Begründung, dass wir Spitzenpersonal in Spannungszeiten in die sichere Zone vorbringen sollten.“*⁴⁵⁹

Am 16. Dezember 1960 wurde das Hauptabkommen über den Stützpunkt Beja unterschrieben. Zwei Jahre später im Januar 1962 wurde ein Abkommen über die Stärke und Zusammensetzung sowie ein Abkommen über die Rechtsstellung des deutschen Bundeswehrpersonals unterschrieben. Die portugiesischen Behörden standen dem BMVg nach langen und harten Verhandlungen das NATO-Truppenstatut zu, allerdings mit einigen Ergänzungen. Ebenso wurde ein Abkommen über die Instandsetzung von Flugzeugen der Bundeswehr verabschiedet.

Bei den gleichen Verhandlungen wurde auch das Abkommen über die Einrichtung des Nothafens Setubal unterzeichnet, das fortan mit dem Decknamen *Tourist* bezeichnet wurde. Dazu gehörte auch das Abkommen für den Kriegsfall, in dem grobe Richtlinien festgehalten wurden, um die Stützpunkte im Krieg weiter betreiben zu können und sich gegenseitig bei der Beschaffung von Kriegsgütern zu unterstützen.

⁴⁵⁷ PEA 422. N° 332.30 Relacoes Politicas com a Alemanha. Visita do Ministro Federal da Defesa, Sr. Strauß a Portugal 1960.

⁴⁵⁸ PEA M 337. N° 332.30 Relacoes Politicas com a Alemanha. Processo Geral.

⁴⁵⁹ BArch BW 1/373995. Vorbereitungen für den Besuch von Verteidigungsminister Matias 1967. Einwurf von Oberst Luxemburger.

Im Oktober desselben Jahres folgte ein Abkommen über die Ausbildung von portugiesischem Personal, dass auf dem Stützpunkt und in der Instandsetzungseinrichtung OGMA eingesetzt wurde. Im Jahr 1963 und in erweiterter Fassung 1965 wurde zudem ein Abkommen über die Einrichtung einer Fernmeldezentrale in Evora vereinbart, die eine Vernetzung der Bundeswehrbasen untereinander gewährleisten sollte.

Auch das Abkommen über die Errichtung von Lazaretten mit einer Kapazität von insgesamt 9.000 Betten in Portugal wurde im Jahr 1963 unterzeichnet. Vertragsbestandteil war auch, dass in Friedenszeiten portugiesische Soldaten und im Kriegsfall bis zu 16.000 schwer verwundete Bundeswehrsoldaten behandelt werden sollten.

Für das im Nothafen angelieferte Kriegsmaterial, das im Falle eines konventionellen Krieges von den USA über Portugal in die Bundesrepublik Deutschland transportiert werden sollte, wurde die Einlagerung in einem Depot vorgesehen. Ein entsprechendes Abkommen wurde im Juni 1964 unterzeichnet.

Um die auf Beja stationierten Bundeswehrsoldaten, das technische Personal und deren Familien unterbringen zu können, wurde 1964 zudem ein Abkommen über die Errichtung eines ganzen Wohnbereichs Beja abgeschlossen.⁴⁶⁰

Das BMVg plante die Stationierung von mehreren Tausend Bundeswehrangehörigen in Portugal. Dabei wurden Pläne für die Belegung in Friedenszeiten und für die Belegung in Kriegszeiten erdacht. In Friedenszeiten sollten allein auf der Luftwaffenbasis Beja 6.000 Bundeswehrangehörige stationiert werden. In Kriegszeiten mussten bis zu 7.000 Bundeswehrangehörige untergebracht werden. Auf dem Nothafen in Setubal waren zunächst 15, im Kriegsfall sogar 300 Mann vorgesehen. Zusätzlich sollten bis zu 7.600 Mann mit 13 Kriegsschiffen stationiert werden. Bei der OGMA in Alverca arbeiteten in Friedenszeiten 700 Mann, im Verteidigungsfall 1.300 Mann, im Depot von Castelões zuerst 250 und später 400 Mann. Das Fernmeldezentrum in Evora hätte sein Personal im Verteidigungsfall von 40 auf 80 Mann verdoppelt. Die Dienststelle ZDVP hätte ihre Personalstärke ebenfalls erhöht, von 160 auf 300 Mann. Auch die Belegung der Lazarettbasis wurde geplant, bis zu 16.000 Verwundete und Sanitätspersonal sollten auf den Lazarettbasen arbeiten und versorgt werden (vgl. Tabelle 9).

⁴⁶⁰ BArch BW 1/373997.

Tabelle 9: Personalplanung in Kriegs- und Friedenszeiten (Quelle: BArch BW 2/3225)

Bezeichnung	Belegungsstärke Frieden	Belegungsstärke Krieg	Bedarfsträger
Luftwaffenbasis Beja Unterteilt in Basis Wohnbereich Lazarett Standortverwaltung	6.000	7.000	Luftwaffe, Sanitätswesen und Bundeswehrverwaltung
Tourist Nothafen Seeumschlag	15	300	Heer
Instandsetzungsbetrieb Alverca	700	1.300	Heer/Luftwaffe
Depot Castelões	250	400	Heer
Truppenübungsplatz Santa Margarida	2.500	Unbekannt	Heer
Fernmeldezentrum Evora	40	80	Heer
Lazarettbasis Portugal (Reserve Lazarette mit 9.000 Betten)	350	16.000 (Stammbesetzung und Verwundete)	Sanitätswesen
Kriegsstationierung Hauptsächlich Marine	-	7.600, 13 Schiffe	Heer und Marine
Dienststelle ZDVP	160	300	Heer
Luftverteidigung Portugal	Unbekannt	Unbekannt	Portugal
Portugiesische Rüstungsbeschaffung in Deutschland	Unbekannt	Unbekannt	Portugal
Deutsche Rüstungsbeschaffung in Portugal	Unbekannt	Unbekannt	Heer
Bedarfsdeckung im Kriege (Kriegsanschlussbedarf)	Unbekannt	Unbekannt	Heer

Das BMVg erkaufte sich das Wohlwollen der portugiesischen Regierung durch die Vergabe von weiteren Rüstungsaufträgen und die Beteiligung der heimischen Industrie am Aufbau der Infrastruktur für die Bundeswehrstützpunkte. In der Folge wurden zur Festigung der Absichten Verträge und Abkommen geschlossen, die eine Einrichtung eines Luftwaffenstützpunkts, eines Nothafens, eines Fernmeldezentrams, einem Netz aus Notlazaretten sowie die technische Zusammenarbeit bei der Reparatur und Instandsetzung von Düsenjägern und anderen Militärflugzeugen vorsahen.

Das BMVg selbst teilte die abgeschlossenen Verträge um die Basen in Portugal und die Stationierung von Bundeswehr Soldaten und Zivilpersonal in zwei Phasen ein:

- In der 1. Phase von 1960 bis 1963 wurden die Planungen und grundlegenden rechtlichen Bestimmungen festgelegt.
- Die 2. Phase von 1963 bis 1965 umfasste die Details, um die Ausführung zu koordinieren und vor allem auch zu finanzieren.

Nach 1965 wurden Rechte und Pflichten der Bundeswehr zur Benutzung der Basen und immer wieder der Status des Bundeswehrpersonals besprochen. Dazu wurde auch die Stellung der ZDVP in Portugal als Vertreter der Bundeswehr gegenüber der portugiesischen Regierung festgelegt:

- Diese Verhandlungen werden vom Autor als 3. Phase bezeichnet. Jedoch stagnierten sie aufgrund der portugiesischen Wünsche nach mehr Aufträgen für die Militärindustrie und die Lieferung von Flugzeugen und Waffen an die portugiesische Armee, die beides für den Kolonialkrieg dringend brauchte.

Wieder einmal koppelte die portugiesische Regierung eigene Interessen mit denen der Bundeswehr an den Stützpunkten, um damit Druck auf die Bundesrepublik Deutschland auszuüben.⁴⁶¹

- Die 4. Phase war der Baustopp an allen Stützpunkten und die Liquidierung von einigen Bauvorhaben nach dem Jahr 1967.

Dies betraf vor allem die Lazarette und Krankenhäuser sowie das Depot bei Castelões zur Einlagerung von Munition und anderen kriegswichtigen Gütern. Auch der Luftwaffenstützpunkt Beja und die Wohnanlage Beja wurden nur noch sporadisch ausgebaut. Die Kosten der Basen waren aufgrund der Etatkürzungen im Haushalt des BMVg nicht mehr tragbar, zudem hatte sich die NATO-Strategie verändert. Die NATO hatte sich 1967 für die *flexible Response* aus Kostengründen und der Einsicht entschieden, dass eine solche flexible Reaktion auf die sowjetische Bedrohung den vorhandenen Streitkräften eher entsprach.⁴⁶²

Aufgrund der Entscheidung des obersten NATO-Oberkommandos die Atomwaffen nach 1966 nur als letztes Mittel einzusetzen, musste die Bundesrepublik Deutschland ihre Verteidigungsstrategie überdenken. Sie war nicht allein: Alle Frontstaaten der NATO, also auch Griechenland, Italien und die Türkei standen der neuen Verteidigungsstrategie der NATO mit Misstrauen gegenüber.⁴⁶³

⁴⁶¹ BArch BW 1/373997. VR II 4 am 24. Februar 1966 Vertragsverhandlungen Portugal.

⁴⁶² Kruger 2008, S. 212. Weder Frankreich noch Großbritannien hatten die von der NATO geforderte Aufrüstung in dem geplanten und abgestimmten Maße durchgeführt. Im Jahr 1966 waren die Regierung und die Armee Großbritanniens und der USA der Ansicht, dass ein konventioneller Krieg wahrscheinlicher war, als ein atomarer und dass die eigenen Kräfte stark genug seien, um einen sowjetischen Angriff aufzuhalten. Sie wollten den Atomwaffeneinsatz als politisches Instrument einsetzen. Die britische Marine hatte von den USA U-Boote zur Verfügung gestellt bekommen, die mit Atombomben bestückt waren. Vgl. Daniels, R. J. (2004): *The End of an Era. The Memoires of a Naval Constructor*. Cornwall. Daraus resultierte nicht nur eine engere Anlehnung Großbritanniens an die USA, sondern auch der NATO-Austritt Frankreichs 1966 und de Gaulles Veto bei der Aufnahme Großbritanniens in die EWG 1967.

⁴⁶³ Kruger 2008, S. 215.

Das BMVg unter Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder zog aus der prekären Haushaltslage und der neuen NATO-Strategie seine Konsequenzen und überprüfte alle im Ausland befindlichen Vorhaben. Diese Überprüfung sorgte zum einen für einen Baustopp und zum anderen dafür, dass Rüstungsaufträge nur noch sehr sparsam an die NATO-Alliierten vergeben wurden. Die Einschränkung der Vergabe von Rüstungsaufträgen an Portugal hatte jedoch, wie bereits gezeigt, auch den Grund, dass die heimische bundesdeutsche Industrie aufgrund von fehlenden externen Aufträgen staatseigene Aufträge erhielt (vgl. Tabelle 10).

Tabelle 10: Verträge und Abkommen seit 1960 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 110255)

Sachgebiet	Nummer	Bezeichnung des Vertrages	Datum der Vertragsunterzeichnung
A ⁴⁶⁴	1	Verwaltungsvereinbarungen	15.01.1960
A	2	Interministerielle Vereinbarung (Wortprotokoll)	11.07.1960
A	3	Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut über die Rechtstellung der in Portugal stationierten Bundeswehrangehörigen	05.12.1968
A	6	Abkommen über die Zusammenarbeit in Kriegszeiten 3 Blatt	16.01.1962
A	7	Abkommen über die Gültigkeitsdauer der Vereinbarungen	05.12.1968
B ⁴⁶⁵	8	Hauptabkommen über die Luftwaffenbasis Beja	16.12.1960
B	9	Zusatzabkommen zum Hauptabkommen über die Stärke des in Portugal zu stationierenden Personals	16.01.1962
B	10	Zusatzabkommen zum Hauptabkommen über die Einstellung und Ausbildung von technischem Personal für die Luftwaffenbasis Beja	19.10.1962
B	11	Zusatzvereinbarung zum Hauptabkommen über die Nutzung und den Betrieb der Luftwaffenbasis Beja	24.03.1966
B	12	Zusatzabkommen zum Hauptabkommen über die Nutzung der Luftwaffenbasis Beja durch Luftverkehrsgesellschaften	22.05.1969
B	13	Vereinbarung für den Wohnbereich Beja	12.06.1964
B	14	Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung für den Wohnbereich Beja über die Abgabe von Wohnungen des Wohnbereichs	05.12.1968
B	15	Vereinbarung über die Verwaltung des Wohnbereichs Beja	05.12.1968
C ⁴⁶⁶	17	Grundvertrag über die Instandsetzung von Flugzeugen und Luftwaffengerät der deutschen Luftwaffe bei den OGMA	16.01.1962
C	18	Zusatzabkommen zum Grundvertrag über den Ausbau der OGMA	19.10.1962
C	19	Zusatzabkommen zum Grundvertrag über die Triebwerkinstandsetzung (TRITON)	29.04.1965
D ⁴⁶⁷	20	Abkommen über die Regelung der Arbeitsbedingungen für das portugiesische Zivilpersonal bei der Bundeswehr	05.12.1968
E ⁴⁶⁸	21	Fernmeldeabkommen	04.11.1963

⁴⁶⁴ Verträge allgemeiner Natur A.

⁴⁶⁵ Verträge über die Luftwaffenbasis Beja B.

⁴⁶⁶ Verträge in Zusammenhang mit den OGMA C.

⁴⁶⁷ Verträge über die Dienstleistungen durch portugiesisches Zivilpersonal D.

E	22	Zusatzvereinbarungen zum Fernmeldeabkommen über das Fernmeldezentrum Evora	29.04.1965
E	23	Zusatzvereinbarung zum Fernmeldeabkommen über Zuweisung und Gebrauch von Frequenzen	01.03.1967
F ⁴⁶⁹	24	Abkommen über den Bau eines Munitionslagers	12.06.1964
F	25	Abkommen über den Bau von Krankenhäusern	05.11.1963
F	26	Abkommen über die Hafenanlage auf der Halbinsel Troia	16.01.1962

In Portugals Süden, der wirtschaftlich hinter dem industrialisierten Norden und den Städten hinterherhinkte, in der Provinz Alentejo gab es vor 1966 keine großen portugiesischen Militärbasen. Aufgrund der Abgeschlossenheit Bejas wollte der Bundesverteidigungsminister den größten Luftwaffenstützpunkt der BRD im Ausland genau dort errichten. Das Hauptabkommen über die Errichtung des Luftwaffenstützpunkts bei Beja wurde im Dezember 1960 von beiden Seiten abgeschlossen.⁴⁷⁰ Die Pläne im BMVg sahen vor, einen Luftwaffenstützpunkt bei Beja zu errichten, weil die Bundeswehripiloten dort abgeschirmt von der deutschen Öffentlichkeit trainieren und im Notfall ihre Einsätze auch von dort fliegen konnten. Hier sollten die Piloten mit den neuen amerikanischen Düsenjets vom Typ F-104 G Starfighter der Firma Lockheed den Ernstfall trainieren. Alle Staffeln der F-104 G Starfighter unterstanden dem Befehl der NATO, da sie sowohl Teil der *Strike Force* als auch für den konventionellen Krieg gedacht waren. Der andere Düsenjet, die Fiat G-91, die ebenfalls im Dienst der Bundesluftwaffe stand, war nur für die konventionelle NATO-Strategie gedacht, sollte aber ebenso in Beja stationiert werden.⁴⁷¹

Die Bundesrepublik Deutschland hatte von der US-amerikanischen Firma Lockheed 1958 eine Lizenz zur Fertigung von nicht weniger als 600 F-104 G Starfighter erworben. Die Bundesrepublik Deutschland schöpfte diesen Rahmen aber von vornherein nicht aus, sondern verkaufte einige F-104 G Starfighter nach Norwegen. Zeitweise wurde auch über einen Verkauf an Portugal spekuliert, jedoch ohne Ergebnis.⁴⁷² In Europa wurde der Starfighter auch noch in Italien, Belgien und den Niederlanden in Lizenz nachgebaut.⁴⁷³

Die F-104 G Starfighter waren von Anfang an in der deutschen Innenpolitik, aber auch unter den Piloten umstritten. Denn die Umrüstung der F-104 G Starfighter zu einem

⁴⁶⁸ Verträge über Fernmeldewesen E.

⁴⁶⁹ Andere Verträge F.

⁴⁷⁰ PA AA, Zwischenarchiv 110255 Deutsch-portugiesische Verträge auf dem Verteidigungssektor, Basis Beja, Verteidigungspolitik 1977-1978.

⁴⁷¹ Kruger 2008, S. 208.

⁴⁷² ADN 001 02 UI 06 Gabinete do Ministro da Defesa Nacional. N. 56 1960 Visita do Ministro da Defesa Alemão.

⁴⁷³ ADN SGDN 02 5521 Cx. 2864. Peça 1.

konventionellen Jagdbomber machte diese Flugzeuge unwirtschaftlich. In dieser Funktion wurden sie nicht mehr gebraucht, da sie für die konventionelle Bodenunterstützung zu wetteranfällig und zu ungenau waren.⁴⁷⁴ Bis zur Ausmusterung sollten von den insgesamt 927 eingesetzten Starfightern 270 abstürzen.⁴⁷⁵

Bevor jedoch Düsenjets der Bundeswehr in Beja stationiert werden konnten, mussten beide Seiten noch eine ganze Reihe von Details klären. Unter dem Decknamen Basis Nr. 11 in der portugiesischen Behördenschreibweise nahm das Projekt bei mehreren Besuchen 1962 und 1963 Gestalt an. Verbindungsmann des BMVg zum portugiesischen Verteidigungsministerium wurde der Militärattaché der Botschaft Lissabon, Oberst Herbert Becker. Er hatte sich auch schon bei den Munitionsaufträgen für die portugiesische Regierung verdient gemacht und wurde von der Bundeswehr aufgrund seiner Leistungen zum General erhoben. Die gesamte Berichterstattung über die Pläne der Bundeswehr in Portugal unterstand weiterhin der höchsten Geheimhaltungsstufe. Das AA vermerkt dazu 1964: „*das Bundesministerium der Verteidigung legt Wert auf eine weitgehende (auch interne) Geheimhaltung aller Vertragsgegenstände.*“⁴⁷⁶

Da die Bundeswehr sich nach 1963 wieder auf einen konventionellen Krieg einrichtete und durch die Voranstellung einer Präambel zum deutsch-französischen Freundschaftsvertrag (Elysee-Vertrag) die Bundesregierung sich klar zur anglo-amerikanischen Position und Verteidigungsstrategie bekannte, wurde die Stationierung der US-amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland verlängert, obwohl wenige Truppen abgezogen wurden.⁴⁷⁷

Das Projekt der Luftwaffenbasis Nr. 11, offiziell vom portugiesischen Verteidigungsministerium als portugiesische Luftwaffenbasis deklariert, wurde mit Hochdruck weiter forciert. Das Hauptabkommen über den Stützpunkt Beja wurde am 16. Dezember 1960 geschlossen und sah die Errichtung eines Luftwaffenstützpunktes bei Beja mit zwei Landebahnen, zwei große Hangars, einem Kontrollturm, Truppenunterkünften und weiteren Einrichtungen der Bundesluftwaffe zur Stationierung von Düsenjets F-104 G Starfighter vor (Vgl. Abbildung 12).

⁴⁷⁴ Kruger 2008, S. 210–211.

⁴⁷⁵ Die Zeit/dpa am 4. August 2009. Politikskandale der Bundesrepublik Deutschland. Weniger kritisch ein Artikel der Zeit vom 18. Dezember 1959. Warum Bonn Starfighter kauft. Hier wird vor allem der verteidigungspolitische Aspekt positiv herausgearbeitet und die Einrichtung einer eigenen Militärfliegerindustrie eine Absage erteilt.

⁴⁷⁶ PA AA, B 26, Bd. 269. Vermerk Anlässlich des Dienstantritts des neuen portugiesischen Botschafters Manuel Homem de Mello.

⁴⁷⁷ Kruger 2008, S. 196.

Die Pläne sahen vor, dass der Stützpunkt Beja in Friedenszeiten mit 6.000 und in Kriegszeiten mit 7.000 Bundeswehrsoldaten belegt werden sollte.

Im Jahr 1963 begannen die Bauarbeiten an dem Luftwaffenstützpunkt Beja mit portugiesischen Bauarbeitern, deutschen Ingenieuren und deutschem Material, das zollfrei nach Portugal eingeführt wurde. Die Stadt Beja musste vor dem Baubeginn an das Straßennetz in der Provinz Alentejo angeschlossen werden. Die portugiesische Regierung übernahm, wie vertraglich vereinbart, den Aufbau der Infrastruktur zur Erschließung Bejas, um die deutschen Stützpunkte durch neue Straßen miteinander zu verbinden.⁴⁷⁸ Neben einer modernen Straße sollte 1965 auch eine Eisenbahnlinie dorthin gebaut werden. Der Plan wurde jedoch nicht weiterverfolgt.⁴⁷⁹ Im selben Jahr berichtete die Bundeswehrzeitschrift Wehrdienst in einem großen Artikel über die Vorhaben der Bundeswehr in Portugal. Unter dem Titel *Bundeswehr zieht Netz militärischer Stützpunkte über Portugal* wurden die Vorhaben beschrieben und deren strategische Bedeutung als die wichtigsten in der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland herausgehoben.⁴⁸⁰

Obwohl der Bau an dem Stützpunkt begann, waren wichtige Details noch immer nicht geklärt und Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der deutschen Soldaten sowie die Gerichtsbarkeit blieben ungeklärt und machten weitere Gespräche nötig.

Als der portugiesische Verteidigungsminister, General Gomes de Araujo, mit seinem Kollegen, Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel, im Juni 1964 auf der Harthöhe in Bonn zur ersten größeren Besprechung zusammentraf, wurde über sogenannte *Erleichterungen* gesprochen. Der Besuch erfolgte auf Einladung des Bundesverteidigungsministers und als Erwiderung des Besuches von Staatssekretär von Hopf ein Jahr zuvor in Portugal. Hauptthema der Besprechungen waren die *Erleichterungen* für die Bundeswehr in Portugal als Gegenleistung für die Baukosten der Basen und die Stationierung von Bundeswehrangehörigen der Bundesrepublik Deutschland. Für den Stützpunkt Beja wurden folgende *Erleichterungen* festgelegt:

„Solche der Ausbildung für die deutsche Luftwaffe auf der Flugbasis Nr. 11, die sich in der Gegend von Beja im Bau befindet, und für die Landstreitkräfte auf dem Übungsplatz von Santa Margarida zu denselben Bedingungen, die den Mitgliedstaaten des Nato-Bündnisses untereinander gewährt werden können und die den Streitkräften der deutschen Bundesrepublik in Frankreich und Großbritannien zugestanden worden sind.“

⁴⁷⁸ ADN SGDN 02 5492 Cx. 2859. Peça 1.

⁴⁷⁹ ADN SGDN 02 5673 Cx. 2890. Peça 9.

⁴⁸⁰ ADN SGDN 02 5913 Cx. 2947. Peça 4. Artikel der Zeitschrift Wehrdienst vom 9. Juli 1965.

Mit den gleichen Bedingungen der Stationierung der alliierten Streitkräfte in Beja war nichts anderes als die Gewährung des NATO-Truppenstatutes⁴⁸¹ gemeint, dass die portugiesische Regierung nur widerwillig der Bundeswehr in Beja einräumte. Die ersten Düsenjäger der Bundesluftwaffe wurden 1964 auf dem Luftwaffenstützpunkt stationiert. Noch 1964 wollte das BMVg den Stützpunkt in vollem Umfang nutzen und aufbauen. Das AA war bereits zu diesem Zeitpunkt wenig von dem Bau der Stützpunkte und der Stationierung von Düsenjägern in Portugal angetan. Dass von Welck die Angelegenheit nochmals mit dem NATO-Referat besprechen wollte, ist ein Indiz für diese Haltung.

„Am 21. Januar hat mich Herr Staatssekretär Hopf angerufen und noch einige politische Erklärungen zu der Ordensverleihung gegeben. Ohne die besondere Hilfe des Verteidigungsministers wäre es praktisch nicht möglich gewesen, aus dem portugiesischen Luftraum sozusagen einen erweiterten deutschen Luftraum zu schaffen. Schon jetzt stehen 100 Maschinen des Typs 104 in Portugal, weitere 600 Maschinen sollen folgen. Mit diesen Maschinen in der Bundesrepublik zu fliegen, sei aus verschiedenen Gründen kaum möglich. Landebasen seien bereits im Bau, ebenso wie Reparaturwerkstätten für Flugzeuge. Ferner sei Portugal zu einer wichtigen Nachschubbase für unsere Luftwaffe geworden. Schliesslich sei auch das Fernmeldesystem zum Teil nach Portugal verlagert worden, es würde laufend ausgebaut. Ein Teil der vorgebrachten Argumente befindet sich bereits in dem Vermerk des Chefs des Protokolls vom 14. Januar. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte hat Herr Staatssekretär Hopf, die Angelegenheit wohlwollender Prüfung zu unterziehen. Meinem persönlichen Eindruck nach ist es schwer, sich den Argumenten zu verschliessen, und wir sollten sie auch nochmals mit dem NATO-Referat überprüfen.“⁴⁸²

Die Entscheidung war deshalb umstritten, weil der Stützpunkt Beja eben kein NATO-Stützpunkt war, sondern ein Stützpunkt der Bundeswehr, auf der nur den Streitkräften Portugals das Recht eingeräumt wurde, im Notfall Truppen und Gerät zu stationieren, nicht aber anderen NATO-Partnern. Das BMVg machte sich damit erpressbar und reihte sich hinter die anderen NATO-Verbündeten USA und Großbritannien ein, die mit dem Azorenstützpunkt ähnliche Erfahrungen machten.

Truppenübungsplatz Santa Margarida

Der Truppenübungsplatz in Santa Margarida sollte ursprünglich von einer Panzerbrigade der deutschen Bundeswehr genutzt werden. Noch 1965 ließ Verteidigungsminister von Hassel während seines Besuchs anfragen, ob eine Nutzung durch Heeresstreitkräfte der Bundeswehr möglich war. Jedoch fand eine Stationierung von Bodenstreitkräften der Bundeswehr nicht statt, weil das portugiesische Heer diesen Übungsplatz selbst benötigte und das Gelände für die Nutzung einer ganzen Brigade, dazu noch mit

⁴⁸¹ Eingeführt 1951 von den damaligen NATO-Staaten regelt das NATO-Truppenstatut den Aufenthalt von NATO-Soldaten während der Stationierung in anderen NATO-Staaten.

⁴⁸² PA AA, B 26, Bd. 271. Bonn, 22. Januar 1964 Stellvertreter Chef des Protokolls Welck.

schweren Panzern, nicht geeignet war (Vgl. Abbildung 17). Ein zusätzliches Problem war die Zugänglichkeit des Geländes. Bis zum Bau einer Straße nach Santa Margarida mussten alle Truppen mit dem Flugzeug dorthin transportiert werden. Die Panzerbrigade der Bundeswehr hätte demnach sogar mit einem Sonderzug zum Trainingsgelände geschafft werden müssen, da die Panzer vom Typ M-48 Patton selbst zu schwer für die zu bauende Straße waren.⁴⁸³ Obwohl sich die portugiesischen Behörden mühten, eine Lösung für das Problem zu finden, fand die Stationierung einer Panzerbrigade vor 1978 nicht statt.⁴⁸⁴

Die *Erleichterungen* wurden an die Dauer des NATO-Vertrages gekoppelt. Eine Übereinstimmung wurde über diese getroffen, „ohne dass die Ausbildung der bewaffneten portugiesischen Streitkräfte beeinträchtigt wird.“⁴⁸⁵

Im portugiesischen Außenministerium hatte Botschafter Homem de Mello über den Besuch von General Gomes de Araujo berichtet und sein Ministerium über die Unkenntnis des AA über die Projekte der Bundeswehr in Portugal aufgeklärt.⁴⁸⁶

Lediglich ein Bericht der Botschaft Lissabon legt über die Existenz des Stützpunkts Beja Zeugnis ab. Alle anderen Projekte schienen dem AA unbekannt zu sein. Aus dem Bericht der Botschaft geht hervor, dass die portugiesische Bevölkerung der Einrichtung eines deutschen Stützpunkts skeptisch gegenüberstand und wenig Hoffnung in die Baumaßnahmen und Industrialisierungsprojekte legte. „In Kreisen der gerade in Beja zahlreichen liberalen Oppositionellen [wird] bereits das böse Wort von einer deutschen Besatzungsmacht geprägt.“ Die Hauptsorge galt jedoch den deutschen Bundeswehrangehörigen und ihren Familien, die mit Hilfe eines deutschen Instituts und landeskundlichen Schulungen in die portugiesischen Verhältnisse eingewiesen werden sollten, wie es die Botschaft in ihrem Bericht abschließt.⁴⁸⁷

Die deutsche Medienlandschaft berichtete nur wenig über die deutschen Basen. Wenn etwas berichtet wurde, dann befassten sich die Journalisten vor allem mit dem Luftwaffenstützpunkt. Die Berichterstattung war vor allem kritisch aufgrund der finanziellen Ausgaben. Ein Beispiel für die damalige Berichterstattung ist ein Zeitungsartikel des Handelsblattes. Nach einem Bericht vom 1. September 1965 über den Vertrag über den Stützpunkt Beja, wurde das gesamte Vertragswerk von den

⁴⁸³ AHM FO 007 A 57 83 4.

⁴⁸⁴ Für die Nutzung und Entwicklung nach 1978 kann keine Aussage getroffen werden. Die Panzerbrigade sollte 1965 eine Stärke von 3.300 Mann mit 750 Fahrzeugen, etwa 80 Panzer sowie 150 gepanzerte Fahrzeuge umfassen.

⁴⁸⁵ PA AA, B 26, Band 194. Bericht von Botschafter Schaffarczyk.

⁴⁸⁶ PEA M 336 A. Relacoes bilaterais com a Portugal.

⁴⁸⁷ PA AA, B 26, Band 316.

Redakteuren als „Preußisch-Eylau“⁴⁸⁸ aufgrund der finanziellen Kosten und die vergleichsweise geringen Nutzungsmöglichkeiten bezeichnet.⁴⁸⁹ Artikel wie der des Handelsblattes waren jedoch selten, auch weil die Maßnahmen für die Geheimhaltung auch aufseiten Portugals mit Nachdruck betrieben wurden.⁴⁹⁰

Aufgrund dieser Geheimhaltungsmaßnahmen wurde auch den beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Jäger (CDU) und Dr. Karl Mommer (SPD) ein Besuch des Stützpunkts bei Beja verweigert. Der portugiesische Botschafter Homem de Mello selbst versagte den beiden am 11. Oktober 1968 einen Besuch. Dieser wurde abgelehnt, da nur Delegationen des BMVg den Stützpunkt besuchen durften. Alles andere hätte zu viel Aufsehen erregt.⁴⁹¹ Beide waren darüber sehr verärgert, vor allem Dr. Jäger, der schon oft in Portugal war. In seiner Funktion als Justizminister war er maßgeblich daran beteiligt, dass deutsches Recht in Portugal kodifiziert wurde. Die beiden Bundestagsabgeordneten wollten den Stützpunkt besuchen, weil die Bauarbeiten gestoppt werden sollten.

Dr. Jäger selbst gab in einem Telegramm am 8. November 1967 Botschafter Homem de Mello zu verstehen, dass die Bauarbeiten in Beja aufgrund von Engpässen im Bundeshaushalt gestoppt wurden. Sowohl Dr. Jäger als auch Dr. Gumbel vom BMVg teilten der portugiesischen Botschaft und der portugiesischen Atlantikkommission mit, dass die Bauarbeiten in Beja aus Kostengründen abgebrochen werden mussten.⁴⁹²

2.3.3 Baustopp und Neuorientierung

Verteidigungsminister Strauß, der den Bau der Basen geplant hatte, musste aufgrund der vielen Korruptionsaffären bei Waffengeschäften 1962 zurücktreten.⁴⁹³ Sein Nachfolger Kai-Uwe von Hassel beließ die Stützpunkte nach ihrem ursprünglichen Plan und erst der ehemalige Außenminister Gerhard Schröder kürzte die Pläne während seiner Leitung des BMVg 1966 zusammen.

⁴⁸⁸ Die besonders blutige Schlacht bei Preußisch-Eylau im Jahr 1807 brachte weder für Napoleons Frankreich noch für das zaristische Russland und das Verbündete Preußen einen signifikanten Vorteil. Beide Seiten erlitten hohe Verluste und die Schlacht endete Unentschieden.

⁴⁸⁹ PEA M 336 B.

⁴⁹⁰ In den entsprechenden Akten der Presseattachés ließen sich nur wenige deutsche Artikel über den Stützpunkt finden. Portugiesische fehlten völlig.

⁴⁹¹ PEA M 337. N° 332.30 Relacoes Politicas de Portugal com a Alemanha. Pedido Para os Dr.s. Jaeger e Mommer sejam recebidos pelo Presidente do Conselho Dr. Marcelo Caetano.

⁴⁹² Ebd. Telegramm vom 8. November 1967.

⁴⁹³ Strauß stolperte über die Spiegel-Affäre 1962 und musste nach dem Protest unter anderem durch die FDP zurücktreten.

Erst als die Pläne nach und nach aufgegeben wurden, reagierten auch die Medien in Deutschland. Die ARD-Sendung Monitor⁴⁹⁴ berichtete im Januar 1968 in einer Reportage über den Stützpunkt unter dem Titel *Fehlplanung für 200 Millionen DM*.⁴⁹⁵ Das Projekt sollte, laut Monitor, insgesamt 600 Millionen DM kosten, es wurden aber bis 1968 lediglich 200 Millionen DM ausgegeben, weil der Bau frühzeitig gestoppt worden war. In einer Verhandlung vor dem Bundestag wurde festgestellt, dass der Luftwaffenstützpunkt weiter benötigt wurde und deshalb nicht vollständig aufgegeben werden konnte, wie einige Mitarbeiter des BMVg erwogen hatten.

Der Stützpunkt Beja war wertlos geworden, wie das BMVg anlässlich der Ministerbesprechung im Juli 1967 vermerkte. Zum einen, weil sowjetische Mittelstreckenraketen auch Portugal erreichen konnten und zum anderen, weil durch den NATO-Austritt de Gaulles die Überflugrechte nicht nur über Spanien, sondern auch über Frankreich ungeklärt blieben. Hinzu kam, dass die Haushaltslage des BMVg nach Kürzungen angespannt war, die Kriegslogistik für die F-104 G Starfighter sich als problematischer erwies, als zuvor kalkuliert sowie das Volumen des Kriegsvorrates sich von 90 auf nur noch 20 Kampftage und weitere 10 Kampftage für Versorgungsartikel reduziert hatte. Der letzte und zugleich wichtigste Grund jedoch war, dass die Ausbildungsmöglichkeit für bundesdeutsche Jetpiloten in Portugal begrenzt war. Da zunächst durch das portugiesische Verteidigungsministerium kein Schieß- und Bombenabwurfplatz zur Verfügung gestellt werden konnte.

Aufgrund der geänderten Konzeption des Stützpunkts Beja sah sich das BMVg nicht in der Lage, Versprechungen gegenüber dem portugiesischen Verteidigungsministerium zu machen, die eine Benutzung und Fertigstellung des Stützpunkts Beja betrafen. Die Konzeption zur Nutzung des Stützpunkts Beja, aber auch der anderen Basen in Portugal hatte sich in Richtung *Umschlag und Instandsetzung* verschoben. Alle Basen der Bundeswehr in Portugal wurden auf diese Konzeption hin untersucht und die, die nicht integriert werden konnten, wurden zurückgestellt oder fallen gelassen.

Das BMVg gab zur ihrer neuen Konzeption ein Memorandum heraus, dass die neuen Ziele und die veränderten Strategien hinter der Stationierung der Bundeswehrsoldaten in Portugal erklären sollten. Dieses Memorandum wurde zum *ceterum censeo* der deutschen Botschafter in Portugal. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit erklärten die

⁴⁹⁴ Es blieb der einzige Fernsehbericht über den Stützpunkt Beja, der zudem recht spät erfolgte sehr zum Ärgernis der CDU-Regierung. Adenauer wollte mit Vorgänger des ZDF 1961 eine eigene staatseigene Rundfunkanstalt als Gegenpol zur ARD gründen, weil die ARD in ihrer Berichterstattung ihm und der CDU zu linksliberal ausgerichtet war.

⁴⁹⁵ BArch BW 1/373996. Beschaffungswesen Auslandskäufe Portugal 1964-1968.

Beamten des AA ihren portugiesischen Kollegen, dass weitere finanzielle Aufwendungen nun nicht mehr von der Bundesregierung getragen werden konnten und die deutschen Stützpunkte in Portugal aus Kostengründen teilweise aufgegeben werden mussten.

„Seit dem Abschluß der grundlegenden Verträge zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland sind gewisse Entwicklungen auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet eingetreten, die die Bedeutung aller Bundeswehrvorhaben in Portugal in einem neuen Licht erscheinen lassen. Diese Entwicklung, die außerhalb der Verantwortung der beiden Länder liegt, hat zum Bedauern der Bundesregierung bestimmte Einschränkungen der ursprünglichen Planung zur Folge.“⁴⁹⁶

Allerdings bauten die Beamten des BMVg auch noch eine Klausel in das Memorandum ein, dass eine eventuelle weitere Nutzung der bestehenden Basen und einen weiteren Bau einiger besonders wichtiger Vorhaben nicht ausschloss.

„Die erhebliche finanziellen Aufwendungen der Bundesrepublik Deutschland, die auch bei einem eingeschränkten Programm noch zu leisten wären, können von der Bundesregierung nur dann verantwortet werden, wenn künftig ein einwandfreies Funktionieren und die volle Nutzung der Bundeswehr-Einrichtungen in Portugal sichergestellt sind.“⁴⁹⁷

Das BMVg stellte eine Reihe von Forderungen an die portugiesische Regierung für die weitere Errichtung der Basen und vor allem des Luftwaffenstützpunkts Beja. Zwei Forderungen fielen besonders ins Gewicht:

„[Die] vertragliche Sicherstellung einer langfristigen Nutzung aller Bundeswehr-Einrichtungen in Portugal und die Anwendung des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtstellung ihrer Truppen vom 19.6.1951, insbesondere Garantie der uneingeschränkten Ein- und Ausfuhr des von der Bundeswehr in Portugal benötigten Materials.“⁴⁹⁸

Die Aufrechterhaltung der Basen machte für das BMVg nur dann einen Sinn, wenn sie langfristig und uneingeschränkt den Luft- und Seeraum Portugals nutzen konnte. Die letzte Forderung war aus den Erfahrungen mit der Vergabe der Überflugrechte seitens Frankreichs und Spaniens gewonnen worden. Beide Staaten behielten sich im Verteidigungsfalle vor, die Gewährung von Überflugrechten für Flugzeuge der Bundesluftwaffe von Fall zu Fall entscheiden zu wollen.

Es wurde zudem explizit festgestellt, dass selbst die Verweigerung der französischen und der spanischen Regierung, Flugzeuge der Bundesluftwaffe im eigenen Luftraum zu dulden, kein wesentlicher Grund für die Änderung der Konzeption war, weil die Stützpunkte dennoch aus der Luft und von See her erreicht werden konnten.⁴⁹⁹

⁴⁹⁶ BArch BW 1/373995.

⁴⁹⁷ BArch BW 1/373995.

⁴⁹⁸ BArch BW 1/373995.

⁴⁹⁹ BArch BW 1/373995.

Übergangsweise wurde von einer umgehend entsandten bundesdeutschen Delegation vorgeschlagen, den Stützpunkt Beja von der Lufthansa als Ausbildungsbasis für deren Piloten nutzen zu lassen. Die niederländische KLM und die portugiesische TAP hatten zwischenzeitlich angedacht, dort ebenfalls ihre Piloten zu schulen. Die Bundesluftwaffe hatte keine Einwände, solange die Nutzung zeitlich begrenzt blieb. Die Nutzung der Stützpunkte durch private deutsche Firmen, wie den Olympia-Werken, wollte das BMVg aus diesen Gründen nicht gestatten. Eine Vermietung an die deutsche Privatwirtschaft hätte keinen Sinn gehabt, da im Verteidigungsfall das BMVg besondere vertragliche Regelungen hätte einhalten müssen und sich eventuell sogar hohen Schadensersatzforderungen gegenübersehen hätte.

Von portugiesischer Seite wurde vorgeschlagen, Beja als Umschlagsplatz für den Luftfrachtverkehr von Europa nach Nord- und Südamerika sowie Afrika zu benutzen. Die fertigen Gebäude in Beja sollten nach portugiesischer Auffassung zur Lagerung von Getreide genutzt werden. Dazu vermerkte Staatssekretär von Hase: *„Jede sinnvolle Nutzung Bejas wird von der deutschen Regierung unterstützt werden, wenn sie nicht die Interessen der deutschen Seite beeinträchtigen.“*⁵⁰⁰ Die Situation für die Bundeswehr und im Speziellen für die Bundesluftwaffe war schwierig, weil die Kanadier ihre Truppen aus Europa abziehen wollten und dabei auch ihren Anteil an der Nutzung des Stützpunktes *Decimomanus*⁵⁰¹ auf der Insel Sardinien aufgeben wollten. Die Bundesluftwaffe nutzte den Stützpunkt zur Hälfte und befürchtete höhere Nutzungskosten. Das BMVg musste zudem auch noch andere Stützpunkte finanzieren. Die Lage in Libyen war zum Beispiel unklar, weil die US-Streitkräfte dort mit *Wheels* einen Stützpunkt hatten, auch das BMVg an dem Stützpunkt beteiligt war und dieser unbedingt gehalten werden sollte.⁵⁰² Der Haushalt des BMVg konnte diese Stützpunkte nicht alle finanzieren, zumal nicht alle Stützpunkte den veränderten strategischen Anforderungen entsprachen.

Im Zuge der Haushaltskürzungen und der Überlegungen im BMVg den Stützpunkt für unbestimmte Zeit zu vermieten, fragte auch die niederländische Regierung 1967 an, um im Rahmen der NATO-Abkommen eigene Flugzeuge in Beja zu stationieren. Prinzipiell stand das BMVg der Bitte positiv gegenüber, jedoch wünschte es keinen militärischen, sondern einen zivilen Partner, um bei Bedarf den Stützpunkt möglichst schnell

⁵⁰⁰ PA AA, B 26, Band 400.

⁵⁰¹ Die Bundesluftwaffe nutzt diesen Stützpunkt bis heute weiter.

⁵⁰² Die Bundesluftwaffe besaß mehrere Stützpunkte im Rahmen der NATO Strategie, hatte aber in keinem anderen Land einen Stützpunkt in diesem Ausmaß gebaut. Welche Rolle die Bundesluftwaffe auf *Wheels* einnahm und ob sie den Stützpunkt auch heute noch nutzt, ist dem Autor nicht bekannt.

militärisch für ihre Zwecke benutzen zu können.⁵⁰³ Diese verschiedenen Ansätze wurden nicht mehr umgesetzt, weil die Portugiesen nach langen und harten Verhandlungen im Jahr 1968 der Bundesluftwaffe einen Schieß- und Übungsplatz zur Verfügung stellten. Um die Besprechungen über den Stützpunkt Beja und das Projekt Alverca mit dem portugiesischen Verteidigungsministerium nach 1968 zu vertiefen, war Staatssekretär des BMVg von Hase am 26. September 1969 nach Portugal gereist. Er und seine Frau hatten sich schon vom 18. bis 21. September 1969 privat in Lissabon aufgehalten und dort ihren Urlaub verbracht.⁵⁰⁴ Von Hase schrieb am 26. August 1969 zur Vorbereitung in einem Brief an Botschafter Schmidt-Horix von seinem bevorstehenden Besuch auf Einladung des portugiesischen Verteidigungsministers, General Sá Viana de Rebelo. Begleitet wurde er von seiner Ehefrau, seinem Referenten, Regierungsdirektor Ulrich Beyer, zugleich Stabsoffizier, Oberstleutnant i.G. Manfred Philipp und dem Leiter des Referates VR II 4, Ministerialrat Karl-Heinz Backes, der die Verantwortung für die mit Beja zusammenhängenden Fragen innehatte. Bei den Besprechungen war die Frage nach der Benutzung des Schießplatzes in Alcochete von zentraler Bedeutung. Die Mitbenutzung des Schießplatzes durch die Luftwaffe hatte General Steinhoff aufgrund der Schwierigkeiten des BMVg, in der Bundesrepublik Deutschland ein geeignetes Gelände zu finden, empfohlen. Während des Besuchs sahen sich von Hase und seine Delegation auch den Stützpunkt Beja an und besuchten die Einrichtungen der Bundesluftwaffe.

Die auf dem Stützpunkt Beja stationierten Jagdbomber Fiat G-91 und Starfighter F-104 G konnten ab 1971 in Alcochete ihre Schieß- und Bombenabwurfübungen auch mit scharfer Munition abhalten. Obwohl in dem Hauptabkommen über den Stützpunkt Beja aus dem Jahr 1960 die Benutzung eines Schieß- und Übungsplatzes deutlich negiert worden war.⁵⁰⁵

Auf dem Stützpunkt Beja wurde auch nach 1971 noch gebaut, denn durch die Nutzung eines Schießplatzes hatte der Stützpunkt wieder an Wert für die Pilotenausbildung gewonnen. In den Luftwaffenstützpunkt Beja und in den Wohnbereich Beja sollten nach 1971 neunehalb Millionen DM investiert werden, um den Stützpunkt nutzen zu können. Für den Verteidigungsfall war außerdem durch das BMVg vorgesehen, weitere

⁵⁰³ PEA M 337. N° 332.30 Relacoes Politicas de Portugal com a Alemanha. Pedido Para os Dr.s. Jaeger e Mommer sejam recebidos pelo Presidente do Conselho Dr. Marcelo Caetano.

⁵⁰⁴ PEA M 606.

⁵⁰⁵ BArch BW 2/8455.

elf Millionen DM bereitzustellen, um die Kapazität des Treibstofflagers zu erhöhen (Vgl. Tabelle 11).

Tabelle 11: Laufende Kosten während eines möglichen Kriegesfalles 1971 (Quelle: BArch BW 2/8455)

Nutzung der Basis Beja im V-Fall Erhöhung der Treibstoff-Lager-Kapazität	11 Mio. DM
---	------------

Ein Jahr später, 1972, kam es zu einem Zwischenfall auf dem Schießplatz Alcochete. Eine Bauernhütte wurde durch einen Querschläger getroffen. Jedoch hatten die Bewohner das Glück, das sie sich zum Zeitpunkt des Bombeneinschlags nicht in der Hütte befanden. Daraufhin wurde die Benutzung des Schießplatzes einseitig durch die portugiesische Regierung gesperrt, um die dort noch eventuell wohnenden Menschen zu evakuieren. Die portugiesischen Behörden hatten versäumt, das Areal zu kontrollieren und abzustecken. Die Sperre wurde, weil die Rechtslage in diesem Fall unklar war, ausgedehnt und die Luftwaffe durfte für den Rest des Jahres 1972 keine Schieß- oder Bombenabwurfübungen mehr über Alcochete durchführen. In der weiteren Besprechung über das Schicksal des Übungsplatzes und des Luftwaffenstützpunktes Beja machte der portugiesische Verteidigungsminister darauf aufmerksam, dass die Nutzung des Schießplatzes bei Alcochete bald eingestellt werden musste, da der Flughafen Lissabon-Portela auf Beschluss der Regierung ausgebaut wurde. Für die Bundesluftwaffe musste daher ein neuer Schießplatz gefunden werden. Die Zentrale deutsche Verbindungsstelle Portugal (ZDVP) sollte sich bei der Suche nach einem neuen Schießplatz beteiligen, auf die Ansprüche der Luftwaffe achten und einen guten Ersatz finden.

Der Stützpunkt Beja wurde auch über die Nelkenrevolution und den Sturz des Militärregimes in Portugal hinaus von der deutschen, aber auch von der portugiesischen Luftwaffe genutzt. Im Jahr 1978 vermerkte ein Generalinspektor des BMVg während seines Besuches in Portugal, dass sich an der ursprünglichen Strategie nichts verändert hatte. Portugal war wegen seiner geografischen Lage nach wie vor günstig gelegen, um Stützpunkte für den Nachschub von Versorgungsgütern der Bundeswehr aus Übersee zu beschaffen und zwischenzulagern. Und auch die Bedrohung durch die Warschauer Pakt-Staaten hatte sich zwar nach der Annäherung ab 1966 abgeschwächt, das Bedrohungspotenzial existierte jedoch weiter.

„Es ist deshalb beabsichtigt, Beja im V-Fall als Luftumschlag- und Weiterleitungsbasis für Versorgungsgüter hoher Priorität aus Übersee zu verwenden. Von der Umschlagskapazität (bei 10 Anflügen 300 bis 400 t täglich)

sind ca. 50 t für Engpassartikel vorgesehen, die aus Hochseeschiffen in der Nothafenanlage Tourist entladen und auf dem Landwege nach Beja transportiert werden, von wo aus sie mit Mittelstreckenflugzeugen so ortsnah wie möglich an die Bedarfsträger herangeflogen werden sollen. Die übrigen Versorgungsgüter werden mit Küstenmotorschiffen zu den Endlöschplätzen weitergeleitet.“⁵⁰⁶

Schlussendlich wurde der Stützpunkt für mehrere Tausend Soldaten und Techniker geplant, doch waren dort bis in die siebziger Jahre nur wenige Hundert Soldaten stationiert worden. Aus portugiesischen Akten sind für die Jahre 1970 und 1971 die Personalstärken der Bundeswehrsoldaten, des technischen Personals, der Angehörigen der deutschen Techniker und Soldaten sowie der portugiesischen Techniker ersichtlich. Im Jahr 1970 waren auf dem Stützpunkt Beja bis zu 147 Soldaten, bis zu 44 Mann technisches Personal und bis zu 150 Mann portugiesisches Personal (Techniker, Bauarbeiter) stationiert worden (vgl. Tabelle 12). Im Jahr 1971 wurde diese Anzahl leicht erhöht. Auffällig ist die Anzahl der Techniker und Soldaten in den Monaten Mai bis Oktober 1971, als erstmals Schießübungen in Alchochete durchgeführt werden konnten. Der besatzungsstärkste Monat war der Juni mit insgesamt 775 Soldaten und 77 Technikern. Im November und Dezember waren deutlich weniger Soldaten und Techniker auf dem Stützpunkt stationiert, dies ist Witterungsbedingungen in Portugal und den Urlaubswünschen der Deutschen zuzuschreiben (vgl. Tabelle 13).

Wie sich die Personalsituation des Luftwaffenstützpunktes nach 1971 entwickelt hat, ist bislang nicht bekannt, es fehlen leider Statistiken zu diesem Zeitraum.⁵⁰⁷ Ob eine Erhöhung bis 1974 stattfand, kann deshalb ebenso wenig festgestellt werden. Auch für den Zeitraum 1974 bis 1978 kann keine Aussage getroffen werden.

Tabelle 12: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in Beja 1970⁵⁰⁸

Personal	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundeswehrsoldaten	75	75	75	75	75	76	77	76	78	88	130	147
Technisches Personal	39	41	41	41	42	42	44	44	44	44	44	44
Familienangehörige	157	160	164	172	177	180	180	180	196	195	213	223
Technisches Personal aus Portugal	143	140	140	142	138	143	147	144	147	147	147	159
Gesamt	414	416	420	430	432	441	448	444	465	474	534	573

⁵⁰⁶ BArch BW 2/8455.

⁵⁰⁷ Weitere Hinweise auf die Auslastung der deutschen Basen in Portugal ließen sich aus den eingesehenen deutschen und portugiesischen Akten nicht feststellen.

⁵⁰⁸ ADN SGDN 02 5914 Cx. 2976. Peça 3.

Tabelle 13: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in Beja 1971⁵⁰⁹

Personal	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundeswehrosoldaten	146	202	211	213	476	775	745	733	729	704	180	145
Technisches Personal	44	45	46	53	55	77	66	104	99	111	62	62
Familienangehörige	223	257	267	278	408	415	520	435	442	519	277	280
Technisches Personal aus Portugal	158	167	167	277	232	228	225	231	230	230	230	233
Gesamt	471	681	711	821	1.172	1.495	1.556	1.503	1.500	1.564	749	720

2.4 Weitere Anlagen und Basen der Bundeswehr in Portugal

Neben dem Luftwaffenstützpunkt Beja hatte das BMVg die Errichtung von weiteren Militärbasen, Depots und anderen Anlagen in Portugal vorgesehen. Darunter befanden sich: ein Nothafen, ein Versorgungsdepot, ein Fernmeldezentrum, eine Reparaturwerkstatt und eine Triebwerksstraße für Flugzeuge sowie verschiedene Krankenhäuser und Lazarettstationen. Diese Anlagen und Einrichtungen wurden von der ZDVP in Lissabon kontrolliert. Bei den Baumaßnahmen dieser Anlagen musste beachtet werden, dass verschiedene deutsche Firmen bei dem Ausbau des Fernmeldenetzes in Portugal involviert waren und so eine Kommunikation der verschiedenen Dienststellen erst möglich machte. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass dieses Engagement der deutschen Wirtschaft und des BMVg sich für die portugiesische Armee und die Regierung des Estado Novo auszahlte. Durch den Ausbau von Fernmeldenetzen und Straßen wurde auch die Modernisierung der Infrastrukturanlagen der portugiesischen Armee verbessert. Mögliche Anschläge durch terroristische Gruppen, wie sie ab den 1970er Jahren zunehmend auftraten, konnten so leichter verhindert werden.⁵¹⁰

Aus diesem Blickwinkel lässt sich erklären, warum die portugiesische Regierung einen Teil der Kosten für die Baumaßnahmen übernahm. Selbstverständlich war den portugiesischen Behörden klar, dass die vom BMVg errichteten Anlagen irgendwann in den Besitz der portugiesischen Armee übergehen würden. Bereits in dem Verwaltungsabkommen aus dem Jahr 1960 wurde festgelegt, dass auch die portugiesische Armee die Einrichtungen der Bundeswehr in Portugal in Friedenszeiten für ihre eigenen Zwecke nutzen konnte (vgl. Abbildung 8).

⁵⁰⁹ ADN SGDN 02 5017 Cx. 2696. Peça 2.

⁵¹⁰ In Portugal hatte sich der zunächst friedliche Widerstand gegen die Diktatur gewandelt. Eine Reihe von Oppositionellen hatte sich zu einer terroristischen Gruppe zusammengeschlossen. Diese verübte nun vermehrt auf militärische Einrichtungen Anschläge, bei denen auch Zivilisten zu Schaden kamen.

2.4.1 Das Projekt „Tourist“

Die Hafenanlagen bei Setubal auf der Halbinsel Troia waren bis 1962 ausschließlich nur von der Privatschifffahrt genutzt worden, nicht aber von der portugiesischen Regierung oder der portugiesischen Marine. Die Häfen und der Warenumschatz in Portugal erlaubten es nicht einen bestehenden Hafen zu benutzen und im Kriegsfall zu beschlagnahmen, da auch Portugal seine Interessen schützen musste. Auf der Suche nach einem geeigneten Platz für den Nothafen, der nicht zu teuer und dessen Verwaltung in Friedenszeiten möglichst einfach sein sollte, wurde die Halbinsel Troia ausgewählt. Neben Troia gab es auch noch andere Häfen, die in Betracht kamen, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgewählt wurden. Darunter waren Viana do Castelo, Leixões bei Porto, Aveiro, Figueira da Foz, Lissabon, Portimão, Faro und Vila Real de Santo António.

Das BMVg wünschte zu Beginn der Besprechungen nicht, dass eine neue Einrichtung gebaut werden müsste, sondern wollte bestehende Anlagen nutzen und das möglichst mit allen zu stationierenden Kräften in nur einem Hafen. Das war nur in den Häfen Setúbal, Viana do Castelo, Figueira da Foz und Aveiro möglich. Setúbal kam eigentlich nicht infrage, da dort keine Anlagen zum Bau von Schiffen vorhanden waren. Dies war jedoch eine weitere zentrale Forderung der Bundesmarine gewesen. Viana de Castelo und Figueira waren besser geeignet für den Bau von neuen Schiffen, hatten aber nicht genug Platz für alle von der Bundesmarine geplanten Einheiten. Aufgrund des Wetters und den geografischen Gegebenheiten empfahl die Studie ausdrücklich die Halbinsel Troia bei Setúbal. Vor allem die Wetterbedingungen und die Zugänglichkeit der Halbinsel überzeugten die Autoren der Studie. Zu diesem Zeitpunkt war kein Dock oder eine ähnliche Hafenanlage vorhanden. Von Anfang an war daher klar, dass der Nothafen auf der Halbinsel von Grund auf neu errichtet werden musste. Bis 1967 sollten zwei Docks errichtet werden, um Waren aus den USA zu löschen, um im Kriegsfall Schiffe der Bundesmarine zu reparieren und Handelsschiffe für die Kriegsmarine bauen zu können.⁵¹¹ Pro Tag sollten 1.000 t Material in diesem Nothafen umgeschlagen werden. Für die Versorgung mit Schiffsdiesel wurde bei „Troia“ ebenfalls gesorgt, weil die staatliche Ölfirma *Sociedade Anônima Concessionária da Refinação de Petróleos em Portugal (SACOR)* in unmittelbarer Nähe ihre Docks hatte und dort ihre Tanker löschte (Vgl. Abbildung 10)⁵¹².

⁵¹¹ ADN SGDN 06 6369 Cx. 6085.

⁵¹² ADN SGDN 02 5488 Cx. 2854.

Auf Troia sollten Lagerhallen für insgesamt 3.000 t Waren, ein Hafenkai für zwei Seeschiffe der NATO-Klassen I und II sowie ein Hubschrauberlandeplatz errichtet werden. Die portugiesischen Behörden schlossen, wie auch alle anderen deutschen Basen, den neuen Stützpunkt mit einer Straße an das Straßennetz der Region an. Mit dem Anschluss an die Schnellstraße konnte die Bundeswehr im Ernstfall schnell reagieren.⁵¹³

Im Kriegsfall sollten in Setúbal drei Fregatten, ein Segelschulschiff, ein Schulschiff und drei Handelsschiffe der deutschen Marine stationiert werden, um die Handelsmarine sowie den Stützpunkt zu unterstützen. Zudem sah der Plan vor, dass in Setubal ein Torpedoboot, eine Fregatte, ein Schnellboot, ein Minensucher und zwei U-Boote an den Docks gebaut werden sollten. Außerdem sollten beschädigte Schiffe repariert und bewaffnet werden.⁵¹⁴ Das Projekt wurde ähnlich dem Lazarettnetz im Jahr 1966 gestoppt und die Anlagen nicht mehr fertiggestellt. Die Hafenanlage wurde bis 1974 nicht mehr genutzt, ob überhaupt umfangreiche Bauarbeiten stattgefunden haben, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Wahrscheinlich ist, dass sich in dieser Zeit nur wenig auf Troia getan hatte.

2.4.2 Das Depot von Castelões

Das Depot von Castelões war vom BMVg als Bestandteil des Projektes Tourist geplant worden und sollte als Lagerhalle und Logistikzentrum für die Güter aus Übersee, vor allem Sanitätsmaterial, aber auch für die Munition, die im Auftrag der Bundeswehr in Portugal produziert wurde, genutzt werden.⁵¹⁵ Das Depot sollte 15.000 t Waren für den Kriegsfall fassen können.

Wie alle anderen Projekte auch wurde das Depot im Jahr 1966 ein Opfer der Haushaltskürzungen im BMVg und wurde nicht zu Ende realisiert. Aus den Rechnungen des portugiesischen Verteidigungsministeriums lassen sich Ausgaben für die Errichtung einer Halle und von Einrichtungsgegenständen, wie Schreibtischen für das Jahr 1966 rekonstruieren.⁵¹⁶ Die Abteilung W I 2 beschloss mit den anderen mit Portugal befassten Abteilungen des BMVg den kompletten Aufbau des Depots vorerst zurückzustellen, für den Fall, dass es für die Versorgung der in Portugal stationierten deutschen Soldaten und Techniker genutzt werden konnte.⁵¹⁷

⁵¹³ BArch BW 1/373995.

⁵¹⁴ ADN SGDN 02 5673 Cx. 2890. Peça 3.

⁵¹⁵ Zeitschrift Wehrdienst vom 9. Juli 1965. Der gleiche Beitrag wurde auch in der Zeitschrift Wehr und Wirtschaft im August 1965 veröffentlicht.

⁵¹⁶ ADN SGDN 02 5344 Cx. 2816.

⁵¹⁷ BArch BW 1/373995.

2.4.3 Die ZDVP (SCLAP)

Die ZDVP wurde im November 1963 in Lissabon als Koordinierungsinstrument zwischen dem portugiesischen Verteidigungsministerium und dem BMVg eingerichtet.⁵¹⁸ Ihr erster Vorgesetzter wurde Brigadegeneral Becker, über dessen Schreibtisch bis zu seiner Ablösung 1965 durch General Peter von Lilienskiold alle Angelegenheiten der militärischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal abgewickelt wurden.

Zu den Aufgaben der ZDVP gehörte im Einzelnen: Der Aufbau des Stützpunkts Beja einschließlich Wohnbereich, die Betreuungseinrichtungen sowie die Lazarett- und Standortverwaltung. Außerdem fielen der Aufbau des Nothafens *Tourist*, die Planung der Flugzeuginstandsetzung in Alverca einschließlich Ausbildung von Handwerkern, der Aufbau des Depots in Castelões sowie anfänglich noch die Vorbereitung von Übungen des Heeres auf dem Truppenübungsplatz Santa Margarida in den Aufgabenbereich der ZDVP.

Nach 1964 kam der Aufbau von Fernmeldeverbindungen in Portugal hinzu, die von der Firma *Siemens* in Zusammenarbeit mit der Firma *Telefunken* durchgeführt wurde. Dazu wurde ein Fernmeldezentrum in Evora errichtet. Weitere Aufgaben der ZDVP umfassten den Aufbau einer Lazarettbasis Portugal und die Vorbereitungen für die Stationierung von Teilen des Heeres.

Folgende Stäbe und Einrichtungen sollten im Kriegsfall nach Portugal verlegt werden: die Offiziersakademie, der Stab des Befehlshabers der Ersatzmarine (47 Mann), das Marineoberkommando, das Marinekommando für Fernmeldung (147 Mann), das Marinekommando für Bewaffnung (138 Mann), das Marinekommando für Schiffstechnik (134 Mann), das Marinekommando für Sanitätswesen (21 Mann), das Marinekommando für Schiffsübernahme (49 Mann), das Marinekommando für Schiffsneubau und Reparatur (300 Mann), die Marineschule für Logistik und Nachschub und die Personalverwaltung der Marine (104 Mann). Zudem sollten Einrichtungen bereitstehen für die Ausbildung und das Training von Rekruten (336 Mann), Einrichtungen für die Lufthansa sowie eine Flugzeugführerschule für zukünftige Piloten der Fiat G-91 R-4 Düsenjäger.⁵¹⁹

Neben der Vorbereitung und Errichtung dieser Einrichtungen für die Bundeswehr sollte die ZDVP im Kriegsfall bei der Luftverteidigung Portugals den portugiesischen Streitkräften Hilfe leisten. Außerdem sollte sie die deutsche Rüstungsbeschaffung in

⁵¹⁸ ADN SGDN 02 5913 Cx. 2947. Peça 4. Artikel der Zeitschrift Wehrdienst vom 9. Juli 1965.

⁵¹⁹ ADN SGDN 02 5673 Cx. 2890. Peça 1.

Portugal und die portugiesische Rüstungsbeschaffung in der Bundesrepublik Deutschland vorbereiten und unterstützen sowie Beziehungen zur deutschen Industrie koordinieren.

In den Aufgabenbereich der ZDVP fielen rechtliche Angelegenheiten in Zollfragen, die ärztliche Betreuung der westdeutschen Soldaten, der Kraftwagenverkehr, die Betreuung der Bundeswehrsoldaten vor Ort bei Behördengängen und Verwaltungsfragen. Des Weiteren musste sie sich um die Bezahlung und die Ausbildung der portugiesischen Arbeitskräfte auf den deutschen Basen kümmern sowie alle logistischen Maßnahmen der Bundeswehr in Portugal organisieren und steuern. Darunter fiel auch die Mobilmachung und Alarmierung aller in Portugal befindlichen Truppenteile der Bundeswehr im Kriegsfall. Die ZDVP war die oberste Verbindungsstelle für alle Truppenteile der Bundesrepublik Deutschland in Portugal im Kriegsfall, also nicht nur des Heeres und der Luftwaffe, sondern auch der Marine.⁵²⁰

Die ZDVP war nach ihrer Gründung 1960 von 27 auf über 90 Personen in den 1960er Jahren angewachsen. Die ZDVP war vor allem mit Verwaltungsangelegenheiten beschäftigt. Der Leiter der ZDVP arbeitete zugleich als Leiter der Delegation der gemischten deutsch-portugiesischen Kommission (Comissão Mista Luso-Alemão CMLA).

„Er ist für die Verhandlung aller Bundeswehrangelegenheiten mit der Regierung und den Behörden des Gastlandes sowie für die Behandlung aller Angelegenheiten zuständig, die die Stellung der Truppenteile, Dienststellen und Einrichtungen der Bundeswehr im Gastland betreffen. Er ist ferner verantwortlich für die Durchführung aller Aufgaben der Bundeswehr im Gastland.“⁵²¹

Auf portugiesischer Seite war ein kleiner Stab um den bereits im Ruhestand befindlichen Admiral Sousa Uva für den Kontakt mit der ZDVP zuständig. Das Missverhältnis zwischen der deutschen und der portugiesischen Dienststelle sorgte für Verzögerungen und lange Wartezeiten bei der Klärung wichtiger Angelegenheiten. Denn auch in der portugiesischen Dienststelle liefen alle militärischen Angelegenheiten mit dem BMVg sowie die Angelegenheiten der gemischten deutsch-portugiesischen Kommission zusammen.

Bis 1968 verschlang die ZDVP den Betrag von 6,3 Millionen DM an Verwaltungskosten. Der größte Posten entfiel auf die Personalkosten, die von einem Inspekteur der Bundeswehr später als zu hoch eingeschätzt wurden. Der Kostenaufwand

⁵²⁰ BArch BW 2/3225. BMVg – FüSV2 Az. 10-05 Bd. 1 Organisation 5. Abgabe 1966-1967.

⁵²¹ BArch BW 2/3225. Bericht über die ZDVP.

stand in keinem Vergleich zum Ertrag, und da die Planungen für die Basen in Portugal gestoppt und auch verworfen wurden, war eine aufgeblähte Verwaltung nicht mehr nötig. Um Kosten zu sparen, sollte die ZDVP mit der Kommandobehörde zusammengelegt und das Personal erheblich reduziert werden. Jedoch fand eine Zusammenlegung bis 1970 nicht statt, was das BMVg mit Verärgerung zur Kenntnis nahm, denn auch der Verwaltungsapparat war nur unwesentlich verkleinert worden. Die nicht vorgenommene Umstrukturierung wurde durch den noch immer im gleichen Umfang vorhandenen Aufgabenkatalog legitimiert, den die ZDVP leisten musste.

Aus den portugiesischen Archiven konnte lediglich die Personalstärke der ZDVP in den Jahren 1970 und 1971 erschlossen werden. Im Laufe des Jahres 1970 wurden von der ZDVP zwischen 83 und 89 Soldaten, Techniker und portugiesische Techniker beschäftigt (vgl. Tabelle 14). Im Jahr 1971 erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten sogar leicht, zwischen Januar 1971 und Dezember 1971 waren insgesamt 88 bis 92 Personen bei der ZDVP tätig (vgl. Tabelle 15).

Tabelle 14: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in der SCLAP 1970⁵²²

Personal	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundeswehrsoldaten	23	23	23	22	22	22	22	21	21	22	21	21
Technisches Personal	30	31	31	30	31	30	32	31	31	32	32	31
Familienangehörige	67	66	68	67	67	65	66	66	69	61	62	65
Technisches Personal aus Portugal	31	31	31	32	31	31	31	30	30	37	37	37
Gesamt	151	151	153	151	151	148	151	148	151	152	152	154

Tabelle 15: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr in der SCLAP 1971⁵²³

Personal	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundeswehrsoldaten	21	21	21	21	21	21	21	21	21	21	22	23
Technisches Personal	31	32	31	30	30	31	31	31	34	34	34	32
Familien-angehörige	68	68	70	65	65	70	68	67	69	69	69	71
Technisches Personal aus Portugal	37	35	35	37	37	37	37	35	37	37	37	37
Gesamt	157	156	157	153	153	159	157	154	161	161	162	163

Zwar waren einige Basen nicht mehr gebaut worden, doch wurden noch immer ältere Aufträge abgewickelt und der Stützpunkt Beja betreut. Die Zusammenlegung der Dienststellen erfolgte erst nach der erneuten Intensivierung der militärischen Beziehungen 1978.⁵²⁴

Als allmählich auch auf portugiesischer Seite eingesehen wurde, dass die militärischen Beziehungen zwischen beiden Staaten allmählich einschliefen, wurde Admiral Uva

⁵²² ADN SGDN 02 5914 Cx. 2976. Peça 3.

⁵²³ ADN SGDN 02 5017 Cx. 2696. Peça 2.

⁵²⁴ BArch BW 2/8455.

wieder in den Ruhestand entlassen und für einen Neuanfang nach der Nelkenrevolution 1974 Admiral Roboredo berufen. Das portugiesische Verteidigungsministerium erhoffte sich durch die Neubesetzung mehr Bewegungen in die festgefahrenen Verhandlungen um die Nutzung der Stützpunkte durch die Bundeswehr in Portugal.

Auch General von Lilienskiold war inzwischen abberufen und durch Brigadegeneral Wilhelm Metscher ersetzt worden.⁵²⁵ Die Tätigkeit der ZDVP war eng mit dem Luftwaffenstützpunkt Beja verbunden und bestand auch über 1978 hinaus weiter, weil alle mit dem Stützpunkt betreffenden Fragen dort gebündelt und mit den portugiesischen Behörden weiterhin geklärt wurden.

2.4.4 Das Projekt „Triton“

Die Triebwerksstraße bei Alverca in Zusammenarbeit mit der portugiesischen Firma Oficinas Gerais de Material Aeronáutico (OGMA) in deren Hallen und Einrichtungen war das nächstgrößte und teuerste Projekt der Bundeswehr in Portugal nach dem Luftwaffenstützpunkt bei Beja. Hier wurden die Flugzeuge repariert und auch neue gefertigt. Bei der OGMA waren allerdings vor der Zusammenarbeit überhaupt keine Erfahrungen im Bau oder in der Reparatur von Düsenflugzeugen vorhanden. Zahlreiche deutsche Spezialisten der Bundesluftwaffe bildeten portugiesische Arbeiter an den Maschinen aus. Damit überhaupt moderne Flugzeuge in Alverca repariert werden konnten, musste zunächst eine Landebahn gebaut werden. Sie verlängerte die bisher vorhandene Landebahn um einige Meter und verbreiterte sie außerdem, damit die Flugzeuge der deutschen Luftwaffe dort landen und starten konnten.

Die Triebwerksstraße wurde zunächst genutzt, um die leichten Flugzeuge der Firma Dornier zu warten und instand zu halten. Diese Flugzeuge kaufte die portugiesische Regierung und setzte sie ausnahmslos in Afrika für militärische Zwecke ein. Im nächsten Schritt wurden Transportflugzeuge der Bundeswehr und der portugiesischen Luftwaffe vom Typ Noratlas repariert. Ursprünglich war die Reparatur von Flugzeugmotoren der F-104 Starfighter und der C-160 Transall Transportflugzeuge vorgesehen, die beide auf Beja stationiert werden sollten. Der Plan wurde bis 1974 jedoch nicht verwirklicht, weil die C-160 Transall nicht in Portugal eingesetzt wurden und auch erst ab 1971 überhaupt F-104 Starfighter von der Bundesluftwaffe auf dem Luftwaffenstützpunkt Beja stationiert wurden. Als 1966 die finanziellen Mittel für Beja gekürzt wurden, war auch das Projekt „Triton“ betroffen. Die Instandsetzungshallen und die Triebwerksstraße konnten nicht von der deutschen Luftwaffe ausgenutzt werden,

⁵²⁵ ADN SGDN 02 5914 Cx. 2976. Peça 6.

weil die eigene deutsche Luftfahrtindustrie durch internationale und privatwirtschaftliche Verträge nicht ausgelastet war. Deshalb erhielt die westdeutsche Industrie aus wirtschaftspolitischen Gründen Aufträge, die eigentlich vom BMVg für die portugiesische Flugzeugindustrie veranschlagt worden waren. Auch aus diesem Grund sah das BMVg keine Verwendungsmöglichkeit mehr für die OGMA.⁵²⁶ Am Ende des Jahres 1967 einigten sich beide Seiten jedoch darauf, das Projekt in einem verringerten Rahmen weiterzuführen. Gemeinsame Pläne, eine Tochter von *MAN* und *Daimler Benz*, die *Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU)* für eine Zusammenarbeit mit der OGMA zu gewinnen, scheiterten später.⁵²⁷ Das Interesse der OGMA lag nicht in dem Streben aus dem Geschäft einen Gewinn zu erzielen, sondern das technische Wissen der Firmen *MAN* und *Daimler Benz* zu erhalten, begründet. Die Beamten des BMVg versuchten einen ähnlichen Ausweg zu wählen, wie bei dem Stützpunkt Beja. Die Kosten-Nutzen-Rechnung schien eine Weiterführung des Projektes in dem geplanten Umfang nicht mehr zu rechtfertigen.⁵²⁸ Die im Aufbau befindlichen Anlagen sollten nicht sofort aufgegeben, sondern von der deutschen Privatwirtschaft genutzt werden, bis die Bundesregierung wieder neue Gelder für die Nutzung der Anlagen zur Verfügung stellte oder sich die militärische Lage änderte. Das BMVg versuchte verschiedene Firmen für die Projekte zu interessieren, scheiterte jedoch damit. Bis 1968 hatte das Projekt „Triton“ Steuergelder im Wert von 74,5 Millionen DM verschlungen, weil es nicht gelungen war, die private deutsche Luftfahrtindustrie an einem Engagement in Alverca zu überzeugen und sich auch international keine Interessenten fanden.

Stattdessen wurden Flugzeugmotoren für die Fiat G-91 und vor allem die Do-27 repariert, die in der portugiesischen Luftwaffe eingesetzt wurden. Eine erste größere Lieferung von der Bundesluftwaffe ausgemusterte Do-27 wurde 1964 in Alverca instand gesetzt und generalüberholt.⁵²⁹

In den Besprechungen vom September 1969 zwischen Staatssekretär von Hase und dem portugiesischen Außenminister wurde die weitere Planung über die Triebwerksstraße verhandelt. Bis 1969 wurden 22 Millionen DM in den Bau der Triebwerksstraße investiert. Die ursprüngliche Planung sah vor, dass dort Triebwerke für die

⁵²⁶ BArch BW 1/373995. Beschaffungswesen Auslandskäufe.

⁵²⁷ BArch BW 2/8455. Zentrale Deutsche Verbindungsstelle Portugal ZDVP, Stellvertretender Generalinspekteur 1978. Bericht 1978.

⁵²⁸ PA AA, B 26, Band 400.

⁵²⁹ BArch BW 1/374001. Beschaffungswesen Auslandskäufe, Käufe in NATO-Ländern des EZU-Raumes, Portugal hier Do-27.

Transportflugzeuge vom Typ Noratlas gebaut und repariert würden. Der Plan hatte sich geändert. Künftig sollten hier Motoren für die Transall C-160 gebaut werden. Für die weitere Ausbauphase waren noch 32 Millionen DM notwendig. An dem Ausbau war die OGMA finanziell beteiligt. In der Produktionsstätte wurden 1970 bis zu 13 (vgl. Tabelle 16) und 1971 nicht mehr als 28 (vgl. Tabelle 17) Soldaten, Techniker und portugiesische Arbeiter beschäftigt.

Tabelle 16: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr bei der OGMA 1970⁵³⁰

Personal	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez
Bundeswehrsoldaten	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	10	11
Technisches Personal	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Familienangehörige	23	23	20	23	23	23	23	23	23	23	23	26
Technisches Personal aus Portugal	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Gesamt	35	35	32	35	35	35	35	35	35	35	35	39

Tabelle 17: Angehörige und Beschäftigte der Bundeswehr bei der OGMA 1971⁵³¹

Personal	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez
Bundeswehr-soldaten	12	17	17	24	18	20	20	21	21	22	22	24
Technisches Personal	-	-	-	1	1	-	-	1	3	5	5	4
Familien-angehörige	25	25	26	31	33	35	31	36	44	43	44	43
Technisches Personal aus Portugal	2	2	2	2	2	2	2	2	-	-	-	-
Gesamt	39	44	45	58	54	57	53	60	68	70	71	71

Die Triebwerksstraße wurde weiterhin vor allem von der portugiesischen Luftwaffe genutzt und kaum von der bundesdeutschen Luftwaffe, dennoch wurde das Projekt „Triton“ weiter ausgebaut. Wie in Tabelle 18 dargestellt, wurden Kosten von weiteren 27,5 Millionen DM zur Fertigstellung der Triebwerksstraße kalkuliert. Von allen Projekten, die durch das BMVg nach 1968 noch weitergeführt wurden, war die Triebwerksstraße in Alverca die teuerste Einrichtung.

Der Stützpunkt Beja und der Wohnbereich, in dem die bundesdeutschen Soldaten mit ihren Familien und auch das technische Personal untergebracht waren, verursachten lediglich 9,5 Millionen DM an Mehrkosten. Die Triebwerksstraße war mehr durch die portugiesische als durch die deutsche Luftwaffe ausgelastet und leistete einen wichtigen Beitrag für den portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika. Die Zusammenarbeit wurde auch nach der Nelkenrevolution weitergeführt, auch wenn die portugiesische Luftwaffe, wie alle anderen Teilbereiche der Armee, erheblich verkleinert wurde.

⁵³⁰ ADN SGDN 02 5914 Cx. 2976. Peça 3.

⁵³¹ ADN SGDN 02 5017 Cx. 2696. Peça 2.

Tabelle 18: Fehlenden Beträge für die Vollendung 1971 (Quelle: BArch BW 2/8455)

Projekt	Betrag in Mio. DM
Basis Beja (Navigation, Betreuungseinrichtungen)	8 Mio. DM
Wohnbereich Beja	1,5 Mio. DM
Alverca Triton	27,5 Mio. DM
Gesamt	37 Mio. DM

2.4.5 Das Lazarett- und Krankenhausnetz

Damit im Kriegsfall verwundete Bundeswehrangehörige in einem sicheren Gebiet behandelt werden konnten, sollten in Portugal Lazarette mit 10.000 Betten errichtet werden. Neben den Lazaretten waren auch der Bau und die Nutzung von portugiesischen Krankenhäusern vorgesehen. Das BMVg rechnete bei einem eigenen Heer von 150.000 Soldaten im Kriegsfall mit einem Bedarf von 10.000 Betten allein in Portugal. Bis dahin standen in den portugiesischen Militärkrankenhäusern insgesamt 2.460 Betten zur Verfügung. In ganz Portugal und auf den portugiesischen Inseln standen in allen Krankenhäusern 1960 28.135 Betten zur Verfügung. Diese Behandlungsmöglichkeiten wurden jedoch auch für die Zivilisten gebraucht, so dass durch das BMVg zusätzliche Behandlungseinrichtungen zur Verfügung gestellt werden mussten.⁵³²

Ursprünglich sollten nur Lazarette aufgebaut werden, jedoch war die südliche Region Portugals mit zu wenigen Krankenhäusern und zu wenigen technischen Geräten ausgestattet. Für die medizinische Versorgung von mehreren Tausend verwundeten Bundeswehrangehörigen im Kriegsfall mussten auch medizinische Geräte und Räume für die Chirurgie geschaffen werden. Um die Verwundeten in Portugal möglichst effizient zu verteilen, sollte eine Art Lazarettnetz über Portugal, vor allem um Lissabon und Beja herum, errichtet werden.

Aus diesem Grund gab es im BMVg ebenfalls Pläne ein eigenes Krankenhaus in der Stadt Beja zu errichten, um die deutschen Verwundeten von der portugiesischen Bevölkerung zu isolieren. Die Transportflugzeuge sollten im Kriegsfall mit Gütern und Munition in die Bundesrepublik fliegen und mit Verwundeten wieder zurück nach Portugal, um, wie es der Redakteur der von der Bundeswehr herausgegebenen Zeitschrift Wehrdienst Hans-Joachim Griephan ausdrückte, „*nicht leer zurückfliegen zu müssen*.“⁵³³ Durch die Nähe des geplanten Krankenhauses zum Luftwaffenstützpunkt konnte dadurch eine umgehende Versorgung der Verwundeten gewährleistet werden.

⁵³² ADN SGDN 02 5897 Cx. 2942.

⁵³³ Zeitschrift Wehrdienst vom 9. Juli 1965.

Jedoch wurde das Lazarettnetz nur eingeschränkt aufgebaut. Die Pläne waren wie alle Projekte der Bundeswehr in Portugal ab 1966 zurückgefahren und das Projekt der Lazarettnetze später aus Kostengründen aufgeben worden. Nur einige wenige Lazarette wurden eingerichtet. Beispielsweise errichtete die Bundeswehr in Beja nur ein Lazarett, um das deutsche Bundeswehrpersonal auf dem Stützpunkt Beja zu versorgen. Der Bau eines Krankenhauses wurde aus Kostengründen verworfen. Auch für die Einrichtung der Lazarette wurden von der portugiesischen Regierung gegenüber der Bundeswehr, wie schon im Fall des Stützpunkts Beja, *gewisse Erleichterungen* gewährt.

„Solche des Nachschubs vor allem der Belieferung mit Material: für die Behandlung und Wiederherstellung von Verwundeten und Kranken im Kriegsfall in Hospitälern, die in Friedenszeiten erbaut werden sollen. Die ersten von ihnen werden auf dem genannten Gebiet von Beja errichtet werden, so dass sie dem deutschen und portugiesischen Militär- und Zivilpersonal, das auf der Luftbasis Dienst leistet, zur Verfügung stehen.“⁵³⁴

Außerdem gab es Lazarette an der Algarve-Küste sowie eine Lazarett Hauptbasis bei Lissabon. In den Aufbau der drei Lazarettbasen (Lissabon, Beja, Sines) wurde zwischen 1960 und 1968 mehr als 257,4 Millionen DM investiert (Vgl. Tabelle 19).

Tabelle 19: Gesamtkosten der deutschen Basen 1960 bis 1968 (Quelle: BArch BW 1/373998)

Projekt	Gesamtkosten in DM
ZDVP	6.354.000
Deutsches Haus Lissabon ⁵³⁵	176.000
Basis Beja	424.099.000
Verwaltungsstelle Beja	8.764.000
Lazarett Beja	21.833.000
Wohnbereich Beja	103.579.000
Alverca Triton	74.516.000
Depot Casteloes	21.542.000
Setubal Tourist	9.229.000
Fernmeldezentrum Evora	4.373.000
Leitungsmiete	1.626.000
Lazarett Algarve	9.921.000
Lazarett Basis	225.776.000
Gesamt	911.788.000

In den Kostenaufstellungen der Bundeswehr für 1971 tauchen die Lazarettbasen schon nicht mehr auf (Vgl. Tabelle 20). Zusätzlich zu den Ausgaben bis 1968 waren erneute Ausgaben nötig gewesen, um die Basen weiter auszubauen, allerdings nicht für die Lazarette und Krankenhäuser. Das ist der Grund, warum sich auch keine Angaben über die weiteren Kosten des Lazarettprojektes nach 1968 in den Aufzeichnungen finden.

⁵³⁴ PA AA, B 26, Band 194. Bericht von Botschafter Schaffarczyk über die Besprechung der beiden Verteidigungsminister 1964.

⁵³⁵ Das deutsche Haus in Lissabon wurde für die in Portugal stationierten Bundeswehrsoldaten, -techniker und Angehörige eingerichtet.

Das Projekt wurde fallen gelassen und die bestehenden Anlagen später an Portugal übergeben.

Tabelle 20: Bis 1971 in Portugal entstandene Kosten (Quelle: BArch BW 2/8455)

Projekt	Kosten in Mio. DM
Basis Beja	144 Mio. DM
Wohnbereich Beja	25,1 Mio. DM
Nothafen Tourist	9 Mio. DM
Alverca Einrichtungen für Flugzeuginstandsetzung und Landebahn Triebwerksstraße Triton	12,5 Mio. DM 24 Mio. DM
Gesamt	214,6 Mio. DM

2.4.6 Das Fernmeldezentrum bei Evora

Um den Kontakt zwischen den einzelnen Stützpunkten der Bundeswehr in Portugal aufrechterhalten zu können, wurde in der Kleinstadt Evora, unweit von Lissabon entfernt, ein Fernmeldezentrum im Jahr 1963 errichtet. In Evora lief die gesamte Kommunikation zwischen den deutschen Stützpunkten zusammen und hier sollte im Verteidigungsfall der Einsatz der Bundeswehreinheiten in Portugal koordiniert werden. Das BMVg legte besonderen Wert darauf, die Kommunikation nicht in eine portugiesische Einrichtung auszulagern und mietete deshalb in Evora Büroräume an, um das mithilfe der Firmen Siemens und Telefunken aufgebaute Fernmeldenetz nutzen zu können.⁵³⁶ Das Fernmeldezentrum Evora unterstand wie alle anderen deutschen Stützpunkte auch der ZDVP direkt und nicht der deutschen Botschaft Lissabon oder dem dort ansässigen Militärattaché. Anders als viele andere Stützpunkte war das Fernmeldezentrum Evora nicht von den Haushaltskürzungen im BMVg betroffen, sondern konnte bis zur Stationierung der ersten Staffeln Fiat G-91 auf Beja seine Arbeit kontinuierlich fortsetzen.

2.5 Die portugiesische Armee und die deutsche Militärhilfe

Die portugiesische Armee wurde von vielen NATO-Staaten ausgerüstet, die Bundesrepublik war nur einer der Beteiligten. Sie nahm jedoch im Vergleich zu den anderen großen drei Staaten USA, Frankreich und Großbritannien eine herausragende Rolle in der Bewaffnung der portugiesischen Armee ein.

Die Bundesrepublik bezeichnete ihre Hilfe für die portugiesische Regierung nicht als Ausrüstungshilfe oder Militärhilfe, sondern als NATO-Hilfe. In ihrer Außendarstellung stritt sie zu jeder Zeit ab, die portugiesische Armee mit Ausrüstungshilfe oder

⁵³⁶ BArch BW1 Bd. 2458. Beschaffungswesen Auslandskäufe. Käufe in NATO-Ländern des EZU Raumes Portugal. Rüstungskäufe allgemein.

Militärhilfe für ihren Kolonialkrieg in Afrika auszurüsten. Staatssekretär Carstens notierte jedoch 1965:

„Wenn man das Feld nicht den kommunistischen Staaten überlassen wolle, bleibe der Bundesregierung gar nichts anderes übrig, als in besonderen Fällen Hilfe zu leisten. Wir ließen uns bei dieser Militärhilfe jedoch stets von den Gesichtspunkten leiten, daß keine für einen Krieg gegen einen Nachbarstaat geeigneten Waffen gegeben würden, nicht mehr als unbedingt erforderlich zur Verfügung gestellt würde, keine Lieferungen in akute Spannungsgebiete gingen (Beispiel Indonesien, Malaysia) und wir nur im Einverständnis mit der früheren Kolonialmacht handelten.“⁵³⁷

In den Aufzeichnungen des Staatssekretärs Lahr aus dem Jahr 1967 fasst dieser die bisherige Ausrüstungshilfe des AA zusammen. Anlass war ein Antrag der SPD, die Ausrüstungshilfe zu beschränken. Lahr vertrat den Standpunkt, dass die Bundesrepublik Deutschland mit der Ausrüstungshilfe über ein gutes politisches Mittel verfügte, das weiterhin eingesetzt werden sollte.

„Die Ausrüstungshilfe hat sich gegenüber einer begrenzten Anzahl von Ländern (namentlich afrikanischen Entwicklungsländern) und bei Beachtung gewisser Kautelen als ein wertvolles Instrument unserer Außenpolitik erwiesen. Mit verhältnismäßig geringen Beträgen können verhältnismäßig große politische Effekte erzielt werden.“⁵³⁸

Ab 1965 wurde die bis dahin in Spannungsgebiete, wie es in den internen Aufzeichnungen des AA gekennzeichnet wurde, gelieferte und geleistete Ausrüstungshilfe ausgesetzt. Es durften nun offiziell keine Waffen oder Ausrüstungsgegenstände mehr in Spannungsgebiete geliefert werden.⁵³⁹ Die bis dahin an Portugal geleistete Ausrüstungs- und Militärhilfe wurde nun durch das AA und das BMVg als NATO-Hilfe deklariert. In die meisten afrikanischen Staaten war bis dahin in der Regel nur Ausrüstungshilfe geliefert worden.

2.5.1 „Mutual Security Act“ und Marshallhilfe

Die erste Militärhilfe, die Waffen und Ausrüstung vor allem Fahrzeuge mit einschloss, kam aus den USA im Rahmen der NATO-Hilfe und des Marshallplanes. Im Zuge der Marshallhilfe und der weiteren Nutzung der Azorenstützpunkt *Lajes* erhielt die portugiesische Armee finanzielle Unterstützung für den Aufbau und die Modernisierung ihrer Streitkräfte. Die US-Regierung gestattete der portugiesischen Armee zahlreiche

⁵³⁷ AAPA 1965. Bd. 1, Dok. 2, Seite 6. Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens im Januar 1965.

Bericht an Verteidigungsministers Strauß.

⁵³⁸ AAPA 1967 Bd. I. München 1998, Dok. 5, S. 19-22. Aufzeichnung Staatssekretär Lahr am 4.1.1967 zur Ausrüstungshilfe.

⁵³⁹ AAPA 1965 Bd. I. München 1996, Dok. 149, S. 612. Staatssekretär Lahr an den Abgeordneten Barzel am 25.03.1965.

Darlehen und gewährte ihr umfangreiche Schenkungen während des *Mutual Security Acts* zwischen 1953 und 1957 (Vgl. Tabelle 21).

Tabelle 21: US-Militärhilfe und Wirtschaftshilfe 1953-1957 in Mio. US-Dollar (Quelle: Crollen 1973, S. 93)

Land	Militärhilfe			Wirtschaftshilfe		Gesamt	
	Darlehen	Schenkung	Gesamt	Schenkung	Darlehen	Schenkung	Gesamt
Belgien	-	1	1	890,4	-	891,4	891,4
Dänemark	-	7,7	7,7	307,8	-	315,5	315,5
Griechenland	61,6	212	273,6	433,7	61,6	645,7	707,3
Niederlande	-	6,5	6,5	828,7	-	835,2	835,2
Norwegen	-	21,5	21,5	407,3	-	428,8	428,8
Portugal	3,4	9	12,4	228,8	3,4	237,8	241,2
Spanien	134,1	360,7	494,8	224,4	134,1	585,1	719,2
Türkei	75,6	382,2	457,8	916,5	75,6	1.298,7	1.374,2
Italien	113,7	921,9	435,6	1.417,1	113,7	1.739	1.852,7

Im Vergleich zu den anderen NATO-Partnern und auch Spanien, das ebenfalls Militärhilfe bekam, obwohl es nicht zur NATO gehörte, jedoch in die Verteidigung miteinbezogen wurde, erhielt Portugal wenig Hilfe. Die Mittel betragen 12,4 Millionen US-Dollar und waren gering im Gegensatz zu Spanien, das im gleichen Zeitraum 494,8 Millionen US-Dollar erhielt. Auch die Bundesrepublik Deutschland erhielt nach der Unterzeichnung des Abkommens über eine gegenseitige Verteidigungshilfe Militärhilfe von den USA.⁵⁴⁰

Die US-Wirtschaftshilfe nahm Salazar im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland kaum in Anspruch, die beantragten Mittel wurden weitgehend in die portugiesische Militärindustrie investiert. Die USA pflegten ihre NATO-Hilfe und die damit verbundenen Waffenlieferungen innerhalb des *Mutual Defence and Assistance Program (MDAP)* durchzuführen. Die *Military Auxiliary and Advisory Group (MAAG)* sorgte für die Überwachung und Einweisung der portugiesischen Soldaten an den US-amerikanischen Waffen. Mitte der fünfziger Jahre umfasste die MAAG in Portugal 56 Personen.⁵⁴¹ Der in Portugal zuständige US-amerikanische Generalmajor Camm unterrichtete die deutsche Gesandtschaft in Lissabon über die Unterstützung der USA an die portugiesische Armee. Er berichtete auch, dass die USA von der portugiesischen Regierung nicht finanziell entschädigt wurden, sondern Dienstleistungen für ihre NATO-Hilfe erhielten.⁵⁴²

Die USA lieferten jedoch weder moderne Waffen, noch moderne Ausrüstungen, sondern veraltete Waffen und Ausrüstungsgegenstände. Der *Mutual Security Act* war

⁵⁴⁰ Tönnies 1961, S. 129.

⁵⁴¹ Crollen 1973, S. 96.

⁵⁴² PA AA, B 26, Bd. 27. Militärpolitik Portugals Bd. 7.

somit für die US-Streitkräfte auch ein Mittel, um veraltetes Material loszuwerden. Die US-Streitkräfte verteilten überall auf der Welt ihre nun nicht mehr gebrauchten Waffen, um sie nicht verschrotten zu müssen. Dies führte zeitweise so weit, dass die US-Navy mit dem Gedanken spielte, für die Nutzung der Basis auf den Azoren einen mittelgroßen Flugzeugträger samt Begleitschiffen an die portugiesische Marine abzugeben.⁵⁴³ Diese hätte ein Vielfaches an Kosten verschlungen, die nun für die Entwicklung und Produktion neuer Waffen eingesetzt werden konnte.⁵⁴⁴ Die Bundeswehr hatte sich verpflichtet, im Gegenzug zu der Stationierung von US-Streitkräften in der Bundesrepublik, große Mengen an altem amerikanischen Waffen- und Ausrüstungsmaterial zu kaufen. Mit diesem Material wurden die ersten zwölf Divisionen der Bundeswehr ausgestattet. Die Bundesregierung übernahm damit indirekt die Kosten für die Stationierung der amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik.

Der Schutz Europas durch US-Streitkräfte verursachte zwar gewaltige Kosten für die US-Regierung, aber ermöglichte ihr auch, ihre weltbeherrschende Stellung in der Produktion von Waffen und Ausrüstungsgegenständen auszubauen. Aus ökonomischer Sicht versuchten die anderen bedeutenden drei NATO-Streitkräfte Frankreich, Großbritannien und nach und nach auch die Bundesrepublik diese US-Strategie zu adaptieren. Sie suchten ihren eigenen Militärindustrien neue Absatzmärkte.

Einer dieser Absatzmärkte, der vor allem zwischen 1961 und 1974 einen hohen Bedarf aufwies, war Portugal. Bereits 1953 verschlang die Armee 28 Prozent des portugiesischen Haushalts.⁵⁴⁵ Die portugiesische Armee suchte sich ständig zu modernisieren, um den kleinen NATO-Beitrag, den es leisten sollte, auch wirklich beitragen zu können.

Der anfängliche portugiesische NATO-Beitrag bestand aus einer Seeaufklärerstaffel von sechs Flugzeugen amerikanischen Typs. Dazu sollten einige Marinestreitkräfte und eine Division den Beitrag vollenden. Zur Aufstellung der portugiesischen Division waren auch die US-Waffenlieferungen genutzt worden. Diese Division wurde auch mit

⁵⁴³ PA AA b 26, Bd, 27. PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Abteilung III A 4 am 15. Dezember 1969. Aus DPA-Meldungen aus dem Jahr 1953 für das AA von der Gesandtschaft Lissabon zusammengestellt.

⁵⁴⁴ Albrecht, Ulrich; Birgit A. Sommer: Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungshilfe. Hamburg 1972, S. 57.

⁵⁴⁵ PA AA b 26, Bd, 27. PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Abteilung III A 4 am 15. Dezember 1969. Aus DPA-Meldungen aus dem Jahr 1953 für das AA von der Gesandtschaft Lissabon zusammengestellt.

veralteten Panzern ausgerüstet. Sie sollte zeitweise sogar in Deutschland stationiert werden.⁵⁴⁶

Die US-Militärhilfe wurde auch nach 1957 gewährt, als Gegenleistung für die Nutzung des Luftstützpunktes auf den Azoren. Die Verlängerung der Verträge über die Nutzung des Stützpunktes wurde auf portugiesischer Seite immer nur für fünf Jahre gewährt, so dass die US-Regierung alle fünf Jahre wieder den Vertrag unter weiteren Zugeständnissen verlängern mussten. Damit sicherte sich die portugiesische Armee eine Langzeitversorgung mit US-Militärmaterial. Die US-Streitkräfte lieferten anfänglich vor allem Stuart Panzer, GMC LKWs und Willys Jeeps, die allesamt aus dem Zweiten Weltkrieg stammten.⁵⁴⁷ Die USA lieferten während des gesamten Zeitraums von 1957 bis 1974 Waffen als Rekompensation für die Nutzung der Azoreninsel. Nur während der Kennedy-Regierung wurde die Lieferung von Waffen von den USA hinterfragt. Zwischen 1950 und 1960 lieferten die USA veraltete Waffen und Rüstungsgüter im Wert von 298 Millionen US-Dollar.⁵⁴⁸

2.5.2 Die Endverbleibsklausel

Endverbleibsklauseln sind vertragliche Absicherungen, um den Einsatz von Waffen, die von einer Partei an die andere Partei verkauft wurden, in einem Kriegs- oder Krisengebiet zu verhindern. Drei der vier größten Waffen liefernden NATO-Staaten schlossen mit Portugal im untersuchten Zeitraum Endverbleibsklauseln ab. Großbritannien, die USA und die Bundesrepublik Deutschland versuchten mit unterschiedlichen Vertragszusätzen zu verhindern, dass ihre veralteten Waffen und gebrauchten Geräte in Afrika eingesetzt wurden. Frankreich allein verzichtete vor allem aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Endverbleibsklausel.

Die westdeutsche Botschaft in London schrieb am 12. Januar 1971 an die Bonner Zentrale, dass Waffen und Rüstungsgüter an Portugal geliefert wurden. Die britische Regierung sich jedoch mit einer Endverbleibsklausel absicherte.

„Damals habe die britische Regierung entschieden, dass Waffen an Portugal zur ausschließlichen Verwendung im Nato-Bereich, nicht dagegen zum Gebrauch in den portugiesischen Überseebesitzungen geliefert werden dürfte. Die Feststellung GB habe 1961 ein Waffenembargo verhängt, treffe zu, wobei man sich aber im klaren sein müsse, dass sich das Embargo nur auf zum Gebrauch in Übersee bestimmte Waffen beziehe.“

⁵⁴⁶ PA AA B 26, Bd. 27. Militärpolitik Portugals Bd. 7 vom 30.06.1952 – 31.12.1957 84.00 – 84.20/5. Gesandtschaft Lissabon an Bonn 13. November 1953.

⁵⁴⁷ Diese wurden zu Beginn des Kolonialkrieges in Angola auch dort eingesetzt, jedoch rasch ausgemustert.

⁵⁴⁸ Leimgruber, Walter (1990): Kalter Krieg um Afrika. Die amerikanische Afrikapolitik unter Präsident Kennedy 1961-1963. Stuttgart, S. 102.

Das britische Außenministerium erlaubte nur von Fall zu Fall Waffenlieferungen an Portugal, davon ausgeschlossen waren Handfeuerwaffen und Funkgeräte.⁵⁴⁹ Das US-Außenministerium hatte erst nach 1961 verhindert, dass Waffen an Portugal geliefert wurden. Nur wenn Portugal einer Endverbleibsklausel zugestimmt und sich verpflichtet hatte, die Waffen nicht in Afrika einzusetzen, durften Waffen verkauft werden.

„Portugiesische Regierung habe sich in den meisten Fällen geweigert, eine solche Verpflichtung einzugehen, so dass geplante Waffenkäufe in den USA nicht durchgeführt worden seien. [...] Mr. Briggs erklärte weiter, der Begriff „Waffen oder sonstige Rüstungsgüter“ sei bisher vom State Department sehr weit gefasst worden. Man werde jedoch diesen Begriff in Zukunft enger auslegen und bei Waffenverkäufen flexibler sein.“⁵⁵⁰

Das französische Außenministerium verzichtete seinerseits auf eine Endverbleibsklausel. Die deutsche Botschaft in Paris telegrafierte auf Anfrage 1971 nach Bonn: „Portugal gilt als normaler Kunde und braucht keine Klauseln.“⁵⁵¹

Die USA konfrontierten die portugiesische Regierung erstmals 1961 damit, eine Endverbleibsklausel unterschreiben zu müssen. Waffen, die von den US-Streitkräften für die Nutzung der Azorenbasis an die portugiesische Armee abgetreten wurden, durften von nun an nur in Europa und nicht mehr in Afrika eingesetzt werden.⁵⁵²

Aufgrund einer Klausel in dem offiziellen Militärhilfvertrag zwischen den USA und Portugal, die der portugiesischen Armee den Einsatz der Waffen in Afrika letztlich doch erlaubte, war diese Endverbleibserklärung jedoch bedeutungslos. Die US-Militärs, und auch das US-Außenministerium versuchten deshalb gar nicht erst Druck auf die portugiesische Regierung aufzubauen. Der Stützpunkt auf den Azoren war für die USA zu wichtig, als dass sie auf die Durchsetzung einer Endverbleibsklausel drängten.⁵⁵³

Zur Aushandlung der Endverbleibsklausel zwischen der Bundeswehr und der portugiesischen Armee wurden zahlreiche Besprechungen zwischen den Beamten des portugiesischen Außenministeriums und den Beamten des AA sowohl in der Bundesrepublik als auch in Portugal durchgeführt. Die Klärung der Endverbleibsklausel wurde anlässlich der Angolakrise notwendig und konnte zunächst im Jahr 1965 gelöst werden. Die neue Endverbleibsklausel wurde folgendermaßen formuliert:

⁵⁴⁹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Botschaft London am 12. Januar 1971.

⁵⁵⁰ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Botschaft Washington am 18. Juli 1971.

⁵⁵¹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Botschaft Paris am 20. Juli 1971.

⁵⁵² Leimgruber 1990, S. 102.

⁵⁵³ Ebd., S. 103.

„Die Waffen und Geräte, die die Bundesrepublik Deutschland Portugal im Geiste der dem Abkommen vom 15. Januar 1960 zugrunde liegenden Reziprozität verkauft oder überlässt, werden ausschließlich in Portugal zu Verteidigungszwecken im Rahmen des Nordatlantik-Pakts benutzt werden.“⁵⁵⁴

Die portugiesische Regierung interpretierte die Endverbleibsklausel jedoch anders, als das AA und setzte die von der Bundeswehr fortgesetzt gelieferten Waffen in den Kampfgebieten Afrikas ein. Die Aushandlung einer neuen Endverbleibsklausel zog sich bis ins Jahr 1972 hinein und auch danach konnte keine Einigung erzielt werden.

Die Bundeswehr lieferte Waffen wie Flugzeuge, Kleinwaffen und Munition an die portugiesische Armee, um die portugiesische Zustimmung für die deutschen Stützpunkte und der Luftwaffenstützpunkt in Portugal zu erhalten. Ebenso lieferte sie Waffen, als die Projekte nach und nach fallen gelassen wurden. Dies diente als Rekompensation, um die portugiesische Armee und vor allem den portugiesischen Staat dafür zu entschädigen.

Ein erstes Treffen zur Besprechung der Endverbleibsklausel fand 1963 statt. Die Beamten des BMVg und des AA trafen zusammen, um das deutsche Vorgehen zu besprechen. Anwesend waren der Bundesminister der Verteidigung von Hassel, Bundesminister Dahlgrün, Staatssekretär Globke, Staatssekretär Hopf vom BMVg sowie Staatssekretär Carstens und Ministerialdirektor Mercker vom AA. Besprochen wurde die Lieferung von DO-27 Flugzeugen, die von der portugiesischen Armee ausdrücklich erwünscht waren und der von Seiten des BMVg nichts im Wege stand. Vorher sollte aber eine Erklärung über das Einsatzgebiet durch das portugiesische Verteidigungsministerium erfolgen, damit der Einsatz im angolanischen Kriegsgebiet ausgeschlossen werden konnte.

„Ferner wurde die Lieferung von DO-27 an Portugal erörtert. Staatssekretär Hopf und ich [Lahr] trugen die Standpunkte unserer beiden Häuser vor. Auf meinen Vorschlag einigten sich die Gesprächsteilnehmer dahingehend, daß ich versuchen soll, in meiner heutigen Besprechung mit dem portugiesischen Botschafter José Weinholtz de Bivar Brandeiro zu erreichen, daß die Portugiesen eventuell durch mündliche Zusatzerklärungen ihre bisherigen Erklärungen über den Endverbleib von uns gelieferter Flugzeuge in unserem Sinne zu verbessern. (Verwendung nicht in Übersee, nur im NATO-Bereich, nur im europäischen Teil Portugals oder dergleichen).“

Im Nachgang der Besprechung schrieb Ministerialdirektor Sachs vom AA am 27. Juli 1963 an Ministerialdirektor Knieper vom BMVg, dass grundsätzlich die Lieferung der Flugzeuge an Portugal durchgeführt werden könnte.

⁵⁵⁴ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Bonn am 2. Dezember 1970 I B 3. An Botschafter Lanke, für Gespräche mit Cabral. Ankündigung von politischen Grundsätzen der Bundesregierung.

„Da eine militärische Stärkung des NATO-Partners zu begrüßen sei. Das Auswärtige Amt könne der Lieferung aber nur zustimmen, wenn sich Portugal in verbindlicher Form verpflichtet, diese Flugzeuge nur im NATO-Bereich einzusetzen.“

Sachs betonte, dass der NATO-Bereich sich nur auf den geografischen Raum Europa bezog. *„Ein Einsatz in Afrika müsse ausgeschlossen sein.“* In der Besprechung mit dem portugiesischen Botschafter vertrat dieser den Standpunkt, dass die portugiesischen Überseegebiete in Afrika und Asien formal eine Einheit mit dem portugiesischen Mutterland darstellten. Aus seiner Sicht war lediglich die Formulierung *„Die Flugzeuge dürften nur im Nato-Bereich oder für Zwecke der Nato eingesetzt werden“* notwendig, um den Einsatz der deutschen Flugzeuge in Afrika zu verhindern.

„Staatssekretär Carstens legte dem portugiesischen Botschafter die Schwierigkeiten dar, die für die Bundesregierung dadurch entstehen können, daß Flugzeuge, die Portugal von uns erhalten hätte, außerhalb des europäischen Portugals, insbesondere Afrika, eingesetzt würden. Er fragte, ob die portugiesische Regierung folgende Formeln akzeptieren könne: Die Flugzeuge dürften:

- A) nur im westlichen Portugal
- B) nur im europäischen Portugal
- C) nur auf dem europäischen Kontinent

D) nur im NATO-Bereich oder nur für Zwecke der NATO eingesetzt werden.“⁵⁵⁵

Der portugiesische Botschafter stimmte nur der Formulierung D zu, weil Portugal mit seinen Kolonien verfassungsrechtlich eine Einheit bildete und bei der Zustimmung zu den Varianten A-C eine Teilung des portugiesischen Staatsgebietes rechtlich wirksam würde, die der Verfassung widersprach. Mit dem wiederholten Einsatz der DO-27 Flugzeuge in Angola hatte die portugiesische Armee die Endverbleibsklausel aus dem Jahr 1963 gebrochen. Darüber berichtet auch Staatssekretär Lahr am 11. August 1965 in einem Brief an seine Mutter.

„Portugal bezieht von uns Waffen, worauf es als NATO-Partner Anspruch hat, verwendet diese aber nach afrikanischen Angaben nicht zu Hause, sondern in Angola und Mozambique, was unserer Politik zuwiderläuft.“

Lahr war nach Portugal geschickt worden, um direkt mit den portugiesischen Militärs und notfalls Salazar selbst zu verhandeln. Das AA wollte mit dieser Reise erreichen, dass Salazar einer neuen Endverbleibsklausel zustimmt und den Einsatz der Flugzeuge in Afrika einschränkt. In Lissabon sprach Lahr zunächst mit Außenminister Franco Nogueira. Doch der portugiesische Außenminister war nicht von der Einhaltung der Endverbleibsklausel zu überzeugen.

„Es gab zunächst ein langes Gespräch mit dem Außenminister, das nicht sehr weit führte, nämlich zu der Behauptung, daß unsere Waffen Portugal ja gar nicht

⁵⁵⁵ AAPA Bd. 3 1963. Dok. 374. S. 1274-1275. Bundeskanzleramt Aufzeichnungen Carstens.

verließen, wenn sie in die beiden afrikanischen Gebiete gelangten, denn diese seien als Bestandteil des Mutterlandes zu betrachten.“

Außerhalb Lissabons besprach sich Lahr deshalb mit Salazar persönlich. Es war das erste Mal, dass Lahr persönlich auf den Ministerpräsidenten Portugals traf. Salazar nahm sich der Angelegenheit an, um auf die Bedeutung des portugiesischen Kolonialkrieges für die Sicherheit des NATO-Bündnisses hinzuweisen.

„Die Unterhaltung - auf französisch - dauerte zweieinhalb Stunden und war mühselig. Aber schließlich kamen wir auf eine einigende Formel, die unserem Verlangen, den Gebrauch unserer Waffen auf das europäische Portugal zu beschränken, Rechnung trägt. Inshallah.“

Bei seinem Treffen mit Salazar brachte Lahr den Wunsch des AA und der Bundesregierung zum Ausdruck, dass Portugal zusammen mit Spanien langfristig in die EWG aufgenommen werden sollte. Die gesamte Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber Portugal war auf die Integration der Bundesrepublik nach Westeuropa angelegt. Salazar verfolgte ebenfalls das langfristige Ziel einer Integration in die EWG. Durch den Beitritt in die EWG wollte er sein Land auch wirtschaftlich stärken. Dass der Estado Novo für die Integration in dieses Wirtschaftsbündnis aber die afrikanischen und asiatischen Besitzungen aufgeben musste, verhinderte einen Beitritt. Für ein westdeutsches Wohlwollen und das machte Lahr Salazar klar, war die Aufgabe der Kolonien Grundvoraussetzung. Der portugiesische Kolonialkrieg war somit aus der Sicht des AA sinnlos. Aus den Aufzeichnungen Lahrs wird jedoch auch klar, dass die Bundesregierung auch für einen Beitritt Portugals unter einem undemokratischen Regime eintrat.

„Heute strebt es [Portugal] nach der Gemeinschaft mit dem übrigen Europa und ich würde gern dabei helfen, wie ich auch für Spanien eintrete. Aber da sind im Zeitalter der Ideologien mannigfache Widersprüche zu überwinden. Was zählt in diesen beiden alten Ländern mehr - das europäische Erbe oder die Verirrungen der gegenwärtigen politischen Regime? Für uns überwiegt das erstere, und das ist auch die Meinung Frankreichs, eines Landes, das mit der Geschichte lebt. Die Kräfte, die jenes Erbe vertreten, sollte man unterstützen. Aber darüber bin ich schon mit Spaak im Brüsseler Ministerrat aneinandergeraten.“⁵⁵⁶

Die Unterredung Lahrs mit Salazar brachte jedoch nicht die gewünschte Wende. Die nach Portugal ausgeführten Waffen wurden weiterhin in Afrika eingesetzt. Aus diesem Grund wurde im AA beschlossen, dass nach 1965 keine Waffen mehr in Spannungsgebiete geliefert werden dürften. Ganz Afrika wurde zum Spannungsgebiet erklärt und daher durften auch keine Waffen mehr nach Portugal ausgeführt werden. Doch die Bundeswehr musste 1968 ihre Planungen in Portugal aufgrund der gefährdeten Haushaltslage ändern und die Einrichtung der Stützpunkte, die Portugal

⁵⁵⁶ Lahr 1981, S. 424–425.

zugesagt wurden, konnten aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht gebaut und unterhalten werden. Damit die portugiesische Regierung eine Entschädigung erhielt, wurde eine neue Endverbleibsklausel formuliert, um weiterhin NATO-Hilfe nach Portugal leisten zu können. Anlässlich eines Geschäfts zwischen dem portugiesischen Verteidigungsministerium und der westdeutschen Firma Junghans im Januar 1972 wurde im AA von der portugiesischen Botschaft eine Stellungnahme erbeten, um der Firma Junghans zu helfen. Junghans wollte Zünder für Mörsermunition nach Portugal liefern, aber wegen der portugiesischen Weigerung eine Endverbleibsklausel zu unterschreiben, die den Einsatz in Afrika verhindert, erhielt sie durch das AA keine Ausfuhrgenehmigung. Die Aufträge umfassten zwei Millionen DM. Das AA stellte fest, dass dem Antrag der Firma nur nachgegangen wird, weil die Auslastung in der Firma nicht gut war.

„Wenn StS Mommsen jetzt einen ähnlichen Antrag der gleichen Firma aus rd. 10 im Vorjahr zurückgestellten Exportanträgen für Kriegswaffen (KWKG) und sonstige Rüstungsgüter (AWG) ausgewählt hat (Wert: etwa 2 Mio. DM), dann wohl im Hinblick auf die schlechte Beschäftigungslage der in Frage kommenden Abteilung der Firma Junghans.“

Am 29. September 1971 wurde der Antrag der Firma Junghans über die Ausfuhr von 100.000 Zündern für Mörsermunition bewilligt, ohne dass die portugiesische Regierung eine neue Endverbleibsklausel unterschrieben hatte.⁵⁵⁷

Im gleichen Jahr besprach sich Außenminister Walter Scheel mit seinem portugiesischen Kollegen Rui Patricio über die Einrichtung des neuen Schießplatzes für die Luftwaffe, nachdem der Alte bei Alcochete nicht mehr genutzt werden konnte. Dort sollte ab 1975/76 der zivile Flugplatz von Lissabon Portela erweitert werden. Patricio wollte für die Einrichtung eines neuen Schießplatzes weitere Waffen, vor allem weitere Flugzeuge der Typen Noratlas und DO-27. Scheel benötigte unbedingt eine Zusage für einen neuen Schießplatz, weil das BMVg sonst den Luftwaffenstützpunkt Beja hätte aufgeben müssen und von sich aus bereit war, Waffen nach Portugal zu liefern.

Zudem war Patricio über einen Artikel in der Welt zum portugiesischen Kolonialkrieg erzürnt. *Armez seulement les Assasins?*, fragte er Scheel. Scheel war sich bewusst darüber, dass weitere Waffen der Bundeswehr in Afrika den negativen Eindruck der Bundesrepublik im unabhängigen Afrika bekräftigen würden, und brachte dies Patricio gegenüber zum Ausdruck.

⁵⁵⁷ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Bonn am 24. Januar 1972 Abteilung III A 4.

„Andererseits [Einerseits: Fortschritt der portugiesischen Regierung bei Reformen] dürfe man nicht übersehen, dass uns unsere Haltung – als Freund und als Verbündeter – doch beträchtliche Schwierigkeiten verursacht hat. Kein Land der Erde ist in Afrika im stärkerem Maße zu den eigentlichen Verbündeten Portugals gestempelt worden wie die Bundesrepublik Deutschland.“

Scheel bekräftigte, dass NATO-Militärhilfe auch NATO-Hilfe sei und nicht als Kriegsmaterial im portugiesischen Afrika eingesetzt werden dürfe. Scheel legte die Position des AA dar, dass für weitere Waffenlieferung zunächst eine neue Endverbleibsklausel festgelegt werden müsste. Nach einem Gespräch des Ministerialdirektors Herbst mit dem portugiesischen Botschafter de Freitas Cruz vermerkte der Legationsrat Königs am 06. Juni 1972:

„Daß zwischen den Waffenlieferungen und der Neuvereinbarung einer Endverbleibsklausel, kein Junktim bestehe, sondern daß entsprechend den Gepflogenheiten unter Bündnispartnern nach einer Lösung für die anstehenden Probleme in gegenseitigen Einvernehmen gesucht werden müsse.“

Doch weil die Luftwaffe unbedingt einen neuen Schießplatz brauchte, wurde eine Teillieferung von Material zur Reparatur von Flugzeugen genehmigt, ohne dass eine neue Endverbleibsklausel vereinbart wurde. Weitere zurückgestellte Lieferungen von drei Noratlas Transportflugzeugen und Panzermotoren für amerikanische M-47 Patton Panzer wurden nicht genehmigt.

„Immerhin scheint festzustehen, daß Portugal ohne Zusagen deutscher Vorabgenehmigungen kaum Entgegenkommen gegenüber den deutschen Wünschen zeigen werde. Der Bundessicherheitsrat habe daher am 26. Mai 1972 einige der bisher zurückgestellten Waffenlieferungen genehmigt, - zurückgestellt blieben u.a. die Lieferung von 3 Noratlas, Flugzeugersatzteilen und Panzermotoren für den Kampfpanzer M 47.“⁵⁵⁸

In den Dokumenten, in denen die Endverbleibsklausel behandelt wird, ist ein klarer Gegensatz zwischen dem AA und dem BMVg bemerkbar. Das BMVg wollte seinerseits Waffen an Portugal liefern, um die deutschen Basen in Portugal nutzen zu können. Das AA wiederum wollte jeden Einsatz der Waffen in Afrika verhindern, um eine negative Konnotation der deutschen Afrikapolitik zu vermeiden. Zeugnis dieser Auseinandersetzung zwischen den Ministerien ist der Vorstoß des Grafen von Hardenberg im Februar 1965.

„Hardenberg [votierte] gegen eine Abwicklung der ausstehenden Lieferungen an Portugal auf der Grundlage der bisher gültigen Endverbleibsklausel, da es sich bei den vom Bundesverteidigungsministeriums angegebenen Mengen kaum um Restlieferungen handelt und das Auswärtige Amt kaum Kontrolle darüber hat, ob und wann diese Restlieferungen beendet sein werden.“⁵⁵⁹

⁵⁵⁸ AAPA 1972 Band II. Dok. 157 S. 647-651 Aufzeichnung des Legationsrates Reitberger vom 01.06.1972.

⁵⁵⁹ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg.

Die neue Endverbleibsklausel wurde auch 1971 noch immer verhandelt. In den Instruktionen für Botschafter von Holleben wurde die Entwicklung der Endverbleibsklausel nachgezeichnet. Die Bundesregierung wollte die Verhandlungen mit Portugal wieder aufnehmen und zu einem besseren Abschluss bringen.

„Der Bundessicherheitsrat hat am 28.4.1971 das Auswärtige Amt angewiesen, Verhandlungen mit der portugiesischen Regierung aufzunehmen mit dem Ziel einer Bestätigung Portugals, dass die deutschen Lieferungen nicht aus dem geographischen Geltungsbereich der NATO nach Artikel 6 des NATO-Vertrages verbracht wurden.“⁵⁶⁰

Das AA telegrafierte an die deutsche Botschaft in Lissabon die Nachricht, dass das AA die Verhandlungen führen würde und auf ein Zeichen der portugiesischen Behörden wartete. Es sollten jedoch nur noch Waffen und Rüstungsgüter geliefert werden, die für die Verteidigung des NATO-Bereiches verwandt werden konnten.

„Wir hoffen, mit Ihnen alsbald eine dementsprechende Endverbleibsklausel treffen zu können, die es der Bundesregierung ermöglicht, die Lieferung von Rüstungsgütern, die für die gemeinsame Verteidigung im NATO-Bereich bestimmt sind, wieder freizugeben. Zu Gesprächen hierüber steht der Leiter der Handelspolitischen Abteilung des AA, Herr Dr. Herbst, oder sein Vertreter, Herr Dr. Robert, zur Verfügung.“⁵⁶¹

Die Abteilung 3 des AA nahm 1972 in einem internen Dokument Stellung zum Stand der Verhandlungen zu der Endverbleibsklausel zwischen dem AA und dem portugiesischen Außenministerium. Bundesaußenminister Scheel hatte in einer Ansprache vor dem Afrika-Verein am 25. Januar 1971 die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern nach Portugiesisch-Afrika negiert und damit die in der Presse erhobenen Vorwürfe bestritten. Er hatte mit dieser öffentlichen Äußerung außerdem den Weg für neue Gespräche mit Portugal über die Endverbleibsklausel freigemacht.

„Aucun armement n'est fourni non plus dans les territoires portugais d'outre-mer. La coopération militaire avec le Portugal dans le cadre de l'Alliance atlantique se limite clairement à la sphère géographique de l'Otan. (An dieser Stelle fügte der Minister seiner im Wortlaut verteilten Ansprache die Worte hinzu: Und so wird es bleiben!).“⁵⁶²

Das AA war inzwischen dem portugiesischen Außenministerium entgegengekommen und hatte von Fall zu Fall Lieferungen von Rüstungsmaterialien und Waffen genehmigt, wenn die portugiesische Botschaft Endverbleibsbescheinigungen ausgestellt hatte.

⁵⁶⁰ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Abteilung III A 4 Bonn am 31. August 1971.

⁵⁶¹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Gesprächsvorschlag des Staatssekretärs für den portugiesischen Botschafter Bonn am 31. August 1971.

⁵⁶² „Es wurden keine Waffen in die portugiesischen Überseegebiete geliefert. Die militärische Zusammenarbeit innerhalb der atlantischen Allianz mit Portugal begrenzen sich auf das geographische Gebiet der NATO.“

Diese Genehmigungen zur Ausfuhr von Rüstungsgütern sah das AA als ein Entgegenkommen in der Endverbleibsfrage gegenüber dem portugiesischen Außenministerium an. Als eines der Güter war die Ausfuhr von Zündern für Granaten genehmigt worden.

„Zur dortigen Unterrichtung wird darauf hingewiesen, dass der Bundessicherheitsrat im September 1971 eine Ausnahme von seinem Beschluss vom 28. April 1971 für die Ausfuhr von Zündern genehmigte. Hierbei war auch das wirtschaftliche Interesse an einer kontinuierlichen Beschäftigung der seit längerem nach Portugal exportierenden deutschen Herstellerfirma mitbestimmend. Nach Lage der Dinge dürfte auch weiterhin ein gewisses wirtschaftliches Interesse an der Ausführung portugiesischer Aufträge gegeben sein. Vor allem aber hoffen wir, nach Möglichkeit Verstimmungen zu vermeiden, die sich auf die weitere Nutzung von Beja nachteilig auswirken könnten.“⁵⁶³

Die Zugeständnisse an die portugiesische Regierung in der Endverbleibsfrage waren nicht unumstritten. Am 11. Februar 1972 stellten Mitarbeiter der Abteilung III A 4 fest, dass mehrere Organisationen und Privatpersonen bereits kritische Anfragen an das AA bezüglich der Handhabung der Endverbleibsklausel im Falle Portugals gestellt hatten.

„So erhält z.B. das Auswärtige Amt seit längerer Zeit regelmässig Anfragen von Organisationen und Privatpersonen wie auch von Parlamentariern über den Verbleib angeblicher oder tatsächlicher Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik nach Portugal.“⁵⁶⁴

Am 24. Februar 1972 hatte Botschafter von Holleben durch den steten Tropfen den Stein ausgehöhlt und mit dem Generaldirektor des portugiesischen Außenministeriums Caldeira Coelho über eine neue Endverbleibsklausel gesprochen. Caldeira Coelho teilte jedoch mit, dass aus portugiesischer Sicht die Aushandlung einer neuen Endverbleibsklausel unsinnig erschien. Er argumentierte, dass die portugiesische Militärindustrie bei der Herstellung von Rüstungsgütern den Verbleib nicht nach den portugiesischen Kolonialgebieten in Abgrenzung zum Mutterland unterschied. Er war der Ansicht, dass eine Nachverfolgung des Endverbleibs von in Portugal produziertem Rüstungsmaterial unmöglich für die portugiesischen Behörden war.

„Er berief sich weiterhin auf den Zweck und Vertragsgeist des gesamten Vertragsverhältnisses, die auch bei den Gesprächen Salazar Lahr bei der Endverbleibsklausel des Jahres 1965 tragende Elemente gewesen und geblieben seien. Portugal weigere sich keineswegs, ein langfristiges Vertragswerk nach aktuellen Gesichtspunkten zu modifizieren, meine aber, dass dies rückwirkend nur im beiderseitigen einvernehmen erfolgen könne. Portugiesische Rüstungsindustrie sei auf ausländische Zulieferungen – er sprach nicht von

⁵⁶³ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Abteilung III 1.2.1972. Rüstungsverkäufe an Portugal.

⁵⁶⁴ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Abteilung III A 4 am 11. Februar 1972.

Lieferungen – angewiesen. Unvorhergesehene Lieferstops würden deshalb zu erheblichen Produktionsschwierigkeiten führen. Da sich dieser Industriezweig ausnahmslos auf portugiesischen Festland befinde und bei der Herstellung keine Unterteilungen nach Absatzgebieten vorhersehen könne, müsse man sich hier je nach dem Ergebnis der bonner Besprechungen darüber klar werden, ob die Klausel dann überhaupt noch oder teilweise für Portugal zu praktischen Ergebnissen führe.⁵⁶⁵

Bis zur Klärung der neuen Endverbleibsklausel hatte das AA eine Liste mit Rüstungsgütern zusammengestellt, die das portugiesische Verteidigungsministerium kaufen wollte, aber als bedenklich eingestuft wurden. Unter diesen Gütern waren auch drei Noratlas 2501 Transportflugzeuge, dazu noch Material für Gewehre, MGs und Granaten. Die aufgeführten Rüstungsgüter wurden nicht geliefert, weil die Herkunft aus der Bundesrepublik einwandfrei nachgewiesen werden konnte (vgl. Tabelle 22). Dies wollte das BMVg aber auf jeden Fall verhindern.

Tabelle 22: Zurückgestellte Anträge auf Rüstungsausfuhren nach Portugal April 1972 (Quelle: PAAA B14 Bd. 1890)

Ware	Wert in DM	KWKG ⁵⁶⁶ / AWG ⁵⁶⁷
7.600 kg Einzelteile für MG HK 21	1.220.000	AWG
111.100 Mörsergranatzünder AZ DM 111 A 2	1.665.000	KWKG
3 Noratlas	80.000	AWG
7.500 Flugzeugersatzteile für G 91	260.000	AWG
Panzer-Motoren und Elektroteile für Kampfpanzer M 47	57.897	AWG
1.002.000 Stück Einzelteile zum automatischen Gewehr G 3 ohne Rohre und Verschlüsse	1.080.000	AWG

Im April 1972 war es noch immer nicht zum Abschluss einer neuen Endverbleibsklausel gekommen. Die portugiesische Regierung weigerte sich noch immer, den Einsatz der Waffen und Rüstungsgüter in Portugiesisch-Afrika durch eine eindeutige Formulierung zu verhindern. Am 16. April 1972 kümmerten sich die beiden Vorgesetzten ihrer Außenministerien, Rui Patricio und Walter Scheel, selbst um eine Klärung. Patricio sagte Scheel zu, dass er einer neuen Endverbleibsklausel zustimmen wollte, wenn die ausstehenden Lieferungen noch mit der alten Endverbleibsklausel erfolgten.

„In einer anschließenden kurzen Unterhaltung sagte mir der Bundesminister, dass wir nunmehr versuchen sollten, möglichst bald mit den Portugiesen über die neue Endverbleibsklausel ins reine zu kommen. Auch sollten wir prüfen, ob

⁵⁶⁵ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Telegramm der Botschaft Lissabon am 24. Februar 1972.

⁵⁶⁶ KWKG = Kriegswaffenkontrollgesetz

⁵⁶⁷ AWG = Außenwirtschaftsgesetz

wir nicht wenigstens bei einigen der bestellten Rüstungsgüter die Ausfuhr noch vor der Einigung über die neue Klausel genehmigen könnten. Sicher müsse dies mit gebührender Rücksicht auf unsere Afrika-Politik geschehen; andererseits hätten wir – nicht zuletzt wegen des großen Interesses des Bundesverteidigungsministers an dem Zustandekommen einer Absprache über einen Schieß- und Bombenabwurfplatz in Portugal – Interesse daran, den Portugiesen im Rahmen des gerade noch Vertretbaren entgegenzukommen.“

Das AA prüfte daraufhin alle ausstehenden Lieferungen, um der portugiesischen Regierung, wie Scheel es gewünscht hatte, bei der Genehmigung von Rüstungsverkäufen entgegenzukommen.⁵⁶⁸

Die Gespräche zur neuen Endverbleibsklausel sollten nach Auskunft des portugiesischen Verteidigungsministeriums von dem neuen portugiesischen Botschafter in Bonn geführt werden. Der sollte jedoch erst zum zweiten Halbjahr 1971 seinen Dienst aufnehmen. Bevor die Verhandlungen mit dem neuen Botschafter aufgenommen wurden, hielt das AA intern fest, dass die portugiesische Regierung bereits verstimmt über die Zurückhaltung der Rüstungslieferungen war.

„Der portugiesische Vorwurf, dass die Bundesrepublik gegen den Geist der Verträge über die Rüstungszusammenarbeit verstoße, ist nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn auch eine bindende Verpflichtung zur Lieferung jeglichen Rüstungsmaterials natürlich nicht besteht. Es ist aber zu berücksichtigen, dass die deutsch-portugiesische Zusammenarbeit zunächst auf der allgemeinen NATO-Forderung basierte, den Aufbau einer bescheidenen Rüstungsindustrie in Portugal zu unterstützen. Das ist gegenüber einigen portugiesischen Staats- und Privatbetrieben geschehen, die erst mit deutscher Hilfe in die Lage versetzt wurden, ihre Munitionsherstellung zu entwickeln und zu modernisieren.“⁵⁶⁹

Das BMVg nahm die Rolle des Verteidigers für die portugiesische Regierung ein. Auf eine Anfrage des BMVg bereitete das AA ein Antwortschreiben vor, das die ablehnende Haltung des AA gegenüber dem BMVg begründete. Dabei stellte das AA ebenfalls fest, dass auch die Position des Bundesverteidigungsministers in dieser Angelegenheit ambivalent war.

„Der Bundesverteidigungsminister wünscht, jeglichen Kriegswaffenexport in Nicht-NATO-Länder zu unterbinden, bekundet gleichzeitig aber sein Desinteresse am Endverbleib deutscher Lieferungen an NATO-Partner.“

Bezüglich einer Lieferung von Zündern für die Produktion von Munition für Mörsergranaten wollte das AA einer Lieferung zustimmen, da die beiden Firmen in der Bundesrepublik Deutschland und in Portugal weniger Aufträge hatten. Wichtiger jedoch

⁵⁶⁸ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Unterhaltung zwischen den beiden Außenministern Rui Patricio und Walter Scheel. Aufzeichnung am 16. April 1972.

⁵⁶⁹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. AA Bonn am 10. August 1971

war die Tatsache, dass auf den Zündern keine Markierungen angebracht wurden, die der Bundesrepublik später Kritik eingebracht hätten.

„Hier sollte, weil ohne grosses Risiko möglich, unsere Rüstungskooperation mit NATO-Partnern Priorität erhalten. Hinzu kommt, dass die Zünder keine deutsche Herkunftsmarkierung tragen werden. Schließlich mag erwähnt werden, dass die deutsche Spezialfirma für Zünder (Junghans) und der (staatliche) portugiesische Rüstungsbetrieb notleidend werden.“

Eine neue Endverbleibsklausel wurde jedoch nicht mehr vereinbart. Bereits zwei Jahre später hatte sich das Problem mit der Nelkenrevolution in Portugal für das AA in Luft aufgelöst.

2.5.3 NATO-Hilfe für die portugiesische Marine

Die portugiesische Marine, die vor allem als portugiesischer NATO-Beitrag für eine Verteidigung Westeuropas vor einem Überfall der Sowjetunion herangezogen werden sollte, war nach dem Krieg nur mit wenigen modernen Schiffen ausgerüstet. Insgesamt verfügte sie über 46 Schiffe meist älteren Typs.

Die ersten Schiffe, die von der portugiesischen Marine gekauft wurden, kamen von britischen Werften und wurden zum Teil erheblich durch die US-Militärhilfe mitfinanziert. Dazu gehörten noch in den vierziger Jahren ein Minensuchboot, mehrere Patrouillenboote, U-Boote und einige Fregatten. Bis 1960 wurden die meisten Schiffe im Ausland gekauft, erst in den sechziger Jahren wurden auch in portugiesischen Werften etwa 80 kleinere Patrouillenboote und Landungsschiffe von der portugiesischen Marine gebaut.

Bis 1971 konnte die Marine ihren Schiffsbestand auf 169 Schiffe erhöhen, von diesen wurden nach Angaben von Bosgra 104 in Afrika eingesetzt. Etwa 50 wurden allein in Guinea-Bissau eingesetzt. Die Kriegsflotte setzte sich zusammen aus 12 Fregatten, sieben Korvetten, vier U-Booten, 17 Patrouillenbooten, 17 Minenräumböten, 42 Begleitschiffen, 13 Hilfsschiffen, fünf großen Landungsbooten, 31 mittelgroßen Landungsbooten und 21 kleinen Landungsbooten.⁵⁷⁰

Allein zwischen 1972 und 1973 erhielt die portugiesische Marine vier U-Boote, elf Fregatten, 16 Küstenwachboote, vier Minensuchboote für tieferes Gewässer, 12 Minensuchboote für Küstengewässer, 37 Patrouillenboote und fünf Landungsboote vom Typ LTC von den NATO-Staaten.⁵⁷¹

In absoluten Zahlen bauten und verkauften die USA die meisten Schiffe (32) an die portugiesische Marine, den zweiten Rang nahm Großbritannien ein (19). Die USA

⁵⁷⁰ Bosgra 1973 S. 44.

⁵⁷¹ Crollen 1973, S. 61.

unterstützen vor allem die portugiesische Marine, weil sie innerhalb der NATO Portugal die Aufgabe für die Überwachung des südlichen Atlantiks übertragen wollten. Die USA hatten unter anderem 1957 zwei Fregatten, die *Corte Real* und die *Diogo Cão* an Portugal verliehen, außerdem wurde die Fregatte *Pedro Escobar* in Italien gebaut. Bis 1955 hatten die USA der portugiesischen Marine bereits vier Minensuchboote übergeben und die Hälfte der mehr als 30 Millionen US-Dollar Kosten für den Bau von drei weiteren Fregatten übernommen.⁵⁷²

Auf dem dritten Rang folgt mit elf Schiffen bereits die Bundesrepublik Deutschland. Im Falle der Bundesrepublik Deutschland muss erwähnt werden, dass die Bundesmarine im betrachteten Zeitraum fast gar keine größeren Schiffe unterhielt und die gesamten zu liefernden Kriegsschiffe für die portugiesische Marine noch gebaut werden mussten. Der wirtschaftliche Aspekt für die westdeutschen Werften und Zulieferer, die die Schiffe für die portugiesische Marine in der Bundesrepublik Deutschland bauten, muss in der Bewertung berücksichtigt werden. Denn natürlich war dieser Auftrag ein großes Geschäft für eine Werft, die bis dahin noch keine ähnlich großen Kriegsschiffe gebaut hatte.

Frankreich hatte lediglich acht Schiffe an die portugiesische Marine geliefert. Der Bau und die Bewaffnung von Schiffen in Frankreich war Teil des finanziellen Ausgleichs der französischen Marine für die Nutzung eines Marinestützpunktes auf der Azorenlinsel Flores im Jahr 1967.⁵⁷³

Deutsche Kriegsschiffe für die portugiesische Marine

Deutsche Werften fertigten insgesamt elf Schiffe. Von diesen elf Schiffen waren acht Patrouillenboote. Sechs dieser Patrouillenboote wurden von der Bayerischen Schiffsbaugesellschaft mbH gefertigt. Bereits in den Vertrag zum Bau dieser sechs Patrouillenboote wurde der spätere Bestimmungsort festgehalten, drei der Boote sollten nach Angola und drei nach Guinea entsandt werden. Es muss allerdings festgehalten werden, dass der Vertrag zum Bau dieser Boote bereits im Jahr 1960 zustande kam und das letzte Schiff im März 1961 ausgeliefert werden sollte (vgl. Abbildung 4).⁵⁷⁴ Es ist offen, welche Werft die anderen beiden Patrouillenboote gefertigt hat, es liegt jedoch nahe, dass auch diese beiden Boote von der gleichen Firma in Bayern hergestellt

⁵⁷² Ebd., S. 63

⁵⁷³ Marcos 2007, S. 196-202.

⁵⁷⁴ ADN SGDN 01 1468 Cx. 1115 Peça 3. Contract for the Supply and Delivery of six Patrol Vessels for the Portuguese Navy.

wurden. Nach Angaben von Bosgra konnten beide Boote in Afrika ausgemacht werden.⁵⁷⁵

An die bundesdeutsche Werft *Blohm & Voß GmbH* in Hamburg ging 1969 der letzte Auftrag der portugiesischen Regierung zur Fertigung von Kriegsschiffen während des Kolonialkrieges in Afrika. Die Kriegsschiffe wurden in Hamburg mit einem Holzkiel gebaut, der sich vor allem für den Einsatz in Gewässern nahe der Küste oder Flussläufen eignete. Sie wurden jedoch unbewaffnet ausgeliefert. Die Korvetten wurden nach ihrer Fertigstellung in Frankreich bewaffnet. Basierend auf den Plänen zur Fertigung der Korvetten bei Blohm & Voß wurden sechs weitere Schiffe dieses Typs in spanischen Werften gefertigt und bewaffnet. Bei der Auslieferung des letzten Schiffes waren die drei von der portugiesischen Marine erworbenen Schiffe, die größten zu jener Zeit in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten Kriegsschiffe gewesen. Einen Überblick über die Kriegsschiffe in der portugiesischen Marine, deren Herkunftsland und dem späteren Einsatzort während des portugiesischen Kolonialkrieges 1961 bis 1974 gibt Tabelle 23.

⁵⁷⁵ Bosgra, van Krimpen 1973, S. 41 bis 46.

Tabelle 23: Schiffe für die portugiesische Marine 1946 – 1973 (Quelle: Bosgra, van Krimpen 1973, S. 41-46)

Jahr	Bezeichnung	Herkunftsland	Einsatzort
1946	Minenräumboot (Bangor-Klasse)	GB	Angola
1945-1949	6 Minenräumboote (Isle-Klasse)	GB	Angola
1948	6 U-Bootjäger	USA	Angola
1948	3 U-Boote	GB	Portugal
1949	Fregatten Diogo Gomes und Nuno Tristão	GB	Angola
1950	1 Minenräumboot (Bangor-Klasse)	GB	Angola
1953-1955	8 Minenräumboote (Holz, NATO-Typ)	USA	?
1955	4 große Minenräumboote (Holz)	USA	?
1954-1955	3 Patrouillenschiffe	USA, wurden in Frankreich gebaut.	Angola, Guinea
1956-1958	5 Patrouillenboote	USA, wurden in Portugal gebaut.	Angola, Guinea
1957	Fregatte Pedro Escobar	USA, wurde in Italien gebaut.	Angola
1957	Fregatten Corte Real und Diogo Cão	USA	Portugal
1959	Fregatten Alvares Cabral und Pacheco Pereira sowie Patrouillenboot Antares	GB	Angola, Guinea
1961	Fregatten D. Francisco de Almeida und Vasco da Gama	GB	Angola, Guinea
1961-1962	8 Patrouillenboote, Altair, Espiga, Formalhaut, Pollux, Rigel, Canopus, Denep und Bellatrix	BRD	5 nach Angola, 3 nach Guinea
1962	Patrouillenboot Regulus	GB	Angola
1964-1970	80 kleine Patrouillenboote und Landungsschiffe	Portugal	Angola, Guinea, Mosambik
1966-1967	Fregatten Almirante Gago Coutinho, Almirante Magalhães Correira, Almirante Pereira da Silva	USA, wurden in den Niederlanden und Schweden von Lisnave gebaut.	Portugal
1967-1969	4 Fregatten und 4 U-Boote	Frankreich, als Gegenleistung für den Stützpunkt Flores überlassen.	Angola, Guinea, Mosambik
1970-1973	3 Korvetten	BRD	Guinea, Mosambik
1970-1973	3 Korvetten	In Spanien auf BRD-Plänen basierend gebaut.	Guinea, Mosambik

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, dass die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu Großbritannien und den USA wesentlich weniger Schiffe an die portugiesische Marine verkauft hat. Auch die Bundesmarine hat nicht ein einziges Schiff an die portugiesische Marine abgegeben.

Die Tabelle zeigt jedoch auch, dass nach dem Beginn der Angolakrise 1961 von Großbritannien und den USA kaum noch Kriegsschiffe an die portugiesische Marine verkauft wurden. Dies ist vor allem auf die Befolgung der UN-Sanktionen durch die beiden Staaten zu erklären. Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland hielten sich nicht an diese Sanktionen. Noch dazu wurde mit der Unabhängigkeit Rhodesiens 1965 ein Embargo durch die britische Marine über den Handel mit Portugal verhängt. Die

mosambikanischen Häfen Beira und Lourenço Marques wurden zeitweise von britischen Kriegsschiffen blockiert.

Die in der Bundesrepublik hergestellten Schiffe datieren alle aus einer Zeit, in der Portugal dringend Schiffe benötigte, die auch vor Küstengewässern und in Flüssen operieren konnten. Diese Eigenschaften brachten alle in der Bundesrepublik gebauten Schiffe und Boote mit sich. Außerdem wurden in anderen NATO-Staaten nach 1961 kaum noch Kriegsschiffe für die portugiesische Marine in Auftrag gegeben. Die gebauten Schiffe waren mit modernster Technik ausgestattet worden und ähnlich wie Frankreich wurde die Handhabung der Endverbleibsklausel für die Kriegsschiffe nicht sehr streng verfolgt. Festgehalten werden muss, dass die Bundesrepublik und Frankreich innerhalb der NATO die Hauptlast der Unterstützung der portugiesischen Marine im Kriegsverlauf übernahmen. Denn alle von Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland gefertigten oder überlassenen Schiffe wurden im Kriegsgebiet eingesetzt und übernahmen dort wichtige Aufgaben im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen. Die Endverbleibsklausel spielte hier keine Rolle, da die Schiffe direkt von der deutschen Industrie gefertigt wurden und wie bereits ausgeführt, ohne Waffen bestückt waren. Natürlich ist dies nur Augenwischerei gewesen, da die Schiffe nachträglich bewaffnet wurden.⁵⁷⁶

Kritik am Einsatz der deutschen Schiffe in Afrika

Auf deutschen Werften wurden bereits im Jahr 1960 sechs bis acht Patrouillenboote für die portugiesische Marine gebaut, um in Afrika eingesetzt zu werden. Bis zum Ausbruch der Angolakrise 1961 wurde dieses Geschäft wenig beachtet. Es wurde so lange ignoriert, bis die Bundesregierung durch die Unruhen in Angola und durch die internationale Presse gezwungen wurde, seine bisherige Unterstützung für Portugal zu hinterfragen. In einer Aktennotiz wurde die Reaktion der Abteilung 3 des AA festgehalten. Die Abteilung stellte fest, dass die Patrouillenboote nicht in Portugal, sondern in Afrika im Kampf gegen die angolanischen Freiheitskämpfer eingesetzt werden.

„Referat 307 hat gegen die Zustimmung zur Lieferung von Patrouillenbooten nach Portugiesisch Guinea und Angola Bedenken. Es kann damit gerechnet werden, dass diese Boote im Kampf gegen Aufständische verwendet werden, und die behauptete These, Deutschland unterstütze die portugiesische Kolonialpolitik dadurch Auftrieb erhält.“⁵⁷⁷

⁵⁷⁶ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Abteilung III A 4 am 15. Dezember 1969.

⁵⁷⁷ PA AA, B 34, Bd. 274. Pol. Angelegenheiten zu dritten Staaten und Militärpolitik Angola 1961. Bonn 3. Juni 1961 Aktennotiz der Abteilung 3.

Aus diesem Grund entschloss sich das Referat 413 des AA, bei der Auslieferung der Boote zu intervenieren. An Bundeswirtschaftsminister Erhard persönlich wurde eine Nachricht verfasst, in der die Bedenken des AA gegen die Vollendung des Geschäfts mit der portugiesischen Marine betont wurden.

„Seitens des Auswärtigen Amtes bestehen starke Bedenken gegen die Erteilung einer Herstellungs- und Liefergenehmigung für o.a. Boote mit der angegebenen Bewaffnung zwecks Verwendung durch die portugiesischen Marinebehörden in den überseeischen Provinzen Portugals.“⁵⁷⁸

Das BMWi reagierte und intervenierte bei der bayerischen Werft. Durch diesen Eingriff wurden die Schiffe ohne Waffen ausgeliefert. „Auf Grund der Bedenken des Auswärtigen Amtes wird die Werft die Boote ohne Bestückung liefern, wodurch die Ausfuhr genehmigungsfrei wird.“⁵⁷⁹ Die Ausfuhr von mit Waffen bestückten Schiffen hatte das AA aus politischen Gründen untersagt. Eine Auslieferung ohne Bewaffnung kam aber dennoch zustande. Die Schiffe wurden wenig später in Portugal mit Waffen bestückt, so dass der Einsatz der Patrouillenboote in Angola und Guinea-Bissau nicht verhindert werden konnte.

Im August 1961 telegraphierte das Konsulat in Angola, Luanda nach Bonn, dass in Angola folgende Schiffe stationiert wurden. Die Fregatten *Pacheco Pereira*, *Pero Escobar*, *Nuno Tristao* und *Diogo Gomes*, die U-Bootjäger *S. Tomé*, *S. Vicente* und *Principe*, das Vermessungsfahrzeug *Carvalho Araujo* und die beiden Patrouillenboote *Espiga* und *Fomalhaut*.⁵⁸⁰ Die beiden zuletzt genannten Patrouillenboote gehörten zu den sechs bis acht Patrouillenbooten, die von der Bayerischen Werft gebaut wurden, das Konsulat in Luanda erwähnte dies in seinem Bericht jedoch nicht. Der Einsatz der Patrouillenboote wurde international anscheinend überhaupt nicht bemerkt. In keiner Akte lässt sich eine Kritik an der Lieferung ausmachen auch nicht von den Befreiungsbewegungen. Lediglich in der durch das Angola-Komitee Amsterdam herausgegebenen Schrift von Bosgra und van Krimpen 1969 und 1973 werden einzelne Zeitungsartikel aufgeführt, die den Bau der Schiffe und den Einsatz in Portugiesisch-Afrika bestätigen, jedoch nicht kritisieren.⁵⁸¹

Blieb der Bau der Patrouillenboote für die Bundesrepublik Deutschland noch recht folgenlos, so war der Bau der Korvetten in der Hamburger Werft Blohm & Voß sowohl innen- als auch außenpolitisch umstritten. Zunächst wurde der Botschafter der

⁵⁷⁸ PA AA, B 34, Bd. 274. Pol. Angelegenheiten zu dritten Staaten und Militärpolitik Angola 1961. Bonn am 15. Juni 1961 Referat 413 an den Bundeswirtschaftsminister.

⁵⁷⁹ PA AA, B 34, Bd. 274. Pol. Angelegenheiten zu dritten Staaten und Militärpolitik Angola 1961.

⁵⁸⁰ PA AA, B 26, Bd. 106. Portugal 1958-1961. 22. August 1961 Konsulat Luanda an Bonn. Bericht von Botschaftsmitarbeiter Dunkerbeck.

⁵⁸¹ Bosgra, van Krimpen 1973, S. 41-46.

Bundesrepublik, Lanke, in Conakry, Guinea auf den Bau der Schiffe im Jahr 1969 angesprochen. Die beiden Führer der *Partido Africano da Independência de Guiné e Cabo Verde (PAIGC)* Amilcar Cabral und Aristide Pereira hatten ihn aufgesucht. Er hatte beide zur Rede stellen wollen, nachdem die PAIGC einen Artikel veröffentlicht hatte, der die Bundesrepublik Deutschland offen als Unterstützer des portugiesischen Kolonialkrieges darstellte. Der Artikel warf der Bundesrepublik vor, mit dem Bau der drei Korvetten die portugiesische Marine im Kampf gegen die PAIGC auszurüsten. Cabral war von einem Hamburger Werftarbeiter über den Bau informiert worden. Im Gegenzug zu dem Artikel über die Bundesrepublik hatte Cabral einen Artikel über die Unterstützung der PAIGC durch die DDR mit Medikamenten und Operationseinrichtungen veröffentlichen lassen. Das wiederum wurde von Lanke aufgegriffen, um Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit Cabrals und der PAIGC zu üben. Cabral und Pereira informierten Lanke darüber, dass der Artikel Auswirkungen auf die Innenpolitik in der Bundesrepublik haben sollte. Sie waren nach dem Besuch⁵⁸² Hans Wischnewskis in Guinea⁵⁸³ enttäuscht über die mangelnde Unterstützung ihrer Sache und hatten sich davon nähere Kontakte zur Bundesregierung versprochen.

„Allerdings habe er aus einer gewissen Enttäuschung heraus die öffentliche Meinung der Bundesrepublik mobilisieren wollen. Bundesminister Wischnewski habe ihm vor Jahresfrist zugesagt, dafür sorgen zu wollen, dass an die Waffenlieferungen für unsere portugiesischen Verbündeten im Hinblick auf dessen Kolonialkrieg ein strengerer Maßstab angelegt werde. Leider sei Herr Wischnewski kurz darauf aus dem Kabinett ausgeschieden und alles sei beim alten geblieben.“

Lanke hatte auf Weisung des AA darauf hingewiesen, dass die in Deutschland gebauten Schiffe zu viel Tiefgang hätten, um in Guinea selbst eingesetzt zu werden. Dieser Argumentation hielten die beiden entgegen, dass die meisten Flussläufe in Portugiesisch-Guinea tief genug seien, um die Schiffe dort einzusetzen.

„Es sei eine Illusion zu glauben, die Portugiesen hielten sich an die NATO-Klausel. Besonders bedrohlich seien ihre Versuche, von den zahlreichen Meeresarmen und Flüssen aus in den Kampf einzugreifen. Er würde sich nicht wundern, wenn die Fregatten dort auftauchten, auch ein Tiefgang von 2,80 m hindere sie daran nicht.“⁵⁸⁴

Cabral argumentierte weiter, dass die PAIGC sich nicht in den Ost-Westkonflikt und auch nicht in die Deutschlandfrage einmischen wollte. Es ging ihr und ihm lediglich um

⁵⁸² Ein erster Besuch fand im August 1963 statt.

⁵⁸³ Wischnewski, Hans-Jürgen (1968): Nord-Süd Konflikt. Beiträge zur Entwicklungspolitik. Hannover, S. 113f. Wischnewski schildert seine Eindrücke von dem Gespräch mit Amilcar Cabral. Er erwartete, dass Cabral Ministerpräsident eines unabhängigen Guinea-Bissaus werden und das afrikanische Land die Unabhängigkeit erlangen würde.

⁵⁸⁴ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Botschaft Conakry am 5. September 1969.

die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Cape Verde. Beide konnten sich in die Lage der Bundesrepublik versetzen und stellten nicht die NATO-Hilfe an Portugal, sondern lediglich die Art der Hilfe in Frage. Der Wunsch beider Führer war es, dass die Bundesregierung politischen Druck auf Portugal ausübte, um eine Änderung der portugiesischen Kolonialpolitik in Afrika zu erreichen. Cabral hoffte dabei auf die persönliche Unterstützung von Bundespräsident Heinemann. Wichtig war Cabral, den Kontakt zum westdeutschen Botschafter aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund stellte er fest, dass der Artikel bereits Erfolg gehabt hätte, weil sonst ein Gespräch zwischen ihm und Lanke nicht zustande gekommen wäre.⁵⁸⁵

Der Leiter der Abteilung III A 4 stellte am 15. Dezember 1969 in einem internen Dokument für das AA fest, dass die Überprüfung der Informationen von Amilcar Cabral anhand der Zeitschrift der portugiesischen Marine *Revista de Marinha* erfolgt seien. Es wurde festgestellt, dass die sechs Korvetten, von denen drei in Spanien und drei in der Bundesrepublik Deutschland gebaut wurden „auch für den Überseedienst ausgerüstet [würden].“⁵⁸⁶ Das AA gab also intern zu, dass sie von dem geplanten Einsatz der Schiffe in Portugiesisch-Guinea wusste und dies nicht verhinderte. Das AA reichte diese Informationen jedoch nicht an Botschafter Lanke weiter. Der Botschafter in Guinea sollte aber weiterhin den Kontakt zu Cabral suchen, um eine weitere positive Berichterstattung über die DDR zu verhindern oder diese zumindest an das AA melden zu können.

In einem weiteren Gespräch zwischen Botschafter Lanke und den beiden Führern der PAIGC im März 1970 berichteten diese ihm über den Artikel in der *Revista de Marinha* und über den geplanten Einsatz der Korvetten in Portugiesisch-Guinea. Botschafter Lanke telegraphierte daraufhin den Inhalt der Zeitschrift erneut nach Bonn.⁵⁸⁷

Daraufhin informierte die Abteilung III A 4 den deutschen Botschafter über den Kenntnisstand der Bonner Zentrale und dass diese Informationen nicht zu einer Intervention des AA geführt hatten. Botschafter Lanke beschwerte sich über die Untätigkeit der Abteilung III A 4. Aus dem Bericht der Zeitschrift ging hervor, dass die Korvetten mit Hubschraubern für spezielle Operationen ausgerüstet wurden.

⁵⁸⁵ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Botschaft Conakry am 5. September 1969.

⁵⁸⁶ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Abteilung III A 4 am 15. Dezember 1969.

⁵⁸⁷ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Botschaft Conakry am 19. März 1970.

„Diese sechs Korvetten, mit Spezialhubschraubern versehen und für langfristigen Dienst in Übersee ausgerüstet, eignen sich nicht nur, um dort unsere Flotillen von Patrouillen- und (Kanonen)booten zu unterstützen, sondern auch zur Durchführung verschiedener Hoheitsaufgaben.“

Lanke kritisiert vor allem die Haltung der Abteilung III. Er forderte sie auf, der portugiesischen Botschaft in Bonn den Inhalt der Zeitschrift vorzuführen, um der portugiesischen Marine zukünftige Geschäfte zu erschweren. Denn dieses Geschäft hätte künftige Ausfuhrgenehmigungen verkompliziert. Er war der Ansicht, dass die portugiesische Botschaft Aufschluss darüber geben sollte, ob der Bericht den Tatsachen entspricht. Er verlangte eine Auskunft darüber, was geschehen würde, wenn Portugal seine vertragliche Zusage, die Schiffe nicht in Übersee einzusetzen, gebrochen hätte. Nach den Ausführungen von Carbal und Pereira war eine erhebliche Angriffsfläche, den die Bundesrepublik Deutschland für die Befreiungsbewegungen und den Ostblock darstellte, entstanden. Die Bundesrepublik wusste von dem Vertragsbruch der portugiesischen Marine und unternahm dagegen nichts.⁵⁸⁸

Ein Gespräch mit oder gar eine Intervention des AA bei der portugiesischen Botschaft fand in der Folge nicht statt. Stattdessen sandte die Abteilung I B 3 am 2. Dezember 1970 an Botschafter Lanke eine grundsätzliche Stellungnahme zur Haltung der Bundesrepublik Deutschland. Er sollte diese Cabral und den Angehörigen der PAIGC bei den nächsten Gesprächen mitteilen. Unter der Überschrift „*Politische Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern*“ wurde die militärische Zusammenarbeit mit Portugal erläutert. Das AA stellte fest, dass die portugiesischen Kolonien in Afrika nicht zum NATO-Bündnisbereich gehörten und dass diese Gebiete daher auch von der NATO-Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Portugal ausgeschlossen waren. Das AA stellte fest, dass es keine Kenntnis davon habe, dass Waffen nach Portugiesisch-Afrika gebracht und dort zum Einsatz gekommen waren. Als Erklärung wurde die Endverbleibsklausel ins Feld geführt, mit der die nach Portugal verkauften Schiffe abgesichert wurden.

„Das NATO-Bündnis gewährleistet die Sicherheit des in Art. 6 des NATO-Vertrages bestimmten Gebietes. Dieser räumliche Geltungsbereich, auf den sich die militärische Zusammenarbeit in der Allianz beschränkt, schließt die portugiesischen Gebiete in Afrika nicht ein. Diese Gebiete sind daher auch von jeder bilateralen militärischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Portugal ausgeschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland wird auch in Zukunft keine Waffen in die portugiesischen Gebiete in Afrika liefern. Im Hinblick auf die Interessen der afrikanischen Staaten und die Gespräche mit der OAE-

⁵⁸⁸ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Botschaft Conakry am 4. Juni 1970.

Delegation wird die Bundesregierung der Einhaltung der sogenannten Endverbleibsklausel bei Waffenverkäufen an Portugal für Zwecke der gemeinsamen NATO-Verteidigung erhöhte Aufmerksamkeit schenken.“

Die Abteilung I B 3 stellte abschließend fest, dass die portugiesische Botschaft bereits die Gültigkeit der Endverbleibsklausel bestätigt hätte. Das BMVg hätte außerdem bekannt gegeben, dass die drei bei Blohm & Voß hergestellten Korvetten nicht in den Flussläufen Portugiesisch-Guineas eingesetzt werden konnten.

„Die portugiesische Seite hat ausdrücklich betont, dass nach ihrer Auffassung diese Endverbleibsklausel Gültigkeit für alle Lieferungen von Waffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Portugal habe. Im übrigen hat das Bundesministerium der Verteidigung aus gegebenen Anlaß kürzlich den Einsatz der von Portugal in Auftrag gegebenen 3 Korvetten in den Binnengewässern der portugiesischen Überseegebiete wegen ihres Tiefgangs als ausgeschlossen bezeichnet.“⁵⁸⁹

Die Angelegenheit wurde danach nicht weiter verfolgt, auch weil die Invasion von portugiesischen Soldaten und guineischen oppositionellen Streitkräften in Guinea am 22. November 1970 die Arbeit der westdeutschen Botschaft in Conakry unmöglich machte. Erst im Jahr 1971 nahm wiederum Cabral von Algier aus Kontakt zur französischen Regierung auf, um diese darauf aufmerksam zu machen, dass nun auch französische Hubschrauber und Schiffe im Rahmen der NATO-Hilfe in Portugiesisch-Guinea eingesetzt wurden.⁵⁹⁰ Damit hatte Cabral in den siebziger Jahren die beiden größten militärischen Unterstützer der portugiesischen Kolonialpolitik über deren Vertretungen und internationale Medien angegriffen und für ihre Haltung kritisiert. Cabrals Kritik fand international und auch in der Bundesrepublik Deutschland durchaus Gehör, so dass seine Ausführungen nicht nur abgedruckt, sondern auch laufend zitiert wurden.⁵⁹¹

2.5.4 NATO-Hilfe für die portugiesische Luftwaffe

Nicht anders als die Marine war auch die portugiesische Luftwaffe in den fünfziger Jahren hoffnungslos veraltet. Sie verfügte über zahlreiche Propeller- aber noch nicht über Düsenstrahlflugzeuge. Die wenigen Flugzeuge waren vor allem im Mutterland stationiert und die militärische Infrastruktur nur gering ausgebaut. Salazar änderte dies jedoch bereits in den fünfziger Jahren und errichtete neue Luftwaffenstützpunkte in ganz Portugal. Die beiden größten portugiesischen Kolonien Angola und Mosambik

⁵⁸⁹ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Bonn am 2. Dezember 1970 I B 3. An Botschafter Lanke, für Gespräche mit Cabral. Ankündigung von politischen Grundsätzen der Bundesregierung.

⁵⁹⁰ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. AA Bonn am 29. April 1971 Monitor Dienst.

⁵⁹¹ Siehe dazu seine Veröffentlichung: Cabral, Amilcar (1983): Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung Afrikas. Bremen.

wurden dabei jedoch zunächst ebenso ausgelassen, wie die anderen Kolonien in Afrika und Asien.

Die ersten modernen Düsenjäger erhielt Portugal von den USA. Im Jahr 1952 bekam die portugiesische Luftwaffe als Teil des Militärhilfeprogramms der USA 50 F-84 Thunderjet Düsenjäger, die auch schon im Koreakrieg eingesetzt worden waren.⁵⁹²

Aus den Niederlanden erhielt sie 1954 18 Lockheed PV-2 Harpoon Bomber, die Portugals Beitrag zur NATO waren und auf den Kapverdischen Inseln stationiert wurden.

Noch vor dem Beginn des Kolonialkriegs war die Anzahl der von der portugiesischen Luftwaffe gekauften Flugzeuge gering. Vor 1961 wurden noch einige Hundert Düsenjäger T-3 und T-6 Harvard von Großbritannien an Portugal geliefert, allesamt vor allem Schulflugzeuge, die aber auch mit Waffen ausgerüstet werden konnten. Die CIA wollte in einer Geheimaktion 20 Bomber vom Typ Douglas B26 Marauder aus dem Zweiten Weltkrieg nach Portugal liefern. Ein im Ruhestand befindlicher Veteran flog die Flugzeuge einzeln nach Portugal. Als er bei der Überführung von US-amerikanischen Beamten ertappt wurde und sich erklären musste, leugnete er die Beteiligung der CIA. Er sagte vielmehr aus, dass ihn eine private Waffenhändlerfirma engagiert und an dem Geschäft ordentlichen verdient, hätte.⁵⁹³

Die USA lieferten in der Folge immer wieder über private Waffenhändler, aber auch auf staatlicher Ebene Flugzeuge an Portugal. Im Jahr 1960 wurden 50 F-86 Sabre-VI durch das Militärhilfeprogramm der USA geliefert. Nach Aussage des ehemaligen CIA-Agenten Stockwell lieferten die US-Streitkräfte an die portugiesische Luftwaffe außerdem 230.000-T-Chemikalien darunter auch Napalm.⁵⁹⁴ Napalm wurde nach 1961 verstärkt über Angola und später auch in Mosambik in besonders bewaldeten Gebieten „zur Entlaubung“ eingesetzt.

Etwa zwölf Lockheed P-2V Neptun wurden zwischen 1960 und 1961 aus den Niederlanden gekauft. Bei allen bisher erwähnten Flugzeugen handelte es sich um gebrauchte Flugzeuge, die verschrottet werden sollten, wenn sie keinen neuen Käufer gefunden hätten.

Nachdem der Kolonialkrieg in Angola begonnen hatte, begann der Bedarf der portugiesischen Luftwaffe an modernen Düsenjägern, Erdkampfflugzeugen, aber auch Transportflugzeugen aller Art rapide anzusteigen. Durch die Größe des Krisengebietes

⁵⁹² Bosgra, Van Krimpen sd 1969, S. 11.

⁵⁹³ Mateus 1999, S. 145.

⁵⁹⁴ Ebd., S. 146.

im Norden Angolas und Mosambiks war es nötig, die portugiesischen Soldaten und Versorgungsgüter auch in eingekesselte Städte und Dörfer zu transportieren. Erschwerend trat hinzu, dass nur wenige Flugplätze in den beiden Kolonien vorhanden waren, um schwere Düsenjäger starten und landen lassen zu können. Erst nach und nach wurde die entsprechende Infrastruktur eingerichtet.⁵⁹⁵

Flugzeuge der Bundeswehr für die portugiesische Luftwaffe

Bei der Anschaffung von neuen Flugzeugen achteten die portugiesischen Militärs vor allem auf die NATO-Empfehlungen und ob die gewünschten Flugzeuge auch in anderen NATO-Armeen eingesetzt wurden.⁵⁹⁶ Dabei interessierten sich die Militärs auch für die in der Bundesluftwaffe eingesetzten Typen. Das BMVg beriet die Kollegen vom portugiesischen Verteidigungsministerium dabei auch in der Anschaffung von Rüstungsgütern für die Luftwaffe. Grundlage für diese Unterstützung war das Verwaltungsabkommen von 1960 (vgl. Abbildung 8).

In der Folgezeit wurden Flugzeuge aller Art und für alle erdenklichen Aufgaben in der portugiesischen Luftwaffe eingeführt. Die vielen verschiedenen Typen sind ein Beleg für den Improvisationscharakter der portugiesischen Luftwaffe. Unter den zahlreichen Flugzeugen, die für die Konflikte in Afrika angeschafft wurden, befanden sich auch mehr als 150 DO-27 der deutschen Firma Dornier und der Bundesluftwaffe. Die DO-27 war ein Allzweckflugzeug, das zweisitzig, als kleines Transportflugzeug, Aufklärer, aber vor allem als Schulflugzeug und zur Aufnahme von Luftfotografien genutzt wurde. Die Flugzeuge waren unbewaffnet und in der Bundeswehr rein zu Schulungs- und Aufklärungszwecken verwendet worden. Für die Lieferung von 60 DO-27 und 70 Havard T-6 Mark IV. Flugzeugen wurde am 30. Juni 1964 ein Vertrag zwischen dem BMVg und der Portugiesischen Republik geschlossen (vgl. Abbildung 20).⁵⁹⁷

Auch die französische Regierung verkaufte während des Kolonialkrieges 16 zusätzliche T-6 Harvards an die portugiesische Luftwaffe.⁵⁹⁸ Der deutsche Generalkonsul in Mosambik von Keudell merkte zu der Bewaffnung der Harvard T-6 im Jahr 1972, dem

⁵⁹⁵ PA AA, B 26, Bd. 444. Bonn 19. Juli 1972 I B 3. Informationsreise des Herrn VLR Maier-Oswald nach Angola und Mosambik.

⁵⁹⁶ Dies war unter anderem vertraglich festgelegt worden und sollte zu einem stetigen Austausch der Verteidigungsministerien beider Länder führen. Beispielsweise besuchte vom 18. bis 25. Februar 1961 eine portugiesische Delegation in der BRD um verschiedene Anlagen und Stützpunkte zu besichtigen. ADN SGN 06 6369 Cx. 6085 Peça 1. Berichte über die Zusammenarbeit 1961/62

⁵⁹⁷ BArch BW1 Band 2088. Beschaffungswesen und Auslandskäufe, Käufe in NATO-Ländern des EZU Raumes. Portugal/Sammelband 00 Allgemeines 1960-1964.

⁵⁹⁸ Marcos 2007, S. 112–114.

achten Kriegsjahr an, „*die hier verwendeten T-6 sind mit vier MG und zwei Behältern von je zwei 36 3,7 cm Raketen bestückt.*“⁵⁹⁹

Diese Flugzeuge waren im gleichen Zeitraum von der Bundesluftwaffe nur mehr als Schulungsflugzeuge eingesetzt worden. Dadurch, dass die portugiesische Luftwaffe diese Flugzeuge mit Raketen und Maschinengewehren bestückte, wie sie es auch bei den DO-27 tat, verwandelte sie die Schulflugzeuge in taktische Erdkampfflugzeuge. Diese Flugzeuge waren ideal einsetzbar in den schwer zugänglichen Dschungelgebieten in Angola, in Guinea und in Mosambik. Vor allem durch ihre Kurzstarteigenschaften für die improvisierten und für Düsenjäger viel zu kurzen Landebahnen im Norden Angolas und Mosambiks zeichneten sich die Flugzeuge aus.

Bis Ende Mai 1965 wurden weitere 60 DO-27 von der portugiesischen Luftwaffe bestellt und nach Portugal ausgeliefert. Der Vertrag zur Lieferung wurde am 23. November 1965 abgeschlossen.⁶⁰⁰ „*Wie das Konsulat erfährt, werden in Kürze aus der Bundesrepublik kommend acht Flugzeuge vom Typ Dornier DO 27 hier eintreffen, die zur Verwendung bei der portugiesischen Luftwaffe in Angola bestimmt sind.*“ Drei Techniker der Dornierwerke flogen ebenfalls nach Angola, um die Flugzeuge fertig zu montieren. Die DO-27 wurden als Bausatz nach Angola geflogen, um dort vor Ort zusammengebaut zu werden.⁶⁰¹

Der Flugzeugführer Patzer schrieb in seinem Bericht 1961, dass die deutschen Techniker die Flugzeuge nicht auf dem sicheren Flughafen in Luanda, sondern auch in der Nähe der gefährdeten Gebiete auf Behelfsflugplätzen zusammenbauten. Da es keine Bauanleitungen auf Portugiesisch gab, mussten die deutschen Techniker länger in Angola bleiben und die portugiesischen Techniker erst ausbilden. In Gefahr befanden sich die Techniker der Dornier-Werke in dieser Zeit nicht.⁶⁰²

Zusätzlich wurden 20 Noratlas-2502 D davon je sechs aus Frankreich, aus einer Fabrik in Frankreich und acht aus Beständen der Bundesluftwaffe an die portugiesische Luftwaffe geliefert. Sie alle wurden noch vor 1964 angeschafft und von den

⁵⁹⁹ PA AA, B 34, Bd. 858.

⁶⁰⁰ BArch BW1 Band 373999. Beschaffungswesen Auslandskäufe. Käufe in NATO-Ländern des EZU Raumes Portugal allgemeine Rüstungskäufe/Waffen. 29. April 1966 BMVg Aufzeichnung über die Ergebnisse der 18. Sitzung des gemischten deutsch-portugiesischen Ausschusses vom 28. – 30. April 1965 in Lissabon.

⁶⁰¹ PA AA, B 34, Bd. 271. Konsulat Luanda am 6. April 1961.

⁶⁰² BArch BW 1/2463. Bericht von Flugzeugführer Patzer über seinen Aufenthalt in Angola 5.4.1961 bis 2.7.1961. Siehe auch BArch BW1 Band 373999. Beschaffungswesen Auslandskäufe. Käufe in NATO-Ländern des EZU Raumes Portugal allgemeine Rüstungskäufe/Waffen. 29. April 1966 BMVg Aufzeichnung über die Ergebnisse der 18. Sitzung des gemischten deutsch-portugiesischen Ausschusses vom 28. – 30. April 1965 in Lissabon.

entsprechenden Regierungen die Ausfuhrgenehmigungen nach Portugal erteilt. Die Transportflugzeuge vom Typ Noratlas-2502 D wurden alle in Afrika eingesetzt. Dazu bemerkte das AA 1969:

„Es ist bemerkenswert, mit welcher Offenheit portugiesischerseits zugegeben wird, dass die Flugzeuge, die mit dem stillschweigenden Vorbehalt der bekannten Endverbleibsklausel geliefert werden, für Personal- und Materialtransporte in die drei afrikanischen Überseeprovinzen benötigt werden.“⁶⁰³

Diese neuen Transportflugzeuge ergänzten die älteren Transportflugzeuge Ju-52 und Broussard aus Frankreich. Den Konkurrenzkampf zwischen der deutschen Firma Dornier und der französischen Broussard für den Auftrag der portugiesischen Luftwaffe gewann Dornier. Die DO-27 wurden als leichter Transportflugzeug standardmäßig in der portugiesischen Luftwaffe eingesetzt. Aus diesem Grund wurden von der portugiesischen Luftwaffe vor allem DO-27 Flugzeuge für den Einsatz in den afrikanischen Kolonien gekauft. Die Transportflugzeuge der Firma Broussard wurden aber ebenso in den afrikanischen Kolonien verwendet, weil schon einige von ihnen angeschafft worden waren. Die portugiesischen Piloten bevorzugten jedoch eindeutig das deutsche Flugzeug, weil es einfacher zu bedienen war. Sie wurden vor allem in Angola und Mosambik eingesetzt. Im Laufe des Krieges reiften zudem Überlegungen die Do-27 in Portugal in Lizenz bauen zu lassen.⁶⁰⁴

Doch nicht nur aus Frankreich und der Bundesrepublik wurden zahlreiche Schul- und Transportflugzeuge geliefert, sondern auch aus den USA und Kanada. So befanden sich unter den Beständen der portugiesischen Transportflotte mehr als 16 amerikanische C-47 Dakota, die direkt in Angola stationiert wurden,⁶⁰⁵ fünf amerikanische C-54 Skymaster, 19 kanadische C-54 Skymaster und einige C-45 Beech Expeditor. Auch aus Großbritannien wurden einige Hundert Flugzeuge der Firma Auster angeschafft.⁶⁰⁶ Der Unterschied bestand jedoch in der Nutzung dieser Flugzeuge. Denn die hier beschriebenen Flugzeuge wurden im Gegensatz zu denen aus der Bundesrepublik Deutschland nicht für Kampfeinsätze genutzt und verblieben zumeist in Portugal als Schulungsflugzeuge.

⁶⁰³ PA AA, B 26, Bd. 400. Bonn am 10. Oktober 1969. Referat I A 4 Aufzeichnung über den Besuch von v. Hase in Portugal.

⁶⁰⁴ PT ADN 006 07 Cx. 30. Am 5. Dezember 1969 fanden Gespräche zwischen Dornier und Vertretern der portugiesischen Luftwaffe statt. Im weiteren Verlauf konnten sich die Parteien jedoch bis 1974 nicht einig werden.

⁶⁰⁵ Antunes 1991, S. 205.

⁶⁰⁶ Bosgra, Van Krimpen sd 1969, S. 14.

Die Transportflugzeugflotte wurde 1963/64 um 30 alte Cessna T-37 C erweitert, die von den USA an die portugiesische Luftwaffe geliefert wurden. Von diesen 30 wurden 18 von den USA an Portugal geschenkt und 12 von Portugal gezahlt.⁶⁰⁷ Eine Lieferung von einigen Hundert Flugzeuge vom Typ Fouga Master findet sich in keiner Akte, weder in Portugal noch in Deutschland, jedoch sind sie in der portugiesischen Luftwaffe eingesetzt worden. Laut Bosgra und von Krimpen wurden diese Flugzeuge in den sechziger Jahren von der Bundesluftwaffe über die brasilianische Luftwaffe an Portugal verkauft.⁶⁰⁸

Im Jahr 1965 sollten 65 Düsenjäger vom Typ F-86 Sabre-VI von der Bundesrepublik an Portugal als Rekompensation für die Nutzung der Stützpunkte durch die Bundeswehr in Portugal verkauft werden. Das Geschäft kam jedoch nicht zustande, weil sich Frankreich, Spanien und das AA gegen eine Lieferung dieser Flugzeuge aussprachen. In einer Ausschreibung hatte die Verwertungsgesellschaft mbH (VEBEG) in Frankfurt am Main am 8. September 1964 den Verkauf von 65 F-86 Sabre VI, 8 F-86 K und 30 Triebwerken vom Typ Orenda 14 für Interessenten angeboten. Die erste Anfrage durch Oberst Becker für den Verkauf von 30 F-86 Sabre VI an die portugiesische Luftwaffe erfolgte am 24. September 1964. Beide Seiten einigten sich in Verhandlungen, die Oberst Becker für die portugiesische Seite führte, am 30. September so weit, dass ein Vertragsentwurf verfasst wurde. Die VEBEG sollte für die Lieferung der F-86 Sabres VI. 14,5 Millionen DM erhalten. Der Verkauf wurde gestoppt, aufgrund der außenpolitischen Bedenken des AA. Die Beamten befürchteten eine negative Presseoffensive des Ostblocks vor allem zu Lasten der deutschen Afrikapolitik.

Eine deutsche Agentur wollte die Düsenjäger für eine britische Firma in Bristol kaufen. Der Verkauf über die Agentur an die britische Firma wurde verweigert, weil das Risiko der Überführung bei der VEBEG verblieben wäre. Bis zu diesem Zeitpunkt war die kanadische Regierung über den Weiterverkauf der Düsenjäger nach Portugal nicht informiert worden.

Als die kanadische Regierung von der geplanten Lieferung erfuhr, erlies sie im Januar 1965 ein Verbot für die Lieferung der Düsenjäger an Portugal.

„Am 4. Februar 1965 teilte Botschafter Starnes Staatssekretär Lahr mit, die Note vom 27. Januar 1965, in der die kanadische Regierung, jede Verantwortung für die Lieferung der Flugzeuge an Portugal für den Fall ablehne, daß sich die zum Verkauf entschließen sollte, bedeute nicht, daß Portugal im Sinne des Artikels 16 des Vertrages vom 17.12.1965 [...] für die Belieferung mit den Flugzeugen

⁶⁰⁷ Bosgra, Van Krimpen sd 1969, S. 13.

⁶⁰⁸ Ebd. S. 13.

freigegeben werde, weder direkt seitens der kanadischen Regierung noch indirekt als Übermittlung einer Freigabe der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika.“⁶⁰⁹

Der kanadische Botschafter Starnes hatte bereits vorher reagiert und in einer Unterredung mit Staatssekretär Carstens das AA über die ablehnende Haltung der kanadischen Regierung informiert.

„Bereits am 11. Januar 1965 brachte Botschafter Starnes gegenüber Staatssekretär Carstens die Bedenken der kanadischen Regierung gegen den geplanten Verkauf der Flugzeuge zum Ausdruck. Carstens wies auf die Endverbleibsklausel hin, die die Portugiesen zu geben pflegten. Starnes erwiderte, daß nach kanadischen Erfahrungen auf die Endverbleibserklärungen der Portugiesen kein Verlaß sei.“⁶¹⁰

Carstens informierte den portugiesischen Botschafter de Mello darüber, dass Kanada dem Geschäft auf keinen Fall zustimmen werde. Auch der Hinweis auf die mit de Mellos Vorgänger, Weinholtz de Bivar Brandeiro, abgesprochene Endverbleibsklausel, um zu verhindern, dass die Flugzeuge in Afrika eingesetzt würden, wurde abgelehnt. Auf die Endverbleibsklausel angesprochen, zeigte sich de Mello verwundert über die deutsche Definition. Beim Studium der von Bivar de Brandeiro angefertigten Berichte konnte de Mello nichts finden, was der von Carstens erwähnten Definition entsprach.

„Dabei habe er keinen Hinweis darauf finden können, daß ein derartiges Einvernehmen über die Endverbleibsklausel ausdrücklich abgesprochen worden sei. Er müsse persönlich daraus den Schluß ziehen, daß es sich hier vielleicht eher um die von Herrn Carstens vorausgesetzte Auslegung handele. Darin bestärke ihn der Gedanke, daß es nahegelegen hätte, eine entsprechend eng gefaßte Klausel auszumachen, falls man wirklich den Einsatz der Waffen in Afrika habe ausschließen wollen.“⁶¹¹

Diese Darstellung des portugiesischen Botschafters löste eine Verwirrung zwischen AA und BMVg aus. Carstens musste sich intern rechtfertigen und seine Verhandlungspolitik verteidigen.

„Mit Schreiben vom 24. Februar 1965 teilte Staatssekretär Carstens dem Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung Gumbel mit, daß er in den Verhandlungen des Jahres 1963 dem Wunsch nach einer weniger präzisen Definition des Staatsgebietes von Portugal in der Endverbleibsklausel nur deshalb nachgegeben habe, weil der damalige portugiesische Botschafter erklärt habe, daß seine Regierung keine Formulierung akzeptieren könne, die einen Unterschied zwischen dem europäischen und afrikanischen Mutterland beinhalte. In den Gesprächen sei er jedoch in klar erkennbarer Weise davon ausgegangen, daß Waffen, die von uns an Portugal geliefert werden, nicht in

⁶⁰⁹ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg.

⁶¹⁰ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg.

⁶¹¹ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg.

Afrika eingesetzt werden. Weinholtz de Bivar Brandeiro habe dieser Auffassung niemals widersprochen.“⁶¹²

Carstens verteidigte sich so gut es ging, stand aber weiterhin am Pranger, weil er erst mit der Lieferung der kanadischen F-86 Sabre VI. auf das Problem der Endverbleibsklausel aufmerksam wurde. Carstens drängte in der Folge der Verhandlungen auf eine Lösung mit de Mello.

„Staatssekretär Carstens habe ihm gesagt, er würde sich getäuscht fühlen, falls sich nunmehr herausstellen sollte, daß dieses Einverständnis nicht bestanden habe oder nicht mehr gegeben sei. Er (Lahr) bitte den Botschafter entsprechend an seine Regierung zu berichten, da eine Klärung dieser Frage erforderlich ist, wenn in Zukunft eine Verstimmung zwischen der portugiesischen Regierung und uns vermieden werden soll.“⁶¹³

Am 15. Februar 1965 fand eine Aussprache zwischen Staatssekretär Lahr und de Mello statt. Darin teilte de Mello dem AA mit, wie sich die Verhandlungen seiner Regierung mit der kanadischen um die Freigabe der F-86 Sabre VI. entwickelt hatten. Zugleich teilte er mit, dass seine Regierung ihm die Zustimmung zu der engeren Definition der Endverbleibsklausel versagt hatte.

„Homem de Mello teilte mit, die kanadische Regierung vertrete die Ansicht, Portugal solle wegen des Flugzeugkaufs weiter mit der Bundesrepublik verhandeln. Ferner sei die portugiesische Regierung der Auffassung, daß Artikel 16 des Vertrages vom 17.12.1956 mit Canadair nicht mehr bindend sei, da er die Geheimhaltung technisch neuer Flugzeuge habe dienen sollen, die heute veraltet sind. Der seitens der Bundesregierung vorgeschlagenen engeren Fassung der Endverbleibsklausel könne aus staatsrechtlicher Erwägung nicht zugestimmt werden.“⁶¹⁴

Auch während der Reise von Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel nach Portugal wurden die kanadischen Düsenjäger und die Endverbleibsklausel thematisiert.⁶¹⁵ Von Hassel machte in Portugal deutlich, dass der Verkauf weiterer Waffen und besonders der Düsenjäger nur in Übereinstimmung mit der deutschen Auslegung der Endverbleibsklausel, dass keine Waffen in Afrika eingesetzt würden, gewährt werden konnte.

„Ich habe unseren bekannten Standpunkt dargelegt und erklärt, wir müßten auf einer Endverbleibsklausel bestehen, die es uns ermöglicht, zu sagen, wir seien überzeugt, daß die von uns gelieferten Waffen nicht in Afrika eingesetzt würden. Ich hätte bisher diese Überzeugung auf Grund der früher vereinbarten Endverbleibsklausel gehabt, jetzt habe aber der neue portugiesische Botschafter ganz unumwunden erklärt, daß die Klausel diese Bedeutung nicht habe. Dadurch

⁶¹² AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg.

⁶¹³ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg.

⁶¹⁴ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 168. S. 670-672. Aufzeichnung von Carstens.

⁶¹⁵ FAZ Nr. 97 vom 27. April 1965. „Verkauf von Düsenjägern?“

sei es notwendig geworden, mit den Portugiesen über die neue Klausel zu verhandeln.“⁶¹⁶

Auf Nachfrage führte von Hassel aus, dass neben den Flugzeugen nur noch wenige Kleinwaffen nach Portugal als Ausgleich für die deutschen Basen in Portugal geliefert werden sollten.

„Herr von Hassel stellte die Sache so dar, daß es sich im Grunde nur noch um die Abwicklung gewisser Restlieferungen (einige Flugzeuge und Maschinengewehre) handele. Für die Zukunft werde dann das Verteidigungsministerium darauf achten, daß Portugal überhaupt keine Waffen mehr, sondern nur noch sonstiges Wehrmachtsgerät erhalte.“

Am 1. Februar 1965 schrieb Oberst Becker von der ZDVP Lissabon an Staatssekretär Dr. Knieper (BMVg), dass Canadair, der kanadische Hersteller der F-86 Sabre VI., ebenfalls alte Sabre VI. im September 1964 der portugiesischen Luftwaffe angeboten hatte, jedoch zu einem höheren Preis. Diese waren der portugiesischen Regierung jedoch zu teuer. Der Einspruch der kanadischen Regierung, so folgerten die Beamten, hatte also vor allem wirtschaftspolitische Gründe.

Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Verhandlungen wurde Kritik an dem bevorstehenden Handel zwischen der Bundeswehr und der portugiesischen Armee in Stellen des AA laut. Die kanadischen F-86 Sabre VI. aus den Beständen der Bundesluftwaffe sollten nicht an Portugal geliefert werden, ein Ersatz aus Beständen der *United States Army Airforce* (USAF) scheiterte an der Zustimmung der US-Regierung. Verteidigungsminister von Hassel wollte dennoch den portugiesischen Wunsch nach modernen Düsenjägern erfüllen, damit die Basen der Bundeswehr in Portugal weiter genutzt und gebaut werden konnten. Staatssekretär Gumbel fasste die Lage aus der Sicht des BMVg zusammen und stellte an das AA die entscheidende Frage, was Vorrang hatte, die Wünsche eines NATO-Staates oder die Wünsche der afrikanischen Staaten.

„Es müsse in Rechnung gestellt werden, dass ohne die bisher verweigerte Zustimmung der Portugiesen unsere kostspieligen Infrastruktur-Anlagen nicht vorankämen, Investitionen von mehreren Millionen seien in Gefahr; schon jetzt sei der gesamte Zeitplan für den Einsatz der deutschen Soldaten in Portugal völlig über den Haufen geworfen.“

Aus Sicht des BMVg war eine Verstimmung Portugals nicht hinnehmbar, weil bereits viel Geld in den Bau von Stützpunkten und Einrichtungen investiert wurde. Die zugespitzte Frage, die Gumbel an das AA stellte, gestattete dem AA im Grunde genommen nur eine Entscheidung zugunsten Portugals.

⁶¹⁶ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 168. S. 670-672. Aufzeichnung von Carstens.

„[Man müsse] daher auf einer Entscheidung darüber bestehen, ob man die sichere Verstimmung eines Nato-Verbündeten und den möglichen Verlust von Millionen oder aber die mögliche Verstimmung afrikanischer Staaten für das kleinere Übel halte.“⁶¹⁷

Staatssekretär Gumbel wollte einen Verkauf von Fiat G-91 R-4 Düsenjägern als Ersatz für die nicht gelieferten F-86 Sabre VI. vorschlagen, zum einen, weil sich dieses Flugzeug nicht für Afrika eignete, zum anderen brauchte das BMVg keine Zustimmung für den Verkauf an Portugal von dritten Staaten. Zusammenfassend stellte das AA seinerseits fest, dass der Bundesminister der Verteidigung von Hassel an der Erfüllung des portugiesischen Wunsches nach modernen Düsenflugzeugen äußerst interessiert war.

„Weil offensichtlich nach wie vor bis zur Klärung dieser Frage alle Arbeiten an den großen militärischen Projekten der Bundesrepublik in Portugal gestoppt bleiben. Daher wird Staatssekretär Gumbel voraussichtlich vorschlagen, die Lieferung deutscher Flugzeuge vom Typ G 91 in Betracht zu ziehen. Für diese Lösung spricht, daß wir dabei nicht auf die Zustimmung fremder Regierungen gebunden sind sowie daß die recht schnelle G 91- Maschine kaum im afrikanischen Buschkrieg nutzvoll verwendet werden könne. Da zudem nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums der kostspielige und komplizierte Wartungs- und Instandsetzungsdienst dieser Maschinen eine Überführung nach Afrika wenig wahrscheinlich erscheinen läßt, ist das Risiko einer Schädigung unserer Position in Afrika durch den Einsatz dieser Flugzeuge in den portugiesischen Kolonialgebieten stark vermindert.“⁶¹⁸

Ministerialdirigent Herrmann Meyer-Lindenberg sah die Lieferung der Fiat G-91 R-4 Düsenjäger sehr kritisch, weil *„damit gerechnet werden müsse, dass trotz der mit Portugal ausgehandelten Endverbleibsklausel die deutschen Flugzeuge in Afrika eingesetzt werden.“*⁶¹⁹

Er befürchtete, dass der Einsatz dieser Flugzeuge in den portugiesischen Kolonien in Angola, Portugiesisch-Guinea und Mosambik den Unmut der unabhängigen afrikanischen Staaten und den Unmut der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) nach sich ziehen würde. Seine Darstellung machte klar, dass die Bundesrepublik Deutschland sich mit der Lieferung der Flugzeuge massive Kritik zu ziehen würde. Dies war vor allem deshalb unvorteilhaft für den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik, weil sie in Afrika südlich der Sahara durch die Entwicklungshilfe bislang als ein Freund der Unabhängigkeit gesehen wurde. Das Vorgehen stand in diesem Fall diametral zur deutschen Afrikapolitik, in der sich die Bundesrepublik

⁶¹⁷ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg. 17.09.1965 Stand der Ausrüstungshilfe.

⁶¹⁸ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg. 17.09.1965 Stand der Ausrüstungshilfe.

⁶¹⁹ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg. 17.09.1965 Stand der Ausrüstungshilfe.

Deutschland in der Rolle des natürlichen Vermittlers neutral zwischen den Fronten verhalten wollte.

„Das würde jedoch mit größter Wahrscheinlichkeit zu Schwierigkeiten mit den afrikanischen Ländern führen, deren Einstellung in der Deutschlandfrage für die Fortsetzung unseres Alleinvertretungsrechts von großer Bedeutung ist. Nachdem wir den Afrikanern wiederholt versichert haben, dass die Bundesrepublik an Portugal nur Waffenlieferungen durchführt, deren Verbleib in Europa gesichert ist, würde eine Verwendung der deutschen Flugzeuge in den afrikanischen Besitzungen Portugals das Vertrauen der Afrikaner in die Zusagen der deutschen Regierung aufs Schwerste erschüttern. Der Vorwurf eines Doppelspiels, wie er auch in der Nahost-Krise gegen uns erhoben worden ist, würde nicht ausbleiben.“⁶²⁰

Anlass zu Spekulationen gab die Tatsache, dass sich die beiden Außenminister Portugals und der Bundesrepublik Deutschland während der NATO-Ministerratssitzungen in Paris stets gegenüber saßen. *„Die Platzverteilung im NATO-Ministerrat sei in der Tat meistens so vorgenommen worden, dass die beiden Minister einander gegenüber sitzen.“*⁶²¹

Als Ausweg versuchte Oberst Becker mit seinem portugiesischen Kollegen Admiral Sousa Uva eine Lösung für das Problem zu finden. Die Flugzeuge sollten durch einen dritten Handelspartner gekauft und wieder verkauft werden, um beide Regierungen vor feindseligen Presseoffensiven zu schützen. Die Interarmco, eine amerikanische Waffenhändlerfirma, sollte die Flugzeuge von der VEGEB kaufen und an Portugal wieder verkaufen. Sie sollte als Vermittlungsgebühr zwei Millionen DM erhalten (Vgl. Abbildung 14). Der Geschäftsführer der Interarmco GmbH mit Sitz in München, Samuel Cummings verkaufte bereits seit mehreren Jahren Waffen aus europäischen Arsenalen nach Portugal.⁶²²

Während das BMVg und das AA versuchten mit der Interarmco und den beteiligten Ländern, die überflogen werden mussten, eine Einigung zu erzielen, gelangten Einzelheiten des Handels an die deutsche Presse. Die Berichte über den Deal gelangten auch ins Bundeskanzleramt. Am 9. März 1965 wurde Bundeskanzler Erhard, nachdem er Presseveröffentlichungen in der Zeitung *Die Welt* gelesen und sich beschwert hatte *„Was ist das schon wieder für eine Geheimaktion?“* unterrichtet. Die Stellungnahme

⁶²⁰ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg. 17.09.1965 Stand der Ausrüstungshilfe. Die Bundesrepublik Deutschland hatte sowohl an Israel als auch an die Arabische Liga Waffen geliefert und damit mitgeholfen beide Staaten für die militärischen Auseinandersetzungen hochgerüstet. Die internationale Kritik an der Lieferung von Waffen an beide Seiten führte 1965 zu der Einschätzung im AA, grundsätzlich keine Waffenlieferungen mehr in Spannungsgebiete zu zulassen.

⁶²¹ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg. 17.09.1965 Stand der Ausrüstungshilfe.

⁶²² Der Spiegel 1961, Interarmco/Waffenhandel. Ramsch für Angola. H 27, S. 37ff.

aus dem BMVg an den Bundeskanzler ist vor allem wegen des folgenden Satzes interessant:

„In Anbetracht des von der BRD in Portugal betriebenen Aufbaues logistischer Einrichtungen, denen von der Bundeswehr große Bedeutung zugemessen wird, sollte das Für und Wider einer Erfüllung des portugiesischen Wunsches sorgfältig gegeneinander abgewogen werden, wobei nicht übersehen werden sollte, dass Portugal in Angola zumindest noch für einige Jahre ein Bollwerk gegen die kommunistische Infiltration darstellen dürfte.“⁶²³

Die Beamten des BMVg hatten im Gegensatz zu den Kollegen aus dem AA anscheinend ein politisches Interesse daran, dass Portugal den Kampf gegen die Aufständischen in Angola fortführt. Doch weniger der Wutausbruch des Kanzlers oder die Aufmerksamkeit der deutschen Presse verhinderten das Geschäft, sondern die französische Regierung mit der Verweigerung der Überflugrechte über französischem Territorium. Der Vertragsentwurf mit der Interarmco sah vor, dass die Düsenjäger von deutschen Piloten der Luftwaffe nach Marseille geflogen und von dort von portugiesischen Piloten nach Portugal überführt werden sollten. Neben der Interarmco war auch die französische Scheinfirma Kuhlmann für den Kauf vorgesehen. Bei dem Verkauf sollten die kanadischen Behörden absichtlich nicht befragt, sondern lediglich über die Abwicklung informiert werden.⁶²⁴

Der Vertrag mit der Interarmco wurde jedoch nicht unterzeichnet und das BMVg musste sich nach weiteren Möglichkeiten umsehen. Als neuer Zwischenhändler wurde Spanien in Betracht gezogen, jedoch kam es nicht zu Gesprächen mit der spanischen Regierung. Einige Monate später verkaufte die Interarmco etwa 76 F-86 K an Venezuela. Ob unter diesen F-86 Sabre VI. auch deutsche Flugzeuge waren und ob diese auf Umwegen doch an Portugal verkauft wurden, ist offen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass die USA im gleichen Zeitraum acht F-86 K an Portugal lieferten.⁶²⁵

„Herr Gumbel deutete an (das Gespräch fand während eines gesellschaftlichen Empfangs statt und konnte daher nur verdeckt geführt werden), daß die Sabre-Flugzeuge, die wir nicht hätten liefern können, nunmehr von einer amerikanischen Firma geliefert würden. Diese Firma habe auch das amerikanische und möglicherweise auch das kanadische Veto gegen unsere Lieferungen provoziert. Herr Gumbel erklärte weiter, daß die zuständigen Stellen der Bundeswehr ihn sehr bedrängten, das überschüssige Material abzustoßen, da sie nicht wüssten, wo sie damit bleiben sollten.“⁶²⁶

⁶²³ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 212. S. 849-850. Vermerk Carstens.

⁶²⁴ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 212. S. 849-850. Vermerk Carstens.

⁶²⁵ BArch BW 1/2462. Sonderakte Sabre-VI.

⁶²⁶ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg.

Nachdem sich der Verkauf der F-86 Sabre VI. aufgrund der inneren und äußeren Widerstände nicht realisieren ließ, wollte die Bundesluftwaffe als Ersatz 40 überschüssige FIAT G-91 R-4 Düsenjäger an Portugal verkaufen. Sie waren in der Bundesrepublik mit einer italienischen Lizenz gebaut worden. Es handelte sich bei genauerem Hinsehen um ein europäisches Flugzeug, da der Motor aus Großbritannien, die Elektronik aus den Niederlanden und die Bombenaufhängung aus Frankreich stammten.⁶²⁷ Nichtsdestoweniger handelte es sich bei den verkauften Düsenjägern um Flugzeuge aus den Beständen der bundesdeutschen Luftwaffe. Staatssekretär des AA Lahr reiste zu einer Besprechung mit Salazar nach Portugal, um den Verkauf der Düsenjäger an die portugiesische Luftwaffe zu klären. Lahr äußerte gegenüber Salazar den Unwillen des AA, „*dass trotz der mit Portugal ausgehandelten Endverbleibsklausel die deutschen Flugzeuge in Afrika eingesetzt werden.*“ Das AA vertrat die Ansicht, dass der Einsatz der Flugzeuge in Afrika „*mit großer Wahrscheinlichkeit zu Schwierigkeiten mit den afrikanischen Ländern führen [würde], deren Einstellung in der Deutschlandfrage für die Fortsetzung unseres Alleinvertretungsrechts von großer Bedeutung ist.*“

Lahr erklärte Salazar, dass die Bundesrepublik Deutschland auf die Stimmen der afrikanischen Staaten in der Deutschlandfrage setzen müsse. Deshalb würde die Bundesrepublik Deutschland sich als natürlicher Vermittler auf dem afrikanischen Kontinent verstehen und wollte nicht einseitig Partei ergreifen, auch wenn ein NATO-Partner betroffen war.

„Nachdem wir den Afrikanern wiederholt versichert haben, dass die BRD an Portugal nur Waffenlieferungen durchführt, deren Verbleib in Europa gesichert ist, würde eine Verwendung der deutschen Flugzeuge in den afrikanischen Besitzungen Portugals das Vertrauen der Afrikaner aufs Schwerste erschüttern. Der Vorwurf des Doppelspiels, wie er auch in der Nahost Krise gegen uns erhoben worden ist, würde nicht ausbleiben.“⁶²⁸

Am 29. April 1965 hielt das BMVg in einem Protokoll über die Ergebnisse der 18. Sitzung des gemischten deutsch-portugiesischen Ausschusses fest, dass die 40 FIAT G-91 Düsenjäger zusammen mit Ersatzteilen an Portugal geliefert werden sollten. Die Lieferung wurde unter dem Decknamen *Projekt Feierabend* durchgeführt. Zusätzlich zu den 40 FIAT G-91 Düsenjägern wurden Prüfgeräte und zehn Reservetriebwerke im Wert von insgesamt 17,5 Mio. DM an die portugiesische Luftwaffe ausgeliefert. Im April waren bereits die ersten 32 FIAT G-91 Düsenjäger ausgeliefert worden, die

⁶²⁷ Bosgra, Van Krimpen sd 1969, S. 12.

⁶²⁸ AAPA 1965. Bd. 1. Ebd. Dok. 355. S. 1452-1456. Aufzeichnung Ministerialdirigent Graf von Hardenberg. 17.09.1965 Stand der Ausrüstungshilfe.

restlichen 8 Düsenjäger sollten bis zum 9. Mai 1965 folgen.⁶²⁹ Der Verkauf der FIAT G-91 Düsenjäger erfolgte noch im selben Jahr, nachdem Salazar persönlich versprochen hatte, dass die Flugzeuge nur im Staatsgebiet Portugals eingesetzt wurden.⁶³⁰ Das Staatsgebiet Portugals umfasste jedoch auch die portugiesischen Kolonien in Afrika. Die FIAT G-91 R-4 Düsenjäger wurden im Verlauf des Krieges auf allen drei Kriegsschauplätzen eingesetzt.⁶³¹

Großbritannien verkaufte 1971 70 Britten-Norman Islander an die portugiesische Luftwaffe. Britten-Norman steckte in finanziellen Schwierigkeiten und musste aus diesem Grund jede Gelegenheit wahrnehmen, Flugzeuge zu verkaufen. Die britische Regierung stimmte wegen der finanziellen Schwierigkeiten Britten-Normans dem Verkauf zu. Die Islander waren Transportflugzeuge für bis zu zehn Personen, die vor allem für Krankentransporte über kurze Strecken in Afrika eingesetzt wurden. Zudem verkaufte der britische Reifenhersteller DUNLOP Ersatzteile an die portugiesische Luftwaffe, die für die Harvard T-6 und DO-27 genutzt wurden.⁶³² Dies blieben die einzigen Flugzeuge, die Großbritannien nach Kriegsbeginn an Portugal lieferte. Es handelte sich dabei um Transportflugzeuge. Eine Gesamtaufstellung über die in der portugiesischen Luftwaffe eingesetzten Flugzeuge bietet Tabelle 24.

⁶²⁹ BArch BW1 Band 373999. Beschaffungswesen Auslandskäufe. Käufe in NATO-Ländern des EZU Raumes Portugal allgemeine Rüstungskäufe/Waffen. 29. April 1966 BMVg Aufzeichnung über die Ergebnisse der 18. Sitzung des gemischten deutsch-portugiesischen Ausschusses vom 28. – 30. April 1965 in Lissabon.

⁶³⁰ Lahr 1981, S. 424–425.

⁶³¹ Als Beispiel für Mosambik ist hier exemplarisch aufgeführt: Martins 2001, S. 35. Für den Einsatz in Guinea siehe: Bosgra, Van Krimpen 1973, S. 21–22. Dass die Fiat G-91 R-4 auch in Angola eingesetzt wurden, belegt folgendes Dokument...

⁶³² Oliveira 2007, S. 386.

Tabelle 24: Flugzeuge der Força Aérea Portuguesa (FAP) (Quelle: Bosgra, Van Krimpen 1973, S. 16-26)

Einsatzort	Typ	Anzahl	Herkunftsland	Jahr
Angola	Junkers JU-52	52	BRD	Vor 1945
Portugal	Douglas HC-54D Skymaster	14	USA	1947
Angola	Douglas C-47 Skytrain	50-60	USA	Ab 1948
Angola, Mosambik, Guinea-Bissau	North American T-6 Texas/Harvard	259	USA, BRD, Frankreich	Ab 1948
Angola	Douglas C-45 Beech Expeditor	15	USA	An 1948
Portugal	De Havilland DHC-1 Chipmunk	76	USA	Ab 1951
Portugal	Piper Super Cub	27	USA	Ab 1952
Angola, Mosambik	Republic F-84 Thunderjet	70-80	USA	Ab 1952
Portugal	Lockheed T-33A T-Bird	24	USA	Ab 1953
Angola, Portugal	Lockheed Harpoon PV-2	42	USA, Niederlande	Ab 1954
Angola	Douglas C-54 Skymaster	24	USA Kanada	1953-1961
Angola, Guinea-Bissau, Mosambik	Nord Noratlas 2502 und 2501	31	BRD, Frankreich (12)	Ab 1960
Portugal	North American F-86F Sabre	65	USA	Ab 1960
Portugal, Angola	Lockheed Neptun P-2E	12	USA, Niederlande	1960/61
Portugal	Douglas DC-6B Liftmaster	10	USA	1961
Angola	Auster D5/160	150	GB	Ab 1961
Angola, Mosambik	Broussard	4	Frankreich	Ab 1961
Angola, Mosambik	Dornier Do-27	Mehr als 150 ⁶³³	BRD	1961-1969
Angola	Cessna T-37C Tweety Bird	30	USA	1963/64
Angola	Douglas B-26 Marauder Bomber	7	USA	1965
Guinea-Bissau, Mosambik, Angola	FIAT G-91 R-4	40	BRD	1966
Angola, Mosambik	Boeng 707	6	USA	Ab 1970
Angola, Mosambik, Guinea-Bissau	Britten-Norman Islander	70	GB	1971

Die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland war vor allem in qualitativer Hinsicht für die portugiesische Luftwaffe wichtig. Die Bundesluftwaffe lieferte immer wieder Ersatzteile für die Düsenjäger und Transportflugzeuge, außerdem leisteten die Dornierwerke Wartungs- und Reparaturunterstützung in Portugal und in Angola.

Die DO-27 waren das in Angola und Mosambik meist genutzte Flugzeug. Sie flogen Angriffe gegen Rebellenstellungen, führten Aufklärungsflüge durch, lieferten Versorgungsgüter und flogen Verwundete aus der Kampflinie aus. In der portugiesischen Literatur tauchen vor allem die FIAT G-91 R-4 Düsenjäger auf, die immer wieder in den Bodenkampf eingriffen. Einen Beleg für den Einsatz der Düsenjäger als Luftunterstützung in Mosambik liefert der Veteran José Jorge Martins in seinen veröffentlichten Memoiren.⁶³⁴

⁶³³ Insgesamt stellte die Firma Dornier 600 Flugzeuge dieses Typs her, in der Bundesluftwaffe waren davon 428 Stück eingesetzt worden.

⁶³⁴ Martins, José Jorge (2001): Guerra Colonial. Autópsia de uma operação. Porto, S. 35.

Dadurch, dass die Flugzeuge von verschiedenen NATO-Staaten eingesetzt und auch von verschiedenen NATO-Staaten an Portugal verkauft wurden, war die Zuordnung für die Zeitgenossen nicht einfach. Mario Soares zum Beispiel ordnete die Flugzeuge vom Typ T-6 Harvard den USA zu, die Noratlas 2502-D Transportflugzeuge allesamt zu Frankreich.⁶³⁵

Der Einsatz der deutschen Flugzeuge in den portugiesischen Kolonien in Afrika

Viele der in der Tabelle aufgeführten Flugzeuge und vor allem auch die Flugzeuge aus der Bundesrepublik wurden in den Berichten der beiden Generalkonsulate der Bundesrepublik in Angola und Mosambik laufend erwähnt. Aus diesen Berichten lässt sich schließen, dass nahezu alle Flugzeuge, die von der Bundesluftwaffe an die portugiesische Luftwaffe geliefert und verkauft wurden, in den afrikanischen Kolonien während des Kolonialkrieges eingesetzt wurden. Dabei spielten diese Flugzeuge eine besondere Rolle, da sie besonders häufig für Kampfeinsätze in den wichtigen Krisengebieten genutzt wurden. Unter die Tragflächen der Flugzeuge wurden Abschussvorrichtungen für Luft-Boden Raketen und Vorrichtungen zur Aufhängung von Maschinengewehren angebracht. Mit dieser Nachrüstung in Portugal und Afrika wurden aus Schulflugzeugen Erdkampfflugzeuge und aus Transportern Bomber.

Besonders die Lieferung der FIAT G-91 Düsenjäger schlug hohe Wellen. Die erste Reaktion kam 1966 aus Ghana: Die westdeutsche Botschaft in Accra, Ghana, wurde im Januar 1966 auf einen Artikel aus dem Daily Express in London angesprochen. Der Artikel behauptete, dass sowohl die FIAT G-91 als auch die kanadischen F 86 Sabres VI. Düsenjäger von der Bundesluftwaffe an die portugiesische Luftwaffe verkauft wurden. Die portugiesische Regierung hatte auf Anfrage der deutschen Botschaft in Lissabon dazu Stellung bezogen und den Bezug der kanadischen Düsenjäger offiziell negiert. Die portugiesische Regierung gab Auskunft darüber, dass diese Düsenjäger in Portugal, jedoch nicht in Afrika stationiert waren. Daraufhin hatte das AA Außenminister Schröder bei seinem Besuch in Portugal darum gebeten, der portugiesischen Regierung das Zugeständnis abzurufen, dass die FIAT G-91 auf gar keinen Fall in Portugiesisch-Afrika eingesetzt werden durften. Das AA befürchtete, dass ein Einsatz zu Verstimmungen zwischen den afrikanischen Staaten und der Bundesrepublik Deutschland führen konnte.⁶³⁶

⁶³⁵ Soares 1974, S. 482. Aus den Akten lässt sich jedoch einwandfrei belegen, woher diese Flugzeuge tatsächlich stammten.

⁶³⁶ PA AA, Zwischenarchiv B 14 II A 7 Band 1182. 81.04 Beobachtung der Verteidigungspolitik und der militärischen Verhältnisse in den Ländern der Welt 1966 – 1968 Band 4. Botschaft Accra Januar 1966.

Eine zweite Woge wurde vor der UNO in New York ausgelöst. Amilcar Cabral, Generalsekretär der PAIGC, erklärte vor dem 24er Ausschuss der UNO für Fragen der Entkolonialisierung in Algier, dass bei einem Luftangriff auf das Dorf Djagali in Portugiesisch-Guinea am 5. Juli 1966 vier FIAT G-91 Jagdbomber mit deutschen Hoheitszeichen beteiligt waren. Das portugiesische Verteidigungsministerium teilte daraufhin der deutschen Botschaft Lissabon mit, dass *„sich in Portugiesisch-Afrika vier der von Deutschland gelieferten Flugzeuge vom Typ Fiat G 91 befänden, die aber am Angriff auf Djagali nicht teilgenommen hätten.“* Außerdem teilte es der deutschen Botschaft mit, dass *„alle portugiesischen Flugzeuge – auch die von Deutschland übernommenen – ausschließlich portugiesische Hoheitszeichen trügen.“*⁶³⁷ Aufgrund der Anschuldigungen dementierte die portugiesische Regierung die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Portugal und auch die Verwendung in den afrikanischen Gebieten.⁶³⁸

In einem bereits erwähnten Gespräch zwischen Amilcar Cabral und dem deutschen Botschafter in Guinea 1969, Lanke, wiederholte Cabral die Anschuldigungen, dass auch deutsche Kampfflugzeuge und Handfeuerwaffen von den portugiesischen Streitkräften in Portugiesisch-Guinea eingesetzt wurden. Die portugiesische Luftwaffe hatte einige der Fiat G-91 Jagdbomber in Portugiesisch-Guinea stationiert. Außerdem war Cabral der Ansicht, dass die von den USA gelieferten F 86 Sabres VI. ebenfalls aus den Beständen der Bundesluftwaffe stammten.

„Von uns an Lissabon verkaufte „Sabres“ und „Fiat 91“ bombardierten und beschossen die von der PAIGC befreiten Dörfer. Ein großer Teil der von seinen Leuten erbeuteten Handfeuerwaffen stamme aus der Bundesrepublik.“⁶³⁹

Lanke bat Cabral um weitere Beweise für diese Anschuldigungen, die Cabral auch erbrachte. Nicht nur von den afrikanischen Befreiungsbewegungen wurde die Lieferung und der Einsatz der FIAT G-91 Düsenjäger kritisiert, auch in der Bundesrepublik Deutschland wurde Kritik geäußert. Mehrere deutsche Zeitungen hatten 1971 über Verträge und Abkommen zur Lieferung von Waffen an Portugal berichtet. Die Bundesregierung hatte darauf durch einen Pressesprecher reagiert.

⁶³⁷ AAPD Bd. II 1966 Dok. 242 S. 1020-1022 01.08.1966 Aufzeichnung Ministerialdirektor Harkort. Die Hoheitszeichen wurden schlichtweg verwechselt. Es handelte sich jedoch tatsächlich um die beschriebenen Flugzeuge.

⁶³⁸ United Nations General Assembly, official Records, Annexes 21st. Session, Bd. 1, S. 1-797. Bericht des 24er Ausschusses für Entkolonialisierung tagend vom 23. Mai bis zum 22 Juni 1966 in Daressalam, Mogadischu, Addis Abeba, Kairo und Algier.

⁶³⁹ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Botschaft Conakry am 5. September 1969.

„Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal über unentgeltliche Lieferungen von Waffen und Rüstungsmaterial haben nie bestanden; sie können daher weder beendet noch verlängert werden. Vor allem in der ersten Hälfte der 60er Jahre wurden geringe Mengen von Flugzeugen und anderem Rüstungsmaterial, zum Teil aus Überschussbeständen, auf rein kommerzieller Basis und nur zur Verwendung im NATO-Rahmen geliefert. Es ist nicht beabsichtigt, die seit längerer Zeit verfolgte ausgesprochen restriktive Linie zu ändern und den Verkauf von Waffen oder Rüstungsgütern wieder aufzunehmen.“⁶⁴⁰

Zu den FIAT G-91 Düsenjägern gab die Bundesregierung folgende Erklärung zusätzlich ab, in der auf die Endverbleibsklausel hingewiesen wurde.

„Die Bundesrepublik Deutschland hat an Portugal 40 überschüssige Flugzeuge des Typs Fiat G-91 verkauft. Der Verkauf fand auf der Grundlage des Prinzips der wechselseitigen Hilfe zwischen Nato-Partnern statt. Die Lieferung schließt eine zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der portugiesischen Regierung vereinbarte Klausel ein, die feststellt, dass die Flugzeuge ausschließlich in Portugal für Verteidigungszwecke innerhalb des Rahmens des Nordatlantikpaktes verwendet werden.“⁶⁴¹

Außerdem erfolgt eine Stellungnahme des portugiesischen Verteidigungsministeriums zur Lieferung der FIAT G-91 Jagdbomber, in der sie indirekt zugab, die Düsenjäger in Portugiesisch-Afrika einzusetzen. Denn sie führte aus, dass die afrikanischen Kolonien zum portugiesischen Territorium dazugehörten.

„Der Transaktion wurde im Geiste des Nordatlantikpaktes zugestimmt. Man kam überein, dass diese Flugzeuge nur für Verteidigungszwecke innerhalb des portugiesischen Territoriums verwendet würden. Das portugiesische Territorium erstreckt sich auch auf Afrika – Angola, Mozambique und Portugiesisch-Guinea.“⁶⁴²

Kritik an der Lieferung von Düsenjägern wurde auch von Studenten in Westdeutschland geübt. Evangelische Studenten der Gemeinde Berlin hatten am 27. November 1970 an ihren Vorsitzenden mit der Bitte um Weiterleitung an das AA eine Denkschrift verfasst. In dieser Schrift wurde die Haltung der Bundesregierung zur portugiesischen Dekolonisation scharf verurteilt.

„Die Bundesrepublik liefert seit Jahren Kampfflugzeuge an die portugiesische Armee. Diese Waffen werden nachweislich und mit Zustimmung der Bundesregierung in den afrikanischen Kolonialgebieten Portugals eingesetzt, also genau in den Gebieten von Mozambique und Angola, für deren möglicherweise gewaltsame Befreiung durch die Frelimo und ähnliche

⁶⁴⁰ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Bonn Abteilung III A 4 am 12. Januar 1971.

⁶⁴¹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

⁶⁴² PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

Organisationen die bundesrepublikanischen Kirchen ihre finanzielle Hilfe unter Hinweis auf die christlich gebotene Gewaltlosigkeit versagt haben.“⁶⁴³
 Weiter stellten sie fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre Unterstützung erst dann ausweitete, als die Angolakrise begann und die portugiesische Regierung moderne Waffen und Material für den Kolonialkrieg benötigte. Die Aufzeichnungen sind deshalb interessant, weil sie den Kenntnisstand der interessierten Öffentlichkeit über die Waffenlieferungen nach Portugal abbilden. Chronologisch wurden zunächst die DO-27 Flugzeuge an Portugal geliefert.⁶⁴⁴

„1. Die Bundesrepublik hat genau in dem Jahr (1961) begonnen, die Vorbereitungen für den portugiesischen Territorialkrieg in den afrikanischen Kolonien militärisch zu unterstützen, als andere Mächte, z.B. die damals konservative Regierung Großbritanniens, ein Waffenembargo verhängten. In diesem Jahr wurden die ersten von insgesamt 50 Leichtflugzeugen Do 27 A-4 an Portugal geliefert. Diese Flugzeuge sind der Einheit „Esquadilhas de Ligação“ zur Guerillabekämpfung eingesetzt worden.“⁶⁴⁵

Im Jahr 1965 wurden dann die FIAT G-91 Düsenjäger nach Portugal geliefert. Noch im gleichen Jahr wurden einige dieser Düsenjäger von Journalisten in Mosambik entdeckt. Auch diese Flugzeuge waren inzwischen auf verschiedenen Luftaufnahmen eindeutig identifiziert worden.

„2. Im Januar 1965 wurde bekannt, dass die Bundesrepublik den Portugiesen 40 Kampfflugzeuge Fiat G-91 R-4 geliefert hatte. Mit ihnen wurde eine neue Luftwaffeneinheit, die Esquadra 52, gebildet. Diese Einheit ist auf dem Flugplatz Beira/Mozambique stationiert.“⁶⁴⁶

Im Jahr 1968 wurden mehrere Noratlas 250 Transportflugzeuge nach Portugal geliefert. Alle Transportmaschinen wurden in den drei portugiesischen Kolonien in Afrika eingesetzt.

„3. Im Jahre 1968 wurden 12 von der Bundeswehr ausgemusterte Militärflugzeuge Nord 250 / D „Noratlas“ nach Portugal transferiert. Sie dienen heute als Transportmaschinen für die Fallschirmjägereinheit „Regimento de Cacadores Para – Quedista“ und zwar für das Batalhão No. 21 in Angola und das Batalhão No. 31 in Mozambique.“⁶⁴⁷

Und obwohl verschiedene Zeitungs- und Zeitschriftenverlage national und international Artikel über die Waffenlieferungen veröffentlicht hatten, wurden weitere Waffen an Portugal geliefert.

⁶⁴³ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

⁶⁴⁴ Die erste Lieferung umfasste wie bereits aufgezeigt jedoch Hubschrauber vom Typ Skeeter und Gewehre. Danach wurden dann die Schulflugzeuge vom Typ Havard geliefert.

⁶⁴⁵ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

⁶⁴⁶ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

⁶⁴⁷ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

„4. Der Verteidigungsausschuss des Bundestages beschloß im Jahre 1968 die Fortsetzung der Waffenlieferungen an Portugal zu befürworten.“⁶⁴⁸
 Die Studenten hinterfragten die Haltung der Bundesregierung, weil die britische Regierung 1964 den Versuch der Portugiesen, gebrauchte „*Hawker Hunter*“ zu kaufen, abgeschlagen hatte, das BMVg aber dennoch die FIAT G-91 Düsenjäger an Portugal verkaufte. Erwartet wurde von der Bundesregierung, dass sie Sanktionen gegen Portugal beschließt, weil es gegen die Endverbleibsklausel offensichtlich in mehreren Fällen verstoßen hatte. „*Als die Verwendung der G-91 in Afrika bekannt wurde, hat die Bundesregierung nicht wie andere Länder mit einem Waffenembargo geantwortet.*“ In ihrem Schreiben stellten sie fest, dass die Bundesrepublik Deutschland den portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika bewusst unterstützte.

„[...]die Bundesregierung den gewaltsamen Kolonialkrieg Portugals willentlich mit Waffenlieferungen unterstützt hat. Die Bundesregierung die deutsche Öffentlichkeit absichtlich über die Zweckbestimmung dieser Waffenlieferungen im unklaren gelassen hat.“⁶⁴⁹

Darüber hinaus führten die Studenten auch gegen die neue Bundesregierung unter Brandt ihre Anklage, weil sie trotz der offensichtlichen Verwendung der Waffen in Afrika keine Schritte unternahm, Sanktionen gegen Portugal zu verhängen.

„Dabei spielt die Tatsache, dass es sich um Waffenlieferungen durch eine frühere Bundesregierung handelt, eine untergeordnete Rolle, solange die jetzige Bundesregierung Portugal nicht zur Einhaltung der mit den Nato-Verträgen gesetzten Zweckbestimmungen zwingt und durch Schweigen die Politik ihrer Vorgängerin fortführt.“⁶⁵⁰

Das AA in persona Dr. Königs antwortete am 14. Januar 1971 auf dieses Schreiben der Studenten und begründete die enge Zusammenarbeit mit Portugal durch die Mitgliedschaft in der NATO. Es wiederholte die Erklärung der Bundesregierung zu den Vorwürfen, dass die Waffen in Portugiesisch-Afrika eingesetzt wurden. Das AA versuchte die Studenten zu beruhigen, indem es schrieb, dass die Genehmigung von Waffenlieferungen und Rüstungsgütern seit der neuen Bundesregierung für Portugal erheblich erschwert wurde.

„Im Interesse der eigenen Sicherheit ist die Bundesrepublik wie andere NATO-Partner auf eine militärische Zusammenarbeit mit Portugal angewiesen. Diese Zusammenarbeit betrifft aber ausschließlich den in Art. 6 des NATO-Vertrages bestimmten Geltungsbereich und umfasst damit nicht die portugiesischen Gebiete in Afrika. Diese sind daher auch von jeder bilateralen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal ausgeschlossen. Nach

⁶⁴⁸ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

⁶⁴⁹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

⁶⁵⁰ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Schreiben evangelischer Studenten der Gemeinde Berlin an das AA am 27. November 1970.

negativen Erfahrungen in der Vergangenheit wird durch eine restriktive Haltung gegenüber Waffenexporten nach Portugal dagegen Vorsorge getroffen, dass Waffen aus der Bundesrepublik in den portugiesischen Überseegebieten eingesetzt werden.“⁶⁵¹

Das AA erklärte die Waffenlieferungen an Portugal mit der Einrichtung der logistischen Stützpunkte, für die Portugal Munitionsaufträge und Waffen als Entschädigung erhalten hatte.

„Im Rahmen der Zusammenarbeit in der NATO hat das Bundesministerium der Verteidigung Anfang der 60er Jahre eine Reihe von Verträgen mit dem portugiesischen Verteidigungsministerium abgeschlossen, die den Aufbau einer logistischen Basis der Bundeswehr in Beja/Portugal vorsahen. In diesem Zusammenhang wurden Aufträge für die Herstellung von Waffen und Munition an die portugiesische Industrie gegeben und andererseits aus Überschussbeständen der Bundeswehr Portugal kleinere Mengen verschiedener Rüstungsgüter, darunter die unbewaffneten Leichtflugzeuge Do 27 zur Verfügung gestellt.“⁶⁵²

Zu den FIAT G-91 nahm Dr. Königs gesondert Stellung. Nur einmal waren moderne Düsenjäger an die portugiesische Luftwaffe geliefert worden. Es handelte sich um die 40 FIAT G-91 Düsenjäger.

„Nur einmal, im März 1966, wurden gebrauchte Kampfflugzeuge Fiat G 91 an Portugal verkauft. Die der Lieferung der G 91 vorangegangenen Verhandlungen über den Endverbleib hat die ESG zeitlich und sachlich unrichtig dargestellt. Richtig ist vielmehr folgendes: Weil die Bundesregierung wegen der Erklärung der portugiesischen Regierung vom Februar 1965 gegen die Lieferung von Waffen nach Portugal Bedenken hatte, bestand sie auf der für alle deutschen Lieferungen geltenden Abmachungen vom Sommer 1965, nach der die von der Bundesrepublik gelieferten Waffen und Geräte ausschließlich in Portugal für Verteidigungszwecke im Rahmen des NATO-Paktes benutzt werden.“⁶⁵³

Dr. Königs fügte außerdem noch an, „nach dem Bekanntwerden des Einsatzes einiger G 91 in Mozambique wurden weitere Verkäufe von Kampfflugzeugen nicht mehr genehmigt [wurden].“⁶⁵⁴ Die Vorwürfe, dass auch nach 1968 noch Flugzeuge und Waffen an Portugal geliefert werden sollten, versuchte er durch die Verringerung der Luftwaffenbasis Beja zu begründen.

„1968 wurde eine kleine Anzahl unbewaffneter Transport- und Verbindungsflugzeuge aus Überschussbeständen an Portugal verkauft, weil die Bundesregierung eine in der Zwischenzeit erfolgte wesentliche Verringerung der in Beja geplanten Investitionen (und den daraus folgenden erheblichen Ausfall

⁶⁵¹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Antwort des AA auf das Schreiben am 14. Januar 1971.

⁶⁵² PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Antwort des AA auf das Schreiben am 14. Januar 1971.

⁶⁵³ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Antwort des AA auf das Schreiben am 14. Januar 1971.

⁶⁵⁴ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Antwort des AA auf das Schreiben am 14. Januar 1971.

für die portugiesische Zahlungsbilanz) gegenüber Portugal durch gewisse Kompensationen auszugleichen hatte.“⁶⁵⁵

Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur portugiesischen Kolonialpolitik war seinen Ausführungen nach ähnlich der von Großbritannien. Es sollten auch keine weiteren Flugzeuge und Waffen an Portugal geliefert werden, wenn die portugiesische Regierung deren Verwendung in Afrika nicht von vornherein ausschließen würde.

„Die Haltung der Bundesregierung gegenüber Waffenexporten nach Portugal entspricht im übrigen der Großbritanniens. Die 1961 getroffene Entscheidung der britischen Regierung lautete dahin, dass Waffen nach Portugal zur ausschließlichen Verwendung im NATO-Bereich, nicht dagegen zum Gebrauch in den portugiesischen Überseebesitzungen geliefert werden dürften. Diese Entscheidung ist auch heute noch maßgebend.“⁶⁵⁶

Mit diesen Zeilen beendete er das Schreiben an die evangelische Studentengemeinde, die danach keine weiteren Anfragen mehr stellte. Das AA hatte eine Reihe von Rüstungslieferungen an Portugal zurückgestellt. Begründet wurde die Zurückstellung mit der ungelösten Endverbleibsfrage. Darunter waren Zünder für Munition, Teile für Maschinengewehre und Ersatzteile für Gewehre und Pistolen. Eine Liste der zurückgestellten Anträge für die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Portugal enthält Tabelle 25.

Tabelle 25: Zurückgestellte Anträge auf Rüstungsausfuhren nach Portugal 1970 (Quelle: PAAA B14 Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972)

Datum	Firma	Ware	Wert	KWKG/AWG
13.9.1970	Junghans, Schramberg	100.000 Mörsergranatzünder AZ DM	St. 14 DM	KWKG
8.10.1970	Dichl, Nürnberg	2.572 Zünder MTS C	St. 14 DM	KWKG
13.11.1970	Heckler & Koch, Oberndorf	1.500 Rohre f. G 3 Versuchsserie		KWKG
27.1.1971	Heckler & Koch	400 Feldlafetten MG HK 21	St. 1.100 DM	AWG
1.2.1971	Heckler & Koch	7.600 kg Einzelteile MG HK 21	1,22 Mio. DM	AWG
4.2.1971	Dynamit Nobel Troisdorf	587.036 Zündhütchen Nr. 4023	9.500 DM	AWG
4.2.1971	Dynamit Nobel	391.260 Detonatoren DM 1042	94.400 DM	AWG
13.4.1971	Heckler & Koch	1.000 Feldlafetten MG HK 21	St. 1.100 DM	AWG
3.6.1971	Dynamit Nobel	13.131 Detonatoren DM 1042	3.250 DM	AWG
3.6.1971	Dynamit Nobel	66.059 Zündhütchen Nr. 4023	1.090 DM	AWG
7.6.1971	Carl Walther, Ulm	75 Ersatzteile f. Maschinenpistole Kaliber 9mm Parab.	1.103 DM	AWG

Diese Rüstungsgüter erregten in der Öffentlichkeit nicht denselben Widerhall wie die Lieferung der FIAT G-91 Düsenjäger, die auch nach 1966 noch immer umstritten war. Am 7. August 1971 berichtete Dr. Königs an die Botschaft Lissabon, dass die Lieferung noch immer Aufmerksamkeit erhielt und die Bundesregierung dafür noch immer unter internationalem Druck stand.

⁶⁵⁵ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Antwort des AA auf das Schreiben am 14. Januar 1971.

⁶⁵⁶ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Antwort des AA auf das Schreiben am 14. Januar 1971.

„Die internationale Presse beschäftigt sich neuerdings wieder zunehmend mit der Anwesenheit italienischer Düsenkampfflugzeuge Fiat G-91 in den portugiesischen Gebieten Afrikas. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Flugzeuge aus der Lieferung von 40 Fiat G-91 aus Überschussbeständen der Bundeswehr an Portugal vom März 1966 stammen.“⁶⁵⁷

Als Information an die Botschaft berichtete Dr. Königs von der Verschärfung für die Bestimmungen zur Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Länder außerhalb der NATO nach dem Kabinettsbeschluss vom 16. Juni 1971. Dieser Beschluss ermöglichte die Verweigerung der Ausfuhr in NATO-Länder aus politischen Erwägungen.

„Gemäß Beschluß des Bundessicherheitsrats werden alle Ausfuhranträge für Waffen und für sonstige Rüstungsgüter an Portugal so lange zurückgestellt, wie nicht eindeutig sichergestellt ist, dass dieses Material nicht aus dem geographischen Geltungsbereich der NATO verbracht wird. Bereits seit Herbst vorigen Jahres waren Genehmigungen für Kriegswaffenausfuhren kaum noch erteilt worden und auch Ausfuhranträge für sonstige Rüstungsgüter weitgehend abgelehnt worden.“⁶⁵⁸

Botschafter von Holleben wurde gebeten im portugiesischen Verteidigungsministerium anzufragen, ob die Verhandlungen über die Endverbleibsklauseln weiter geführt werden könnten. Er sollte ausrichten, dass bis zur Klärung der Endverbleibsklausel keine weiteren Waffen- oder Rüstungsgüter nach Portugal geliefert würden. Gleichzeitig sollte er darauf hinweisen, dass der Einsatz der FIAT G-91 Düsenjäger in Portugiesisch-Afrika gegen die Endverbleibsklausel aus dem Jahr 1965 verstoßen würde.

„Die Vorsprache soll auch dazu benutzt werden, darauf hinzuweisen, dass eine Verwendung der von der Bundeswehr 1966 gelieferten Kampfflugzeuge Fiat G 91 außerhalb des Geltungsbereichs der NATO nicht im Einklang mit der o.a. Endverbleibsregelung von 1965 stehen würde. Einer Diskussion über diese Frage ist auszuweichen.“⁶⁵⁹

Dieses Vorgehen des AA gegenüber der portugiesischen Regierung kann als Reaktion auf die innen- und außenpolitische Kritik gewertet werden. Letztlich musste ihr bewusst gewesen sein, dass alle in Afrika eingesetzten G91 aus Beständen der Bundeswehr stammten.

Im August 1971 richtete das Deutsche Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique ein Schreiben an Außenminister Scheel. Das Komitee unter Führung von

⁶⁵⁷ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. VLR Dr. Königs an Diplogerma Lissabon am 7. August 1971. Portugiesische Rüstungskäufe in der Bundesrepublik; hier Endverbleibsregelung.

⁶⁵⁸ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. VLR Dr. Königs an Diplogerma Lissabon am 7. August 1971. Portugiesische Rüstungskäufe in der Bundesrepublik; hier Endverbleibsregelung.

⁶⁵⁹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. VLR Dr. Königs an Diplogerma Lissabon am 7. August 1971. Portugiesische Rüstungskäufe in der Bundesrepublik; hier Endverbleibsregelung.

SPD-Politiker Hans Matthöfer⁶⁶⁰ kritisierte die Waffen- und Rüstungslieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Portugal. Eine Stellungnahme des AA für das Komitee wurde nicht vorbereitet.

Zur UN-Resolution Nr. 312 wurde jedoch am 4. Februar 1972 durch das AA eine Stellungnahme vorbereitet. Darin wurde wie so oft auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker hingewiesen, dass auch die Bundesrepublik Deutschland als unbedingtes Recht verteidigte. Das AA stellte das Selbstbestimmungsrecht vor allem ins Rampenlicht, weil auch die Bundesregierung in der Deutschlandfrage stets mit dem Selbstbestimmungsrecht der ostdeutschen Bevölkerung argumentierte.

„Die Bundesrepublik Deutschland gewährt Portugal bei der Führung der bewaffneten Auseinandersetzungen in Portugiesisch-Afrika keine Unterstützung. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich stets für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts in Afrika wie in anderen Teilen der Welt eingesetzt. Die Bundesregierung ist bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung der Probleme in Portugiesisch-Afrika auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen beizutragen. Diese Haltung hat die Bundesregierung auch der portugiesischen Regierung gegenüber wiederholt zum Ausdruck gebracht.“⁶⁶¹

Das AA leugnete den Verkauf und die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern nach Portugiesisch-Afrika, Waffen würden nur in den geographischen Raum der NATO geliefert werden.

„Die militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit Portugal als Mitglied des Atlantischen Bündnisses beschränkt sich auf den geographischen Bereich der NATO, wie er insbesondere in Artikel 6 des NATO-Vertrages definiert ist.“⁶⁶²

Auf diese Stellungnahme gab es einige Reaktionen aus den jungen afrikanischen Staaten. Botschafter Jung berichtete aus der Botschaft Lagos, Nigeria, dass diese Stellungnahme und die Leugnung der Waffenlieferungen an Portugal für Verstimmungen bei der nigerianischen Regierung gesorgt hatten. Vor allem die Formulierung sorgte für Kritik, die von dem Botschafter direkt geäußert wurde.

„Solange wir nicht in der Lage sind schlüssig darzulegen, dass einerseits die Endverbleibsklausel für an Portugal geliefertes NATO-Material eindeutig ein Verbringen solchen Materials nach Afrika verbietet und dass andererseits auf die Einhaltung der Endverbleibsklausel eingewirkt wird, werden wir immer wieder bei den schwarzafrikanischen Staaten in ein schiefes Licht geraten. Es ist hier nicht ersichtlich, warum wir Portugal, das uns durch seine Afrika-Politik in

⁶⁶⁰ Hans Herrmann Matthöfer (1925 bis 2009) bekleidete im weiteren Verlauf unter der Regierung Helmut Schmidt unter anderem das Amt des Finanzministers.

⁶⁶¹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

⁶⁶² PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

Schwierigkeiten gebracht hat, dadurch schonen sollten, dass wir eine weiche, aber nicht überzeugende Formulierung wählen.“⁶⁶³

Neben dem deutschen Komitee für Angola, Guinea und Mozambique gab es auch ein niederländisches Komitee, in dem ebenfalls Politiker agierten. Auch dieses Komitee richtete seine Kritik an die Bundesregierung. Die Botschaft Den Haag berichtete am 2. Februar 1973, dass das Komitee zusammen mit dem deutschen Komitee so lange auf alle Mitglieder der OAU einwirken wollte, bis dass die UNO die Bundesrepublik Deutschland die Anerkennung der UN-Mitgliedschaft verwehrte. Mit diesem Ziel waren die beiden Komitees nicht allein. Eine ganze Reihe von Solidaritätsvereinen und Komitees für die verschiedenen afrikanischen Befreiungsbewegungen sammelten Spendengelder und unterstützten die Bewegungen. Das Afrika-Komitee mit Sitz in Berlin stand dabei genauso als Anlaufstelle zur Verfügung, wie das Komitee südliches Afrika in Heidelberg, die Informationsstelle südliches Afrika in Bonn und das übergeordnete antiimperialistische Informationsbulletin in Marburg.

Diese Aktivitäten sollten so lange erfolgen, bis die Bundesregierung sich dazu bereit erklärte, die von der UN verhängten Sanktionen gegen Portugal und Südafrika zu befolgen. Der Anlass für diese Aktivitäten waren die Lieferungen der FIAT G-91 Düsenjäger und die drei in Hamburg gebauten Korvetten. *„Die NATO werde auf diese Weise als Deckmantel für geheime Waffenlieferungen für Portugals Kolonialkrieg benutzt.“*⁶⁶⁴

Das Generalkonsulat von Lourenço Marques in Mosambik berichtete 1971 von 11 Flugzeugen vom Typ Nordatlas 2501 D, die an den Tragflächen mit zwei Turbomotoren versehen waren, um wie ein Düsenflugzeug abheben zu können. Mit dieser Vorrichtung waren diese Transportflugzeuge für den Dschungel in Mosambik besser geeignet, weil sich dadurch die Startbahn verkürzen ließ. Neben den Noratlas waren auch 13 FIAT G-91 R-4 und 15 Harvard T-6 auf mosambikanischen Flughäfen stationiert. Zudem waren dort zehn DO-27 im Einsatz, die nur noch zu Versorgungs- und Transportzwecken eingesetzt wurden. Weitere Transportflugzeuge, die in Afrika eingesetzt wurden, waren die Douglas DC-6 und die Boeing 707. Sie flogen portugiesische Soldaten nach Afrika ein und Verwundete nach Portugal aus.⁶⁶⁵

⁶⁶³ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Botschaft Lagos 18. Mai 1972 Reaktion auf die Stellungnahme der BRD zur VN Sicherheitsratsresolution Nr. 312.

⁶⁶⁴ PA AA, Zwischenarchiv 102569. Angola – Ang. Politische Berichte 1973 / 1974. Botschaft den Haag am 2. Februar 1973.

⁶⁶⁵ PA AA, B 34, Bd. 751. Generalkonsulat Lourenço Marques am 14. Oktober 1971.

Das Generalkonsulat aus Angola berichtete 1972 von etwa 100 Flugzeugen, davon sechs F-84 Thunderjet, sieben PV-2 Harpoon, 30 Harvard T-6, 30 bis 40 DO-27, vier amerikanischen DC-3 und zehn Noratlas 2502 Transportmaschinen.⁶⁶⁶ Aus den bereits erwähnten Quellen zur Lieferung der deutschen Flugzeuge lässt sich dieser Aufstellung entnehmen, dass fast 70 dieser Flugzeuge aus den Beständen der Bundesluftwaffe stammten oder von westdeutschen Firmen verkauft wurden.

Aus der Aufstellung lässt sich außerdem ablesen, dass der Krieg vor allem mit Propeller-Flugzeugen und eben nicht mit Düsenjägern geführt wurde. Düsenjäger wurden zwar auch in hohem Maße eingesetzt, doch waren sie erheblich teurer und die kleinen und leichten Flugzeuge der Typen DO-27 und Harvard T-6 günstiger und durch die Kurzstarteigenschaften auch besser für den Konflikt geeignet. Die bereits getroffene Einschätzung wird durch die Berichte in den Akten zusätzlich unterstützt.

Die Improvisation beim Einkauf von Flugzeugen aus Beständen von befreundeten NATO-Partnern war von der portugiesischen Armee keineswegs gewollt, vielmehr war es eine Notlösung. Alle NATO-Partnerstaaten, wohl mit Ausnahme von Frankreich, ließen sich auf das Kaufgeschäft nur ein, wenn das portugiesische Verteidigungsministerium eine Endverbleibserklärung unterschrieb. Damit sollte der Verbleib der Flugzeuge im portugiesischen Mutterland garantiert werden. Welche Wirkung die Endverbleibsklausel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal hatte und welche Folgen daraus für die Außendarstellung der Bundesregierung innenpolitisch und in Afrika resultierten, wird in Kapitel 2.5.2 behandelt.

Hubschrauber in der portugiesischen Luftwaffe

In der portugiesischen Luftwaffe wurden sowohl Transport- als auch Kampfhubschrauber während des Kolonialkrieges genutzt. Alle Hubschrauber kamen aus dem Ausland, die NATO-Partner überließen diese Portugal. Durch den Einsatz dieser Luftfahrzeuge im portugiesischen Kolonialkrieg gewann die portugiesische Armee an Mobilität und konnte überraschend gegen die Befreiungsbewegungen vorgehen.

Die ersten Hubschrauber für die portugiesische Luftwaffe kamen aus den USA als Teil desselben Mutual Security Acts, in dem auch schon die Flugzeuge, Schiffe und Kleinwaffen geliefert wurden. Die ersten Waffensysteme, die die Bundesluftwaffe an Portugal für die Nutzungsrechte des Stützpunkts überhaupt lieferte, waren zehn ausgediente Hubschrauber vom Typ Skeeter.

⁶⁶⁶ PA AA, B 34, Bd. 858. Generalkonsulat Luanda am 13. Januar 1972.

Frankreich lieferte über die gesamte Dauer des Krieges mehrere Hubschrauber vom Typ Alouette II und Alouette III an Portugal. Portugal kaufte diese Hubschrauber, musste aber keine Endverbleibsklausel über den Verbleib der Hubschrauber bei der französischen Regierung unterschreiben.⁶⁶⁷ Außerdem verkaufte Frankreich zum Ende des Kolonialkrieges Puma-Hubschrauber, die vor allem in Mosambik eingesetzt wurden. Die Hubschrauber, die am meisten gekauft und in der portugiesischen Luftwaffe am meisten verwendet wurden, waren die französischen Hubschrauber der Typen Alouette II und Alouette III. Sie wurden von der portugiesischen Luftwaffe vor allem in Portugiesisch-Guinea und Mosambik stationiert.

Als sich die Lage in Mosambik zuspitzte, verkaufte die US-Regierung zwölf veraltete Bell 212 Hubschrauber an die portugiesische Luftwaffe. Diese Hubschrauber nutzte die US-Armee auch schon im Koreakrieg und zeitgleich im Vietnamkrieg für den Abtransport und die Versorgung von Verwundeten in schwierigem Gelände. Der Transfer der Hubschrauber nach Mosambik lief unter einer geheimen Aktion, dabei wurden auch sechs Linienflugzeuge vom Typ Boeing 707 nach Mosambik geliefert. Mit den Linienflugzeugen sollten schwer verwundete Soldaten schneller weiter nach Portugal verbracht werden. Die Hubschrauber wurden vor allem in der mosambikanischen Provinz Tete auf der später umkämpften Baustelle für den Bau des Cabora Bassa-Staudammes eingesetzt.⁶⁶⁸ Außer in Mosambik wurden Hubschrauber vor allem in Portugiesisch-Guinea verwendet, um die verschiedenen Flussläufe zu kontrollieren und die Nachschubwege der PAIGC bis nach Guinea hinein stören zu können. Eine Übersicht über die von den NATO-Partnern an Portugal überlassenen oder verkauften Hubschrauber gibt Tabelle 26.

Tabelle 26: Hubschrauber nach Herkunftsländern in der portugiesischen Luftwaffe 1950-1974 (Quelle: Bosgra, Van Krimpen 1973, S. 26-27, Antunes 1992, S. 210)

Einsatzort	Typ	Anzahl	Herkunftsland	Jahr
Portugal, Angola	Alouette II	7	Frankreich	1957
Portugal	Skeeter	10	BRD	1961
Angola, Portugiesisch-Guinea, Mosambik	Alouette III	122	Frankreich	1963 -1971
Mosambik	Bell 212	12	USA	Ab 1970
Angola, Mosambik	SA Puma 330	30	Frankreich	1971-1974

2.5.5 NATO-Hilfe für das portugiesische Heer

Portugal hatte erst in den dreißiger Jahren damit begonnen, seine Armee auszurüsten und zu reformieren. Die Gewehre waren teilweise 40 Jahre alt, die neuesten Modelle

⁶⁶⁷ Bosgra, Van Krimpen sd 1969, S. 17.

⁶⁶⁸ Antunes 1992, S. 210.

datierten im Jahr 1930 aus dem Ersten Weltkrieg. Im Jahr 1937 begannen die Reformen unter der Salazar Regierung, auch auf militärischer Ebene zu greifen. Der Ministerpräsident ließ Gewehre in Deutschland, Maschinengewehre in Dänemark und in Italien sowie Mörser in Italien und in Frankreich einkaufen. Das meiste Material der portugiesischen Armee musste laufend eingekauft werden. Mörser, Granaten, Minen und Munition wurden mithilfe der Bundeswehr in eigener Produktion hergestellt. Das veraltete Mauser Gewehr wurde durch das in Lizenz gefertigte G-3 Gewehr ersetzt. Die Soldaten waren oft nicht nur die von der NATO als Standard-Wehrdienstzeit vorgeschriebenen zwei, sondern oft drei bis vier Jahre im Dienst. Die Hälfte dieser Dienstzeit mussten sie seit 1961 in den afrikanischen Kolonien verbringen. Freiwilligen war es zudem möglich, ihren Dienst für die gesamte Zeit in Afrika zu verbringen.⁶⁶⁹

In den Jahren 1939 bis 1940 bestand die portugiesische Armee aus 40.000 Soldaten, bis 1944 wurde diese Anzahl verdoppelt. Beinahe die gesamte Masse des portugiesischen Heeres wurde gegen die Richtlinien des NATO-Vertrages in Afrika eingesetzt. Bis 1962 umfasste die portugiesische Armee insgesamt 80.300 Soldaten, diese Truppenstärke wurde bis 1972 auf 218.000 Soldaten erhöht.⁶⁷⁰ In Angola waren 55.000, in Mosambik 60.000 und in Portugiesisch-Guinea 27.000 Soldaten stationiert.⁶⁷¹ Nur eine Einzige, nach dem Jahr 1973 zwei Infanteriedivisionen standen im Heimatland Portugal für einen Einsatz in Europa zur Verfügung.⁶⁷² Es gab auch eine gemischte portugiesisch-spanische Division, die über einige amerikanische M-41 und M-47 Patton Panzer sowie einige amerikanische 105 und 140 mm Haubitzen verfügte.⁶⁷³ Sie bestand jedoch nicht dauerhaft, sondern wurde lediglich zu NATO-Manövern zusammengerufen, so dass zwar das Material im Mutterland Portugal verblieb, die Soldaten ihren Wehrdienst aber überwiegend in Afrika verrichteten.

Neben der Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe der USA, durch die alle Waffengattungen eine moderne Erstausrüstung erhielten, gelang die schrittweise Modernisierung des Heeres vor allem durch die gegründeten oder erweiterten Militärfabriken in und um Lissabon. Die mit westdeutschen Firmen abgeschlossenen Verträge zur Fertigung von Gewehren, Maschinengewehren und Munition sowie die

⁶⁶⁹ Crollen 1973, S. 59.

⁶⁷⁰ Schröter 2009, S. 640.

⁶⁷¹ Crollen 1973, S. 59.

⁶⁷² Schröter 2009, S. 425. „Mit Beginn des Kolonialfeldzugs in Angola steht selbst dieser unmaßgebliche militärische Beitrag Lissabons zum Nordatlantikblock nur auf dem Papier, wird aber formell aufrechterhalten.“

⁶⁷³ Crollen 1973, S. 58.

Aufträge der Bundeswehr erlaubten es dem portugiesischen Heer, zumindest die Bewaffnung der Infanterie schrittweise an die NATO-Standards anzupassen.⁶⁷⁴

Als die portugiesischen Soldaten nach dem Jahr der Angolakrise, 1961, zunehmend in die afrikanischen Kolonien geschickt wurden, wurden sie nun mit modernen Gewehren und moderner Ausrüstung ausgestattet. Sie verfügten entweder über belgische FN oder deutsche G-3 Gewehre.⁶⁷⁵ Nach Angaben des Archivs der portugiesischen Armee wurden zu Beginn des portugiesischen Kolonialkrieges in Angola 3.299 G-3 Gewehre und 7.150 FN Gewehre von den Soldaten genutzt. In Mosambik war das Heer mit 4.490 FN-Gewehren und in Portugiesisch-Guinea mit 2.475 G-3 Gewehren ausgestattet.⁶⁷⁶

Außerdem waren die Verbände mit deutschen Maschinengewehren vom Typ MG-1 ausgerüstet. Die alten MG-42 hatte die portugiesische Armee wohl noch aus den Beständen der Wehrmacht während des Zweiten Weltkriegs erworben. Da das neue MG-1 der Bundeswehr auf dem Vorgängermodell MG-42 basierte, konnten die portugiesischen Soldaten es weiterhin verwenden. Denn die Munition musste nicht modifiziert werden.

„Die Infanteriewaffen stammen aus portugiesischer Produktion und werden zum Teil nach deutschen Lizenzen hergestellt, wie das Sturmgewehr G 3 und ein leichtes Maschinengewehr. Das Heer besitzt auch noch alte deutsche MG 42.“⁶⁷⁷

Neben den G3-Gewehren wurde Munition hergestellt. Nach portugiesischen Angaben wurden in der Fabrik Braço de Prata monatlich etwa 79.000 Schuss Munition gefertigt.⁶⁷⁸

Die Einheiten hatten Mörser und Uniformen nach NATO-Standard aus US-Beständen erhalten. Da die Bundesrepublik Deutschland in Portugal sowohl Handgranaten als auch Mörsermunition produzieren ließ, verfügte die portugiesische Armee auch über Munition nach den Bestimmungen der NATO. Die portugiesischen Militärfabriken produzierten für die Mörsertypen 60 und 80 mm pro Monat etwa 10.000 Granaten.⁶⁷⁹

Beide Granatentypen gehörten zur NATO-Standardbewaffnung, die von der US-Armee in den NATO-Armeen neben den Stahlhelmen, Uniformen und weiteren Ausrüstungsgegenständen nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde.

⁶⁷⁴ Siehe dazu das Kapitel 2.2.

⁶⁷⁵ PA AA, B 34, Bd. 751. Bericht des Generalkonsulats Lourenço Marques am 14. Oktober 1971. Die FN Gewehre wurden anders als das G3 nicht in portugiesischer Produktion gefertigt, sondern musste von ausländischen Armeen gekauft werden.

⁶⁷⁶ PT AHM FO 007 B 41 363 2.

⁶⁷⁷ PA AA, B 34, Bd. 858. Bericht des Generalkonsulats in Luanda am 13. Januar 1972.

⁶⁷⁸ PT AHM FO 7B 41 365 18.

⁶⁷⁹ PT AHM FO 7B 41 365 18.

Zu diesen in Portugal gefertigten Waffen wurden weitere hinzugekauft, vor allem aus ehemaligen Beständen der US-Armee, aber auch aus den Beständen der Bundeswehr. Die Bewaffnung und Ausrüstung konnte mithilfe der vielen in Lizenz gefertigten Waffen und Gegenständen im Laufe des Krieges deutlich verbessert werden. Erst als auch die Befreiungsbewegungen mit modernen aus sowjetischer und chinesischer Produktion stammenden Waffen das Schlachtfeld betraten, standen sich beide Seiten hochgerüstet gegenüber.

Deutsche Infanteriewaffen in Portugiesisch-Afrika

Die Fertigung von deutschen Infanteriewaffen in Portugal wurde weder von der Presse des Ostblocks noch von der westlichen Presse kritisiert. Jedoch wurden neben den bereits aufgeführten deutschen Infanteriewaffen auch noch weitere leichte Infanteriewaffen an die portugiesische Armee verkauft. Während des gesamten betrachteten Zeitraums wurden dabei auch immer wieder Walther-Pistolen verkauft oder aber versucht an die portugiesische Armee zu veräußern. Die Rolle der Bundesregierung ist hier nicht eindeutig festzulegen. In einigen Fällen wurden Lieferungen durch das AA untersagt, in anderen Fällen durch das BMVg durchgeführt.⁶⁸⁰ Unter anderem wurden kurz nach dem Beginn der Angolakrise etwa 10.000 israelische Uzi-Maschinenpistolen an die portugiesische Armee verkauft. Die britische Zeitung Observer hatte Informationen über die Lieferung aufgegriffen und einen Artikel veröffentlicht. Die deutsche Botschaft in Lissabon wirkte zusammen mit der britischen Regierung daraufhin auf den Observer ein, um den Artikel richtigzustellen.⁶⁸¹ Die Meldung des Observers griff der Führer der Befreiungsbewegung UPA Holden Roberto auf, um in einer Pressekonferenz am 7. Juni 1961 die Bundesrepublik Deutschland für ihre Unterstützung der portugiesischen Kolonialpolitik zu kritisieren. Eine Gegendarstellung zu den Vorwürfen wurde am 9. Juni 1961 auf Wirken der deutschen Botschaft in Kongo-Leopoldville veröffentlicht.⁶⁸² Die westdeutschen Botschaften in Afrika waren dazu angehalten, jegliche Presseberichterstattung über mögliche Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik Deutschland an Portugal sofort an die Zentrale zu melden. Ein Beispiel für eine solche

⁶⁸⁰ PA AA, B 34, Bd. 274. AA Referat 413 Bonn am 7. Juni 1961. Bericht über den Stop einer Lieferung von 3.000 Blendgranaten nach Angola. Vgl. auch PAAA B 34 Bd. 273 Bericht des AA Referat 413 vom 12. Oktober 1961, Bonn an die deutsche Botschaft Lissabon über den Stop der Lieferung von Walther-Pistolen an die PIDE.

⁶⁸¹ PA AA, B 34, Bd. 274. Pol. Angelegenheiten zu dritten Staaten und Militärpolitik Angola 1961. Telegramm von Botschafter Schaffarczyk am 31. Mai 1961.

⁶⁸² PA AA, B 34, Bd. 274. Pol. Angelegenheiten zu dritten Staaten und Militärpolitik Angola 1961. Botschaft Leopoldville am 13. Juni 1961.

Meldung kam von der Botschaft in Bamako, Mali. Die Beamten der Botschaften berichteten am 29. Juni 1961, dass die malische Presse einen Bericht des Spiegels⁶⁸³ zitiert hatte, in dem behauptet wurde, dass der deutsche Waffenhändler Friedrich Flick Waffen und Munition über die Firmen Gustav Genschow & Co. GmbH in Köln und die Interarmco GmbH in München an die Portugiesen liefern wollte. Der Leiter der Abteilung 3, von Stelzer, stellte gegenüber den afrikanischen Botschaften klar, dass der Spiegel-Artikel keine deutschen Stellen erwähnt, die an dem Waffengeschäft beteiligt waren. Außerdem stammten die Waffen nicht aus deutscher Produktion, so dass der Fall nicht mehr weiterverfolgt werden musste.⁶⁸⁴

Die westdeutsche Botschaft in Accra, Ghana meldete am 24. Juli 1961 über einen Artikel aus der Kairoer Zeitschrift *Arab Observer*, in dem der Verkauf der 10.000 Uzi-Maschinenpistolen behandelt wurde. In der gleichen Ausgabe wurde auch ein Aufruf von Mario de Andrade⁶⁸⁵ veröffentlicht. Er führte die Staaten auf, die Portugal in seiner Kolonialpolitik am meisten unterstützen. In dieser Aufzählung wurden die NATO-Staaten Bundesrepublik Deutschland, die USA und Großbritannien von de Andrade benannt.⁶⁸⁶

In einer ausführlichen Darstellung hatte die PAIGC die Herkunft von in Portugiesisch-Guinea eingesetzten Waffen und Rüstungsgütern dargestellt. Die Veröffentlichung dieser Aufstellung brachte vor allem der Bundesrepublik Deutschland internationale Kritik ein, weil die Bundesregierung und das AA stets betonten, dass keine an Portugal gelieferten Waffen, in Afrika eingesetzt würden. Tabelle 27 zeigt jedoch, dass nach Einschätzung der PAIGC nicht nur von der portugiesischen Militärindustrie in Lizenz produzierte Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland, sondern noch weiteres nicht in Portugal produziertes Material in Portugiesisch-Guinea auftauchte. Dabei stellte sich heraus, dass nicht nur Waffen und Munition aus der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch aus den anderen NATO-Staaten in bislang jedoch unbekanntem Umfang von der portugiesischen Armee in Afrika eingesetzt wurden.

⁶⁸³ Der Spiegel 27/1961, Ramsch für Angola.

⁶⁸⁴ PA AA, B 34, Bd. 274. Pol. Angelegenheiten zu dritten Staaten und Militärpolitik Angola 1961. Botschaft Bamako am 29. Juni 1961.

⁶⁸⁵ Mario Pinto de Andrade (1928 bis 1990) war 1960 bis 1962 Präsident der MPLA und bis 1974 in verschiedenen Rollen in der Partei tätig.

⁶⁸⁶ PA AA, B 34, Bd. 274. Pol. Angelegenheiten zu dritten Staaten und Militärpolitik Angola 1961. Botschaft Accra 24. Juli 1961.

Tabelle 27: Infanteriewaffen und Munition in der portugiesischen Armee 1961 – 1974 (Quelle: PAAA B14 Bd. 1890 Aufstellung durch die PAIGC)⁶⁸⁷

Waffen und Munitionstyp	Staat
Pistolen	
Walter P 38 9mm Pistolen	Bundesrepublik Deutschland
Beretta M-1951	Italien
MAS M-1950	Frankreich
Browning FN 9mm HP	Belgien
Automatische Gewehre	Staat
F.A. 7,62 FN (FAL)	Belgien – Bundesrepublik Deutschland
F.A. G 3 7,62 (CETME)	Großbritannien
F.A. Beretta Mod. 59 – 7,62	Italien
F.A. M 16 5,56 mm	USA
Granatwerfer F.A. 7,62 FN (FAL) par ENERGA	USA
Infrarotleuchte für G 3 (CETME)	USA
Maschinenpistolen	Staat
Uzi MP 2 A1 9mm	Israel
FN Type MAG (Usage général) MGX 15 B1 7,62 mm	Belgien, Großbritannien
MG 1 (MG 3) 7,62 mm	Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Italien
Bren Gun 7,62 mm	Niederlande und Großbritannien
Browning M 1918 A 2 30 M2	USA
Karabiner	Staat
Amerikanisches Cal. 30 M-1 (Garand)	USA
Mauser cal. 7,92 mm	Bundesrepublik Deutschland
Mörser	Staat
60 mm	USA
81 mm M-29	USA
120 mm Brandt	Bundesrepublik Deutschland
Langstreckenraketen (Lance Roquettes)	Staat
L.R. Léger PZ F 44-1	Bundesrepublik Deutschland
L.R. Antitank M-20 B1 89mm m/52	USA
L.R. Antitank M 9 A1 M/55 60mm	USA
Tester für L.R. Antitank M 20 M 7142254	USA
Tester 17 T 5518 – 100 für L.R. Antitank M 9 A 1	USA
Flak	Staat
12,7 AA US Mount, Fusil, Multiple M55 (M 45C)	USA
Canons sans Recul	Staat
57mm M 18 A 1	USA
75mm M 20	USA
105mm	USA – Bundesrepublik Deutschland
Minen	Staat
Panzerminen	USA, GB, Frankreich, Kanada
Minen	USA, Italien, Frankreich

⁶⁸⁷ Da detaillierte Aufstellungen weder in den Militärarchiven in Portugal noch in Deutschland gefunden werden konnten, wird hier beispielhaft eine Aufstellung der Befreiungsbewegung PAIGC angeführt. Die Quelle muss natürlich besonders kritisch hinterfragt werden, weil diese Partei ein großes Interesse daran hatte die Bundesrepublik Deutschland und auch andere NATO-Staaten für ihr por-portugiesisches Engagement zu kritisieren.

Granaten	Staat
Handgranaten	USA
Handgranaten 33/46	USA
Rauchgranaten	Kanada
Munition	Staat
9mm	Offen
7,62mm	GB, USA
Mörsergranaten 60mm	Frankreich
Mörsergranaten 81mm	Italien
Mörsergranaten 120mm	Israel
Raketen M 20 89mm	USA
Raketen M9 A1 60mm	USA
12,7 Flak US Mount	USA
Explosivgranaten für 57mm 18 A 1	USA
Panzergranaten für 75mm M 20	USA
Raketenwerfer Boden-Luft mit Munition	USA
Scheffler Explosivstoffe	Frankreich
Minendetektoren	Frankreich
Schlauchboote	Frankreich

Deutsche Fahrzeuge für Portugal

In den afrikanischen Kolonien wurden viele verschiedene, vor allem geländegängige Fahrzeuge eingesetzt, die mit dem Regenwald von Portugiesisch-Guinea ebenso zu Recht kamen, wie mit den Savannen Angolas und mit den nördlichen Flussläufen Mosambiks. Die schweren Panzer amerikanischen Ursprungs aus der gemischten spanisch-portugiesischen Division konnten nicht gegen die Guerillakämpfer Angolas, Guineas und Mosambiks eingesetzt werden. Außerdem bevorzugten die afrikanischen Befreiungsbewegungen eine Guerillataktik, die einen Einsatz von schweren Panzern in einer offenen Feldschlacht unmöglich machte. Der Kolonialkrieg in Afrika erforderte deshalb Fahrzeuge, die Soldaten schnell und sicher transportieren konnten. Die von den portugiesischen Soldaten genutzten Fahrzeuge wurden vor allem in der Bundesrepublik Deutschland hergestellt. Der portugiesischen Luftwaffe fehlten von Anfang an ausreichend Hubschrauber, um größere Truppenkontingente zu transportieren. Während des Kolonialkrieges in den afrikanischen Kolonien erlangte daher das Allzweckfahrzeug *Universal-Motor-Gerät* (UNIMOG) der Firma Mercedes-Benz eine besondere Bedeutung.⁶⁸⁸ Von den portugiesischen Soldaten wurde er liebevoll Jeepão genannt und war beliebt und gefürchtet zugleich. Geliebt aufgrund seiner Fähigkeit im afrikanischen Gelände sowohl in der Trocken- als auch in der Regenzeit fahren zu können. Gefürchtet war er, weil er nur in der gepanzerten Ausführung einen geringen Schutz vor Minen bot.

⁶⁸⁸ PT AHM FO 7/B 41 366 36. Der Kommandant der Region Mosambik schrieb im Januar 1968, dass er unbedingt neue ¾ t Fahrzeuge braucht, mit denen er auch Operationen gegen die Rebellen durchführen kann. Vor allem fordert er mehr UNIMOGs an, die ihm dann auch gewährt werden. Insgesamt hatte er zu diesem Zeitpunkt 256 UNIMOGs im Einsatz und erhielt weitere 375. Die meisten Fahrzeuge unter seinem Kommando waren bereits UNIMOG.

Die meisten portugiesischen Soldaten wurden in Afrika durch Minen und Hinterhalte an gesperrten Straßen getötet oder verwundet. Dabei erwiesen sich die anfangs nur leicht gepanzerten UNIMOG als nicht besonders minensicher. Erst nachdem die Fahrzeuge in der Serienreihe UNIMOG 404-S besser gepanzert wurden, boten sie den Soldaten einen besseren Schutz vor Minen.⁶⁸⁹

Der UNIMOG war eines der Standardfahrzeuge der portugiesischen Armee in Angola, Guinea und Mosambik. Außerdem wurden vor allem US-amerikanische Willys Jeeps, GMC LKWs und Berliet LKWs eingesetzt.⁶⁹⁰ Die portugiesischen Soldaten wurden zumeist in motorisierten Kolonnen an die Front gebracht, daher wurden Fahrzeuge, die geländegängig und schnell waren, bevorzugt. Da die portugiesische Luftwaffe über zu wenig schwere Transportflugzeuge verfügte und die französischen Alouette-Hubschrauber lediglich Soldaten, aber keine Geschütze transportieren konnten, mussten die Soldaten mit den schweren Waffen mit Hilfe von Fahrzeugkolonnen in das Krisengebiet transportiert werden.⁶⁹¹

Die gesamte Anzahl der eingesetzten UNIMOG's ist bislang unbekannt, jedoch können anhand verschiedener Auflistungen und Lieferpläne ungefähre Angaben über die Anzahl der eingesetzten UNIMOG's in Angola und Mosambik für das Jahr 1973 gemacht werden. Aus Lieferdokumenten lassen sich mehrere Lieferungen über insgesamt mehr als tausend UNIMOG's nachweisen.⁶⁹²

Aus den ausgewerteten Akten lässt sich feststellen, dass zwischen 1959 und 1963 etwa 357 UNIMOG mit Diesel- und Benzin-Motor von Daimler-Benz direkt an die portugiesische Armee geliefert wurden.⁶⁹³

Bei Gesprächen mit Daimler-Benz, die von General Becker im April 1960 initiiert wurden, wurde über die Lieferung weiterer UNIMOG verhandelt. Die portugiesische Armee lies durch Becker bei Daimler-Benz Fahrzeuge für 20 Millionen DM anfragen. Sie interessierten sich vor allem für die UNIMOGs der NATO Ausführung S und der Ausführung 411. Becker richtete aus, dass Daimler-Benz der portugiesischen Armee für 20 Millionen DM 1.000 UNIMOGs verkaufen wollte. Den anfänglichen Gesamtbedarf bezifferten die portugiesischen Behörden auf 5 bis 7.000 Fahrzeuge. Für einen UNIMOG verlangte Daimler-Benz von den portugiesischen Einkäufern 14.516 DM, für die Diesel-Ausführung nur 12.320 DM und für einen DKW Jeep (siehe dem Willys Jeep

⁶⁸⁹ PT AHM FO 7/B 41 365 12.

⁶⁹⁰ PA AA, B 34, Bd. 751. Bericht des Generalkonsulats Lourenço Marques vom 14. Oktober 1971.

⁶⁹¹ PA AA, B 34, Bd. 517. Bericht des Konsulats Luanda am 19. Oktober 1964.

⁶⁹² ADN SGDN 00 0304 Cx. 0018. Peça 10. Kauf von 1.005 UNIMOG 1968 bis 1969.

⁶⁹³ ADN SGDN 02 5339 Cx. 2813. Peça 2.

der US-Armee sehr ähnlich) 8.300 DM pro Stück. Darüber hinaus wollte die portugiesische Armee außerdem Krankenwagen ebenfalls als UNIMOG einkaufen und von der Firma Humboldt-Deutz Schlepp- und Kranfahrzeuge einkaufen. Im August 1960 kauften die portugiesischen Behörden insgesamt 556 Fahrzeuge. Darunter 300 UNIMOG der Ausführung 411.112. Ein Jahr später, am 18. Juli 1961 unterrichtete Daimler-Benz das BMVg über die Vereinbarung mit der portugiesischen Armee, insgesamt 1.600 Fahrzeuge nach Portugal zu liefern. Die Auslieferung sollte von Februar 1962 bis März 1963 erfolgen. Das BMVg verzichtete seinerseits auf 50 Prozent seiner bei Daimler-Benz bestellten Kontingente, um die Auslieferung der UNIMOG für die portugiesische Armee zu beschleunigen. Ausgeliefert wurden die Fahrzeuge über den Hamburger Hafen nach Lissabon.⁶⁹⁴

Bei weiteren Gesprächen im Jahr 1963 wurden weitere Fahrzeuge von der portugiesischen Armee gekauft. Im ersten Monat sollten 50 Fahrzeuge geliefert werden und dann pro Monat bis Ende der Laufzeit des Vertrages je 100 UNIMOG produziert und an die portugiesische Armee geliefert werden. Wie lange dieser Vertrag bestand hatte, und ob bei dem Geschäft auch Bundesministerien beteiligt waren, oder aber General Becker aus eigener Initiative handelte, ist unklar.⁶⁹⁵ Auch die Beteiligung von Mitarbeitern der *Mercedes Benz AG* ist unbekannt, da sie zwar zu den zugehörigen Vertragsunterzeichnern gehörten, sich aber keine Namen aus der Konzernführung finden ließen.

Im Jahr 1963 wurden 100 UNIMOG der Ausführung S 404.114 mit Panzerungen von Rotterdam nach Lissabon für die Gesamtsumme von 2,1 Millionen DM verschifft. Die *Mercedes Benz AG* hatte die gleiche Ausführung des UNIMOG an die portugiesische Armee verkauft, die sie auch an die Bundeswehr verkaufte.⁶⁹⁶

Die Firma *C. Santos SARL* lieferte zwischen 1968 und 1969 1.005 UNIMOG sowohl mit Diesel- als auch mit Benzinmotor und Ersatzteilen im Wert von 207 Millionen Escudos an die portugiesische Armee. Die Fahrzeuge ohne Ersatzteile kosteten 181 Millionen Escudos. Die UNIMOG wurden in Portugal von der Firma *C. Santos SARL* montiert und nach Angola und Mosambik verschifft. Von den 1.005 UNIMOG waren 551 Fahrzeuge der Ausführung UNIMOG 411.119 D Diesel, 374 Fahrzeuge der Ausführung UNIMOG S 404.113 Benzin und 80 Fahrzeuge der Ausführung UNIMOG S 404.113 D.

⁶⁹⁴ BArch BW 1 Band 1914. Beschaffungswesen Auslandskäufe. Portugal Fahrzeuge 1960 bis 1961.

⁶⁹⁵ ADN SGDN 02 5334 Cx. 2812. Peça 2.

⁶⁹⁶ ADN SGDN 02 5319 Cx. 2802. Peça 3.

Vor der Montierung wurden die UNIMOG in Einzelteilen von der *Mercedes Benz AG* von Hamburg nach Lissabon verschifft und dort von der Firma *C. Santos SARL* und anderen Tochterfirmen, wie *Guedes & Almeida Lda.* in Angola und der *Mocambique Comercial SARL*, mit zusätzlichen Teilen aus portugiesischer Produktion zusammengebaut. Funkgeräte, die in die UNIMOG eingebaut werden konnten und auch von der Bundeswehr standardmäßig eingesetzt wurden, kaufte die portugiesische Armee von der deutschen Firma Telefunken.⁶⁹⁷ Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die UNIMOG nur für den Krieg in Afrika und nicht für einen eventuellen Einsatz in Europa gekauft wurden. Warum die *Mercedes Benz AG* die Fahrzeuge über eine portugiesische Firma verkaufen musste, ist unklar. Mögliche Ursache für den Verkauf über eine portugiesische Firma könnte eine Vorgabe des portugiesischen Staates gewesen sein, möglichst von einer portugiesischen Firma zu kaufen und portugiesische Arbeitsplätze zu schaffen. Eine andere Möglichkeit könnte jedoch auch der öffentliche Druck auf die Bundesregierung und auf deutsche Firmen gewesen sein, Geschäfte mit Portugal möglichst zu verheimlichen. Da in den kritischen Berichterstattungen der Befreiungsbewegungen und des Ostblocks nicht auf die UNIMOG eingegangen wird, lässt sich diese These weder belegen noch entkräften.

Die *C. Santos SARL* lieferte jedoch auch andere Mercedes LKW wie den TP 5 und den L406D/29. Zusätzlich zur Lieferung der UNIMOG stellte die *C. Santos SARL* 23 Mercedes Benz TP 5 und 1 L406D/29 LKW. Bei diesen LKW handelte es sich um schwere LKW, die für spezielle Einsätze im Dschungel, zum Beispiel bei Straßenräumarbeiten, gebraucht wurden.⁶⁹⁸ Die Freiheitskämpfer Angolas, Guineas und Mosambiks versperren immer wieder die Zufahrtsstraßen in die umkämpften Gebiete mit entwurzelten Bäumen oder Gräben. Um diese Hindernisse zu beseitigen, wurden vor allem Mercedes-Benz Fahrzeuge wegen ihrer zuverlässigen Motorenleistung eingesetzt.⁶⁹⁹

Zwischen 1969 und 1971 wurden weitere 440 UNIMOG von den drei Firmen an die portugiesische Armee verkauft.⁷⁰⁰ Auch im Jahr 1971 wurden erneut 193 UNIMOG der *C. Santos SARL* an die portugiesische Armee verkauft. Die Lieferungen wurden bis ins Jahr 1973 durchgeführt (Vgl. Tabelle 28 und Abbildung 18).⁷⁰¹

⁶⁹⁷ ADN SGDN 02 5319 Cx. 2802. Peça 5.

⁶⁹⁸ ADN SGDN 00 0304 Cx. 0018. Peça 6-10. Kauf von 1.005 UNIMOG 1968 bis 1969.

⁶⁹⁹ PA AA, B 34, Bd. 435. Bericht aus dem Generalkonsulat in Luanda am 29. Januar 1963.

⁷⁰⁰ ADN SGDN 00 1090 Cx. 0144. PAE 69. Lieferung von 440 UNIMOG.

⁷⁰¹ ADN SGDN 00 1090 Cx. 0144. PAE 70. Lieferung von 193 UNIMOG.

ihrem Kampf unterstützt wurden. Die FRELIMO begann mit 250 Kämpfern im Jahr 1964. Sie waren schlecht ausgerüstet und kämpften mit veralteten Waffen. Im Jahr 1967 waren es bereits 8.000 modern bewaffnete Kämpfer und unzählige, die in Tansania und auch Mozambique von chinesischen und sowjetischen Militärberatern trainiert wurden.⁸³¹

Die NATO-Staaten hätten bereits früh die Befreiungsbewegungen für sich gewinnen können, doch sie unterstützten dagegen Portugal und ließen zu, dass die Staaten des Warschauer Paktes immer mehr Einfluss, nicht nur unter den Befreiungsbewegungen, sondern im ganzen Afrika südlich der Sahara gewannen. Dies war vor allem für die verbündete Republik Südafrika gefährlich, denn sie rückte zunehmend auch in den Fokus der Kritik wegen der Apartheid. Welche Beweggründe die Bundesrepublik Deutschland hatte, eben nicht die Befreiungsbewegungen zu unterstützen und stattdessen Portugal und der Republik Südafrikas Hilfe zu gewähren, wird im nächsten Kapitel unter dem Gesichtspunkt der Afrikapolitik untersucht werden. Eine besondere Rolle nahm zudem auch Rhodesien ein. Später wird gezeigt werden, dass auch die spätere Bundesregierung Kontakte zu den Befreiungsbewegungen aufnahm, um zumindest einen Fuß in der Tür bei den möglichen Regierungen der drei neuen Staaten zu halten, suchte.

Deutsch-portugiesische Besprechungen über Afrika

Deutsch-portugiesische Besprechungen über Afrika und die Situation in den portugiesischen Kolonien fanden nicht regelmäßig statt. Die Besprechungen wurden immer nur am Rande geführt, wichtigere Themen waren die NATO und eine mögliche Aufnahme Portugals in die EWG. Generell wurde das Thema nur in wenigen Gesprächen in den Fokus genommen. Im Jahr 1966 während des Besuches von Außenminister Schröder bei seinem Kollegen Nogueira wurden der portugiesische Kolonialkrieg und die Lage in Afrika thematisiert. Der portugiesische Außenminister sprach das Thema von sich aus an und wollte Schröders Zustimmung dazu, dass der politische Rahmen der NATO auch auf Afrika ausgedehnt wurde.

„In Afrika sei die Lage etwas diffus: die verschiedenen europäischen Länder versuchten, den kommunistischen Einfluß mit wirtschaftlichen Mitteln zu begegnen, und es stelle sich die Frage, was die NATO tun könne und solle, um durch interne organisatorische Maßnahmen eine bessere Zusammenarbeit zu gewährleisten. Minister Franco Nogueira habe festgestellt, dass außerhalb des

⁸³¹ Mondlane 1969, S. 139.

3.2.2 Angola und die Bundesrepublik Deutschland

Neben den Deutschen, die in Angola lebten und arbeiteten, hatte die Bundesregierung ein Interesse an den Wirtschaftsbeziehungen zur portugiesischen Kolonie. „Angola galt als die reichste und portugiesischste der Afrika-Kolonien Portugals.“⁸⁷⁰ Die Handelsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Angola wurden im Allgemeinen mit der Handelsbilanz mit dem portugiesischen Mutterland verbunden. Dies galt für alle portugiesischen Kolonien. Die Handelsstatistik zu Angola und Mosambik täuscht daher über die wahre Bedeutung des Außenhandels mit den Kolonien hinweg. Wäre eine Aufschlüsselung der vorhandenen Handelsstatistiken möglich, könnte zwischen den einzelnen Kolonien besser unterschieden werden, welche Bedeutung die Bundesrepublik Deutschland dem Handel mit den einzelnen portugiesischen Kolonien beimaß.

Eine Annäherung wird durch die Betrachtung eines Berichts aus dem Jahr 1963 möglich. Das Konsulat in Luanda hatte in einem Bericht einige Zahlen aus den Handelsstatistiken über den Außenhandel Angolas beigefügt. Wenn diesen Zahlen Glauben geschenkt wird, so lässt sich feststellen, dass die Handelsbilanz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Angola für die Erstere negativ war. Der Handelsüberschuss lag für Angola bei 27 Millionen Escudos, was zur damaligen Zeit 3,8 Millionen DM entsprach (der Kurs lag bei 1 DM = 7,11 Escudos). Insgesamt führte Angola in die Bundesrepublik Deutschland Waren im Wert von 55 Millionen Escudos aus und importierte Waren aus der Bundesrepublik für 27 Millionen Escudos. Vor allem Fahrzeuge wie PKWs und LKWs lieferten deutsche Unternehmen nach Angola, dazu auch Ersatzteile und Zubehör. Obwohl in Angola Eisenerz abgebaut wurde, importierte Angola Eisenwaren und Stahl aus der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Tabelle 31).⁸⁷¹

⁸⁷⁰ Von Albertini, Rudolf (Hg.) (1976): Europäische Kolonialherrschaft 1880 – 1940. Zürich, S. 343.

⁸⁷¹ PA AA, B 34, Bd. 517. 9. Dezember 1963 Konsulat Luanda. Bericht über den Außenhandel Angolas. Handel mit der BRD.

„alfred krupp von bohlen besucht 9. november mit kleiner begleitung fuer 10 tage angola. anlass beginn der arbeiten kruppeisenerzprojekt und hafensuedangola im gesamtumfang zweihundert mio dm mit bereits vorliegender portugiesischer und deutscher amtlicher garantie. portugiesen messen reise deswegen grosse bedeutung bei und werden besuch entsprechend behandeln.“⁸⁸⁸

Neben Krupp waren auch noch weitere deutsche Firmen an dem Geschäft mit den Eisenminen beteiligt. Einige von ihnen hatten sich zu dem Konsortium MIFERMA zusammengeschlossen. Im Januar 1966 besuchte Alfried Krupp zusammen mit von Ahlefeldt den portugiesischen Botschafter in Bonn, um mit ihm über den Fortschritt in den Cassinga-Eisenerzminen zu sprechen. Sie erstatteten ihm auch Bericht über ihre Eindrücke von der im vorigen Jahr durchgeführten Reise nach Lobito.⁸⁸⁹

Referat III B 5 in persona von Heinen berichtete an Referat I B 3 in November über die Tätigkeiten von Krupp in Angola. Neben den Hermes-Krediten erhielt Krupp auch von Portugal Gelder. Insgesamt kostete das Projekt nach Angaben des Referats 200 Millionen DM. Eine politische Motivation sprach das Referat dem deutschen Unternehmen ab.

„Bei den Krupp-Projekten handelt es sich um Vorhaben, über die seit 1962 verhandelt wird. Für diese Handelsgeschäfte, denen jeder politische Hintergrund fehlt, hat der Ausfuhr-Garantie-Ausschuß gemäß Angaben des Referats III B 3 eine Bürgschaft von insgesamt rund 67 Mio. DM übernommen. Es handelt sich dabei um Ansicherung für Lieferungen von Lokomotiven, Erztransportwagen und Schienen sowie Lieferung und Montage einer Erzlagerplatzausrüstung.“⁸⁹⁰

Konsul Terfloth berichtete einige Tage später über die Reise und die Pressekonferenz, die Krupp von Bohlen und Halbach in Angola auf Drängen der portugiesischen Behörden gab. Er hatte sich in ein portugiesisch-angolanisches Projekt eingekauft, weil er die Auflagen der portugiesischen Behörden erfüllen wollte. Das war zugleich eine Vorsichtsmaßnahme, weil die Öffentlichkeit das Unternehmen und den Namen Krupp nicht sofort mit der Companhia Mineira de Lobito in Verbindung bringen sollte. *„Aber auch den Auftraggebern der Firma Krupp in den schwarz-afrikanischen Ländern das Argument zu nehmen, Krupp engagiere sich mit dem Kolonialismus.“* Natürlich steckte dahinter auch noch die Befürchtung, Krupp könnte auch von den Befreiungsbewegungen und vor allem von den bereits unabhängigen afrikanischen Staaten für sein Engagement in Angola verurteilt werden. Konsul Terfloth hielt fest,

⁸⁸⁸ PA AA, B 34, Bd. 602. Angola 1965 Gesammelte Berichte. Telegramm Konsulat Luanda am 25. Oktober 1965.

⁸⁸⁹ AMNE EEA 267 Proc.° No.°42. Investitionen deutscher Unternehmen in Afrika nach portugiesischen Informationen. 1966.

⁸⁹⁰ PA AA, B 34, Bd. 602. Angola 1965 Gesammelte Berichte. 2. November Bonn Referat III B 5 an das Referat I B 3.

Tabelle 35: Hermes – Garantien für Lieferungen nach Angola 1973 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 102570)

Lieferant	Besteller	Warenart	Auftragswert	Fälligkeit der letzten Rate
Konsortium Federführung Krupp	Companhia Mineira de Lobito	Cassinga-Projekt	180 Mio. DM deutscher Anteil = 101 Mio. DM Krupp allein = 58 Mio. DM	Ca. 1973
Otto Wolf AG, Köln	Macanda	Gerberei, Schuhfabrik	3.930.000 DM	Ca. 1975
Klöckner Humboldt Deutz AG, Köln	Companhia dos Cimentos Lobito	Erweiterung eines Zementwerkes	78,4 Mio. DM	Ca. 1983
Combitex, Düsseldorf	Fábrica das Malhas Candol, Nova Lisboa	Spinnerei und Färberei	1,9 Mio. DM	Ca. 1979
Voith GmbH, Heidenheim/Brenz	Hidro Electrica do Alto Catumbela	Turbinenteile für E.-Werk	1,85 Mio. DM	Ca. 1978

Neben den Unternehmen, die mit Hermes-Krediten unterstützt wurden, gab es noch weitere, die sich in Angola engagierten. Darunter waren vor allem Firmen aus der elektrochemischen Industrie wie Hoechst, Bayer und BASF. Aber auch Opel und verschiedene Kaffeegesellschaften waren in Angola tätig (vgl. Tabelle 36). Die portugiesische Wirtschaft hatte sich genau aus diesen Branchen Unterstützung für die Weiterentwicklung der Industrie in den Kolonien und im Mutterland gewünscht.

schon angedeutet, die DDR mit der in Mosambik regierenden FRELIMO zusammenarbeitete.

3.3.3 Die FRELIMO, die COREMO und die SPD

Obwohl die FRELIMO bereits seit 1964 den Befreiungskampf gegen Portugal führte und sie bereits früh versuchte, Kontakte zur Bundesregierung aufzunehmen, gelang es ihr dies bis in die siebziger Jahre nicht. Die FRELIMO hatte ihren Hauptsitz mit Unterstützung Tansanias in Daressalam eingerichtet. Von dort aus versuchten der Führer Dr. Eduardo Mondlane und Außenminister Marcelino dos Santos Kontakte zu den beiden Lagern herzustellen, um Unterstützung für den Befreiungskampf zu gewinnen.⁹⁵⁴ Die Bundesrepublik Deutschland konnte ihre Botschaft in Daressalam, Tansania, nur bis 1965 aufrechterhalten, und brach nach Problemen mit der tansanischen Regierung um Präsident Julius Nyerere die Beziehungen ab.⁹⁵⁵ Die Berichterstattung des AA an die Bundesregierung war aus diesem Grund ab diesem Zeitpunkt eingeschränkt. Über die FRELIMO konnten nach 1965 nur noch die Botschaften in Lusaka, Sambia, in Blantyre, Malawi und das Generalkonsulat in Lourenço Marques berichten. Ende April 1965 erstattete die Botschaft Lusaka erstmals Bericht über die Befreiungsbewegungen. Die unterschiedlichen Befreiungsbewegungen in Mosambik hatten sich auf einer Konferenz vom 24. bis 31. März zusammengefunden, um eine große Bewegung zu gründen. An der Konferenz nahmen neben der FRELIMO, die UDENAMO (Monomotapa), die MANC und die UDENAMO (Mozambique) teil. Die teilnehmenden Politiker, unter ihnen die beiden wichtigsten, Dr. Eduardo Mondlane⁹⁵⁶ und José Paulo Gumane⁹⁵⁷, konnten sich nicht auf einheitliche Ziele einigen. Die UDENAMO und die MANC hatten sich Ende März zum Comité Revolucionário de Moçambique (COREMO) zusammengeschlossen. Gumane, der neue Führer der COREMO hatte umgehend nach der Vereinigung Kontakt zu den Botschaften in Lusaka, unter anderem auch zum Botschafter der Bundesrepublik

⁹⁵⁴ Leimgruber 1990, S. 122ff. Mondlane hatte seit 1961 auch immer wieder die US-Regierung um Unterstützung ersucht. Letztlich jedoch erfolglos.

⁹⁵⁵ Die DDR hatte auf der ehemaligen Sklaveninsel Sansibar eine Botschaft eröffnet, die nach der Vereinigung von Sansibar und Tanganyka zum neuen Staat Tansania auch offiziell Beziehungen zur Regierung von Staatspräsident Julius Nyerere aufnahm.

⁹⁵⁶ Er lebte von 1920 bis 1969 und war der führende Kopf der FRELIMO. Er wurde von einer Briefbombe getötet, die vom portugiesischen Geheimdienst an ihn geschickt wurde.

⁹⁵⁷ Über Gumane ist bislang nur wenig bekannt. Sein Wirken vor und während des betrachteten Zeitraums könnte neue Erkenntnisse hervorbringen.

Deutschland, Dr. Harald Michelsen, aufgenommen und um Geld für seine Organisation gebeten.⁹⁵⁸

Dieser erste Kontaktversuch wurde durch das AA ignoriert. Joseph B. Chiteji von der COREMO unternahm im Februar 1968 einen neuen Versuch. Inzwischen hatte die Bundesrepublik wieder eine Botschaft in Tansania eröffnet. Die COREMO, deren Hauptsitz in Sambia blieb, war jedoch auch in Tansania vertreten. Chiteji hatte nachgefragt, ob nicht eine Gruppe von mosambikanischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland studieren könnte. Darunter war unter anderem Antonio Chade, der auch schon von 1964 bis 1967 an der Universität Kiew studiert hatte. Die Botschaft riet dazu bei der Otto Benecke Stiftung nachzufragen. Sie empfahl dem AA die COREMO als Gegengewicht zur FRELIMO zu unterstützen. Die Bundesrepublik sollte der COREMO helfen, weil die FRELIMO unter anderem von der DDR gefördert wurde.⁹⁵⁹

Die SPD übernahm die Aufgabe mit dem Führer Gumane zu sprechen. Er wurde im Anschluss an eine zehntätige Reise in die USA auf Einladung des *African American Institutes* von der FES im Juli 1968 für drei Tage in die Bundesrepublik eingeladen. Wieder zurück in Sambia hielt er Rücksprache mit dem Botschafter. In der FES konnte er auch mit Vertretern des DGB sprechen. Er hoffte nach den für ihn sehr positiven Gesprächen auf eine materielle und finanzielle Unterstützung durch beide Organisationen. Seine Ziele deckten sich mit den Zielen der Bundesregierung zur friedlichen Lösung des portugiesischen Kolonialkrieges in Mosambik. Er wollte einen Waffenstillstand und Friedensschluss mit Portugal erreichen, um eine friedliche Entwicklung Mosambiks in die Unabhängigkeit zu fördern. In freien Wahlen sollte sich das mosambikanische Volk für die Unabhängigkeit und für die COREMO als Regierungspartei entscheiden. Gumane forderte im Gegensatz zur FRELIMO die Bundesrepublik Deutschland nicht auf, offen gegen Portugal zu intervenieren. Er wollte auch keine Waffen oder Rüstungsgüter, sondern bat um humanitäre Hilfe.⁹⁶⁰ Ob die COREMO Hilfe erhielt, ist unbekannt, Aufzeichnungen über eine derartige Hilfe sind nicht bekannt.

⁹⁵⁸ PA AA, B 34, Bd. 601. Mocambique Berichte 1965. Botschaft Lusaka am 27. April 1965. Bericht über eine Konferenz vom 24 – 31. März zur Bildung einer einheitlichen Befreiungsbewegung für Mozambique.

⁹⁵⁹ PA AA, B 34, Bd. 750. Innen- und Außenpolitik Berichte von Mocambique 1968. Botschaft Daressalam am 13. Februar 1968. Vorsprache von Joseph B. Chiteji von der COREMO.

⁹⁶⁰ PA AA, B 34, Bd. 750. Innen- und Außenpolitik Berichte von Mocambique 1968. Botschaft Lusaka am 14. August 1968.

Auch zur FRELIMO nahm eine deutsche Organisation 1967 Kontakt auf. Ein Mitarbeiter der FES, Elmar Müller, besuchte im Oktober das Mocambique-Institute in Tansania, das von Frau Mondlane geleitet wurde. Er gab dort eine portugiesischsprachige Bücherspende ab. Elmar Müller führte auch ein Gespräch mit Dr. Eduardo Mondlane. Dieser gab zu, dass die DDR der FRELIMO mehr helfe, sie hatte beispielsweise einen Lehrer an das Institut gesandt. Von der Hilfe der Bundesregierung zeigte er sich enttäuscht. Nach seinem Gespräch riet die Botschaft in Daressalam nach Rücksprache mit dem FES Gesandten dazu, die FRELIMO mit humanitärer Hilfe und vielleicht einer Ausbildungshilfe zu unterstützen. Diese Hilfe sollte von der FES an die FRELIMO gewährt werden, damit die Bundesregierung nicht direkt involviert wurde und somit den portugiesischen Behörden keinen Raum für ihre Kritik bot.

„Es wird Prüfung der Frage angeregt, ob auf dem Gebiet der Flüchtlingsfürsorge und Ausbildungshilfe in diskreter Form etwas für FRELIMO und andere Organisationen getan werden kann. Als Vermittler wäre die Friedrich-Ebert-Stiftung besonders geeignet. Unser Interesse, mit den Unabhängigkeitsbewegungen Kontakt zu halten, dürfte sich daraus ergeben, dass einige von ihnen in Zukunft das Geschick ihrer jeweiligen Heimatländer mitbestimmen dürften.“⁹⁶¹

Die FRELIMO wurde vor allem von der Sowjetunion, dem Ostblock und sogar China unterstützt. Die DDR hatte in Tansania 20 Entwicklungshelfer stationiert, darunter Veterinäre, Dozenten und Studienräte. Insbesondere die Schulung des politischen Nachwuchses für Tansania und Mosambik hatte die DDR zur Aufgabe erhalten. Auf Sansibar waren noch einmal 250 Experten eingesetzt, die sich auch dort um die Schulung der Kader kümmerten. Diese Angaben hatte die Botschaft aus einer Presseerklärung der FRELIMO herausgefiltert. Zwischen den Jahren 1965 und 1970 gab es keine Kontakte der FRELIMO zu den Botschaften.⁹⁶²

Zwischen der bundesrepublikanischen Botschaft in Daressalam und dem Generalkonsulat Lourenço Marques gab es im selben Jahr Meinungsverschiedenheiten über die Berichterstattung. Die Botschaft in Tansania warf dem Generalkonsulat vor, eine starke pro-portugiesische Haltung einzunehmen und die FRELIMO so darzustellen, als wäre sie wegen der Zusammenarbeit mit der DDR eine Bedrohung für die Bundesrepublik Deutschland und der so wichtigen Deutschland-Frage. Das

⁹⁶¹ PA AA, B 34, Bd. 714. Mocambique, Angola Gesamte politische Berichte 1967. Botschaft Daressalam an Bonn am 5. Oktober 1967. Bericht eines Mitarbeiters der FES über seinen Besuch im Mocambique-Institute.

⁹⁶² PA AA, B 34, Bd. 750. Innen- und Außenpolitik Berichte von Mocambique 1968. Botschaft Daressalam am 24. Oktober 1968.

Generalkonsulat in Lourenço Marques hatte sich wiederum über die Berichterstattung der Botschaft beschwert, die ihrer Ansicht nach nur die Meinung der USA wiedergab.⁹⁶³ Der Zwist zwischen den beiden Gesandtschaften blieb ohne Folgen, die Zentrale schlichtete den Streit.

Im Jahr 1969 wurde der Führer der FRELIMO, Dr. Eduardo Mondlane, von einer Briefbombe getötet. Neben dem portugiesischen Geheimdienst wurde auch die Bundesrepublik verdächtigt, ihn umgebracht zu haben. Bis heute sind die Hintergründe des Todesfalls nicht gänzlich geklärt. Die Liste derer, die ihn umbringen wollten, war lang, sogar aus den eigenen Reihen gab es Verdächtige. Die FRELIMO war auch im fünften Jahr des Kolonialkrieges noch nicht weiter in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit Mosambiks vorangekommen. Der deutsche Botschafter Erich Urmoneit Kanzler vermerkte anlässlich der Ermordung, dass auch die Chinesen Mondlane loswerden wollten. Ihm hatten zwei Kämpfer der COREMO berichtet, dass die Chinesen ihnen zur Gründung einer dritten Organisation geraten hätten. Mit der Ablösung Mondlanes in der Führung der FRELIMO schien auch einer der entschiedensten Kritiker der Bundesrepublik ausgeschieden zu sein. Nun war nur noch Marcelino dos Santos als Kritiker übrig. Der neue Führer wurde 1970 Samora Machel, er war offener für den Westen, auch wenn er mehr als Mondlane bestrebt war, den bewaffneten Kampf weiterzuführen.⁹⁶⁴

Die Kontakte zur FES schienen der COREMO nicht viel geholfen zu haben, denn schon im September 1970 konnten Beobachter aus einem Interview des Ministerpräsidenten Nordrhein-Westfalens Heinz Kühn (SPD) mit der Zeitschrift Spiegel ablesen, dass nun die FRELIMO unterstützt wurde. Kühn gab zu, dass die Befreiungsbewegungen in Mosambik Lastwagen und Medikamente erhielten.⁹⁶⁵

Dazu passt die Einschätzung des Generalkonsulats, das 1971 feststellte, dass die FRELIMO die einzige Befreiungsbewegung wäre, die ernst zu nehmen sei. Die anderen Befreiungsbewegungen MOLEMO, UNITA und COREMO wurden zwar alle von China unterstützt und auch bewaffnet, hatte jedoch kaum Unterstützung in der Bevölkerung und nicht genug Kader zur Aufstellung einer wirksamen Partei oder gar Regierung. Die FRELIMO war vor allem stark, weil fast jeder Ostblockstaat auf

⁹⁶³ PA AA, B 34, Bd. 750. Innen- und Außenpolitik Berichte von Mocambique 1968. Botschaft Daressalam über das GK Lourenço Marques am 29. November 1968.

⁹⁶⁴ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Botschaft Daressalam am 18. Juni 1970.

⁹⁶⁵ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Referat I B 3 Bonn am 18. September 1970 portugiesische Kritik an den Äußerungen von Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens Kühn in der Zeitschrift der Spiegel.

irgendeine Weise seine Unterstützung zugesagt hatte. Die Sowjetunion und China lieferten Waffen und Ausbilder, die Ukraine bildete Kämpfer aus. Auch die Schweden trugen etwas zur Unterstützung bei. Das mosambikanische Institut in Daressalam wurde mit schwedischem Geld finanziert, das Institut vermittelte Studenten an afrikanische Universitäten und druckte die Schriften der FRELIMO.⁹⁶⁶

Sogar die SPD fand sich unter den Unterstützern. Neben Heinz Kühn war vor allem Erhard Eppler an guten Beziehungen zur FRELIMO interessiert. In einer Stellungnahme hatte Eppler im SPD-Organ Vorwärts Portugal aufgefordert, den Kolonialkrieg aufzugeben und Mosambik die Unabhängigkeit zu gewähren. Diese Stellungnahme wurde von der portugiesischen Regierung heftig kritisiert. Darauf reagierte Hans Jürgen Wischnewski für die SPD und gab eine eindeutige Stellungnahme für die FRELIMO und für die Unabhängigkeit Mosambiks ab.

„Erhard Eppler hat im Vorwärts die Portugiesen aufgefordert, zwischen Europa und Afrika zu wählen. Dies ist von verschiedenen Seiten als persönliche Stellungnahme eines Bundesministers heruntergespielt worden. Was im Vorwärts steht ist eine Konkretisierung dessen, was die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihrem Parteitag in Hannover beschlossen hat.“⁹⁶⁷

Wischnewski hatte die FRELIMO im Namen der SPD in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen und betonte nochmals, dass die SPD sich ganz klar gegen den portugiesischen Kolonialismus und für die Befreiungsbewegungen aussprach.

„Darüber hinaus hat sie einen Führer der FRELIMO Bewegung in die Bundesrepublik eingeladen, um alle Informationsmöglichkeiten zu nutzen. Der noch bestehende Kolonialismus ist eine schwere Belastung für das gesamte westliche Bündnis und mit seinen Prinzipien unvereinbar.“⁹⁶⁸

Wischnewski fasste die Lage in Mosambik, aber auch in Angola zusammen. Neben der Bundesrepublik Deutschland, war auch die katholische Kirche im südlichen Afrika stets durch die Kolonialherrschaft der Portugiesen präsent. Das negative Licht des portugiesischen Kolonialkriegs strahlte auch auf diese beiden Akteure aus.

„Ob die Kirche oder die Bundesrepublik es nun wahrhaben wollen oder nicht: Auf dem Feld des südlichen Afrika, und zwar im Bewußtsein der dort lebenden Afrikaner, spielen sie eine aktive Rolle, sind sie in den Konflikt verwickelt. Der Grad der Beteiligung ist unterschiedlich - er reicht von der aktiven Unterstützung Portugals durch Waffenlieferungen oder durch Kredithilfen für den Cabora Bassa Damm bis hin zu dem passiven Grad des Schweigens gegenüber dem portugiesischen Kolonialismus.“⁹⁶⁹

⁹⁶⁶ PA AA, B 34, Bd. 753. Freiheitsbewegungen, Besuche und Reisen, Kulturpolitik 1969-1971. Generalkonsulat Lourenço Marques am 21. Oktober 1971.

⁹⁶⁷ Zitiert nach Ansprenger 1974, S. 141.

⁹⁶⁸ Zitiert nach Ansprenger 1974, S. 141.

⁹⁶⁹ Zitiert nach Ansprenger 1974, S. XIII.

In seiner Kritik wollte Wischnewski ein Zeichen für die Bundesregierung setzen und eine Kehrtwende in der Afrika- und Portugalpolitik erreichen. Er lud zwischen dem 2. und dem 8. August 1973 eine Delegation der FRELIMO nach Bonn in die FES ein, um die Unterstützung der SPD und der FES für die FRELIMO zu besprechen. Anlässlich der Einladung der Delegation vermerkte Wischnewski, dass die SPD sich gegen die portugiesische Kolonialpolitik stellte und sich klar für die Freiheitsbewegungen aussprach. Er kritisierte auch die Haltung der Bundesregierung zur Endverbleibsklausel, weil die portugiesische Regierung seiner Ansicht nach gezeigt hatte, dass sie diese nicht beachtete.

„Die SPD wendet sich gegen jede kolonialistische und rassistische Politik; als Folge dieser Haltung wendet sich die SPD gegen jede Form der Waffenlieferung an Portugal; die SPD vertritt die Auffassung, daß die Praxis der sogenannten Endverbleibsklausel in bezug auf Waffenlieferungen nicht den Versicherungen entsprochen hat, die die portugiesische Regierung gegeben hat und somit Zweifel in ihre fortgeführte Anwendung sehen muß; die SPD betrachtet den Kolonialismus als unvereinbar mit den Prinzipien des NATO-Bündnisses, das geschlossen wurde, um die Freiheit der Völker sowie die Unabhängigkeit und Souveränität der Nationen zu sichern und zu verteidigen.“⁹⁷⁰

Am 7. August 1973 hielt VLR I Dr. Munz vom Referat 203 zu den deutsch-portugiesischen Beziehungen fest, dass der Besuch der FRELIMO-Delegation in Portugal für Aufsehen gesorgt hatte.

„Die Vorgänge um den Besuch der FRELIMO-Delegation in Bonn sind teilweise so interpretiert worden, als ob die Bundesregierung in ihren Beziehungen zu Portugal künftig bewusst eine zweigleisige Politik zu verfolgen beabsichtige, eine Politik, die sich im Grund widerspricht und ausschließt.“⁹⁷¹

Er hielt zugleich fest, dass diese Einschätzung aus seiner Sicht falsch war und dass die Bundesregierung noch immer an einer „loyalen Zusammenarbeit“ in der NATO, an der Annäherung Portugals an die EG und den Wunsch nach bilateralen Beziehungen interessiert war. Die Position Portugals wäre verständlich, jedoch müsste die portugiesische Regierung zur Kenntnis nehmen, dass sich die deutsche Öffentlichkeit mit der portugiesischen Kolonialpolitik und vor allem dem Kolonialkrieg sehr kritisch auseinandersetzte. Darauf müsste auch die Bundesregierung Rücksicht nehmen. *„Dieser Tatsache muß auch die Bundesregierung Rechnung tragen, zumal sie die Auswirkungen dieser Politik im Verhältnis zu den afrikanischen Ländern und künftig auch bei den Vereinten Nationen zu tragen hat.“*⁹⁷²

⁹⁷⁰ AAPA 1973 Bd. II., Dok. 253 S. 1269. SPD-Mitglied Wischnewski lud vom 02.-08.08.1973 eine Frelimo-Delegation nach Bonn ein.

⁹⁷¹ PA AA, Zwischenarchiv 101436. Portugal 1973 – 1974 Band 16 Referat 203. Referat 203 in einer inneren Stellungnahme am 7. August 1973.

⁹⁷² Ebd. Referat 203 in einer inneren Stellungnahme am 7. August 1973.

Die Sorge, dass die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die UNO von der portugiesischen Kolonialpolitik getrübt werden könnte, war allgegenwärtig. Die Bundesregierung müsste unter allen Umständen vermeiden, sich für oder gegen Portugal zu entscheiden.

„Es ist nicht völlig auszuschließen, dass wir unseres Bündnisses mit Portugal wegen nicht die ungeteilte Zustimmung bei der Behandlung unseres Aufnahmeantrags durch die Vollversammlung der VN finden werden. Wir wollen uns nicht in eine Option Portugal oder Schwarzafrika drängen lassen. Einer solchen müssen wir entgegenwirken. In unserer Afrika- und Portugalpolitik müssen wir im Gegenteil darauf hinwirken, zu konstruktiven Lösungen beizutragen, so schwierig dies auch sein mag. Wir können uns daher weder mit allen afrikanischen, noch portugiesischen Positionen solidarisch erklären. Wir werden gelegentlich zu Stellungnahmen gezwungen sein, die der einen oder der anderen Seite missfallen.“⁹⁷³

Im September reagierte das AA auf seine Weise. Staatssekretär Moersch erklärte im Bundestag, dass die Bundesregierung der FRELIMO keine Hilfe gewährte, aber deren Anliegen durchaus verstehe. Eine humanitäre Hilfe wurde ihr jedoch durch internationale Organisationen zuteil. In seinem jährlichen Bericht hielt die Botschaft die aus portugiesischer Sicht bedeutsamsten Entwicklungen fest. Dabei war in Portugal aufgefallen, dass die CDU nach wie vor eher eine konservativere Haltung einnahm. Beispiel dafür gab ein junges CDU-Mitglied. Jürgen Todenhöfer Bundestagsabgeordneter hatte die SPD wegen ihrer Hilfe für die FRELIMO kritisiert. *„Es sei weder politisch noch moralisch vertretbar, dass die SPD durch das Hilfsangebot an die FRELIMO eine der beiden Seiten unterstütze, während Portugal von Bonn in den letzten Jahren weder Waffen noch Wirtschaftshilfe erhalten habe.“*⁹⁷⁴

Die deutsche Botschaft in Lissabon hielt in ihrem Jahresbericht 1973 fest, dass der Besuch der FRELIMO-Delegation bei der FES in Portugal für Aufsehen sorgte. Nach dem die Botschaft aber der Caetano-Regierung versichert hatte, dass dieses Treffen eben keinen offiziellen politischen Charakter hatte, beruhigte sich die Lage wieder.

Dadurch, dass die Bundesregierung ebenfalls von SPD-Politikern geführt wurde, war der portugiesischen Regierung nicht klar, ob die Haltung der Partei zum portugiesischen Kolonialkrieg ebenfalls auch der Haltung der Bundesregierung entsprach. Seit der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die UNO hatte sich die Bundesregierung in den meisten Fragen Portugal betreffend der Stimme enthalten. Die portugiesische Regierung hätte gerne gesehen, wenn die Bundesregierung eine klarere Position bezogen hätte. Caetano und andere waren jedoch äußerst erfreut darüber, dass die

⁹⁷³ Ebd. Referat 203 in einer inneren Stellungnahme am 7. August 1973.

⁹⁷⁴ PA AA, Zwischenarchiv 101436. Portugal 1973 – 1974 Band 16 Referat 203.

Bundesrepublik Deutschland sich so eindeutig zum Gewaltverzicht positioniert hatte. Da Portugal sich nicht als Aggressor, sondern als Verteidiger in Afrika sah, erhöhte diese Haltung den Druck auf die Befreiungsbewegungen. *„Ausgesprochen begrüsst hat man dagegen das mehrfach wiederholte Bekenntnis der Bundesregierung zum Gewaltverzicht, zumal daraus entnommen werden konnte, dass er auch auf die Befreiungsbewegungen Anwendung finden sollte.“*⁹⁷⁵

Wie bereits beschrieben, wurden erst nach der Nelkenrevolution 1974 die Kontakte zur portugiesischen Opposition seitens der Bundesregierung vertieft. Ebenso verhielt es sich mit den Kontakten zu den Befreiungsbewegungen. Das AA reagierte erst nach 1974 auf die veränderten Rahmenbedingungen und forderte nun alle Botschafter auf, verstärkt über ihre Kontakte zu berichten. Der Fokus der Berichterstattung sollte nun nicht mehr auf die innere Situation in Portugal abzielen, sondern die Entwicklung Afrikas und die Politik Portugals gegenüber der EG betrachten. Neben der SPD war nun auch der Bundesregierung und dem AA daran gelegen, Portugal möglichst schnell in die EG aufzunehmen, um den demokratischen Kräften Unterstützung zu leisten. Damit sollte die Machtübernahme der in Portugal einflussreichen Kommunistischen Partei verhindert werden. Auch in Afrika suchte die Bundesregierung den Weg sich Loyalität durch Handel und Wohlstand zu sichern.

*„Allen Direktoren erscheint grundsätzlicher Informationsaustausch über in letzter Zeit erfolgte bilaterale Kontakte mit portugiesischen und afrikanischen Politikern wichtig. Er soll schon Anfang Juni im Rahmen Afrika-Expertensitzung vorgenommen werden. [Günther van Well] betonte Interesse an Harmonisierung individueller Schritte und unterstrich Auftrag an Experten, sich nicht mit innerer Situation Portugals, sondern mit Entwicklung in Afrika und Haltung Portugals gegenüber EG zu befassen. Präsidentschaft beabsichtigt von Experten auszuarbeiten Entwurf einer Antwort Bundesminister auf eventuelle Pressefragen zu diesem Thema im Anschluß an nächstes EPZ-Ministertreffen vorab portugiesischer Botschaft in Bonn zur Kenntnis zu geben. Bei Ausarbeitung dieser Antwort werden sich Afrika-Experten an Stellungnahme des 54. Ministerrats des Europarats vom 06.05.1974 orientieren.“*⁹⁷⁶

⁹⁷⁵ PA AA, Zwischenarchiv 101435. Referat 203 Portugal 1973 – 1974 Band 15. Botschaft Lissabon an Bonn. Jahresbericht über die deutsch-portugiesischen Beziehungen 1973.

⁹⁷⁶ AAPA 1974 Band I., Dok. 155 S. 657. Runderlaß Legationsrat von der Gablenz 29. Mai 1974 Umsturz in Portugal.

Deutsche Ausbildungshilfe für Tansania

An dieser Stelle folgt ein kurzer Exkurs über die Ausbildungshilfe des BMVg für Tanganjika, da diese Hilfe von der späteren tansanischen Regierung anscheinend zum Wohle der FRELIMO genutzt wurde.⁹⁷⁷ Die Bundesrepublik Deutschland hatte 1962 Beziehungen mit Tanganjika aufgenommen, nachdem es ein Jahr zuvor von Großbritannien unabhängig wurde. Damals hatte die Bundesregierung bereits eine Zusage über Entwicklungshilfe geäußert, um damit die Aufnahme der Beziehungen zur DDR zu verhindern. Die DDR hatte ihrerseits mit Sansibar 1964 Beziehungen aufgenommen und eine Botschaft eingerichtet. Die portugiesische Regierung unter Salazar sah die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an als Fehler und Geldverschwendung an.⁹⁷⁸ Die gleiche Meinung vertrat er in Bezug auf Tanganjika. Als sich dann die beiden Staaten Tanganjika und Sansibar zum Gesamtstaat Tansania vereinigten und die DDR von Präsident Julius Nyerere anerkannt wurde, sah sich Salazar bestätigt. Die Bundesregierung nahm dennoch bereits ein Jahr nach Abbruch der Beziehungen 1965 die Beziehungen zum vereinigten Staat wieder auf und leistete sogar Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe. Das Konsulat in Lourenço Marques berichtete, dass der portugiesische Außenminister Nogueira zunächst nur leichte Kritik an der deutschen Afrikapolitik geäußert hatte. *„Dem Unbehagen der portugiesischen Regierung an der deutschen Ausbildungshilfe für die Luftwaffe Tanganjikas hatte Außenminister Franco Nogueira bereits auf seiner Pressekonferenz vom 21. Oktober Ausdruck verliehen.“*⁹⁷⁹ Die portugiesischen Militärs in Mosambik und die Beamten der Kolonialverwaltung sprachen ihre Bedenken und Einwände dagegen wesentlich direkter aus. Konsul Heibach berichtete sogar darüber, dass ihm gegenüber einige Portugiesen die Hilfen als „illoyalen Akt“ bezeichneten.

„Die Gesprächspartner machen keinen Hehl daraus, dass sie die deutsche Hilfe an Tanganjika für einen illoyalen Akt gegenüber Portugal halten. Die Reserve, mit der man in Moçambique der deutschen Afrika-Politik im allgemeinen und der Militärpolitik im besonderen gegenübersteht, war bisher nur latent spürbar.“⁹⁸⁰

Das Konsulat versuchte zu argumentieren, dass die Hilfen Tansania davon abbringen sollten, diese aus dem Ostblock anzunehmen. Denn die portugiesischen

⁹⁷⁷ Der Nachweis kann hier nicht gebracht werden, da in den Berichten des Generalkonsulats in Mosambik keine Angaben über den Einsatz auf Seiten der FRELIMO gemacht werden. Hierzu wäre sicherlich ein weiteres Aktenstudium in portugiesischen und mosambikanischen Archiven erforderlich.

⁹⁷⁸ AAPA 1965 Bd. 1. Dok. 83, S. 364-374 Salazar – Schröder am 25.03.1966.

⁹⁷⁹ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. Lourenço Marques am 2. Dezember 1964.

⁹⁸⁰ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. Lourenço Marques am 2. Dezember 1964.

Gesprächspartner waren der Ansicht, dass Tansania bereits umfangreiche Hilfen von der Sowjetunion erhielt.

„Das Argument, mit seiner Hilfe könne der Westen den Infiltrationsbestrebungen des Ostens entgegenwirken, wird von den Portugiesen nicht als überzeugend anerkannt, weil sie ohnehin der Meinung sind, der Kommunismus habe dort schon so weit Eingang gefunden, dass seine endgültige Machtübernahme nicht mehr zu verhindern sei. Alle Hilfe des Westens für Tanganjika würde im Gegenteil nur das künftige Potential des Kommunismus erhöhen.“⁹⁸¹

Tansania hatte von der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1965 und 1966 acht Transportflugzeuge vom Typ Piaggio, vier Schulflugzeuge vom Typ DO-28, acht vom Typ DO-27 und sechs Noratlas Transportflugzeuge sowie vier Küstenwachboote im Jahr 1964⁹⁸² erhalten.⁹⁸³ In den weiteren Aufzeichnungen lässt sich eine Verwendung dieser Schiffe und Flugzeuge durch die FRELIMO nicht bestätigen. Die Qualität der Ausrüstung wird jedoch die PIDE und das portugiesische Militär davon abgehalten haben, ähnlich wie in Guinea eine Invasion in Tansania durchzuführen. Kritisch hinterfragt wurde die Ausrüstungshilfe der Bundeswehr an die tansanische Armee bereits 1968 von Hans-Jürgen Wischnewski. Seiner Meinung nach verblieb das Gerät in Tansania.⁹⁸⁴

3.3.4 Die DDR und die FRELIMO

Während sich die Befreiungsbewegungen in Tansania sammelten und aus den Gruppierungen eine einheitliche Partei entstand, hatte die DDR bereits Kontakt mit einigen Führern Mosambiks aufgenommen. In einem Artikel der Zeitung *Neues Deutschland* aus dem Dezember 1963 hielten die Redakteure fest, wer die Befreiungsbewegungen in der Frühphase unterstützte und wer nicht. Uria Siamango in seiner Funktion als Vizepräsident der FRELIMO, Marcelino dos Santos in seiner Funktion als Sekretär für Organisation und äußeren Angelegenheiten hielten sich vorher in Berlin zu Besprechungen mit dem MfAA auf.⁹⁸⁵ Die Redakteure stellten fest, dass die DDR sich wiederholt auf die Seite der FRELIMO gestellt hatte.

⁹⁸¹ Ebd. Lourenço Marques am 2. Dezember 1964.

⁹⁸² Der Spiegel 52/1964. Vier deutsche Küstenwachboote für Tansania.

⁹⁸³ AAPA 1965 Bd. I., Dok. 2 Seite 6. Aufzeichnung von Carstens Januar 1965 Bericht des Verteidigungsministers Strauß.

⁹⁸⁴ Wischnewski, Hans-Jürgen (1968): Nord-Süd Konflikt. Beiträge zur Entwicklungspolitik. Hannover, S.129. Wischnewski spricht in diesem Zusammenhang von einem „Friedhof deutscher militärischer Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe.“ „Dort stehen einige Flugzeuge, dort verrotten vier Küstenschutzboote, dort waren 20 Lastwagen mit einer fertigen Flugzeugwerkstatteinrichtung.“

⁹⁸⁵ PA AA, MfAA, A 16052 Fiche 1. Beziehungen der DDR zur mocambiquanischen Befreiungsbewegung. Enthält auch: Informationen über die Befreiungsbewegung Mocambiques 1961-1965. B 7 18.

„Die Deutsche Demokratische Republik habe durch ihre Regierungserklärung an die 18. Vollversammlung der Vereinten Nationen erneut bewiesen, dass sie den antikolonialistischen Kampf des Volkes von Mocambique unterstützt. Im Gegensatz dazu paktiere die Bonner Regierung nach wie vor mit den portugiesischen Kolonialisten gegen das um seine Unabhängigkeit ringende südafrikanische Volk.“⁹⁸⁶

Simango verurteilte laut dem Artikel die Waffenlieferungen und die Unterstützung des Salazar-Regimes durch die Bundesrepublik Deutschland. Dabei äußerte er sich auch zu der Unterstützung in Portugal selbst, durch die Einrichtung der Militärbasen. Angeblich sollten dort auch portugiesische Soldaten von der Bundeswehr geschult worden sein.

„Die portugiesische Kolonialregierung hat Bonn die Möglichkeit gegeben, westdeutsche Söldner in Portugal und in unserem Land, beispielsweise Beja, auszubilden. Diese westdeutschen Truppen, die ständigen Waffenlieferungen und die Ausbildung der portugiesischen Militärs durch westdeutsche Offiziere unterstützen Salazar in seinem Kolonialkrieg gegen unser Volk.“⁹⁸⁷

Beide Freiheitskämpfer verließen jedoch die DDR ohne erkennbare Hilfe. So konnten auch die Redakteure keine genauen Hilfsleistungen angeben, sondern sprachen von *„der weiteren Festigung der Solidarität und der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Mocambique.“*⁹⁸⁸ Waffen und Ausrüstungsgüter aus der DDR aufseiten der FRELIMO-Kämpfer können aus den vom Autor eingesehenen Akten nicht nachgewiesen werden.⁹⁸⁹ Dies lässt sich auch schwerlich nachweisen, weil viele der eingesetzten DDR-Waffen sowjetische Hoheitszeichen und Markierungen enthielten. In dem in der Arbeit behandelten Zeitraum kann ein zunehmendes Engagement der DDR in Mosambik nicht nachgewiesen werden.⁹⁹⁰

⁹⁸⁶ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. Zeitungsartikel aus Neues Deutschland (DDR) vom 11. Dezember 1963. Wer Mocambique hilft und wer seine Feinde sind. ND-Gespräch mit Führern der Befreiungsfront.

⁹⁸⁷ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. Zeitungsartikel aus Neues Deutschland (DDR) vom 11. Dezember 1963. Wer Mocambique hilft und wer seine Feinde sind. ND-Gespräch mit Führern der Befreiungsfront.

⁹⁸⁸ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. Zeitungsartikel aus Neues Deutschland (DDR) vom 11. Dezember 1963. Wer Mocambique hilft und wer seine Feinde sind. ND-Gespräch mit Führern der Befreiungsfront.

⁹⁸⁹ Vgl. Storkmann, Klaus (2011): Globaler Kalter Krieg? Militärhilfen der DDR für die sogenannten Dritte Welt. In: Die NVA und die Ungarische Volksarmee im Warschauer Pakt, (Hrsg.) Mack, Hans-Hubertus, Veszprémy, Laszló und Wenzke, Rüdiger. Potsdam, S. 89 – 104.

⁹⁹⁰ Dazu u. a. über das entwicklungspolitische Engagement der DDR in Mosambik: Voß, Matthias (2005): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. Münster.

3.3.5 Cabora Bassa

Das Cabora Bassa Staudammprojekt war von Anfang an von den unterschiedlichsten Stellen kritisiert worden.⁹⁹¹ Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wurde über das Projekt diskutiert. Dabei zeigte sich, dass die von der SPD geführte Regierung das Projekt von Anfang an verteidigte und die daran beteiligten deutschen Firmen in Ruhe arbeiten lies. An dem Firmenkonsortium waren die deutschen Firmen Siemens, AEG, Telefunken, Brown & Boveri, Voith Heidenheim und die Hochtief AG Essen⁹⁹² beteiligt. Der DDR-Historiker Heinrich Loth kritisierte in seinem Buch das Engagement der Bundesregierung und der Firmen an dem Projekt. Jedoch hielt sich seine Kritik im Vergleich zu den angelsächsischen Kollegen sogar in Grenzen.⁹⁹³ So fragte der britische Historiker Basil Davidson in einem Spiegel-Artikel aus dem Jahr 1968 „Eine Million Portugiesen nach Afrika?“ Für das Staudammprojekt wurde damals mit einer Umquartierung von mehreren Tausend Mosambikanern gerechnet, deren Land danach an „weiße Portugiesen“ verkauft werden sollte.⁹⁹⁴ Im September 1970 hielt das AA fest, welche Eindrücke Legationsrat I. Klasse Bartels bei seinem Besuch der Baustelle am Staudammprojekt sammelte. Zuvor hatte es zwei Konferenzen zwischen dem AA und einigen afrikanischen Befreiungsbewegungen und Staaten in Addis Abeba gegeben. Das AA stellte fest, dass die Afrikaner sich nicht auf die Argumentation der Bundesregierung, dass das Projekt auch ihnen zugutekäme, einließen.

„In den Vordergrund ihrer Überlegungen ist die Befürchtung getreten, daß der Bau von Cabora Bassa nicht nur die portugiesische Position in Mosambik stärken, sondern auch Südafrika dort eine Handhabe geben soll und damit alle Anstrengungen zu nichte machen wird, dass es auf absehbare Zeit zu einer Befreiung des südlichen Afrika von der als Schmach und Schande empfundenen weißen Herrschaft kommen kann.“⁹⁹⁵

Insbesondere, dass die Republik Südafrika von der zukünftig durch das Kraftwerk produzierten Energie profitieren würde, war den Befreiungsbewegungen ein Dorn im Auge.⁹⁹⁶

⁹⁹¹ Ripken, Peter (1978): Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft. Berlin, S. 39. Exkurs Cabora Bassa und die Folgen. Der Literaturwissenschaftler Peter Ripken schreibt zu Cabora Bassa: „Kein Projekt des Imperialismus in Afrika war seinerzeit schärfer kritisiert worden als dieser Staudamm, mit dem Portugal, unterstützt von der BRD, Südafrika, Frankreich und Italien, ein Bollwerk gegen die Befreiungsbewegungen errichten wollte.“

⁹⁹² Ebd. S. 39. Ripken schreibt, dass Hochtief sogar einen Imagefilm produzieren lies, um Zweifel an dem Projekt zu zerstreuen.

⁹⁹³ Loth, Heinrich (1975): Propheten - Partisanen - Präsidenten. Afrikanische Volksführer und ihre Widersacher. Berlin, S. 241.

⁹⁹⁴ Der Spiegel 46/1968.

⁹⁹⁵ AAPA 1970 Bd. III., S. 1574. Sowie Referat III. B5, Band 799. Bonn AA am 18. September 1970.

⁹⁹⁶ Ebd., S. 1574.

Während des Besuchs bei Bundeskanzler Willy Brandt sprach der sambische Präsident Kenneth Kaunda mit verschiedenen Außenministern anderer afrikanischer Staaten in Bonn im Jahr 1970 das Projekt ebenfalls an. Kaunda, der zugleich Präsident der OAU zu jenem Zeitpunkt war, begrüßte die schwedische Haltung zum Projekt. Die schwedische Regierung hatte der schwedischen Firma Asea nahe gelegt, sich aus dem Projekt zurückzuziehen. Während des Gesprächs stellte sich heraus, dass die Beteiligung deutscher Firmen am Bau des Cabora Bassa Staudamms in einem Vertrag zwischen Kiesinger und der portugiesischen Regierung 1968 ausgehandelt worden war. Kaunda merkte an, dass sich die Bundesregierung in ihrer Politik lieber auf die afrikanischen Staaten und nicht auf die Portugiesen ausrichten sollte, weil die vielen afrikanischen Staaten letztlich einen größeren wirtschaftlichen Faktor darstellten, als Portugal und die Republik Südafrika.

„Der Bau werde außerdem ein vermehrtes militärisches Engagement der Südafrikaner, die jetzt schon Truppen in Rhodesien hätten, in den portugiesischen Besitzungen mit sich bringen. Im übrigen zeige das neue Angebot Portugals an die NATO, militärische Basen in Afrika zur Verfügung zu stellen, ebenso wie die Errichtung des Cabora Bassa Damms die Absicht Portugals, seien Präsenz in Afrika weiter abzusichern und zu festigen. Er hoffe die Bundesregierung werde die Annahme des Angebots vereiteln.“⁹⁹⁷

Kaunda warf außerdem ein, dass der Bau des Staudamms auch Rhodesien helfen würde und der Bau gegen die UNO-Sanktionen verstoße, die gegen Rhodesien verhängt worden waren. *„Im übrigen sei er [Kaunda] der Auffassung, dass der Bau von Cabora Bassa gegen den Sicherheitsbeschluß über Rhodesien verstoße, weil Rhodesien Strom von dort beziehen werde.“*⁹⁹⁸

Weitere Kritik gab es jedoch auch aus der Heimat. Die Deutsche Afrika Gesellschaft e.V. (DAG) plante 1970 einen Artikel in der hauseigenen Zeitschrift „Afrika Heute“ herauszugeben, der sich ebenfalls kritisch zu Cabora Bassa und dem deutschen Engagement für Portugal äußern sollte. Obwohl die DAG von der Bundesregierung finanziert wurde, wollten die Beteiligten damit ein Zeichen setzen. Um diese Publikation zu verhindern, suchte das AA nach Wegen auf die Redakteure einzuwirken. Im unten stehenden Zitat wurde zusammengefasst, welche Maßnahmen sich die Beamten des AA dazu ausdachten.

- „1. Das AA drückt sein Bedauern aus, weil der Artikel der BRD schaden wird.
2. Die Verantwortung liegt bei der Redaktion der „Afrika Heute“
3. Das AA wird den Artikel sachlich prüfen und richtig stellen

⁹⁹⁷ AAPA 1970 Bd. III., Dok. 474 S. 1765-1769.

⁹⁹⁸ AAPA 1970 Bd. III., Dok. 474 S. 1765-1769.

4. Der parlamentarische Staatssekretär bittet den Präsidenten des DAG zum persönlichen Gespräch⁹⁹⁹

Das Problem des AA war, dass der Beitrag auch schon der Redaktion der Zeitschrift Der Spiegel vorlag, die auf die Veröffentlichung wartete, um ebenfalls über das Projekt zu berichten und es kritisch zu kommentieren. Das AA wollte nun dafür sorgen, dass der Afrika-Verein Hamburg in seinem Organ eine Gegendarstellung druckte. Eine Stellungnahme einer Vereinigung deutscher Wissenschaftler, der „Studiengruppe Probleme der Entwicklungsländer“, brachte ebenfalls eine Stellungnahme zum Cabora Bassa Projekt.

„Sie [die internationale Kritik] zwingen unseres Erachtens dazu, das deutsche Engagement zugunsten Portugals für einen kapitalen Fehler zu erklären – gemessen sowohl an den wohlverstandenen langfristigen Interessen der Bundesrepublik wie an der Notwendigkeit einer internationalen Friedensordnung, und damit auch im langfristigen Interesse Portugals. Die selben Gründe nötigen die beunruhigende Frage auf, ob und wie dieser Fehler wieder gutzumachen sei.“¹⁰⁰⁰

In einem Aide Memoire reagierte die Bundesregierung am 11. August 1970 auf die gesammelten Vorwürfe und Publikationen. Darin beschwor sie erneut die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung in unterdrückten Regimen.

„Die Bundesrepublik Deutschland bekennt sich zu den universalen Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Rassengleichheit. Andernfalls müsste sie die Grundlage ihrer Deutschlandpolitik verleugnen und würde sich mit ihrer eigenen Verfassung in Widerspruch setzen, die jede Rassendiskriminierung in Deutschland ausdrücklich verbietet. Sie hat sich daher dem 1963 gefassten Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gegen die Apartheidpolitik Südafrikas angeschlossen und ist dem internationalen Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung beigetreten.“¹⁰⁰¹

In der Publikation der DAG warfen die Redakteure der Bundesregierung zum einen vor, den portugiesischen Kolonialkrieg zu finanzieren und zum anderen durch den Staudamm noch mehr ausländische Investitionen nach Portugiesisch-Afrika anzuziehen. Diese Investitionen würden wiederum Portugal helfen, den Kolonialkrieg zu verlängern und den Status Quo aufrecht zu erhalten.

„Die frühere Politik eines Ökonomischen Nationalismus, die Portugals Wirtschaft vor Überfremdung durch ausländisches Kapital schützen sollte, ist seit den Unruhen in Angola (1961) aufgegeben worden. In zwei Dekreten, 1962 und 1964, wurde die fast unbeschränkte Einfuhr von Kapital zugelassen. 1965 erlassene Bestimmungen garantieren dem ausländischen Kapital die gleichen

⁹⁹⁹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁰⁰ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁰¹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

Rechte wie dem inländischen. Transfers von Liquiditätserlösen, Zinsen, Dividenden und anderen Erträgen ausländischen Kapitals an die Eigentümer im Ausland werden immer genehmigt.“¹⁰⁰²

Die SPD bemühte sich nach Kräften die Wirtschaftlichkeit des Staudamms auch für die Mosambikaner zu betonen, weil die SPD-Führung davon ausging, dass die Portugiesen ihr Kolonialreich bald aufgeben müssten. Im Juli 1973, als eine FRELIMO-Delegation in Bonn bei der FES weilte, gab es auch eine Aussprache zwischen Marcelino dos Santos, Wischnewski, Carlo Schmidt, Hans Matthöfer und anderen über Cabora Bassa. Es konnte jedoch keine Einigung bezüglich des Projektes erreicht werden. Marcelino war danach enttäuscht und beschwerte sich später in einer Pressekonferenz über die Haltung der SPD und der Bundesregierung.¹⁰⁰³

3.3.6 Wiriyamu

Kurz vor Ende des Krieges in Mosambik fanden in der Provinz Tete, die von allen Provinzen eine der meist umkämpften war, mehrere Massaker an der schwarzen Bevölkerung statt.¹⁰⁰⁴ Publik machte das Massaker der indonesische Bischof der römisch-katholischen Kirche Adrian Hastings, der ein Buch 1973 veröffentlichte, dass den Namen Wiriyamu trug. In diesem Buch wurden die mündlichen Überlieferungen der spanischen Missionare der Burgos-Bruderschaft aufgenommen, die nach den Massakern mit den Überlebenden gesprochen hatten. Die Vorfälle in Wiriyamu nutzte auch der deutsche Afrikawissenschaftler Prof. Dr. Franz Ansprenger, um die bundesdeutsche Öffentlichkeit auf die Geschehnisse in Mosambik hinzuweisen mit einem emotionalen, aber zugleich auch sachlichen Vorwort.¹⁰⁰⁵

Neben Ansprenger äußerte sich von den Zeitgenossen auch Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Erhard Eppler, über Wiriyamu.

„Niemand weiß, ob alles wahr ist, was in den letzten Wochen aus Mozambique berichtet wurde, noch weniger, ob schon alles berichtet wurde, was wahr ist. Wichtiger ist, daß ein seit Jahren schwelender Krieg plötzlich die gesamte öffentliche Meinung Europas beschäftigt. Wahl Portugals zwischen Europa und Afrika, Portugal müsse sich entscheiden.“¹⁰⁰⁶

Die Reaktion des AA auf die Äußerungen Epplers zu Wiriyamu wurde im Jahresbericht 1973 folgendermaßen bewertet.

¹⁰⁰² Ebd. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁰³ Schroers 1998, S. 131-134.

¹⁰⁰⁴ Das Massaker wurde von einer Spezialeinheit der portugiesischen Armee verübt. Sie überfielen mehrere Dörfer und töteten alle Bewohner.

¹⁰⁰⁵ Ansprenger 1974, S. XI.

¹⁰⁰⁶ Ansprenger 1974, S. 139.

„Die deutsch-portugiesischen Beziehungen sind sich 1973 in ihrer Substanz gleichgeblieben. Marginal haben sie allerdings einige Belastungen erfahren. Dazu gehören in erster Linie die kritischen Äußerungen, zu denen sich der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Eppler, nach Bekanntwerden der Wiriyamu-Affäre veranlasst sah.“¹⁰⁰⁷

Erhard Eppler, Minister im BMZ im Jahr 1973 hatte sich kritisch zur portugiesischen Kolonialpolitik anlässlich des Massakers in Wiriyamu geäußert, was wiederum die portugiesische Botschaft dazu bewog, von ihm eine Stellungnahme einzufordern und ihn nach Mosambik und Angola zu einer Informationsreise einzuladen. Eppler lehnte dieses Angebot unter den ihm bekannten Umständen ab und unterstrich in seiner Antwort an den portugiesischen Botschafter Dr. de Freitas-Cruz seine Kritik an der Situation in Mosambik. Dazu machte er deutlich, dass eine unabhängige Untersuchung so schnell wie möglich die Hintergründe aufklären müsste.

„Es ist Ihnen bekannt, dass nicht nur die Völker Afrikas, sondern auch die große Mehrheit der in den Vereinten Nationen vertretenen Nationen das Verhältnis Ihres Landes zu Moçambique und Angola als Kolonialherrschaft betrachten, die den Prinzipien der Vereinten Nationen widerspricht. Es ist Ihnen auch bekannt, dass ich diese Auffassung teile.“¹⁰⁰⁸

Das AA sah die Zusammenarbeit zwischen der SPD und der FRELIMO und auch die Reise Epplers nach Tansania und Sambia nicht gern und als Einmischung in ihre Angelegenheiten. Die portugiesische Regierung unter Marcello Caetano missbilligte die Äußerungen des deutschen Ministers und wies das AA an, dass sich die Beziehungen aufgrund der Person Epplers verschlechtert hatten. Aber auch der Kontakt der SPD als regierende Partei zu der Befreiungsbewegung FRELIMO tat sein Übriges. Denn die Vertreter der mosambikanischen Befreiungsbewegung wurden sogar in Bonn begrüßt. Getrübt wurden die Beziehungen noch durch den Bericht der Frankfurter Rundschau am 1. September 1973 vom Besuch des CDU-Politikers Jürgen Gerhard Todenhöfer in Wiriyamu und Chawalu. Beide Dörfer waren inzwischen zerstört und jegliche Beweise vernichtet worden. Die portugiesische Armee hatte den Besuch zugelassen, um der Welt zu suggerieren, dass es sich bei den Berichten der spanischen Missionare um Fälschungen handelte. Daraufhin gab das BMZ mit eigenen Geldern eine Broschüre heraus mit der Überschrift „Wiriyamu darf nicht sterben“. Das AA verurteilte diesen Eingriff in ihre Angelegenheiten scharf und wollte diese Broschüre als politische Agitation behandelt wissen, da das BMZ nicht zuständig war und auf gar keinen Fall die Militärpolitik eines anderen Landes beurteilen durfte. Das AA begründete in ihren

¹⁰⁰⁷ PA AA, Zwischenarchiv 101435. Referat 203. Portugal 1973-1975. Band 15. Jahresbericht der Botschaft Lissabon.

¹⁰⁰⁸ PA AA, Zwischenarchiv 101.437. Portugal 1973 – 1974 Band 17 Referat 203. Bonn am 29. August 1973. Antwortbrief Dr. Erhard Eppler BMZ Minister an Botschafter Portugals Dr. J. de Freitas-Cruz.

Akten, dass diese Verurteilung der BMZ Broschüre rechtens war, da sich das AA bereits bei den UN für eine Untersuchungskommission eingesetzt hatte.¹⁰⁰⁹

In dem Jahresbericht der deutschen Botschaft in Lissabon aus dem Jahr 1973 war auch Wiriyamu ein Thema. Die Äußerungen Dr. Epplers wurden von der portugiesischen Regierung scharf zurückgewiesen. Zusammen mit dem Besuch der FRELIMO-Delegation in der FES im gleichen Jahr zweifelte Portugal an der Loyalität seines NATO-Verbündeten.

„Dazu gehören in erster Linie die kritischen Äußerungen, zu denen sich der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Eppler, nach Bekannt werden der Wiriyamu-Affäre veranlasst sah. Sie wurden in ihrer Wirkung verstärkt durch die Einladung, die der SPD-Parteivorstand an die FRELIMO-Führung gerichtet hatte und die den Besuch einer Delegation der Befreiungsbewegung unter der Leitung ihres Aussenministers Marcelino dos Santos bewirkte. [...] Erst die Versicherung der Bundesregierung, das Verhältnis zu Portugal habe sich nicht geändert, führte zu einer Beruhigung in den offiziellen Kreisen.“¹⁰¹⁰

Wichtiger Punkt dieser Auseinandersetzung war auch das Buch und die Artikel in der englischen Presse von Pater Hastings. In seinen Schriften über Wiriyamu¹⁰¹¹ griff er nicht nur die portugiesische Regierung und Armeeführung, sondern vor allem auch die Bundesrepublik Deutschland als Waffenhändler an und verglich in einem Zeitungsartikel sogar Willy Brandt mit Adolf Hitler. *„Mehr und mehr westeuropäische Investitionen fließen nach Portugiesisch-Afrika, der größte Teil der militärischen Ausrüstung, die die Portugiesen verwenden, kommt aus Deutschland.“*¹⁰¹²

Auf die Anschuldigungen Hastings antwortete zunächst die Bonner Rundschau 1974. „Brandt ist nicht Hitler“, lautete die Überschrift. In dem Artikel wurden die Vorwürfe von Pater Hastings gegen den Kanzler und die Bundesrepublik zurückgewiesen. Seit zwei Jahren hieß es, wurden weder Entwicklungshilfe noch Waffen an Portugal gegeben. Zu den Waffenlieferungen wurde besonders Stellung genommen.

„Wenn es um die Waffenlieferungen geht, kann die Bundesrepublik getrost auf die Anklagebank gehen. In Europa liegt Frankreich weit an der Spitze, in der Welt führten offiziell die USA, die Geschäftsbücher von Rotchina, der Sowjetunion, der CSSR und anderen Ostblockstaaten bekommt man leider nicht zu Gesicht.“¹⁰¹³

¹⁰⁰⁹ PA AA, Zwischenarchiv 102574. Referat 302/312 Mozambik. Wirtschaftspolitik, Rechtsangelegenheiten, Kulturpolitik 1973/74.

¹⁰¹⁰ PA AA, Zwischenarchiv 101435. Referat 203 Portugal 1973 – 1974 Band 15. Botschaft Lissabon an Bonn. Jahresbericht über die deutsch-portugiesischen Beziehungen 1973.

¹⁰¹¹ Hastings, Adrian (1974): Wiriyamu. London. Es wurde auch in Deutschland eine Ausgabe veröffentlicht, siehe Hastings, Adrian (1974): Wiriyamu. Nürnberg.

¹⁰¹² PA AA, Zwischenarchiv 102574. 8. Januar 1974 Botschaft Daressalam per Telegramm.

¹⁰¹³ Bonner Rundschau 15.1.1974, Brandt ist nicht Hitler.

Die SPD reagiert auf die Aussage von Pater Hastings in seinem Buch Wiryamu, Brandt sei der Nachfolger Hitlers, mit einem Dementi.

„Diese Behauptungen von Pater Hastings entbehren jeder Grundlage. Sie stellen eine an Bösartigkeit kaum noch zu übertreffende Verunglimpfung des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt wie auch seiner Partei dar, zu deren Tradition bekanntlich die nachdrückliche Ablehnung von Unterdrückung und Kolonialismus gehört. Durch seinen unentschuldbaren Vergleich des Bundeskanzlers mit Hitler richtet sich der Autor selbst.“¹⁰¹⁴

Nach diesen Stellungnahmen war die Angelegenheit für alle Beteiligten beendet. Die Bundesrepublik stand einmal mehr in einem unangenehmen Licht der Öffentlichkeit, vor allem weil sich die Bundesministerien und die Parteien nicht einig in Bezug auf Portugal waren und eine eindeutige Aussage zum Massaker nicht erfolgte. Eine Verurteilung des Massakers hätte die Diskussionen von Anfang an unterdrückt, durch ihre zögerliche Öffentlichkeitsarbeit aber stellte sich die Bundesregierung selbst an den Pranger. Für die DDR und die Befreiungsbewegungen gab diese Situation eine hervorragende Gelegenheit, wieder einmal das südliche Afrika und mit ihm große Teile Afrikas auf ihre Seite zu ziehen. Die massiven Ausgaben für die Entwicklungshilfe und das mühevollte Verständnis für die Lage der Bundesrepublik Deutschland waren in dieser Situation umsonst gewesen.

3.4 Die Deutsch-Portugiesischen Beziehungen in Portugiesisch-Guinea

Als 1963 der Kolonialkrieg in Portugiesisch-Guinea begann, wunderte in Portugal niemand, dass die Freiheitskämpfer über die guineische Grenze hinweg angriffen. Verwundert waren sie lediglich über die Schlagkraft und die Ausbildung der Kämpfer. Weder in Angola noch in Mosambik waren die portugiesischen Streitkräfte von Beginn an so unterlegen, wie in Portugiesisch-Guinea. Die Verluste waren im Vergleich zu den anderen beiden Kriegsschauplätzen hoch. Obwohl das modernste Gerät, das die portugiesische Armee zur Verfügung hatte, in Portugiesisch-Guinea eingesetzt wurde, war es ihr nicht möglich einmal verlorene Gebiete dauerhaft zurückzuerobern. Die Niederlage war allen Kommandeuren, die sich mit der Lage vertraut machten, schnell bewusst. Durch die Ausbildung an modernen sowjetischen Waffen durch kubanische und sowjetische Militärberater trafen die portugiesischen Soldaten auf ebenbürtige Gegner, die sich zudem besser im Dschungelkampf zu Recht fanden, als sie selbst. Wenn von dem portugiesischen Kolonialkrieg als ein Guerilla-Krieg vergleichbar mit

¹⁰¹⁴ PA AA, Zwischenarchiv 102574. Referat 302/312 Mozambik. Wirtschaftspolitik, Rechtsangelegenheiten, Kulturpolitik 1973/74.

dem Vietnamkrieg gesprochen werden kann, dann war dies vor allem in Portugiesisch-Guinea der Fall.

Dieser Guerilla-Krieg war bereits 1963 verloren, weil die portugiesischen Streitkräfte nicht die Heimatbasen der Freiheitskämpfer in Guinea angreifen konnten. Das hätte die Ausweitung des Krieges nicht nur gegen Guinea, sondern auch viele andere afrikanische Staaten provoziert.

Zunächst versuchten die portugiesischen Streitkräfte eine Strategie der Eindämmung (Containment) und die Beteiligung der guineischen Bevölkerung am Kampf gegen die Freiheitsbewegungen. Nicht nur aus tribalistischen Gründen dienten viele guineische Soldaten in der portugiesischen Armee. Sie kämpften auch gegen die Freiheitskämpfer, weil die gesamte Führung der PAIGC aus Kapverdianern bestand. Die Kapverdianer waren unter vielen Guineern verhasst, weil sie von den Portugiesen als Verwaltungskräfte in Portugiesisch-Guinea gegenüber den einheimischen Kräften bevorzugt wurden.¹⁰¹⁵ Mehr als die Hälfte der portugiesischen Streitkräfte in Portugiesisch-Guinea bestanden ab Mitte der sechziger Jahre deshalb aus Guineern.

Da die portugiesische Führung auch unter General Spínola 1970 noch immer keinen Fortschritt oder zumindest eine Stabilisierung der Situation in Portugiesisch-Guinea erreichen konnte, wurde eine geheime Operation geplant.

Obwohl in Portugiesisch-Guinea der Kolonialkrieg besonders heftig tobte, waren auch hier deutsche Unternehmen tätig. Und auch für die Projekte von beispielsweise Klöckner Humboldt Deutz in Portugiesisch-Guinea, genehmigte die Bundesregierung Hermes-Kredite (vgl. Tabelle 41).¹⁰¹⁶

¹⁰¹⁵ Über die Beteiligung der Afrikaner an der portugiesischen Armee werden zur Zeit im Auftrag der Universität von Coimbra einige sozialwissenschaftliche Studien durchgeführt. Eine Vielzahl ehemaliger guineischer Soldaten lebt noch immer im Exil in Portugal aus Angst vor Racheakten. Eine große Anzahl der Nachkommen und Verwandten dieser ehemaligen Soldaten lebt inzwischen in Portugal. Die Memoiren einiger Ex-Kombatanten aus Portugiesisch-Guinea sind in Arbeit und werden in den nächsten Jahren veröffentlicht werden. Mit diesen Veröffentlichungen wird damit auch eine Lücke in der portugiesischen Aufarbeitung des Guerra Colonial geschlossen.

¹⁰¹⁶ Zu den Inseln Sao Tome und Principe und den Kapverdischen Inseln wurden keine Akten angelegt, so dass hier keine näheren Ausführungen zu der Rolle dieser Inseln in den deutsch-portugiesischen Beziehungen geschrieben werden können.

Tabelle 41: Hermes – Garantien für Lieferungen nach Portugiesisch Guinea 1973 (Quelle: PAAA Zwischenarchiv 102570)

Lieferant	Besteller	Warenart	Auftragswert	Fälligkeit der letzten Rate
Klöckner Humboldt Deutz AG, Köln	Stadt Bissau	4 Dieselmotoren	8,25 Mio. DM	ca. 1977

3.4.1 Die SPD und die PAIGC

Als Guinea 1958 unabhängig wurde, war Sekou Touré nach Kwame N’Krumah der wichtigste politische Führer Westafrikas. Die schwarzafrikanische Jugend in den jungen unabhängigen Staaten verehrte ihn damals aufgrund seiner Entschlossenheit und seines Mutes gegenüber den ehemaligen Kolonialmächten.

Unter den Bewunderern waren auch viele der schwarzafrikanischen Studenten in Lissabon. Vor allem die Brüder Amilcar und Luis Cabral sahen in Sekou Touré ein Vorbild für ihren Kampf um die Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln und Portugiesisch-Guineas. Im Jahr der Unabhängigkeit, als die französischen Beamten Guinea verließen, kamen viele dieser Studenten und auch die beiden Brüder nach Guinea. Amilcar hatte sogar im portugiesischen Staatsdienst als kleiner Beamter gearbeitet und mit seiner portugiesischen Frau und seinem Bruder wieder in Afrika gelebt, bevor er sich ins freiwillige Exil nach Guinea begab. In Guinea gründete er 1959 die Partei für die Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln und Portugiesisch-Guineas. Aufgrund seiner Ausbildung und seiner rednerischen Begabung stieg Amilcar nicht nur zum Führer seiner Partei auf, sondern wurde auch zum Ziehsohn von Sekou Touré, zu dem er jedoch ein zwiespältiges Verhältnis behielt.

Sekou Touré unterstützte Amilcar Cabral beim Aufbau der Partei, indem er zahlreichen Exil-Guineern und Kapverdianern Asyl bot und sie in vier Militärlagern ausbilden ließ. Die Sowjetunion und vor allem Kuba unterstützten Sekou Touré beim Aufbau und der Bewaffnung seiner eigenen Armee. Diese Unterstützung ließen sie auch der PAIGC zukommen, die sich früh für den bewaffneten Kampf gegen die portugiesische Kolonialregierung in Portugiesisch-Guinea und auf den Kapverdischen Inseln entschieden hatte.

Amilcar Cabral knüpfte in Guinea zahlreiche Kontakte zu den Ostblockstaaten und der Bewegung der Blockfreien, so dass er aus vielen unterschiedlichen Quellen, daneben auch von der schwedischen Regierung und der schwedischen Sozialdemokratischen Partei, Unterstützung erhielt. Beistand fand er auch bei den anderen afrikanischen Freiheitsbewegungen, wie der MPLA unter Neto und der FRELIMO unter Mondlane.

portugiesischen Soldaten zogen sich zurück, lediglich die guineische Opposition FLING kämpfte noch acht weitere Tage gegen das Regime, bis sie den kubanischen und guineischen Soldaten unterlagen.¹⁰⁴⁹

Während der Invasion wurde der Leiter der Fritz-Werner Gruppe, die für den Aufbau der Militärfabriken im Camp Alpha Yaya zuständig waren, Graf von Tiesenhausen, bei einer nächtlichen Autofahrt getötet.¹⁰⁵⁰ Er war nicht der einzige Deutsche, der während der Invasion getötet wurde. Auch ein DDR-Bürger, Mitglied der Handelsniederlassung, die bereits 1970 den Rang einer inoffiziellen Botschaft in Guinea erlangt hatte, wurde auf einer Autofahrt getötet. Alle Bürger der beiden deutschen Staaten schwebten, wie alle anderen Ausländer auch, in der Invasionsnacht und den anschließenden Kämpfen zwischen der guineischen Armee und den Soldaten der Exilpartei in Lebensgefahr.

Nach der Invasion suchte Sekou Touré nach Schuldigen, zunächst in den eigenen Reihen, dann aber auch bei den vielen Ausländern in Guinea. Unter den Verhafteten waren der Finanzminister Baldet Ousmane, der Minister des Kontrollministeriums der Finanzen Barry III, der Minister für soziale Angelegenheiten Camara Loffo, der Handelsminister Camara Sekou, der Sicherheitschef Makassouba Moriba, der Generalsekretär der Regierung Camara Balla und Fofana Almamy, Staatssekretär für Energie. Unter den verdächtigen Staaten, die an der Invasion politisch, finanziell und materiell beteiligt sein sollten, fanden sich Frankreich, Portugal, die Bundesrepublik, Großbritannien, die USA, die Elfenbeinküste und der Senegal.¹⁰⁵¹

Zunächst wurden jedoch nur Guineer verhaftet und verhört, Ausländer blieben vorerst unversehrt. Am 28. November bekundete die guineische Regierung sogar ihr Beileid für den getöteten Graf von Tiesenhausen, nachdem das AA am 27. November ihr Bedauern ausgedrückt und eine UN-Untersuchungskommission gefordert hatte. Diese Kommission stellte am 4. Dezember 1970 fest, dass die Invasion von portugiesischen Soldaten und Exilguineern durchgeführt wurde, konnte jedoch die Unterstützung eines weiteren Staates nicht nachweisen.

Dennoch erhob am 8. Dezember Sekou Touré Vorwürfe gegen die Bundesrepublik, sie hätte bereits einen Film über seinen Sturz drehen lassen. Zudem wurden zwei Staatsbürger der Bundesrepublik verhaftet. Beide waren offiziell als Entwicklungshelfer in Guinea eingesetzt, Hermann Seibold und Adolf Marx.

¹⁰⁴⁹ Antunes 1996, S. 515. Siehe auch Marinho 2006, S. 145–146.

¹⁰⁵⁰ PA AA, B 34, Bd. 811. Geschichte der Beziehungen zwischen Guinea und der Bundesrepublik 1958–1970.

¹⁰⁵¹ Marinho 2006, S. 75.

Die Verhaftung des deutschen Hermann Seibold, dem Leiter des *Centre Artisanal de Kankan*, ein christliches Jugenddorf, am 18. Dezember führte zu einer Welle von weiteren Durchsuchungen und Verhaftungen. Nach dem Einschreiten des bundesrepublikanischen Botschafters am 21. Dezember forderte Sekou Touré die Abberufung von Dr. Hans Christian Lanke aus Guinea.¹⁰⁵² Die Bundesregierung nahm diese Option war, da sich 1970 etwa 120 deutsche Entwicklungshelfer mit verschiedenen Aufgaben in Guinea aufhielten. Dennoch mussten alle deutschen und auch 40 portugiesische Staatsangehörige Guinea verlassen. Der deutsche Brauereidirektor Adolf Marx wurde erst am 29. Dezember verhaftet. Er und Seibold blieben die einzigen verhafteten Deutschen, jedoch nicht die einzigen Europäer. Hermann Seibold war ehemaliger SS-Obersturmbahnführer und nach dem Krieg für die christlichen Jugenddörfer e.V. mit Sitz in Baden-Württemberg tätig. Eines der Entwicklungshilfeprojekte des Vereins war auch die Anlage und Verwaltung eines christlichen Jugenddorfes in Kankan, Guinea. Seibold leistete hier Aufbauarbeit und hatte wie alle Deutschen in Guinea intensiven Kontakt zu allen Landsleuten und der Botschaft der Bundesrepublik in Conakry.¹⁰⁵³ Er soll sich während der Gefangenschaft in Guinea selbst erhängt haben.¹⁰⁵⁴ Mithäftling Marx¹⁰⁵⁵ hatte kaum Kontakte zu Seibold, schon gar nicht während der Haft. Er erfuhr jedoch während der Folterungen von einem ehemaligen Nachbarn Seibolds, dass der 59-jährige zu Tode gefoltert wurde.¹⁰⁵⁶ Marx blieb vier Jahre lang in guineischer Gefangenschaft. Erst 1974, mit Hilfe des italienischen Botschafters, konnte er Guinea verlassen.

Die Darstellung der DDR

Die Aufzeichnungen der Handelsniederlassung der DDR in Conakry vom 6. Januar 1971 sind erhalten geblieben. Dadurch lässt sich ein stündlicher Ablauf der Invasion in Conakry und den Konsequenzen für zumindest die Angehörigen der DDR nachverfolgen. Problematisch ist der lange Zeitraum zwischen den Ereignissen vom 22. November und der Erstellung des Berichts. Dennoch soll das Dokument hier als Quelle aufgeführt werden, zumal ein Bericht der Bundesrepublik nicht auffindbar war.

¹⁰⁵² AAPA 1970 Bd. III., Dok. 608, S. 2296 – 2300: Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden am 22.12.70, S. 2296.

¹⁰⁵³ PA AA, B 34, Bd. 811.

¹⁰⁵⁴ Presse- und Informationsamt. Dt. Bundes-Verl. (1971): Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn. 1971, 1. Quartal, S. 53.

¹⁰⁵⁵ Adolf Marx hat seine Erfahrungen in der Gefangenschaft in dem Buch „Verflucht wer uns vergisst. Gefoltert für Deutschland.“ festgehalten.

¹⁰⁵⁶ Marx, S. 219.

Der Bericht beginnt um 4:05 in der Früh, als der Botschafter der DDR im Botschaftsbüro in Conakry eintraf. Weitere acht Mitarbeiter der DDR-Botschaft waren bereits eingetroffen. Die beiden Angehörigen der Botschaft Kröger und Franze hatten sie über Schießereien in der Nähe des Gebäudes informiert. Um 4:45 meldete der DDR-Bürger Dr. Stemmler, dass die beiden verwundeten Botschaftsangehörigen Fischer und Dr. Krebs dringend in ein Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Eine Autofahrt wurde jedoch als zu riskant eingestuft. Die beiden waren bei einer Autofahrt in das Druckereiviertel von einer Straßensperre gestoppt und angeschossen worden. Dr. Krebs überlebte den Tag nach der Invasion nicht mehr und verstarb an den Folgen der Schussverletzung. Der andere Mitarbeiter Fischer überlebte, nachdem er in einem Krankenhaus behandelt werden konnte. Die Soldaten, die beide gestoppt hatten, waren nach Aussage von Fischer englischsprachige Afrikaner, die wahrscheinlich aus Sierra Leone stammten. Diese Aussage des DDR-Bürgers verleitete Sekou Touré im Nachhinein auch das Land Sierra Leone zu verdächtigen an dem Komplott beteiligt gewesen zu sein.¹⁰⁵⁷

Aus dem Bericht der DDR ist abzulesen, dass die Kämpfe mit den etwa 80 Exilguineern noch bis zum 24. November andauerten. Laut der offiziellen guineischen Stellungnahme, beteiligte sich die guineische Bevölkerung an den Kämpfen, nachdem die guineische Armee auch Waffen an die Zivilbevölkerung ausgab. Dass jedoch sogar Sekou Touré mit einer Kalaschnikow gegen die Angreifer vorging, übernahm die Botschaft der DDR nicht.

Aus dem Bericht der DDR lässt sich jedoch auch ablesen, dass Sekou Touré nach der Invasion zunächst nicht die Bundesrepublik unter den Verdächtigen aufführte. Da beide Seiten einen Toten zu beklagen hatten, ließ er den Botschafter der Bundesrepublik Dr. Christian Lanke und den II. Sekretär der Botschaft der DDR Schmid nacheinander zu sich rufen. Im Warteraum begegneten sich die beiden Männer und kondolierten sich gegenseitig. In einem Brief an Honecker richtete Sekou Touré persönlich der DDR und der Witwe Frau Krebs zum Tod ihres Mannes sein Beileid aus. Auch Botschafter Lanke hatte der guineische Präsident sein Bedauern ausgesprochen.

Sogar von einer Schuldzuweisung seitens der DDR gegenüber der Bundesrepublik findet sich in den Akten nicht ein Wort. Der Botschafter richtete sich in einer solchen

¹⁰⁵⁷ PA AA, VS-44. Beziehungen DDR/Guinea und Guinea zu Dritten Staaten 1967-1978. Bericht über die Invasion in Guinea S. 2-9.

Angelegenheit weder an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) noch an Sekou Touré oder an seine Minister.

Inwieweit die DDR-Bürger in Guinea, nach den Aufzeichnungen mindestens 30 bis 40 Männer und Frauen, von den Folgen der Invasion beeinträchtigt waren, ist den Akten leider nicht zu entnehmen. Auch wird die Evakuierung der Bürger der Bundesrepublik verschwiegen. Die Bürger der DDR mussten sich jedoch nicht vor Sekou Touré verantworten und durften ihre Arbeit in Guinea fortsetzen. In Guinea waren neben der DDR-Botschaft, die allein mehr als zwölf Angestellte hatte, Zivilisten in der Staatsdruckerei, der Druckerei Patrice Lumumba, dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen, einigen Schulen und Handwerksbetrieben als Ausbilder beschäftigt.

Warum sich die Stimmung Sekou Tourés so schnell änderte und er vor allem Hermann Seibold verdächtigte, lässt sich nur erahnen und aus dem Weißbuch der guineischen Regierung zu den Vorfällen am 22. November 1970 ableiten.¹⁰⁵⁸

Die Dokumente der DDR zu den Vorfällen datieren erst wieder aus späteren Jahren. Die Berichte setzen wieder bei den Feierlichkeiten zu dem Tag an, an dem das guineische Volk die Invasion verhindert hatte. Sehr bald, nachdem die Bürger und Angestellten der Bundesrepublik Guinea verlassen hatten, wurde die DDR zur Alleinvertretung der Deutschen in Guinea. Über die beiden inhaftierten Bürger der Bundesrepublik verlieren die Beamten der DDR in ihren Berichten aus Guinea kein Wort. Ob sie sich für die Freilassung des damals noch inhaftierten und schwer gefolterten Adolf Marx eingesetzt hatten, lässt sich nicht beantworten.

Aus den Anwesenheitslisten der Feierlichkeiten jedoch lässt sich ablesen, dass von den westlichen Vertretungen in Guinea nur noch die USA und Italien übrig blieben. Auch britische und die restlichen französischen Staatsbürger mussten Guinea verlassen. Zu den afrikanischen Staaten, die Sekou Touré noch verdächtigt hatte, bestanden bereits 1972 wieder gute Beziehungen, so dass auch Vertreter des Senegals und Sierra Leones an den Feierlichkeiten teilnahmen.

Bei der Veranstaltung 1972 durfte der Leiter der DDR-Delegation Rudolf Schulze, der im Ministerium für Post- und Fernmeldewesen als Berater der Regierung tätig war, im Fußballstadion von Conakry nicht nur neben dem Präsidenten sitzen, sondern auch zu den Massen sprechen. Die DDR wurde in den Mittelpunkt der Feierlichkeiten

¹⁰⁵⁸ PA AA, MfAA, C 544/74. 414/L 59. Abt. Nord- und Westafrika Sektor Westafrika I. Imperialistische Aggression gegen die Republik Guinea 1970-1972. Fiche 2. Seite 144.

gestellt.¹⁰⁵⁹ Neben Schulze waren außerdem Heinz Wittig, Mitglied des ZK der SED und zugleich Vorsitzender des Rates für landwirtschaftliche Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft, Peter Bathke, Mitarbeiter des ZK der SED und der Dolmetscher Eberhard Rössler anwesend.

Zu den Feierlichkeiten waren 40 Regierungsdelegationen und 16 internationale Regierungsdelegationen gekommen. Die afrikanischen Staaten hatten jedoch durchweg nur Minister entsandt. Nicht ein einziges Oberhaupt war zur Erinnerung an den Putschversuch nach Conakry gekommen. Somit war die Gelegenheit, dass die DDR zum guineischen Volk sprechen konnte, von sehr geringem Wert. Unter den Hörern der Rede des DDR-Delegierten war auch der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, François Mitterand.¹⁰⁶⁰

Da die DDR die Feierlichkeiten nutzen wollte, um für sich und ihre Interessen in Afrika zu werben, wurde ein Maßnahmenkatalog im Vorfeld der Veranstaltung am 24. Oktober 1972 durch das MfAA erarbeitet. Zu den Maßnahmen gehörten Staatstelegramme von Erich Honecker, Otto Ulbricht und Willy Stoph an Sekou Touré, von Willy Stoph an Ministerpräsident Dr. Béavogui, von Gerald Götting an Parlamentspräsident Leon Maka und von Außenminister Winzer an seinen Kollegen Fili Sissoko. Zudem eine Fernsehsendung von Tele-Atlas über die Beziehungen zwischen der DDR und Guinea, ein Horizont-Artikel, ein ADN-Korrespondentenbericht für den Nachrichtendienst und eine Information der DDR-Presse für das Inland.¹⁰⁶¹ Die Veranstaltung geriet für das ZK der SED insgesamt trotz der geringen Beteiligung zu einem guten Erfolg. Dass die DDR offensichtlich von der Invasion profitiert hatte, regte den Redakteur François Poli von der Zeitschrift Jeune Afrique am 11. Dezember 1971 zu der Aussage an:

„Ich weiß, dass nach der Landung vom 22. November verschiedene Missionen aus den Ländern des Ostens in Conakry eintrafen, und ich habe besonderen Grund zu der Annahme, dass zur gleichen Zeit gewisse Experten der Spezialdienste Bulgariens und der DDR eintrafen, was einige Tage zuvor durch Sékou Touré zugegeben wurde. Ich glaube, von der Wirklichkeit nicht weit entfernt zu sein, wenn ich sage, dass es in der Anklage des guineischen Führers gegen Bonn eine Revanche der DDR gibt.“¹⁰⁶²

¹⁰⁵⁹ PA AA, MfAA, C 544/74. 414/L 59. Abt. Nord- und Westafrika Sektor Westafrika I. Imperialistische Aggression gegen die Republik Guinea 1970-1972. Fiche 1. Seite 1.

¹⁰⁶⁰ PA AA, MfAA, C 544/74. 414/L 59. Abt. Nord- und Westafrika Sektor Westafrika I. Imperialistische Aggression gegen die Republik Guinea 1970-1972. Fiche 1. Seite 3.

¹⁰⁶¹ Ebd. S. 16.

¹⁰⁶² Ebd. S. 18.

3.5 Internationale Kritik

Die internationale Kritik an der Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die portugiesische Kolonialpolitik wurde an mehreren Stellen laut. Einerseits kam diese aus Afrika selbst durch die Befreiungsbewegungen, die von der Sowjetunion und China unterstützt wurden wie die PAIGC, FRELIMO und MPLA. Andererseits kam sie aus der Bundesrepublik Deutschland durch Organisationen und Vereine wie der Deutschen Afrika Gesellschaft (DAG) und dem Angola Komitee. Publikationen und Schriften sowie Berichte der Beamten des AA wurden analysiert, um einen Überblick über die vielfältige Kritik an der Portugalpolitik der Bundesregierungen von 1960 bis 1974 zu geben.

Kritik an der Bundesregierung von den Befreiungsbewegungen

Die Befreiungsbewegungen äußerten sich wiederholt zur Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für Portugal. Amilcar Cabral erklärte 1966 vor dem 24er Ausschuss für Entkolonialisierung der UNO in Algier, bei Luftangriffen auf das Dorf Djagali am 5. Juli 1966 wären vier Jagdbomber vom Typ G-91 mit deutschen Hoheitszeichen beteiligt gewesen. Auf Anfrage der deutschen Botschaft Lissabon teilte das portugiesische Verteidigungsministerium mit, dass *„sich in Portugiesisch-Afrika vier der von Deutschland gelieferten Flugzeuge vom Typ Fiat G-91 R-4 befänden, die aber am Angriff auf Djagali nicht teilgenommen hätten.“* Außerdem, dass *„alle portugiesischen Flugzeuge – auch die von Deutschland übernommenen – ausschließlich portugiesische Hoheitszeichen trügen.“*¹⁰⁶³ Die portugiesische Regierung dementierte die Waffenlieferungen der Bundesrepublik Deutschland an Portugal und auch die Verwendung in den afrikanischen Gebieten.¹⁰⁶⁴ Als Folge der Anklagen Cabrals wiederholten einige UNO-Delegierte aus Afrika und Asien die Klage an die Bundesrepublik Deutschland, Portugal zu unterstützen und mehr in das „Weiße“ Afrika, als in das „Schwarze“ Afrika zu investieren. Darauf notierte der UNO-Gesandte der Bundesregierung von Braun lakonisch, *„die afrikanischen VN-Missionen seien personell nicht in der Lage und teilweise auch sachlich nicht gewillt, Probleme gründlich zu studieren.“*¹⁰⁶⁵

¹⁰⁶³ AAPA 1966 Bd. II., Dok. 242 S. 1020-1022 01.08.1966 Aufzeichnung Ministerialdirektor Harkort. In einer späteren Nachforschung stellte das AA fest, dass die FIAT G-91 Jagdbomber alle das portugiesische Hoheitszeichen trugen und Cabrals Informanten die Hoheitszeichen tatsächlich nicht unterscheiden konnten. Der Einsatz der Flugzeuge über Portugiesisch-Guinea blieb aber als Faktum erhalten.

¹⁰⁶⁴ United Nations General Assembly, official Records, Annexes 21st. Session, Bd. 1, S. 1-797. Bericht des 24er Ausschusses für Entkolonialisierung tagend vom 23. Mai bis zum 22 Juni 1966 in Daressalam, Mogadischu, Addis Abeba, Kairo und Algier.

¹⁰⁶⁵ AAPA 1966 Bd. II., Dok. 250 S. 1046 ff. von Braun aus NY von der UNO 09.08.1966.

In seinem Buch „Die Revolution der Verdammten“ stellt Cabral fest, dass Portugal unter den NATO-Staaten vor allem von der Bundesrepublik unterstützt wurde.

„Gegen uns setzen sie [Anmerkung des Verfassers: die Portugiesen] die modernsten Waffen ein, die sie von ihren alliierten erhalten konnten; von den Vereinigten Staaten, Deutschland, Belgien, Italien, Frankreich etc. Sie benutzen jede Art von Bomben außer den nuklearen. Beispielsweise benutzen sie seit Beginn des Kampfes Napalmbomben gegen uns. Auch benutzen sie bewaffnete Fahrzeuge. Sie benutzen B-26, T-6 und P-2V Flugzeuge sowie Fiat 82s und Fiat 91s Jäger und Sabres, die sie von Kanada und Deutschland erhalten.“¹⁰⁶⁶

Das AA reagierte erst 1970 auf die anhaltende Kritik, aber nicht mit einer veränderten Politik, sondern mit der Entsendung von Wischnewski als Gesprächspartner.¹⁰⁶⁷ Der SPD-Politiker sollte inoffiziell mit Cabral sprechen, um der afrikanischen Kritik zu begegnen.

„Herr Wischnewski, der wiederholt in Guinea weilte, genießt bei der dortigen Regierung ein großes Ansehen. Er gilt als Freund des Landes. Über Sekou Touré hat Wischnewski auch die Möglichkeit, inoffiziell mit dem Führer der Widerstandsbewegung in Portugiesisch-Guinea, Cabral, Verbindung aufzunehmen, was für uns von Wert ist, um der gegen uns gerichteten Propaganda im Zusammenhang mit unseren Waffenlieferungen an Portugal an verantwortlicher Stelle entgegenzutreten zu können. Schließlich bietet sich Guinea auch für die Zukunft als Ort möglicher Vermittlungen an.“¹⁰⁶⁸

Kritik an der Bundesregierung durch die DAG

In einer Publikation der DAG¹⁰⁶⁹ aus dem Jahr 1970 wurde die militärische Unterstützung der Bundesregierung für Portugal wiederholt angegriffen. Besonders herausgestellt wurde der Fakt, dass die Bundesrepublik genau dann Portugal belieferte, als viele andere NATO-Mächte ihre Militärhilfen zurückstellten oder begrenzten. Erst nach 1961 wurden die wichtigen Kurzstartflugzeuge vom Typ DO-27 an die portugiesische Armee geliefert und in Afrika mit Raketen und Maschinengewehren bestückt.

„Die für die Kolonialkriegführung Portugals wichtigen Lieferungen der Bundesrepublik setzten in dem Augenblick ein, als andere Mächte sich zu einem Embargo entschlossen. 1961 kamen die ersten von mehr als 50 Leichtflugzeugen

¹⁰⁶⁶ Cabral, Amilcar (1974): Die Revolution der Verdammten. Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau. Berlin, S. 65-66.

¹⁰⁶⁷ Anlass dazu gab die guineische Bitte, Sicherheitsmaterial für die Polizei von der Bundeswehr zu erhalten.

¹⁰⁶⁸ AAPA 1970 Bd. I., Dok. 73 S. 305 Aufzeichnung Harkort 24.02.1970.

¹⁰⁶⁹ Zu dieser Zeit waren bereits eine Reihe von Wissenschaftlern in der DAG tätig, die vor allem aus Linken bestand. Durch das besondere Engagement dieser Wissenschaftler wurden der DAG auch im weiteren Verlauf die Mittel gekürzt. Der Spiegel 48/1974 vom 25.11.1974.

Do 27 A-4, die in „Esquadrilhas de Ligação“ zur Guerillabekämpfung eingesetzt werden und wegen ihrer Kurzstarteigenschaften in Afrika besonders verwendungsfähig sind. Im selben Jahr verhängte die konservative englische Regierung über Portugal ein Embargo für Transfers nach Afrika.“¹⁰⁷⁰

Die DAG teilte diese Einschätzung ebenfalls. Denn die Bundesrepublik hatte im Jahr 1966 von allen NATO-Staaten die modernsten Düsenjäger an die portugiesische Luftwaffe geliefert. Nachweislich wurden viele dieser Jagdbomber in Afrika und vor allem Mosambik eingesetzt.

„Im Januar 1966 wurde bekannt, dass die Bundesrepublik den Portugiesen 40 Kampfflugzeuge Fiat G-91 R-4 geliefert hatte – der grösste Posten an Kampfflugzeugen, noch dazu modernster Bauart, den die portugiesischen Streitkräfte im vergangenen Jahrzehnt überhaupt erwerben konnten. Mit diesen Flugzeugen wurde die Equadra 52 gebildet, die zunächst auf dem Flugplatz Bissau (Base Aérea 12 oder BA 12) in Portugiesisch-Guinea stationiert wurde und sich heute auf dem Flughafen Beira (BA 10) in Mozambique befindet. Inzwischen haben die Portugiesen noch Basen in Nampula (AB 5, für Aéródromo Base), Nova Freixo (AB 6), Loureço Marques (AB 8) und vor allem in der Nähe des Cabora Bassa Dammes bei Tete (AB 7) eröffnet, die auch von den G-91 Jabos benutzt werden können.“¹⁰⁷¹

Dazu hatte Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel am 26. Januar 1966 eine Erklärung abgegeben, in dem er den Einsatz der Flugzeuge in Portugiesisch-Afrika ausschloss. Auch darauf berief sich die DAG in ihrer Darstellung.

„Die Bundesrepublik Deutschland hat an Portugal 40 überschüssige Flugzeuge des Typs Fiat G-91 verkauft. Der Verkauf fand auf der Grundlage des Prinzips der wechselseitigen Hilfe zwischen NATO-Partnern statt. Die Lieferung schliesst eine zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der portugiesischen Regierung vereinbarte Klausel ein, die feststellt, dass die Flugzeuge ausschliesslich in Portugal für Verteidigungszwecke innerhalb des Rahmens des Nordatlantikpaktes verwendet werden.“¹⁰⁷²

Aus diesem Grund stellte die DAG auch fest, dass die Bundesregierung anscheinend die Öffentlichkeit nicht über den wahren Sachverhalt informieren wollte. Besonders schwerwiegend erwies sich, dass eben kein anderer NATO-Partner dazu bereit war, der portugiesischen Armee moderne Düsenjäger oder gar Flugzeuge mit ähnlichen Kurzstarteigenschaften wie die DO-27 zu überlassen.

„Die Bonner Position ist vornherein auch daher unglaubwürdig, weil den Deutschen bekannt war, dass die portugiesische Regierung in keinem anderen Land, auch nicht von seinen NATO-Partnern, Kampfflugzeuge käuflich erwerben konnte. Auch die USA, die als einziges westliches Land neben der Bundesrepublik den Portugiesen noch Militärhilfe aus öffentlichen Mitteln

¹⁰⁷⁰ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁷¹ PAAA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁷² Ebd. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

gewährten, weigerten sich, den Portugiesen Kampfflugzeuge zu liefern, weil der beabsichtigte Verwendungszweck offenkundig war.“¹⁰⁷³

Auch bezüglich der bereits im zweiten Kapitel erwähnten deutschen Korvetten, die in der Hamburger Werft Blohm & Voß gebaut wurden, hatte die Bundesregierung der portugiesischen Marine unter die Arme gegriffen. Eines der drei Schiffe war, als die Schrift verfasst wurde, bereits in Angola eingesetzt worden.

„Ferner wurden in Hamburg drei Korvetten für die portugiesische Marine gebaut, die schon deswegen nicht für die NATO bestimmt sein können, weil Portugal dieser überhaupt keine Marineeinheiten unterstellt hat. Das erste Schiff befindet sich inzwischen, einem südafrikanischen Pressebericht zufolge, in Angola.“¹⁰⁷⁴

Die DAG resümierte treffend, dass auch der Ausschuss des Bundestages für Verteidigung die Unterstützung Portugals befürwortete. Im Hinblick auf den Staudamm bei Cabora Bassa beurteilten die Redakteure die Lage dermaßen, dass aufgrund der Schutzmaßnahmen, die von der portugiesischen Armee getroffen wurden, sogar noch mehr Bundeswehrmaterial an Portugal verkauft werden müsse.

„Der Verteidigungsausschuss des Bundestages unterstützte diese Politik. Er hatte im Jahre 1968 bereits ausdrücklich die Fortsetzung der Lieferungen an Portugal befürwortet. Das Fazit dieser militärpolitischen Analyse ist eindeutig: Will man die Bonner Politik nicht der absoluten Uninformiertheit zeihen, so bleibt nur der Schluss übrig, dass bisher die Kolonialkriegsführung Portugals willentlich unterstützt wurde. Die Portugiesen haben Anlass, auch für ihre Rüstungen zum Schutze des Cabora Bassa-Dammes bundesdeutsche Lieferungen zu erwarten, solange dies nicht durch Gesetz ausgeschlossen ist.“¹⁰⁷⁵

Die Unterstützung der Bundesregierung für Portugal wurde auch von den afrikanischen Präsidenten aus Nachbarstaaten angesprochen. Während seines Aufenthaltes in Bonn erklärte Sambias Präsident Kaunda, der gleichzeitig auch Präsident der OAU war, gegenüber Bundeskanzler Willy Brandt, dass er die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland verurteilte.

„Über unsere militärische Zusammenarbeit mit Portugal sagte Kaunda, sie erfolge sowohl bilateral als auch multilateral. Er könne nur hoffen, dass alle, die mit Portugal zusammenarbeiten, weder direkt noch indirekt die portugiesischen Aktionen in den afrikanischen Besitzungen unterstützen.“¹⁰⁷⁶

Im Gegenzug zu Kaundas Verurteilung beteuerte Willy Brandt, dass die Lieferungen von Flugzeugen, Schiffen und sonstigen Militärmaterial nur unter der Einhaltung der Endverbleibsklausel getätigt wurden. Wenn der sambische Präsident beweisen könnte,

¹⁰⁷³ Ebd. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁷⁴ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁷⁵ Ebd. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁷⁶ Ebd. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

dass dieses Material von Portugal auch in Afrika eingesetzt wurde, würde die Bundesregierung den Verbleib der Lieferungen überprüfen lassen.

„Wir seien Partner Portugals in der NATO und hätten nicht vor, diese nicht-ideologische Organisation zu verlassen. Als Allianzpartner arbeiten wir selbstverständlich auch militärisch zusammen. Waffenlieferungen würden aber im Falle Portugals nur bei strikter Anwendung der Endverbleibsklausel durchgeführt. Falls Kaunda Fälle bekannt seien, in denen Portugal sich nicht an diese Klausel gehalten habe, so bitte er, uns derartige Verstöße mitzuteilen, damit sie gegebenenfalls korrigiert werden könnten.“¹⁰⁷⁷

Kritik durch das deutsche Angola-Komitee

Zum ersten Mal wurde das AA auf die Gründung des deutschen Angola-Komitees 1964 aufmerksam.¹⁰⁷⁸ Der World University Service und einige deutsche Studenten hatten das Angola-Komitee gegründet. Die Mitglieder des Komitees wollten Flüchtlinge aus Angola unterstützen, Ausbildungsplätze vermitteln und die Angolaner auf die spätere Unabhängigkeit vorbereiten. An dem Komitee waren auch Bundestagsabgeordnete aus allen Fraktionen beteiligt. Das AA informierte die Botschaften in Lissabon und im Kongo-Leopoldville über die Gründung des Komitees. Diese wiederum sollten das Telegramm an weitere Niederlassungen weiterleiten. Neben dem Angola-Komitee hatte sich auch eine afrikanische Organisation gebildet, die den Befreiungsbewegungen finanzielle Unterstützung zugesagt hatte.

„Im April 1963 haben sich auf der All-Afrikanischen Konferenz in Addis-Abeba neun afrikanische Staaten zu einem Befreiungs-Komitee für die portugiesischen Kolonien und Südafrika zusammengeschlossen. Sie verpflichten sich, 1% ihres jährlichen Nationaleinkommens für die Vorbereitung gemeinsamer militärischer Aktionen bereitzustellen.“¹⁰⁷⁹

Das deutsche Angola-Komitee setzte sich auch aus Politikern des Bundestages zusammen.¹⁰⁸⁰ Es fällt auf, dass unter den Mitgliedern und Sympathisanten viele Wissenschaftler waren.

¹⁰⁷⁷ Ebd. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201.

¹⁰⁷⁸ Das Angola-Komitee fand unter der jungen intellektuellen Elite Westdeutschlands durch seine, vor allem an der Dependenztheorie, anhaftende Kritik an der Afrikapolitik und der Außenpolitik der Bundesregierung, große Unterstützung. In dieser Zeit entstanden eine Reihe von Werken, die vor allem auch die Entwicklungshilfe für die dritte Welt verurteilten. Vgl. Ripken, Peter (1978): Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft. Berlin. Mit Beiträge zu Mosambik, Angola, Zimbabwe, Namibia und Südafrika von Peter Ripken, Gottfried Wellmer, Ruth Weiß, Bettina Decke, Anna Tekere und Henning Melber.

¹⁰⁷⁹ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. 18. März 1964 Referat I A 4 an Léopoldville und Lissabon.

¹⁰⁸⁰ Von der SPD waren Peter Blachstein MdB aus Hamburg, Hans Jürgen Wischnewski MdB aus Köln, Heinrich Gewandt MdB aus Hamburg von der CDU sowie die Wissenschaftler Dr. Ansprenger aus Berlin, Dr. Georg Hüssler aus Freiburg, Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer aus Dortmund, Dr. Karl Pross aus Bremen und Prof. Dr. Robert Spaemann aus Stuttgart. An dem Komitee sollten noch weitere Personen des öffentlichen Lebens teilnehmen. Adolf Wischmann, Bischof Dr. Friedrich Wunderlich, Dr. Gerhard Stoltenberg MdB, Dr. Joachim Besser, Peter Grubbe, Prof. Dr. Eugen Kogon, Bernhard Tacke, Prof. Dr.

In seiner Einschätzung zum Angola-Komitee, hielt das Referat I B 3 des AA fest, dass es von einigen Politikern unterstützt wurde. Außerdem hielt das Referat fest, dass es mit der Arbeit des Komitees einverstanden war, so lange Portugal selbst nicht angegriffen wurde.

„Das Angola-Komitee wird in seiner Tätigkeit von namhaften Bundestagsabgeordneten, die sich seit langem persönlich für die afrikanischen Verhältnisse interessieren, unterstützt, so von Herrn Gewandt und Herrn Wischnewski, ebenfalls scheinen katholisch kirchliche Kreise ihre Mitarbeit zugesagt zu haben, Prof. Dr. Spaemann, Stuttgart. Da einige Personen des Initiativ-Kreises hier bekannt sind, ergibt sich wohl die Möglichkeit darauf hinzuwirken, dass das Angola-Komitee sich in seiner Arbeit nicht zu Angriffen auf die portugiesische Regierung als solche hinreißen lässt. Anlaß zum Eingreifen erscheint nicht gegeben, wenn auch gewisse Reaktionen auf portugiesischer Seite wohl zu erwarten sind. Die Tätigkeit des Angola-Komitees könnte andererseits zur Stärkung unserer Ansehens und Einflusses in den afrikanischen Staaten beitragen.“¹⁰⁸¹

Die Reaktion auf die Gründung aus Portugal folgte auf dem Fuße. Das portugiesische Außenministerium war verstimmt, weil sogar ein CDU-Mitglied (Gewandt) beteiligt war. Mehr aber noch, weil der Vorsitzende des Studentenrates Lothar Krappmann um eine Reise nach Angola bat. Diese wurde ihm auf Einwirken von Botschafter Schaffarczyk beim portugiesischen Außen- und Überseeministerium gewährt. Schaffarczyk hatte bereits im Vorfeld der Gründung darum gebeten, dass das AA das Komitee überwachen würde.¹⁰⁸²

Eine erste Maßnahme des Komitees war eine Einladung an Holden Roberto von der UPA in die Bundesrepublik Deutschland. Sowohl Gewandt als auch Wischnewski wollten Roberto in die Bundesrepublik Deutschland einladen, auch wenn dieser von keiner offiziellen Stelle empfangen werden konnte. Der Kontakt wurde über den kongolesischen Politiker Adoula hergestellt. Adoula war mit Holden Roberto befreundet und hatte erklärt, dass dieser gerne einreisen und sogar mit den Portugiesen verhandeln würde. Das Treffen sollte durch die Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert werden.

„Da Holden Roberto während der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Kenia von den Rotchinesen Waffenangebote angenommen hat, sollte von westlicher Seite

Gerhard Wurzbacher. Weitere Sympathisanten waren Lothar Krappmann Vorsitz der Studentenschaft, Ignaz Bender, Dr. Imanuel Geiß, Christoph Bertram, Dieter Bielenstein, Christa Plath, Dr. Gerhard Grohs, Klaus Meschkat und Peter Dietrich. Ebd. 18. März 1964 Referat I A 4 an Léopoldville und Lissabon.

¹⁰⁸¹ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. Bonn 20. März 1964 Referat I B 3 Vermerk.

¹⁰⁸² PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. 21. März 1964 Telegramm aus Lissabon Schaffarczyk an Bonn.

jede Möglichkeit genutzt werden, um Holden Roberto auf seiner grundsätzlich pro-westlichen Linie zu halten.“¹⁰⁸³

Der Besuch Holden Roberts in der Bundesrepublik Deutschland kam nicht zu Stande. Nach 1964 verhielt sich das Angola-Komitee recht bedeckt in seinen Tätigkeiten. Erst 1972 machte es wieder auf sich aufmerksam. Im gleichen Jahr sprachen einige SPD-Abgeordnete beim parlamentarischen Staatssekretär Moersch in der Angelegenheit vor. Die Kritik des außenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Fraktion an der Afrikapolitik der Bundesregierung hatte sich verstärkt. Es wurde der Bundesregierung vorgeworfen, sich nur verbal für das Selbstbestimmungsrecht in Afrika zu engagieren. Sie distanzieren sich auch zu wenig von Südafrika und Portugal und setze die UN-Sanktionen nicht um. Die SPD-Politiker befürchteten die DDR würde durch ihre Solidarmaßnahmen für die afrikanischen Befreiungsbewegungen die Blockfreien Staaten für sich gewinnen.

Die SPD-Politiker argumentieren mit den immer noch stark linken Strömungen an den westdeutschen Universitäten, die Cabora Bassa und andere Formen der Unterstützung für Portugal kritisierten. Einzelne SPD-Abgeordnete hätten eigene Initiative ergriffen und sich so von der SPD-Bundesregierung abgewendet.

Die SPD-Politiker wollten eine Neuausrichtung der Afrikapolitik der Bundesregierung erreichen. Moersch erklärte ihnen, dass sich die Afrikapolitik gemäß den Leitlinien der Botschafterkonferenz in Abidjan von 1968 in den Augen des AA und der Bundesregierung bewährt hatte. Nahezu zu allen afrikanischen Staaten würde die Bundesregierung freundschaftliche Beziehungen pflegen. Insgesamt war 1971 an schwarzafrikanische Staaten Kapitalhilfe im Wert von 293 Millionen DM und Technische Hilfe im Wert von 124,5 Millionen DM ausgegeben worden. Moersch erklärte weiter, dass die Bundesrepublik an den Europäischen Entwicklungsfond (EEF) in den Jahren 1958 bis 1971 1,6 Milliarden DM für Entwicklungshilfe eingezahlt hatte. Dies und das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker waren nach Moersch die Beweise für die richtige Afrikapolitik der Bundesregierung. Die Bundesregierung halte sich an die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates. *„Mit Portugal werde zur Zeit erneut wegen der Endverbleibsklausel verhandelt. Abseits der Öffentlichkeit wird mit Caetano die Ultramar-Politik Portugals diskutiert.“*¹⁰⁸⁴

¹⁰⁸³ PA AA, B 34, Bd. 517 Mocambique 1964, Luanda Angola 1964, Alle Berichte 1964. 9. Januar 1964 Bonn Abteilung I B 3.

¹⁰⁸⁴ PA AA, B 3, Bd. 20. AA an den Parlamentarischen Staatssekretär Moersch vom 09.03.72.

3.6 Zusammenfassung

Das Kapitel weitet den Blick auf die deutsch-portugiesischen Beziehungen auf den afrikanischen Kontinent aus. Diese Beziehungen, vor allem die militärische Unterstützung der portugiesischen Armee durch die Bundeswehr und durch westdeutsche Unternehmen, hatten enorme Auswirkungen auf die deutsche Afrikapolitik. In vielen jungen afrikanischen Staaten drohte die Pro-westdeutsche Stimmung zu kippen. Nur durch die entwicklungspolitischen Anstrengungen der Bundesrepublik und auch der westdeutschen Industrie konnte die Anerkennung der DDR verhindert werden. Doch auch diese Investitionen halfen nicht überall. Guinea und Tansania hatten die DDR anerkannt, Guinea erst nach der fehlgeschlagenen portugiesischen Invasion. Dieser westafrikanische Staat stellt das beste Beispiel für die gefährlichen Implikationen der deutsch-portugiesischen Beziehungen in Afrika dar. Die in Guinea tätigen Bundeswehrsoldaten, die dort Straßen bauten, mussten ebenso das Land verlassen, wie die anderen mehr als hundert Entwicklungshelfer.¹⁰⁸⁵

Die DDR versuchte, so scheint es, in den Aufzeichnungen alles, um aus der gescheiterten Invasion Kapital zu schlagen. Es gelang ihr jedoch nur bedingt. Die Bundesrepublik Deutschland scheint für viele afrikanische Staaten ein zu wichtiger ökonomischer Faktor gewesen zu sein, als dass eine lange Abstrafung für das westdeutsche Engagement in und für Portugal durchgehalten werden konnte. Aus einer zeitweisen Verstimmung und einer Anerkennungswelle der DDR in diesen Staaten nach der Aufnahme beider deutscher Staaten in der UNO wurde ein schnelles Umschwenken auf die weiter bereitwillig geleistete Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland. Die Befreiungsbewegungen versuchten immer wieder Kontakt zur Bundesregierung aufzunehmen, um Unterstützung zu erhalten. Außer den Kirchen, Gewerkschaften und privaten Organisationen, konnten sie jedoch auf keine Unterstützung zählen. Daher überraschte es auch nicht, dass die Befreiungsbewegungen vor allem leichte Infanteriewaffen aus der Sowjetunion und aus China einsetzten. Die Bundesrepublik Deutschland leistete nur wenig Militärhilfe in dieser Zeit an afrikanische Staaten.¹⁰⁸⁶ Wichtige Hilfen erhielten vor allem Tansania und Nigeria. Aus diesen beiden Staaten erhielten auch die Befreiungsbewegungen Waffen, gut möglich

¹⁰⁸⁵ Am schlimmsten musste der Brauereieinhaber Adolf Marx die Folgen der Invasion erfahren. Erst nach drei Jahren Gefangenschaft und Folterungen gelang es der italienischen Botschaft, den Unternehmer zu befreien.

¹⁰⁸⁶ Wie bereits erwähnt beispielsweise an Tansania. Vgl. Albrecht, Ulrich (1980): Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln. Vgl. auch Albrecht, Ulrich; Sommer, Birgit A. (1972): Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik. Hamburg.

ist, dass dieses Material der Bundeswehr, dass an die tansanische und nigerianische Armee geliefert wurde, an die Befreiungsbewegungen weitergegeben wurde.

Die Flugzeuge und Schiffe, die von Portugal in der Bundesrepublik Deutschland gekauft wurden, wurden restlos alle in den afrikanischen Kolonien Portugals eingesetzt. Schon früh war dieser Fakt auch den Befreiungsbewegungen bekannt. Zusammen mit dem Ostblock und der Sowjetunion verbreiteten sie Informationen über den Einsatz der Waffen aus den NATO-Staaten, vor allem auch aus der Bundesrepublik Deutschland. Sogar vor der UNO warf Amilcar Cabral der Bundesregierung vor, dass Flugzeuge mit deutschen Hoheitszeichen ein Dorf in Portugiesisch-Guinea bombardiert hätten. Es stellte sich zwar heraus, dass die Hoheitszeichen portugiesisch waren, die Flugzeuge wurden jedoch von der Bundeswehr geliefert.

Als Antwort auf die ausbleibende Reaktion der Bundesregierung wuchs der innenpolitische Druck, die militärische Zusammenarbeit mit Portugal zu beenden. Sogar durch wissenschaftliche Veröffentlichungen übten Privatpersonen Kritik an der bisherigen Außenpolitik. Politiker der SPD und anderen Parteien schlossen sich zusammen, weil sie von der Linie ihrer Partei enttäuscht waren. In der Folge entwickelten sich überstaatliche Bewegungen wie das Angola-Komitee, das mit Publikationen über die militärische Unterstützung Portugals darüber aufklärte und belegen konnte, wo die Flugzeuge und Schiffe in den Kolonien eingesetzt wurden. Lakonisch versuchten Politiker der CDU und Beamte des AA die berühmtesten Anhänger, zugleich führende SPD-Politiker wie Matthöfer des Angola-Komitees in ihrem Engagement zu begrenzen.

Die innenpolitische Kritik von Parteien und Organisationen an der portugiesischen Kolonialpolitik hatte keine Konsequenzen für die in Angola und Mosambik lebenden Deutschen. Die Evakuierung setzte erst ein, als auch die Portugiesen und die anderen Ausländer zwischen 1974 und 1975 Afrika verließen. Die Befreiungskämpfer in Portugiesisch-Afrika schonten die Deutschen vor Ort, auch die deutschen Firmen und ihre Baustellen oder Plantagen wurden nicht angegriffen. Merkwürdig bleibt, dass es wohl das eine oder andere Abkommen im Hintergrund zwischen Firmen und den Befreiungsbewegungen gab. Näheres dazu konnten jedoch weder deutsche noch portugiesische Akten ans Licht bringen.

Nach der Nelkenrevolution 1974 und der Aufgabe der Kolonien in den folgenden Jahren verflachte die Kritik der jungen afrikanischen Staaten an der Bundesrepublik Deutschland. Die Grenzstaaten der Republik Südafrika blieben zwar aufgrund der

Unterstützung des Apartheidregimes kritisch gegenüber der Bundesregierung eingestellt, nach 1990 änderte sich dies jedoch mit dem Fall des Regimes. Letztlich lässt sich feststellen, dass die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland unabhängig von den Parteien hauptsächlich zu den Kolonialmächten hielt und eben nicht zu den jungen afrikanischen Staaten. Dies war bereits der Fall während des Algerienkrieges, als die Bundesregierung die französische Regierung unterstützte. Das Kapitel zeigt auf, dass sich diese Haltung während des portugiesischen Kolonialkrieges bestätigte.¹⁰⁸⁷

4. Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit betrachtet die deutsch-portugiesischen Beziehungen im Zeitalter der Dekolonisation im Zeitraum 1960 bis 1974. Die Konzentration auf die militärische Kooperation beider Staaten liefert zunächst einmal eine detaillierte Grundlagenforschung. Die aufgrund umfangreicher Archivarbeit zutage geförderten Ergebnisse erleichtern bei jeder weiteren Auseinandersetzung mit der Materie die Analyse und Bewertung dieser durchaus speziellen Beziehungen. Eingangs stand die Frage nach dem Wert der militärischen Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für Portugal. Aus dieser Fragestellung entwickelte sich durch die Analyse und Bewertung des untersuchten Aktenmaterials die These, dass die Bundesrepublik Deutschland der aus portugiesischer Sicht wichtigste militärische NATO-Partner im untersuchten Zeitraum war.

Aus den ausgewerteten Akten lassen sich darüber hinaus weitere wichtige Schlussfolgerungen ziehen und Forschungsfragen stellen, die zu aktuellen Debatten in der Auseinandersetzung mit der Rolle der Bundesrepublik Deutschland während der Aufklärung der Kolonialreiche in Afrika einen Beitrag leisten:

1. Die Bundesrepublik Deutschland trug ganz entscheidend zum Erhalt der portugiesischen Diktatur während des portugiesischen Kolonialkriegs von 1961 bis 1974 bei.
2. Die Unterstützung erfolgte militärisch, durch die bereits dargestellten Lieferungen von gebrauchtem Bundeswehrmaterial, aber auch finanziell durch die Gewährung von Krediten, wie dem für den Bau der Staudämme in Alentenjo ab 1963.

¹⁰⁸⁷ Vgl. Bley, Helmut (Hg.) (1978): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge der deutschen Afrika-Politik. Reinbek bei Hamburg. Hier besonders: Rode, Reinhard: Bonn und Pretoria: Lerndefizite und Lernerfolge in der Südafrika-Politik der Bundesregierung. S. 88 – 121.

3. Diese politisch motivierte Unterstützung lässt sich eins zu eins mit der Unterstützung Frankreichs durch die Bundesrepublik Deutschland während des Algerienkrieges 1954 bis 1962 vergleichen. Bei beiden Konflikten suchte die Bundesregierung über das AA international das Bild eines nur wenig involvierten Partners zu vermitteln. Dies war in beiden Fällen jedoch leidlich gelungen und für alle Beteiligten vor allem auch in Afrika leicht zu durchschauen.
4. Daraus lässt sich wiederum aus europäischer Perspektive ableiten, dass die Bundesrepublik Deutschland sich über verschiedene Regierungskonstellationen hinweg für eine Stärkung der westlich geprägten Demokratie in den westeuropäischen Staaten eingesetzt hat. Die These der von Adenauer initiierten und seinen Nachfolgern weitergeführten Politik der Westintegration lässt sich daher um das Beispiel Portugal erweitern.
5. Andererseits kann aber auch aus afrikanischer Sicht das Urteil gefällt werden, dass die Bundesrepublik Deutschland bei der Aufrechterhaltung der Kolonialreiche alle angeforderte Unterstützung leistete, sofern der europäische NATO-Verbündete (Frankreich, Portugal) dies wünschte. Dieses Bild muss noch um die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die Republik Südafrika erweitert werden. Diese trug mehr noch als der portugiesische Kolonialkrieg oder der Algerienkrieg zu einem negativen Gesamteindruck der Bundesrepublik Deutschland im Afrika südlich der Sahara bei. Denn im Vergleich zu den anderen beiden Fällen verhinderte hier eine von vornherein breiter öffentliche Aufmerksamkeit eine Geheimhaltung. Diese Ausgangssituation hatte wiederum massive Auswirkungen auf die Konzeption der deutschen Afrikapolitik und die internationale Stellung der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise bei der UNO.
6. Obwohl das AA 1965 intern festgelegt hatte, keine Waffen oder Rüstungsgüter mehr in Spannungsgebiete zu liefern und fast alle Staaten des südlichen Afrikas dazu erklärt hatte, wurde die portugiesische Armee bis 1973 unterstützt. Hieraus lassen sich einige Schlüsse ziehen, die auch unter den Entwicklungen im Jahr 2014 aktuell werden.

Den historischen Hintergrund dieser Arbeit bilden der Kalte Krieg und die Auseinandersetzungen zwischen den Systemen in Ost und West. Zu der Zeit als 1961 die Mauer in Berlin gebaut wurde und die Kubakrise 1962 die Welt an den Rand eines

heißen Krieges führte, zu jener Zeit befand sich Portugal bereits im Kolonialkrieg in Angola. Die Auflösung des portugiesischen Weltreiches hatte 1961 mit der militärischen Besetzung von Goa durch die indische Armee und durch die Auflösung der letzten portugiesischen Bastion São João Baptista d'Ajudá in Dahomey, an der afrikanischen Westküste im heutigen Benin, seinen Anfang genommen.¹⁰⁸⁸

Die Bundesrepublik Deutschland war unter dem Eindruck der Ereignisse um den Mauerbau und die Auseinandersetzungen um die Deutschland- und Berlin-Frage auf der Suche nach treuen und verlässlichen Verbündeten. Die USA erwiesen sich nach dem Mauerbau und der Kuba-Krise nicht als der zuverlässige Partner, dem im Notfall vertraut werden konnte. Die erwartete Konfrontation mit der Sowjetunion blieb aus, vielmehr setzte eine Phase der Entspannung ein, die mit der Einrichtung des heißen Drahts zwischen Washington und Moskau symbolisiert wurde. Die Anliegen der westdeutschen Politiker schienen für das weltpolitische Gefüge nicht dringend genug.

Die engen Beziehungen zu Frankreich, dass Adenauer während des Algerienkrieges unterstützte und mit dem 1963 noch ein umfangreicher Freundschaftsvertrag geschlossen wurde, waren innenpolitisch umstritten. Die Grande Nation erwies sich zu der Zeit nicht als zuverlässig genug, zumal mit der Auflösung des französischen Kolonialreiches der internationale Einfluss des früheren Erbfeindes zu schwinden begann.

Die Alternative dazu war die Einbindung möglichst vieler westeuropäischer Staaten mit antikommunistischer Ausrichtung in die 1952 geschaffene Wirtschaftsunion EGKS, die sich bereits 1957 zu einer politisch motivierten EWG weiterentwickelt hatte. Die Strategie dahinter bestand darin, einen stabilen Mittelblock in Westeuropa zu schaffen, der möglichst schnell wirtschaftlich und politisch unabhängig von den USA agieren konnte. Wirtschaftlich gesehen wollte sich die deutsche Wirtschaft einen sicheren Markt öffnen, auf dem sie möglichst ohne hohe Zollgebühren und dank offener Grenzen und Wareneinfuhr-Begrenzungen ihre Produkte abzusetzen suchte. Aus der sicherheitspolitischen Perspektive war eine engere Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die anderen westeuropäischen Staaten vor allem für den

¹⁰⁸⁸ PA AA, B 26, Bd. 106. Der Präsident Dahomeys Hubert Maga weilte am 19. Juli 1961 auf Einladung der Hessischen Landesregierung in Westdeutschland bei dem späteren Konsul der Bundesrepublik Deutschland Toder. Er beklagte sich während seines Aufenthalts bitter über die portugiesische Kolonialpolitik.

Verteidigungsfall gegen eine angenommene sowjetische Invasion aus der DDR heraus von großer Bedeutung.¹⁰⁸⁹

1. Die Bundesrepublik Deutschland trug ganz entscheidend zum Erhalt der portugiesischen Diktatur während des portugiesischen Kolonialkriegs von 1961 bis 1974 bei.

Portugal war einer der Kandidaten, die der jungen Bundesrepublik Deutschland unter dem Eindruck des letzten Weltkrieges nicht besonders kritisch gegenüberstanden. Ein weiterer dieser Kandidaten war Spanien unter Franco. Doch beide iberischen Nationen waren durch ihre Diktatur und deren Verbundenheit zum Dritten Reich international und auch in restlichen Teil Westeuropas belastet, so dass eine Kontaktaufnahme nur einseitig erfolgen konnte. Es verwundert daher nicht, dass die portugiesische Regierung früh wieder stabile Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen suchte. Dass sich hier aber auch gegenseitige Interessen ausmachen ließen, ist dann doch eine kleine Überraschung, die noch größer wird, da dieses Interesse auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland vor allem militärisch bedingt war.

Besondere Aufmerksamkeit erhielten zwei Staudämme in Portugal und in Mosambik. Während der Bau des Staudamms im portugiesischen Alentejo von der westdeutschen Öffentlichkeit fast vollkommen vergessen wurde, löste der Bau des Staudamms im mosambikanischen Cabora Bassa Kontroversen aus. Diese reichten weit über die Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland auch in die westdeutsche Gesellschaft hinaus. Neben den Befreiungsbewegungen äußerten sogar NATO-Partner Kritik und sorgten dafür, dass wie im Falle Schwedens, die schwedischen Firmen sich aus dem Prestigeprojekt zurückzogen. Alle Bekundungen, dass das Projekt vor allem den Mosambikanern helfen sollte, blieben in der Öffentlichkeit relativ erfolglos. Das unter der Bundesregierung der Großen Koalition gestartete und mit Hermeskrediten der KfW geförderte Projekt sorgte daher bis zum Ende des Krieges für Gesprächsstoff. Einige portugiesische Generäle waren sogar der Ansicht, dass der Krieg in Mosambik langfristig hätte gewonnen werden können.¹⁰⁹⁰ Einen Beitrag dazu hat auch der Staudamm geleistet, weil er es Mosambik ermöglichte, Strom nach Südafrika und Rhodesien zu verkaufen und diese Länder sich auch an dem Schutz der Bauarbeiten beteiligt hatte. Mit den Devisen konnte sich die mosambikanische Wirtschaft

¹⁰⁸⁹ Schröter S. 30. Dies war nach Angaben Schröters jedoch von Anfang an ein Trugschluss. Neueste Erkenntnisse lassen den Schluss zu, dass eine sowjetische Invasion in Westdeutschland und Westeuropa nicht geplant war. Allerdings merkt Schröter einschränkend an, dass hier noch genauere Erkenntnisse aus den Archiven in Moskau fehlen.

¹⁰⁹⁰ Vgl. Arriaga, Kaulza de (1973): *A luta em Mocambique 1970-1973*. Lisboa.

stabilisieren und einen Beitrag für die monetären Anstrengungen des portugiesischen Mutterlandes bei der Finanzierung des Kolonialkrieges leisten.

In der Folge suchten beide Wirtschaftsministerien die Handelsbilanz dadurch zu verbessern, dass Aufträge von der Bundeswehr an die portugiesische Militärindustrie vergeben wurden. Doch für Portugal geriet dieses Geschäft zu einem Verlust. Viele Fabriken stellten ihre Produktion in der Erwartung um, dass konstant über einen längeren Zeitraum immer wieder Aufträge des BMVg an die portugiesische Militärindustrie vergeben würden. Nach dem Ausbleiben dieser Aufträge mussten vereinzelt Unternehmen trotz finanzieller Unterstützung des Staates sogar Standorte schließen. Dennoch profitierte die portugiesische Armee zunächst von der Modernisierung der Fabriken, die auch mit modernsten Maschinen aus Westdeutschland zu Produktion von Infanteriewaffen und Munition ausgerüstet wurden. Die Verbesserung der militärischen Ausrüstung wurde schrittweise durchgeführt, noch bevor der Kolonialkrieg in Angola begann und den Niedergang der portugiesischen Kolonialherrschaft einläutete. Die Vergabe der Aufträge kam zu einem Zeitpunkt, als in Afrika nur ein paar Staaten unabhängig waren. In Algerien wurde der Konflikt durch die Machtübernahme de Gaulles in Frankreich beendet. Aus diesem Grund gab es keine innenpolitischen Konsequenzen, nicht einmal eine Kleine Anfrage im Bundestag von einer der Oppositionsparteien wie der SPD. Erst nach 1961, als auch die Deutschen Pflanzler und Kaufleute in Angola in Gefahr gerieten, hinterfragten kritische Stimmen unabhängig davon die militärische Unterstützung für Portugal. Die weitere Entwicklung sollte zeigen, dass vor allem die Vertreter der deutschen Afrikapolitik und das AA in Erklärungsnot gerieten und nicht das BMVg oder die Bundesregierung. Aus dem Aktenstudium lässt sich eine klare Tendenz ablesen: Das AA war von den weitgehenden Entscheidungen des BMVg meist schlecht informiert oder gar im Nebel gelassen worden. Bereits bei den ersten Geschäften von westdeutschen Rüstungskonzernen mit der portugiesischen Armee noch zu Beginn des portugiesischen Kolonialkrieges war das AA gegen die Auslieferung der Patrouillenboote. Ebenso verhielt es sich auch bei der Lieferung der Düsenjäger 1965 und bei allen folgenden größeren Waffenlieferungen der Bundeswehr an die portugiesische Armee als Rekompensation für die Einrichtung der Bundeswehrstützpunkte in Portugal. Das BMVg betrachtete den portugiesischen Kolonialkrieg aus einer gänzlichen anderen Perspektive als das AA. Für die Bundeswehr war Portugal vor allem aus

sicherheitspolitischen Gründen wichtig. Das BMVg wollte mit diesen Maßnahmen das Wohlwollen der portugiesischen Regierung für die Stützpunkte in Portugal erreichen.

2. Die Unterstützung erfolgte militärisch durch die Lieferungen von gebrauchtem Bundeswehrmaterial, aber auch finanziell durch die Gewährung von Krediten, wie dem für den Bau der Staudämme in Alentejo 1963.

In Portugal fand die Bundeswehr die lange gesuchten Militärstützpunkte für den Aufbau eines Nothafens, zur Errichtung von Depots, von Krankenhäusern, eines Fernmeldezentrams, einer Flugzeugwerft und eines Luftwaffenstützpunkts für das Training von Düsenjägerpiloten, wie es die NATO-Strategie zur damaligen Zeit erforderlich machte. Für die Einrichtung dieser Stützpunkte musste die Bundeswehr der portugiesischen Armee gebrauchtes militärisches Gerät und überschüssige Waffen, Flugzeuge und Munition übergeben. Außerdem sorgte sie dafür, dass die portugiesische Militärindustrie Aufträge von der Bundeswehr zur Produktion von Waffen und Munition erhielt. Ein von der portugiesischen Seite von Anfang an gewollter Nebeneffekt dieser Maßnahme war die Modernisierung der portugiesischen Streitkräfte durch die Lizenzproduktion von deutschen Gewehren, Maschinengewehren und dazugehöriger Munition. Weitere Geschäfte, um auch Flugzeuge und Fahrzeuge in Portugal auf der Basis von Lizenzen zu produzieren, wurden direkt mit der westdeutschen Industrie getätigt, mit Unterstützung des Bundesverteidigungsministeriums. Als die Stützpunkte aufgrund von Budgetproblemen im BMVg und der mehrmals veränderten NATO-Strategie aufgegeben werden mussten, erhielt die portugiesische Armee abermals Flugzeuge und ausgemustertes militärisches Gerät als Entschädigung. Darüber hinaus lässt sich nachweisen, dass das BMVg über seine Dienststellen in Portugal, namentlich die ZDVP, bemüht daran war, Kontakte zur westdeutschen Rüstungsindustrie herzustellen, um beispielsweise die Lieferung der UNIMOG zu ermöglichen. Was die Sache pikant macht ist, dass es keinen Schriftverkehr mit dem AA gibt, der über eine Ausfuhrgenehmigung Aufschluss gibt. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Fahrzeuge, ob gepanzert oder nicht, mit Wissen aller beteiligten Ministerien an Portugal geliefert wurden. Die Dokumentationen über die portugiesischen Empfängerfirmen in Lissabon, aber auch in Angola und Mosambik lassen den Schluss zu, dass hier über dritte Firmen Geschäfte getätigt wurden, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Interessant werden lässt diese Entwicklung, dass eine Lieferung von mehreren tausend LKW der Firma Borgward in Bremen vom AA und der Bundesregierung im Jahr 1961 an die portugiesische Armee

verhindert wurde. Was sich wie eine politische Auseinandersetzung zwischen SPD-Landesregierung und CDU-Bundesregierung liest, führte nach dem Scheitern des Geschäfts zur Insolvenz und Auflösung des Unternehmens. Ein nicht uninteressanter Aspekt ist, dass daraufhin die portugiesische Armee im großen Stil wie bereits beschrieben, die UNIMOG kaufte und es gegen diese Lieferung keinerlei Veto gab. Es gibt eine ganze Reihe ähnlicher Fälle, die nach 1961 immer wieder zu einem kurzzeitigen Lieferstopp für Munition oder Ausrüstungsgegenstände führten. Diese Ausfuhr-Verweigerung war jedoch immer nur temporär befristet und wurde nach kurzer Zeit aufgehoben. Daraus lässt sich die These ableiten, dass das AA und die Bundesregierung zu keiner Zeit ein Interesse daran hatten, die Lieferung von militärischem Material, dass von der portugiesischen Armee benötigt wurde, dauerhaft zu verhindern. Im Gegenteil gab es doch immer wieder mit dem Verweis auf die Stützpunkte der Bundeswehr in Portugal Gründe dafür die Ausfuhrgenehmigungen, ohne Debatten im Bundestag oder in etwaigen Ausschüssen, zu erteilen.

Dieses Material setzte die portugiesische Armee ab 1968 vor allem in Portugiesisch-Guinea und Mosambik ein, denn dort spitzte sich die Lage immer mehr zu. Die deutsch-portugiesischen Beziehungen in dem behandelten Zeitraum waren dann auch ganz entscheidend von dem militärischen Hintergrund des portugiesischen Kolonialkriegs in Afrika geprägt. Zur Behandlung von verwundeten portugiesischen Soldaten flogen Hubschrauber und Flugzeuge auch nach Hamburg. Im Bundeswehrkrankenhaus in Wandsbek wurden dort über die gesamte Zeit des Kolonialkrieges schwer verwundete Soldaten von portugiesischen Ärzten und Krankenschwestern behandelt. Streng abgetrennt von den Besuchern und den anderen Patienten bekam die Öffentlichkeit in Westdeutschland nichts mit. Diese Maßnahme wurde durch das erste Verwaltungsabkommen zwischen beiden Nationen aus dem Jahr 1960 ermöglicht. Die Bundesregierung und die beteiligten Ministerien sahen die militärische Unterstützung Portugals als notwendiges Übel, um in Portugal die strategisch wichtigen Stützpunkte zu unterhalten. Denn auch wenn die Stützpunkte nach 1968 ihren strategischen Wert verloren hatten, ganz aufgeben wollte sie das BMVg nicht. Die Stützpunkte und die Pläne zum Ausbau der brachliegenden Baustellen wurden daher niemals ganz ad acta gelegt, sondern sollten zunächst durch das portugiesische Militär, vielleicht auch durch staatliche oder private Firmen genutzt und instand gehalten werden. Bereits Anfang der siebziger Jahre wurde zumindest der Luftwaffenstützpunkt Beja intensiv von mehreren Jagdbomber-Staffeln vom Typ Fiat G91 genutzt. Er wurde noch bis 1993 von der

Bundesluftwaffe zu Übungszwecken genutzt, danach jedoch an die portugiesische Luftwaffe übergeben.

Eine politische Diskussion um die Stützpunkte wurde in der Bundesrepublik Deutschland nicht geführt. Keine der drei großen Parteien stellte die Präsenz der Bundeswehrstützpunkte infrage. Aufgrund der Afghanistandebatte¹⁰⁹¹ erscheint es nur folgerichtig, dass es in dieser Frage einen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland auch schon zu einer Zeit gab, in der die Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg noch besonders frisch waren. Daher überrascht auch nicht, dass Mitarbeiter der halbstaatlichen Dornierwerke in Angola direkt die DO-27 Flugzeuge zusammensetzten, mit denen die portugiesischen Piloten kurze Zeit später ihre Angriffe auf die Befreiungskämpfer und angolanische, guineische oder mosambikanische Dörfer flogen. Durch die konstante Lieferung von verschiedenen Rüstungsgütern und Waffen seitens der Bundesrepublik Deutschland stellte sie sich als der verlässlichste Partner Portugals während des Kolonialkrieges heraus.¹⁰⁹²

Zusammen mit den Maßnahmen, um Firmen wie Heckler & Koch, aber auch Krupp oder anderen die Geschäftstätigkeit in Afrika und Europa zu erleichtern, setzte die Bundesregierung auf die Gewährung von staatlichen Hermes Krediten über die KfW. Die in der Arbeit näher aufgeschlüsselte Vorgehensweise von Krupp in Angola zeigt auf, dass der westdeutschen Industrie vor allem daran gelegen war, Zugang zu den wichtigsten Rohstoffen und Waren aus Afrika zu erhalten. Zur Not musste dies auch unter der Beteiligung der aktuellen und ehemaligen Kolonialstaaten sowie mit den afrikanischen Regierungen und Befreiungsbewegungen geschehen. Im Falle der deutsch-portugiesischen Beziehungen kann dieser Punkt letztlich vernachlässigt werden, da das Beispiel Krupp auch zeigt, dass das Unternehmen sehr wahrscheinlich in Absprache mit den Befreiungsbewegungen seinen Geschäften während des Kolonialkrieges nachging und auch nach der Machtübernahme der MPLA in Angola diese fortsetzen konnte. Dies erscheint besonders pikant, weil nach dem Ende der portugiesischen Herrschaft über Angola gleich mehrere Befreiungsbewegungen um die Macht stritten und das Land in einen Bürgerkrieg stürzten. In diesem Bürgerkrieg

¹⁰⁹¹ Gemeint ist die Afghanistandiskussion um die vom ehemaligen Verteidigungsminister Struck aufgeworfene These, dass Deutschland am Hindukusch verteidigt wird.

¹⁰⁹² Frankreich war im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland sogar UN-Mitglied und unterstützte Portugal vor den Augen der internationalen Weltgemeinschaft. De Gaulle sah in dem Kampf Portugals zwar den gleichen Kampf, wie ihn Frankreich in Algerien geführt hatte, jedoch konnte er die Bemühungen verstehen, die Salazar und Marcello Caetano aufwandten, um das afrikanische Kolonialreich für Portugal zu retten. Siehe: Marcos, Daniel (2006): Portugal e a França na Década de 1960. A Questão colonial e o Apoio Internacional. In: *Relações Internacionais* (11), S. 31-45. Hier S. 35.

beteiligten sich ab 1976 die DDR als Förderer der MPLA und die Bundesrepublik Deutschland als indirekter Unterstützter der UNITA über das Apartheitsregime die Republik Südafrika. Ähnlich erging es auch anderen Firmen, wie dem US-amerikanischen Konsortium, das mit Wissen der Befreiungsbewegungen vor der Enklave Cabinda Öl förderte.

3. Diese Unterstützung lässt sich eins zu eins mit der Unterstützung Frankreichs durch die Bundesrepublik Deutschland während des Algerienkrieges 1954 bis 1962 vergleichen. Bei beiden Konflikten suchte die Bundesregierung über das AA international das Bild eines neutralen Beobachters zu vermitteln. Dies war in beiden Fällen jedoch leidlich gelungen und dieses Schauspiel für alle Beteiligten leicht zu durchschauen.

Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zum portugiesischen Kolonialkrieg lässt sich mit ihrer Rolle während des französischen Algerienkrieges vergleichen. Dies kann an mehreren Beispielen klar belegt werden. Die CDU-Regierung unterstützte Frankreich bei Sitzungen während der NATO und übte weder Kritik am Vorgehen der französischen Fallschirmjäger in Algier, noch nahm sie direkte Kontakte zur algerischen Widerstandsbewegung auf.¹⁰⁹³ Die SPD dagegen unterstützte von Anfang die algerischen Befreiungsbewegungen mit Geldern. Mitglieder der SPD eigenen Stiftung FES, zum Beispiel Hans Jürgen Wischnewski, schmuggelten Geldkoffer über die Grenzen.¹⁰⁹⁴ Private Waffenhändler aus dem Hamburger Umland versuchten von dem Konflikt zu profitieren und lieferten auf Frachtschiffen unter unterschiedlichsten Flaggen Waffen ins Mittelmeer, die über Tunesien nach Algerien gelangten.¹⁰⁹⁵ Die Bundesregierung reagierte damals auf die Forderung Frankreichs, diese Lieferungen zu unterbinden, mit Abwarten. Frankreich selbst errichtete eine Blockade vor der algerischen Küste, um Schiffe mit Waffen aufzubringen. Die Bundesregierung unternahm auch danach nichts. Die algerische Botschaft, im Keller der tunesischen untergebracht, wurde zwar verboten, doch geschlossen wurde sie nicht.¹⁰⁹⁶ Die Algerier konnten sich recht frei in Westdeutschland bewegen und Kontakte knüpfen. Viele

¹⁰⁹³ Cahn 2003, S. 247.

¹⁰⁹⁴ Vgl. Leggewie, Claus (1984): Kofferträger: Das Algerienprojekt der Linken in Adenauer-Deutschland. Berlin.

¹⁰⁹⁵ PA AA B 83, Bd. 79. Einzelfälle in Strafrechts- und Steuerrechtsfragen 1959-1962. Bonn am 17. Februar 1959 Aufzeichnung der Rechtsabteilung. Beschlagnahmung von deutscher Gewehrmunition im Hafen von Casablanca am 12.12.1958. Die Firma Genschow hatte Gewehrmunition (2,7 Mio. Patronen) aus Norwegen unerlaubt nach Marokko transportiert. Außerdem hatte Otto Schlüter bei einer Gerichtsverhandlung zugegeben, dass er Waffen, die in seiner Fabrik hergestellt wurden, nach Tunesien verschifft hatte. Da ihm nichts illegalis vorgeworfen werden konnte, wurde er freigesprochen.

¹⁰⁹⁶ Cahn 2006, S. 464.

algerische Arbeiter gründeten Vereine und Gesellschaften zur Unterstützung der FNLA, ohne dass das Innenministerium dies verbot.

Bei vielen dieser aufgeführten Punkte lassen sich Parallelen zu den deutsch-portugiesischen Beziehungen während der portugiesischen Dekolonisation in Afrika ziehen. Während die Bundesregierung alles tat, um den NATO-Partner mit militärischen Gütern und Investitionen zu unterstützen, knüpfte die Opposition Beziehungen mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen. Kirchliche Organisationen versorgten diese mit Medikamenten und Spendengeldern. Auf der anderen Seite stehen private Waffenhändler, die unter Vermittlung über das BMVg Geschäfte mit der portugiesischen Armee abwickelten.

4. Daraus lässt sich wiederum aus europäischer Perspektive ableiten, dass die Bundesrepublik Deutschland sich über verschiedene Regierungskonstellationen hinweg für eine Stärkung der westlich geprägten Demokratie in den westeuropäischen Staaten eingesetzt hat. Ein weiterer Beweis für die von Adenauer initiierte und seinen Nachfolgern weitergeführte Politik der Westintegration lässt sich um das Beispiel Portugal erweitern.

Der wichtigste gemeinsame Nenner lässt sich jedoch an der kontinuierlichen Unterstützung der beiden NATO-Partner während deren Dekolonisationsphase in Afrika festmachen: die Strategie der Westintegration. Die Geschehnisse des Jahres 1960 überraschten das AA, obwohl bereits in der Afrikakonferenz 1959 anklang, dass Frankreich und Großbritannien sich schrittweise von ihren Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent trennen wollten.¹⁰⁹⁷ Bemerkenswert bleibt, dass die portugiesischen Kolonien auf der Konferenz nicht behandelt wurden. Es überrascht daher nicht, dass der portugiesische Kolonialkrieg ab 1961 das AA unvorbereitet traf und sich nicht um den NATO-Partner, sondern um die Deutschen in Angola sorgte. Ob der portugiesische Kolonialkrieg in den folgenden Konferenzen behandelt wurde, ist unklar, weil Aufzeichnungen über diese Besprechungen in den Archiven nicht auffindbar waren.¹⁰⁹⁸ Gesonderte Besprechungen über das Vorgehen gegenüber Portugal fanden im AA nicht statt. Stattdessen wurden Anweisungen an die Botschafter erteilt, wie gegenüber den anderen afrikanischen Staaten die Unterstützung für Portugal vertreten werden sollte. Die deutschen Botschafter in den jungen afrikanischen Staaten

¹⁰⁹⁷ Vgl. Gülstorff, Torben (2010): The white man's burden? Die bundesrepublikanische Afrikapolitik um 1960 zwischen „moralischer Verantwortung“ und „realen Interessen,“ In: Zeitgeschichte Online. <http://www.zeitgeschichte-online.de/Themen-Guelstorff-10-2010> aufgerufen am 22.10.2010.

¹⁰⁹⁸ Spärliche Aufzeichnungen sind lediglich von der Konferenz in Entebbe, Uganda 1962 im PAAA erhalten.

versuchten sich vor allem, an die deutsche Afrikapolitik zu halten und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. Als Teil der Hallsteindoktrin suchten sie eine Anerkennung der DDR durch die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern zu verhindern. Diese Politik drohte durch die Unterstützung der Bundesregierungen für die portugiesische Kolonialpolitik ad absurdum zu führen. Auf die Spitze brachte es ein Botschafter in Nigeria, der im Jahr 1972 berichtete, dass nach dem Rückzug der Portugiesen auch die Bundesrepublik Deutschland im Süden und Westen Afrikas zumindest zeitweise nicht mehr erwünscht war.¹⁰⁹⁹

5. Aus afrikanischer Sicht kann aber auch das Urteil gefällt werden, dass die Bundesrepublik Deutschland bei der Aufrechterhaltung der Kolonialreiche alle angeforderte Unterstützung leistete, sofern der europäische Verbündete (Frankreich, Portugal) dies wünschte. Dieses Bild muss noch um die Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland für die Republik Südafrika erweitert werden. Diese trug mehr noch als der portugiesische Kolonialkrieg oder der Algerienkrieg zu einem negativen Gesamteindruck der Bundesrepublik Deutschland im Afrika südlich der Sahara bei. Diese Ausgangssituation hatte wiederum massive Auswirkungen auf die Konzeption der deutschen Afrikapolitik und die internationale Stellung der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise bei der UNO.

In Mosambik blieb der Staudambau bei Cabora Bassa nicht die einzige Gelegenheit für die Befreiungsbewegungen, den Ostblock, angrenzende afrikanische Staaten die Bundesrepublik Deutschland für ihre Politik zu verurteilen. Auch das Massaker von Wiryamu geriet zum Anlass, einmal mehr darauf hinzuweisen, dass die Waffen mit denen das Massaker angerichtet wurde, aus der Bundesrepublik Deutschland stammten. Die Beziehungen der Bundesregierung zur Republik Südafrika halfen ebenfalls nicht und ließen die Investitionen in den Aufbau von Industrien in den afrikanischen Staaten in den Schatten treten. Bereits ab 1970 schien die Armee der Republik Südafrika zumindest im Süden Angolas und Mosambiks Überwachungsaufgaben aus der Luft für die Portugiesen zu übernehmen. Rhodesien, unter dem Regime von Ian Smith, unterstützte die portugiesische Kolonialverwaltung in Mosambik sowohl wirtschaftlich als auch militärisch. Als die britische Regierung die Häfen von Beira und Lourenço Marques eben wegen jener engen Beziehungen sperrte, beteiligte sich die

¹⁰⁹⁹ PA AA, B 14, Bd. 1890. Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsmaterial 1971-1972. Referat 201. Botschaft Lagos 18. Mai 1972 Reaktion auf die Stellungnahme der BRD zur VN Sicherheitsratsresolution Nr. 312.

Bundesregierung nicht daran. Die UN-Sanktionen gegen Rhodesien und Portugal nahm sie zwar zur Kenntnis reagierte jedoch nicht darauf, weil sie nicht Mitglied der UNO war. Ähnlich verhielt es sich bei den Sanktionen gegen die Republik Südafrika. Es waren nicht die einzigen UNO-Beschlüsse, die von der Bundesregierung parteienübergreifend ignoriert wurden. Bei diesen Beispielen zeigte sich, dass sich die junge Bundesrepublik Deutschland wegen ihrer Geschichte in einer Sonderrolle wähnte, die es ihr erlaubte ihre eigene Politik zu verfolgen, obwohl sie auch Rücksicht auf die Außenpolitik der DDR nehmen musste. Denn als 1973 beide deutschen Staaten in die UNO aufgenommen wurden, gab es keinen Grund mehr die UN-Sanktionen nicht zu befolgen. Bis dahin argumentierte die Bundesrepublik Deutschland stets, dass sie in ihrer Rolle als Beobachter lediglich die UN-Beschlüsse zur Kenntnis nehmen brauchte, sie aber nicht befolgen musste.¹¹⁰⁰

Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland in der Frage des portugiesischen Kolonialkrieges, gegenüber der Apartheid in der Republik Südafrika und die Aufgabe der Hallsteindoktrin sorgten dafür, dass in der Folge des UNO-Beitritts beider deutscher Staaten die DDR von einer Welle von Staaten anerkannt wurde. Darunter waren vor allem viele junge schwarzafrikanische Staaten, die sich davon eine Stärkung ihrer Position erhofften. Sie brachen ihre Beziehungen zu Westdeutschland jedoch nicht ab, so dass der Kurs der deutschen Afrikapolitik nicht völlig neu ausgerichtet werden musste. Das anfängliche große Engagement der Bundesrepublik Deutschland in Afrika verflachte in der Folge immer mehr, Botschaften wurden geschlossen und aus Budgetgründen wurden die Investitionen in die Entwicklungshilfe überprüft und schrittweise zurückgefahren. Beispiele dafür sind der Bau des Hafens von Lomé in Togo¹¹⁰¹ und die vielfältigen Investitionen in den beiden Kongo-Staaten sowie in Angola. Dieser Prozess begann bereits in den sechziger Jahren, als klar wurde, dass die afrikanischen Staaten sich nicht in der Weise entwickeln würden, wie von den westeuropäischen Staaten erwartet.

Die Rolle des natürlichen Vermittlers hat die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Afrikapolitik während des portugiesischen Kolonialkrieges nur sehr selten ausgefüllt. Aus Afrikanischer, aber auch aus portugiesischer Sicht war der Kurs zunächst pro-

¹¹⁰⁰ UNO-Sicherheitsrat Resolution 180. Unter Punkt 6 wurde beschlossen, dass kein UNO-Mitglied die portugiesische Regierung mit Waffen oder militärischen Gütern unterstützen sollte.

¹¹⁰¹ Bulletin des Presse und Informationsamtes. 1963 3. Quartal S. 1074 09.07.1963. Die Entwicklungshilfe für den Togo betrug nach Engel in dem Zeitraum 1965-1967 4,7 Mio. US \$ Dagegen betrug die Hilfe Frankreichs im gleichen Zeitraum 12,6 Mio. US \$. Nach Ulf Engel (2000): Die Afrikapolitik der BRD 1949-1999: Rollen und Identitäten. Münster, S. 249.

portugiesisch. Ab der Regierung Brandt differenzierte sich an dieser Stelle die Einschätzung der Bundesregierung des portugiesischen Kolonialkrieges. Die von der Bundesregierung vertretende Neutralität in diesem Konflikt stand, unter dem Eindruck der traditionell engen militärischen Beziehungen zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland, auf tönernen Füßen. Denn bereits unter der CDU-Regierung gab es beispielsweise Stipendien für junge Befreiungskämpfer.

6. Obwohl das AA 1965 intern festgelegt hatte, keine Waffen oder Rüstungsgüter mehr in Spannungsgebiete zu liefern und fast alle Staaten des südlichen Afrikas dazu erklärt hatte, wurde die portugiesische Armee bis 1973 unterstützt. Hieraus lassen sich einige Schlüsse ziehen, die auch unter den Entwicklungen im Jahr 2014 aktuell werden.

Wie bereits beschrieben hatte Franz Josef Strauß mit der Unterzeichnung des Verwaltungsabkommens 1960 die Ausgangslage für die enge militärische Kooperation geschaffen. Dass die an Portugal gelieferten Waffen und Rüstungsgüter in Angola, Guinea-Bissau und Mosambik und damit aus Sicht des AA in Spannungsgebiete geliefert wurden, war allen Beteiligten bewusst. Die Vereinbarung einer Endverbleibsklausel half nicht, die Verschiffung und Überführung des Materials nach Afrika südlich der Sahara zu verhindern. Bereits vor 1965 war dies auch den zuständigen Beamten im AA klar. Dennoch wurde die Ausfuhr weiteren Materials nach 1965 nicht verhindert. Einer der größten Deals, nämlich Bau und Auslieferung von drei Kriegsschiffen in einer Werft in Hamburg, wurden bis 1973 vertragsgerecht abgeschlossen.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die Bundesrepublik Deutschland aufgrund der vielfach aufgezählten Beispiele vor allem in den militärischen Beziehungen der engste Verbündete Portugals war.¹¹⁰² Die deutsche Afrika- und Portugalpolitik wurde massiv durch die Haltung zum portugiesischen Kolonialkrieg bedroht und, obwohl das Ansehen der Bundesregierung darunter litt, blieb sie klar auf der Seite ihres NATO-Partners. Denn obgleich die Investitionen in die Stützpunkte der Bundeswehr nach 1965 deutlich zurückgefahren wurden, liefen die Lizenzen für die Produktion der Gewehre, Handgranaten und Munition weiter. Die portugiesische Armee konnte die portugiesischen Soldaten bis nach 1974 mit diesen Handfeuerwaffen ausstatten.

¹¹⁰² Fonseca, Ana Monica (2007): *A Força das Armas*. Lisboa, S. 17. Fonseca ist der Ansicht, dass in der Periode von 1961 bis 1965 die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal intensiver waren als die zwischen Portugal und der USA oder Portugal und Großbritannien.

Privatwirtschaftlich wurden über den gesamten Zeitraum Fahrzeuge vom Typ UNIMOG an die portugiesische Armee über portugiesische Partnerfirmen geliefert. Spätestens die Unterstützung des demokratischen Prozesses in Portugal nach der Nelkenrevolution 1974 bis 1978 durch die Bundesregierung, vor allem das persönliche Engagement Willy Brandts, lassen sich als Bekenntnis zur Politik der Westintegration deuten. Parteienübergreifend arbeitete die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 darauf hin, in Westeuropa stabile und geordnete Verhältnisse zu erreichen. Zwischen den Supermächten war es zum Spielball der Interessen herabgestuft und wollte einen eigenen Ausweg daraus finden. Die Aufnahme Portugals 1986 in die EG besiegelte das Engagement der Bundesrepublik Deutschland, das in der Unterstützung des Salazarregimes während des portugiesischen Kolonialkrieges seinen geistigen Ursprung nahm.

5 Quellenverzeichnis

5.1. Ungedruckte Quellen

I. Das Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA)

Bestände der Politischen Abteilung (PA) des AA

B 26 Politische und handelspolitische Beziehungen zu Portugal 1949 – 1968

B 34 Politische und handelspolitische Beziehungen zu Angola, Mosambik, Senegal, Tansania, Guinea 1949 – 1968

B 60 Wirtschaftliche Beziehungen

B 62 Wirtschaftliche Beziehungen

Zwischenarchiv Politische und handelspolitische Beziehungen zu Portugal, Angola, Mosambik, Guinea, Senegal, Tansania 1968 – 1978

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA)

II. Das Militärarchiv Freiburg (BArch)

Bestände des BMVg

BW I Militärische Beziehungen zu Portugal, Guinea 1955 bis 1968

BW II Militärische Beziehungen zu Portugal 1968 bis 1978

Bundesarchiv Koblenz

BArch Kabinettsprotokolle A 104. (Online verfügbar)

III. Das Arquivo Salazar im Arquivo Nacional do Torre do Tombo (ANTT)

Aufzeichnungen des Sekretariats des Ministerpräsidenten

Handelspolitische und militärische Beziehungen zwischen Portugal und der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1957

IV. Das Arquivo Historico Diplomatico do Ministerio dos Negocios Estrangeiros (AMNE)

Aufzeichnungen des portugiesischen Außenministeriums 1949 bis 1968

V. Das Arquivo Historico Militar (AHM)

Aufzeichnungen des portugiesischen Verteidigungsministeriums 1949 bis 1968

VI. Das Arquivo Mario Soares (AMS)

Korrespondenz zwischen Mario Soares und der FES

VII. Das Arquivo Historico do Ministerio da Defesa Nacional (ADN)

Aufzeichnungen der gemischten deutsch-portugiesischen Kommission und des portugiesischen Verteidigungsministeriums 1949 bis 1974

VIII. Foreign Relations of the United States 1961-1963, Vol. XXI, Africa, Document 256.

IX. Dokumente der Vereinten Nationen (VN)

UNO-Sicherheitsrat, Resolution 180, 218.

5.2. Gedruckte Quellen

Auswärtiges Amt (1995): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994. Herausgegeben aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amtes. Bonn.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1997): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1949/50. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1999): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1951. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (2000): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1952. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2001): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1953. 2 Bände. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2010): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1962. 3 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1994): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. 3 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1995): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1964. 4 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1996): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1965. 3 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1997): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1966. 2 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1998): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1967. 3 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (1999): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1968. 2 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (2000): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1969. 2 Bände. München.

Blasius, Rainer A. (Hrsg.) (2001): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1970. 3 Bände. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2002): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1971. 3 Bände. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2003): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1972. 3 Bände. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2004): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1973. 3 Bände. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2005): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1974. 2 Bände. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2006): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1975. 2 Bände. München.

Pautsch, Ilse Dorothee (Hrsg.) (2007): Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1976. 2 Bände. München.

Zeitgenössische Zeitschriften

Der Spiegel 1960 bis 1976

6 Literaturverzeichnis

- Aguiar, Luiz (1977): Livro negro da Descolonizacao. Lisboa.
- Aguiar, Luiz (1978): a chamada Descolonizacao. Julgamento dos responsaveis. Lisboa.
- Albrecht, Ulrich (1980): Die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik. Analyse und Dokumentation. Köln.
- Albrecht, Ulrich; Sommer, Birgit A. (1972): Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik. Hamburg.
- Alípio, Elsa Santos (2006): Salazar e a Europa. História da adesão à EFTA (1956 - 1969). Lisboa.
- Almeida, Anibal (1974): Sobre o Ultramar. Fascismo e Guerra Colonial. Coimbra.
- Almeida, Dinis de (1977): Origens e Evolucao do Movimento dos Capitaes. Lisboa.
- Andrade, Mário de; Ollivier, Marc (1974): A guerra em Angola. Lisboa.
- Ansprenger, Franz (1974): Wiriyamu. Eine Dokumentation zum Krieg in Mozambique. München.
- Antunes, José F. (1991): Kennedy e Salazar. O leão e a raposa. Lisboa.
- Antunes, José F. (c1990): O factor africano, 1890 - 1990. Venda Nova Portugal.
- Antunes, José Freire (1980): O Segredo do 25 de Novembro. Lisboa.
- Antunes, José Freire (1992): Os americanos e Portugal 1969-1974. Nixon e Caetano promessas e abandono. Lisboa.
- Antunes, José Freire (1995): Roosevelt, Churchill e Salazar. A luta pelos Açores. Alfragide.
- Antunes, José Freire (1996): A guerra de Africa (1961-1974). Lisboa (Temas de história).
- Antunes, José Freire (1996): Jorge Jardim - agente secreto. [1919 - 1982]. 3. ed. Venda Nova Portugal.
- Antunes, José Freire (1997): Champalimaud. Lisboa.

Antunes, José Freire (2000): Portugal na guerra do petróleo. Os Açores e as vitórias de Israel 1973. Carnaxide (Obras de José Freire Antunes, 1).

Apostolopoulos, Dimitrios K. (2004): Die griechisch-deutschen Nachkriegsbeziehungen. Historische Hypothek und moralischer Kredit; die bilateralen politischen und ökonomischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums 1958 - 1967. Berlin (Europäische Hochschulschriften, 997).

Arriaga, Kaulza de (1973): A luta em Mocambique 1970-1973. Lisboa.

Aschmann, Birgit (1999): Treue Freunde...? Westdeutschland und Spanien 1945 - 1963. Stuttgart (Historische Mitteilungen : Beiheft).

Bacelar, Sérgio Augusto Margarido Lima (2000): A guerra em África 1961 - 1974. Estratégias adoptadas pelas forças armadas. Porto.

Baêna, Luís Sanches de (2006): Crónica dos feitos de Angola. Lisboa (Fuzileiros - factos e feitos na guerra de África 1961 - 1974 2).

Baêna, Luís Sanches de (2006): Fuzileiros Factos e Feitos na Guerra de África 1961/1974 Crónica dos Feitos de Mocambique. Lisboa (Fuzileiros - factos e feitos na guerra de África 1961 - 1974 4).

Baêna, Luís Sanches de (2006): Fuzileiros Factos e Feitos na Guerra de África 1961/1974 Crónica dos Feitos da Guiné. Lisboa (Fuzileiros - factos e feitos na guerra de África 1961 - 1974 3).

Bahr, Egon (1999): Willy Brandts europäische Außenpolitik. Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung).

Barradas, Acácio (2005): Agostinho Neto. Uma vida sem tréguas 1922-1979 ; edição alusiva ao 25. aniversário da morte do fundador da nação angolana e ao 30. aniversário da independência de Angola. Lisboa.

Bellers, Jürgen (2009): Deutsche Außenpolitik 1970. Velbert.

Bender, Peter (1986): Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag. München.

Benz, Wolfgang (2009): Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945-1949. Berlin.

Berner, Wolfgang (1974): Die Sowjetische Afrikapolitik: 1919-1974. Köln.

- Biblioteca Museu Republica e Resistencia (1996): Colonialismo e Guerra Colonial. Bibliografia. Lisboa.
- Bieber, Horst (1975): Portugal. Hannover.
- Birmingham, David (1993): A concise history of Portugal. 1. publ. Cambridge.
- Blankenhorn, Herbert (1980): Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979. Frankfurt am Main.
- Blasius, Rainer A.; Etzdorf, Hasso von (1994): Hasso von Etzdorf. Ein deutscher Diplomat im 20. Jahrhundert. Zürich.
- Bley, Helmut (1978): Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik; [Memorandum deutscher Afrika-Wissenschaftler]. Reinbek bei Hamburg.
- Booz, Rüdiger Marco (1995): Hallsteinzeit. Deutsche Außenpolitik 1955-1972. Bonn.
- Bosgra, S.J.; Van Krimpen, Ch. (1973): Portugal und die NATO. Amsterdam.
- Bosgra, S.J.; Van Krimpen, Ch. (sd 1969): Portugal and NATO. Amsterdam: Angola Comité.
- Bouhsini, Sabah (2000): Die Rolle Nordafrikas in den deutsch-französischen Beziehungen von 1950-1962. Aachen.
- Branco, Pedro Soares (2005): Exército português. Memória ilustrada = The Portuguese Army. Lisboa.
- Brandão, Fernando Castro de (2008): Estado novo. Uma cronologia. Lisboa.
- Brandt, Willy (1969): Regierungserklärung, 28. Oktober 1969.
- Bredow, Wilfried (Wiesbaden 2006): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Bredow, Wilfried von (2000): Demokratie und Streitkräfte. Militär, Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.
- Brown, Neville; Gutteridge, William (1964): The African military balance. London.
- Brunner, Stefan (1993): Deutsche Soldaten im Ausland. Fortsetzung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln? München.
- Brüne, Stefan: Die französische Afrikapolitik: Auswahlbibliographie. Hamburg 1988.

- Brüne, Stefan: Die französische Afrikapolitik: Hegemonialinteressen und Entwicklungsanspruch. Baden-Baden. 1995.
- Brüne, Stefan: Die Neue französische Afrikapolitik- face lifting oder außenpolitische Wende? In: Afrika Jahrbuch 97 (1997), S. 46-59.
- Cabral, Amilcar (1974): Die Revolution der Verdammten. Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau. Berlin.
- Cabral, Amilcar (1983): Die Theorie als Waffe. Schriften zur Befreiung Afrikas. Bremen.
- Cabrera, Ana (2006): Marcello Caetano. Poder e imprensa. Lisboa: Livros Horizonte.
- Caetano, Marcelo (2006): Marcelo Caetano. No exílio ; estudos, conferências, comunica-cões. Lisboa.
- Caetano, Marcelo (1963): Portugal e a Internacionalizacao dos Problemas Africanos. Da Liberdade dos Mares as Nacoes Unidas. Lisboa.
- Caetano, Marcelo (1969): Pelo Futuro de Portugal. Lisboa.
- Caetano, Marcelo (1970): Mandato Indeclinavel. Lisboa.
- Caetano, Marcelo (1973): Razoes da Presenca de Portugal no Ultramar. Lisboa.
- Caetano, Marcelo (1974): Depoimento. Rio de Janeiro.
- Cahn, Jean-Paul; Müller, Klaus-Jürgen (2003): La République fédérale d'Allemagne et la Guerre d'Algier 1954- 1962. Perceptions, implications et retombées diplomatiques. Paris.
- Calvao, Alpoim (1976): De Conakry ao MDLP. dossier secreto. Lisboa.
- Capitao, José Pedro (1974): O Problema Colonial. Lisboa.
- Carstens, Karl (1985): Franz Josef Strauss. Erkenntnisse, Standpunkte, Ausblicke. München.
- Carstens, Karl; Jena, Kai von (1993): Erinnerungen und Erfahrungen / Karl Carstens. Hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel. Boppard am Rhein (Schriften des Bundesarchivs, 44).
- Carvalho, José (2008): A formação de Salazar e o seu tempo. 1889-1926 ; CADC: o imparcial (1912-1919) e a formação política ideológica e doutrinária de António de Oliveira Salazar. Lisboa.

- Cataño, David (2006): *Paternalismo e Cumplicidade nas Relações Luso-Britânicas (1943-1949)*. In: *Relações Internacionais* 11, S. 19 – 29.
- Collado Seidel, Carlos (1991): *Die deutsch-spanischen Beziehungen in der Nachkriegszeit. Das Projekt deutscher Militärstützpunkte in Spanien 1960*. Saarbrücken (Forschungen zu Spanien, 6).
- Conze, Eckart; Frei, Norbert; Hayes, Peter, u.a. (2010): *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im dritten Reich und in der Bundesrepublik*. München.
- Creuzberger, Stefan (2009): *Westintegration und neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik*. Berlin.
- Crollen, Luc (1973): *Portugal, the U.S. and NATO*. Louvain (Studies in international relations, no. 1).
- Cunha, Alice Monteiro Pita Brito da (2007): *À descoberta da Europa. A adesão de Portugal às Comunidades Europeias*. Lisboa: Ministério de Negócios Estrangeiros.
- Cunha, Joaquim da Luz; u.a. (1977): *Africa. A Vitoria traida*. Lisboa.
- Daniels, R. J. (2004): *The End of an Era. The Memoires of a Naval Constructor*. Cornwall.
- Davezies, Robert (1968): *La guerre d'Angola*. Bordeaux.
- Davidson, Basil (1979): *A Politica da Luta armada. Libertacao Nacional nas Colonias africanas de Portugal*. Lisboa.
- Diario do Governo (1952): *Acordo de Defesa entre Portugal e os Estados Unidos da América, assinado em Lisboa em 6 de Setembro de 1951*. In: *Diario do Governo*, Jg. 1, H. 136, S. 1–12.
- Direcção Provincial dos Serviços de Geologia e Minas (1973): *Estatistica da Actividade Mineira 1973*. Luanda.
- Dreist, Peter (2004): *Wehrverwaltung im Auslandseinsatz – die Aufgabenwahrnehmung*. Köln.
- Döring, Hans Joachim (2005): *Freundschaftsbande und Beziehungskisten : die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik*. Frankfurt am Main.

- Döscher, Hans-Jürgen (1987): Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der "Endlösung". Berlin.
- Döscher, Hans-Jürgen (1995): Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität. Berlin.
- Döscher, Hans-Jürgen (2005): Seilschaften. Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amts. Berlin.
- von Eckardt, Felix (1967): Ein unordentliches Leben. Düsseldorf
- Eibl, Franz (2001): Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961 - 1966. München (Studien zur Zeitgeschichte).
- Engel, Ulf (2000): Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1949 - 1999; Rollen und Identitäten. Hamburg, Münster (Politics and economics in Africa).
- Engel, Ulf (2005): Navigieren in der Weltgesellschaft. Festschrift für Rainer Tetzlaff. Münster (Demokratie und Entwicklung, 58).
- Engel, Ulf; Schleicher, Hans-Georg (1998): Die beiden deutschen Staaten in Afrika. Zwischen Konkurrenz und Koexistenz 1949-1990. Hamburg (Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, 57).
- Fagundes, Francisco Cota (2011): Narrating the Portuguese diaspora. Piecing things together. New York.
- Felgas, Helio A. Esteves (1957): O Congo Belga. Ameaca ou proteccao para a defesa de Angola? Luanda.
- Felgas, Helio A. Esteves (1962): Aspectos politicos da Africa actual. Lisboa.
- Felgas, Helio A. Esteves (1963): A Africa Independente e a ONU. Braga.
- Felgas, Hélio Esteves (1961): Guerra em Angola. Lisboa: Teixeira.
- Fernandes, António José (2008): As relações internacionais e Portugal. Da Europa do mundo ao mundo da Europa. Lisboa.
- Fernando, Emídio (2005): O último adeus português. [história das relações entre Portugal e Angola ; do início da Guerra colonial até à independência]. 1. ed. Cruz Quebrada.
- Ferreira, Eduardo Sousa de (1975): Estruturas de Dependencia. As Relacoes Economicas de Angola e Mocambique com a RFA. Lisboa.

- Ferreira, Eduardo Sousa de (1977): *O Fim de uma Era. O Colonialismo Portugues em Africa*. Lisboa.
- Fleschenberg, Andrea (2004): *Vergangenheitsaufklärung durch Aktenöffnung in Deutschland und Portugal?* Münster.
- Fonseca, Ana Monica (2006): *Dez Anos de Relacoes Luso-Alemaes 1958-1968*. In: *Relacoes Internacionais*, H. 11, S. 47–60.
- Fonseca, Ana Monica (2007): *A Força das Armas: o Apoio da República Federal da Alemanha ao Estado Novo 1958-1968*. Lisboa.
- Fonseca, Ana Monica (2009): *The Federal Republic of Germany and the Portuguese Transition to Democracy 1974-1976*. In: *Journal of European Integration History* 15 (1), S. 35-56.
- Fonseca, Ana Monica (2009): *A República Federal da Alemanha e a Política Colonial do Estado Novo no início da década de 1960*. In: Fernando Clara (Hrsg.): *Outros Horizontes. Encontros Luso-Alemães em Contextos Coloniais*. S. 65-78.
- Fonseca, Ana Monica (2011): *É preciso regar os cravos! A Social-democracia alemã e a transição para a democracia em Portugal (1974-1976)*. Unveröffentlicht.
- Fortunato, José (1977): *Angola. Documentos do MPLA*. 2 Bände. Lisboa.
- Fraga, Luís Alves de (2004): *Força aérea na guerra em África. Angola, Guiné e Moçambique 1961 - 1974*. Lisboa.
- Freitas, Amadeu José de (1975): *Angola. O longo Caminho da Liberdade*. Lisboa.
- Garcia, Maria Madalena (1992): *Arquivo Salazar. Inventário e índices*. Lisboa.
- Garcia, Rita (2011): *SOS Angola. Os Dias da Ponte Aerea*. Alfragide.
- Genscher, Hans-Dietrich (1977): *Deutsche Außenpolitik*. Stuttgart.
- Godinho, José Magalhaes (1969): *Falar Claro*. Lisboa.
- Godinho, Vitorino Magalhaes (1976): *A Democracia socialista, um Mundo novo e um novo Portugal*. Amadora.
- Godinho, Vitorino Magalhaes (1978): *Para a Renovacao da Politica nacional*. Lisboa.
- Golder, Marko (Hg.) (1998): *Studien zur Zeitgeschichte Portugals. Militär und Parteien während der Nelkenrevolution 1974/75*. Unter Mitarbeit von Manuel von Rahden. Hamburg.

Gomes, Francisco Manuel Freitas (2006): Memórias de uma guerra inacabada. Portugal, os Estados Unidos e o processo de descolonização angolano. Lisboa.

Gouveia, Mapril (1974): Mocambique: O Passado e o Presente (1890-1974). Lourenco Marques.

Grässlin, Jürgen (2013): Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient. München.

Guevara, Gisela (2006): As Relações entre Portugal e a Alemanha em torno da África – Finais do Século XIX e Inícios do Século XX. Lisboa.

Grebing, Helga; Schöllgen, Gregor; Winkler, Heinrich August (Hg.) (2006): Willy Brandt. Berlin.

Greiner, Christian; Maier, Klaus A.; Rebhan, Heinz; Thoß, Bruno (2003): Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949 bis 1959. München (Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 4).

Grohs, Gerhard: Die Unterstützung der portugiesischen Afrika-Politik durch die Bundesregierung. In: Bley, Helmuth, Tetzlaff, Rainer: Afrika und Bonn. Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrika-Politik. Reinbeck bei Hamburg 1978, S. 70 – 87.

Gülstorff, Torben (2010): The white man's burden? Die bundesrepublikanische Afrikapolitik um 1960 zwischen „moralischer Verantwortung“ und „realen Interessen,“ In: Zeitgeschichte Online. <http://www.zeitgeschichte-online.de/Themen-Guelstorff-10-2010> aufgerufen am 22.10.2010.

Gülstorff, Torben (2007): Die Westdeutsche Kongopolitik 1954 – 1975. Kiel. Unveröffentlicht.

Haas, Wilhelm (1969): Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Bonn.

Hacke, Christian (2003): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Berlin.

Haftendorn, Helga (1971): Militäerhilfe und Rüstungsexporte der BRD. Duesseldorf.

Haftendorn, Helga (1971): Militärhilfe als Problem deutscher Außenpolitik. Nato-Verteidigungshilfe. In: Aus Politik und Zeitgeschichte : APuZ, Jg. 21, H. 28, S. 37 ff.

- Haftendorn, Helga (1974): Abrüstungs- und Entspannungspolitik zwischen Sicherheitsbefriedigung und Friedenssicherung. Zur Außenpolitik der BRD 1955 - 1973. Düsseldorf.
- Haftendorn, Helga; Wilker, Lothar; Wörmann, Claudia (1982): Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin (WAV-Studienbuecher : Recht u. Politik).
- Hallstein, Walter (1979): Europaeische Reden. Stuttgart.
- Hartmann, Jürgen (2009): Internationale Beziehungen. Wiesbaden.
- Hartig, Hendrik Alexander (2009): Humanitäre Einsätze der Bundeswehr 1960 bis 1976. Universität Mannheim. Staatsexamen.
- Hastings, Adrian (1974): Wiriyamu. London.
- Hastings, Adrian (1974): Wiriyamu. Stein, Nürnberg.
- Hellmann, Gunther (2006): Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Hubert, Heinz-Josef (1973): Wiriyamu darf nicht sterben. Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.
- Hücking, Renate; Launer, Ekkehard (1986): Aus Menschen Neger machen. Wie sich das Handelshaus Woermann an Afrika entwickelt hat. Hamburg.
- Jardim, Jorge (1976): Mocambique, Terra Queimada. Lisboa.
- Jardim, Jorge (1978): Rodesia. O Escandalo das Sancoes. Lisboa.
- José, Manuel Marques (1999): Pela pátria, esta missa de finados. Crónicas da guerra de África. Lisboa.
- Kahl, Joachim F. (1972): Pro und Kontra Portugal. Der Konflikt um Angola und Mosambik. Stuttgart.
- Kilian, Werner (2001): Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955 - 1973; aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. Berlin (Zeitgeschichtliche Forschungen).
- Knortz, Heike (2008): Diplomatische Tauschgeschäfte. Gastarbeiter in der westdeutschen Demokratie und Beschäftigungspolitik 1953 – 1973. Böhlau.
- Kohser-Spohn, Christiane (Hrsg.) (2005): Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts. Frankfurt am Main.

- Kruger, Dieter (2008): Schlachtfeld Bundesrepublik? Europa, die deutsche Luftwaffe und der Strategiewechsel der NATO 1958 bis 1968. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 56, H. 2, S. 171–227.
- Kühne, Thomas; Ziemann, Benjamin (2000): Was ist Militärgeschichte? Paderborn, München, Wien und Zürich. Bd. 6.
- Kum’a Ndumbe III, Alexandre (1992): Was will Bonn in Afrika? Zur Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland. Pfaffenweiler.
- Lahr, Rolf (1981): Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934 - 1974. Vorwort von Marion Gräfin Dönhoff. Hamburg.
- Lappenküper, Ulrich (2008): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis 1990. München.
- Lappenküper, Ulrich (1998): Die deutsch-französischen Beziehungen 1949 - 1963. Von der "Erbfeindschaft" zur "Entente élémentaire". München.
- Lappenküper, Ulrich (Hg.) (1996): Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. München.
- Lappenküper, Ulrich (1997): Ein besonderes Verhältnis Konrad Adenauer und Frankreich (1949 - 1963). Bad Honnef.
- Lara, Lucio (2000): Documentos e Commentarios para a Historia do MPLA. Lisboa.
- Leggewie, Claus (1984): Kofferträger. Das Algerienprojekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin.
- Leimgruber, Walter (1990): Kalter Krieg um Afrika. Die amerikanische Afrikapolitik unter Präsident Kennedy 1961-1963. Stuttgart.
- Lemke, Christiane (2008): Internationale Beziehungen. Grundkonzepte Theorien und Problemfelder. München, Wien.
- Lemos, Viana de (1977): Duas Crises. Lisboa.
- Levsen, Dirk (1993): "Eine schwierige Partnerschaft". Ausgew. Kap. zur Entwicklung d. politischen, militärischen u. rüstungstechnischen Beziehungen zwischen d. Bundesrepublik Deutschland u. d. Königreich Norwegen von 1949 bis 1966. Kiel.
- Loth, Heinrich (1975): Propheten - Partisanen - Präsidenten. Afrikanische Volksführer und ihre Widersacher. Berlin.

- Louçã, António (2000): Hitler e Salazar. Comércio em tempos de guerra, 1940 - 1944. Lisboa.
- Louçã, António (2002): Nazigold für Portugal. Hitler und Salazar. Wien.
- Louçã, António (2005): Conspiradores e traficantes. Portugal no tráfico de armas e de divisas nos anos do nazismo, (1933 - 1945).
- Louçã, António (2005): Portugal visto pelos Nazis. Documentos 1933 - 1945. Lisboa.
- Louçã, António (c1997): Negócios com os Nazis. Ouro e outras pilhagens, 1933 - 1945. Lisboa.
- Maier, Konrad (1990): Das Guinea Sékou Tourés. Zwischen Traditionalismus und Sowjetkommunismus. Erlangen, Nürnberg.
- Malhão-Pereira, Cristina (2007): Venturas e aventuras em África. Guiné, 1969 - 1970, Moçambique, 1971 - 1975, Regresso a África, 30 anos depois. Porto.
- Manuel, Franco; Franco, Manuela (Hg.) (2006): Portugal, os Estados Unidos e a África Austral. III conferência internacional FLAD-IPRI, 10 e 11 de Novembro de 2005. Unter Mitarbeit von Manuel Franco. Lisboa.
- Marcos, Daniel da Silva Costa (2006): Portugal e a França na Decada de 1960. A Questão Colonial e o Apoio Internacional. In: Relacoes Internacionais, H. 11, S. 31-46.
- Marcos, Daniel da Silva Costa (2007): Salazar e de Gaulle. A França e a questão colonial portuguesa, (1958 - 1968). Coimbra.
- Marinho, António Luís (2006): Operação mar verde. Um documento para a história. Lisboa.
- Martins, Fernando (1998): A política externa do Estado Novo, o Ultramar e a ONU. Uma doutrina histórica-jurídica (1955-68).
- Martins, José Jorge (2001): Guerra Colonial. Autópsia de uma operação. Porto.
- Martins, Maria Helena Gomes (2006): Portugal e a Aproximacao a Europa. Do Acordo de 1972 ao pedido de adesao. Lisboa.
- Martins, Susana (2005): Socialistas na oposição ao Estado Novo. [um estudo sobre o movimento socialista]. Lisboa.
- Marx, Adolf: Verflucht wer uns vergisst. Gefoltert für Deutschland. http://marx-adolf.de/german/index_gr.htm zuletzt geprüft am 28.08.2010.

- Mateus, Dalila Cabrita (1999): A luta pela independência. A formação das elites fundadoras da FRELIMO, MPLA e PAIGC. Mems Martin, Portugal.
- Mateus, Dalila Cabrita (2004): A PIDE-DGS na guerra colonial (1961 - 1974). Lisboa.
- Mateus, Dalila Cabrita (2006): Memórias do colonialismo e da guerra. Porto.
- MacQueen, Norrie (1997): The Decolonization of Portuguese Africa. Metropolitan Revolution and the Dissolution of Empire. London.
- Melchers, Konrad (1980): Die Sowjetische Afrikapolitik. Von Chruschtschow bis Breschnew. Berlin.
- Merseburger, Peter: Willy Brandt Visionär und Realist 1913-1992.
- Miguel, Mário Firmino (1979): Portugal, a Espanha e a NATO. Lisboa.
- Mineiro, Adélia Carvalho (2007): Valores e ensino no Estado Novo. Análise dos livros únicos. Lisboa.
- Ministerio dos Negocios Estrangeiros (1946): Documentos Relativos aos Acordos entre Portugal, Inglaterra e Estados Unidos da América para a Concessao de Facilidades nos Acores durante a Guerra de 1939-1945. Lisboa.
- Mommsen, Wolfgang J. (Hrsg.) (1990): Das Ende der Kolonialreiche. Dekolonisation und die Politik der Großmächte, Frankfurt a. M.
- Mondlane, Edouardo (1969): The Struggle for Mozambique. Harmondsworth.
- Mondlane, Eduardo (1977): Lutar por Mocambique. Lisboa.
- Mondlane, Eduardo; Machel, Samora (1975): Frelimo e a Revolucao em Mocambique. Lisboa.
- Montoito, Eugénio (2005): Henrique Galvão. Ou a dissidência de um cadete do 28 de Maio (1927 - 1952). Lisboa: Centro de História Univ. de Lisboa.
- Moreira Sá, Tiago de (2006): Os Americanos na Revolução Portuguesa 1974-1976. Lisboa.
- Moreira Tavares, João (2005): Indústria Militar Portuguesa. No Tempo da Guerra 1961-1974. Casal de Cama.
- Moreira, Adriano (1977): A Nação abandonada. Lisboa.

- Müller, Klaus Jürgen (1990): Die Bundesrepublik Deutschland und der Algerienkrieg. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 38. Jg., 4 Heft, Oktober 1990, S. 609-641.
- Müller, Klaus-Jürgen (1999): L'Allemagne et la décolonisation française: actes du colloque de l'université de Paris XII. Strasbourg.
- Neto, Agostinho (1974): Qual e o Inimigo? Qual e o nosso objectivo? Lisboa.
- Nogueira, Franco ((1963)): The United Nations and Portugal. A study of anticolonialism. London.
- Nogueira, Franco (1965-1967): Portuguese foreign policy. [extracts from statements by the Portuguese Minister for Foreign Affairs Franco Nogueira]. S.l.: Ministry of Foreign Affairs.
- Nogueira, Franco (1977-): Salazar. Estudo biográfico. Coimbra.
- Nogueira, Franco (1986): Um político confessa-se. (diário, 1960 - 1968). Porto.
- Nogueira, Franco (2000): O estado novo (1933 - 1974). Porto.
- Oliveira, Jorge Eduardo da Costa (2005): Memórias de África, 1961 - 2004. Figuras & factos da minha vida. Lisboa: Instituto Português de Apoio ao Desenvolvimento.
- Oliveira, Pedro Aires (2007): Os despojos da aliança. A Gra-Bretanha e a questão colonial portuguesa 1945-1975. Lisboa.
- Osterhammel, Jürgen 2003): Kolonialismus. München. Ansprenger, Franz (1966): Auflösung der Kolonialreiche, München.
- Osterheld, Horst (1992): Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963 – 1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt. Düsseldorf.
- Özren, Can (1999): Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei (1945/49 - 1963). Politische und ökonomische Interessen im Zeichen der deutschen Teilung. Zugl.: Hamburg, Univ., veränd. Diss., 1998. Münster, Hamburg, London (Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas, 5).
- Péan, Pierre (1990): L'homme de l'ombre: Eléments d'enquête autour de Jacques Foccart, l'homme le plus mystérieux et le plus puissant de la Ve République. Paris.
- Pereira, Carlos Martins (1978): Terra Vermelha. Estórias para a história da guerra colonial em Angola. Lisboa.

- Pereira, José Pedro Cantinho (2006): Portugal e o início da construção europeia. Texte imprimé. Lisbonne: Ministerio dos Negócios Estrangeiros Instituto diplomático (Colecção biblioteca diplomática, 5).
- Pfetsch, Frank R. (1993): Die Aussenpolitik der Bundesrepublik, 1949-1992. Von der Spaltung zur Vereinigung. München.
- Pinto, António Costa (2008): O corporativismo em português. Estado, política e sociedade no salazarismo e no varguismo. Lisboa.
- Pinto Ventura, Maria Isabel (1974): Manual politico do P.A.I.G.C. Lisboa.
- Post, Ulrich (1982): Die Afrikapolitik der DDR. Hamburg.
- Presse- und Informationsamt. Dt. Bundes-Verl. (1958 - 1975): Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn.
- Ptak, Roderich (1985): Portugals Wirken in Übersee. Atlantik, Afrika, Asien. Köln.
- Ramscheid, Birgit (2006): Herbert Blankenhorn. (1904 - 1991); Adenauers außenpolitischer Berater. Bonn (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 49).
- Resenha Historica Militar das Campanhas de Africa 1961-1974. 6. Volume Apsectos da Actividade Operacional Tomo I Angola Livro 2 (2006). Lisboa.
- Resenha Hostórico-Militar das Campanhas de África (1961-1974). 5. Volume Condecoracoes Militares Atribuidas Tomo VIII Cruz da Guerra (1974-1975-1976-1977-1980) (1997). Lisboa.
- Ripken, Peter (1978): Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft. Berlin.
- Rocha, J. Marques (2002): A descolonizaçõo 24 de Abril de 1974 a 11 de Novembro de 1975. Os mensageiros da guerra Angola. Braga.
- Rodrigues, Luis Nuno (2006): Os Estados Unidos e a Questao Colonial Portuguesa na ONU 1961-1963. In: Manuel, Franco; Franco, Manuela (Hg.): Portugal, os Estados Unidos e a África Austral. III conferência internacional FLAD-IPRI, 10 e 11 de Novembro de 2005. 1. ed. 1 Band. Lisboa: Fundação Luso-Americana, S. 61–101.
- Rollo, Fernanda (1994): Portugal e o Plano Marshall. Da rejeicao a solicitacao da ajuda financeira norte-americana (1947-1952). Lisboa (Historias de Portugal, 7).

Rollo, Maria Fernanda (2005): Memórias da Siderurgia. Contribuições para a História da Indústria Siderúrgica em Portugal. Unter Mitarbeit von Ana Paula Pires, Fátima Mariano und Maria Fernanda Rollo et al. Lisboa.

Rollo, Maria Fernanda (2007): Portugal e a reconstrução económica do pós- guerra. O Plano Marshall e a economia portuguesa dos anos 50. Lisboa: Ministerio de Negocios Estrangeiros.

Rother, Bernd; Schmidt, Wolfgang (2006): Über Europa hinaus Dritte Welt und Sozialistische Internationale. In: Grebing, Helga; Schöllgen, Gregor; Winkler, Heinrich August (Hg.): Willy Brandt. Berlin, Bd. 8.

Rudebeck, Lars (1974): Guinea-Bissau. A Study of political Mobilization. Uppsala: Scandinavian Inst. of African Studies.

Salazar, António Oliveira de (1961): Appell an das Volk. Rundfunkansprache des Herrn Ministerpräsidenten, Prof. Oliveira Salazar, vom 9. 11. 1961. Lissabon.

Salazar, António Oliveira de (1962): Défense de l'Angola - défense de l'Europe. Lissabon.

Salazar, António Oliveira de (1962): Portugiesische Probleme in Afrika. Lissabon.

Salazar, António Oliveira de (1962): Verteidigung Angolas - Verteidigung Europas. Rede des Ministerpräsidenten Oliveira Salazar anlässlich der Übergabe des Verteidigungsministeriums am 4. Dez. 1962. Lissabon.

Salazar, António Oliveira de (1967): 1959 - 1966. Coimbra (Discursos e notas políticas Oliveira Salazar, 6).

Salazar, Oliveira (1961): Portugiesisch-Übersee und die UNO. Rede seiner Exzellenz, d. Ministerpräsidenten, Prof. Doktor Oliveira Salazar, auf d. ausserordentl. Sitzung d. Nationalversammlung am 30. Juni 1961; Gedanken Salazars. Lissabon.

Salazar, Oliveira (1963): Erklärung zur Überseepolitik. Abgegeben vom Ministerpräsidenten am 12.8.1963. Lissabon.

Salema, José M. (1985): Nem a pátria sabe. A marinha na guerra em Angola, 1961 - 1963. Lisboa.

Sanchez, Antonio Munoz (2005): La Fundacin Ebert y el socialismo espanol (1965-1975).

- Sanchez, Antonio Munoz (2005): La Socialdemocracia alemana y el Estado Novo (1961-1974). In: PORTUGUESE STUDIESREVIEW, Jg. 13, S. 477–503.
- Santos, Boaventura Sousa de; Santos, Amadeu Garcia dos (2004): A fita do tempo da revolução. A noite que mudou Portugal. Porto.
- Scheffler, Thomas (1995): Die SPD und der Algerienkrieg (1954 - 1962). Berlin.
- Scherk, Nikolaus (1969): Dekolonisation und Souveränität. Die Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika. Wien.
- Schmidt, Elizabeth (2007): Cold War and decolonization in Guinea, 1946-1958. Athens (Western African studies).
- Schneidman, Witney W. (2005): Confronto em África. Washington e a queda do império colonial português. Lisboa.
- Schöllgen, Gregor (2001): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Orig.-Ausg., 2. Aufl. München (Beck'sche Reihe).
- Schroers, Thomas (1998): Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Portugiesischen Republik (1949-1976). Hamburg.
- Schröter, Lothar (2009): Die NATO im Kalten Krieg 1949-1975. Die Geschichte des Nordatlantikpaktes bis zur Auflösung des Warschauer Paktes. Bd. 1. Berlin.
- Schwarz, Hans-Peter (1975): Handbuch der deutschen Außenpolitik. München.
- Schwarz, Hans-Peter (2005): Republik ohne Kompaß. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik. Berlin.
- Schwarz, Hans-Peter (2008): Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren. München.
- Soares, Mário (1973): Portugal, Rechtsdiktatur zwischen Europa und Kolonialismus. Reinbek (bei Hamburg).
- Soares, Mario (1974): Amordação. Depoimento sobre os anos do fascismo. Lisboa.
- Soares, Mario (1974): Portugal, Democracy, Decolonization and the Atlantic Alliance. Lisboa.
- Soares, Mario (1975): Democratizacao e Descolonizacao. Dez meses no Governo Provisorio. Lisboa.

Soares, Mario (1975): Escritos do Exilio. Amadora.

Soares, Mario (1976): Liberdade para Portugal. Amadora.

Soares, Mario (1976): Portugal: Que Revolucao? Dialogo com Dominique Pouchin. Lisboa.

Soares, Mario (1977): Crise e Clarificacao. Lisboa.

Sokol, Hans (1957): Salazar und sein neues Portugal. 1. Aufl. Graz, Wien, Köln.

Sousa Ferreira, Eduardo de (1972): Portuguese Colonialism from South Africa to Europe. Freiburg.

Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 27 1.2.1961 Bauer, Helmut: Angola klopft an das Tor zur Freiheit - Aufschlussreicher Prozess in der portugiesischen Kolonie.

Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 145 2.8.1963 Wischnewski, Jürgen:
Afrikanisches Tagebuch (IV): Die Situation in Portugiesisch-Guinea. Amilcar Cabral - zukünftiger Ministerpräsident?

Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 209 30.10.1964 Simonitsch, Pierre: Am Kern vorbei: Portugal beantragt Untersuchung seiner Rassenpolitik durch das Internationale Arbeitsamt.

Sozialdemokratischer Pressedienst Heft 98 27.5.1969 Portugal steuert wieder harten Kurs: Die Ewiggestrigen formieren sich wieder. Spínola, António de (1974): Portugal e o Futuro. Analise da Conjuntura Nacional. Lisboa.

Spínola, António de (1978): Pais sem Rumor. Contributo para a Historia de uma Revolucao. Lisboa.

Splett, Oskar; Ansprenger, Franz; Schatten, Fritz (1964): Das Afrika der Gegenwart. Bonn.

Stark, Christoph (1990): Die Außenpolitik der Volksrepublik China in Afrika von 1969 bis 1983 unter besonderer Berücksichtigung des südlichen Afrikas. Frankfurt am Main.

Stenger, Matthias (2011): Transnationale Parteienzusammenarbeit. Die Beziehungen der deutschen und portugiesischen Christlichen Demokraten von der Nelkenrevolution bis zum Vertrag von Masstricht (1974 bis 1992). Tübingen.

Steinkühler, Manfred (2002): Der deutsch-französische Vertrag von 1963. Entstehung, diplomatische Anwendung und politische Bedeutung in den Jahren von 1958 bis 1969, Berlin.

Storkmann, Klaus (2011): Globaler Kalter Krieg? Militärhilfen der DDR für die sogenannte Dritte Welt. In: Die NVA und die Ungarische Volksarmee im Warschauer Pakt, (Hrsg.) Mack, Hans-Hubertus; Veszprémy, Laszló und Wenzke, Rüdiger. Potsdam, S. 89 – 104.

Stöver, Bernd (2013): Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt. München.

Stöver, Bernd (2011): Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947 bis 1991. München.

Strauß, Franz Josef (1989): Die Erinnerungen. Berlin.

Szatkowski, Tim (2007): Karl Carstens. Eine politische Biographie. Köln, Wien.

Tavares, José Francisco Mendonça (2006): Regresso à guerra em tempo de paz. Coimbra.

Telo, António José (1987): Portugal na Segunda Guerra. Lisboa.

Telo, António José (1993): Os Acores e o Controlo do Atlantico 1898/1948. Lisboa.

Telo, António José (1994): As guerras de Africa e a Mudanca nos Apoios Internacionais de Portugal. In: Revista de Hosteria das Ideias, H. 16, S. 347–369.

Telo, António José (2007-): História contemporânea de Portugal. Do 25 de abril à actualidade. Lisboa.

Thoß, Bruno (1995): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995. München (Eine Publikation des Militärgeschichtliche Forschungsamtes).

Thoß, Bruno (2006): NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952 bis 1960. München.

Thoß, Bruno; Ambrose, Stephen E. (1988): Zwischen kaltem Krieg und Entspannung. Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre

1953 – 1956. Mit Beitr. von Stephen E. Ambrose. Boppard am Rhein (Militärsgeschichte seit 1945, 9).

Tönnies, Norbert; Strauß, Franz Josef (1961): Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949 - 1961. Mit einem Vorw. von Franz Josef Strauß. Rastatt.

Tull, Dennis M. (2005): Die Afrikapolitik der Volksrepublik China. Berlin.

Türk, Henning (2006): Die Europapolitik der Großen Koalition 1966 – 1969. Duisburg, Essen. München (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 93).

United Nations General Assembly, official Records, Annexes 21st. Session, Bd. 1.

Van Laak, Dirk (2004): Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für die Erschließung Afrikas 1880-1960. Paderborn.

Von Albertini, Rudolf (Hg.) (1976): Europäische Kolonialherrschaft 1880 – 1940. Zürich.

Voß, Matthias (2005): Wir haben Spuren hinterlassen! Die DDR in Mosambik. Erlebnisse, Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahrzehnten. Münster.

Wagner, Tilo (2006): Portugal e a RDA durante a Revolução dos Cravos. In: *Relacoes Internacionais*, H. 11, S. 79–90.

Windrich, Elaine: Der Kalte Krieg in Südafrika. Von Luanda nach Pretoria 1961 - 1989. S. 273 – 290. In: Greiner, Bernd; Müller, Christian; Dierk, Walter (Hg) (2006): *Heiße Kriege im Kalten Krieg*. Hamburg.

Winrow, Gareth M. (1990): *The foreign Policy of the GDR in Africa*. Cambridge.

Wischnewski, Hans-Jürgen (1968): Nord-Süd Konflikt. Beiträge zur Entwicklungspolitik. Hannover.

Yfantis, Monika (1999): Die deutsch-griechischen Beziehungen 1949 - 1955. Wiederannäherung im Zeichen alter Traditionen und neuer Gemeinsamkeiten. Düsseldorf.

Ziebura, Gilbert (1970): Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten. Stuttgart.

Zimmerer, Jürgen (2003): "Der bestregierte Staat Europas': Salazar und sein "Neues Portugal" im konservativen Abendland-Diskurs der frühen Bundesrepublik Deutschland". *Portugal - Alemanha - Brasil. Actas do VI Encontro Luso-Alemão/6. Deutsch-Portugiesisches Arbeitsgespräch, vol. 1*. Hg. Orlando Grossegesse/Erwin Koller/Armando Malheiro da Silva/Mario Matos. Universidade do Minho: Braga, S. 81-101.

Internetlinks

www.bundesarchiv.de/bestaende_findmittel/editionen/dzd/01307/ aufgerufen am: 16.04.2010.

<http://www.faz.net/artikel/C30525/hoffen-und-bangen-30202621.html> aufgerufen am 02.06.2011.

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=5987&type=rezbuecher&sort=datum&order=down&search=Dirk+van+Laak> aufgerufen am 02.06.2011.

Rede von Kurt Schumacher über die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa (Hamburg, 21.-25. Mai 1950). <http://www.ena.lu/> aufgerufen am 24.10.2010.

7 Anhang

Abbildung 1: Vertrag über den Verkauf von Funkgeräten (Quelle: ADN SGDN 025356 Cx. 2823 Peça 3)

Vertrag

Zwischen dem Portugiesischem Ministerium für nationale Verteidigung, Lissabon, vertreten durch Herrn Major Simeão, Militärattaché in Bonn und dem Bevollmächtigten des Portugiesischen Ministeriums für nationale Verteidigung, Herrn Dr. Brandenstein Auftraggeberin

und der Firma Siemens & Halske AG, München, vertreten durch Herrn Dir. Döring und Herrn von Hauenschild
Auftragnehmerin

Wird folgender Liefervertrag geschlossen:

Artikel 1

Vertragsgegenstand

Die Auftraggeberin erteilt der Auftragnehmerin den Auftrag über die Lieferung von 145 Radio Set PRC-10 wie in beiliegender Anlage aufgeschlüsselt.

Artikel 2

Preis

Für die gem. Artikel 1 bezeichnete Lieferung wird folgender Festpreis vereinbart: PRC-10 vollständig lt. Anlage Dm 1.923

Die Preise verstehen sich cif Lissabon einschließlich seemäßiger Verpackung.

Artikel 3

Auftragswert

Der Auftragswert für die nach Artikel 1 zu liefernden Geräte beträgt insgesamt DM 278.835

Artikel 4

Liefertermin

Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die Geräte in den Monaten Mai und Juni 1961 auszuliefern.

Artikel 5

Zahlungsbedingungen

Die Zahlung erfolgt bei Übergabe der Rechnungen und Verschiffungspapiere jeder Teillieferung an den Beauftragten der Auftraggeberin, Herrn Major Simeão, in Bonn. Die Rechnungen müssen den Abnahmevermerk des deutschen Güteprüfdienstes tragen.

Artikel 6

Güteprüfung

Die Güteprüfung erfolgt durch den Güteprüfdienst des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung, Koblenz, im Herstellerwerk Karlsruhe.

Artikel 7

Gewährleistung

Für die gelieferten Geräte leistet die Auftragnehmerin eine einjährige Garantie in der Weise, dass alle innerhalb dieser Zeit auftretenden Mängel und Störungen, die auf Material- und Montagefehler zurückzuführen sind, kostenlos beseitigt werden. Ausgeschlossen von dieser Garantie sind solche Fehler, die auf höhere Gewalt, mutwillige Zerstörung, unsachgemäße Bedienung der Geräte sowie auf normalen Verschleiss zurückzuführen sind.

Bonn, den 30. August 1960

Für das Portugiesische Ministerium für nationale Verteidigung Major João de Azevedo Coutinho Simeão

München, den 24. August 1960

Für Firma Siemens & Halske AG Döring, Hauenschild

Abbildung 2: Vertrag über den Verkauf von Gewehrmunition 1971 (Quelle: ADN SGDN 02 6209 Cx. 2985 Peça 2)

Vertrag
zwischen

der Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, dieser vertreten durch das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, Koblenz,

und

der Firma FABRICA MILITAR DE BRACO DE PRATA in Lissabon Portugal (nachstehen „FMBP“ genannt), vertreten durch José Maria Soares da Costa Alvares, Coronel Eng.º Serv. Material, Director

über den Verkauf von Patronen 7,62 mm x 51 DM 41, 31 und 19 für Gewehr G3

Auftragsnummer Q/A 15 P/07074/00058

Artikel 1

Gegenstand des Vertrages

Die Bundesrepublik Deutschland verkauft und übereignet FMBP bei ihr lagernde Munition für Gewehr G 3, und zwar:
545.897 Patronen 7,62 mm x 51, DM 41 Weichkern
952 Patronen Prüf 7,62 mm x 51, DM 19 Weichkern-Überdruck
75 Treibladungen 7,62 mm x 51, DM 31.

Vorgenannte Patronen sind Restbestände der mit FMBP abgeschlossenen Aufträge des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung WM I 5 o/04/03160/004/2 vom 29.6.1962 und WM I 5/01/11241/002/2 vom 7.6.1962.

Artikel 2

Erfüllungsort und Eigentumsübergang

Erfüllungsort ist der Lagerort am Sitz der Firma FMBP in Lissabon.
Das Eigentum an der bei FMBP lagernden Munition geht mit Überweisung des Kaufpreises gemäß Artikel 4 Ziffer 2) dieses Vertrages an FMBP über.

Artikel 3

Gewährleistung und zufälliger Untergang

Die Munition wird von FMBP in dem Zustand übernommen, in dem sie sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages befindet. Die Bundesrepublik Deutschland leistet keine Gewähr für Mängel. FMBP trägt mit Inkrafttreten dieses Vertrages das Risiko für einen zufälligen Untergang oder sonstige Verschlechterung der bei ihr lagernden Patronen.

Artikel 4

Preis- und Zahlungsbedingungen

- 1) Der Preis beträgt DM 0,21 je Patrone für die gesamte in Artikel 1 aufgeführte Munition somit DM 114.854,04.
- 2) FMBP zahlt diesen Betrag 4 Wochen nach Inkrafttreten dieses Vertrages und Rechnungsstellung in deutscher Währung spesenfrei an die Deutsche Bundesbank, Frankfurt/Main, auf das Konto Nr. 504/01 000 der Bundeshauptkasse zu Gunsten der Amtskasse des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz.

Auf dem Überweisungsabschnitt ist die Auftragsnummer Q/A 15 P/070704 zu vermerken.

Artikel 5

Anwendbares Recht, Gerichtsstand

- 1) Auf diesen Vertrag findet portugiesisches Recht Anwendung.
- 2) Ausschließlicher Gerichtsstand ist Lissabon.

Koblenz, den 16. April 71
Bundesamt für Wehrtechnik
und Beschaffung
Im Auftrag

Lissabon, den 23. Mai 71
Fabrica Militar de Braco de Prata
C. Alvarez

Abbildung 3: Vertrag über die Produktion von 4,5 Mio. Handgranaten (Quelle: ADN SGDN 01 1468 Cx. 1115 Peça 1)

Contract

The following contract is concluded under Pruchasers Number WM IV 5/00/03337/01/9 between the Federal Republic of Germany in the person of the Federal Minister of Defence represented by the Federal Office of Defence Technology and Procurement at Koblenz as the Purchaser and the Republic of Portugal in the person of the Minister of Defence represented by the Coronel do CEM HC dos Santos Paiva as the Contractor.

Article 1

Subject of Delivery, Manufacturing Data, Designation, Marking

- (1) The Contractor shall sell and deliver to the Purchaser four million five hundred thousand (4,500.000) hand grenades MK 26 (US) with fuse MK M 204 A2. The item of supply denomination and stock number shall be the following:
Item of supply denomination: Grenade, hand, DM 31, splinter, with hand grenade fuse DM 12
Stock Number 1330-50-028-5839-GJ 90
- (2) The Contractor shall undertake to manufacture the hand grenades and fuses referred to and designated in paragraph 1 above to the appropriate original US drawings and specifications. The Contractor shall before commencing manufacture submit the data to the Purchaser for his approval. A photostatable set of drawings and specifications in English or German shall be forwarded to the calendar months after the entry into force of this contract. The aforesaid manufacturing data shall not be amended except the Purchaser give his written approval to such amendment. Any discrepancies which may occur in working out the data and/or commencing production shall be clarified and removed in agreement with the Purchaser.
- (3) The complete hand grenades referred to under paragraph 1 of this contract shall be designated and marked in accordance with instructions to be forwarded by the Purchaser to the Contractor at a later date.
- (4) The Contractor shall independently of the date upon which this contract is concluded not commence mass production until such time as the Purchaser shall have forwarded to him the data necessary to denominating and marking the articles to be supplied under this contract (paragraph 3) and their packing (paragraph 2 of Article 2).
Five hundred (500) complete hand grenades shall be submitted free of charge as samples for test purposes prior to the commencement of mass production. Any defects which may come to notice shall be taken into consideration when mass production commences and care shall be taken to remove them. Mass production shall not commence until such time as the aforesaid samples have been appraised and the Purchaser has released them in writing for manufacture.
- (5) Changes in shaoe and improvements which come to notice after the commencement of production shall at the request of the Purchaser be taken into consideration. Such changes and improvements shall not however be allowed to influence to any considerable degree the contractually established delivery plan.

Article 2

Packing

- (1) The complete hand grenades referred to under paragraph 1 of Article 1 of this contract shall be packed in the following manner:
One (1) hand grenade in one packing envelope DM 303; Twenty five (25) packing envelopes (25 complete hand grenades) to one packing case DM 311.

- (2) The packing of the hand grenades referred to under paragraph 1 of Article 1 of this contract shall be designated and marked in accordance with the data to be forwarded by the Purchaser to the Contractor at a later date.
- (3) The Contractor shall in denominating and marking the hand grenades and their packing pay due heed to the "General Directives of the Purchaser for Denominating Items of Supply" (VTL A-032, Annex 1).

Article 3

Dates of Delivery

- (1) Delivery shall commence not later than eight (8) calendar months after the signing of this contract and shall proceed in consignments of not less than two hundred thousand (200,000) hand grenades per calendar month.
- (2) The consignments of hand grenades to be delivered each calendar month are minimum quotes which may be exceeded within the annual budget quota.
- (3) The Contractor shall make a monthly return in triplicate not later than the fifth day of each calendar month on a form such as that at Annex 2 of the number of hand grenades manufactured and inspected and dispatched in the previous month. Such returns shall be countersigned by the inspection service of the Purchaser.
- (4) The Contractor shall be prepared at the request of the Purchaser to store manufactured and inspected hand grenades for a period of not more than eight (8) weeks after the Purchaser has been notified of their readiness for dispatch without any specific charge.

Article 4

Dispatch, Domicile and Transfer of Ownership

- (1) The hand grenades referred to under paragraph 1 of Article 1 of this contract shall be delivered fob Lisbon Port under 1953 Incoterms.
- (2) These hand grenades shall be dispatched under due observance of the directives covering the transport of dangerous goods on seagoing vessels of 12 December 1955 (Federal Law Gazette part II, Number 28 of 19 December 1955).
- (3) The Contractor shall upon his inquiry at the Oldenburg Shipping Company, represented by Marcus & Harting of Lisbon Rossio 50 be informed of the name of the vessel intended for each specific consignment and of its loading time.
- (4) The Contractor will prepare the bills of lading with the remark "on board" as follows:
Schenker & Co., Internationale Transporte Bremen Hochhaus Doventor
Notify: Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung AB III (WM IV
5/00/03337/01/9 Koblenz/Rhein, Am Rhein 2-6
Port of Discharge: Weser/Elbe port.
The Contractor will dispatch the bills of lading as follows: Two (2) copies of the original (2/3 B/1) and two (2) copies to Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, Koblenz/Rhein, Am Rhein 2-6.
One (1) copy of original by air to recipient dispatching company for the purpose of taking delivery of the consignments at the port of discharge.
- (5) The Contractor shall for the purpose of preparing the German importation customs formalities forward to the Purchaser not less than eight (8) days before the dispatch of each consignment the appertenant invoices and packing lists in duplicate.
The Contractor shall employ the forms (BWB-B-54) issued by the Purchaser for his purpose. Twenty (20) copies of such forms shall be forwarded to the Contractor with this contract. The Purchaser shall be given timely notification of

any further requirements. Any charges for demurrage and/or storage arising for the Purchaser by reason of delays on the part of the Contractor in forwarding invoices and/or packing lists shall be entered to the account of the Contractor.

- (6) Transfer of ownership shall be deemed simultaneous with the transfer of peril arising from the Incoterms. The shipping company shall take the goods to be supplied under this contract into custody on behalf of the Purchaser; they shall then be deemed handed over to the Purchaser.

Article 5

Warranty

- (1) Warranty of title. The Contractor shall give the Purchaser a warranty of exemption from the rights of third parties in respect of the goods to be delivered in accordance with Article 1 of this contract and especially freedom from claims arising out of commercial patent rights. In default of this the Contractor shall be liable for any damages arising for the Purchaser. The Contractor shall conduct at his own expense and in the name of the Purchaser any negotiations or proceedings in respect of claims arising from the rights referred to under paragraph 1 of this Article and especially patent rights and lodged against the Purchaser. The Contractor may not without the previous consent of the Purchaser make any bidding arrangements conducive to prejudicing the use by the Purchaser of the goods supplied under this contract or to imposing obligations on him.
- (2) Warranty in respect of deficiencies.
- a) The Contractor shall undertake to guarantee that the goods supplied under this contract possess the contractually agreed characteristics and are free from defects destroying or reducing their value or their fitness for their usual use or the use laid down in this contract.
 - b) The period of such warranty in respect of the goods supplied under this contract shall be ten (10) years.
 - c) The Purchaser shall be entitled to demand the removal of a defect or a replacement consignment free of charge of goods free from defects or he may require the payment of damages for non-performance.
 - d) The Contractor shall bear the cost of returning defective goods supplied under this contract and of dispatching replacement goods free from defects. He shall also pay any dues or fees incurred thereby.
 - e) The Warranty period shall be deemed to commence simultaneously with the transfer to the Purchaser of the ownership of the goods supplied under this contract and of any replacement consignments.
 - f) The provisions set forth in subparagraph a-e of this Article shall be deemed applicable to replacement consignments and repaired parts.

Article 6

Prices

- (1) A firm price of thirty nine Escudos and sixty six Centimos (39.66) is agreed for each of the complete hand grenades referred to under paragraph 1 of Article 1 of this contract. This price shall be deemed to include the packing in accordance with paragraph 1 of Article 2 and denominating and marking the hand grenades

(paragraph 2 of Article 1) and the packing (paragraph 2 of Article 2) and the Portuguese State dues fob Lisbon under 1953 Incoterms.

- (2) The Contractor shall give an assurance that any advantages granted to him in the form of tax relief or low tax rates or State credits or export premia or material release and any places of employment or manufacturing shops made available to him are taken into account in the foregoing firm price (see paragraph 1 of this Article). The Contractor shall give the Purchaser the benefit of any further advantages of this kind accruing to him during the period of validity of this contract. The Contractor shall conclude with his subcontractors appropriate agreements in favour of the Purchaser.
- (3) The total number of complete hand grenades to be delivered under this contract is four million five hundred thousand (4,500,000). That is One hundred and seventy eight million four hundred and seventy thousand (178,470,000 Escudos).

Article 7

Terms of Payment

- (1) The Purchaser shall upon the entering into force of this contract make to the Contractor an advance payment free of interest in the sum of forty (40) percent of the total price referred to under paragraph 3 of Article 6 which is seventy one million three hundred and eighty eight thousand (71,388,000) Escudos and shall remit such sum to the account referred to under paragraph 3 of this Article.
- (2) The aforesaid advance payment shall be redeemed in that forty five (45) percent of the sum of the invoice for each consignment shall be deducted until the advance payment in the sum of seventy one million three hundred and eighty eight thousand (71,388,000) Escudos has been recovered.
- (3) The remainder in each case (fifty five 55) percent of the sum of the invoice for the consignment concerned) and subsequent to the redemption of the advance payment the total sum of the invoice for each consignment shall be remitted to the Contractor net within a period of not more than thirty (30) days after the receipt of the following documents and paid into his account with the Banco Portugues do Atlantico at Lisbon through the Deutsche Bundesbank at Frankfort-on-Main in Escudos:
 - a) Invoice in duplicate and in German in Escudos;
 - b) The first and the seventh and the eight copy of the certificate of delivery in German accompanied by the inspection certificate issued by the Purchasers inspection service;
 - c) Two (2) fair copies of the duly signed bill of lading with the remark "on board".
- (4) Printed forms supplied by the Purchaser shall be issued for invoices and certificates of delivery; such forms will be made available in adequate number upon demand.
- (5) The Contractor shall forward to the Purchaser a final invoice not more than two (2) calendar months after despatch of the last consignment.
- (6) All payments shall be made in Escudos.

Article 8

Most Favoured Nation Clause

The Contractor shall give an assurance that the firm price of thirty nine Escudos sixty six Centimos (39.66) referred to in paragraph 1 of Article 6 for each complete hand grenade is not less favourable than the price which he has charged public or private

purchasers in his own or any other country for deliveries of the same goods and which he will charge such persons under identical circumstances during the period of validity if this contract. The Contractor shall be prepared to produce proof of adherence to this assurance. The firm price agreed upon in paragraph 1 of Article 6 shall be reduced accordingly if during the period of validity of this contract the Contractor grant any public or private Purchaser or Purchasers more favorable prices. The Purchaser shall in such event be entitled to reduce the sums of the invoices of the Contractor by the amount of the excess payments made. The Contractor shall undertake to refund excess payments without delay. Deviation from this clause shall be allowed on a case to case basis subject to mutual agreement.

Article 9

Manufacturing Control and Inspection

- (1) The special Inspecting Commission of the Portuguese Ministry of the Army shall carry out inspections in close cooperation with the Purchaser and shall be entitled to satisfy itself through the person of its duly authorized representatives within the business and working hours of the Contractor that the hand grenades are being manufactured according to contract and especially that technical stipulations and dates of delivery are being observed.
The Portuguese Inspecting Commission and the Purchaser shall to this end be entitled to instruct their duly authorized representatives to visit and inspect any place of employment or workshop or warehouse serving to execute the order embodied in this contract. The Contractor shall undertake to make manufacturing data and documents available for inspection and to supply any information which may be necessary to the implementation of such tasks.
- (2) The type and extent of such inspection shall depend upon the provisions of the documents referred to in paragraph 2 of Article 1. Claims lodged under the warranty shall not be affected by inspections.
- (3) The Contractor shall make available to the Inspecting Commission and the duly authorized representatives of the Purchaser any facilities or aids or assistant labour necessary to carrying out the supervision of production and the hand grenades to be inspected without extra charge.
- (4) The Contractor shall undertake to issue to the duly authorized representatives of the Purchaser works certificates and certificates of inspection if and insofar as the inspections concerned are such as cannot be carried out by the aforesaid duly authorized representatives of the Purchaser. Examples: inspection of explosives and materials.
- (5) The Purchaser shall bear only the traveling expenses and the coast of board and lodging incurred by his German representatives; no other charges or expenses incurred in inspections shall be laid to his account. The Contractor shall in similar manner bear the expenses incurred by the Portuguese Inspecting Commission.
- (6) The Contractor shall enter into a written agreement with the Purchasers inspection service regarding the place and time and type of inspection.

[...]

Article 10

Entry into Force

- (1) This contract duly signed by the Purchaser and the Contractor shall enter into force after the Contractor has forwarded to the Purchaser an officially authenticated Photostat of the Portuguese export licence giving the number of the hand grenades referred to in Paragraph 1 of Article 1 of this contract.

- (2) The Contractor shall in the event of the export licence being issued for a period of time less than that necessary to delivering the last consignment of hand grenades undertake to take timely steps to extend the export licence and to notify the Purchaser thereof without delay.
- (3) The Contractor shall forward to the Purchaser a publicly authenticated Photostat of the supply and sales licence accorded to himself and insofar as a Portuguese supply and sales licence is necessary over and beyond the export licence.
- (4) The Purchaser shall undertake to supply the Contractor with a Photostat of the German import licence and at the request of the latter a certificate to the effect that the hand grenades are not intended for re-ex-portedation.
- (5) The Contractor will give timely notification to the Purchaser if in addition to the foregoing the authorities of the Contractor demand within the scope of the Coordinating Committee for East West Trade Policy an import certificate and/or a delivery verification.

Article 11

Premature Termination by the Purchaser – Residual Settlement

The Purchaser shall be entitled notwithstanding Paragraph 1 VOL/B of Article 9 and Paragraph II BV/B of No. 9 to cancel his order wholly or in part at any time without stating his reasons. The Purchaser shall in the event of his availing himself of the aforesaid right of termination give written notification to the Contractor stating whether and if necessary which work begun is to be completed. The Contractor shall be under obligation to complete such work. The following shall in such event be deemed applicable in the interest of the rights of either part:

I Contractors Claims

1. The Contractor shall be entitled to claim the Purchasers price agreed for products completed or to be completed.

[...]

Abbildung 4: Vertrag über den Kauf von sechs Wachbooten (Quelle: ADN SGDN 01 1468 Cx. 1115 Peça 3)

Contract for the Supply and Delivery of six Patrol Vessels for the Portuguese Navy

On the first June, in the Secretariado Geral da Defesa Nacional, Lisbon, in the presence of Admiral Joaquim de Sousa Uva and Commodore Fernando Guilherme Campos de Araujo, representing the Portuguese Government, hereinafter called „Purchaser“ and of Mr. Ernst Wensien representative of Bayrische Schiffsbauengesellschaft mbH hereinafter called „Builders“ the following final terms of contract are drawn up for the supply and delivery to the Portuguese Navy of 6 (six) Patrol vessels hereinafter described, 3 (three) CIF Luanda and 3 (three) CIF Bissau.

1. The Builders shall build and fit each vessel in accordance with drawing No. 4942b, and detailed specification annexed thereto, launch and try as hereinafter described and shall deliver each of three vessels at Luanda and each of three vessels at Bissau to the representatives of the Portuguese Navy.
2. The Builders shall supply and correctly install all items mentioned in the detailed specification annexed hereto also an automatic Oerlikon 20mm gun type IISS on a mounting type 4SLa.
3. The Builders shall supply and place on board in proper sites or in boxes spare parts for all items of equipment to be supplied in accordance with a separate contract to be entered into between the same parties.

4. The Builders shall supply to the Inspeccão de Construção Naval – Ministério da Marinha – Lisboa – copies of all drawings which will be necessary for approval and/or inspection and on completion of the first vessel shall deliver to the Purchaser the following documents:
 - a) 1 (one) original in linen tracing and 8 (eight) copies in cloth prints of General Arrangements; Outboard Profile and Deck Plan; Midship Section; Docking Plan and Cradle; Engine-room Installation Plan; Piping Arrangement; Main Switchboard Drawing; Electrical Wiring Arrangement and trial reports.
 - b) 12 (twelve) copies of Manuals, Instructions, Spare parts lists, Diagramatic Sketches and Drawings for engines and specialized equipment. And with each vessel Lloyds certificates for hull and engines.
5. The Purchaser shall pay to the Builders, through the Bayerische Schiffbaugesellschaft Aschaffenburg the fixed price of DM 325.300 (three hundred twenty-five thousand and three hundred fifty German Marks) for each vessel delivered CIF Bissau and the fixed price of DM 328.450 (three hundred twenty-eight thousand and four hundred fifty German Marks) for each vessel delivered CIF Luanda.
6. Payment to be made as follows: 15%, i.e. DM 294.188 (two hundred ninety four thousand and one hundred eighty eight German Marks) totalling for 6 (six) vessels, following the signing of this contract and as soon as the credit be opened by the Purchaser.

25% of the price of each vessel when each hull has been assembled in the Builders Shipyard.

25% of the price of each vessel when the machinery for same vessel has been received in the Builders Shipyard and not before the second instalment is due.

25% of the price of each vessel upon shipment of same vessel.
7. Against payment of each instalment mentioned in Clause 6 above the Builders shall deliver to the Bank referred to in Clause 5 a Banker's guarantee for the sum paid. The guarantee for the first, second, third and fourth instalments shall be cancelled upon shipment of each vessel. The guarantee for the last instalment shall be outstanding in favour of the Purchaser for 12 (twelve) months from the date of delivery of the vessel concerned.
8. The Builders will notify the Inspeccão de Construção Naval and the Portuguese Military Attaché in Bonn in writing, when they consider that the instalments mentioned are due, and the aforesaid Portuguese Military Attaché in Bonn will present himself within 8 (eight) days of the date of such notice to verify the facts, but if the aforesaid Portuguese Military Attaché in Bonn shall fail to do so, then, as from the expiration of 28th (twenty-eight) day after giving of such notice, the instalment payable upon same event shall be deemed to be due and payable.
9. In the event of any instalment remaining unpaid for 28 (twenty-eight) days after becoming due and payable the Builders shall be entitled to interest at the rate of 5% (five per Cent) per annum, and in event of any instalment due and payable as aforesaid not having been paid to the Builders within 28 (twenty-eight) days of the date on which it was to have become payable as aforesaid the Builders shall be entitled to cease work upon the same contract and at his election in writing to treat the said contract and at his election in writing to treat the said contract as having been terminated. In such event the Purchaser shall pay to the Builders for all materials ordered by the Builders for the said contract, such sums as the Builders are legally liable to pay to their suppliers and a sum to be agreed in

respect of the value of the work done on the understanding that the said materials and the vessel in its then present state shall upon payment of the sum aforesaid be delivered to the Purchaser, or as by him directed, and in default of agreement as to the said figure the same shall be referred to Arbitration in manner hereinafter provided.

10. The Builders shall complete each vessel reasonably ready for satisfactory trials as follows:
- 1st boaton the 19th November 1960
- 2nd boaton the 10th December 1960
- 3rd boaton the 3rd January 1961
- 4th boaton the 24th January 1961
- 5th boaton the 14th February 1961
- 6th boaton the 7th March 1961
- and, in any case, not before a date 4 (four) weeks after engines for each vessel having been received in the Builders Shipyard.
11. In the event of the Builders failing to comply with the times mentioned in Clause 10 above, there shall be deemed to be due to the Purchaser, for the vessel concerned, penalties of DM 500 (five hundred German Marks) for the first week's delay, DM 750 (seven hundred and fifty) for the second week's delay, and a sum increased by DM 250 (two hundred and fifty German Marks) per week, for each week's delay thereafter, but if the vessel concerned shall not be reasonably ready for satisfactory trials by the end of the 7th (seventh) week the Purchaser shall have the right to cancel the order for the vessel concerned and the Builder shall then refund the instalments already received and pay the Purchaser the penalties due to that date, plus an indemnity of DM 10.000 (ten thousand German Marks) and upon such refunding and payment the said vessel and all materials ordered and supplied in connection therewith shall at once become the property of the Builders.
12. In case of force majeure the Builders is entitled to an extension of the time-limits for delivery.
13. By force majeure it is understood interferences during the execution of the Contract which are due to circumstances beyond the control of the Builders such as:
- a) Insurrection, rebellion, war conditions similar to a state of war or preparation for war (mobilization, requisition).
 - b) Government action in the Builder's own country or in other countries.
 - c) Transport obstacles as a result of weather conditions or of shortage of means of transport or fuel.
 - d) Strikes and Lock-outs, the latter only in case they are instituted by an employers organization, and not by the Builders alone.
 - e) Fires and breakdown of means to manufacture the vessel or parts thereof when the relevant work or parts can not be replaced without loss of time by engagement of other Builders.
 - f) Earthquakes, cyclones or inundation by rupture of a dike.

- g) The failure of supplies of raw materials, as a result of one or more of the above named cases, or by reason of an accident with any means of transport.
 - h) Unfounded rejection of material or workmanship.
14. The Builders right to an extension of the time-limits for delivery in the above mentioned cases is subject to the following procedure:
- a) That within 7 (seven) days (and in case of war as soon as possible) after the occurrence of a case of force majeure the Builders inform the Inspeção de Construção Naval – Ministério da Marinha – Lisboa – by dispatching a telegram that he considers himself entitled to an extension of the time-limits.
 - b) That the Builders produces evidence of the date of occurrence and of the duration of the force majeure in an adequate manner.
 - c) That the Builders prove that the said conditions have actually interfered with the carrying out the Contract.
 - d) That the Builders prove that the delay incurred is not due to his own action or lack of action.
 - e) That the Builders state the period of extension requested according to the degree of interference with the building of the subject matter of this contract.
 - f) That the period of extension shall not be more than the number of days only directly resulting from the cause of force majeure; this period of extension is to be agreed upon writing by both parties within the shortest possible time after the occurrence of particular event of force majeure.
15. Upon completion of each vessel, the following trials shall be carried out at Erlenbach-am-Main:
- Test at mooring to verify the functioning of all electrical circuits, searchlight, electric fans, electric motors, pumps, cooker, refrigerator, fresh water system, bilge pumping system, Radio, Radar, Echo Sounder, main engines, generating set, anchor winch.
16. After satisfactory preliminary trials as per Clause 15 the Builders shall provide for transportation of each vessel to Rotterdam and for carrying out the following trials at sea:
- a) 2 (two) hours at different increasing speeds up to the sustained speed of 15 knots.
 - b) 4 (four) hours at the sustained speed of 15 knots in the course of which six consecutive runs to be made over the measured mile to verify the speed.
 - c) Trials to demonstrate port and starboard turning at full speed.
 - d) Stop and astern trials.
 - e) Trials to test stiffening for the Oerlikon gun in way of mounting, in which a few shots shall be fired.
17. It is understood that in the event of the fluvial way up to the sea being iced the Builder will provide for any other way of transportation in order that the boat arrives to Rotterdam ready for trials at sea not later than 10 days after the boat is ready for preliminary trials at the yard.
18. If the vessel complete with all equipment as specified and with 3.000 (three thousand) liters of fuel, 600 (six hundred) liters of water, 8 (eight) men aboard and 200 (two hundred) kilograms of ammunition and portable armament fails to reach a sustained speed of 15 (fifteen) knots measured on 6 (six) consecutive

- runs as per Clause 16 and in good condition of sea and weather the Purchaser may rescind the contract.
19. In case of rescission under Clause 18 hereof the Builders shall pay to the Purchaser the instalments already received plus 5% (five per Cent) of the price of the vessel.
 20. The Builders shall be deemed to have completed the construction and fitting out the vessels in accordance with the requirements of the specification and conclusion of the trial run provided that the vessels during such trial are to the reasonable satisfaction of the Purchaser.
 21. The Builders shall keep and maintain the vessels in positive and perfect conditions while waiting shipment.
 22. The Builders shall make the deliveries of the vessels to the Portuguese Naval Authorities, 3 (three) at Luanda and 3 (three) at Bissau in conditions such that no reasonable claims could be made by the same Authorities. Purchaser will notify Builders the schedule of deliveries 45 (forty-five) days before vessels are due ready for trials.
 23. The Portuguese Military Attaché in Bonn and / or any Authorised agent of the Purchaser shall have free access to the vessels and to the material to be used in the construction of the vessels for the purpose of inspection at any time during the normal business hours of the Builders establishment. It is also agree that the Builders will accept for training purposes two engineers and two electricians to get acquainted with all equipment supplied.
 24. In case of defect in the vessel arising within a period of 12 (twelve) months from the date of delivery of the launch, fair wear and tear allowed for, and the said defect is attributable to a fault in the building of the vessel, the Builders shall make good the defect by payment of the equivalent cost of such making good at their own premises except that the Builders liability herein for items not manufactured by them is limited by and to the extent of the guarantee given for the said items by the manufacturers or suppliers, i.e. not less than 6 (six) months for the radio, radar, echo Sounder, refrigerator and auxiliary set.
 25. The Purchaser may rescind the contract in respect of any vessel which has not completed its trials as aforesaid in the event of liquidation, gross negligence, fraud, or deliberate acts by the Builders to prevent the satisfactory completion of the contract.
 26. In case of rescission under Clause 25 hereof the Builders shall pay to the Purchaser the instalments already received plus 20% of the total price as an indemnity and in full settlement of any loss sustained by the Purchaser as a result of such default as is mentioned in Clause 25 hereof.
 27. In the event of dispute of any kind between the two contracting parties with regard to the interpretation of the execution of this contract or any part thereof, then, upon one part giving to the other a notice to the effect that there is a dispute, the same shall be referred for decision to an Arbitration Commission consisting of three members, one of whom is to be appointed by each of the contracting parties and the third to be nominated by the Arbitrators so appointed as aforesaid, if they can agree.
 28. If one of the parties shall refuse to appoint a representative on the Commission of Arbitration within a period of 14 (fourteen) days from the notice of dispute referred to in Clause 27 hereof, the Arbitrator nominated by the other party is to be authorised to decide the dispute himself as Sole Arbitrator.
 29. If the two arbitrators within a period of 14 (fourteen) days from the date of their appointment are not able to reach agreement in regard to the appointment of the

third, the latter is to be appointed by the President for the time being of the Swiss International Chamber of Commerce.

30. The decision of this Commission is to be binding on both parties and there shall be no appeal from the decision thereof, and the Arbitration costs are to be paid as directed by the Arbitration Commission.

31. For all purposes related with the performance of this contract the Portuguese Government herein called Purchaser is represented by the Inspeção de Construção Naval.

Forming an integral part of this contract there is a Bankers guarantee for the responsibilities of the Builders in compliance with the Clauses of this Contract. This guarantee is to be cancelled upon the delivery of the last vessel to the representatives of the Portuguese Navy.

It was declared by the representative of the Builders that he accepts this Contract under the Accountancy Regulations, and that to the best of his knowledge and belief this Contract conforms with these Regulations and contains nothing in opposition to the Clauses of the said Regulations, the terms of which are written on 6(six) half sheets of stamped paper which are initialled by the contracting parties with the exception of the last one which contains the signatures. To this Contract a revenue stamp was affixed to the value of forty escudos. Witnesses in person of all foregoing were Commander Eugénio Ferreira de Almeida and Lieut. – Commander Celso Ribeiro Pinto who, with the contracting parties, are going to sign this contract after it has been read to all present.

Abbildung 5: Vertrag über die Lieferung von drei Do 27 und Ersatzteilen (Quelle: ADN SGDN 02 4920 Cx. 2671 Peça 17)

Contrato

Entre a República Federal da Alemanha, representada pelo Ministro Federal da Defesa e o Ministério da Defesa Nacional português, representado pelo Adido Militar e Aeronáutico junto da Embaixada de Portugal, Sr. Major do CEM Simeão é estabelecido o seguinte contrato:

Artigo 1

O Ministro Federal da Defesa cede ao Ministério da Defesa Nacional português 3 aviões Do 27 para utilização gratuita por empréstimo e sem limitação de tempo pelas Forças Armadas portuguesas.

Artigo 2

Os números de cédula e dos motores dos aviões Do 27 constam dos anexos.

Artigo 3

Todas as despesas relacionadas com a cedência, tais como desmontagem, conservação, embalagem, transporte, etc, são por conta do Ministério da Defesa Nacional português.

Artigo 4

O Ministério da Defesa Nacional português compromete-se a só utilizar os aviões Do 27 dentro das Forças Armadas portuguesas.

Artigo 5

È necessária a concordância do Ministério Federal da Defesa para que as aeronaves possam ser vendidas como sucata. A receita proveniente desta venda deve ser entregue pelo Ministério da Defesa Nacional português na „Bundeshauptkasse der Bundesrepublik Deutschland“ a favor do „Einzelplan 14“.

Artigo 6

A partir da recepção dos aviões todas as despesas com a manutenção e reparação dos aviões serão suportadas pelo Ministério da Defesa Nacional português.

Abbildung 6: Vertragsentwurf vom 20. Oktober 1961 Instandsetzungswerke OGMA (Quelle: ADN SGDN 02 5350 Cx. 2822 Peça 6)

Artikel 1

Gegenstand der Vereinbarung

- (1) Der Portugiesische Verteidigungsminister übernimmt für den Bundesverteidigungsminister die Instandsetzung, Überholung, Wartung, Inspektion und Durchführung von Änderungen – im nachstehen nur als Instandsetzung bezeichnet von Flugzeugen und sonstigem Luftwaffengerät der deutschen Luftwaffe.
- (2) Die Instandsetzung wird nach gemeinsam festgelegten Programmen durchgeführt. Diese Programme werden vereinbart: auf deutscher Seite: vom Materialamt der Luftwaffe, Wahn. Auf portugiesischer Seite: von den Oficinas Gerais Material Aeronautico (OGMA), die auch die Durchführung der Programme übernehmen.
- (3) Die Laufzeit eines jeden Programm wird in dem Programm selbst festgelegt. Sie soll grundsätzlich nicht weniger als ein Jahr betragen. Die Programmen können im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.
- (4) Die Programme werden Bestimmungen enthalten über die Art und Menge der instanzzusetzenden Flugzeuge und Geräte, die Art der durchzuführenden Arbeiten, den als Vergütung für die erbrachten Leistungen zu zahlenden Stundensatz (Artikel 11 Abs. 1), die Instandsetzungsdauer oder Lieferfrist - soweit möglich unter Angabe der äußerstenfalls anzuerkennenden Höchstzahl der für die vorgesehenen Arbeiten erforderlichen Arbeitsstunden -, den Lieferort und die sonstigen Bedingungen zur Durchführung der Arbeiten.
- (5) Die Festlegung der Programme verpflichtet den Bundesverteidigungsminister nicht, Instandsetzungsaufträge zu erteilen.

Artikel 2

Erteilung des Auftrages

- (1) Die Inanspruchnahme der in Artikel 1 genannten Leistungen des Portugiesischen Verteidigungsministers erfolgt durch einzelne Instandsetzungsaufträge an die Oficinas Gerais Material Aeronautica (OGMA), Alverca. Der einzelne Instandsetzungsauftrag wird unter Bezugnahme auf diese Vereinbarung durch einen schriftlichen Arbeitsvertrag erteilt. In diesem Arbeitsauftrag ist der Umfang und die Art der Instandsetzung sowie die geforderte Konservierung anzugeben. Er hat nähere Angaben über die Rücksendung zu enthalten. In dringenden Einzelfällen können Instandsetzungsaufträge auch außerhalb der Programme durch schriftliche Arbeitsaufträge erteilt werden.

- (2) Der Arbeitsauftrag muß den OGMA spätestens am Tage des Eintreffens des instandzusetzenden Flugzeuges oder Gerätes vorliegen. Eine Zweitschrift des Arbeitsauftrages ist dem instandzusetzenden Flugzeug oder Gerät beizufügen.
- (3) Nach Eingang des Arbeitsauftrages erstellen die OGMA einen Kostenvoranschlag mit Angabe der veranschlagten Arbeitsstunden und des vom Portugiesischen Verteidigungsminister zur Verfügung zu stellenden Materials und der beizustellenden Ersatzteile. Dem Kostenvoranschlag ist ein Befundbericht beizufügen, es sei denn, dass im Arbeitsauftrag hierauf verzichtet worden ist. Stellen die OGMA fest, dass eine Instandsetzung unwirtschaftlich ist, so haben sie darüber einen besonderen Vermerk in den Befundbericht aufzunehmen. Kostenvoranschlag und Befundbericht sind dem Bundesverteidigungsminister zu übersenden oder auf dessen Wunsch der gegebenenfalls eingerichteten ständigen Bauaufsicht des Bundesverteidigungsministers vorzulegen.
- (4) Nach Eingang des Kostenvoranschlags und des Befundberichts entscheidet der Bundesverteidigungsminister oder die Bauaufsicht über die weitere Durchführung des einzelnen Instandsetzungsauftrages. Sind danach Arbeiten nicht durchzuführen, so werden die bis dahin erbrachten Leistungen der OGMA vergütet.
- (5) Das nicht instandzusetzende Gerät ist an den Bundesverteidigungsminister oder seine Beauftragten zu übergeben. Eine etwaige Rücksendung an den Bundesverteidigungsminister erfolgt auf dessen Kosten. Auf Verlangen des Bundesverteidigungsministers sind die OGMA verpflichtet, das nicht instandzusetzende Geräte im Benehmen mit der Bauaufsicht bestmöglichst zu Gunsten des Bundesverteidigungsministers zu verwerten.
- (6) Stellt sich bei der Durchführung der Instandsetzungsarbeiten heraus, dass die veranschlagte Zahl von Arbeitsstunden überschritten wird oder mehr Ersatzteile als veranschlagt benötigt werden, so werden die OGMA vor einer weiteren Durchführung der Instandsetzung die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers oder der Bauaufsicht einholen, es sei denn, dass er Kostenvoranschlag voraussichtlich um nicht mehr als 15% überschritten werden würde. Der Bundesverteidigungsminister oder die Bauaufsicht sind stets von den Feststellungen der OGMA zu unterrichten.
- (7) Unterbleibt die weitere Instandsetzung, so gelten die Abs. 4 und 5 entsprechend.

Artikel 3

Übernahme des instandzusetzenden Geräts

- (1) Die instandzusetzenden Flugzeuge oder Geräte werden von dem Bundesverteidigungsminister auf eigene Kosten an die OGMA gesandt.
- (2) Flugzeuge werden zum Flughafen der OGMA nach Alverca überfliegen, sofern nicht im Einzelfall ein anderer Flugplatz vereinbart worden ist. Soweit Flugzeuge von deutschen Besatzungen zu dem angegebenen Flugplatz geflogen werden, wird der Portugiesische Verteidigungsminister auf Verlangen die Flugzeugbesatzungen zur Zollabfertigung und zu ihrer Unterkunft transportieren und von dort für den Rückflug wieder zum Flugplatz bringen.
- (3) Flugzeuge die nicht überholt werden, und sonstige Geräte werden ganz oder in Einzelteile zerlegt und in geeigneter Verpackung an die OGMA, Alverca, gesandt.
- (4) Die Einfuhr der Flugzeuge, Flugzeugteile und Geräte nach Portugal zum Zwecke der Instandsetzung und ihrer Wiederausfuhr ist gestattet, Zölle oder

sonstige Abgaben oder Gebühren werden von portugiesischer Seite nicht erhoben. Ebenfalls wird keinerlei Sicherheitsleistung gefordert.

- (5) Mit dem Eintreffen der Flugzeuge, Flugzeugteile und Geräte bei den OGMA übernimmt sie der Portugiesische Verteidigungsminister in seine Verantwortung bis zum Zeitpunkt ihres Abflugs oder Abtransportes, er wird insbesondere für ihre Bewachung sorgen.
- (6) Flugzeugteile und Geräte, die bei OGMA nicht instandgesetzt werden können, wird der Portugiesische Verteidigungsminister auf Verlangen des Bundesverteidigungsministers auf dessen Kosten an die von diesem zu Benennenden, gegebenenfalls in den Programmen bezeichneten Empfänger weitersenden.

Artikel 4

Durchführung der Instandsetzungsaufträge

- (1) Der Portugiesische Verteidigungsminister garantiert für technische einwandfreie Ausführung aller anfallenden Arbeiten, Er wird zuverlässige und fähige Arbeitskräfte zur Durchführung dieses Vertrages heranziehen. Soweit Arbeiten Fachkräfte erfordern, wird er nur entsprechend geschulte Arbeitskräfte einsetzen. Der portugiesische Verteidigungsminister kann mit schriftlicher Zustimmung des Bundesverteidigungsministers oder der Bauaufsicht Unteraufträge an Unterauftragnehmer vergeben, die dem Bundesverteidigungsminister genehm sind. Er garantiert für technisch einwandfreie Durchführung der Unteraufträge im Rahmen der ihm gegen die unten beschriebenen zu stehenden Gewährleistungsansprüche.
- (2) Bei der Güteprüfung zwischen oder binnen 6 Monate nach Wunsch vom Bundesverteidigungsminister oder seinen Beauftragten beanstandeten Leistungen haben die OGMA unverzüglich sachgemäß auf ihre Kosten nachzubessern
- (3) Im Rahmen der Verträge garantiert der Portugiesische Verteidigungsminister insbesondere die Verwendung des vom Bundesverteidigungsministers beigestellten oder vorgeschriebenen Materials, oder soweit der portugiesische Verteidigungsminister eigenes Material verwenden darf, dessen volle Eignung und Freiheit von Mängeln sachlich und rechtliche Art. Er hat von ihm selbst gelieferte Ersatzteile, Klein- und Normteile, die von der Art der Flugzeuge und der Geräte oder binnen 6 Monaten danach vom Bundesverteidigungsminister oder einem seiner Beauftragten als nicht den an die zu stellenden Anforderungen entsprechend entsandt werden, durch welche [...] kosten zu ersetzen. Die hierdurch entstehenden Aus- und Einbaukosten dürfen nicht in Rechnung gestellt werden.
- (4) Die Gewährleistung erstreckt sich auf Verpackung und Konservierung.
- (5) Gewähransprüche des Bundesverteidigungsministers werden durch Güteprüfung und Abnahme nicht beeinflusst. [...]

Abbildung 7: Vertrag über die Lieferung von Gewehren der Bundeswehr (Quelle: ADN SGN 02 5378 Cx. 2827 Peça 8)

Leihvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung und dem portugiesischem Ministerium für nationale Verteidigung, vertreten durch den Heeres- und Luftwaffenattaché bei der portugiesischen Botschaft, Herrn Major i.G. Simeao wird folgender Leihvertrag geschlossen.

Artikel 1

Der Bundesminister der Verteidigung überlässt dem portugiesischem Ministerium für nationale Verteidigung zum leihweisen, unbefristeten und kostenlosen Gebrauch durch die portugiesischen Streitkräfte folgende Gegenstände:

- a) 15.000 Gewehre G 1, 7,62 mm x 51 kompl.
- b) 500 Maschinengewehre MG 42, 7,62 mm x 51 kompl.
- c) 150 Zusammenstellungen Ersatzteile für je 100 Waffen (neuwertig)
- d) 5.000 Reinigungsgeräte

Artikel 2

Alle mit der Übergabe und Rückgabe verbundenen Kosten wie z.B. Verpackung, Transport, Dienstleistungen usw. gehen zu Lasten des portugiesischen Ministeriums für nationale Verteidigung.

Artikel 3

Das portugiesische Ministerium für nationale Verteidigung verpflichtet sich, die unter Artikel 1 aufgeführten Gegenstände nur im Bereich der portugiesischen Streitkräfte zu verwenden.

Artikel 4

Das portugiesische Ministerium für nationale Verteidigung verpflichtet sich

1. 15.000 Gewehre G 1 nach Austausch durch Gewehre G 3 aus eigener Fertigung
2. 500 Maschinengewehre MG 42 sowie
3. nicht verbrauchte Zubehör- und Ersatzteile

zurückzugeben. Ferner verpflichtet sich das portugiesische Ministerium die Gegenstände 1. bis 3. zu warten, vor Rückgabe zu überholen und Ersatz zu leisten für in Verlust geratene oder völlig unbrauchbar gewordene Gewehre, Maschinengewehre, Zubehör- und Ersatzteile.

Sollte eine Ersatzleistung eintreten, so ist zur gegebenen Zeit eine gesonderte Vereinbarung zu treffen.

Artikel 5

Der Bundesminister der Verteidigung unterstützt das portugiesische Ministerium für nationale Verteidigung in allen Angelegenheiten, die Übergabe und Rückgabe der Gegenstände betreffen.

Bonn den 28.11.1962

Abbildung 8: Verwaltungsabkommen vom 11. Januar 1960 (Quelle: ADN SGDN 01 1703 Cx. 1151 Peça 2)

Convention Administrative

entre

le Ministre Fédéral de la Défense de la République Fédérale Allemande (dénommé ci-après MDA)

et

le Ministre de la Défense Nationale de la République Portugaise (dénommé ci-après MDP)

Selon l'esprit de l'amitié traditionnelle entre leurs peuples, et à fin d'approfondir leur coopération, telle qu'elle est convenue dans le Traité de l'Atlantique Nord, le MDA et le MDP en désirant d'améliorer réciproquement leur potentiel de défense, se sont mis d'accord sur ce qui se suit:

1. Les parties contractantes accordent entre elle le droit d'usage réciproque de leurs installations militaires, surtout des bases ou des points d'appui navals et aériens et des installations de réparation. Les deux parties assureront que les frais correspondant ne dépasseront les limites applicable à leurs propres forces armées.
2. Le MDP est prêt à concéder au MDA des possibilités de stockage à long terme de matériaux de réserve de guerre. Le MDP prêtera au MDA toute l'aide possible pour l'acquisition ou location de terrains et pour l'acquisition ou constructions de bâtiments. De la même façon seront donnés au MDA toute les facilités nécessaires pour la constitution d'entrepôts.
3. Les parties contractantes étudieront les mesures à adopter de telle façon que la production de matériel de guerre, d'intérêt commun, puisse être maintenue ou élargie en cas de guerre ou d'urgence grave.
4. Les parties contractantes échangeront des renseignements concernant leurs intentions d'acquisition de matériaux, quand il est possible de prévoir l'existence d'un intérêt commun. Dans ces cas elles essaieront de faire les achats en commun, soit dans un seul contract soit sous la forme de contracts additionnels. Cette procedure sera appliquée non seulement dans leurs propres pays mais aussi dans un pays tiers.
5. Les parties contractantes se sont mises d'accord pour que les prix et les conditions d'achat des matériaux de guerre, qu'une des parties désire commander à l'autre, et qui présentent des caractéristiques indentiques à celles du matériel employé, à fabriquer ou à acquérir pour cette dernière soient les mêmes que pour ses propres Forces Armées.
6. Les parties contractantes s'accordent mutuellement et à titre gratuit une aide administrative comprenant d'une façon générale l'elaboration des cahiers des charges, la préparation des contracts et les opérations de réception du matériel qui n'impliquent pas de frais spéciaux.
7. Le MDA est prêt à fournir à titre gratuit, au MDP les éléments d'information concernant les études de matériaux qui l'intéressent aussi bien que leurs spécifications techniques et les informations commerciales.
8. Cette convention aura la même période de validité que le Traité de l'Atlantique Nord. Dans le cas d'extinction de ce Traité eu si une ou les deux Parties le démontent, les accords établis sous cette Convention seront valables pendant une période de deux ans à partir de la date de la communication de l'extinction ou de la dénonciation du Traité de l'Atlantique Nord, sauf si, pendant cette période de nouvelles fermutes d'accord soient établies.
9. Pour l'exécution de cette Convention les deux parties contractantes sont d'accord pour nommer une Commission ad-hoc pour étudier les accords qu'il faut établir.

Ministre de la Défense Nationale
de la République Portugais

Ministre Fédérale de la Défense
de la République Fédérale Allemands

Abbildung 9: Vertrag über die Lieferung von MGs der Bundeswehr (Quelle: ADN SGDN 02 5378 Cx. 2827 Peça 8)

Vereinbarung zwischen der Republik Portugal, vertreten durch den Minister für nationale Verteidigung, dieser vertreten durch Herrn Vizeadmiral Joaquim de Sousa Uva, Generalstabschef der Marine und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung über die Abgabe von Waffen, Ersatzteilen und Funkgeräten durch die Bundesrepublik Deutschland und die Lieferung von Munition durch die Republik Portugal.

Artikel 1 – Gegenstand der Leistungen -

1. Die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, (Deutschland), verpflichtet sich, an die Republik Portugal, diese vertreten durch den Minister für nationale Verteidigung, (Portugal), nachstehend aufgeführte Gegenstände zu liefern:
 - a) 1.198 MG 42, großer Umbau, komplett bestehend aus:
 - 1 MG nackt mit einem Rohr
 - 1 Tasche mit Verschluss, Werkzeug, Handschützklappen und Ölfkanne
 - 1 Patronenkasten
 - 2 Gurte á 250
 - b) Ersatzteile für MG 42
 - 9.584 Patronengurte á 250 mit Einführungsstück
 - 4.792 Patronenkästen
 - 1.198 Ersatzrohre
 - 1.198 Rohrschützer für Ersatzrohre
 - c) 2 MG 1, neuwertig mit Zubehör und Vorratsteilen
 - d) 2 MG 1 mit Zubehör und Vorratsteilen entsprechend MG 42 sowie zusätzlich:
 - 2 weitere Rohre mit Rohschützer
 - 4 weitere Patronenkästen
 - 8 weitere Patronengurte á 250 Patronen
 - 1/5 des Anteils der Zusatzausstattung
 - e) 240 Zusatzausstattungen MG 1 und MG 2
 - f) 12 Zusammenstellungen Ersatzteile für je 100 Waffen
 - g) 50 Funkgeräte PRC-6
 - h) 10 Gewehre G 1 mit Zielfernrohr und Zubehör
2. Portugal verpflichtet sich, für den Wert der unter Ziffer a)-h) genannten Gegenstände im Tausch 7.443.000 Stück NATO Patronen 7,62 mm x 51 DM 41, Weichkern an Deutschland entsprechend der Bedingungen des Vertrages BWB – WM IV 5/01/11241/002/2 vom 7. Juni 1962 zu liefern.

Artikel 2 – Verpackung -

1. Die Gegenstände zu Artikel 1 Ziffer a)-h) sind nach Verpackungsstufe C – handelsübliche Verpackung – auszuliefern.
2. Die NATO-Patronen 7,62 mm gemäß Artikel 1 Ziffer 2 sind nach den Bedingungen des Vertrages BWB-WM IV 5/01/11241/002/2 vom 7. Juni 1962 zu verpacken und zu bezeichnen.

Artikel 3 – Liefertermine -

1. Deutschland verpflichtet sich, die unter Artikel 1 Ziffer a)-h) bezeichneten Gegenstände bis zum 31.12.1962 zu liefern.

2. Portugal verpflichtet sich, die NATO-Patronen 7,62 mm x 51 DM 41, Weichkern, bis zum 30.06.1964 unabhängig des mit dem BWB unter Auftragsnummer WM IV 5/01/11241/002/2 geschlossenen Vertrages über 120 Millionen Patronen 7,62 mm zu liefern und schriftlich jeweils 4 Wochen im voraus unter Angabe von Verladetermin, Verlademenge sowie Verladegewicht die versandbereiten und gütegeprüften Lieferungen anzuzeigen.

Artikel 4 – Eigentumsübergang und Erfüllungsort –

1. a) Der Eigentumsübergang der Gegenstände Artikel 1 Ziffer a)-h) erfolgt bei Übergabe und Übernahme in Erding an den Vertreter des portugiesischen Ministeriums für nationale Verteidigung.
b) Der Erfüllungsort für die Lieferung aus Artikel 1 Ziffer a)-h) ist das Luftwaffenparkregiment 1, Erding/Transportgruppe.
2. a) Der Eigentumsübergang der Patronen gemäß Artikel 1 Ziffer 2 erfolgt mit dem aus den Incoterms sich ergebenden Gefahrenübergang. Die Übergabe an Deutschland wird durch die Reederei, welche die Patronen in Verwahrung nimmt, ersetzt.
b) Erfüllungsort für die Lieferung der Patronen 7,62 mm ist der Hafen Lissabon, fob, eines von Deutschland genannten Schiffes.

Artikel 5 – Versandregelung –

1. Die Lieferung der Gegenstände nach Artikel 1 Ziffer a)-h) erfolgt ab Luftwaffenparkregiment 1, Erding/Transportgruppe.
2. a) Die Lieferung der unter Artikel 1 Ziffer 2 genannten Patronen 7,62 mm erfolgt fob Hafen Lissabon gemäß Incoterms 1953.
b) Die Patronen sind unter Beachtung der Verordnung über die Beförderung gefährlicher Seefrachtgüter vom 4. Januar 1960 (Bundesgesetzblatt Teil II vom 14. Januar 1960) zu versenden.
c) Auf Anfrage bei der Reederei „Neptun“ Deutsche Dampfschiffahrts-gesellschaft, Bremen; Reederei-Agentur-Marcus & Harting/Lissabon, Rossio 50, wird der Name des jeweiligen Seeschiffes sowie der Ladezeit für die vereinbarten Teillieferungen bekanntgegeben.
d) Die Konnossemente sind lautend an Bord wie folgt aufzumachen: Schenker & Co, Internationale Transporte, Bremen, Hochhaus, Doventor. Notify: Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung AB I 3 Koblenz/Rhein Am Rhein 2-6
Löschhafen: Weser/Elbehafen und zu versenden:
1 Ausfertigung des Originalkonnossements per Luftpost an den Empfangsspediteur zur Empfangnahme der Lieferungen im Löschhafen.
2 Ausfertigungen eines vollen Satzes reingezeichneter Originalkonnossemente lautend an Bord und 2 Kopiekonnossemente an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, Referat AB I 3, Koblenz/Rhein, Am Rhein 2-6. Dem im deutschen Löschhafen tätig werdenden Spediteur wird ein besonderer Auftrag zur Übernahme und Weiterleitung der Munition erteilt.

Artikel 6 – Einfuhr- und Zollabfertigung –

Zur Vorbereitung der deutschen Einfuhrformalitäten sind dem BWB, Referat AB I 3, rechtzeitig vor Abgang jeder Teillieferung je 2 Ausfertigungen unterschriebener Rechnungen und Packlisten in deutscher Sprache auf Firmenbriefbogen per Luftpost zu übersenden.

Die Packlisten müssen folgende Angaben enthalten:

- a) Buchstaben und Nummern der Packstücke

- b) Zahl und Art der Packstücke
- c) Brutto- und Nettogewicht der Teillieferung

Stand- und/oder Lagergelder, die durch verspätete Zuleitung der vorstehenden Unterlagen entstehen, gehen zu Lasten des Absenders der Munition.

Artikel 7 – Gewährleistung -

1. Gewährleistung wegen Rechtsmängel
Beide Vertragspartner leisten Gewähr, dass die Vertragsgegenstände nicht gegen Rechte Dritter, insbesondere gegen gewerbliche Schutzrechte, verstoßen.
2. Gewährleistung wegen Sachmängel
 - a) Portugal verpflichtet sich, Waffen, Ersatzteile sowie Funkgeräte in dem Zustand anzunehmen, in dem sie sich zum Zeitpunkt der Übernahme befinden.
Deutschland haftet nur für Schäden, die durch den Transport entstanden sind und leistet für völlig unbrauchbar gewordene Gegenstände Ersatz.
 - b) Portugal sichert zu, dass die zu liefernden Patronen 7,62 mm die vertraglich vereinbarten Eigenschaften haben und nicht mit Fehlern behaftet sind, die den Wert oder die Tauglichkeit aufheben oder mindern.
 - c) Die Gewährleistungsfrist für die Patronen 7,62 mm einschließlich der Verpackung beträgt 10 Jahre.
 - d) Eine mangelhafte Lieferung kann durch kostenlose Ersatzlieferung einer mangelhaften Patrone 7,62 mm oder durch Schadenersatz wegen Nichterfüllung einschließlich Kosten der Rück- und Zusendung sowie aller Nebenkosten beseitigt werden.
 - e) Die Gewährleistungsfrist beginnt mit dem Übergang des Eigentums an den Patronen 7,62 mm sowie evtl. Ersatzlieferungen.
 - f) Gewährleistungsansprüche werden durch die Güteprüfung und Abnahme nicht beeinflusst.

Artikel 8 – Preise –

Die Waffen-, Ersatzteil-, und Funkgeräteeieferungen aus Deutschland werden gegen Munitionslieferungen aus Portugal ausgetauscht. Für die Bemessungsgrundlage werden folgende Festpreise vereinbart:

1. Lieferungen aus Deutschland
 - a) 1.198 MG 42, großer Umbau, kompl. bestehend aus: 1 MG nackt mit 1 Rohr, 1 Tasche mit Verschluss, Werkzeug, Handschützklappen und Ölkanne, 1 Patronenkasten, 2 Gurte á 250

Einzelpreis 550 DM, Gesamtpreis 658.900 DM

- b) Ersatzteile für MG 42
9.584 Patronengurte á 250 mit Einführungsstück (je MG 8)
Einzelpreis 8,55 DM, Gesamtpreis 81.943,20 DM
4.792 Patronenkästen (je 4 MG)
Einzelpreis 7 DM, Gesamtpreis 33.544 DM
1.198 Ersatzrohre (je MG 1)
Einzelpreis 75,84 DM, Gesamtpreis 90.856,32 DM
1.198 Rohrschützer für Ersatzrohr (je 1 MG)
Einzelpreis 5,55 DM, Gesamtpreis 6.648,90 DM
- c) 2 MG 1 neuwertig mit Zubehör und Vorratsteilen
Gesamtpreis 1.290 DM
- d) 2 MG 1 mit Zubehör und Vorratsteilen entsprechend MG 42 zusätzlich:
2 weitere Rohre mit Rohrschützer

4 weitere Patronenkästen
8 weitere Patronengurte á 250 Patronen sowie
1/5 des Anteils der Zusatzausstattung
Einzelpreis 1.320 DM, Gesamtpreis 2.640 DM

- e) 240 Zusatzausstattung MG 1 und MG 2
Einzelpreis 93 DM, Gesamtpreis 22.320 DM
- f) 12 Zusammenstellungen Ersatzteile für je 100 Waffen
Gesamtpreis 619.806,40 DM
- g) 50 Funkgeräte PRC-6
Einzelpreis 650 DM, Gesamtpreis 32.500
- h) 10 Gewehre G 1 mit Zielfernrohr und Zubehör
Einzelpreis 666,89 DM, Gesamtpreis 6.668,90 DM
- i) Transport und Verpackungskosten
Gesamtpreis 15.588,18 DM

Gesamtwert 1.572.705,90 DM

2. Lieferungen aus Portugal

7.443.00 Patronen 7,62 mm x 51 DM 41, Weichkern, einschließlich
Verpackung, fob Lissabon, Kennzeichnung, Beschriftung und seemäßiger
Verpackung gem. Incoterms 1953
Preis für 1.000 Stück 211,30 DM
Der Gesamtwert für 7.443.00 Patronen beträgt 1.572.705,90 DM

Artikel 9 – Gütesicherung und Güteprüfung (einschließlich Fertigungsbeobachtung) –
Für die Gütesicherung und Güteprüfung (einschließlich Fertigungsbeobachtung) der
Munitionslieferungen aus Portugal gelten im übrigen die gleichen Bedingungen und
Vorschriften wie sie in den Verträgen mit dem BWB festgelegt sind.

Artikel 10 – Sonstige Bedingungen –

Auf diese Vereinbarung findet deutsches Recht Anwendung.

Artikel 11 – Regelung von Meinungsverschiedenheiten –

Für den Fall, dass sich bei der Anwendung dieser Vereinbarung Schwierigkeiten
ergeben, verpflichten sich die Vertragspartner, alle Möglichkeiten einer gütlichen
Einigung auszuschöpfen. Können Streitfragen jedoch nicht durch gütliche Einigung
geregelt werden, so werden sie in einem beratenden Ausschuss vorgelegt, in den jeder
Verteidigungsminister zwei Vertreter entsendet.

Die Stellungnahme dieses Ausschusses wird den Verteidigungsministern unterbreitet,
die beide gemeinsam eine Entscheidung treffen.

Artikel 12 – Änderungen –

Willenserklärungen im Zusammenhang mit der Durchführung oder einer etwaigen
Änderung dieser Vereinbarung müssen, um rechtswirksam zu sein, schriftlich
abgegeben werden.

Bonn, den 19. Oktober 1962

Abbildung 10: Vertrag über den Nothafen Troia (Quelle: ADN SGDN 02 5488 Cx. 2854 Peça 1)

Acordo entre

a República Portuguesa e a República Federal da Alemanha

O Ministro da Defesa Nacional da República Portuguesa e o Ministro Federal da Defesa da República Federal da Alemanha:

tendo acordado, dentro do espírito de tradicional amizade entre os povos dos dois países e em conformidade com o princípio estabelecido na OTAN de colaboração entre os seus Estados Membros, na concessão mútua de determinadas facilidades às Forças Armadas das duas Nações, com o fim de intensifiaram a sua cooperação e melhoram reciprocamente o seu potencial de defesa, concluíram o seguinte acordo, visando a concretização do resultado das conversações realizadas em Bonn em 4 e em 11 de Julho de 1960.

Utilização dos Portos Metropolitanos Portugueses pelas Autoridades Alemãs

13. Maio de 1960

1. O objectivo das autoridades alemãs consiste em:

„Conseguir das autoridades portuguesas, a concessão de facilidades para:

- Efectuar o transbordo de cargas secas dos navios oceânicos para os costeiros alemães (1.000 Toneladas diárias), num porto do Continente europeu português;
- Quando necessário, drenar por terra, através do porto que lhes for indicado, uma fracção de tonelagem movimentada.“

2. No caso do Governo Português aceder a esta pretensão, o transbordo poderia realizar-se de duas maneiras:

a. Dos navios oceânicos directamente para os costeiros:

Este modalidade que tem a vantagem de não exigir quaisquer preparativos ou construções especiais, tanto do lado alemão como do português, tem em contrapartida o inconveniente de obrigar a sincronisar o movimento dos navios costeiros com os oceânicos, com consequentes períodos mortos para uns ou para outros, visto que tem que aguardar nos portos a melhor oportunidade para efectuar as necessárias operações de transbordo. Tal facto traduz-se:

- (1) Num fraco rendimento da navegação disponível;
- (2) Numa maior concentração de navios nos portos;
- (3) Num desperdício da área útil, admitindo, como é natural, que os navios se encontrem fundeados.

Por estas razões, o uso sistemático desta modalidade de verá ser condenado em tempo de guerra, a não ser em baías ou enseadas em que o espaço não seja crítico. Na nossa costa, poderiam neste caso servir:

Peniche
Sesimbra
Lagos
Monte Gordo
Quarteira
Armação de Pera

Não é no entanto natural que esta solução satisfaça as autoridades alemãs, não só pela razão exposta em (1) como pela fraquíssima capacidade de escoamento destes ancoradouros e sua exposição a ataques vindos do mar (submarinos particularmente). Por outro lado, parte destes fundeadouros terão que ser utilizados pela navegação sempre que o porto de Lisboa tenha de ser evacuado.

- b. Dos navios oceânicos para as cais ou armazéns e destes para os navios costeiros:

Esta modalidade não apresenta os inconvenientes da anterior, mas implica a utilização dum porto que, em tempo de guerra, satisfaça entre outros aos seguintes quesitos:

- (1) Comportar, sem prejuízo da sua segurança, das necessidades nacionais ou compromissos internacionais, a concentração de navios e cargas que a pretensão alemã implica;
- (2) Permitir, sem grandes condicionamentos de maré, a entrada a navios oceânicos de tonelage média (10.000 Toneladas);
- (3) Dispor de cais para a atracção de pelo menos um navio oceânico ou dois costeiros, com o equipamento para a descarga e carga das mercadorias, armazéns, terraplanos etc.
- (4) Dispor de estradas ou vias férreas para, em caso de necessidade e sem inconveniente para os interesses nacionais, efectuar o escoamento de mercadorias que se poderão cifrar na ordem de algumas centenas de toneladas por dia.

3. Os portos do continente português europeu são os seguintes:

Viana do Castelo

Leixões/Douro

Aveiro

Figueira da Foz

Lisboa

Setubal

Portimão

Faro/Olhão

Vila Real de Santo António

Excluidos os portos de Lisboa e Leixões por não satisfazerem ap quesito (1) da alínea b do número anterior e todos os outros que não satisfazem ao (2), ficará apenas para estudo dos restantes quesitos (3) e (4), o porto de Setúbal.

4. Estudo da possibilidade da utilização do porto de Setúbal. A situação do porto de Setúbal em relação a cada um dos quesitos da alínea b do nº 2, é a seguinte:

- (1) Segundo a Comissão Portuária Central, para se movimentar no porto de Setúbal um total de 7.400 Toneladas por dia seriam necessários:

12 navios das classes I ou II

2 navios das classes III

2 navios das classes IV

No exercício SIDE STEP reconheceu-se a necessidade de, para fazer a evacuação do porto de Lisboa, recolher em Setúbal:

27 navios da classe II

15 navios da classe III

10 navios da classe IV

4 navios da classe V

4 navios da classe VI

os navios indicados absorvem totalmente os cais existentes e as áreas disponíveis para ancoradouros. A construção de novos cais permitirá no entanto a admissão de mais navios em virtude do espaço insignificante que ocupam na situação de atracados. Nestas circunstâncias, a conclusão quanto ao quesito

(1) poderá ser a seguinte:

„O porto de Setúbal poderá comportar, sem inconveniente de maior, a presença dos navios necessários ao objectivo em vista, desde que seja possível dispor de um cais para o seu serviço privativo.“

(2) Embora a barra de Setúbal permita actualmente, em boas condições de tempo e de maré, a entrada a navios de porte relativamente grande, conviria, para evitar estas restrições, dragar o canal de entrada (50x1.000 metros) a uma maior profundidade. A amplitude de maré varia entre 1,40 m e 3,80 m. Para uma amplitude média, as alturas água na terceira, quarta e quinta hora depois do baixamar são respectivamente de 1,40 m, 2,0 m e 2,40 m. Estes valores parecem aconselhar uma dragagem até à costa (-8 metros) em baixamar, o que implica a remoção de um milhão de metros cúbicos de areia. Quanto ao quesito (2), a conclusão será portanto:

„O porto de Setúbal poderá satisfazer plenamente ao quesito (2) se se realizarem os necessários trabalhos de dragagem para aprofundar e manter o canal da barra na cota (-8 metros) em baixamar.“

(3) No porto de Setúbal existem actualmente nove cais, dos quais:

4 de propriedade particular nomeadamente:

Cais I da Companhia de cimento SECIL

Cais VII da Companhia Shell

Cais VIII da Companhia UEP

Cais IX da Companhia SAPEC

3 para serviços especificados:

Cais II para a descarga de carvão

Cais III para a descarga de peixe

Cais V para o Tráfego fluvial

2 para carga geral

Cais IV Cota -9m, para navios da classe II (500 T/Dia). Servido por estrada

Cais VI Cota -7m, para navios da classe III (400 T/Dia) servido por estrada e caminho de ferro.

Pela presente relação fácil é concluir que por esistirem apenas, disponíveis para carga geral, os cais IV e VI, não será possível utilizá-los para o fim em vista. Portanto a conclusão é:

„O porto de Setúbal só poderá satisfazer ao quesito (3) se se construir um novo cais com as seguintes características aproximadas:

Comprimento 200 a 250 metros

Cota: -11 metros

Equipamento para manusear a tonelagem pretendida

Armazéns ou terraplanos considerados necessários“

(4) O porto de Setúbal é servido por linha férrea que permite um débito de 800 Toneladas por dia, e por 7 estradas que, no conjunto, poderão debitar 6.400 Toneladas por dia.

As estradas principais são:

Estrada Nacional „Setúbal-Arrábida“ EN 10-4

Estrada Nacional „Cacilhas-Setúbal-Vila Franca de Xira“ EN 10

Estrada Nacional „Setúbal-Palmela-Montijo“ EN 252

Além das vias terrestres é possível um débito de 400 Toneladas por dia, por via fluvial até Porto Rei, a 60 Kilómetros da Foz. Portanto a conclusão é:

„O porto de Setúbal satisfaz plenamente ao quesito (4) sem necessidade de promover para este efeito qualquer ampliação das vias terrestres. Poderá no entanto ser necessário adquirir algum equipamento portuário para a condução das mercadorias, desde o cais que se vier a construir, até às estações terminais das vias terrestres.“

- a. Através dos cais presentemente existentes, e que foram indicados na alínea (3) do número 4, o porto de Setúbal pode movimentar actualmente 2.900 Toneladas por dia. Este valor está em franca desproporção com as 7.600 Toneladas por dia que as vias de dreno para o interior são susceptíveis de absorver. No sentido de equilibrar estes dois valores, condição necessária para se atingir um rendimento óptimo do conjunto, a extinta Comissão de Portos e Praias, fez um estudo que tinha por objectivo conseguir, através duma despesa mínima, um melhoramento da capacidade portuária. A solução que então se presonisou, como medida de emergência, foi o aproveitamento apenas permitim, em preamar, a acostagem de barcos de pequeno porte. Este aproveitamento seria conseguido, interpondo batelões com 5 metros de largura entre os navios e a terra, o que permitiria a acostagem de 7 navios da classe V. A descarga seria depois efectuada dos navios para os batelões por meio de guias móveis. Para este efeito seriam necessários 14 batelões e 14 guias no valor global de 6.300 contos. A descarga por este processo seria de $7 \times 250 = 1750$ toneladas por dia, que, somadas às actuais possibilidades, permitiram elevar para 4.650 Tons/Dia, a capacidade de movimentação de cargas secas no porto de Setúbal.
- b. No segundo Plano de Fomento, o Governo programou para o porto de Setúbal: „A construção de um muro cais contínuo, levados a fundos de (-9,50), com dimensões que permitam a acostagem simultânea de dois navios. Criar-se-ão também maiores terraplenos, necessários à movimentação das mercadorias.“
- As verbas inscritas para este efeito atingem o montante de 19.000 contos.

- c. Qualquer das soluções preconizadas, quer no Plano de Fomento, quer pela extinta Comissão de Portos e Praias, recaem, logicamente, na margem norte. É natural que assim se continue procesendo enquanto se não atingir a saturação dos espaços, ou o equilíbrio entre as capacidades de descarga dos navios e os débitos das vias para o interior. O problema da localização dos futuros cais a construir tem aspectos económicos e técnicos cuja consideração sai do âmbito deste Estado-Maior. Julga-se no entanto que neste caso particular, há que atender igualmente:
- Ao aspecto político
 - À conveniência em evitar a fixação de elementos estrangeiros em espaços adjacentes à cidade que mais tarde o natural desenvolvimento do porto viria a abranger
 - Às funções específicas do cais (economia de espaço e regularização de tráfego marítimo)
 - Ao facto de se pretender um acoplamento entre várias vias marítimas, e não, como normalmente sucede, entre vias marítimas e terrestres.

Estes factores levam a considerar como hipóteses remanescentes para a localização no futuro cais, as seguintes:

- (1) no extremo norte da península de Troia
 - (2) Junto à Várzea da Comenda, na margem norte
6. Possibilidade de aproveitamento do novo cais em tempo de paz.

- a. As considerações que atrás se fazem, tiveram apenas em vista a avaliação da possibilidade física de se satisfazer a pretensão apresentada pelas autoridades alemãs. Mas o problema está astringido. Se bem que a pretensão alemã se baseie essencialmente numa utilização em tempo de guerra, as autoridades portuguesas desejarão certamente que, quaisquer trabalhos ou obras que se venham a realizar, tenham também a sua aplicação em tempo de paz e possam deste modo contribuir para fomentar a economia nacional. Sob este aspecto há que considerar o aproveitamento do cais que se viesse a construir para:

(1) Descarga de mercadorias

(2) Descarga de produtos petrolíferos

- b. A hipótese de construção do cais em Troia tem o inconveniente de não satisfazer, de forma económica, à descarga de mercadorias, por não existir actualmente qualquer ligação entre esta península e as redes ferroviária e rodoviária. Oferece no entanto condições optimas para uma armazenagem de produtos petrolíferos, pelos factos de:

(1) Se tratar precisamente duma zona desabitada e isolada dos centros populacionais

(2) De serem muito baratos os terrenos e não existirem quaisquer limitações de espaço

(3) De se tratar duma zona arenosa e de fácil escavação

- c. A hipótese de construção do cais junto à várzea da Comenda favorece a possibilidade da sua dupla aplicação mas tem alguns dos inconvenientes indicados no nº 5c.

- d. As entidades que eventualmente poderiam estar interessadas numa armazenagem de produtos petrolíferos em Setúbal, são:

Companhias petrolíferas, Forças Armadas Portugêsas, Autoridades Alemãs.

- (1) É de admitir o interesse das Companhias petrolíferas porque, apesar de serem muito grandes as quantidades anualmente refinadas pela SACOR, parte para exportação e parte para consumo do país (674.000 T), foi autorizada no ano passado a importação de 587.100 Toneladas de produtos refinados, das quais:
- 81.800 de gasolina de aviação
 - 5.500 de gasolina de turismo
 - 43.000 de petróleo
 - 183.000 de gásóleo
 - 265.800 de fuel oil

O Sul do país, mais particularmente a zona de Setúbal, consumiu:

30.680 toneladas de gasolina

41.643 toneladas de petróleo

75.600 toneladas de gásóil

9.250 toneladas de fuel oil

No que respeita a petróleo e produtos pretos, as quantidades importadas foram superiores às do consumo do sul do país, parecendo justificar-se para estes produtos, a construção de depósitos em Setúbal onde eles possam ser vertidos directamente, sem necessidades de transitarem primeiramente por Lisboa.

- (2) O interesse das Forças Armadas Portugêsas será também, naturalmente de atender. Quanto à Marinha de guerra, as necessidades em POL para 90 dias de guerra, estão estimadas em 12.000 toneladas de Diesel Oil e 39.000 de fuel Oil. Destas apenas se previu a armazenagem de 16.600 toneladas de Fuel Oil, nos depósitos da infra-estrutura comum NATO na Caparica, mas dessa reserva

apenas poderão beneficiar os nossos escoltas oceânicos atribuídos ao SACLANT.

- (3) Quanto as Autoridades Alemas, julga-se que se poderia atender a qualquer pretensão neste sentido, em virtude da redução que resultaria para as despesas gerais como consequência da sua comparticipação.
- (4) O grau de interesse manifestado por cada uma destas entidades poderá fazer pender, num ou noutro sentido, a solução a adoptar quanto à localização e viabilidade do empreendimento, visto que ela depende dos acordos, compromissos e repartição de encargos que previamente se estabelecerem. Nestas condições julga-se prematuro manifestar desde já qualquer preferência por um ou outro local e que seria conveniente a realização de conversações preliminares antes de se prosseguir nos estudos sobre este assunto.

7. As considerações feitas nos números anteriores, conduzem, em primeira aproximação, as seguintes conclusões:

a. No que respeita à repartição dos encargos:

(1) Por financiamento, total ou parcial, das Autoridades Alemas:

- (a) Construção na península de Troia, ou junto à Varzea da Comenda dum cais a cota (-11 metros) com o comprimento aproximado de 200 a 250 metros, apetrechado com os necessários guindastes e meios de carga e descarga
- (b) Dragagem do canal da barra a cota (-8 metros) em baixamar, ou cedência a título devolutivo, do material necessário para a efectuar e manter
- (c) Construção nas imediações do cais de: armazéns, terraplanos, edificios arruamentos, canalizações, depósitos de água, vedações etc. necessários a manutenção dos seus serviços
- (d) Fornecimentos do material necessário para efectuar o transporte das mercadorias que desejem fazer seguir por terra e para a sua colocação nas estações ferroviárias ou rodoviárias na margem do norte
- (e) Comparticipação nas despesas com a instalação de POL se fosse do seu interesse a utilização ou construção de depósitos.

(2) A cargo ou parical, do Estado Português:

- (a) compra ou exportação dos terrenos necessários aos serviços a instalar, e estabelecimento da zona de servidão militar
- (b) transporte e transformação de energia eléctrica para a sua utilização junto as novas instalações que se construirem
- (c) ligação telefónica
- (d) construção de depósitos de POL e comparticipação nas despesas gerais com a instalação petrolífera se se reconhecer a sua necessidade ou conveniência.

(3) a Cargo das Companhias Petrolíferas:

Construção dos depósitos privativos e instalações acessórias para a sua utilização e exploração.

- b. O Estado Português poderá colaborar ou não nas despesas e trabalhos a efectuar, se estudos mais completos ou a andamento das conversações, as vierem de facto a justificar.

Supõe-se no entanto que, embora em maior ou menor escala, a hipótese da comparticipação será sempre preferível não só para melhor se firmar a nossa soberania, como até porque, do ponto de vista material, deverá ser possível reverter novamente aos cofres do Estado, grande parte dos investimentos que se fizerem.

No segundo plano de fomento (1959-64) estão previstos 781.000 contos para melhoramentos nos portos do Continente e Ilhas, dos quais 19.000 cabem ao porto de Setúbal. Julga-se por isso que não será difícil, com uma pequena redistribuição de verbas, reunir as necessárias para levar a bom termo a solução que neste apontamento se preconiza, se ela for de facto viável.

Abbildung 11: Zusatzvertrag Instandsetzungswerke OGMA (Quelle: ADN SGDN 02 5553 Cx. 2867 Peça 2)

Zusatzabkommen

Zwischen dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland (nachstehend als Bundesverteidigungsminister bezeichnet), einerseits und dem Minister für Landesverteidigung der Republik Portugal (nachstehend als Portugiesischer Verteidigungsminister bezeichnet) andererseits wird im Geiste bestehender traditioneller Freundschaft und im Interesse der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen ihrer beiden Länder hinsichtlich der Bereitstellung und der Finanzierung der zur Vorbereitung und Durchführung eines Triebwerk-Instandsetzungsprogramms erforderlichen Einrichtungen folgendes Zusatzabkommen zu dem Abkommen über die Instandsetzung von Flugzeugen und Luftwaffengerät vom 16. Januar 1962 abgeschlossen.

Artikel I

Der Portugiesische Verteidigungsminister verpflichtet sich, für den Bundesverteidigungsminister Instandsetzungen, Überholungen, Wartungen, Inspektionen und Änderungen von Triebwerken und Zubehör durchführen zu lassen. Alle Einzelheiten des Programms sowie die Benennung der zuständigen portugiesischen und deutschen Stellen werden gemäß Artikel 1 (2) und (4) des vorgenannten Abkommens vom 16. Januar geregelt.

Artikel II

Der Portugiesische Verteidigungsminister übernimmt es, die für die Durchführung des Programms benötigten Infrastrukturanlagen zu errichten.

Dazu gehören Anlagen für:

- Zentrale Instandsetzung einschließlich Reinigung und Galvanik
- Gerätemontage und Prüflaufstände
- Verwaltung
- Betreuung und Soziales
- Lagerung, Versorgung, Verkehr und das Abstellen
- Nebenanlagen

In einem Umfang, wie er aufgrund der gemeinsamen Planung unter Mitwirkung der deutscherseits benannten Sachverständigen festgelegt wird.

Artikel III

Der Portugiesische Verteidigungsminister stellt für die Errichtung der Anlagen – soweit vorhanden und frei verfügbar – staatseigenes Gelände im Bereich der OGMA (Alverca) kostenlos bereit und übernimmt es, zusätzlich benötigtes Gelände auf Kosten der Bundesrepublik Deutschland zu beschaffen.

Artikel IV

Die durch die Errichtung der Gesamtanlage verursachten Kosten einschließlich der Erschließungskosten gehen zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland.

Kostenvoranschlagung, Rechnungslegung und Zahlung regeln sich nach gemeinsam festgelegten oder ggfs. Noch festzulegenden Verfahren.

Artikel V

Der Bundesverteidigungsminister verpflichtet sich, für die Errichtung von Anlagen, soweit besondere Fachkenntnisse erforderlich sind, auf Anforderung der portugiesischen Behörden technische Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Artikel VI

Der Bundesverteidigungsminister verpflichtet sich, die zur Durchführung des Programms erforderlichen Apparate, Maschinen und technischen Geräte dem portugiesischen Verteidigungsminister zur Verfügung zu stellen. Diese Gegenstände bleiben das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Ein- und Ausfuhr ist gestattet, ohne dass von der portugiesischen Seite Zölle oder sonstige Abgaben und Gebühren erhoben werden. Ebenfalls wird keinerlei Sicherheitsleistungen gefordert. Art und Umfang der Ausstattung werden im Rahmen des gemäß Artikel I festzulegenden Programms geregelt. Der Portugiesische Verteidigungsminister verpflichtet sich, dieses Gerät entsprechend den Erfordernissen des Programms sachgerecht warten und instandsetzen zu lassen.

Artikel VII

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland darf Materialien, Geräte und Waren, die von den deutschen und portugiesischen Militärbehörden für erforderlich gehalten werden und für den Bau und die infrastrukturelle Ausstattung der in Artikel II genannten Einrichtungen bestimmt sind, zollfrei nach dem kontinentaleuropäischen Hoheitsgebiet Portugals einführen, soweit sie in Portugal nicht zu annehmbaren qualitativen und preislichen Bedingungen erhältlich sind.

Artikel VIII

Alle für die Bundesrepublik Deutschland errichteten ortsfesten Baulichkeiten werden mit ihrer Errichtung Eigentum der portugiesischen Regierung und sind als solches nach Durchführung des Instandsetzungsprogramms an Ort und Stelle zu belassen, unbeschadet der nachstehenden Bestimmungen über nicht ortsfeste Baulichkeiten sowie über den Restwert der Gebäude zum Zeitpunkt der Freigabe. Der Portugiesische Verteidigungsminister wird den Abbau und die Mitnahme der nicht ortsfesten Baulichkeiten seitens der Behörden der Bundesrepublik Deutschland innerhalb von 6 Monaten nach Durchführung des Programms gestatten, sofern die für die Errichtung dieser Baulichkeiten benutzten Liegenschaften in voll benutzungsfähigem Zustand freigemacht werden können; dabei ist die vor der Zurverfügungstellung der Einrichtungen erfolgte Benutzung maßgebend. Soweit die Bundesrepublik Deutschland Vermögenswerte, die rechtlich im Eigentum der Republik Portugal stehen ganz oder teilweise freigibt, führen die Regierungen beider Staaten Verhandlungen mit dem Ziele der Festsetzung des zur Zeit der Freigabe gegebenenfalls noch vorhandenen Restwertes von Investitionen, die aus Haushaltsmitteln der Bundesrepublik finanziert werden einerseits der militärische und wirtschaftliche Nutzen, den die zurückgelassenen Investitionen für die portugiesische Regierung haben oder gegebenenfalls der Reinerlös des Verkaufs, und andererseits die von der Republik Portugal im Rahmen dieses Abkommens erbrachten Leistungen gebührend berücksichtigt. Die Bundesrepublik Deutschland kann nach Beendigung des Programms sämtliche von ihr gemäß Artikel V zur Verfügung gestellten Geräte, Ausrüstungsgegenstände, Apparate und Maschinen entfernen. Der portugiesischen Regierung wird jedoch Gelegenheit gegeben, diese

Gegenstände auf dem Wege von Verhandlungen mit den deutschen Behörden über den Restwert zu erwerben.

Artikel IX

Die nach Maßgabe dieses Abkommens finanzierten Anlagen sowie die zur Verfügung gestellten Einrichtungen, Maschinen, Apparate und sonstigen Geräte dürfen nur für die Durchführung des Instandsetzungsprogramms der Bundesrepublik Deutschland benutzt werden; soweit sie jeweils hierfür nicht benötigt werden, können sie jedoch bei Vorliegen einer Einwilligung des örtlichen Vertreters der Bundeswehr für die Ausführung von Arbeiten für die portugiesischen Streitkräfte verwendet werden. Eine Benutzung der zur Verfügung gestellten Einrichtungen, Maschinen, Apparate und sonstigen Geräte für andere als die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Zwecke erfordert die Überprüfung der in diesem Abkommen getroffenen finanziellen Absprachen und bedarf der Genehmigung der Verteidigungsministerien der beiden Länder.

Artikel X

Die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien werden die mit den Bestimmungen dieses Abkommens zusammenhängenden Zweifelsfragen gemeinsam prüfen und zum Gegenstand von Besprechungen machen.

Abbildung 12: Hauptvertrag über die Basis Beja (Quelle: ADN SGDN 02 5673 Cx. 2890 Peça 1)

Acordo Relativo à Base de Beja (16. Dez. 1960)

Anexo I

As facilidades a que se refere o Artigo II do presente Artigo, que serão postas à disposição das Forças Armadas da República Federal da Alemanha à medida que se encontrem operacionais, consistem em:

d) Abastecimento em combustível, pela forma e nas quantidades e qualidades que vierem a ser acordadas por ambas as partes contratantes.

Nota I

Na data do acordo a Alemanha não tinha ainda ratificado a Convenção Relativa ao Estatuto das Forças NATO, razão por que não foi possível considerar a sua aplicação no caso.

Mas ao celebrar-se em 1962 o acordo suplementar ao acordo base, que estabeleceu o Estatuto Jurídico dos membros das Forças Alemãs que permaneçam em Portugal, dos membros do seu Elemento Civil e das pessoas a cargo duns e doutros, foi já possível adoptar as normas estabelecidas naquela Convenção entre os Estados Partes do Tratado do Atlântico Norte para as forças desses Estados estacionadas noutro Estado Parte, que não o próprio, acrescentando-lhes desde logo normas complementares que pareceram convenientes.

Nota 2

Embora o referido acordo suplementar se limite a estabelecer o Estatuto Jurídico do pessoal, daí em diante, ratificada a Convenção pela Alemanha, passou ela a aplicar-se de forma geral às Forças Alemãs, relativamente às diferentes naturezas dos problemas que se foram levantando, e estavam consideradas na Convenção, procurando-se, no

entanto, sempre que tal pareceu necessário, modificar as termos para nós vamenpors, as normas da Convenção, com base no princípio que nela própria se estabelece segundo o qual os Estados Partes podem regular entre si de forma diferente da estabelecida na Convenção os problemas nela contemplados. Foi, por exemplo, o caso da indenizações por prejuízos causados a terceiros por elementos das Forças Alemãs no nosso país. Aliás por conveniências de ordem interna e externa, sempre se procuro fundamentar a concessão mútua de determinadas facilidades, às Forças Armadas de Portugal e da Alemanha, no Tratado do Atlântico, que consigna no seu Artigo 3^o. que os Estados Partes agindo de maneira contínua e efectiva, individual ou conjuntamente, pelo desenvolvimento dos seus próprios meios e prestando-se mútua assistência, manterão e acrescentarão a sua capacidade individual e colectiva de resistência a um ataque armado. E o que claramente mostram os preâmbulos dos diversos acordos efectuados. Sendo assim, sempre pareceu fora de dúvida que a Convenção, embora com as sujeições nela estabelecidas, é de aplicar às Forças Armadas Alemãs que estacionem no nosso país, por efeito das facilidades que lhe foram concedidas.

II. Convenção entre os Estados Partes no Tratado do Atlântico Norte Relativa ao Estatuto das suas Forças

Artigo XI

O Estado local tomará medidas especiais no sentido de serem isentos do pagamento de quiasquer direitos e taxas os carburantes e lubrificantes destinados ao uso de veículos officias, de aeronaves e de navios militares, de uma força ou de um elemento civil.

Abbildung 13: Vertrag über die Fertigung des G 3 Gewehres in Portugal (Quelle: BArch BW 1/2460)

Vertrag

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, dieser vertreten durch das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung Koblenz als Auftraggeber

und

der Republik Portugal, diese vertreten durch den Minister für Verteidigung, dieser vertreten durch Herrn Coronel do CEM António da Cruz Gormicho Boavida als Auftragnehmer

über die Fertigung und Lieferung von Gewehren G 3.

§1 Gegenstand der Leistung

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dem Auftraggeber unter den in diesem Vertrag genannten Bedingungen 50.000 Gewehre 7,62 mm x 51 G 3 ZUB (Versorgungs-Nr. 1005-12-124-7412) gemäß dem Zeichnungssatz (Konstruktionsstand Juli 1960), der in Anlage 8 näher bezeichnet ist, mit folgenden Änderungen:
 - a) Rollen, verchromt
 - b) Feuerdämpfer Zeichnungs-Nr. 1013-01.07
 - c) Handschutz aus Holz

- d) Drehvisier
- e) Sicherungsflügel, gekröpft

Nach VTL 1005-006 (Anlage 1, Ziffer 2.2.2 ist ausgeschlossen wegen der Umstellung des Werkstoffes auf Mo 330) konserviert, verpackt und gekennzeichnet gemäß § 2, fob Hafen Lissabon, freigestaut gemäß Incoterms 1953 zu liefern.

- (2) Bei der Fertigung sind die Änderungen
 - a) Rohr aus Stahl Mo 330 vergütet. 95-110 kg/m² und
 - b) Ringfederpuffer

Die im Preis gemäß § 7 (1) a) nicht enthalten sind, bereits zu berücksichtigen.

- (3) der Konstruktionsstand wird unter Berücksichtigung der in Abs. 1 unter Buchstaben a) – e) und Abs. 2 Buchstaben a) und b) genannten Änderungen in Kürze neu festgelegt. Der Zeichnungssatz sowie die Anlage 8 werden unmittelbar nach deren Erstellung ausgetauscht.
- (4) Während der Vertragsdauer und eines Zeitraumes von 8 Jahren nach Erfüllung des Vertrages ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftraggeber zu unterrichten, wenn er eine neue Ausführung des Vertragsgegenstandes fabrikationsfertig hat.
- (5) Der Auftragnehmer wird mit der Firma Heckler & Koch GmbH, Oberndorf/Neckar, einen Vertrag über Zusammenarbeit zum Zwecke der Fertigung der Vertragsgegenstände abschließen. Diese Vereinbarung bedarf der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers.

§2 Verpackung und Konservierung

- (1) Verpackungen müssen den Beanspruchungen des See- und Landtransports genügen. Die Konservierung und Verpackung der Vertragsgegenstände gem. §1 (1) sind entsprechend der als Anlage 4 beigefügten vorläufigen Anweisung für die Konservierung und Verpackung von Gewehren G 3 (Überseeverpackung) durchzuführen. Dabei sind die Anweisungen für Verpackung VTL 8100-003 (Anlage 5), die Richtlinien für das Kennzeichnen von Versorgungsartikeln VTL A-032 sowie die Vorschrift über die Verpackung von Versorgungsartikeln VG 95600 vom Oktober 1958 (Anlage 6) zu beachten.
- (2) Der Auftragnehmer wird für den Versand der Vertragsgegenstände 300 Stück Transportkisten verwenden. Die Versandkisten sind als Pendelverpackung mehrmals zu verwenden und sind vom Auftraggeber jeweils binnen eines Monats an den Auftragnehmer zurückzusenden. Das Eigentum an der Pendelverpackung geht mit der letzten Lieferung, bei der sie verwendet wird, auf den Auftraggeber über.

§3 Liefertermin

Pro Monat sollen 1.500 Gewehre gefertigt werden. Februar 1963 – November 1965

Die Ladung wird durch eine deutsch-portugiesische Reederei verschifft in die BRD gebracht. Von Bremen aus werden die Gewehre von Schenker an das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung gebracht.

§6 Nachbaurecht, Erfindungen

- (1) Der Auftraggeber überträgt dem Auftragnehmer das Recht zur Benutzung der technischen Dokumentation nur für die Herstellung von Gewehren G 3 für den Auftraggeber und eigenen Bedarf der port. Armee. Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, die diesem Vertrag zugrundeliegende technische Dokumentation und sonstige Fertigungsunterlagen im In- und Ausland Dritten zum Zwecke des Nachbaues zu überlassen.

- (2) Der Auftraggeber erhält an allen während der Laufzeit dieses Vertrages im Zusammenhang mit der Fertigung und Fertigungsvorbereitung einschl. der Verbesserung der Vertragsgegenstände im Sinne von § 1 entstehenden Erfindungen und Änderungen ein nicht ausschließendes, unentgeltliches und übertragbares Benutzungsrecht, unbeschadet der Vorschrift des Abs. 4.
- (3) Der Auftraggeber wird die von ihm selbst oder in seinem Auftrag herausgefundenen oder von dem von ihm mit dem Nachbau beauftragten Dritten eingebrachten Erfindungen und Änderungen, soweit er darüber zu verfügen in der Lage ist, für die Zwecke der Fertigung des Vertragsgegenstandes oder seiner Verbesserung auch dem Auftragnehmer zur Benutzung für die Herstellung des Bedarfs für die port. Armee zur Verfügung stellen.
- (4) Soweit die vorgenannten Verbesserungen und Änderungen Gegenstand eines Schutzrechts sind, bedarf es zu einer Benutzung durch den anderen Vertragspartner einer besonderen Vereinbarung.

§9 Nachbaugebühr

- (1) Der Auftragnehmer zahlt dem Auftraggeber eine Nachbaugebühr von 2 ½ % des Nettofakturenwertes aller für den Bedarf der port. Streitkräfte gefertigten und gelieferten Gewehre und Gewehrteile. Dies gilt auch für solche Schusswaffen und Teile davon, die als Fortentwicklung des Gewehres G 3 anzusehen sind oder wesentliche Merkmale der zugrundeliegenden technischen Dokumentation aufweisen.
- (2) Über die Zahl und den Nettofakturenwert der an die port. Streitkräfte gelieferten Gewehre bzw. Schusswaffen und Teile legt der Auftragnehmer dem Auftraggeber jeweils am 31.1. eines jeden Jahres für das vorangegangene Jahr unaufgefordert eine Abrechnung vor und zahlt innerhalb von 20 Tagen nach Rechnungslegung den danach fälligen Betrag an den Auftraggeber.
- (3) Die Verpflichtung zur Zahlung gemäß (1) und (2) erlischt nach Ablauf von 10 Jahren von dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages.

Abbildung 14: Vorvertrag zum Verkauf von 65 F 86 Sabre-VI an Interarmco (Quelle: BArch BW 1/2462)

Vertrag zwischen der BRD und Interarmco

Article I

- (1) Interarmco International Limited hereinafter referred to as Interarmco sells to the Portuguese Government, hereinafter referred to as Portugal, the following material in accordance with the official statement attached here as Annex I:

60 Sabre 6 aircraft

180 boxes of spare parts for Sabre 6, as well as ground and test equipment

30 Sabre 6 engines

1 simulator for Sabre 6

- (2) The material is delivered on an "as is where is" basis. Interarmco assumes no technical responsibilities for the material.

Article II

The total price to be payed by Portugal for the material referred to in article I, 1, will be DM 13.520.000.

Article III

- (1) Interarmco will arrange the delivery of the aircraft to Bordeaux, France, Portugal will furnish properly trained pilots to take the aircraft from Bordeaux to Portugal. The technical details of the delivery of the aircraft from Germany to

Bordeaux to Portugal will be as agreed subsequently between Portugal and Interarmco.

- (2) The delivery of the spare parts and accessory equipment will be made by Interarmco to Portugal by sea freight on a Portuguese flag vessel from German port to Lisbon. The cost of the sea freight from German port to Lisbon will be for the account of Portugal Packing and FOB German costs will be for Interarmco.
- (3) Portugal agrees to accept all responsibilities for the delivery of the aircraft from Germany to Bordeaux except as hereinafter provided by Article IV.

Article IV

- (1) The contracting parts agreed that, with the delivery and signature of the protocol, the property rights on the material referred to in Art.I, §(1), pass to Portugal.
- (2) With the delivery, Portugal will be the owner of the aircraft. So, as owner, Portugal will be the only party responsible for damages of a third party resultant from the utilization of the aircraft. In case of being required to the Interarmco a compensation for a third party and if Interarmco satisfied it, Portugal is obliged to compensate completely the expenses resultant from this with no objections about the reasons and the amount of the compensations paid by the Interarmco to third parties. Nevertheless, both contracting parties will consult each other, before Interarmco pays the compensation to third parties.
- (3) Portugal accepts responsibility for the painting of the aircraft with the colours, badges and other marks of the Portuguese Armed Forces, immediately after the arrival of the aircrafts at Bordeaux.
- (4) Interarmco accepts responsibility for the transport to Bordeaux, with German pilots, of the aircrafts that are ready to fly, with no reimbursement of the expanses of the personnel. Portugal assumes all the responsibility for damage suffered with the transference of the aircrafts, excepting those that respect to the pilots.

Article V

- (1) After the delivery of the material referred to in Art. I, §(1), Interarmco will forward the invoice, in triplicate, with the price of the acquisition and completely expenses, to the following address. [...]

Abbildung 15: Zusatzvereinbarung zum Hauptvertrag über die Basis Beja (Quelle: BArch BW 1/373997)

Zusatzvereinbarung

Der Minister der Landesverteidigung der Republik Portugal und der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland haben in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Hauptvertrages vom 16. Dezember 1960 im Namen ihrer Regierungen folgende Zusatzvereinbarung über die Nutzung der Luftwaffenbasis Nr. 11 (Beja) Geschlossen:

Artikel 1

Nutzungsrechte

1. Portugal gestattet der Bundeswehr, die Luftwaffenbasis Nr. 11 (Beja) im Rahmen der vereinbarten Ausbildungs- und logistischen Zwecke nach Maßgabe dieser Vereinbarung zu nutzen und zu betreiben. Dieser Flugplatz wird auch für den Betrieb von Flugzeugen der portugiesischen Luftwaffe benutzt, sofern

- hierdurch keine Beeinträchtigung der Belange der deutschen Bundeswehr im Rahmen der genannten Ausbildungs- und logistischen Zwecke eintritt.
2. Die portugiesische Luftwaffe benutzt und betreibt in eigener Verantwortung die Anlagen, die sich innerhalb des auf dem Lageplan in Anhang A rot umrandeten Bereichs befinden.
 3. Die Bundeswehr benutzt und betreibt in eigener Verantwortung die Anlagen, die sich innerhalb des auf dem Lageplan A grün umrandeten Bereichs befinden.
 4. Die nachstehend aufgeführten von der Bundeswehr betriebenen Einrichtungen und Dienste werden von beiden Luftwaffen nach Maßgabe der Einzelregelung des Anhangs B benutzt:
 - a) Flugleitung und -abfertigung
 - b) Flugsicherungs- und Flugsicherheitseinrichtungen
 - c) Tankanlagen
 - d) Verfügbare Abstellflächen
 - e) Lagerkapellen
 - f) Sportanlagen und Schwimmbad

Artikel II

Funktionen und Zuständigkeiten

1. Auf der Luftwaffenbasis Nr. 11 (BEJA) werden eine portugiesische und eine deutsche Kommandobehörde mit je einem Kommandeur errichtet.
2. Der portugiesische Kommandeur ist der Kommandeur der Luftwaffenbasis Nr. 11 und führt diese Bezeichnung; jedoch beschränkt sich seine unmittelbare Befehlsbefugnis auf die portugiesischen Truppen und sonstigen Bediensteten der portugiesischen Streitkräfte sowie auf die im Anhang A gekennzeichneten Einrichtungen und Bereiche. Zu seinem Aufgabengebiet gehört außerdem die Kommandogewalt über alle sich aus der Ausübung der portugiesischen Souveränität ergebenden Funktionen; die anwendbaren Regelungen des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen bleiben dadurch unberührt. Im Rahmen dieser Zuständigkeit ist er verantwortlich für die Vermittlung der dienstlich notwendigen Verbindungen zwischen der deutschen Kommandobehörde und den örtlichen militärischen und zivilen Dienststellen.
3. Der deutsche Kommandeur ist der Kommandeur der Einheiten der Bundeswehr in Beja und führt die Bezeichnung „Kommandeur Deutsches Luftwaffenkommando Beja“; er übt seine Befehls- und Weisungsbefugnis über die Einheiten der Bundeswehr und über die in ihren Diensten stehenden Personen aus; ihm unterstehen die im Anhang A gekennzeichneten Einrichtungen und Bereiche; er hat außerdem die volle Kommandogewalt in allen mit der Durchführung des vorgesehenen Ausbildungs- und Logistikprogrammes zusammenhängenden Dienstbereichen und Funktionen. Im Rahmen dieser Zuständigkeit ist er der Alleinverantwortliche für den Betrieb der Basis.
4. Der deutsche Kommandeur leitet und unterhält den Betrieb der Basis in solcher Weise, dass im Rahmen seiner Möglichkeiten die allgemeinen Belange auch der portugiesischen Luftwaffe Berücksichtigung finden. Er legt zusammen mit dem portugiesischen Kommandeur zu gegebenen Zeitpunkten den mit dem Ausbildungs- und Logistikprogramm der Bundeswehr zu vereinbarenden Umfang der Mitbenutzung fest.

5. Im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit ist die portugiesische Luftwaffe in Übereinstimmung mit ihren Vorschriften und den Sicherheitsbelangen der Basis unter anderem für die Wahrnehmung folgender im Anhang C näher bezeichneten Aufgaben zuständig:
 - a) Bewachung des Flugplatzes sowie der Flugplatzanlagen einschließlich:
 - (1) Spionage- und Sabotageabwehr
 - (2) Kontrolle über Betreten und Verlassen des Flugplatzes (Personen-, Fahrzeug- und Materialkontrolle)
 - (3) Überwachung und Bewachung der Umzäunung
 - b) Sicherung des Flugplatzes
 - c) Wahrnehmung der Verbindung zu den in Beja stationierten Truppenteilen des Heeres zur Gewährleistung der Nahverteidigung des Flugplatzes
6. Im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit ist die Bundeswehr entsprechend ihrer Vorschriften und betrieblichen Erfordernissen sowie nach Maßgabe der Einzelregelungen der nachstehend aufgeführten Anhänge unter anderem für die Wahrnehmung folgender Aufgaben zuständig:
 - a) Flugbetrieb, geophysikalischer Beratungsdienst, Flugsicherung und Flugsicherheit (Anhang D)
 - b) Fernmeldewesen (Anhang E)
 - c) Versorgung und Wartung deutscher Flugzeuge
 - d) Instandsetzung deutscher Flugzeuge und Geräte bis Materialerhaltungsstufe 4
 - e) Depotbetrieb
 - f) Ausbildung (Anhang F)
 - g) Verkehrs- und Transportwesen
 - h) Sanitäts- und Verwaltungsaufgaben (Anhang G)
 - i) Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben (Anhang H)

Für die Aufgaben, die nach den deutschen Vorschriften in den Verantwortungsbereich der Bundeswehrverwaltung fallen, ist der Leiter der örtlichen Bundeswehrverwaltungsstelle verantwortlich. Er ist befugt, im Rahmen seiner Zuständigkeit alle zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte erforderlichen Weisungen zu erteilen.

Artikel III

Zoll- und Fremdenpolizei

1. Portugal trifft alle notwendigen Vorkehrungen, die eine den Erfordernissen des NATO-Truppenstatuts entsprechende Zollabfertigung auf der Luftwaffenbasis Nr. 11 (Beja) gewährleisten. Die Einzelheiten des Verfahrens werden zu gegebener Zeit in einem weiteren dieser Zusatzvereinbarungen beizufügenden Anhang niedergelegt.
2. Portugal trifft außerdem alle notwendigen Vorkehrungen, um die Abfertigung von Passagieren in Flugzeugen mit einer Landeerlaubnis für die Luftwaffenbasis Beja in Übereinstimmung mit den Vorschriften des NATO-Truppenstatuts zu gewährleisten. Die Einzelheiten des Verfahrens werden zu gegebener Zeit in einem weiteren dieser Zusatzvereinbarung beizufügenden Anhang niedergelegt.

Artikel IV

Kostenregelung

1. Die Kosten des Betriebes und der Unterhaltung der ausschließlich zum Verantwortungsbereich der portugiesischen Luftwaffe gehörenden Einrichtungen werden durch portugiesische Haushaltsmittel gedeckt.
2. Für die Mitbenutzung der in Artikel I Ziffer 4 a) – f) aufgeführten von der Bundeswehr betriebenen Einrichtungen innerhalb der für den Bedarf der Bundeswehr festgelegten Betriebszeiten werden den portugiesischen Streitkräften keine Kosten in Rechnung gestellt.
3. Bei Benutzung dieser Einrichtungen außerhalb der für den Bedarf der Bundeswehr festgelegten Betriebszeiten fallen die hierdurch veranlassten Kosten grundsätzlich den portugiesischen Streitkräften zur Last. Diese Kosten werden durch die Bundeswehr auf der Berechnungsgrundlage für geleistete Betriebsstunden ermittelt und am Ende eines jeden Kalenderjahres durch die portugiesischen Streitkräfte erstattet. Einzelheiten des Verfahrens bleiben einer gesonderten Vereinbarung vorbehalten.
Zum Ausgleich der Benutzung portugiesischer Militärflugplätze als Ausweichflughäfen für in Beja stationierte Luftfahrzeuge der Bundeswehr außerhalb der Betriebsstunden der erwähnten portugiesischen Flugplätze wird die Benutzung des Flugplatzes Beja durch portugiesische Luftfahrzeuge in einzelnen Sonderfällen von dieser Regelung ausgenommen.
4. Im übrigen bestimmt sich die Kostentragung nach den Grundsätzen der STANAG 3113.

Artikel V

Zusammenarbeit

1. Die deutsche und die portugiesische Luftwaffe leisten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegenseitig Unterstützung bei der Verbesserung des Ausbildungsstandes des Flugplatzpersonals. Hierzu vereinbaren der deutsche und der portugiesische Kommandeur die notwendigen Maßnahmen.
2. Im Flugsicherungs-, Fernmelde-, Wetter- und Flugplatzbodendienst wird portugiesisches Personal bis zu einer Stärke von 50% des gesamten Personalbedarfs eingesetzt, sofern geeignete portugiesische Kräfte zur Verfügung stehen. Im Kraftfahrzeugtransportdienst außerhalb und innerhalb des Flugplatzes kommt ausschließlich entsprechend qualifiziertes portugiesisches Personal zum Einsatz, soweit solches zur Verfügung steht. Auf Antrag des portugiesischen Kommandeurs kann deutsches Personal für Aufgaben der Sicherheit und Verteidigung des Flugplatzes eingesetzt werden, sofern solches zur Verfügung steht. Einzelheiten sind im Anhang J festgelegt.
3. Die beiden Kommandobehörden werden alle sich aus den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der deutschen und portugiesischen Streitkräfte ergebenden Probleme durch Aufnahme unmittelbaren Kontaktes im Geiste gegenseitigen Vertrauens und loyaler Zusammenarbeit lösen.
4. Meinungsverschiedenheiten, die nicht in direktem Einvernehmen auf der Basis beigelegt werden können, werden dem Generalstab der portugiesischen Luftwaffe und der Zentralen Deutschen Verbindungsstelle in Portugal und – falls sich auch hier keine Einigung erreichen lässt – den Verteidigungsministern der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Portugal zur Entscheidung vorgelegt.

Artikel VI

Vertragsdauer

Diese Zusatzvereinbarung tritt mit den ihr beigefügten Anhängen sofort in Kraft und hat die gleiche Gültigkeitsdauer wie das Hauptabkommen vom 16. Dezember 1960.

Geschehen am 24.3.66 zu Bonn

Geschehen am 11.3.66 zu Lissabon

durch den Bundesminister Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und den Minister der Landesverteidigung der Republik Portugal in zwei Urschriften, jede in portugiesischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Der Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gez. von Hassel

Der Minister der Landesverteidigung der Republik Portugal gez. de Araujo.

Anhang B

Mitbenutzung

1. Die Benutzung oder Inanspruchnahme von Einrichtungen und Diensten der Bundeswehr durch portugiesische Streitkräfte richtet sich nach den einschlägigen deutschen Betriebsvorschriften.
2. Die Benutzung der in Artikel I Ziffer 4 a), b), c) und d) dieser Vereinbarung aufgeführten Einrichtungen und Dienste erfolgt im Regelfall innerhalb der für die Erfordernisse der Bundeswehr festgelegten Betriebszeiten. Ausnahmen von diesem Grundsatz werden im Einvernehmen der beiden Kommandobehörden festgelegt.
3. Die Mitbenutzung der in Artikel I Ziffer 4)f) aufgeführten Einrichtungen richtet sich nach den Vereinbarungen, die zwischen dem deutschen und portugiesischen Kommandeur zu treffen sind; die Mitbenutzung der Lagerkapellen (Artikel I Ziffer 4 e)) ist mit den dafür zuständigen deutschen Militärgeistlichen zu vereinbaren. Den Mitgliedern der portugiesischen Streitkräfte wird die gleiche Behandlung wie den Mitgliedern der Bundeswehr zugesichert.
4. Die von der Bundeswehr betriebenen Einrichtungen und Dienste können durch nicht auf der Luftwaffenbasis stationierte Einheiten oder Verbände der portugiesischen Luftwaffe nach den gleichen Grundsätzen benutzt werden, wie sie für die am Platz stationierten Einheiten gelten.

Anhang C

Sicherheit

1. Kontrolle über die Zugänge
 - a) Der Kontrolldienst für die Zugänge zum Flugplatz obliegt der portugiesischen Luftwaffe, die bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben durch Soldaten der Bundeswehr unterstützt werden kann.
 - b) Das auf dem Flugplatz ständig stationierte Personal sowie das auf dem Flugplatz vorübergehend anwesende Personal muss Dienstausweise, die von dem Kommando der Luftwaffenbasis aufgrund der geltenden Sicherheitsbestimmungen ausgestellt werden, besitzen.
 - c) Familienangehörige des auf dem Flugplatz stationierten Personals sowie Gewerbetreibende, die den Flugplatz häufig betreten müssen, erhalten Ausweise mit besonderer Kennzeichnung, die vom Kommando der Luftwaffenbasis ausgestellt werden; hierzu sind die auf deutscher und portugiesischer Seite beteiligten Stellen zu hören.
 - d) Das Kommando der Luftwaffenbasis kann führenden Vertretern des Regierungsbezirks Beja Gästerausweise ausstellen, die zum Betreten der

Betreuungs-, kulturellen und sozialen Einrichtungen des Flugplatzes berechtigen.

- e) Das Personal der für die Sicherheit zuständigen Dienststellen kann Militärfahrzeuge anhalten und durchsuchen sowie die Identität des in diesen Fahrzeugen befindlichen Personals feststellen; stehen die in diesem Fahrzeug befindlichen Personen unter dem Befehl eines Offiziers oder Unteroffiziers oder befinden sich in ihm gleichrangige Zivilbedienstete, so muss die Durchsuchung in Anwesenheit eines Offiziers bzw. Unteroffiziers der Sicherheitstruppe durchgeführt werden. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind die Dienstkraftfahrzeuge von Staboffizieren oder der ihnen gleichgestellten Zivilbediensteten, sofern sich diese im Fahrzeug befinden.
- f) Das Kommando der Luftwaffenbasis kann nach Anhörung der beteiligten portugiesischen bzw. deutschen Stellen privateigenen Kraftfahrzeugen des Flugplatzpersonals das Befahren des Flugplatzes gestatten. Diese Fahrzeuge führen an der Windschutzscheibe ein Kennzeichen; sie müssen auf den hierfür vorgesehenen Abstellplätzen abgestellt werden.
- g) Die Sicherheitstruppe ist berechtigt, jedes innerhalb des Flugplatzgeländes befindliche Fahrzeug und die in diesen Fahrzeugen befindlichen Verpackungsbehältnisse jederzeit zu durchsuchen; bei derartigen Durchsuchungen sind jedoch die durch das Gefüge der Streitkräfte und durch Vorgesetztenverhältnisse gegebenen Grundsätze genauestens einzuhalten.
Wird nach erfolgter Durchsuchung das Festhalten eines Fahrzeuges bzw. die Sicherstellung eines Verpackungsbehältnisses aus Sicherheitsgründen für eindeutig erforderlich gehalten, so kann die Sicherheitstruppe die Maßnahmen treffen; sie veranlasst jedoch die sofortige Unterrichtung der betroffenen Kommandobehörde und wartet das Eintreffen eines Beauftragten dieser Kommandobehörde ab.

2. Sicherung des Flugplatzes

Die Sicherung des Flugplatzes erfolgt durch Posten in angemessener Anzahl, durch Streifen sowie durch andere angemessene Vorkehrungen.

3. Sicherheit von Einrichtungen, die von der Bundeswehr betrieben werden

Die Bundeswehr ist für die innere Sicherheit der von ihr betriebenen Einrichtungen verantwortlich; diese Verantwortung schließt das Recht ein, im Einvernehmen mit der portugiesischen Luftwaffe Sperrgebiete einzurichten und das Betreten und Verlassen dieser Bereiche zu kontrollieren.

4. Nahverteidigung des Flugplatzes

Das Kommando der Luftwaffenbasis trägt dafür Sorge, dass die für die Nahverteidigung der Basis zuständigen Teile des Heeres entsprechende Pläne unter Berücksichtigung der Notwendigkeit ihres Zusammenwirkens mit den für die Sicherung des Flugplatzes zuständigen Kräften erarbeiten.

5. Spionageabwehr

- a) Die zum Schutz gegen Spionage, Sabotage und Zersetzung erforderlichen vorbeugenden Maßnahmen auf personellem und materiellem Gebiet im Bereich des Flugplatzes werden vom

Kommandeur der Luftwaffenbasis festgelegt; er wird die Vorschläge des deutschen Kommandeurs berücksichtigen. Als Grundlage dienen die Mindestanforderungen der NATO-Sicherheitsvorschriften (NATO-Dokument C-M (55) 15).

- b) Sicherheitsvorkommnisse, bei denen der Verdacht oder die Bestätigung der Spionage, Sabotage oder Zersetzung vorliegt, werden von der zuständigen portugiesischen Behörde in Zusammenarbeit mit der hierfür zuständigen deutschen Behörde bearbeitet. Werden hierbei nur portugiesische Belange berührt, so obliegt die Bearbeitung ausschließlich der portugiesischen Behörde.

Anhang D

Flugbetrieb, Flugsicherung, geophysikalische Beratungsdienst und Flugsicherheit

1. Der Flugbetrieb richtet sich nach den einschlägigen deutschen Vorschriften und den Befehlen des deutschen Kommandeurs, soweit sie nicht den geltenden portugiesischen Gesetzesbestimmungen widersprechen.
2. Der Flugsicherungsdienst auf der Luftwaffenbasis wird laufend mit den für den Luftverkehr zuständigen portugiesischen Dienststellen koordiniert und nach deutschen Vorschriften und den Befehlen des deutschen Kommandeurs so betrieben, dass er sich in den Gesamtkomplex der Flugsicherung im Luftraum über dem kontinentaleuropäischen Portugal einfügt. Einzelheiten werden in einer Betriebsvereinbarung zwischen den zuständigen deutschen und portugiesischen Dienststellen festgelegt. Die Verständigung im Boden-Bordverkehr (Funksprechverkehr) geschieht in englischer Sprache.
3. Der für den Flugbetrieb erforderliche Wetterdienst wird vom geophysikalischen Beratungsdienst der Bundeswehr nach den Vorschriften der Bundeswehr im Rahmen des portugiesischen wetterdienstlichen Informationsnetzes betrieben. Der portugiesische Wetterdienst und der geophysikalische Beratungsdienst der Bundeswehr tauschen ihre Beobachtungsergebnisse aus.
4. Die Bundeswehr erstellt, bedient, unterhält und versorgt folgende für den Flugbetrieb und den Boden-Bordverkehr erforderlichen Fernmeldeeinrichtungen und Navigationshilfen:
Sprechfunkeinrichtungen für den Flugsicherungskontrolldienst, VORTAC-Anlage, NDB-Anlage, VHF- und UHF-Bodenpeilstellen, Flugplatzleuchtfener, GCA-Anlage, ILS-Anlage und Markierungsfunkfeuer.
5. Die Bundeswehr betreibt und unterhält die für den Flugbetrieb erforderlichen Tank-, Flugunfall- und Feuerwehrfahrzeuge sowie das dazugehörige Gerät entsprechend den technischen und Sicherheitsnormen der Bundeswehr. Die Bergungsdienste stehen während des Flugbetriebes in Bereitschaft.
6. Der deutsche Kommandeur erstellt im Zusammenwirken mit dem Kommandeur der Luftwaffenbasis einen Unfallverhütungsplan und führt alle zur Einhaltung der darin enthaltenen Bestimmungen erforderlichen Maßnahmen durch.
7. Im Falle eines Unfalles oder eines Zwischenfalls eines Luftfahrzeuges der Bundeswehr gilt folgendes:
 - a) Das Kommando der Luftwaffenbasis hat folgende Zuständigkeiten:
 - (1) Abgabe der ersten Meldung über den Unfall bzw. den Zwischenfall gemäß den geltenden portugiesischen Bestimmungen;
 - (2) Gewährleistung der Bewachung bzw. Sicherung des in den Unfall verwickelten Luftfahrzeuges;

- (3) Veranlassung der Entfernung von Flugzeugtrümmern in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und auf deren Kosten, sobald der Untersuchungsausschuß auf weitere örtliche Untersuchungen verzichtet;
 - (4) Unterstützung des eingesetzten Untersuchungsausschusses, insbesondere bei den erforderlichenfalls herzustellen Kontakten mit öffentlichen und privaten Stellen.
- b) der deutsche Kommandeur hat folgende Zuständigkeiten:
- (1) Übermittlung der für die erste Meldung gemäß a) (1) erforderlichen Angaben an den Kommandeur der Luftwaffenbasis;
 - (2) Sofern von der Bundeswehr in Einzelfällen nicht anders geregelt, Ernennung eines Untersuchungsausschusses. Dem Untersuchungsausschuss wird ein portugiesischer Verbindungsoffizier beigegeben. Die bei Flugzeugunfällen gesammelten Unterlagen sind, soweit sie deutsches Personal und Dokumente betreffen, in Übereinstimmung mit den für die Bundeswehr geltenden Vorschriften und Weisungen zu behandeln.
 - (3) Unterrichtung der portugiesischen Behörden in allen Fällen, in denen sich Erkenntnisse ergeben, die eine Änderung der von portugiesischer Seite vorgeschriebenen Verfahren und sonstigen Vorschriften angezeigt erscheinen lassen und zu einer Verbesserung der Unfallverhütungsprogramme beitragen können.

Anhang E Fernmeldewesen

1. Zur Sicherstellung der Funktion der Luftwaffenbasis 11 (Beja) wird ein Fernmeldesystem errichtet, das folgende Einrichtungen umfasst:
 - a) auf deutscher Seite ein Fernmeldezentrum mit Funkstelle, Abfertigung und einer Fernmeldestelle, bestehend aus:
 - (1) Fernmeldesprechwählvermittlung (III S) mit 900/1200 Teilnehmern,
 - (2) Fernschreibstelle
 - (3) Schlüsselstelle
 - (4) Einrichtungen des Flugsicherungsfernmeldesystems
 - b) auf portugiesischer Seite ein Fernmeldezentrum, bestehend aus:
 - (1) Fernsprechvermittlung
 - (2) Fernschreibstelle
 - (3) Schlüsselstelle
2. Die portugiesische Luftwaffe und die Bundeswehr betreiben und unterhalten ihre jeweiligen Fernmeldeeinrichtungen.
3. Zwischen den beiden Fernsprechvermittlungen sind im Kabelnetz der Luftwaffenbasis 10 Doppeladern als Querverbindungen vorgesehen.
4. Für das portugiesische Fernmeldezentrum ist im Zubringerkabel der CTT zum Flugplatz eine von der portugiesischen Luftwaffe noch festzulegende Anzahl von Kabeladern zur Führung von Fernleitungen, Wohnungsdienst- und Amtsanschlüssen vorgesehen.

5. Einzelheiten werden zu gegebener Zeit von den beiden Kommandeuren im gegenseitigen Einvernehmen geregelt.
6. Für die ortsfesten Flugsicherungs-Fernmeldeverbindungen zwischen der Basis und der Flugsicherungskontrollzentrale des portugiesischen Festlandes in Lissabon und dem Flugmelde- und Fliegerleit-Regiment in Monsanto gelten die Bestimmungen und Verfahrensvorschriften des deutsch-portugiesischen Fernmeldeabkommens vom 4. November 1963.

Anhang F Ausbildung

1. Das Ausbildungsprogramm der Bundeswehr umfasst:
 - a) fliegerische Ausbildung
 - b) Ausbildung am Boden
2. Die fliegerische Ausbildung umfasst Tages- und Nachtflüge in verschiedenen Höhen und im Überschallbereich. Sie unterliegt den Einschränkungen, die sich aus dem portugiesischen Luftrecht sowie den einschlägigen Vorschriften auf dem Gebiet der Flugsicherung und der Flugsicherheit ergeben. Das Kommando der Luftwaffenbasis unterrichtet die deutsche Kommandobehörde über die jeweils einschlägigen Regelungen.
3. Flüge im schallnahen oder Überschallbereich werden unter den zu gegebener Zeit festzulegenden Bedingungen durchgeführt, die in einer diesem Anhang beizufügenden Anlage niedergelegt werden.
4. Die Ausbildung am Boden umfasst allgemeine und technische Ausbildung und wird im Regelfall innerhalb des Flugplatzbereiches durchgeführt. Mit Zustimmung des Kommandos der Luftwaffenbasis kann die Durchführung bestimmter Übungen oder einzelner Ausbildungsmaßnahmen außerhalb des Flugplatzgeländes gestattet werden, wozu insbesondere die Ausbildung von Kraftfahrern gehört; die Zustimmung hierzu erfolgt stets mit dem Vorbehalt der Beachtung der einschlägigen portugiesischen Vorschriften sowie der von den portugiesischen Behörden unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und der jeweiligen Umstände festgelegten Beschränkungen.

Anhang G Sanitäts- und Gesundheitswesen

1. Die Bundeswehr betreibt und unterhält die zu sanitätsdienstlichen Betreuung ihres Personals erforderlichen Einrichtungen. Hierzu gehören innerhalb der Luftwaffenbasis ein Sanitätsbereich und eine Erste-Hilfe-Station.
2. Die deutschen Sanitätseinrichtungen stehen, soweit portugiesische Sanitätseinrichtungen nicht in ausreichendem Maße verfügbar sind, auch den sich auf der Luftwaffenbasis aufhaltenden Mitgliedern der portugiesischen Streitkräfte in Notfällen zur Verfügung.

Anhang H Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben

1. Die von der Bundeswehr in eigener Verantwortung wahrzunehmenden Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben umfassen:
 - a) die Versorgung ihrer auf der Luftwaffenbasis stationierten Einheiten und deren Mitglieder mit
 - (1) Verpflegung

- (2) Bekleidung
 - (3) Ausrüstung und Material
 - b) die Wartung und Instandsetzung aller Maschinen und technischen Einrichtungen, soweit sie nicht der ausschließlichen Benutzung durch die auf der Luftwaffenbasis stationierten Teile der portugiesischen Streitkräfte dienen,
 - c) die Verwaltung aller nicht zum ausschließenden Gebrauch durch die auf dem Flugplatz stationierten Teile der portugiesischen Streitkräfte bestimmten Liegenschaften, Baulichkeiten und Einrichtungen.
2. Im Rahmen dieser Aufgaben obliegen der Bundeswehr:
- a) Abschluss und Kündigung von Lieferungs- und Dienstleistungsverträgen aller Art; das Kommando der Luftwaffenbasis wird hierüber informationshalber unterrichtet,
 - b) Auswahl und Überwachung von Pächtern, Auftragnehmern und Einzelpersonen oder Organisationen, die entsprechend Absatz a) Dienstleistungen erbringen
 - c) Unfall- und Betriebsschutz
 - d) Brandschutz
 - e) Kraftfahrzeugverkehr, soweit Bereiche betroffen sind, die entweder mit dem Flugbetrieb in Verbindung stehen oder ausschließlich von deutscher Seite genutzt werden
 - f) Wartung der Versorgungs- und Abwasseranlagen
 - g) Gebäude- und Grundstücksreinigung, Geländebetreuung
 - h) Bauunterhaltung und Bauarbeiten, soweit sie von der Bundeswehr mit ihrer eigenen technischen Betriebsgruppe ausgeführt werden können und Grundstruktur und bauliche Gestaltung unverändert lassen. Bei darüber hinausgehenden Unterhaltungsmaßnahmen, Um- und Erweiterungsbauten werden die zuständigen portugiesischen Stellen auf Antrag und auf Kosten der Bundeswehr tätig.

Abbildung 16: Vereinbarung im Kriegsfall (Quelle: ADN SGN 5488 Cx. 2854 Peça 5)

Vereinbarung
zwischen
dem Minister für Nationale Verteidigung der Republik Portugal
und
dem Bundesminister für Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland

Zur Sicherstellung der Zusammenarbeit beider Ministerien im Rahmen der NATO wird für den Fall erhöhter Spannung oder für den Kriegsfall folgendes auf dem Gebiet der Beschaffung von Rüstungsmaterial, der Produktion von Rüstungsgütern und deren Instandsetzung vereinbart:

§1

Beide Ministerien stellen einen Beauftragten (Offizier oder Beamte) zur Sicherstellung der Zusammenarbeit im Spannungs- oder Kriegsfall zum Ministerium des anderen Landes ab.

§2

Der Spannungsfall gilt als eingetreten, wenn er festgestellt worden ist

- a) von der NATO oder

- b) von den beiden Ministerien nach vorhergehender Konsultation.

§3

Die Aufgabe des Beauftragten ist es, einerseits die Verbindung zum anderen Ministerium sicherzustellen und andererseits in Fragen der Zusammenarbeit über Beschaffung, Produktion und Instandsetzung des eigenen Landes des anderen Ministeriums zu beraten und zu unterstützen.

§4

Mit dieser Vereinbarung wird für die verteidigungswirtschaftlichen Aufträge ein Rahmenvertrag über ein vereinfachtes Beschaffungsverfahren als bindend anerkannt und so das Beschaffungsverfahren vereinfacht.

§5

Nach Eintritt des Spannungs- oder Kriegsfalls überprüfen beide Regierungen die laufenden Beschaffungen und Programme.

§6

Beide Vertragspartner verpflichten sich im Spannungs- oder Kriegsfall,

- a) die für die beiderseitigen Lieferungen bestimmten Bestände nicht zu beschlagnahmen,
- b) die mit der Durchführung der Beschlagnahme betreuten unteren Stellen rechtzeitig entsprechend anzuweisen,
- c) die Abwicklung der beiderseitigen Lieferungen zu sichern.

§7

Der Beauftragte ist bereits vor dem besonderen Einsatz (einschl. eines Vertreters) zu ernennen, in seine Geschäfte einzuweisen und dem befreundeten Ministerium namentlich bekanntzugeben.

§8

Das Verteidigungsministerium des Gastlandes betreut den Beauftragten in jeder Hinsicht, insbesondere mit Unterkunft und Verpflegung und versorgt ihn mit Geldmitteln, solange eine Besoldung durch die Heimatdienststelle nicht möglich ist.

§9

Im Einsatzfall meldet sich der deutsche Beauftragte im ... Telefon ... notfalls ... Telefon

...

Der portugiesische Beauftragte meldet sich im ... Telefon ... notfalls ... Telefon ...

§10

Das Ministerium des Gastlandes stellt dem Beauftragten die erforderlichen Nachrichtenmittel zur Verfügung.

Abbildung 17: Benutzung Santa Margaridas durch die Bundeswehr (Quelle: AHM FO 007 A 57 83 4)

Estado Maior do Exército 2.ª Repartição am 7. August 1964

Utilização do CIM de Santa Margarida pela RFA – Directiva para os Trabalhos com a Comissão Alemã

1. Todos os estudos serão centralizados, de início, na 2.^a Repartição a quem a comissão alemã se dirigirá normalmente. O major Silva Carvalho da 3.^a Repartição, o major da 4.^a Repartição, o Ten. Cor. Castelo Branco da Repartição de Gabinete e o Ten. Cor. Cruz da Repartição de Instrução tomarão a seu cargo os assuntos respeitantes às respectivas Repartições.
2. A missão alemã apresenta-se ao Sub-Chefe do Estado Maior que assumirá a direcção de todos os estudos.
3. No penultimo dia da estadia a missão será recebida pelo General-Chefe ou General Vice-Chefe.
4. As propostas alemãs serão objecto de informação por grupos de perguntas afins e os principios gerais terão wue ser definidos numa informação em separado que será submetida à consideração de S. Ex.^a. o Ministro.
5. A utilização do Campo de Santa Margarida de alguma maneira prejudica o seu integral aproveitamento pelas nossas forças. As forças alemãs não podem, certamente, dispensar construções e haverá que efectuar obras importantes para serviços de água e de electricidade. Tudo o que se construir é obrigatoriamente propriedade portuguesa. Deveremos obter compensação de qualquer forma-por ex: averbamento de terrenos, novos edificios construidos a expensas alemãs, equipamento para aulas, etc. o que há a fixar é o propriedade da compensação das facilidades concedidas e dos serviços prestados por bens de carácter oermanente em beneficio do campo.
6. Os problemas serão equacionados e apresentadas soluções, mas decisão alguma será tomada sem a prévia autorização de S. Ex.^a. o Ministro.
7. O SGDN será mantido ao corrente destes assuntos pois alguns, tais como contratos e acordos internacionais disem-lhe especialmente respeito.

Abbildung 18: Brief der Firma C. Santos an das portugiesische Verteidigungsministerium zur Lieferung von Mercedes Benz Fahrzeugen (Quelle: ADN SGDN 00 1090 Cx. 0144 PAE 70)

Lissabon am 14. Dezember 1971

An den General Horácio José de Sá Viana Rebelo, Ministro da Defesa Nacional

„As firmas signatárias, representantes para Angola e Moçambique da Mercedes Benz AG, fabricante das viaturas Unimog, têm vindo a participar em todos os concursos da Direcção do Serviço de Material do Ministério do Exército abertos para o fornecimento de viaturas daquele tipo nas modalidades CIF Luanda e CIF Lourenço Marques respectivamente. Mercê das adjudicações que lhes têm sido feitas, têm estas firmas vindo a fornecer, com regularidade, nos últimos anos, as viaturas Unimog destinadas por aquela Direcção aos serviços do Exército em Angola e Moçambique.

Com base nessas adjudicações fizeram as firmas signatárias elevados investimentos quer em estruturas humanas como em instalações e equipamento, investimentos esses que lhes têm permitido das às Forças Armadas estacionadas em Angola e Moçambique um permanente e valioso apoio, que excede em muito as meras obridações contratuais, conforme já foi reconhecido pelas Chefias dos Serviços de Material das respectivas regiões em ofícios que lhes dirigiram e de que se juntam fotocópias.

Acontece, pórem, que ao fazer-se em 30 de Julho último, a adjudicação do Concurso n.º 18 PAE 70, aberto em 16 de Outubro de 1970, viram as firmas signatárias, inesperadamente e sem qualquer explicação, as suas propostas preteridas pela do representante para a Metrópole da Daimler-Benz AG, a firma C. Santos, Comércio Indústria, SARL.

Embora as firmas signatárias reconheçam que, como meros fornecedores e nos estritos termos do concurso, lhes seja vedado discutir a modalidade por que se optou a quando da sua adjudicação, quer parecer-lhes, no entanto, que, dado o que referem no parágrafo

3°. desta carta, lhes assiste o direito, ao menos moral, de serem informados da linha de orientação que motivou essa decisão.

Acresce ainda que as elevadas despesas que as firmas signatárias estão suportando com a manutenção das estruturas de apoio às Forças Armadas e, até, as próprias despesas com a participação nos concursos poderão ser reduzidas ou evitadas se, porventura, se confirmar que passou a ser orientação da Administração fazer as suas compras de viaturas por intermédio, excusivamente, dos representantes metropolitanos dos seus fabricantes e, assim, em prejuízo dos representantes ultramarinos desses fabricantes. Permitimo-nos, por isso, solicitar a V. Ex.^a. que se digne mandar a informar as firmas signatárias das razões que motivaram a adjudicação à firma C. Santos, Comércio Indústria, SARL, da totalidade das viaturas adquiridas ao abrigo do Concurso n.º 18 PAE 70 e, ainda, se essas razões se integram numa nova linha de orientação que retire às firmas ultramarinas qualquer possibilidade de fornecimento em concurso futuros. Para uma mais perfeita apreciação das razões que movem as firmas signatárias a dirigem-se a V. Ex.^a. nos termos referidos, convirá acrescentar-se que aquelas firmas apresentaram no Concurso n.º 18 PAE 70 propostas de condicionalismo idêntico à da firma C. Santos em matéria de preço e de incorporação nacional.

Antecipadamente gratos pelo favor da atenção de V. Ex.^a. para o nosso pedido, juntamos, para mais completo esclarecimento do assunto, um memorial que entregámos ao Senhor Ministro do Ultramar em que se faz uma análise comparada das nossas propostas e das da firma C. Santos, Comércio Indústria, SARL.“

Abbildung 19: Bundesbürgschaft für das Lobito-Projekt der Firma Krupp in Angola 1961
(Quelle: PAAA B 26 Bd. 192)

Der Leiter der Abteilung 4, Referent 403: VLR I Dr. Bottler 403-84.03
Bonn, den 3. Juli 1961

Aufzeichnung

Betr.: Bundesbürgschaft für das Lobito-Projekt der Firma Krupp in Angola;

1. Der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß stimmte am 4. Oktober 1960 einem Bürgschaftsantrag der Firma Friedrich Krupp, Essen, für die Lieferung von Bergwerksmaschinen und Eisenbahnmaterial im Werte von rund 30-40 Mio DM zuzüglich Finanzierungskosten an die Companhia Mineira do Lobito, Luanda/Angola, endgültig zu. Bedingung für das Inkrafttreten der Zusage war das Vorliegen der Zahlungs- und Transfergarantie der portugiesischen Regierung von Fabrikationsbeginn, sowie die Zustimmung des Staatssekretärs des Bundeswirtschaftsministeriums (weil der Antrag 1 Mio DM überstieg). Die Staatssekretärgenehmigung wurde am 5. November 1960 erteilt.
2. Am 21. März befaßte sich der Ausschuß mit einem Antrag der Firma, die Bürgschaft von dem am 4.10.1960 genehmigten Wert von 40 Mio DM um 30 Mio DM auf 70 Mio DM zu erhöhen. Der Ausschuß konnte erkennen, daß mit den Arbeiten noch nicht begonnen worden war und daß der endgültige Vertrag am 3.4.1961 in Lissabon unterzeichnet worden war. Der Vertrag enthielt eine Klausel über Zahlungs- und Transfergarantie der portugiesischen Regierung. In einer offiziellen Erklärung, die am 4.3.1961 mit Gesetzeskraft in das amtliche Dokumentenbuch der portugiesischen Regierung eingetragen wurde, erkennt die portugiesische Regierung den Vertrag in vollem Umfang an und übernimmt auch die darin für sie enthaltenen Verpflichtungen des Art. XV als Garant für Zahlung und Transfer.

3. Der Ausschuß stellte den Neuantrag zurück und erbat Berichte der Botschaft Lissabon und des Konsulats Luanda. Das Konsul berichtete
- a) am 28. März 1961 – 403-84.03-Nr. 127/61:
„Es wäre ... sicherlich angezeigt, wenn – falls die Bundesgarantien unwiderruflich erteilt worden sein sollten ... – den Firmen auch im eigenen Interesse vertraulich zu erwägen gegeben würde, angesichts der neuen Situation hier von Ausführung der Verträge, die vielleicht ohnehin eine Klausel im Hinblick auf Aufruhr oder Notstand enthalten, eine eingehende Prüfung und zeitweilige Zurückstellung vorzunehmen.“
 - b) Es führte am 6. April 1961 – 403-84.03 Nr. 140/61 – weiter aus:
„Krupp kauft Erz – soweit bekannt – mit 10 ½ US-Dollar pro Tonne von Lobito, zahlt also wohl nicht viel mehr als für schwedische Erze. Wie schon in anderem Zusammenhang bemerkt wurde, ist dieser Preis hier unter Zugrundelegung der sehr geringen Arbeitslöhne für die Eingeborenen und insbesondere die sogenannten „Kontraktarbeiter“ kalkuliert. Gerade die Arbeitslohnbedingungen der Eingeborenen bilden u.a. Gegenstand der anti-portugiesischen Angriffe in den Vereinten Nationen. Jedenfalls dürfte auch hier ein Unsicherheitsfaktor vorhanden sein.
Von der Gewährung einer weiteren Bundesgarantie wird daher – auch unter Zugrundelegung der letzten Berichte über die politische Lage – abgeraten.“
 - c) Die Botschaft Lissabon schrieb am 10.4.1961 – Wi 412.84/05/866/61 -:
„Es ist ... in keiner Weise erkenntlich, daß ... die portugiesische Regierung ... in der vorliegenden Vertragsangelegenheit im Ernstfall nicht zahlungsbereit sein würde.“
 - d) Am 15. April telegraphierte sie jedoch – NR. 68: „... wird ... angeregt, Entscheidung über Bundesbürgschaft bis zur Klärung politischer Verhältnisse vorläufig zurückzustellen.“
4. Am 25. April 1961 beriet der Hermes-Ausschuß erneut über den Antrag. Auf Grund der Berichterstattung der Botschaft Lissabon und des Konsulats Luanda hielt er sich mit Mehrheit dazu verpflichtet abzulehnen. Er bekräftigte diese Entscheidung auch am 20. Juni 1961.“

Dg 40 und D 4 vorgelegt.

Abbildung 20: Vertrag über die Abgabe von 70 T-6 und 60 Do-27 Flugzeugen (Quelle: BArch BW 1 Band 2088)

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Verteidigung, (nachfolgend BRD bezeichnet)

Und

Der Republik Portugal, vertreten durch den portugiesischen Minister für nationale Verteidigung, (nachfolgend RP bezeichnet)

Über

Die Abgabe von Flugzeugen und Ersatzteilen hierfür.

Art. 1:

Die BRD überlässt der RP zum leihweisen und kostenlosen Gebrauch aus den Beständen der deutschen Bundeswehr folgende Flugzeuge:

70 Flugzeuge T 6 (Harvard Mark IV) und

60 Flugzeuge Do 27

Die Flugzeuge werden in dem Ausrüstungsstand geliefert, in dem sie sich während der Benutzung durch die deutsche Bundeswehr befunden haben.

Art. 2:

Erfüllungsort ist Landsberg.

Die BRD überführt jedoch die Do 27 und die flugfähigen T 6 nach Portugal. Das übrige Material wird in Zusammenarbeit zwischen OGMA und der deutschen Luftwaffe im Bahntransport bis zu einem noch zu vereinbarenden deutschen Seehafen befördert. Es wird von der RP von dort auf dem Seewege nach Portugal gebracht.

Die Kosten trägt die RP.

Art. 3:

Der Leihvertrag über die Flugzeuge ist für 5 Jahre abgeschlossen. Eine Verlängerung dieses Vertrages ist möglich. Die RP wird gegebenenfalls ein halbes Jahr vor Ablauf der Leihfrist einen Verlängerungsantrag stellen. Die BRD wird diesen Antrag wohlwollend erwägen.

Erfüllungsort für die Rückgabe der Flugzeuge ist Beja.

Art. 4:

Die BRD liefert der RP außerdem ab deutschem Depot bzw. Hersteller:

1. Für die Flugzeuge T 6 sämtliche vorhandenen und verfügbaren Ersatzteilbestände der deutschen Luftwaffe und
2. für die Flugzeuge Do 27 bis zu je einer 2-Jahres-Ersatzteilbevorratung nach Aufschlüsselung durch die deutsche Luftwaffe. Die BRD beschafft diese Ersatzteile vom Hersteller. Die in Rechnung gestellten Preise dürfen die von der Bundeswehr für den eigenen Bedarf zu zahlenden Preise nicht übersteigen. Der Umfang der Lieferung wird von der Höhe der Restsumme gemäß Art. 5 bestimmt. (2. Version zu 2: Für die Flugzeuge Do 27 je eine 2-Jahres-Ersatzteilbevorratung nach Aufschlüsselung durch die deutsche Luftwaffe. Die BRD beschafft diese Ersatzteile vom Hersteller. Die in Rechnung gestellten Teile dürften die von der Bundeswehr für den eigenen Bedarf zu zahlenden Preise nicht übersteigen.)

Einzelheiten, die Liefertermine und den Transport werden von einer durch die RP noch zu benennenden Stelle und dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung unmittelbar festgelegt.

Art. 5:

Für die Ersatzteile gilt Art. 2 entsprechend.

Art. 6:

Die RP zahlt für die Ersatzteile und alle sich aus diesem Vertrag ergebenden Kosten für Verpackung, Transport und Dienstleistungen einen Gesamtbetrag von 4.000.000 DM. Der Restbetrag bestimmt den Umfang der Ersatzteillieferungen für die Flugzeuge Do 27. (vgl. Art. 5).

(2. Version: Soweit der Restbetrag nicht ausreichen sollte um 60 2-Jahres-Ersatzteilbevorratungen zu beschaffen, verpflichtet sich die RP zur Nachzahlung.)

Art. 7:

Der Kaufpreis für die Ersatzteile gemäß Art. 6 wird im Kalenderjahr 1964 gegen Ansprüche der RP gegen die BRD verrechnet. Einzelheiten hierüber werden in einer Zusatzvereinbarung festgelegt.

Art. 8:

Die BRD übernimmt keine Gewähr für das abgegebene Material. Soweit es sich um neues Material handelt, tritt die BRD alle Rechte gegenüber Dritte an die RP ab. Die BRD wird die RP bei der Durchsetzung etwaiger Ansprüche gegen Dritte mit Kräften unterstützen.

Art. 9:

Das in diesem Vertrag bezeichnete Material ist für die portugiesischen Streitkräfte bestimmt. Die RP verpflichtet sich, dieses Material in Portugal zu belassen und es nur zur Wahrnehmung von NATO-Interessen zu verwenden.

Art. 10:

Der Vertrag vom 4. November 1963 über den Verkauf von 30 Flugzeugen Do 27 und 70 Flugzeugen T 6 wird aufgehoben.

Erklärung:

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Ferner versichere ich, dass diese Arbeit noch nicht zum Zwecke der Erlangung der Doktorwürde an anderer Stelle vorgelegen hat.

München 31.03.2012,

Bastian Hallbauer